

**Beteiligungen des Kreises Euskirchen
an Unternehmen und Einrichtungen
in der Rechtsform des privaten Rechts,
einer Anstalt des öffentlichen Rechts
sowie Mitgliedschaften in Zweckverbänden**



Beteiligungsbericht 2024

Zugleich: Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen und Einrichtungen sowie der Anstalten des öffentlichen Rechts und der Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden nach § 1 Abs. 2 Ziffer 9 KomHVO.

3.4.1.8.13	EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH.....	168
3.4.1.8.14	EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG.....	171
3.4.1.8.15	EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG.....	174
3.4.1.8.16	EWP Ravelsberg GmbH & Co. KG.....	177
3.4.1.9	Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT).....	180
3.4.1.10	Vogelsang IP gGmbH.....	195
3.4.1.11	Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH).....	205
3.4.1.12	Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH (ZRR GmbH).....	229
3.4.1.13	PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH (PD GmbH).....	239
3.4.2	Beteiligungen des Kreis Euskirchen an Anstalten des öffentlichen Rechts zum 31. Dezember 2024.....	243
3.4.2.1	d-NRW AÖR.....	243
3.4.2.2	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA Rheinland AÖR).....	245
3.4.2.3	LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts (LEP-AÖR).....	252
3.4.3	Beteiligungen des Kreis Euskirchen an Zweckverbänden zum 31. Dezember 2024.....	264
3.4.3.1	Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur (kdvz).....	265
3.4.3.2	Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) und Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH).....	276
3.4.3.3	Zweckverband Kronenburger See.....	286
3.4.3.4	Zweckverband Naturpark Rheinland.....	287
3.4.3.5	Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE).....	290
3.4.3.6	Zweckverband Region Aachen.....	299
3.4.3.7	Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW).....	304
3.4.3.8	Erftverband.....	317
3.4.3.9	Wasserverband Eifel-Rur (WVER).....	319
3.4.3.10	AAV – Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung.....	321

1. Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Nach § 53 der Kreisordnung NRW (KrO) gelten für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Kreise, soweit in der KrO keine andere Regelung getroffen ist, die Vorschriften des 8. bis 12. Teils der Gemeindeordnung und die dazu erlassenen Rechtsverordnungen entsprechend.

Gemäß § 107 Absatz 1 GO darf sich eine Kommune zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Kommune steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Kommune gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind (Nummer 2), Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 GO sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Kommune abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtliche Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich da-

ran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Kommune auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

2. Beteiligungsbericht 2024

2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen und Kreise gemäß § 116 Absatz 1 GO in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Hiervon abweichend sind Kommunen und Kreise gemäß § 116a Absatz 1 GO von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und einen Gesamtlagebericht befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei von drei im Gesetz genannten Merkmalen zutreffen.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses entscheidet der Kreistag gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat am 02. Juli 2025 gemäß § 116a Absatz 1 GO entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen (V 716/2025). Daher hat der Kreis Euskirchen gemäß § 116a Absatz 3 GO einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO zu erstellen. Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit dem Kreis Euskirchen.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO ein gesonderter Beschluss des Kreistages in öffentlicher Sitzung herbeizuführen. Der Kreistag des Kreis Euskirchen hat am 09. April 2025 den Beteiligungsbericht 2023 beschlossen (V 644/2025).

2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche unmittelbare und mittelbare Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form des Kreises Euskirchen. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche des Kreises, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit des Kreises Euskirchen durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben des Kreises Euskirchen durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation des Kreises Euskirchen insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist der Kreis Euskirchen. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen dem Kreis Euskirchen die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

Hierzu kann der Kreis Euskirchen unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2025 festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2024. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2024 aus.

2.3 Vertretung des Kreises in den Organen der Gesellschaften

Von Bedeutung sind hier insbesondere die Vorschriften des § 26 KrO sowie ergänzend § 113 GO. Hieraus ergibt sich u.a., dass

- die kommunalen Vertreter durch den Kreistag bestellt und abberufen werden sowie dessen Weisungen unterliegen,
- die erstmalige Beteiligung und die Erhöhung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft sowie weitere in § 26 Abs. 1 KrO aufgeführte Angelegenheiten der Zustimmung des Kreistages bedürfen,
- die Vertreter die Interessen des Kreises zu vertreten haben und an die Beschlüsse des Kreistags gebunden sind,
- der Kreistag bei Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten ist.

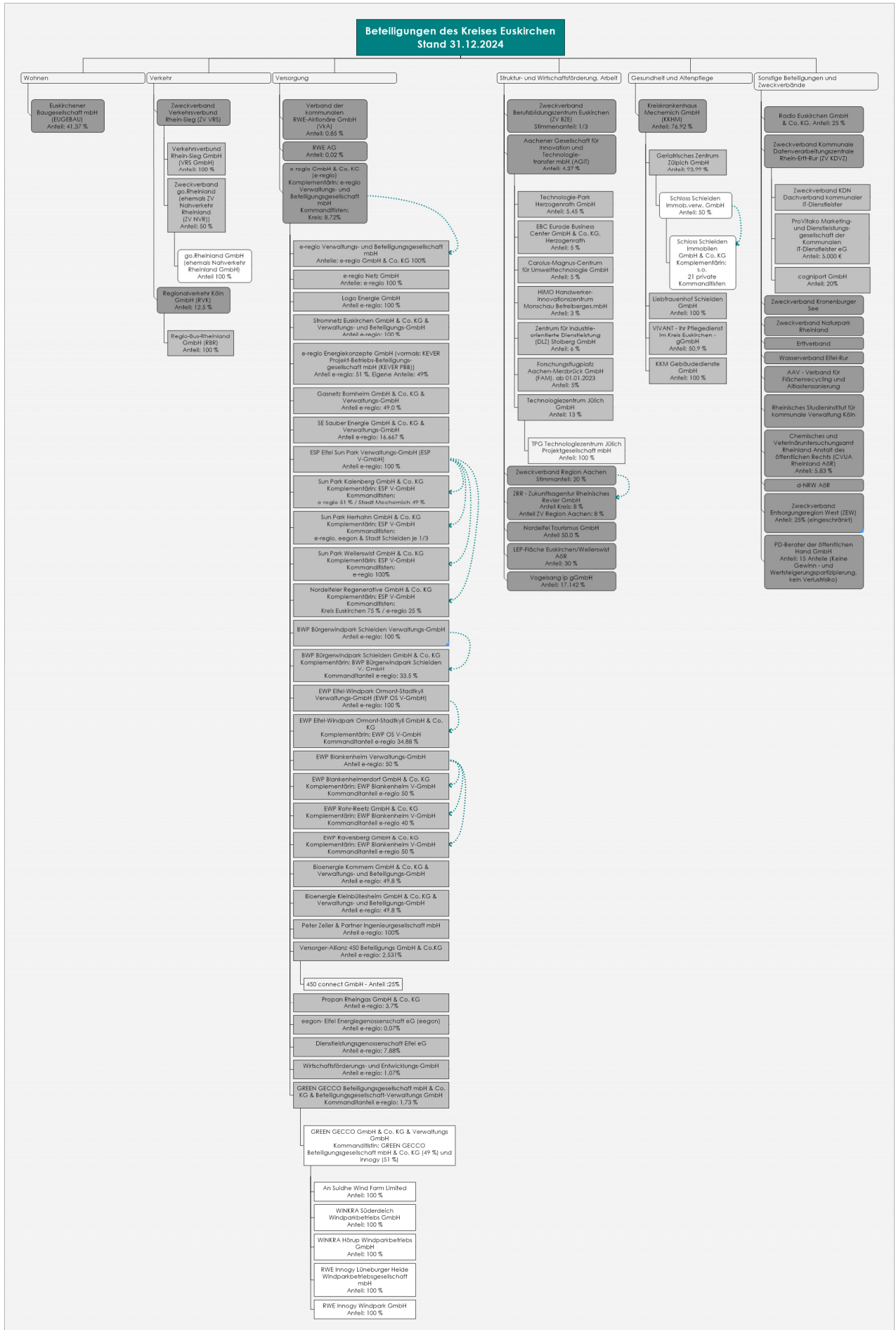
2.4 Sonstiges

Der Beteiligungsbericht dient u.a. der Information der Einwohnerinnen und Einwohnern. Er ist auf der Homepage des Kreises Euskirchen unter <https://www.kreis-euskirchen.de> abrufbar.

Zugleich ist der Beteiligungsbericht gem. § 1 Abs. 2 Ziffer 9 Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO) Anlage zum Haushaltsplan.

Mit dem Gesetz zur Neuregelung des Gleichstellungsrechts vom 06. Dezember 2016 änderte der Landtag NRW das Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz - LGG); die Änderung ist am 15. Dezember 2016 in Kraft getreten. Die Neuregelung umfasste unter anderem Regelungen zur geschlechtergerechten Gremienbesetzung (§ 12 LGG), nach denen bei der Besetzung von wesentlichen Gremien künftig Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein müssen bzw. vertreten sein sollen. Gemäß § 12 Abs. 6 LGG ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dieser Berichtspflicht wird im Beteiligungsbericht des Kreises nachgekommen.

3. Das Beteiligungsportfolio des Kreises Euskirchen



3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio

Im Berichtsjahr 2024 hat es folgende Änderungen bei den unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen des Kreis Euskirchen gegeben:

Zugänge

Im Berichtsjahr 2024 hat der Kreis Euskirchen folgende unmittelbaren Beteiligungen erworben bzw. ist an folgenden neuen mittelbaren Beteiligungen beteiligt:

Mit Beschluss der Verbandsversammlung am 15. Dezember 2023 hat der **Zweckverband kdvz** im Jahr 2024 Genossenschaftsanteile in Höhe von 5.000,00 € an der ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister eG erworben.

Mit Umlaufbeschluss vom 05. September 2023 haben die Gesellschafter der e-regio GmbH & Co.KG der Beteiligung der e-regio GmbH & Co.KG an der **EWP Ravelsberg GmbH & Co.KG** als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von bis zu 2.150.000 € zugestimmt. Des Weiteren stimmten die Gesellschafter der e-regio GmbH & Co.KG der Beteiligung der EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin an der EWP Ravelsberg GmbH & Co.KG zu. Die Zustimmung des Kreistages des Kreises Euskirchen erfolgte mit Beschluss V 452/2023 am 20. September 2023. Mit Schreiben vom 09. Oktober 2023 erfolgte die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung Köln und die Genehmigung am 18. Januar 2024. Die Gesellschaft wurde am 01. März 2024 gegründet und am 15. März 2024 in das Handelsregister eingetragen.

Mit Umlaufbeschluss vom 05. September 2023 haben die Gesellschafter der e-regio GmbH & Co.KG der Beteiligung der e-regio GmbH & Co.KG an der **Sun Park Weilerswist GmbH & Co.KG** als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von bis zu 1.650.000 € zugestimmt. Des Weiteren stimmten die Gesellschafter der e-regio GmbH & Co.KG der Beteiligung der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin an der Sun Park Weilerswist GmbH & Co.KG zu. Die Zustimmung des Kreistages des Kreises Euskirchen erfolgte mit Beschluss V 451/2023 am 20. September 2023. Mit Schreiben vom 09. Oktober 2023 erfolgte die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung Köln und die Genehmigung am 18. Januar 2024. Die Gesellschaft wurde am 22. Februar 2024 gegründet und am 15. März 2024 in das Handelsregister eingetragen.

Mit Beschluss V 591/2024 stimmte der Kreistag des Kreises Euskirchen am 02. Oktober 2024 der Erhöhung der Kommanditeinlage auf bis zu 3.000.000 € zur Erweiterung des „Solarpark Weilerswist – Neuheim“ zu. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung erfolgte am 10. Oktober 2024 und die Genehmigung am 18. Dezember 2024.

Nachrichtlich:

*In der Gesellschafterversammlung der e-regio GmbH & Co.KG am 12. Dezember 2024 haben die Gesellschafter der e-regio GmbH & Co.KG der Beteiligung der e-regio GmbH & Co.KG an der **Sun Park Scheven-Kalenberg GmbH & Co.KG** als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von bis zu 2.100.000 € zugestimmt. Des Weiteren stimmten die Gesellschafter der e-regio GmbH & Co.KG der Beteiligung der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin an der Sun Park Scheven-Kalenberg GmbH & Co.KG zu. Die Zustimmung des Kreistages des Kreises Euskirchen erfolgte mit Beschluss V 592/2024 am 02. Oktober 2024. Mit Schreiben vom 10. Oktober 2024 erfolgte die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung Köln und die Genehmigung am 17. Dezember 2024. Die Gesellschaft wurde am 28. Februar 2025 gegründet.*

*In der Gesellschafterversammlung der e-regio GmbH & Co.KG am 10. Juli 2025 haben die Gesellschafter der Gründung der **Genossenschaft Energiewende Rhein-Eifel eG** und dem Beitritt der e-regio GmbH & CO.KG mit einem Genossenschaftsanteil von 5.000,00 € beschlossen. Die Zustimmung des Kreistages des Kreises Euskirchen erfolgte mit Beschluss V 705/2025 am 02. Juli 2025. Mit Schreiben vom 10. Juli 2025 erfolgte die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung Köln. Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner Sitzung am 17. Dezember 2025 beschlossen die Vollmitgliedschaft im **Region Köln/Bonn e.V.** zum 01. Januar 2027 zu beantragen (A 1/2025).*

Abgänge

Im Berichtsjahr 2024 waren keine Abgänge zu verzeichnen.

Nachrichtlich:

*Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner Sitzung am 02. Juli 2025 den Austritt aus der **Metropolregion Rheinland e.V.** zum Ablauf des Jahres 2025 beschlossen (V 709/2025).*

*In der Gesellschafterversammlung der e-regio GmbH & Co.KG am 10. Juli 2025 haben die Gesellschafter die Verschmelzung der **Stromnetz Euskirchen GmbH & Co.KG und der Stromnetz Euskirchen Verwaltungs-GmbH** auf die e-regio Netz GmbH beschlossen. Die Zustimmung des Kreistages des Kreises Euskirchen erfolgte mit Beschluss V 700/2025 am 02. Juli 2025. Mit Schreiben vom 10. Juli 2025 erfolgte die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung Köln und die Genehmigung am 01. September 2025. Die Verschmelzung der Gesellschaften ist, von Seiten der Geschäftsführung der e-regio GmbH & Co.KG, im Jahr 2026 rückwirkend zum 01. Januar 2026 vorgesehen.*

*In der Sitzung des Kreistages des Kreises Euskirchen am 17. Dezember 2025 wurde der Austritt des Kreises Euskirchen als Mitglied aus dem **Zweckverband Region Aachen** zum 31. Dezember 2027 mit einer fristgerechten schriftlichen Kündigung zum 31. Dezember 2025 beschlossen (A 1/2025).*

Veränderung in Beteiligungsquoten

Im Berichtsjahr 2024 haben sich Veränderungen in den Beteiligungsquoten ergeben.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung am 12. Dezember 2024 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 02. Oktober 2024 (V 593/2024) stimmten die Gesellschafter der e-regio GmbH & Co.KG und der Kreistag des Kreises Euskirchen dem Erwerb des Geschäftsanteils (49%) der PE Becker GmbH an der **e-regio Energiekonzepte GmbH** durch die e-regio Energiekonzepte GmbH (Erwerb eines eigenen Anteils) zu. Die Genehmigung der Bezirksregierung Köln erfolgte am 13. Dezember 2024. Mit Kaufvertrag vom 18. Dezember 2024 sind die Anteile der PE Becker GmbH an der e-regio Energiekonzepte GmbH auf die e-regio Energiekonzepte GmbH übergegangen.

Im Konsortialvertrag vom 30. Juni 2015 wurde vereinbart, dass die e-regio GmbH & Co. KG die Anteile der Westenergie AG an der **Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG** in Höhe von 25,10 % erwerben soll. Mit wirtschaftlicher Wirkung zum Ablauf des 31. Dezember 2024 hat die Westenergie AG ihre Kommanditbeteiligung an der Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG an die e-regio GmbH & Co.KG veräußert. Die Veräußerung ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Bonn unter HRA 5884 eingetragen. Ab dem 31. Dezember 2024 ist die e-regio GmbH & Co.KG alleinige Kommanditistin der Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG.

Nachrichtlich:

*Die **Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)** hat zum 01. Januar 2025 zwei neue Gesellschafter: innen (RWTH Aachen University und das Forschungszentrum Jülich GmbH) aufgenommen. Des Weiteren wurde eine Umstrukturierung der Stammkapitalanteile vorgenommen.*

Der Kreis Euskirchen hat zusätzliche Anteile an dem Stammkapital der AGIT (3.253.000 €) in Höhe von 39.981 € erworben. Dadurch hat sich die Beteiligungsquote von 4,27 % auf 5,50 % erhöht. Der Kreistag hat der Anteilserhöhung in der Sitzung vom 11. Dezember 2024 zugestimmt (V 625/2024). Die Gesellschafterversammlung der AGIT hat die Umstrukturierung des Stammkapitals in der Sitzung am 13. Dezember 2024, auf Empfehlung des Aufsichtsrats, beschlossen. Die Anzeige bei der Bezirksregierung erfolgte am 16. Dezember 2024 und die Genehmigung am 07. Januar 2025. Die notarielle Beurkundung erfolgte am 20. Dezember 2024. Die Eintragung in das Handelsregister am 31. März 2025.

Sonstige Änderungen und Beschlüsse im Jahr 2024 zu den Beteiligungen des Kreises Euskirchen

Beschlüsse des Kreistages vom 20. März 2024

- Der Beteiligungsbericht des Kreises Euskirchen für das Jahr 2022 wurde einstimmig beschlossen (V 500/2024).

Beschlüsse des Kreistages vom 03. Juli 2024

- Das Vorliegen der Voraussetzungen zur Befreiung des Kreises Euskirchen von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses für den Abschlussstichtag 31. Dezember 2023 wurde festgestellt und einstimmig beschlossen, von der Befreiung Gebrauch zu machen. Die Verwaltung wurde beauftragt, den Beteiligungsbericht gem. § 117 Gemeindeordnung NRW zu erstellen (V 559/2024).
- Die Anhebung der Gesellschafterzuschüsse für die NeT GmbH wurde einstimmig beschlossen (V 526/2024).

Beschlüsse des Kreistages vom 02. Oktober 2024

- Der Kreistag beschließt den Jahresüberschuss 2023 der Kreissparkasse Euskirchen in die Sicherheitsrücklage einzustellen und erteilt den Organen der Kreissparkasse Euskirchen für das Geschäftsjahr 2023 Entlastung (V 566/2024).
- Der Kreistag beschließt die „Richtlinie des Kreises Euskirchen über die Gewährung von De-minimis-Beihilfen in Form von Bürgschaften“ (V 552/2024).
- Der Kreistag beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Unternehmenssatzung für das gemeinsame Kommunalunternehmen „LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts“ (LEP-AÖR) (V 576/2024).

Beschlüsse des Kreistages vom 11. Dezember 2024

- Der Kreistag erlässt gemäß § 6 Abs. 2 Satz 1 SpkG NRW die Satzung der Kreissparkasse Euskirchen (V 616/2024).
- Neubesetzung Gremien AfD (A 181/2024):
 - Kreissparkasse Euskirchen - Verwaltungsrat:
bisheriges ordentliches Mitglied: Frank Poll
neues ordentliches Mitglied: Armin Hofmann
neues stellvertretendes Mitglied: Dr. Lothar Bleeker
 - Zweckverband Region Aachen - Verbandsversammlung:
bisheriges ordentliches Mitglied: Frank Poll
neues ordentliches Mitglied: Armin Hofmann
bisheriges stellvertretendes Mitglied: Bernd Lübke
neues stellvertretendes Mitglied: Dr. Lothar Bleeker
- Der Kreistag stimmt der Erhöhung der Verbandsumlage des Zweckverbands Region Aachen zu (V 638/2024).
- Der Kreistag beschließt die Anpassung der Gesellschaftsverträge von Beteiligungsunternehmen an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz (3. NKFVG) (V 623/2024).
- Der Kreistag stimmt dem Erwerb zusätzlicher Anteile in Höhe von 39.981 € an der AGIT und der damit einhergehenden Erhöhung der Beteiligungsquote von 4,27% auf 5,50% zu. Zudem stimmt der Kreistag der Aufnahme des Forschungszentrums Jülich GmbH und der RWTH Aachen University in den Gesellschafterkreis der AGIT und der Änderung des Gesellschaftsvertrags der AGIT zu (V 625/2024).

Nachrichtlich:

Beschlüsse des Kreistages vom 09. April 2025

- Neubesetzung Gremien AfD (A 188/2025):
 - Zweckverband Region Aachen - Verbandsversammlung:
bisheriges stellvertretendes Mitglied: Armin Hofmann
neues stellvertretendes Mitglied: Philipp Baldus
- Der Kreistag beschließt die Anpassung der Gesellschaftsverträge von Beteiligungsunternehmen der AGIT GmbH an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz (3. NKFVG) (V 676/2025).
- Der Beteiligungsbericht des Kreises Euskirchen für das Jahr 2023 wurde einstimmig beschlossen (V 644/2025).
- Der Kreistag beschließt die Wiederbestellung eines Mitglieds des Vorstandes der Kreissparkasse Euskirchen (V 657/2025).
- Der Kreistag genehmigt die Bestellung eines stellvertretenden Mitglieds des Vorstandes der Kreissparkasse Euskirchen (V 680/2025).

Beschlüsse des Kreistages vom 02. Juli 2025

- Der Kreistag beschließt den Jahresüberschuss 2024 der Kreissparkasse Euskirchen in die Sicherheitsrücklage einzustellen und erteilt den Organen der Kreissparkasse Euskirchen für das Geschäftsjahr 2024 Entlastung (V 714/2025).
- Das Vorliegen der Voraussetzungen zur Befreiung des Kreises Euskirchen von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses für den Abschlusstichtag 31. Dezember 2024 wurde festgestellt und einstimmig beschlossen, von der Befreiung Gebrauch zu machen. Die Verwaltung wurde beauftragt, den Beteiligungsbericht gem. § 117 Gemeindeordnung NRW zu erstellen (V 716/2025).
- Der Kreistag beschließt die Änderung des Gesellschaftsvertrages der Eifel Tourismus GmbH (V 719/2025).
- Der Kreistag beschließt die Anpassung des Gesellschaftsvertrages der Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH (ZRR GmbH) an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz (3. NKFVG) (V 691/2025).
- Der Kreistag stimmt der Verschmelzung der Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG und der Stromnetz Euskirchen Verwaltungs-GmbH auf die e-regio Netz GmbH zu (V700/2025).
- Der Kreistag beschließt einstimmig den Austritt aus der Metropolregion Rheinland e.V. zum Ablauf des Jahres 2025 (V 709/2025).
- Der Kreistag des Kreises Euskirchen befürwortet die Gründung der Genossenschaft „Energie-wende Rhein-Eifel eG“ sowie den Beitritt der e-regio GmbH & Co. KG zur Genossenschaft (V 705/2025).
- Der Kreistag beschließt die Wiederbestellung eines Mitglieds des Vorstandes der Kreissparkasse Euskirchen (V 712/2025).

Beschlüsse des Kreistages vom 05. November 2025 (konstituierende Sitzung)

- Der Kreistag nimmt die Information zur Umsetzung des § 12 Landesgleichstellungsgesetz (LGG) zur Kenntnis (Info 1/2025).
- Beschluss des Kreistages über die Wahl des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Euskirchen (V17/2025).
- Beschluss des Kreistages über die Entsendung von Vertretern des Kreises Euskirchen in die Verbandsversammlung des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes (RSGV) (V18/2025).
- Beschluss des Kreistages über die Entsendung von vertretungsberechtigten Personen des Kreises Euskirchen, die zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten in Organen, Beiräten oder Ausschüssen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen bzw. als Mitglied

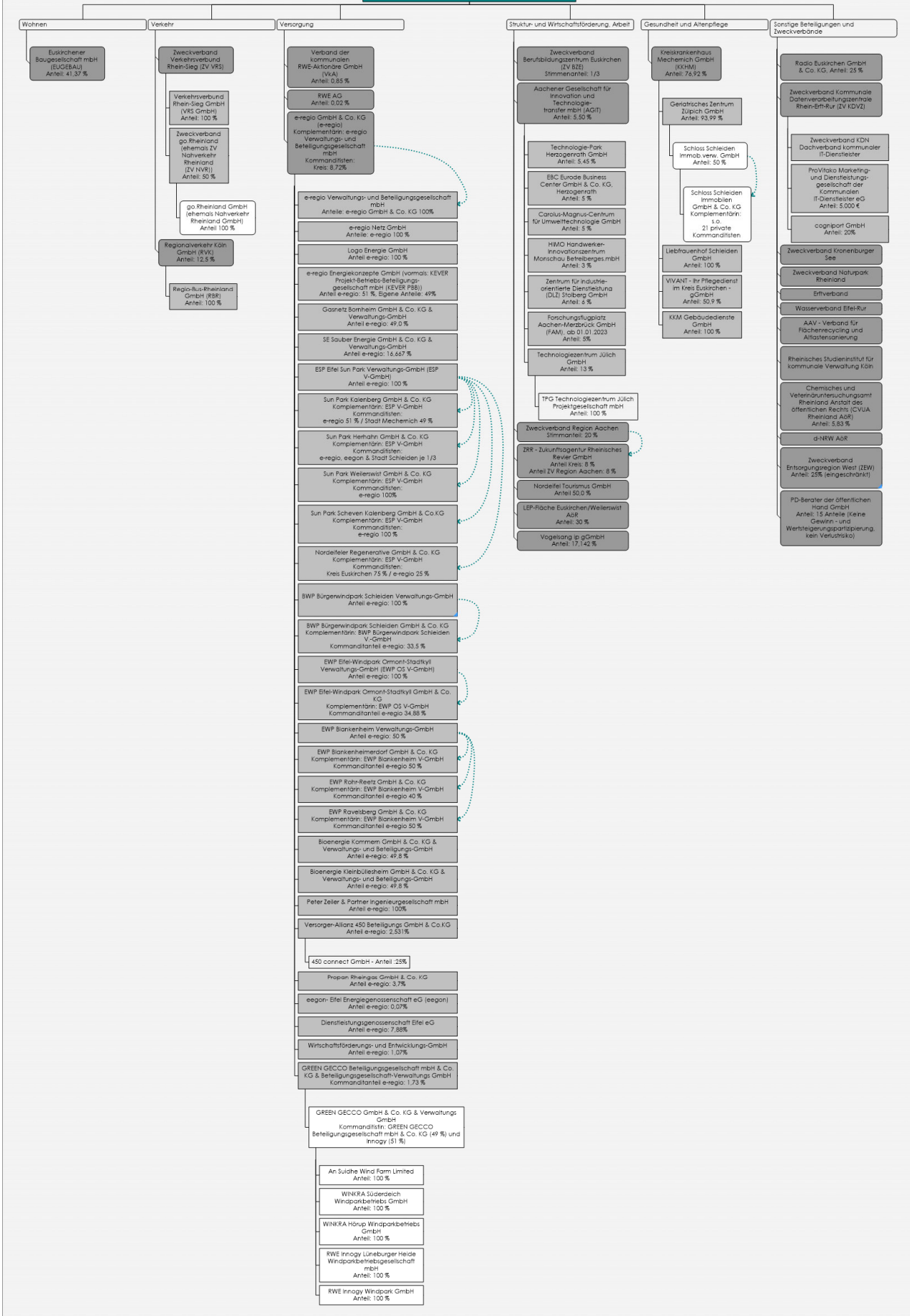
des Vorstandes, des Verwaltungs- oder Aufsichtsrates oder eines gleichartigen Organs vom Kreistag zu bestellen oder vorzuschlagen sind (V13/2025).

Beschlüsse des Kreistages vom 17. Dezember 2025

- Der Kreistag beschließt den Austritt aus dem Region Aachen Zweckverband zum 31. Dezember 2027 mit einer fristgerechten schriftlichen Kündigung zum 31. Dezember 2025 gegenüber dem Zweckverband zu veranlassen und die Vollmitgliedschaft im Region Köln/Bonn e.V. zum 01. Januar 2027 zu beantragen (V A 1/2025).
- Neubesetzung Gremien SPD (A 3/2025):
 - Kreissparkasse Euskirchen - Verwaltungsrat:
Persönliche Stellvertretung von Höllmann, Michael bisher: Vermöhlen, Karl
Persönliche Stellvertretung von Höllmann, Michael neu: Bär, Christine

Persönliche Stellvertretung von Waasem, Thilo bisher: Lewak, Annegret
Persönliche Stellvertretung von Waasem, Thilo neu: Rudan, Daniel
- Neubesetzung Gremien FDP (A 4/2025):
 - KKHM Verwaltungsrat:
Stellvertreter bisher: Schorn, Frederik
Stellvertreter neu: Schäfer, Hans-Joachim
- Neubesetzung Gremien AfD (A 6/2025):
 - Kreissparkasse Euskirchen - Verwaltungsrat:
Persönliche Stellvertretung von Hofmann, Armin (skB) bisher: Arhelger, Jürgen
Persönliche Stellvertretung von Hofmann, Armin (skB) neu: Könen, Peter Josef (skB)

Beteiligungen des Kreises Euskirchen Stand 01.01.2026



3.2 Beteiligungsstruktur

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2024	(durchgerechneter) Anteil des Kreis Euskirchen am Stammkapital		Beteiligungsart
		EURO	EURO	%	
3.4.1.1	Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln GbR	617.580	31.698	5,13	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	-838.821			
3.4.1.2	RWE Aktiengesellschaft (RWE AG)	31.549.000.000	4.101.370	0,013	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	1.284.497.265			
3.4.1.3	Verband der kommunalen RWE Aktionäre GmbH (VKA) zum 30.06.2024	127.823	1.084	0,848	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	-239.477			
3.4.1.4	Euskirchener Baugesellschaft mbH (EUGEBAU)	2.610.500	1.079.850	41,37	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	1.740.509			
3.4.1.5	Radio Euskirchen GmbH & Co.KG	511.292	127.823	25,00	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	46.057			
3.4.1.6	Konzern - Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKHM)	665.000	511.500	76,92	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	-470.632			
3.4.1.6.1	Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH	5.704.000	4.123.827	72,30	Mittelbar
	Jahresergebnis 2024	662.375			
3.4.1.6.2	Liebfrauenhof Schleiden GmbH	100.000	76.920	76,92	Mittelbar
	Jahresergebnis 2024	-891.756			
3.4.1.6.3	KKM Gebäudedienst GmbH	25.000	19.230	76,92	Mittelbar
	Jahresergebnis 2024	216.240			
3.4.1.6.4	VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH	25.050	9.808	39,15	Mittelbar
	Jahresergebnis 2024	936.872			
3.4.1.7	Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)	3.579.200	447.400	12,50	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	-738.030			
3.4.1.8	Konzern - e-regio GmbH & Co.KG	11.250.000	981.000	8,72	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	34.163.103			
3.4.1.8.1	e-regio Netz GmbH	3.100.000	270.320	8,72	Mittelbar
	Jahresergebnis 2024 (vor GAV)	2.281.164			
3.4.1.8.2	LOGOEnergie GmbH	25.000	2.180	8,72	Mittelbar
	Jahresergebnis 2024 (vor GAV)	15.764.966			
3.4.1.8.3	Stromnetz Euskirchen GmbH & Co.KG ab 31.12.2024 hält e-regio GmbH & Co.KG 100% der Anteile	3.791.224	330.595	8,72	Mittelbar
	Jahresergebnis 2024	513.737			
3.4.1.8.4	e-regio Energiekonzepte GmbH (vormals: KEVER Projekt-Betriebs- Beteiligungsgesellschaft mbH)	25.000	1.110	4,44	Mittelbar
	Jahresergebnis 2024	77.473			
3.4.1.8.5	ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH	25.000	2.180	8,72	Mittelbar
	Jahresergebnis 2024	9.217			
3.4.1.8.6	Sun Park Kalenberg GmbH & Co.KG	310.000	13.764	4,44	Mittelbar
	Jahresergebnis 2024	109.522			
3.4.1.8.7	Sun Park Herhahn GmbH & Co.KG	360.000	10.476	2,91	Mittelbar
	Jahresergebnis 2024	66.221			
3.4.1.8.8	Sun Park Weilerswist GmbH & Co. KG, Gründung 15.03.2024	500	44	8,72	Mittelbar
	Jahresergebnis 2024	-7.658			
3.4.1.8.9	Nordeifeler Regenerativ e GmbH & Co.KG	200.000	150.000	75,00	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	10.622			
3.4.1.8.10	Bioenergie Kommern GmbH & Co.KG Jahresergebnis 2023; der Jahresabschluss 2024 befindet sich noch in der Bearbeitung	300.000	13.028	4,34	Mittelbar
	Bioenergie Kommern Verwaltungs- und Beteiligungs-GmbH Jahresergebnis 2023; der Jahresabschluss 2024 befindet sich noch in der Bearbeitung	25.000			
3.4.1.8.11	Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co.KG	526.000	22.842	4,34	Mittelbar
	Jahresergebnis 2024	232.345			
3.4.1.8.12	Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs- und Beteiligungs-GmbH	25.000	1.086	4,34	Mittelbar
	Jahresergebnis 2024	1.059			
3.4.1.8.13	BWP - Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co.KG	5.620.000	164.171	2,92	Mittelbar
	Jahresergebnis 2024	861.669			
3.4.1.8.14	BWP - Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH	25.000	2.180	8,72	Mittelbar
	Jahresergebnis 2024	2.021			
3.4.1.8.15	EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH	25.000	1.090	4,36	Mittelbar
	Jahresergebnis 2024	6.506			
3.4.1.8.16	EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co.KG	315.000	13.734	4,36	Mittelbar
	Jahresergebnis 2024	200.031			
3.4.1.8.15	EWP Rohr-Reetz GmbH & Co.KG	625.000	21.800	3,49	Mittelbar
	Jahresergebnis 2024	1.093.837			
3.4.1.8.16	EWP Ravelsberg GmbH & Co. KG, Gründung 15.03.2024	1.000	44	4,36	Mittelbar
	Jahresergebnis 2024	-6.747			

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2024		(durchgerechneter) Anteil des Kreis Euskirchen am Stammkapital		Beteiligungsart
		EURO		EURO	%	
	EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll GmbH & Co.KG	4.300.000		130.786	3,04	Mittelbar
	Jahresergebnis 2024	1.323.311				
	EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll Verwaltungs-GmbH	25.000		2.180	8,72	Mittelbar
	Jahresergebnis 2024	2.104				
	Gasnetz Bornheim GmbH & Co.KG	12.342.181		527.357	4,27	Mittelbar
	Jahresergebnis 2024	664.741				
	Peter Zeiler & Partner Ingenieurgesellschaft mbH	153.500		13.385	8,72	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023; der Jahresabschluss 2024 befindet sich noch in der Bearbeitung	43.795				
3.4.1.9	Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)	3.253.000		138.934	4,271	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	-164.600				
3.4.1.10	Vogelsang IP gGmbH	100.000		17.142	17,142	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	477.660				
3.4.1.11	Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH)	26.400		13.200	50,00	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	-660.787				
3.4.1.12	Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH (ZRR GmbH)	25.000		2.000	8,00	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	-9.708				
3.4.1.13	PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	2.004.000		3.000	0,15	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	14.445.931				
3.4.2.1	d-NRW AöR	1.394.000		1.000	0,070	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023, der Jahresabschluss 2024 befindet sich noch in der Bearbeitung	0				
3.4.2.2	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA Rheinland AöR)	300.000		17.500	5,83	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	1.430.912				
3.4.2.3	LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts (LEP-AöR)	10.000		3.000	30,00	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	0				
3.4.3.1	Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur (kdvz)	0		0	3,03	
	Jahresergebnis 2024	0				
3.4.3.2	Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS)	0		0	11,11	
	Jahresergebnis 2024	0				
3.4.3.3	Zweckverband Kronenburger See	0		0	11,11	
	Jahresergebnis 2024	-113.473				
3.4.3.4	Zweckverband Naturpark Rheinland	0		0	16,67	
	Jahresergebnis 2024, vorläufiger Wert	-77.623				
3.4.3.5	Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE)	825.225		275.048	33,33	
	Jahresergebnis 2024	-859.042				
3.4.3.6	Zweckverband Region Aachen	0		0	20,00	
	Jahresergebnis 2024	92.227				
3.4.3.7	Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)	34.000		8.500	25,00	
	Jahresergebnis 2024	788.917				
3.4.3.8	Erfthverband	0		0		
	Jahresergebnis 2024	-4.868.029				
3.4.3.9	Wasserverband Eifel-Rur (WVER)	0		0		
	Jahresergebnis 2023	4.448.257				
3.4.3.10	AAV - Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung	0		0		
	Jahresergebnis 2024	liegt nicht vor				

Nachrichtlich:

Im Anlagevermögen des Kreis Euskirchen wird unter dem Posten „Wertpapiere“ folgendes ausgewiesen:

- RWE Stammaktien, Anzahl: 93.850 Stück
- Anteile am Kommunalen Versorgungsrücklagen-Fonds (KVR-Fonds)

Im Anlagevermögen des Kreis Euskirchen wird unter dem Posten „Ausleihungen an Beteiligungen“ folgendes ausgewiesen:

- Forderungen aus dem Jahr 2012 gegenüber der Nordeifeler-Regenerative GmbH & Co.KG

Im Anlagevermögen des Kreis Euskirchen wird unter dem Posten „Sonstige Ausleihungen“ folgendes ausgewiesen:

- Schuldscheindarlehen Kreditinstitute

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen der Kreis Euskirchen einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn der Kreis Euskirchen mehr als 50 % der Anteile hält.
- als „Beteiligungen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Anteile an Unternehmen und Einrichtungen zum Ausweis, die die Kommune mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Verbindung einzugehen und bei denen es sich nicht um verbundene Unternehmen handelt.
- als „Sondervermögen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Kommunalvermögen, das zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks dient und daher getrennt vom allgemeinen Haushalt des Kreis Euskirchen geführt wird. Sondervermögen sind gemäß § 97 GO das Gemeindegliederungsvermögen, das Vermögen rechtlich unselbstständiger örtlicher Stiftungen, Eigenbetriebe (§ 114 GO) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO) ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
- als „Wertpapiere des Anlagevermögens“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die auf Dauer angelegt werden, durch die jedoch keine dauernde Verbindung des Kreis Euskirchen zum Unternehmen hergestellt werden soll.
- als „Ausleihungen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen des Kreises Euskirchen gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb des Kreises Euskirchen dauerhaft dienen sollen. Mit Ausnahme von GmbH-Anteilen, die nicht als verbundene Unternehmen oder Beteiligungen ausgewiesen werden, weil sie lediglich als Kapitalanlage gehalten werden, handelt es sich bei den Ausleihungen nicht um Beteiligungen im Sinne der GO.

Erläuterungen zu den wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen:

Die Abweichungen bei den Finanz- und Leistungsbeziehungen zwischen den Beteiligungsgesellschaften des Kreises Euskirchen sind hauptsächlich auf unterschiedliche Abgrenzungsmethoden, die die Gesellschaften im Jahresabschluss anwenden, zurückzuführen. Des Weiteren sind einige Beteiligungsgesellschaften nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt, was ebenfalls zu abweichenden Darstellungen der Posten Forderungen, Verbindlichkeiten, Erträge und Aufwendungen führt. Eine Erläuterung von allen Positionen würde den Rahmen des Teilgebichtsberichts sprengen. Aus diesem Grund erfolgt lediglich eine Erläuterung der wesentlichen Abweichungen.

Die von der e-regio GmbH & Co.KG gemeldeten Forderungen, Verbindlichkeiten, Erträge und Aufwendungen gegenüber den Beteiligungsgesellschaften des Kreises Euskirchen enthalten lediglich den Strombezug. Weitere Leistungsbeziehungen sind aufgrund der Menge an Daten nicht darstellbar.

Finanz- und Leistungsbeziehungen zwischen der Regionalverkehr Köln GmbH und der Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH):

Position	Erläuterung
Forderungen Regionalverkehr Köln GmbH/ Verbindlichkeiten NeT GmbH	Die Differenz resultiert aus dem Ausweis der Umsatzsteuer (Brutto-/Nettoansatz) und unterschiedlichen Abgrenzungsmethoden der beiden Gesellschaften.
Erträge Regionalverkehr Köln GmbH/ Aufwendungen NeT GmbH	Die Differenz resultiert aus dem Ausweis der Umsatzsteuer (Brutto-/Nettoansatz) und unterschiedlichen Abgrenzungsmethoden der beiden Gesellschaften.
Aufwendungen Regionalverkehr Köln GmbH/ Erträge NeT GmbH	Die Differenz resultiert aus dem Ausweis der Umsatzsteuer (Brutto-/Nettoansatz) und unterschiedlichen Abgrenzungsmethoden der beiden Gesellschaften.

Finanz- und Leistungsbeziehungen zwischen der Regionalverkehr Köln GmbH und dem Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg:

Position	Erläuterung
Verbindlichkeiten Regionalverkehr Köln GmbH/ Forderungen ZV Verkehrsverbund Rhein-Sieg	Die Differenz resultiert aus unterschiedlichen Abgrenzungsmethoden der beiden Gesellschaften.
Erträge Regionalverkehr Köln GmbH/ Aufwendungen ZV Verkehrsverbund Rhein-Sieg	Die Differenz resultiert aus unterschiedlichen Abgrenzungsmethoden der beiden Gesellschaften.

Finanz- und Leistungsbeziehungen zwischen der e-regio GmbH & Co.KG und Vogelsang IP gGmbH:

Position	Erläuterung
Aufwendungen Vogelsang IP gGmbH/ Erträge e-regio KG	Die Differenz resultiert aus dem Ausweis der Umsatzsteuer (Brutto-/Nettoansatz).

Finanz- und Leistungsbeziehungen zwischen der e-regio GmbH & Co.KG und dem Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE):

Position	Erläuterung
Forderungen e-regio GmbH & Co.KG/ Verbindlichkeiten BZE	Die Differenz resultiert aus unterschiedlichen Abgrenzungsmethoden der beiden Gesellschaften.

Finanz- und Leistungsbeziehungen zwischen der Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT) und dem Zweckverband Region Aachen:

Position	Erläuterung
Erträge Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)/ Aufwendungen ZV Region Aachen	Bei den von der AGIT gegenüber dem ZV ausgewiesenen Erträge von 5.850 € handelt es sich um EFRE Fördermittel vom Land. Der ZV Region Aachen erhält die Fördermittel vom Land und leitet diese an Gesellschaften mit förderfähigen Projekten weiter. Aus diesem Grund ist der Betrag von 5.850 € beim ZV als durchlaufender Posten erfasst und nicht als Aufwand.

Finanz- und Leistungsbeziehungen zwischen der Vogelsang IP gGmbH und der Nordeifel Tourismus GmbH:

Position	Erläuterung
Erträge Vogelsang IP gGmbH/ Aufwendungen Nordeifel Tourismus GmbH	Die Differenz resultiert aus dem Ausweis der Umsatzsteuer (Brutto-/Nettoansatz).
Aufwendungen Vogelsang IP gGmbH / Erträge Nordeifel Tourismus GmbH/	Die Differenz resultiert aus dem Ausweis der Umsatzsteuer (Brutto-/Nettoansatz).

3.4 Einzeldarstellung

Nachfolgend erfolgt die Einzeldarstellung der wesentlichen Beteiligungen des Kreis Euskirchen. Die Sortierung bzw. Gliederung der nachfolgend aufgeführten Beteiligungen obliegt der kommunalen Gebietskörperschaft. Als wesentlich gelten Beteiligungen, wenn diese die Voraussetzungen des § 51 KomHVO erfüllen oder eine strategische Relevanz haben bzw. an der deren Berichterstattung ein besonderes Interesse besteht. Die Entscheidung der Wesentlichkeit ist von der Kommune unter Einbeziehung und Abwägung der örtlichen Kenntnisse und Gegebenheiten zu treffen und zu erläutern.

Um die Übersichtlichkeit zu wahren hat der Kreis Euskirchen sich für folgende Darstellungsreihenfolge entschieden:

- 3.4.1 Beteiligungen an Gesellschaften in der Rechtsform des privaten Rechts
- 3.4.2 Beteiligungen an Anstalten des öffentlichen Rechts
- 3.4.3 Beteiligungen an Zweckverbänden

Der Beteiligungsstruktur unter Punkt 3.2 ist zu entnehmen an welchen Gesellschaften der Kreis Euskirchen unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

3.4.1 Beteiligungen an Gesellschaften in der Rechtsform des privaten Rechts des Kreises Euskirchen zum 31. Dezember 2024

3.4.1.1 Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln GbR

Basisdaten

Anschrift: Konrad-Adenauer-Straße 13
50966 Köln
Internet: <http://www.rheinstud.de>
Gründungsjahr: 01.12.1998

Zweck der Beteiligung

Das Studieninstitut vermittelt den Dienstkräften der Gesellschafter sowie ihrer kreisangehörigen Städte und Gemeinden, einschließlich deren Eigenbetriebe, durch planmäßigen Unterricht eine gründliche Berufsausbildung, nimmt die vorgeschriebenen Prüfungen ab und sorgt für die berufliche Fortbildung. Es kann darüber hinaus weitere Aufgaben übernehmen.

Das Studieninstitut übernimmt auch die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung der Dienstkräfte gemeindlicher Zweckverbände sowie solcher Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, deren Leiterin oder Leiter Beamtin oder Beamter einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes ist.

Das Studieninstitut hat ferner die Aufgabe, die gesetzlich vorgeschriebenen Auswahlverfahren durchzuführen.

Das Studieninstitut kann auch Dienstkräfte anderer Verwaltungen, Körperschaften und Einrichtungen, die öffentlichen Zwecken dienen, ausbilden, prüfen und fortbilden.

Ziele der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 5 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Deckung des Eigenbedarfs der Gemeinden und Gemeindeverbände. Das wichtige Interesse des Kreises ist nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

Beteiligungsverhältnisse

In die GbR wurden seitens der Gesellschafter keine Kapitalanteile eingebracht.

Die Gesellschafterversammlung hat am 31. Oktober 2008 die Eröffnungsbilanz zum 01. Januar 2008 einstimmig beschlossen und die Eigenkapitalanteile für 5 Jahre festgelegt. Die Fortschreibung des Eigenkapitals richtet sich jeweils nach dem Anteil an der jährlichen Gesellschafterumlage. Zum 31. Dezember 2024 stellt sich das Eigenkapital wie folgt dar:

Gesellschafter	Eigenkapitalanteil - €	Anteil - %
Kreis Euskirchen	31.698,41	5,13
Rhein-Erft-Kreis	81.766,88	13,24
Landschaftsverband Rheinland	50.125,14	8,12
Oberbergischer Kreis	39.449,86	6,39
Rheinisch Bergischer Kreis	47.854,36	7,75
Rhein-Sieg-Kreis	100.199,16	16,22
Stadt Bonn	60.747,28	9,84
Stadt Köln	205.739,10	33,31
Gesamtsumme	617.580,20	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Soweit die zur Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft erforderlichen Mittel nicht durch andere Einnahmen der Gesellschaft gedeckt werden, werden von den Gesellschaftern Gesellschafterbeiträge erhoben. Den Schlüssel für die Errechnung der Umlagen setzt die Gesellschafterversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschafter fest.

Im Jahr 2024 hat der Kreis Euskirchen einen Betrag von 21.429,22 € zum Ausgleich des Verlustes 2024 an das Rheinische Studieninstitut gezahlt. Die Spitzabrechnung für das Jahr 2022 erfolgte im Jahr 2024. Auf den Kreis Euskirchen entfiel eine Restzahlung in Höhe von 12.264,84 €.

Entwicklung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.453	4.815	7.177	-2.362
Sachanlagen	59.694	20.470	13.504	39.224
	62.147	25.285	20.681	36.862
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	824.412	739.251	603.160	85.161
Liquide Mittel	823.586	708.052	866.555	115.534
	1.647.998	1.447.303	1.469.715	200.695
Summe Aktiva	1.710.145	1.472.588	1.490.396	237.557
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Anfangskapital	617.580	617.580	617.580	0
Bilanzgewinn	0	0	0	0
	617.580	617.580	617.580	0
B Rückstellungen	871.086	776.584	813.874	94.502
C Verbindlichkeiten	212.929	78.424	57.601	134.505
D Rechnungsabgrenzungsposten	8.550	0	1.340	8.550
Summe Passiva	1.710.145	1.472.588	1.490.396	237.557

Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	4.222.727	4.080.819	3.459.647	141.909
2	Sonstige betriebliche Erträge	35.750	56.335	36.414	-20.585
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	1.684.609	1.673.262	1.797.885	11.347
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	17.281	6.625	7.667	10.656
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.667.327	1.666.637	1.790.217	690
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	1.337.589	1.239.741	798.581	97.848
a)	Löhne und Gehälter	1.037.022	1.008.107	617.330	28.915
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	300.567	231.634	181.250	68.933
5	Abschreibungen	62.004	19.103	14.322	42.902
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.017.264	1.773.508	1.595.521	243.756
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.167	0	0	4.167
8	Ergebnis nach Steuern	-838.821	-568.459	-710.247	-270.361
9	Sonstige Steuern	0	0	-1	0
10	Bilanzgewinn	-838.821	-568.459	-710.246	-270.361

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	36,11	41,94	-5,83
Eigenkapitalrentabilität	-135,82	-92,05	-43,78
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	175,53	138,44	37,08
Umsatzrentabilität	-19,86	-13,93	-5,93

Personalbestand

Geschäftsjahr	2024	2023	2022	Erläuterung
Anzahl	22	20	18	

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Ordentliches Mitglied

Markus Ramers, Landrat

Stellvertretendes Mitglied

Achim Blindert, AV

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

Der Gesellschafterversammlung des Rheinischen Studieninstituts gehören von den insgesamt 8 Mitgliedern 3 Frau an (Frauenanteil: 37,50 %).

Institutsausschuss:

Vertreter des Kreises im Institutsausschuss:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Julia Baron, GBL I	Rolf Kastenholz, AbtL 10 (bis 31. Juli 2025) Dominik Loosen, AbtL 10 (ab 01. August 2025)
2. Manfred Steffen, CDU	Karsten Stickeler, CDU

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen folgende Vertreter in den Institutsausschuss zu entsenden:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Julia Baron, GBL I	Dominik Loosen, AbtL 10
2. Jürgen Bönsch, CDU	Karsten Stickeler, CDU

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter im Institutsausschuss zu entnehmen.

Dem Institutsausschuss des Rheinischen Studieninstituts gehören von den insgesamt 50 Mitgliedern (inklusive Vertreter*innen) 13 Frauen an (Frauenanteil: 26 %).

Institutsvorsteher:

Michael Vogel, Rhein-Erft-Kreis

Studienleiter:

Theo Hüffel

Nachrichtlich:

Björn Stürz (ab 19. März 2025)

Stellvertretende Geschäftsführerin:

Anna van de Sand

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Beim Rheinischen Studieninstitut handelt es sich um ein Unternehmen, welches mehrheitlich öffentlich beherrscht ist und bei dem die Anwendung der Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) nicht in der Unternehmensatzung verankert ist.

Die Obliegenheit der kommunalen zur Vertretung berechtigten Personen beschränkt sich darauf, die Beachtung der Ziele des LGG im Unternehmen hinzuwirken. Bezogen auf § 12 LGG bedeutet das die Verpflichtung, im Rahmen der bestehenden Einflussmöglichkeiten darauf hinzuwirken, dass in den Gremien der Gesellschaft ein Mindestfrauenanteil von 40 % erreicht wird.

3.4.1.2 RWE Aktiengesellschaft (RWE AG)

Basisdaten

Anschrift: RWE Platz 1, 45141 Essen

Internet: <https://www.rwe.com/>

Gründungsjahr: April 1898

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Leitung einer Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf den Geschäftsfeldern Erzeugung und Beschaffung von Energie einschließlich erneuerbarer Energien, Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen, Versorgung und Handel mit Energie, Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie, Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser und der Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen tätig sind.

Ende 2015 wurde beschlossen, die Geschäftsfelder Erneuerbare Energien, Netze und Vertrieb in einer neuen Tochtergesellschaft zusammenzuführen und an die Börse zu bringen. Das Vorhaben wurde 2016 umgesetzt. Am 01. April 2016 nahm die neue Gesellschaft – zunächst als „RWE International SE“ und ab September als „innogy SE“ – ihre Geschäftstätigkeit auf. Anfang Oktober folgte der Börsengang des Unternehmens. Dabei wurden 73,4 Millionen innogy-Aktien aus dem Bestand der RWE AG und weitere 55,6 Millionen im Zuge einer Kapitalerhöhung der innogy SE breit gestreut bei neuen Investoren platziert. Der Anteil der RWE AG an innogy hat sich dadurch auf 76,8 % verringert. Die bei der RWE AG verbliebenen Bereiche Konventionelle Stromerzeugung und Trading/Gas Midstream profitieren durch finanzielle Flexibilität ebenfalls von der Reorganisation. Die Erlöse von 2,6 Mrd. € aus dem Verkauf von innogy-Aktien aus dem Eigenbestand wird die RWE AG für die Dotierung des neuen Kernenergiefonds verwenden.

Die im März 2018 mit der E.ON SE vereinbarte Transaktion wurde im Geschäftsjahr 2020 abschließend umgesetzt. Bereits im Vorjahr wurde im Rahmen dieser Transaktion die Beteiligung der GBV Vierunddreißigste Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung mbH, Essen, einer 100%igen Tochtergesellschaft der RWE AG, an der innogy SE, Essen, veräußert. Im Gegenzug wurde nahezu das gesamte Geschäft mit erneuerbaren Energien der E.ON SE und innogy SE sowie das Gasspeichergeschäft und die Beteiligung am österreichischen Energieversorger Kelag von verbundenen Unternehmen der RWE AG erworben.

Der RWE-Konzern wird aktuell in die fünf folgenden Segmente untergliedert:

- Offshore Wind
- Onshore Wind/Solar
- Flexible Erzeugung (Bezeichnung bis 2023: Wasser/Biomasse/Gas)
- Energiehandel
- Ausstiegstechnologien (Bezeichnung bis 2023: Kohle/Kernenergie)

Die ersten vier Segmente umfassen die Aktivitäten der RWE rund um die erneuerbaren Energien Gaskraftwerke, Energiespeicher und Wasserstoff sowie den Energiehandel. Sie bilden das Kerngeschäft des RWE-Konzerns. Im fünften Segment werden die Aktivitäten des RWE-Konzerns auf dem Gebiet der Braunkohle und der Kernenergie zusammengefasst, denen der RWE-Konzern, wegen gesetzlicher Ausstiegspfade, keine strategische Bedeutung beimisst.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen. Insbesondere mit ihrem Engagement in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung sowie Entsorgung leistet die RWE AG einen Beitrag zur Grundversorgung der Bevölkerung und betreibt klassische kommunalwirtschaftliche Aufgaben. Die RWE AG erfüllt damit einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO NRW in Verbindung mit § 107a Abs. 1 GO NRW.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter bzw. Aktionär	Anzahl der Aktien	Gezeichnetes Kapital	Anteil
Kreis Euskirchen	93.850	4.101.370 €	0,02 %
Eigene Anteile	4.448.369	189.294.000 €	0,60 %
übrige Aktionäre	739.298.998	31.355.604.630 €	99,38 %
Summe Stammaktien	743.841.217	31.549.000.000 €	100,00 %

Der Vorstand hatte am 01. Oktober 2022 mit Zustimmung des Aufsichtsrates beschlossen, im Rahmen der Ermächtigung vom 28. April 2021 eine von der Gesellschaft garantierte Pflichtwandel-schuldverschreibung im Gesamtnennbetrag von 2.427.600.000,00 € gegen Bareinlage an Qatar Holding LLC zu begeben. Die Pflichtwandel-schuldverschreibung wurde am 15. März 2023 in 67.621.169 neue, auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft gewandelt. Das ent-spricht einem Nennbetrag von 173.110.192,64 €. Aus der Durchführung der bedingten Kapitaler-höhung resultierte ein Anstieg des gezeichneten Kapitals in Höhe von 173.110.192,64 € und der Kapitalrücklage um 2.254.489.807,36 €.

Die Ermächtigung vom 28. April 2021 wurde dadurch in weiten Teilen ausgeschöpft. Daher wurde die Ermächtigung in der Hauptversammlung vom 04. Mai 2023 aufgehoben und der Vorstand ermächtigt bis zum 03. Mai 2028 auf den Inhaber oder Namen lautende Wandel- und/oder Opti-onsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 5.500.000.000 € mit oder ohne Lauf-zeitbegrenzung zu begeben und den Inhabern der Schuldverschreibungen Wandlungs- oder Op-tionsrechte für Aktien der Gesellschaft zu gewähren. Das Grundkapital wurde dafür um bis zu 190.423.349,76 € bedingt erhöht. Das entspricht 74.384.121 Stückaktien.

Die Gesellschaft ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 4. Mai 2023 ermächtigt, bis zum 03. Mai 2025 Aktien der Gesellschaft im Umfang von bis zu 10% des Grundkapitals im Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Ermächtigung oder im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung zu erwerben. Der Vorstand der Gesellschaft ist aufgrund des Beschlusses ferner ermächtigt, eigene Aktien ohne weiteren Beschluss der Hauptversammlung einzuziehen. Am 31. Dezember 2024 be-fanden sich 4.448.369 eigene Anteile im Bestand. Auf sie entfällt ein anteiliger Betrag des Grund-kapitals in Höhe von 11.387.824,64 €, das entspricht 0,60%. Darüber hinaus wurden am 30. Dezem-ber 2024 weitere 75.000 Aktien erworben, die erst 2025 zugegangen sind und ausschließlich in den anderen Gewinnrücklagen erfasst wurden.

In der Eröffnungsbilanz des Kreises Euskirchen wurde der Wert der RWE-Aktien gem. § 55 Abs. 6 S. 1 i.V.m. § 55 Abs. 7 GemHVO mit dem Tiefstkurs der vergangenen 12 Wochen ausgehend vom Bilanzstichtag (49,10 €) angesetzt. Der zum 01. Januar 2009 ausgewiesene Bilanzwert betrug 4.608.035 €.

Im Rahmen der Jahresabschlüsse 2012, 2014 und 2015 erfolgten außerplanmäßige Abschreibun-gen gem. § 35 Abs. 5 GemHVO aufgrund von Wertminderungen, welche als dauerhaft eingestuft wurden, bis auf einen Kurswert von 11,285 € je Aktie. Im Rahmen der Jahresabschlüsse 2017 bis 2022 stellte sich heraus, dass die Gründe für die Wertminderung nicht mehr im vollen Umfange bestehen, so dass Zuschreibungen auf die zum Abschlussstichtag beizulegenden Werte gem. § 35 Abs. 8 GemHVO bzw. § 36 Abs. 9 KomHVO erfolgen konnten. Zum 31. Dezember 2022 erfolgte die Zuschreibung auf den Kurswert von 39,878 € je Aktie. Der beizulegende Wert spiegelt sich in der Bilanz des Kreises mit 3.742.550,30 € wider. Da der Kurswert (41,180 €) und auch der beizule-gende Wert (33,972 €) zum 31. Dezember 2023 deutlich unter den Werten zum Stichtag 31. De-zember 2022 liegen, wurde im Jahresabschluss des Kreis Euskirchen für das Jahr 2023 eine außer-planmäßige Abschreibung in Höhe von 554.278,10 € vorgenommen. Im Rahmen des Jahresab-schlusses 2024 des Kreis Euskirchen erfolgte eine weitere außerplanmäßige Abschreibung. Der Kurswert lag zum 31. Dezember 2024 bei 28,83 € und der beizulegende Wert bei 30,070 €. Zum 31. Dezember 2024 werden die RWE Aktien in der Bilanz des Kreis Euskirchen mit einem Wert von 2.822.069,50 € ausgewiesen.

ENTWICKLUNG DER RWE-AKTIEN



Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Über die Verwendung des Bilanzgewinns beschließt die Hauptversammlung auf Vorschlag des Vorstandes und Aufsichtsrates.

Finanzbeziehung zu	Produkt/ Kostenträger	2024	2023	2022
Kreis Euskirchen				
Dividende (nach Steuern)	010 11114	78.998 €	71.098 €	71.098 €

Entwicklung der Bilanzen

RWE AG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
A Anlagevermögen				
Finanzanlagen	19.448	19.239	19.174	209
	19.448	19.239	19.174	209
B Umlaufvermögen				
Wertpapiere	5.262	6.835	10.633	-1.573
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	37.875	32.652	24.339	5.223
Liquide Mittel	3.683	5.083	5.080	-1.400
	46.820	44.570	40.052	2.250
C Rechnungsabgrenzungsposten	16	17	19	-1
Summe Aktiva	66.284	63.826	59.245	2.458
Passiva	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	1.904	1.904	1.731	0
Eigene Anteile	-11	0	0	-11
Kapitalrücklage	6.488	6.488	4.234	0
Gewinnrücklagen	3.796	2.997	2.456	799
Bilanzgewinn	929	744	670	185
	13.106	12.133	9.091	973
B Rückstellungen	2.754	2.608	3.067	146
C Verbindlichkeiten	50.424	49.085	47.087	1.339
Summe Passiva	66.284	63.826	59.245	2.458

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

RWE AG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
1	Ergebnis aus Finanzanlagen	2.378	1.392	1.202	986
2	Zinsergebnis	-95	-356	-803	261
3	Sonstige betriebliche Erträge	551	769	1.941	-218
4	Personalaufwand	125	126	132	-1
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	552	646	991	-94
6	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	300	-252	-118	552
7	Ergebnis nach Steuern	1.857	1.285	1.335	572
8	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.857	1.285	1.335	572
9	Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen	-928	-541	-665	-387
10	Bilanzgewinn	929	744	670	185

Kennzahlen

Geschäftsjahr	2024	2023	2022	Erläuterung
Stromerzeugung	117,8	129,7	156,8	Mrd. kWh
Zahl der Umlauf befindlichen Aktien	743.554	743.841	691.247	In Tsd. Stück
Ergebnis je Aktie	6,91 €	2,04 €	3,93 €	
Dividende je Stammaktie	1,10 €	1,00 €	0,90 €	

Personalbestand - Konzern

Geschäftsjahr	2024	2023	2022	Erläuterung
Anzahl	20.868	19.749	18.278	Umgerechnet in Vollzeitstellen

Geschäftsentwicklung

Im Internet unter www.rwe.com ist ein umfangreicher Geschäftsbericht für das Jahr 2024 des RWE Konzerns zu finden. Der Geschäftsbericht ist für einen Abdruck zu umfangreich.

Organe und deren Zusammensetzung

Hauptversammlung:

Vertreter des Kreises Euskirchen in der Hauptversammlung:

Herrn Dirk Jahr, CDU

Der in die Hauptversammlung entsandte Vertreter des Kreises erhielt für seine Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen Frau Maren Kurth, CDU, als Vertreterin in die Hauptversammlung zu entsenden.

Aufsichtsrat:

Der Kreis Euskirchen ist nicht im Aufsichtsrat der RWE AG vertreten. Deren Zusammensetzung ist im Internet abrufbar.

Vorstand:

Der Kreis Euskirchen ist nicht im Vorstand der RWE AG vertreten. Deren Zusammensetzung ist im Internet abrufbar.

Beirat:

Der Kreis Euskirchen wird im Beirat der RWE AG durch Herrn Landrat Markus Ramers vertreten.

Die Vergütungsstruktur des RWE Beirats stellt sich wie folgt dar:

Grundvergütung:	3.000 €/Jahr
Sitzungsgeld:	1.000 €/Sitzung
Auslagenersatzpauschale:	100 €/Sitzung

Nachrichtlich:

Mit Datum vom 31. Oktober 2024 hat Herr Landrat Markus Ramers sein Mandat im RWE Beirat mit sofortiger Wirkung niedergelegt.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht und Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Bei der RWE AG handelt es sich um eine Gesellschaft, die nicht in den Anwendungsbereich des Landesgleichstellungsgesetzes NRW (LGG) fällt.

3.4.1.3 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)

Basisdaten

Anschrift: Rüttenscheider Straße 62
45130 Essen
Internet: <http://www.vka-rwe.de/>
Gründungsjahr: 1929

Zweck der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist gemäß dem Beschluss in der Gesellschafterversammlung am 24. November 2020 die Bildung und Vertretung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen nach innen und nach außen sowie die Unterstützung und Beratung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung der Daseinsvorsorge.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO NRW.

Die Beteiligung an der Gesellschaft steht im engen Zusammenhang mit der Eigenschaft des Kreises Euskirchen als Aktionär der RWE AG.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter ab 01.07.2024	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreis Euskirchen	1.083,94	0,848
58 Städte/Gemeinden/Kreise 4 kommunale Verbände 13 weitere Gesellschafter	126.739,03	99,152
Summe	127.822,97	100,00

Zum 01. Juli 2024 hat der Vka somit insgesamt 76 Gesellschafter.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Die Gesellschafter sind nach dem Gesellschaftsvertrag zur Deckung der laufenden Ausgaben der Gesellschaft verpflichtet. Die Gesellschafter haben Nachschüsse in der jeweils durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzusetzenden Höhe zu leisten. Die zu leistenden Nachschüsse richten sich nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile (§ 26 Abs. 2 und 3 GmbHG).

Im Jahr 2024 hat der Kreis Euskirchen Gesellschafterzuschüsse von 1.631 € an den Verband der kommunalen RWE Aktionäre GmbH gezahlt.

Entwicklung der Bilanzen

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum	30.06.2024	30.06.2023	30.06.2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	665	1.442	1.152	-777
Finanzanlagen	60.093	65.267	76.206	-5.174
	60.759	66.709	77.358	-5.950
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.114	9.660	7.121	-545
Liquide Mittel	111.185	258.369	290.282	-147.183
	120.299	268.028	297.403	-147.729
C Rechnungsabgrenzungsposten	2.455	2.455	2.455	0
Summe Aktiva	183.513	337.192	377.216	-153.679
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	127.823	127.823	127.823	0
Kapitalrücklage	240.010	240.009	255.547	1
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-239.477	-240.276	-255.950	798
	128.356	127.556	127.420	799
B Rückstellungen	14.400	10.600	10.400	3.800
C Verbindlichkeiten	40.757	199.036	239.396	-158.278
Summe Passiva	183.513	337.192	377.216	-153.679

Auf Grundlage des Beschlusses der Gesellschafter wurden im Geschäftsjahr 2023/24 240 T€ der Kapitalrücklage zum Ausgleich des Bilanzverlustes des Vorjahres entnommen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		01.07.2023 bis 30.06.2024	01.07.2022 bis 30.06.2023	01.07.2021 bis 30.06.2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	16.484	22.171	61.470	-5.687
2	Personalaufwand, <u>davon:</u>	207.090	194.392	239.391	12.699
a)	Löhne und Gehälter	184.932	170.384	206.392	14.548
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	22.158	24.008	32.998	-1.849
3	Abschreibungen	777	674	324	103
4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	58.537	76.603	91.990	-18.066
5	Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	10.710	9.626	14.285	1.084
6	Ergebnis nach Steuern	-239.211	-239.872	-255.950	661
7	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-239.211	-239.872	-255.950	661
8	Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-240.276	-255.950	-170.269	15.674
9	Entnahme aus der Kapitalrücklage	240.009	255.547	170.269	-15.538
10	Entnahme aus Gewinnrücklagen	0	0	0	0
11	Bilanzverlust	-239.477	-240.276	-255.950	16.336

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	69,94	37,83	32,11
Eigenkapitalrentabilität	186,37	-188,05	374,42
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	42,97	164,35	-121,38
Umsatzrentabilität	./.	./.	./.

Personalbestand

Geschäftsjahr	2024	2023	2022	Erläuterung
Anzahl	2	2	3	ohne beide Geschäftsführer

Geschäftsentwicklung

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023/2024

1. Gegenstand und Finanzierung der Gesellschaft

Seit dem 1. Juli 2021 (Beginn des Geschäftsjahres) sind die beiden ehemaligen Vka-Verbände Essen (Rheinland) und Dortmund (Westfalen) in der Vka GmbH zusammengeführt. Gegenstand der Gesellschaft ist nach dem Gesellschaftsvertrag vom 24. November 2020 die Bildung und Vertretung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen nach innen und nach außen sowie die Unterstützung und Beratung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung der Daseinsvorsorge.

Hierzu hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr Gesellschafter in energie-wirtschaftlichen Fragen beraten und insgesamt den Informationsaustausch zur Energiewende, Versorgungssicherheit und Energiepolitik gewährleistet. Soweit sich aus der Koordinierung der Interessen und dem Erfahrungsaustausch zwischen den Gesellschaftern einheitliche Auffassungen ergeben haben, wurden diese gegenüber staatlichen Stellen, der RWE AG, anderen Verbänden und der Öffentlichkeit vertreten.

Mit der Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft sind laufende Aufwendungen verbunden, die durch Vor- und Nachschüsse der Gesellschafter gedeckt werden. Eigene Umsätze sowie sonstige wesentliche Erträge werden in der Regel nicht erzielt. Dementsprechend führte die Geschäftstätigkeit regelmäßig zu Jahresverlusten, die das Eigenkapital minderten. Die Fehlbeträge wurden zu einem wesentlichen Teil durch Nachschüsse der Gesellschafter, die unmittelbar in die Kapitalrücklage der Gesellschaft eingestellt worden sind, ausgeglichen. Allerdings haben die Nachschüsse in den vergangenen Jahren nicht ausgereicht, um die Fehlbeträge jeweils vollständig auszugleichen.

In der Vereinbarung zwischen dem Vka Essen (Rheinland) und der Vka Dortmund (Westfalen) vom 24.11.2020 ist als Ziel die paritätische Finanzierung des Vka durch die „Alt- und Neugesellschafter“ formuliert worden. Die Kosten der Geschäftsstelle werden ab dem 01.07.2021 je zur Hälfte getragen, wobei der Kostenanteil für die ehemaligen Gesellschafter der Vka Dortmund auf maximal 120.000 € jährlich gedeckelt ist. Spätestens für das Geschäftsjahr 2024/2025 sollte der Fehlbetrag nicht höher als 240.000 € sein. Bis dahin werden nach dem Beschluss der Gesellschafterversammlung des Vka Essen vom 27.04.2021 auftretende Liquiditätslücken durch die „Altgesellschafter“ und über den Verkauf von Allianz-Aktien geschlossen. Nach Verrechnung mit der Kapitalrücklage soll auch für den Ausgleich des Verlustvortrags aus dem Geschäftsjahr

2021/2022 (255.949,99 €), des Fehlbetrages im Geschäftsjahr 2022/2023 (239.872,08 €) und zur weiteren Liquiditätssicherung entsprechend verfahren werden. Im Geschäftsjahr 2023/2024 wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 239.477,12 € erwirtschaftet. Dieser ist vollumfänglich durch die in die Kapitalrücklage eingestellten Vorschüsse der Gesellschafter für das Jahr 2023/2024 gedeckt.

Die Geschäftsführung wurde zudem beauftragt, auf der Grundlage einer Kostenanalyse Empfehlungen zur Senkung der Gesamtkosten der Geschäftsstelle bei der personellen und sächlichen Ausstattung zu erarbeiten. In der Gesellschafterversammlung am 02.12.2021 wurden die Ergebnisse der Kostenanalyse vorgestellt. Danach entfielen rd. 88 % der Gesamtkosten auf das Personal und die Miete einschließlich Nebenkosten, so dass signifikante Aufwandsreduzierungen auch nur bei diesen Kostenpositionen zu erzielen waren. Darauf ausgerichtet wurden die Handlungsoptionen im Jahr 2022 erarbeitet.

Seitdem ist es der Geschäftsführung gelungen, einen Restrukturierungsprozess umzusetzen, dessen Ergebnisse zu einer deutlichen Aufwandsreduzierung geführt haben. Und dies nicht erst ab dem Geschäftsjahr 2024/2025, sondern bereits ab 2022/2023, also zwei Jahre früher. Insgesamt ergab sich eine Aufwandsreduzierung von 31.240 €. Damit einhergehend wurde die IT-Infrastruktur in eine moderne Cloud-Lösung transferiert.

Unter Berücksichtigung der übrigen Erlös- und Aufwandspositionen reduzierte sich der Jahresfehlbetrag in der Ergebnisrechnung 2023/2024 damit auf 239.872 €. Damit ist das Kostensenkungspotenzial bis auf weiteres ausgeschöpft. Mit Blick auf die allgemeine Preis- und Kostenentwicklung, vereinbarte Tarifabschlüsse und speziell die Energiekosten, werden die Wirtschaftspläne 2024/2025 ff. auf dem jetzt erreichten Niveau wieder Aufwandssteigerungen verkraften müssen. Da das Stammkapital der Gesellschaft zu erhalten ist, wird nach dem letztmalig für das Geschäftsjahr 2023/2024 vorgesehenen Verkauf von Allianz-Aktien dann auch kein Weg an einer Erhöhung der Vorschüsse vorbeiführen.

Mit dem Zusammenschluss der beiden Vka-Verbände Essen und Dortmund ist die Anzahl der Geschäftsführer von vier auf zwei reduziert worden. Zumindest bis zum 30.06.2024 wird das nach den Beschlüssen der Gesellschafterversammlung auch so bleiben. In der Frühjahrssitzung 2024 hat die Gesellschafterversammlung nach Vorbereitung im Verwaltungsrat mit Wirkung zum 01.07.2024 bzw. 01.11.2024 für die ausscheidenden Geschäftsführer Nachfolger berufen.

Zum 01.07.2024 hatte der Vka insgesamt 76 Gesellschafter.

2. Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die wesentlichen Veränderungen der Vermögenslage der Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahresstichtag betreffen die Finanzanlagen und das Guthaben bei Kreditinstituten. Die Finanzanlagen auf der Aktivseite verringerten sich durch die zur Liquiditätssicherung notwendigen Aktienverkäufe von T€ 76 auf T€ 65 (Buchwert). Bei den Guthaben bei Kreditinstituten sind in den ausgewiesenen T€ 258 bereits für das Geschäftsjahr 2023/2024 angeforderte Vorschüsse der Gesellschafter von T€ 193 (Vorjahr T€ 226) enthalten. Die frühzeitige Anforderung der Vorschüsse für das neue Geschäftsjahr erfolgte zur Sicherung der Liquidität. Insgesamt führte dieses zu einer Minderung der sonstigen Verbindlichkeiten um T€ 40 auf T€ 199 bei nahezu unverändertem Eigenkapital und sonstigen Rückstellungen auf der Passivseite.

Wesentlicher Vermögensgegenstand sind die von der Gesellschaft gehaltenen 822 Allianz-Aktien sowie 500 E.ON SE Aktien. Letztere wurden ursprünglich erworben, um auch nach der Neustrukturierung von RWE und E.ON die Vka-Interessen vertreten zu können. Der Buchwert dieser im Finanzanlagevermögen erfassten Wertpapiere des Anlagevermögens ist zum 30. Juni 2023 mit T€ 65 in der Bilanz ausgewiesen.

Das Eigenkapital beläuft sich zum 30. Juni 2023 auf T€ 128 (30. Juni 2022: T€ 127). Es wurde durch Vorschüsse/Nachschüsse der Gesellschafter in Höhe von T€ 240 (Einstellung in die Kapitalrücklage) gestärkt und entspricht 37,8 % (30. Juni 2022: 33,8 %) der Bilanzsumme. Aus der Durchführung der satzungsmäßigen Aufgaben ergibt sich für das Geschäftsjahr 2022/23 ein Jahresfehlbetrag von T€ 240, der das Eigenkapital entsprechend gemindert hat. Basierend auf dem Beschluss der Gesellschafter vom 23. November 2022 wurde der Bilanzverlust aus dem Geschäftsjahr 2021/22 i.H.v. € 255.949,99 mit der zum 30.06.2022 vorhandenen Kapitalrücklage (€ 255.546,55) verrechnet.

Wie zuvor schon ausgeführt, wurden im Geschäftsjahr 2022/2023 für den Ausgleich des laufenden Verlustes und zur Deckung der restlichen Kosten für das kapitalmarktrechtliche Verfahren in Höhe von T€ 13 (s. auch Seite 5 unten) 148 Allianz-Aktien verkauft. Der in diesem Zusammenhang realisierte Buchgewinn beträgt rd. T€ 21. Die Verbesserung des Geschäftsjahresergebnisses um T€ 16 auf T€ -240 ist trotz der um T€ 39 geringeren sonstigen betrieblichen Erträge insbesondere auf die um T€ 45 auf T€ 194 geminderten Personal-aufwendungen und um T€ 15 auf T€ 77 reduzierten sonstigen betrieblichen Aufwendungen zurückzuführen.

Die Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens betragen T€ 10 (2021/2022: T€ 14) und resultieren aus Dividendenzahlungen der Allianz-Versicherung sowie der E.ON SE.

Die Finanzierung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2023/2024 jederzeit sichergestellt.

3. Internes Kontrollsystem und Risikomanagement

Das interne Kontrollsystem umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung, zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Aufgrund der einfachen und übersichtlichen Strukturen der Gesellschaft werden sämtliche Aufgaben im Rahmen des internen Kontroll- und Überwachungssystems von der Geschäftsführung wahrgenommen. Es gilt durchgängig ein striktes Vier-Augen-Prinzip. Sämtliche Genehmigungen und Freigaben erfolgen entweder durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen.

Bereits im Geschäftsjahr 2022/2023 wurde die Kontoführung bereits auf Online-Banking umgestellt. Zur Wahrung des Vier-Augen-Prinzips bei Online-Transaktionen hat die Geschäftsführung eine Dienstanweisung erlassen. Darüber hinaus trägt die Erneuerung der IT-Infrastruktur zu einer Erhöhung der Datensicherheit bei.

Ein formelles Risikomanagement besteht nicht, aber Chancen und Risiken werden regelmäßig durch die Geschäftsführung identifiziert, analysiert und bewertet. Bei Bedarf greift die Geschäftsführung zudem auf externe Fachleute zurück, die die Gesellschaft bei Entscheidungen unterstützen.

4. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Grundsätzlich wird der Fortbestand der Gesellschaft davon abhängen, dass der Bestand an Gesellschaftern weitgehend erhalten bleibt und die vollständige Finanzierung durch die Gesellschafter auch bei steigenden Kosten für den Geschäftsbetrieb getragen wird. Die Weichen für eine auskömmliche Finanzierung sind durch die zuvor beschriebenen Konsolidierungsmaßnahmen gestellt.

In 2024 hat die RWE AG eine Dividende für 2023 in Höhe von € 1,00 pro Aktie gezahlt. Für 2024 soll die RWE-Dividende € 1,10 pro Aktie steigen und die Untergrenze für die kommenden Jahre bilden, in denen die Aktionäre an dem weiteren Ergebniswachstum partizipieren sollen.

Obwohl der Gründungsgedanke des Vka unverändert fortbesteht, kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch künftig Gesellschafter ihre RWE-Aktien verkaufen und aus dem Vka ausscheiden. Die Geschäftsführung stuft diese Entwicklung als ein latentes Risiko ein. Vier Gesellschafter haben aktuell erklärt, den Verkauf von RWE-Aktien in Erwägung zu ziehen. Zu beachten ist allerdings auch, dass die ehemaligen Gesellschafter der Vka Dortmund erklärt haben, in diesem Fall ihre Gesellschaftsanteile auf bis zu 50 v. H. aufstocken zu wollen. Daneben haben weitere Gesellschafter ihr Interesse an dem Kauf der RWE-Aktien aus dem Gesellschafterkreis erklärt, unabhängig davon, ob eine Andienungsverpflichtung besteht.

In der zum 01.07.2021 erfolgten Zusammenführung der beiden Vka-Verbände wird – neben einer angestrebten auskömmlichen Finanzierung des Vka – aber auch die Chance gesehen, dass für die inzwischen 76 Gesellschafter eine noch stärkere Verwirklichung des Gesellschaftszwecks verbunden werden kann. Die Geschäftsführung möchte dabei auch weiterhin den Weg des offenen Dialogs fortsetzen und ihre Verbandsarbeit gemeinsam mit ihren Netzwerkpartnern profilieren. Über regelmäßige Meetings, Veranstaltungen sowie über Rundschreiben werden die Gesellschafter kontinuierlich über alle wichtigen Diskussionsergebnisse mit Vertretern der Energiewirtschaft und relevante energiewirtschaftliche Entwicklungen informiert.

Weitere wesentliche Chancen und Risiken, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen könnten, werden von der Geschäftsführung gegenwärtig nicht gesehen. Bestandsgefährdende Risiken liegen derzeit nicht vor.

5. Ausblick

Die notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und dem Verzicht auf fossile Energieträger sind bereits gewaltige Herausforderungen, die durch die geopolitischen Entwicklungen seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 eine neue Dimension erfahren haben. Nach der Bewältigung einer akuten Energiekrise in 2022 und 2023 stehen aktuell die zukünftige Gestaltung des Energiemarktes, die Gewährleistung der Versorgungssicherheit und die Dekarbonisierung von Strom und Wärme wieder im Vordergrund. Dies stellt die Industrie und das Gewerbe, die energiewirtschaftlichen Unternehmen und die gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen, um das Ziel der Klimaneutralität des Bundes bzw. der EU bis spätestens Mitte des Jahrhunderts zu erreichen. Daher gewinnt die Koordinierung energiewirtschaftlicher Interessen der Kommunen weiter an Bedeutung, insbesondere durch bundes- und landesrechtliche Verpflichtungen zur kommunalen Wärmeplanung.

Für das Geschäftsjahr 2024/2025 geht die Geschäftsführung nach dem Wirtschaftsplan, der in der Gesellschafterversammlung am 2. Mai 2024 vorgelegt wurde, von einem Jahresfehlbetrag auf Vorjahreshöhe aus, dessen Ausgleich durch die Nachschüsse der Gesellschafter erfolgt. Wesentliche Erträge sind neben gegenüber dem Vorjahr geringeren Aktienverkäufen nicht zu erwarten. Auf Basis der integrierten Liquiditätsplanung, mit der die Finanzierung der Gesellschaft bis Ende Oktober 2024 abgebildet wird, ist mit einer auskömmlichen Liquidität zu rechnen.

Essen, den 29. September 2024

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Die Geschäftsführer

Detlef Raphael

Ingolf Graul

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Dirk Jahr, CDU

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen Frau Maren Kurth, CDU, als Vertreterin in die Gesellschafterversammlung zu entsenden.

Der Gesellschafterversammlung der Vka gehören von den insgesamt 76 Gesellschaftern 11 Frauen an (Frauenanteil: 14,5 %).

Der in die Gesellschafterversammlung entsandte Vertreter des Kreises erhielt für seine Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

Verwaltungsrat:

Der Kreis ist im Verwaltungsrat nicht vertreten.

Dem Verwaltungsrat der Vka gehören von den insgesamt 11 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 18,18 %).

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates erhielt von der Gesellschaft eine Aufwandsentschädigung von 3.072,00 €.

Geschäftsführung:

Beigeordneter a.D. Detlef Raphael, Dortmund (seit 1. Juli 2024)

Rechtsanwalt Günther Schartz (seit 01. November 2024)

Dipl.-Verwaltungswirt Udo Mager, Dortmund (bis 30. Juni 2024)

Kämmerer a. D. Ingolf Joachim Graul, Neuss (bis 31. Oktober 2024)

Die Bezüge der Geschäftsführer für das Geschäftsjahr 2023/2024 betragen insgesamt 125.059,51 €. Von dem Gesamtbetrag der Bezüge entfielen 62.529,76 € auf Herrn Mager und 62.529,75 € auf Herrn Graul.

In der Gesellschafterversammlung am 02. Mai 2024 wurde Herr Udo Mager mit Ablauf des 30. Juni 2024 und Herr Birger Ingolf Joachim Graul mit Ablauf des 31. Oktober 2024 als Geschäftsführer abberufen. In dieser Sitzung wurden für die Dauer von jeweils drei Jahren ab dem 01. Juli 2024 Herr Detlef Raphael und ab dem 01. November 2024 Herr Günther Schartz zu Geschäftsführern bestellt.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht und Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Es handelt sich bei der Gesellschaft Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH um ein Unternehmen, welches mehrheitlich öffentlich beherrscht ist und bei dem die Anwendung der Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes NRW (LGG) nicht in der Unternehmenssatzung verankert ist.

Die Obliegenheit der kommunalen zur Vertretung berechtigten Personen beschränkt sich auf die Beachtung der Ziele des LGG im Unternehmen hinzuwirken. Bezogen auf § 12 LGG bedeutet das die Verpflichtung, im Rahmen der bestehenden Einflussmöglichkeiten darauf hinzuwirken, dass in den Gremien der Gesellschaft ein Mindestfrauenanteil von 40 % erreicht wird.

3.4.1.4 Euskirchener Baugesellschaft mbH (EUGEBAU)

Basisdaten

Anschrift: Kirchstraße 5
53879 Euskirchen
Internet: <http://www.eugebau.de/>
Gründungsjahr: 28. April 1907

Zweck der Beteiligung

Gegenstand der Einrichtung ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die EUGEBAU errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie führt ihre Geschäfte nach den Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit im Sinne des Gesellschaftsvertrages.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sogenannte nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Wohnraumförderung. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

Zur Erfüllung des öffentlichen Zweckes nimmt die Geschäftsführung im Lagebericht Stellung.

Mit Beschluss der außerordentlichen Gesellschafterversammlung der EUGEBAU am 27. Mai 2024 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 11. Dezember 2024 (V 623/2024) wurde der Gesellschaftsvertrag der EUGEBAU an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG angepasst. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 108 Abs. 5 b) GO NRW erfolgte am 16. Dezember 2024.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreis Euskirchen	1.079.850	41,37
Stadt Euskirchen	1.507.420	57,74
Stadt Mechernich	2.070	0,08
Stadt Zülpich	6.210	0,24
Gemeinde Weilerswist	2.070	0,08
Bauinnung des Kreises Euskirchen	5.290	0,20
Volksbank Euskirchen	2.530	0,10
Eigene Anteile	3.450	0,13
2 private Gesellschafter	1.610	0,06
Summe	2.610.500	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Aus dem Jahresüberschuss abzüglich eines Verlustvortrages ist bei der Aufstellung der Bilanz eine Rücklage zu bilden. In diese sind mindestens 10 % des Jahresergebnisses einzustellen, bis die Hälfte des Stammkapitals erreicht oder wieder erreicht ist. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses entscheidet der Aufsichtsrat nach Beratung mit der Geschäftsführung über die Bildung einer Bauerneuerungsrücklage und beschließt über Einstellung und Entnahme. Der Bilanzgewinn kann unter die Gesellschafter als Gewinnanteil verteilt, zur Bildung von anderen Gewinnrücklagen verwandt oder auf neue Rechnung vorgetragen werden. Der ausgeschüttete Gewinnanteil soll in der Regel 4 % der Einzahlungen der Gesellschafter auf die Stammeinlage nicht übersteigen

(für den Kreis Euskirchen 43.194 €). Wird ein Bilanzverlust ausgewiesen, so hat die Gesellschafterversammlung über die Verlustabdeckung zu beschließen.

Für die Jahre 2021 bis 2024 hat die Gesellschafterversammlung entschieden, keine Gewinnausschüttungen an die Gesellschafter der EUGEBAU vorzunehmen. Der Jahresüberschuss 2024 von 1.740.509,48 € wurde in voller Höhe auf neue Rechnungen vorgetragen.

Entwicklung der Bilanzen

Euskirchener Baugesellschaft mbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	48.735	22.463	20.140	26.273
Sachanlagen	96.030.471	90.754.493	87.240.398	5.275.978
Finanzanlagen	13.606	13.918	14.173	-312
	96.092.812	90.790.874	87.274.711	5.301.938
B Umlaufvermögen				
Vorräte	3.242.225	2.829.532	2.754.940	412.693
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.052.344	338.429	340.735	1.713.916
Liquide Mittel	383.922	609.283	719.063	-225.361
	5.678.491	3.777.244	3.814.738	1.901.248
C Rechnungsabgrenzungsposten	202.377	446.223	80.716	-243.846
Summe Aktiva	101.973.680	95.014.341	91.170.165	6.959.339
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	2.610.500	2.610.500	2.610.500	0
Eigene Anteile	-3.450	-3.450	-3.450	0
Gewinnrücklagen	15.010.336	14.570.227	14.365.719	440.109
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.740.509	440.109	204.508	1.300.401
	19.357.895	17.617.386	17.177.277	1.740.509
B Rückstellungen	101.681	122.264	132.169	-20.582
C Verbindlichkeiten	76.165.752	72.593.482	71.412.317	3.572.270
D Rechnungsabgrenzungsposten	6.348.351	4.681.209	2.448.402	1.667.142
Summe Passiva	101.973.680	95.014.341	91.170.165	6.959.339

Es besteht eine Avalbürgschaft zwischen der EUGEBAU und der Kreissparkasse Euskirchen in Höhe von 117 T€ für die Erschließung des Quartier Weiße Erde gegenüber der Stadt Euskirchen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Euskirchener Baugesellschaft mbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	12.006.913	11.275.412	9.984.616	731.500
2	Bestandsveränderungen	412.385	76.117	209.675	336.268
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	105.000	116.000	123.000	-11.000
4	Sonstige betriebliche Erträge	2.072.207	1.343.416	5.017.463	728.790
5	Materialaufwand, <u>davon:</u>	6.222.978	6.344.020	9.280.474	-121.042
	Aufwendungen für bezogene Leistungen	6.222.978	6.344.020	9.280.474	-121.042
6	Personalaufwand, <u>davon:</u>	1.991.211	1.866.115	2.068.337	125.096
a)	Löhne und Gehälter	1.546.552	1.450.112	1.636.721	96.441
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	444.659	416.003	431.616	28.656
7	Abschreibungen	2.621.769	2.403.752	2.080.259	218.017
8	Sonstige betriebliche Aufwendungen	792.308	722.233	733.472	70.074
9	Erträge aus Ausleihungen Finanzanlagevermögen davon aus verbundenen Unternehmen	5 0	4 0	6 0	1 0
10	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen	2.344 0	3.875 0	1.944 0	-1.532 0
11	Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen	939.870 0	763.579 0	704.219 0	176.291 0
12	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	4	0
13	Ergebnis nach Steuern	2.030.718	715.125	469.940	1.315.592
14	Sonstige Steuern	290.208	275.017	265.431	15.191
15	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.740.509	440.109	204.508	1.300.401

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	18,98	18,54	0,44
Eigenkapitalrentabilität	8,99	2,50	6,49
Anlagendeckungsgrad	89,26	88,44	0,82
Verschuldungsgrad 2	393,99	412,75	-18,76
Umsatzrentabilität	14,50	3,90	10,59

Personalbestand

Geschäftsjahr	2024	2023	2022
Insgesamt	23	25	29
davon Teilzeitkräfte und Auszubildende	7	8	5

Geschäftsentwicklung

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

Berichterstattung über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Die gesetzlichen Vertreter sind der Auffassung, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr ihren vorrangigen Aufgaben – der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung – nachgekommen ist.

Gesamtwirtschaftliche Grundlagen

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist seit längerem ins Stocken geraten. Diese Entwicklung hat sich auch im Jahr 2024 fortgesetzt. Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsproduktes kamen von den privaten Haushalten nur verhaltene Impulse (+0,3 %). Trotz realer Einkommenszuwächse hielten sich die Haushalte beim Konsum deutlich zurück. Zum Jahresbeginn 2025 sind keine bedeutenden Veränderungen eingetreten.

Die Inflationsrate in Deutschland – gemessen als Veränderung des Verbraucherpreisindex (VPI) zum Vorjahresmonat – ist im Laufe des Jahres 2024 zurückgegangen und erreichte im Dezember 2,2 %. Die anhaltend hohen Baukosten wirkten sich erneut negativ auf die Bauinvestitionen aus. Obwohl die Preisanstiege im Jahr 2024 nachließen, blieben die Baupreise auf einem sehr hohen Niveau. Seit dem Jahr 2019 legten sie um gut 44 % zu.

Viele Industrieunternehmen kämpfen mit den vergleichsweise hohen Energiepreisen, den allgemein zu hohen Produktionskosten, Ineffizienzen, unzureichender Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Zulieferbetriebe registrierten einen Auftragsmangel und reagieren nicht nur mit einer Ausweitung der Kurzarbeit, sondern entließen zusätzlich auch einen Teil ihrer Belegschaft. Dies geschah vor dem Hintergrund eines weiterhin anhaltenden Fachkräftemangels.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Jahr 2024 um 0,5 % gesunken (Vorjahr: minus 0,9). Die Wirtschaftsleistung sank damit im zweiten Jahr in Folge. Das Staatsdefizit betrug 118,8 Milliarden Euro (Vorjahr 87,4 Mrd.) im Jahr 2024 und die Summe der Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts erhöhte sich zum Jahresende 2024 auf rund 2,51 Billionen Euro.

Branchenspezifische Entwicklung

Im Jahr 2024 wurde der Einbruch im Wohnungsbau auch bei den Fertigstellungszahlen greifbar (-17 %). Schätzungsweise 245.000 neue Wohnungen wurden fertiggestellt. Projekte aus dem Bauüberhang des letzten Jahres sorgten dafür, dass der Einbruch nicht noch drastischer ausfiel. Für das Jahr 2025 ist auf Grundlage der Entwicklungen bei den Baugenehmigungen ein weiterer Rückgang auf rund 218.000 neu errichtete Wohnungen zu erwarten. Auch 2026 wird sich dieser Trend fortsetzen, wenn auch deutlich abgeschwächt. Die Fertigstellungen dürften dann erstmals seit 2011 wieder unterhalb der 200.000-Marke liegen. Erst danach dürfte eine Trendwende bei den Fertigstellungszahlen zu erwarten sein.

Im Kreis Euskirchen wurden im Jahr 2024 rund 933 Wohnungen fertiggestellt (Vorjahr: 914 Wohnungen).

Weiterhin wurden im Jahr 2024 im Kreis Euskirchen für 550 Wohnungen Baugenehmigungen erteilt (Vorjahr: 717). Im Vergleich sind das 23,3 % weniger Baugenehmigungen. Aufgrund der stark gestiegenen Baupreise, höherer Abgaben wie der CO²-Besteuerung, der allgemeinen Inflationsrate, der gestiegenen Zinsen, der Lieferengpässe, des Fachkräftemangels und des Liquiditätsabflusses von Bestandhaltern für energetische Maßnahmen an Bestandsgebäuden ist es zudem fraglich, ob die genehmigten Wohnungen auch kurzfristig gebaut werden.

Im Kreis Euskirchen kann bis zum Jahr 2050 mit einem Bevölkerungswachstum um 4 % gerechnet werden. Die demografische Alterung wird sich in den nächsten drei Jahrzehnten auch im Kreis Euskirchen bemerkbar machen. Das Durchschnittsalter im Kreis Euskirchen wird bis 2050 um 2,9 Jahre steigen (Basis 2021). Die markanteste Verschiebung in der Altersstruktur im Kreis Euskirchen wird es bei den über 65-Jährigen geben. Hier werden sich die Anteile von 22,2 % im Jahr 2021 auf 29,3 % im Jahr 2050 verschieben. Das bedeutet, dass zukünftig knapp unter einem Drittel der Bürgerinnen und Bürger im Kreis Euskirchen zur Altersgruppe der über 65-Jährigen zählen. Diese Entwicklungen werden weiterhin den Bedarf an hochwertigen und preiswerten Wohnungen sichern.

Wohnungsmarkt

Der Wohnungsmarkt der Stadt Euskirchen ist ein „Vermietermarkt“. Die Vermietungssituation der Gesellschaft ist nach wie vor zufriedenstellend.

Mietwohnungs- und andere Neubauten

Zum 31.08.2024 wurde die dreigruppige Kindertagesstätte P.-C.-Ettighoffer-Straße 44 in Wüschheim fertiggestellt. Zusätzlich konnten sechzehn öffentlich geförderte für geflüchtete Ukrainer und zwei freifinanzierte Wohnungen in der Veybachstraße 60 in Euskirchen zum 27.09.2024 fertiggestellt werden.

Instandhaltung/Instandsetzung

Die Kosten der Instandhaltung für den eigenen Hausbestand in 2024 betrugen 2.446 T€ (Vorjahr 3.058 T€). Diesen stehen Erträge aus Versicherungsschäden von 1.846 T€ gegenüber (Vorjahr 1.116 T€)

Modernisierung

Im Zuge der Beseitigung des Hochwasserschadens wurde das Gebäude Entenpfuhl 15 in Euskirchen energetisch saniert und von einem Dreifamilienhaus in ein Zweifamilienhaus umgebaut. Das Gebäude wurde zum 01.10.2024 wieder vermietet.

Die Beseitigung des Hochwasserschadens am Objekt Wilhelmstraße 9 in Euskirchen wurde ebenfalls abgeschlossen. Das Objekt wurde energetisch modernisiert und die bisherige Gewerbeeinheit, die sich über zwei Stockwerke erstreckte, wurde zu zwei separaten Gewerbeeinheiten umgebaut. Die Gewerbeeinheit im Erdgeschoss konnte zum 01.09.2024 an einen Einzelhändler vermietet werden.

Im Nachgang zur Sanierung der Hochwasserschäden an den Gebäuden Neptunstraße 27–33 in Euskirchen-Stotzheim konnte der bisherige energetische Gebäudestandard zusätzlich durch den Einbau einer Wärmepumpe, die in einem neu auf dem Grundstück installierten Container untergebracht ist, verbessert werden.

Die energetische Modernisierung des Hauses Taubenstraße 36b in Euskirchen-Flamersheim wurde ebenfalls abgeschlossen. Diese Liegenschaft konnte zum 01.08.2024 vermietet werden.

Mit der Modernisierung des Einfamilienhauses Eupener Straße 152a in Euskirchen wurde begonnen. Anfang 2023 wurden Anträge für den Teilrückbau des Gebäudes Alter Schlachthof in Euskirchen gestellt. Nach der Antragsgenehmigung soll Ende 2025 mit dem Rückbau begonnen werden. Für diese Modernisierungen des Gebäudebestandes wurden Aufwendungen in Höhe von 1.296 T€ (Vorjahr 660 T€) aktiviert.

Bauträgergeschäft

Im Geschäftsjahr wurde kein Bauträgergeschäft begonnen oder umgesetzt.

Entwicklung des Wohnungsbestandes

Die Gesellschaft bewirtschaftete in 2024 insgesamt 1.619 Wohnungen (Vorjahr 1.602 Wohnungen), 21 gewerbliche Einheiten (Vorjahr 19 gewerbliche Einheiten), 448 Garagen (Vorjahr 448 Garagen) und 711 Stellplätze (Vorjahr 703 Stellplätze). Von den Wohnungen waren 922 freifinanziert (Vorjahr 921 freifinanzierte Wohnungen), die übrigen unterlagen der öffentlich-rechtlichen Zweckbindung.

Die Zugänge im Anlagevermögen in 2024 resultieren aus den Zugängen der Gebäude Veybachstraße 60 und der Kindertagesstätte P.-C.-Ettighoffer-Straße 44. Es wurden die Modernisierungskosten für die Gebäude Taubenstraße 36b, Neptunstraße 27-31, Wilhelmstraße 9 und Entenpfuhl 15 und Eupener Str. 152a aktiviert.

Fremdverwaltung

Ende 2024 verwaltete die Gesellschaft 33 Mietwohnungen (Vorjahr 33 Mietwohnungen), 58 Wohneinheiten in Gemeinschaftsunterkünften (Vorjahr 58 Wohneinheiten in Gemeinschaftsunterkünften), 2 gewerbliche Einheiten (Vorjahr 2 gewerbliche Einheiten), 3 Garagen (Vorjahr 3 Garagen) und 43 Stellplätze für Dritte (Vorjahr 43 Stellplätze für Dritte).

Verwaltung nach WEG

Weiterhin war die Gesellschaft 2024 für die Wohnungseigentümergeinschaft Euskirchen, Thüringer Straße 11a, mit 11 Wohnungen als Verwalter nach dem Wohnungseigentumsgesetz bestellt.

Unbebaute Grundstücke

Die Gesellschaft verfügte zum Berichtszeitpunkt über zwölf baureife Grundstücke mit 9.859 m², sechs Ackerlandflächen mit 51.640 m², eine Gartenparzelle mit 663 m² sowie drei Freiflächen von 248 m².

Ertragslage

Es wird für das Geschäftsjahr 2024 ein Jahresüberschuss von 1.741 T€ (Vorjahr: 440 T€) ausgewiesen.

In der folgenden Übersicht ist die Zusammensetzung der Jahresergebnisse des Berichtsjahres und des Vorjahres dargestellt:

	2024 T€	Vorjahr T€	Veränderung T€
Deckungsbeiträge aus			
- Hausbewirtschaftung	2.679	2.641	38
- Bauträgertätigkeit	0	-1	1
- Betreuungstätigkeit	23	25	-2
- Sonstigem	122	180	-58
	2.824	2.845	-21
Nicht direkt zurechenbare Aufwendungen	2.657	2.453	-204
Betriebsergebnis	167	392	-225
Ergebnis der Finanzrechnung	3	4	-1
Ergebnis der neutralen Rechnung	1.571	44	1.527
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Jahresergebnis	1.741	440	1.301

Die Mietausfälle inklusive der Abschreibungen auf Mieten von 288 T€ betragen 2,5 % (Vorjahr: 3,2 %) der Sollmieten und Umlagen. Die Leerstandsquote belief sich auf 1,1 % (Vorjahr: 1,2 %) des Wohnungsbestandes per 31. Dezember 2024.

Der Anstieg des Deckungsbeitrages aus der Hausbewirtschaftung im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus erhöhten Sollmieten und Erlösen aus den Umlageabrechnungen bei gestiegenen Zinsaufwendungen und Abschreibungen sowie gesunkenen regulären Erträgen aus der Beseitigung von Versicherungsschäden, die dem Geschäftsjahr zugerechnet werden konnten.

Der Deckungsbeitrag aus der sonstigen Tätigkeit sinkt aufgrund gesteigener Aufwendungen für die Bewirtschaftung der Containeranlage „An der Vogelrute 3“. Dem gegenüber stehen die nicht im gleichen Verhältnis gestiegenen Erträge aus der Vermietung der Containeranlage und die gestiegenen Erträge aus der Auflösung der Tilgungsnachlässe der NRW Bank für die öffentlich geförderten Neubauten. In Verbindung mit den im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen nicht direkt zurechenbaren Aufwendungen ergibt sich ein um 225 T€ gesunkenes Betriebsergebnis.

Die neutralen Erträge sind auf Grund eines Ertrags aus einer Vergleichsvereinbarung mit der Gebäudeversicherung für die Beilegung des Hochwasserschadens aus dem Jahr 2021 gestiegen. Die künftige Geschäftstätigkeit wird auch weiterhin neben der Bewirtschaftung und Modernisie-

rung des eigenen und fremden Hausbesitzes durch den Erwerb oder den Neubau von Mietwohnungen geprägt sein. Entsprechend des Wirtschaftsplans ist die Ertragslage der Gesellschaft für das Jahr 2025 gesichert.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2024 um 6.959 T€ auf 101.974 T€ erhöht.

Es wurde für die durchgeführten Instandhaltungsmaßnahmen und Modernisierungen in erheblichem Maße Eigenkapital und für die Neubautätigkeiten überwiegend Fremdkapital eingesetzt. Die Vermögensstruktur wird zu 94,2 % (Vorjahr: 95,6 %) durch das Anlagevermögen geprägt. Nach den Bilanzzahlen beträgt die Eigenkapitalquote 19,0 % (Vorjahr: 18,5 %).

Die unfertigen Leistungen stiegen im Geschäftsjahr auf 3.219 T€ (Vorjahr 2.807 T€). Grund für diesen Anstieg sind die gestiegenen Betriebskosten für die Wohngebäude. Die anderen Vorräte sind geringfügig durch Wareneinkauf gestiegen.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind auf 2.052 T€ gestiegen (Vorjahr 338 T€). Diese Veränderung beruht im Wesentlichen auf einem Anstieg der sonstigen Vermögensgegenstände, der auf der Einbuchung des Vergleichs mit der Gebäudeversicherung zur Beseitigung des Hochwasserschadens aus 2021 zum Jahresende beruht. Die Forderungen aus der Vermietung sind im Vergleich zum Vorjahr geringfügig gesunken, da im Geschäftsjahr Abschreibungen auf Forderungen durchgeführt wurden. Die Forderungen aus der Betreuungstätigkeit sind ebenfalls geringfügig angestiegen, dies beruht auf einem Anstieg der Mieterforderungen im Bereich der Fremdverwaltungen.

Der Bestand an flüssigen Mitteln ist auf einen Stand von 354 T€ (Vorjahr 599 T€) gesunken, da die Gesellschaft weiterhin in den Bestand investiert hat und gleichzeitig auslaufende Darlehen zurückgezahlt wurden. Der abgeschlossene Bausparvertrag wurde planmäßig weiter bespart und stieg im Geschäftsjahr auf 30 T€ (Vorjahr 11 T€).

Die Geldbeschaffungskosten sind auf Grund neuer Darlehensbeschaffungen auf einen Wert von 130 T€ (Vorjahr 95 T€) gestiegen. Die anderen Rechnungsabgrenzungsposten sind gesunken, da ein weiterer Teil der Abgrenzung der Aufwendungen für den Aufbau der Containeranlage „An der Vogelrute 3“ in Euskirchen aufgelöst werden konnte.

Die Finanzlage ist gesichert. Die Gesellschaft konnte im Berichtsjahr ihre finanziellen Verpflichtungen jederzeit erfüllen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern bestehen aus langfristigen Annuitätendarlehen mit inländischen Finanzinstituten, die dinglich gesichert und ausschließlich in Euro valutiert wurden. Die Restlaufzeit der Verbindlichkeiten ist im Anhang abgebildet. Der durchschnittliche Zinssatz beträgt bisher noch 1,13 % (Vorjahr 1,27 %) ohne Verwaltungs-kostenbeiträge für gewährte öffentliche Mittel. Planmäßige Darlehenstilgungen wurden in Höhe von 2.540 T€ (Vorjahr 2.201 T€) vorgenommen. Die Gesellschaft führte zusätzlich fällige Darlehen im Wert von 751 T€ (Vorjahr 2.822 T€) an die Gläubiger zurück.

Im Geschäftsjahr wurden neue Darlehen in Höhe von 6.867 T€ (Vorjahr 5.268 T€) aufgenommen. Der durchschnittliche Zinssatz für diese Darlehen lag, die zinslosen öffentlichen Darlehen nicht berücksichtigt, bei 3,72 % für eine Zinsbindung von zehn Jahren.

Die erhaltenen Anzahlungen sind auf 4.230 T€ (Vorjahr 3.958 T€) gestiegen. Der Anstieg beruht auf gestiegenen Mietervorauszahlungen für die noch abzurechnenden Betriebskosten.

Die Verbindlichkeiten aus der Vermietung sind stichtagsbedingt auf 630 T€ (Vorjahr 209 T€) gestiegen, da zum Jahresende eingebuchte Guthaben aus den Umlagenabrechnungen des Vorjahres nicht mehr zur Auszahlung gebracht werden konnten. Die Verbindlichkeiten aus der Be-

treuungstätigkeit sind im Wesentlichen auf Grund gestiegener Kontostände bei den Treuhandkonten der Verwaltungen angestiegen. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind infolge der anhaltend hohen Bau- und Modernisierungstätigkeit im Geschäftsjahr weiterhin auf hohem Niveau und betragen zum Jahresende 1.078 T€ (Vorjahr 1.077 T€). Die sonstigen Verbindlichkeiten sanken im Vergleich zum Vorjahr deutlich auf 10 T€ (Vorjahr 221 T€), da die bis zum Jahresende des Vorjahres durch die Stadt Euskirchen nicht eingezogenen Grundsteuern im Laufe des Geschäftsjahres abgebucht wurden. Der Bestand an passiven Rechnungsabgrenzungsposten ist durch Mietvorauszahlungen auf die Mieten der Kindertagesstätten P.C.-Ettighofer-Str. 44 und Hochstraße in Dahlem um 2.105 T€ gestiegen. Die Bestände betragen zum Jahresende 6.348 T€ (Vorjahr 4.681 T€).

Finanzielle Leistungsindikatoren nach § 289 Abs.1 HGB

Finanzielle Leistungsindikatoren sind das Jahresergebnis mit 1.741 T€ (Vorjahr: 440 T€), die Eigenkapitalquote mit 19,0 % (Vorjahr: 18,5 %), die Gesamtkapitalrentabilität mit 2,63 % (Vorjahr: 1,27 %) und der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit mit 3.392 T€ (Vorjahr: 4.384 T€).

Im Berichtsjahr konnten die im Vorjahr abgegebenen Prognosen der bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren erfüllt werden. Die Prognose des Jahresergebnisses in Höhe von 479 T€ wurde aufgrund der Erträge aus dem Vergleich mit der Gebäudeversicherung für die Beseitigung des Hochwasserschadens aus 2021 deutlich übertroffen. Die Prognose wäre ohne den Ertrag aus der Vergleichsvereinbarung mit der Versicherung um 292 T€ unterschritten worden. Diese Abweichung von der Prognose für das Geschäftsjahr beruht im Wesentlichen auf höheren Zinsaufwendungen, aufgrund eines gestiegenen Zinsniveaus und auf höheren Instandhaltungsaufwendungen.

Auf Grund des im Vergleich zum Vorjahr gesteigerten Gewinns konnte ungeachtet der gestiegenen Bilanzsumme die Gesamtkapitalrentabilität auf 2,63 % (Vorjahr 1,27 %) erhöht werden. Die Rentabilität liegt damit deutlich über den geplanten 0,48 % für das Jahr 2024.

Die Eigenkapitalquote ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen, aufgrund der Thesaurierung des Jahresergebnisses aus 2023 und des Gewinns aus dem laufenden Geschäftsjahr bei deutlich gestiegener Bilanzsumme. Die gestiegene Bilanzsumme resultiert im Wesentlichen aus den Investitionen im Anlagevermögen und den damit verbundenen Darlehensvaluierungen sowie einem Anstieg der sonstigen Forderungen aufgrund des mit dem Gebäudeversicherer geschlossenen Vergleichs bezüglich des Hochwasserschadens aus 2021.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Diese Entwicklung basiert auf dem gestiegenen Gewinn in Verbindung mit gleichfalls gestiegenen Abschreibungen. Dem gegenüber steht eine Erhöhung des Bestandes an Forderungen und ein Absinken der Verbindlichkeiten. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit liegt mit 3.392 T€ unter dem prognostizierten Wert von 3.757 T€. Dies liegt im Wesentlichen an einem gestiegenen Forderungsbestand auf Grund des abgeschlossenen Versicherungsvergleichs, der erst im Geschäftsjahr 2025 zur Auszahlung kommt.

Die Eigenkapitalquote liegt mit 19,0 % geringfügig höher als der für das Geschäftsjahr geplante Wert von 18,1 %. Dies liegt an dem deutlich höheren Gewinn durch die zusätzlichen Erträge aus der Vergleichsvereinbarung mit der Versicherung zur Abwicklung des Hochwasserschadens aus dem Jahr 2021.

Gesamtaussage zur Wirtschaftlichen Lage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist geordnet. Die Prämisse der Unternehmensfortführung ist weiterhin gegeben.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren nach § 289 Abs. 3 HGB

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind 2024 die Fluktuationsquote mit 5,9 % (Vorjahr 6,1 %) und die Leerstandsquote mit 1,1 % (Vorjahr 1,2 %).

Die Leerstandsquote liegt mit 1,1 % unter dem Vorjahresniveau und unter der geplanten Quote von 1,3 % zum Jahresende. Die Fluktuationsquote ist auf 5,9 % gesunken und liegt ebenfalls unter dem Vorjahresniveau und geringfügig unter der geplanten Quote von 6,7 %. Die Abweichung bei beiden Kennzahlen lässt auf eine weiterhin hohe Nachfrage am Markt schließen.

Risikobericht und Risikomanagement /Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Risiken, die einen bestandsgefährdenden Einfluss auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft haben, sind nicht erkennbar.

Nach dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) sind geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ist ein angemessenes Überwachungssystem einzurichten, damit Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, früh erkannt werden.

Die Angemessenheit beurteilt sich nach der Größe eines Unternehmens, nach Art, Umfang und Komplexität seiner Aufgaben und dem Maß der Diversifikation seiner Struktur. Dabei muss das Risikomanagement dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit entsprechen.

Tätigkeitsschwerpunkte der Gesellschaft sind in erster Linie die Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes mit Mietbautätigkeit, danach die Betreuungstätigkeit. Eine Wiederaufnahme des Bauträgergeschäfts wird zurzeit geprüft. Daraus ergeben sich die maßgeblichen Risiken: Hauptrisiken sind die Unvermietbarkeit der Wohnungen, die Überschreitung der Plankosten durch Baukostensteigerungen bei Neubauten und Modernisierungen, die Unverkäuflichkeit fertiggestellter Häuser, die Unverwertbarkeit erworbener Grundstücke sowie die Gewährleistungspflichten aus dem Bauträgergeschäft.

Von 2011 bis 2024 erhöhte sich die bewirtschaftete Wohn- und Nutzfläche der Gesellschaft von 87.139 m² auf 110.150 m². Dieses Wachstum von rund 26,4 % geht grundsätzlich mit dem Risiko künftiger Leerstände einher. Auf Basis der branchenspezifischen Entwicklungen im Kreis Euskirchen ist ein weiterer Anstieg der Nachfrage nach kleinen und barrierefreien Wohnungen zu erwarten. Die Bestandszuwächse der Gesellschaft und das damit verbundene expansive Neubauprogramm der vergangenen Jahre erscheinen aufgrund des testierten Wohnungsbedarfes nunmehr als richtig. Weitere Neubauprojekte können unter Berücksichtigung der Eigenkapitalquote der Gesellschaft folgen. Den Risiken wird durch kontinuierliche, intensive und vorausschauende Beobachtung des Marktes sowie der finanziellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung getragen. Das Instrumentarium, Risikopotenziale rechtzeitig zu erkennen und Steuerungsmaßnahmen auszulösen, ist vorhanden und wird kontinuierlich ausgebaut.

Aufgrund der anhaltend hohen Baukosten in Verbindung mit den weiterhin hohen Kreditzinsen und der nicht mehr passenden Förderkulisse sind zukünftige Bauprojekte für die Gesellschaft nicht mehr rentabel darstellbar. Daher wird die Bautätigkeit erstmals nach Jahren heruntergefahren. Für das Jahr 2025 ist geplant, keine neuen Bauprojekte zu errichten. Die Gesellschaft fokussiert sich darauf, die bisherigen Projektplanungen zur Baureife zu entwickeln, um beginnen zu können, sobald sich die Rahmenbedingungen verbessert haben.

Auf Grundlage einer Landesförderung besteht jedoch die Chance, das vom Hochwasser geschädigte Objekt Wilhelmstraße 16 in Euskirchen abzureißen und durch einen attraktiven Neubau mit mehreren Wohnungen zu ersetzen.

Im Fokus steht auch weiterhin das Quartier rund um den „Alten Schlachthof“ in Euskirchen. Der bisherige Bauantrag wurde auf Grund der langen behördlichen Bearbeitungszeit und der einhergehenden Baukostensteigerungen zuerst ruhend gestellt und im Nachgang zurückgezogen. Die Planungen für die ersten beiden Gebäude werden zwischenzeitlich überarbeitet.

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse werden in ihren Zusammenkünften über alle bedeutenden Entwicklungen und bestehenden Geschäftsrisiken mündlich und schriftlich informiert.

Prognosebericht

Die Auswirkungen des anhaltenden Fachkräftemangels und der zunehmenden Bürokratie werden die Ausführung von Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen verzögern. Gleichzeitig wird die Ausführung von Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen durch diese zwei Faktoren erschwert und verteuert. Seit dem Jahr 2019 sind die Instandhaltungskosten um 46,7 % gestiegen. Die Bestandsmieten sind im Vergleich hierzu jedoch nur um 9,5 % gestiegen.⁷ Dieses Auseinandergleiten von Aufwendungen und Erträgen kann zukünftig auch zu negativen Jahresergebnissen führen. Die Gesellschaft wird daher zur Stabilisierung der Ertragslage regelmäßige Mietanpassungen vornehmen, um die nötigen Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen gewährleisten zu können.

Die Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 hat Schäden im Bestand von circa 10,2 Mio. € verursacht. Neben der Beseitigung der unmittelbaren Hochwasserschäden wurden im gleichen Zug Modernisierungen durchgeführt, die nicht mit der Versicherung abrechenbar waren. Ein mit der Versicherung ausgehandelter Vergleich deckt mindestens die restlichen Sanierungskosten und die zusätzlichen Aufwendungen aus den vorangegangenen Jahren für die Beschleunigung der Sanierungsarbeiten ab.

In 2025 kann mit dem Abschluss der Arbeiten gerechnet werden. Der grundsätzliche Anstieg des Darlehenszinsniveaus hat zur Folge, dass die Finanzierungskosten der Gesellschaft im Vergleich zu den Vorjahren steigen werden. Die Gesellschaft ist hierauf durch lange Zinsbindungen, Volltilgungsdarlehen und eine grundsätzlich erhöhte Tilgung vorbereitet.

Zum Jahresende 2025 stellt die Gesellschaft die Verwaltung der Eigentumswohnungen Thüringer Straße 11a in Euskirchen ein, um sich auf das Kerngeschäft zu fokussieren.

Es kann davon ausgegangen werden, dass das Jahresergebnis 2025 nach dem aktuellen Wirtschaftsplan von rund 77 T€ zu erreichen ist. Es wird weiterhin erwartet, dass der Cashflow aufgrund eines Absinkens der Forderungen, durch die Zahlung des Vergleichsbetrages aus dem Hochwasserschaden im Jahr 2025 stark ansteigen wird. Weiterhin ist zu erwarten, dass Förderbeträge für den Neubau des Gebäudes Wilhelmstraße 16 und neue Finanzierungen die Verbindlichkeiten leicht erhöhen. Dies sorgt zusätzlich für einen starken Anstieg des Cashflows. Die Leerstandsquote zum Jahresende 2025 wird auf 1,4 % prognostiziert und liegt damit nur geringfügig über der Quote von 2024. Die Fluktuationsquote wird, wie im Vorjahr, auf 5,9 % prognostiziert. Die Gesamtkapitalrentabilität wird im Vergleich zum Vorjahr stark zurückgehen, da das Jahresergebnis gemäß Wirtschaftsplan im Vergleich zum Vorjahr deutlich sinken wird. Die Eigenkapitalquote (ohne Ergebnisausschüttung) aus 2024 in Höhe von 19,0 % (Vorjahr: 18,5 %) wird in 2025 voraussichtlich geringfügig steigen. Grund dafür ist ein leichter Rückgang der Bilanzsumme. Der Rückgang beruht auf einem Absinken der Anzahlungen auf Betriebskosten nach Abschluss der Containervermietung an die Stadt Euskirchen in 2025 und einem geringeren Verbindlichkeitenbestand aus der Vermietungstätigkeit.

Die der Prognose der Leistungsindikatoren zugrunde liegende Planung erfolgt nach § 21 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages. § 21 Abs. 5 wurde in den Gesellschaftsvertrag im Zuge der Umsetzung des § 108 Abs. 4 GO NRW durch die Gesellschafter aufgenommen. Der Wirtschaftsplan wurde nach § 108 Abs. 2 Nr. 1 GO NRW in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften aufgestellt.

Euskirchen, den 15. Oktober 2025

Die Geschäftsführung

Knuth

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung (9 Mitglieder):

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Ordentliches Mitglied: Rudi Mießeler, CDU

Stellvertretendes Mitglied: Dominik Schmitz, CDU

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen folgende Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden:

Ordentliches Mitglied: Dominik Schmitz, CDU

Stellvertretendes Mitglied: Peter Kronenberg, CDU

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

Aufsichtsrat (12 Mitglieder):

Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat:

Geborenes Mitglied: Markus Ramers, Landrat

Stellvertreter: Achim Blindert, AV

Vertretungsberechtigte Personen vom Kreis Euskirchen:

1. Bernd Kolvenbach, CDU
2. Heiko Kusserow, CDU
3. Thilo Waasem, SPD
4. Ellen Mende, B 90/DIE GRÜNEN

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen folgende Vertreter, neben dem geborenen Mitglied und dessen Stellvertreter, in den Aufsichtsrat zu entsenden:

1. Maren Kurth, CDU

2. Heiko Kusserow, CDU

3. Thilo Waasem, SPD

4. Gianna Voißel, SPD

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betragen im Jahr 2024 17.900 €.

Geschäftsführer:

Oliver Knuth

Der Geschäftsführer hat im Jahr 2024 Gesamtbezüge von 138.256,28 € erhalten.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten Nach Geschlecht

Dem Aufsichtsrat in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 16,67 %).

Die Höhe des Frauenanteils in der Gesellschafterversammlung ist dem Jahresabschluss nicht zu entnehmen.

Die Obliegenheit der kommunalen zur Vertretung berechtigten Personen beschränkt sich auf die Beachtung der Ziele des LGG im Unternehmen hinzuwirken. Bezogen auf § 12 LGG bedeutet das die Verpflichtung, im Rahmen der bestehenden Einflussmöglichkeiten darauf hinzuwirken, dass in den Gremien der Gesellschaft ein Mindestfrauenanteil von 40 % erreicht wird.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Die EUGEBAU hat die Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes durch den Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen e.V. prüfen lassen. Nach Einschätzung des Verbandes gilt die EUGEBAU als Bestandsunternehmen im Sinne des Landesgleichstellungsgesetzes. Des Weiteren sieht der Gesellschaftsvertrag der EUGEBAU keine Anwendung des Gesetzes vor. Aus diesen Gründen geht die Gesellschaft davon aus, dass die Aufstellung eines Gleichstellungsplanes nicht verpflichtend ist. Trotz der Formalien beachtet die EUGEBAU bei der Besetzung von Stellen das Landesgleichstellungsgesetz.

3.4.1.5 Radio Euskirchen GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift: Rheinstraße 55
53881 Euskirchen
Internet: <http://www.radioeuskirchen.de/>
Gründungsjahr: 28. September 1989

Zweck der Beteiligung

Nach § 53 des Landesmediengesetzes NRW ist der lokale Rundfunk dem Gemeinwohl verpflichtet. Lokale Programme müssen das öffentliche Geschehen im Verbreitungsgebiet darstellen und wesentliche Anteile an Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung enthalten. Die Veranstaltung und Verbreitung von lokalem Rundfunk im Kreis Euskirchen obliegt der „Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V.“, der gem. § 62 des Landesmediengesetzes u.a. der Kreis angehört. Die Verwaltungs- und Dienstleistungsaufgaben werden aufgrund des bestehenden Dienstleistungsvertrages von der Hörfunk Service GmbH Köln (HSG) wahrgenommen. Die Radio Euskirchen GmbH & Co. KG ist ein mittelbares Tochterunternehmen der DuMont Mediengruppe GmbH & Co.KG, Köln (kurz: Mediengruppe), und damit mit allen Tochterunternehmen von der Mediengruppe verbunden. Der Jahresabschluss der Radio Euskirchen GmbH & Co.KG wird in den Konzernabschluss der Mediengruppe einbezogen, der im Bundesanzeiger veröffentlicht wird. Sinn der Beteiligung ist aus Sicht des Kreises vor allem die kommunalpolitische Einbindung des Kreises Euskirchen in den Lokalfunk.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung der Radio Euskirchen GmbH & Co.KG am 11. April 2025 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 11. Dezember 2024 (V 623/2024) wurde der Gesellschaftsvertrag der Radio Euskirchen GmbH & Co.KG an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG angepasst. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 108 Abs. 5 b) GO NRW erfolgte am 16. Dezember 2024.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sogenannte nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der kulturellen Betreuung der Einwohner insbesondere auf den Gebieten der Bildung und der Kultur. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

Beteiligungsverhältnisse

Kommanditisten	Einlage - €	Anteil - %
Kreis Euskirchen	127.822,97	25,00
DuMont Mediatainment GmbH & Co.KG, Köln	383.468,91	75,00
Summe	511.291,88	100,00

Die Radio Euskirchen GmbH ist Komplementärin bei der Radio Euskirchen GmbH & Co. KG. Gleichzeitig werden die Anteile an der Radio Euskirchen GmbH von der KG gehalten. Es liegt somit eine sog. „Einheitsgesellschaft“ vor.

Nachrichtlich:

Bis zum Jahr 2019 war neben dem Kreis Euskirchen die RRB Rheinische Rundfunkbeteiligungsgesellschaft mbH & Co.KG (RRB KG) Kommanditistin der Radio EU KG. Der von der RRB KG gehaltene Kommanditanteil betrug ebenfalls 383.468,91 €. Alleinige Kommanditistin der RRB KG war die DuMont Mediatainment GmbH & Co.KG (DuMont KG). Im Zuge der Löschung der RRB KG ist

das Vermögen der RRB KG im Jahr 2019 auf die alleinige Kommanditistin, der DuMont KG, übergegangen. Hierin enthalten waren die Kommanditanteile an der Radio EU KG. Am 09. Oktober 2025 wurde die Änderung der Kommanditistin notariell beglaubigt und entsprechend ins Handelsregister eingetragen.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Der Tabelle unter Punkt 3.3 ist zu entnehmen, dass in der Bilanz zum 31.12.2024 der Radio Euskirchen GmbH & Co.KG Verbindlichkeiten gegenüber dem Kreis Euskirchen von 11.514,18 € ausgewiesen wurden. Hierbei handelt es sich um den Gewinnanteil des laufenden Jahres.

Die Haftung des Kreises Euskirchen ist auf die Höhe des Kommanditanteils beschränkt. Verluste sind gemäß Gesellschaftsvertrag auf dem für jeden Gesellschafter geführten Verlustvortragskonto zu verbuchen und dort mit dem Gewinn der folgenden Jahre vorab zu verrechnen. Es besteht keine Nachschusspflicht.

Entwicklung der Bilanzen

Radio Euskirchen GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	987	5.388	8.988	-3.600
Sachanlagen	4.562	9.861	16.451	-6.590
Finanzanlagen	25.565	25.565	25.565	0
	31.114	40.813	51.003	-10.190
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.324.232	1.493.314	1.278.343	214.971
Liquide Mittel	160	139	196	-57
	1.324.392	1.493.453	1.278.539	214.914
C Rechnungsabgrenzungsposten	1.514	1.801	1.514	287
Summe Aktiva	1.357.020	1.536.067	1.331.056	205.011
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	511.292	511.292	511.292	0
Kapitalrücklage	488.708	488.708	488.708	0
	1.000.000	1.000.000	1.000.000	0
B Rückstellungen	89.024	86.430	62.654	23.776
C Verbindlichkeiten	267.996	449.637	268.403	181.235
Summe Passiva	1.357.020	1.536.067	1.331.056	205.011

Veranstaltergemeinschaft für den lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V.				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	96	2.462	2.122	-2.366
Liquide Mittel	22.474	20.699	18.322	1.775
	22.570	23.161	20.444	-592
Summe Aktiva	22.570	23.161	20.444	-592
Passiva	€	€	€	€
A Rückstellungen	5.749	2.135	5.171	3.615
B Verbindlichkeiten	16.821	21.027	15.273	-4.206
Summe Passiva	22.570	23.161	20.444	-592

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Radio Euskirchen GmbH & Co. KG					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	840.612	1.002.274	778.384	-161.663
2	Sonstige betriebliche Erträge	4.300	2.151	15.894	2.149
3	Materialaufwand	2.432	2.799	2.868	-367
4	Abschreibungen	7.447	13.943	18.646	-6.496
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	778.860	768.265	712.046	10.595
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13.139	35.682	2.769	-22.543
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	13.221	5.761	7.340	7.460
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10.034	38.738	4.802	-28.704
9	Ergebnis nach Steuern	46.057	210.602	51.345	-164.545
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	46.057	210.602	51.345	-164.545
11	Gutschriften auf Gesellschafterkonten	46.057	210.602	51.345	-164.545
12	Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0	0

Veranstaltergemeinschaft für den lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V.					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	363.827	344.421	336.367	19.405
2	Sonstige betriebliche Erträge	3.669	2.403	3.998	1.266
3	Materialaufwand, davon:	90.293	91.991	103.155	-1.698
	Aufwendungen für bezogene Leistungen	90.293	91.991	103.155	-1.698
4	Personalaufwand, davon:	258.634	242.786	224.271	15.848
	a) Löhne und Gehälter	212.873	198.150	185.610	14.723
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	45.762	44.636	38.661	1.125
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	17.815	12.047	12.126	5.768
6	Ergebnis nach Steuern	753	0	813	753
7	Sonstige Steuern	753	0	813	753
8	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	0

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	73,69	65,10	8,59
Eigenkapitalrentabilität	4,61	21,06	-16,45
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	35,70	53,61	-17,90
Umsatzrentabilität	5,48	21,01	-15,53

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2023 waren keine Mitarbeitenden (Vorjahr: 0) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Geschäftsbericht für das Jahr 2024

I. Grundlagen des Unternehmens

Bei der Gesellschaft Radio Euskirchen GmbH & Co. KG handelt es sich um eine sogenannte Betriebsgesellschaft im Sinne des Landesrundfunkgesetzes NRW.

Die Betriebsgesellschaft ist eine der beiden Säulen im lokalen Rundfunkmodell NRW. Daneben gibt es als zweite Säule die sogenannte Veranstaltergemeinschaft, ein e.V., der Inhaber der Sendelizenz und verantwortlich für die journalistischen Inhalte ist.

Die Betriebsgesellschaft trägt die Kosten der Veranstaltergemeinschaft, insbesondere die Personalkosten der Redaktion und erhält im Gegenzug im Rahmen eines tauschähnlichen Vorgangs das Vermarktungsrecht für zweimal 5 Minuten Sendezeit je Stunde.

Mit der Vermarktung der 5-minütigen Werbezeiten hat die Betriebsgesellschaft für das lokale Werbefenster die HSG Hörfunk Service GmbH, Köln, beauftragt. Das 5-minütige nationale Werbefenster wird vom Mantelprogrammzulieferer Radio NRW GmbH über die RMS Radio Marketing Service GmbH, Hamburg, vermarktet.

Neben der Vermarktung der Werbezeiten ist die Betriebsgesellschaft für die Bereitstellung der Sende- und Übertragungstechnik, das Marketing und allgemeine Verwaltungsaufgaben verantwortlich. Auch für diese Aufgaben hat die Betriebsgesellschaft einen Dienstleistungsvertrag mit der HSG Hörfunk Service GmbH geschlossen.

II. Wirtschaftsbericht

a. Lage der Gesellschaft

Der Werbemarkt in Deutschland schließt im Jahr 2024 4,9 % über Vorjahresniveau ab. Die Tageszeitungen weisen ein Umsatzplus von 6,0 % aus. TV-Werbeerlöse stiegen zum Vorjahr um 5,2 %. Die Onlineumsätze (Desktop und Mobile) steigen zum Vorjahr um 5,8 %. Die höchsten prozentualen Zuwächse verzeichnet OOH Media mit 12,7%. Die Gattung Radio erzielte 2024 bei den Bruttowerbeerlösen ein Umsatzplus von 6,4 %.

Die Betriebsgesellschaft Radio Euskirchen schließt das Geschäftsjahr 2024 mit einem Jahresüberschuss von 46 TEUR ab. Damit wird das Ergebnis des Vorjahres von 211 TEUR um -165 TEUR unterschritten (-78,1 %). Entgegen der ursprünglichen vorsichtigen Planung von 0,5 TEUR für das Ergebnis 2024 konnte die Gesellschaft aufgrund des erfolgreichen Einsatzes der Vertriebsmitarbeiter höhere Erlöse und auch Jahresergebnisse erzielen als geplant.

Die Umsatzerlöse sind in Summe um -162 TEUR (-16,1 %) auf 841 TEUR gesunken. Hiervon entfallen 493 TEUR (-41 TEUR bzw. -7,7 % zum Vorjahr) auf die lokalen, regionalen sowie nationalen Werbeumsätze und 309 TEUR (-122 TEUR bzw. -28,4 % zum Vorjahr) auf die Vertriebsprovisionen des Mantelprogrammzulieferers Radio NRW GmbH.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 779 TEUR um +1,4 % (+11 TEUR) über dem Vorjahr.

b. Liquidität und Finanzstruktur

Die Gesellschaft weist zum 31.12.2024 ein Eigenkapital (inkl. Kapitalrücklage) von 1.000 TEUR aus. Die Gesellschaft verfügt über ausreichend liquide Mittel.

III. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2025 plant die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag von 4 TEUR.

Die lokalen und regionalen Werbeumsätze sind in der Planung mit 507 TEUR enthalten. Die Vertriebsprovisionen von Radio NRW sind mit 265 TEUR geplant.

IV. Chancen und Risiken

2024 war für den Lokalfunk in NRW ein herausforderndes Jahr. Die in der MA-Audio 2023 II ausgewiesenen Reichweitenverluste führten zu geringeren Ausschüttungen von Radio NRW, was nicht durch höhere Lokalerlöse kompensiert werden konnte. Dank hoher Kostendisziplin und restriktiver Kostenplanung konnten die Sender der Rheinlandkombi Köln dennoch ein gutes Jahresergebnis erzielen.

2024 war zudem geprägt durch umwälzende Restrukturierungsmaßnahmen beim Mantelprogrammanbieter Radio NRW. Die zu Januar 2024 neu eingesetzte Geschäftsführung hat durch Umstrukturierung und Personalabbau den Verwaltungsbereich deutlich verschlankt. Dies führte einerseits zu höheren Kosten, aber auch zu einer schlankeren Organisation, was für 2025 positive Effekte erwarten lässt.

Auch 2024 war der landesweite Strukturprozess ein bestimmendes Thema. Die Initiative der Landesanstalt für Medien wurde als Reaktion auf die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ins Leben gerufen. Wesentliche Zielsetzung: Reform der Produktions-, Organisations- und Entscheidungsprozesse im bestehenden Zwei-Säulen-Modell und die Stabilisierung von Reichweite bzw. dem Ausbau digitaler Reichweite. 2024 haben nun alle Veranstaltergemeinschaften der Rheinland Kombi Köln-Sender diesen Prozess unterstützt und dem sogenannten System- und Überlagerungsvertrag zugestimmt. Ein großer politischer Erfolg!

Aber nicht alle Sender in NRW sind diesen dringend notwendigen Schritt mitgegangen, nach wie vor gibt es einige „Verweigerer“. Anlass für die Landesanstalt für Medien NRW, die Goldmedia GmbH Strategy Consulting damit zu beauftragen, ein Gutachten zu erstellen, in dem die wirtschaftliche Tragfähigkeit des aktuellen Lokalfunksystems in NRW beschrieben und bewertet wird. Des Weiteren sollen, losgelöst von den Ergebnissen des Strukturprozesses und im Einklang mit § 54 LMG NRW, wirtschaftlich tragfähige Lösungsvarianten für die Neufestlegung von Verbreitungsgebieten beschrieben werden. Das Ergebnis des Gutachtens liegt mittlerweile vor und bestätigt den Handlungsbedarf in NRW. Ändert sich nichts, ist das Gesamtsystem sehr bald nicht mehr wirtschaftlich tragfähig. Alle Systembeteiligten, vorrangig die Betriebsgesellschaften und Veranstaltergemeinschaften, sind daher aufgerufen, mögliche Handlungsoptionen aus diesem Gutachten abzuleiten. Dieser Prozess dauert nun an und wird uns bis zur Entscheidung der Medienkommission weiter beschäftigen.

Warum strukturelle Veränderungen für die Zukunft des Lokalfunks nahezu existenziell sind, zeigt auch ein Blick auf die sich weiterhin sehr dynamisch verändernde Wettbewerbslandschaft. Während größere regionale Sender wie Antenne NRW und NRW 1 sich nur schwer im Markt durchsetzen können, sind es vielmehr die vermeintlich kleineren, vorrangig über DAB+ verbreitenden Sen-

der, die an Reichweite und Bekanntheit gewinnen. Nicht zuletzt deshalb haben sich alle Lokalfunksender in NRW an der 2024 durchgeführten Ausschreibung der landesweiten, regionalisierten DAB+-Bedeckung beteiligt. Nach jetzigem Stand werden auch alle Sender der Rheinland Kombi Köln im Frühjahr 2025 eine DAB+-Lizenz zugewiesen bekommen. Ein wichtiger Meilenstein in Richtung digitale Zukunft des Lokalfunks, der aber auch mit hohen Investitionen verbunden ist. Es wird also auch 2025 wieder darum gehen, einerseits die Kosten im Blick zu behalten, aber gleichzeitig auch in die Zukunft zu investieren. Dazu zählt der Ausbau der digitalen Vermarktungswelten mit neuen digitalen Werbeformaten und neuen Produkten. Die sieben Rheinland-Sender launchen 2025 eine neue, überarbeitete App und auch ein Refresh der Webseiten-Angebote ist geplant. Bei beiden Vorhaben steht der Kundennutzen im Vordergrund. Denn die Produkte werden in Funktionalität und Anmutung deutlich optimiert.

2025 wird auch das Jahr der Einführung der cloudbasierten Produktionsweise. Cloudbasiertes Arbeiten im Radio bedeutet, dass die technischen Infrastrukturen und Softwarelösungen, die für die Produktion und Ausstrahlung von Radiosendungen benötigt werden, über das Internet bereitgestellt werden. Dies ermöglicht es Radioteams, von verschiedenen Standorten aus zusammenzuarbeiten und auf die gleichen Ressourcen zuzugreifen, ohne physisch im Studio anwesend sein zu müssen. Vorteile: Mehr Flexibilität durch Kollaboration und weniger Kosten.

2025 wird zudem das sogenannte „personalisierte Radio“ eingeführt. Mit einer speziellen Automatisierungstechnologie können im Live-Programm des Simulcast-Radiostreams einzelne Musiktitel ausgetauscht werden. So entsteht ein neuer Hörgenuss: Ein Radiovollprogramm mit unterschiedlichen Musikrichtungen. Über diese Produkterweiterung können neue Zielgruppen erschlossen, Reichweite ausgebaut und neue Umsätze generiert werden.

Bei allen Risiken auf der Wettbewerbs- und Kostenseite sind die Sender der Rheinland Kombi für die Zukunft gut aufgestellt. Das Geschäftsmodell „Radio“ funktioniert weiterhin, auch wenn die Erlöse sinken und die Kosten steigen. Dringend notwendige Investitionen in digitale Technologie auf der einen Seite und weniger Regulierung sowie mehr Zusammenarbeit auf der anderen Seite sind dabei der Schlüssel zum Erfolg!

Euskirchen, 28. März 2025
Radio Euskirchen GmbH

gez. Geschäftsführung

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung Radio Euskirchen GmbH & Co.KG:

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Ordentliches Mitglied: Rolf Jaeck, CDU

Stellvertretendes Mitglied: Stefan Guhlke, CDU

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen folgende Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden:

Ordentliches Mitglied: Stefan Guhlke, CDU

Stellvertretendes Mitglied: Patrick Rothkopf, CDU

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

Geschäftsführung Radio Euskirchen GmbH & Co.KG:

Die Geschäftsführung erfolgt durch die persönlich haftende Gesellschafterin, die Radio Euskirchen GmbH, die durch ihren Geschäftsführer Ralph Steinhausen, Köln, vertreten wird.

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Geschäftsführung zu entnehmen.

Vertreter des Kreises in der Veranstaltergemeinschaft:

1. Wolfgang Andres, Stabstelle 12 (Zugriff LR § 26 Abs. 5 KrO NRW)
2. Ute Stolz, CDU

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen folgende Vertreter in die Veranstaltergemeinschaft zu entsenden:

1. Wolfgang Andres, Stabstelle 12 (Zugriff LR § 26 Abs. 5 KrO NRW)
2. Jürgen Bönsch, CDU

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Veranstaltergemeinschaft zu entnehmen.

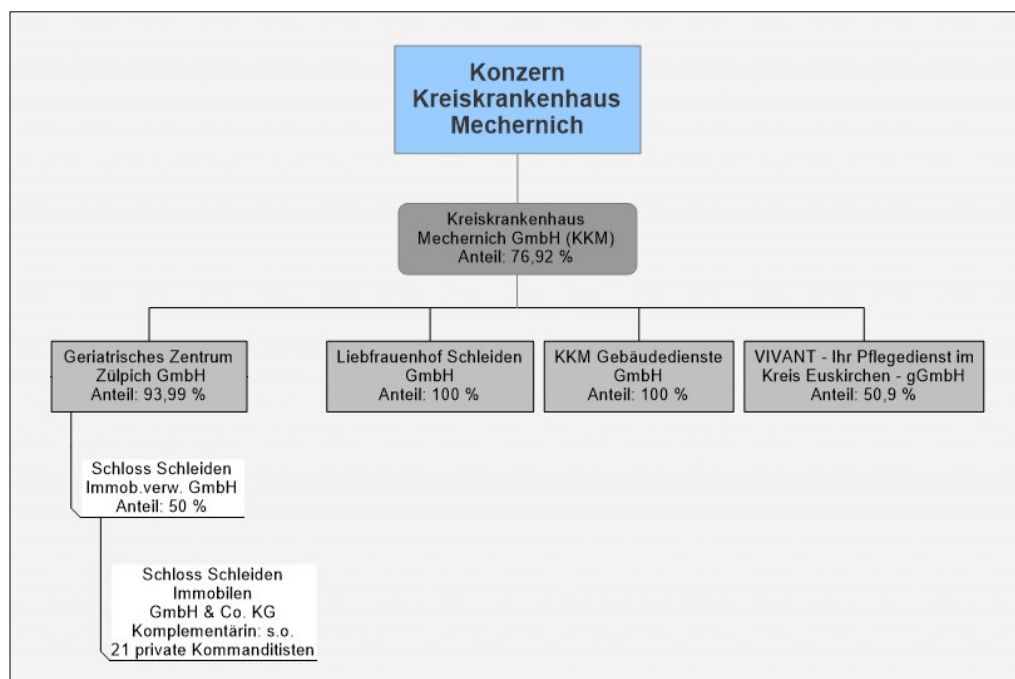
Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht/Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Es handelt sich bei der Radio Euskirchen GmbH & Co. KG um ein Unternehmen, welches mehrheitlich privatrechtlich beherrscht ist und bei dem die Anwendung der Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes nicht in der Unternehmenssatzung verankert ist, so dass die Gesellschaft nicht in den Anwendungsbereich des Landesgleichstellungsgesetzes NRW (LGG) nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG fällt.

3.4.1.6 Konzern - Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKHM)

Basisdaten

Anschrift: St. Elisabeth-Straße 2 – 6
53894 Mechernich
Internet: <http://www.kkhm.de/>
Gründungsjahr: 10. April 1975



3.4.1.6. Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKHM) und Konzern

Zweck der Beteiligung

Gegenstand der KKHM ist die Förderung der Gesundheitspflege sowie der Jugend- und Altenhilfe. Dieser Zweck wird auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen insbesondere verwirklicht durch die Erbringung von vollstationären, teilstationären und ambulanten medizinischen Leistungen, die Bereitstellung und Erbringung von Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsleistungen für alte Menschen, das Betreiben einer Kindertagesstätte sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

Beteiligungsverhältnisse

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie nachstehend dar:

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreis Euskirchen	511.500	76,92
Stadt Zülpich	153.500	23,08
Summe	665.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Lt. Gesellschaftsvertrag sind die Gesellschafter nicht verpflichtet, Jahresfehlbeträge zu einer bestimmten Höhe oder unbegrenzt auszugleichen.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

Entwicklung der Bilanzen

Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	688.048	452.430	488.561	235.618
Sachanlagen	62.523.940	65.650.697	69.291.631	-3.126.758
Finanzanlagen	18.805	18.805	18.805	0
	63.230.792	66.121.932	69.798.997	-2.891.140
B Umlaufvermögen				
Vorräte	3.558.280	2.773.593	2.972.231	0
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	35.816.276	34.961.228	31.753.874	855.048
Liquide Mittel	19.257.675	7.727.635	5.607.647	11.530.040
	58.632.231	45.462.456	40.333.752	13.169.775
C Ausgleichsposten nach dem KHG	0	0	3.490.074	0
D Rechnungsabgrenzungsposten	682.677	386.830	250.342	295.847
Summe Aktiva	122.545.700	111.971.218	113.873.165	10.574.482
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	665.000	665.000	665.000	0
Kapitalrücklage	292.622	292.622	3.782.696	0
Gewinnrücklagen	4.782.318	4.782.318	4.305.451	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	21.231.797	22.910.758	26.722.226	-1.678.961
Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung	0	0	476.867	0
Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	3.238.388	2.738.537	2.459.872	499.852
Konzerngewinn	-970.484	-1.678.961	-3.811.468	708.477
	29.239.641	29.710.273	34.600.644	-470.632
B Sonderposten	22.566.423	21.350.948	21.553.306	1.215.475
C Rückstellungen	21.033.606	20.439.294	19.088.861	594.312
D Verbindlichkeiten	48.742.054	38.404.658	37.598.065	10.337.395
E Ausgleichsposten aus Darlehnsförderung	542.048	542.048	542.048	0
F Rechnungsabgrenzungsposten	421.928	1.523.997	490.241	-1.102.069
Summe Passiva	122.545.700	111.971.218	113.873.165	10.574.482

Bürgschaften:

GZZ GmbH:

Ausfallbürgschaft von 14.192.354 €; Kreditinstitut: KSK Euskirchen; Bürge: Kreis Euskirchen (72,297%).

KKHM GmbH:

Ausfallbürgschaft (Parkhaus) von 2.200.000 €; Kreditinstitut: KSK Euskirchen; Bürge: Kreis Euskirchen (76,92%) und Stadt Zülpich (23,08%)

Ausfallbürgschaft (Altenpflegeheim am Schloss Schleiden) von 4.100.000 €; Kreditinstitut: KSK Euskirchen; Bürge: Kreis Euskirchen (76,92%) und Stadt Zülpich (23,08%). Die Ausfallbürgschaft endet im März 2025 durch Rückzahlung der verbürgten Forderung durch die KKHM GmbH (Schreiben KSK Euskirchen vom 11. März 2025).

Ausfallbürgschaft (Ärzte- und Apothekenhaus) von 4.000.000 €; Kreditinstitut: KSK Euskirchen; Bürge: Kreis Euskirchen (76,92%) und Stadt Zülpich (23,08%)

Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	653.286	434.436	478.253	218.850
Sachanlagen	47.006.439	49.531.879	52.599.946	-2.525.441
Finanzanlagen	4.918.011	6.394.213	6.420.280	-1.476.201
	52.577.736	56.360.528	59.498.479	-3.782.792
B Umlaufvermögen				
Vorräte	3.502.329	2.715.888	2.914.526	786.441
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	35.291.670	34.650.159	30.496.200	641.510
Liquide Mittel	14.087.720	5.964.801	3.651.153	8.122.919
	52.881.718	43.330.848	37.061.879	9.550.870
C Ausgleichsposten nach dem KHG	3.490.074	3.490.074	3.490.074	0
D Rechnungsabgrenzungsposten	642.820	333.817	147.004	309.003
Summe Aktiva	109.592.349	103.515.268	100.197.436	6.077.081
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	665.000	665.000	665.000	0
Kapitalrücklage	3.782.696	3.782.696	3.782.696	0
Gewinnrücklagen	4.304.594	4.304.594	4.304.594	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	17.426.275	18.481.628	22.334.323	-1.055.354
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-2.850.713	-1.055.354	-3.852.695	-1.795.359
	23.327.852	26.178.565	27.233.919	-2.850.713
B Sonderposten	22.566.170	21.350.461	21.552.585	1.215.709
C Rückstellungen	18.350.834	17.789.073	15.693.057	561.761
D Verbindlichkeiten	44.445.288	36.226.887	34.768.321	8.218.401
E Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	542.048	542.048	542.048	0
F Rechnungsabgrenzungsposten	360.157	1.428.235	407.506	-1.068.078
Summe Passiva	109.592.349	103.515.268	100.197.436	6.077.081

Der Kreis Euskirchen hat der KKHM, als Gesellschafter, ein Liquiditätsdarlehen von bis zu 15 Mio. € zur Sicherung möglicher Liquiditätseingpässe zur Verfügung gestellt. Hiervon wurden im Geschäftsjahr 2024 5 Mio. € in Anspruch genommen. Die Aufnahme und Weiterleitung eines Liquiditätskredits an die KKHM wurde vom Kreistag des Kreises Euskirchen in den Kreistagssitzungen am 13. Dezember 2023 (V 464/2023), 11. Juni 2024 (V 557/2024) und 9. April 2025 (V 678/2025) beschlossen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Konzern Kreiskrankenhaus Meckernich - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	151.529.703	143.337.181	135.842.790	8.192.522,43
2	Bestandsveränderungen	575.000	-279.600	628.300	854.600,00
3	Sonstige betriebliche Erträge	8.973.617	11.841.891	6.227.332	-2.868.274,01
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	32.802.987	34.144.873	30.272.947	-1.341.885,86
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	19.568.957	19.861.520	16.814.647	-292.563,12
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	13.234.030	14.283.353	13.458.300	-1.049.322,74
5	Personalaufwand, <u>davon:</u>	107.219.110	98.868.979	95.600.773	8.350.131,28
	a) Löhne und Gehälter	86.231.980	79.885.924	77.191.187	6.346.056,30
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	20.987.130	18.983.055	18.409.586	2.004.074,98
6	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen nach KHG	3.569.754	4.087.870	6.002.392	-518.115,90
7	Erträge aus Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	4.303.321	4.235.173	4.541.292	68.147,61
8	Aufwendungen aus Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	3.598.764	4.272.728	6.210.604	-673.964,43
9	Aufwendungen für die nach KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	298.027	387.477	271.348	-89.449,92
10	Abschreibungen	5.755.813	6.063.197	5.872.202	-307.384,04
11	Sonstige betriebliche Aufwendungen	19.163.021	20.302.631	17.991.331	-1.139.609,51
12	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12.990	5.864	8.620	7.125,44
13	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	525.124	501.482	545.067	23.642,08
14	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	21.324	33.485	23.462	-12.160,62
15	Ergebnis nach Steuern	-419.786	-1.346.472	-3.537.008	926.686,59
16	Sonstige Steuern	50.846	53.824	51.299	-2.978,03
17	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-470.632	-1.400.296	-3.588.307	929.664,62
18	auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn	-499.852	-278.665	-223.161	-221.187,17
19	Konzerngewinn	-970.484	-1.678.961	-3.811.468	708.477,45

Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	122.947.067	118.739.769	113.233.999	4.207.299
2	Bestandsveränderungen	575.000	-279.600	628.300	854.600
3	Sonstige betriebliche Erträge	7.585.342	9.704.862	3.870.451	-2.119.520
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	31.009.556	31.558.325	28.614.257	-548.770
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	17.153.462	17.178.815	15.275.843	-25.353
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	13.856.093	14.379.510	13.338.414	-523.417
5	Personalaufwand, <u>davon:</u>	83.939.782	78.335.221	76.664.116	5.604.561
	a) Löhne und Gehälter	67.691.020	63.409.800	61.982.927	4.281.220
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	16.248.763	14.925.421	14.681.189	1.323.341
6	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen nach KHG	3.569.754	4.087.870	6.002.392	-518.116
7	Erträge aus Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	4.303.087	4.234.939	4.541.058	68.148
8	Aufwendungen aus Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	3.598.764	4.272.728	6.210.604	-673.964
9	Aufwendungen für die nach KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	298.027	387.477	271.348	-89.450
10	Abschreibungen	5.034.015	5.341.886	5.156.810	-307.871
11	Sonstige betriebliche Aufwendungen	16.010.442	17.263.023	14.815.292	-1.252.581
12	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	47.592	37.426	38.355	10.166
	davon aus verbundenen Unternehmen	38.159	32.170	30.109	5.989
13	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	1.456.350	0	0	1.456.350
14	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	478.083	355.952	379.854	122.132
15	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	21.324	33.966	23.910	-12.642
16	Ergebnis nach Steuern	-2.818.502	-1.023.314	-3.821.638	-1.795.187
17	Sonstige Steuern	32.211	32.039	31.057	172
18	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-2.850.713	-1.055.354	-3.852.695	-1.795.359

Kennzahlen

Kennzahlen - Konzern	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	23,86	26,53	-2,67
Eigenkapitalrentabilität	-3,32	-5,65	2,33
Anlagendeckungsgrad	59,97	61,93	-1,96
Verschuldungsgrad 2	238,63	198,06	40,57
Umsatzrentabilität	-0,64	-1,17	0,53

Kennzahlen - GmbH	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	21,29	25,29	-4,00
Eigenkapitalrentabilität	-12,22	-4,03	-8,19
Anlagendeckungsgrad	78,70	77,51	1,19
Verschuldungsgrad 2	269,19	206,34	62,85
Umsatzrentabilität	-2,32	-0,89	-1,43

Personalbestand

Geschäftsjahr	2024	2023	2022	Erläuterung
KKHM Konzern	1.994	1.910	1.753	durchschnittliche Mitarbeiterzahl
KKHM GmbH	1.362,50	1.313,25	1.197	durchschnittliche Mitarbeiterzahl

Geschäftsentwicklung

Konzernlagebericht der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH, Mechernich, für das Geschäftsjahr 2024

1. Grundlagen des Unternehmens Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und des Konzerns

Die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist ein Unternehmen des Kreises Euskirchen und der Stadt Zülpich und erbringt insbesondere vollstationäre, teilstationäre sowie ambulante medizinische und pflegerische Leistungen im Kreis Euskirchen. Darüber hinaus ist die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH Mutterunternehmen des gleichnamigen Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH, Mechernich.

Die Gesellschaft ist an folgenden Standorten vertreten:

- Kreiskrankenhaus Mechernich, Mechernich (418 Planbetten)
- Krankenhaus Schleiden, Schleiden (105 Planbetten)

Die Gesellschaft hält Beteiligungen an den folgenden Gesellschaften:

- Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH (93,99 %)
- Liebfrauenhof Schleiden GmbH (100,00 %)
- VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH (50,90 %)
- KKM Gebäudedienste GmbH (100,00 %)

2. Geschäftsverlauf

In der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH mit den beiden Krankenhausstandorten in Mechernich und Schleiden hat sich die Zahl der stationären Krankenhausauffälle (ohne interne Verlegungsfälle) von 21.785 in 2023 auf 21.134 in 2024 verringert (- 651 Fälle bzw. - 2,99 %). Die Anzahl der im Jahr 2024 neu eingeführten Hybrid-DRG´s lag bei 495 Fällen. Die durchschnittliche Verweildauer hat sich mit 5,5 Tagen gegenüber 5,6 Tagen im Vorjahr leicht verringert.

Die Zahl der Case-Mix-Punkte ist entsprechend der gesunkenen Fallzahl von 16.951 Punkten im Jahr 2023 auf 16.491 Punkte im Jahr 2024 zurückgegangen. Demgegenüber steht ein mit den neuen Hybrid-DRG´s erzielter Erlös in Höhe von rd. 738.467 EUR.

Die Entgeltvereinbarungen für die Jahre 2021 und 2022 nach § 11 Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) konnten erfolgreich abgeschlossen werden, wobei die Entgeltvereinbarungen für die Jahre 2023 und 2024 weiterhin offen sind.

Der Landesbasisfallwert in Nordrhein-Westfalen ist im Jahr 2024 um 209,43 EUR bzw. 5,2 % gestiegen. Insgesamt stellt sich der Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der schlechten Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen weiterhin nicht als zufriedenstellend dar.

In den Einrichtungen der **Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH** ist das Jahresergebnis 2024 insbesondere gekennzeichnet durch einen gestiegenen Gesamtertrag, der im Wesentlichen bedingt ist durch die deutliche Erhöhung der Pflegesätze in der Brabenderklinik und die gute Auslastung der beiden stationären Einrichtungen.

Die Auslastung der geriatrischen Rehabilitationsklinik betrug im Jahr 2024 99,4 % (Vorjahr: 99,2%).

Die Belegung im Barbarahof Mechernich betrug im Berichtsjahr 98,6 % (Vorjahr: 97,7%).

Die Auslastung der Einrichtungen der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** lag im Jahr 2024 im Brabenderstift mit 95,7 % und im Liebfrauenhof mit 98,2 % auf einem überwiegend zufriedenstellenden Niveau.

Die wirtschaftliche Entwicklung der **Vivant – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** ist – wie in den Vorjahren – weiterhin als positiv zu bewerten.

Insgesamt stellt sich der Geschäftsverlauf der Unternehmen im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH nicht als zufriedenstellend dar.

3. Lage der Gesellschaft

3.1 Ertragslage

Die **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** hat im Wirtschaftsjahr 2024 ein Jahresergebnis von - 2.851 TEUR erwirtschaftet (Vorjahr: - 1.055 TEUR). Das geplante Jahresergebnis i. H. v. - 7.068 TEUR konnte damit im Jahr 2024 deutlich überschritten werden.

Die **Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH** schließt das Geschäftsjahr 2024 mit einem Jahresergebnis i. H. v. 662 TEUR (Vorjahr: - 301 TEUR) ab. Damit konnte das geplante Jahresergebnis für das Jahr 2024 deutlich übertroffen werden.

Die **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** schließt das Geschäftsjahr 2024 mit einem Jahresergebnis i. H. v. - 892 TEUR (Vorjahr: - 838 TEUR) ab. Damit wurde das geplante Jahresergebnis für das Jahr 2024 deutlich verfehlt.

Die **Vivant – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** konnte im Berichtsjahr ein Jahresergebnis in Höhe von 937 TEUR (Vorjahr: 604 TEUR) erwirtschaften, wobei hier ein Teil des Ergebnisses aus Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen resultiert.

Für den **Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** wurde im Berichtsjahr ein Jahresergebnis i. H. v. - 470 TEUR (Vorjahr: - 1.679 TEUR) erwirtschaftet. Fremden Gesellschaftern wurden im Jahr 2024 Gewinnanteile von - 500 TEUR zugewiesen. Insgesamt konnte damit das geplante Jahresergebnis im Berichtsjahr überschritten werden. Die wesentlichen Einflussfaktoren resultieren aus dem Krankenhaus und stellen sich wie folgt dar:

Die Summe der operativen Erträge im Krankenhaus nehmen um 3.097 TEUR (+ 2,4 %) zu und stehen darüber hinaus 5.605 TEUR gestiegenen Personalaufwendungen (+ 7,2 %) gegenüber.

Der Umsatz des Krankenhauses ist im Geschäftsjahr auch durch außergewöhnliche Geschäftsvorfälle beeinflusst:

- Erträge aus Ausgleichen der Vorjahre + 4.517 TEUR
- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (insgesamt 3.752 TEUR); insbesondere
 - Abrechnungsrisiko hüftgelenknahe Femurfraktur: + 1.400 TEUR
 - Strukturprüfung Notaufnahme: + 666 TEUR
 - Risikoabschlag Energie: + 513 TEUR
- Energieeinsparhilfen/-preishilfen + 1.279 TEUR

Die Summe aus der Gesamtleistung des Konzerns und der sonstigen betrieblichen Erträge hat sich erhöht auf 161.078 TEUR (Vorjahr: 154.899 TEUR). Der Umsatz hat sich um 9.047 TEUR gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich um 66 TEUR reduziert. Die Personalkosten erhöhten sich um 8.350 TEUR (8,4 %) auf 107.219 TEUR und entsprechen damit einem Anteil von 66,6 % der Gesamtleistung (Vorjahr: 63,3 %). In den Krankenhäusern konnten tarifliche und altersgruppenbedingte Personalkostensteigerungen wiederum nicht über die Erhöhung des Landesbasisfallwertes für Krankenhausleistungen vollständig refinanziert werden. Insgesamt ist das Konzernergebnis mit Steuern in Höhe von 72 TEUR (Vorjahr: 87 TEUR) belastet.

3.2 Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH hat sich durch das Konzernergebnis verschlechtert. Das Eigenkapital reduzierte sich insgesamt um 471 TEUR (- 1,6 %) auf 29.240 TEUR. Von dem Gesamtrückgang entfällt ein Betrag in Höhe von 971 TEUR auf den Konzernverlust und ein Betrag von - 500 TEUR auf fremden Gesellschaftern zugewiesene Gewinnanteile. Vom Konzerneigenkapital entfällt weiterhin der überwiegende Anteil mit 23.328 TEUR (88,9 %) auf die Konzernmutter. Die Konzerneigenkapitalquote mit 23,9 % hat sich gegenüber der vorjährigen Quote per 31.12.2023 mit 26,5 % reduziert.

Die Konzern-Bilanzsumme erhöht sich um 10.575 TEUR (8,6 %) von 111.971 TEUR auf 122.546 TEUR. Auf der Aktivseite steht dem Rückgang des Anlagevermögens um - 2.891 TEUR und der sonstigen Vermögensgegenstände um - 3.280 TEUR die Erhöhung der liquiden Mittel um 11.530 TEUR, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 2.471 TEUR und der Forderungen aus dem Krankenhausfinanzierungsrecht um 1.664 TEUR gegenüber. Auf der Passivseite resultiert der Bilanzzugang aus der Erhöhung der Verbindlichkeiten aus dem Krankenhausfinanzierungsrecht (10.834 TEUR), der sonstigen Rückstellungen (710 TEUR) und der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter (5.000 TEUR), dem gegenüber steht der Eigenkapitalrückgang (- 471 TEUR) sowie der Rückgang des passiven Rechnungsabgrenzungspostens (- 1.102 TEUR) und der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aufgrund planmäßiger Tilgungen (- 2.428 TEUR).

Der Finanzmittelbestand des Konzerns betrug zum Bilanzstichtag 19.258 TEUR (Vorjahr: 7.728 TEUR). Es bestanden zu jeder Zeit ausreichend finanzielle Mittel, um den Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Die Vermögens- und Finanzlage des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist nach wie vor als stabil zu bezeichnen. Die Liquidität des Konzerns war zu jeder Zeit ausreichend und sichergestellt.

3.3 Investitionen

Die in der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH im Jahre 2024 umgesetzten bzw. begonnenen Baumaßnahmen und Investitionen beinhalten im Wesentlichen die Renovierung von Stations- und Funktionsbereichen und die Ersatzbeschaffung bzw. Erweiterung von Anlagegütern.

3.4 Personal

In 2024 wurden 1.994 (Vorjahr: 1.910) Mitarbeiter beschäftigt. Davon entfielen 73,6 % (Vorjahr: 72,8 %) auf die medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Dienststellen.

Im Konzern werden insgesamt 120 Ausbildungsplätze in der Gesundheits- und Krankenpflege, in der Altenpflege und im Rahmen der OTA-Ausbildung (Operations-Technische Assistenz) vorgehalten.

3.5 Finanzielle und Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Wir beurteilen die Qualität unseres Krankenhauses als sehr gut. Unsere Qualität steuern wir mit folgenden Indikatoren:

- Die beiden Krankenhäuser sind seit dem Jahr 2014 nach DIN EN ISO 9001 zertifiziert und nehmen zudem an allen gesetzlichen Qualitätssicherungsmaßnahmen nach § 135a SGB V teil. Die Ergebnisse werden im klinikinternen Dialog bearbeitet sowie im gesetzlichen Qualitätsbericht nach § 137 SGB V veröffentlicht.
- Darüber hinaus sind zahlreiche Zentren (z. B. Wirbelsäulenspezialzentrum der DWG, Gefäßzentrum Mechernich DGG, EndoProthetikZentrum EndoCert, Regionales Schmerzzentrum DGS) nach unterschiedlichen Richtlinien zertifiziert.

4. Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

4.1 Risiko- und Chancenbericht

Die wirtschaftliche Lage des Konzerns wird im nächsten Geschäftsjahr wesentlich durch die anstehende Reform der Krankenhausfinanzierung und der Krankenhausplanung NRW beeinflusst werden. Diese Finanzierungsreform stellt das bedeutsamste Risiko der weiteren Entwicklung der Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen dar. Wir beobachten die politische Entwicklung genau und werden unsere Geschäftstätigkeit zeitnah auf neue zu erwartende Rahmenbedingungen der Finanzierung hin analysieren und bei Bedarf anpassen.

Der sich seit einigen Jahren abzeichnende Personalmangel (insbesondere im Ärztebereich sowie im Pflegebereich) hat sich bei der Personalbesetzung im Berichtsjahr deutlicher als in den Vorjahren bemerkbar gemacht und könnte in den nächsten Jahren als wesentliches Risiko die Ertragspotenziale der Gesellschaft wesentlich beeinträchtigen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unsere Ausführungen zur Personallage. Es werden seit 2021 jährlich bis Ende August vom InEK für jeden Krankenhausstandort Pflegepersonalquotienten (Verhältnis der Vollzeitkräfte

des Pflegepersonals in der unmittelbaren Patientenversorgung auf bettenführenden Stationen zum Pflegeaufwand eines Krankenhauses gemessen anhand von Bewertungsrelationen) veröffentlicht. Zudem wird mit dem Krankenhaustransparenzgesetz die ärztliche und pflegerische Personalausstattung für Patienten sichtbar und daher auch Wahl des behandelnden Krankenhauses als auch die Wahl eines potenziellen Arbeitgebers beeinflussen. Wir betrachten den Personalmangel mittelfristig als eines der größten Risiken für den Fortbestand unserer Gesellschaft. Die Gesellschaft wirkt dem Risiko des Personalmangels entgegen durch eine gute und persönliche Ausbildung in der eigenen Schule für Pflegeberufe, die Etablierung eines Flexteams in der Pflege, die Rekrutierung ausländischer Pflegekräfte und das interne Training unserer Mitarbeiter in unserem eigenen Institut für medizinische Simulation, Notfalltraining und Patientensicherheit. Die Einstellung der Patienten gegenüber Krankenhausaufenthalten scheint bundesweit zurückhaltender geworden zu sein. Dies hat sich bei den Belegungszahlen bemerkbar gemacht, die im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken sind und wohl auch auf lange Sicht gesehen hinter den Belegungszahlen des letzten Vor-Corona-Jahres 2019 zurückliegen wird. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass bei der Leistungsplanung die Hochrechnungsfaktoren aus der Vergangenheit nicht mehr verlässlich sind und die Leistungsplanung aus verschiedenen Gründen schwierig geworden ist, insbesondere auch unter Berücksichtigung des nachfolgend erläuterten Risikos.

Die Verlagerung vom stationären in den ambulanten Bereich wird sich auch zukünftig weiter verstärken. Forciert wird diese Entwicklung durch gesetzliche Maßnahmen wie die Erweiterung des AOP-Katalogs sowie die Einführung und Ausweitung von Hybrid-DRGs seit dem Jahr 2024. Durch die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen werden Wettbewerber in den Markt der ambulanten Versorgung neu einsteigen bzw. ihre Tätigkeiten in diesem Markt ausweiten. Durch die Ausweitung der Ambulantisierung sehen wir einen begrenzten Anteil unserer Erlöse aus stationären Krankenhausleistungen gefährdet. Unsere Gesellschaft wirkt dem Risiko entgegen durch die konsequente Etablierung der ambulanten Operationen an den Standorten.

Wesentliche Ertragsrisiken könnten sich in 2025 insbesondere durch Anfragen des MD vor dem Hintergrund der ab dem 1. Februar 2022 in Kraft getretenen Prüfverfahrensverordnung (PrüfvV) ergeben. Eine Rechnungs korrektur ist nur noch in eng umgrenzten Fällen zulässig. Die bisherige Möglichkeit zur Rechnungs korrektur wird dadurch stark eingegrenzt. In der Konsequenz muss die Erstellung der Abrechnung mit höchster Qualität erfolgen und entsprechend dokumentiert sein. Zur Verminderung des Risikos hat die Gesellschaft die Organisation des Medizincontrollings professionell aufgestellt. Die Gesellschaft hat für Ertragsrisiken aus dem abgelaufenen und aus vorhergehenden Geschäftsjahren aufgrund von MD-Bearstandungen durch entsprechend dotierte Rückstellungen Vorsorge getroffen.

Die steigenden Lohn- und Gehaltsentwicklungen werden sich weiter fortsetzen. Diese werden jedoch weiterhin nicht in voller Höhe durch die Veränderungsrate des Landesbasisfallwertes gegenfinanziert. Risiken können sich zusätzlich aus dem Pflegebudget ergeben, das bei Inanspruchnahme pflegerischer Fremdleistungen nur eine Finanzierung in Höhe der tarifvertraglichen Vereinbarungen vergleichbarer Pflegeleistungen vorsieht.

Auf unseren Versorgungsauftrag wird die neue Krankenhausplanung NRW Auswirkungen in der Anpassung des Leistungsspektrums, das dann neu definiert werden muss, haben. Hier besteht nach aktuellem Kenntnisstand für den Konzern ein Risiko im Bereich der Kardiologie, wo Leistungsgruppen teilweise nicht zugeteilt wurden. Das Krankenhaus hat gegen den Feststellungsbescheid der Bezirksregierung Köln entsprechend Klage eingereicht. Das Ergebnis der abschließenden Bewertung durch das Verwaltungsgericht steht allerdings noch aus.

Vor dem Hintergrund der aufgezeigten Risiken und der Überlegungen für den Krankenhausstandort Schleiden wurden im Rahmen von gesellschaftsrechtlichen Restrukturierungen folgende Maßnahmen eingeleitet.

- Im Jahr 2024 hat die Geschäftsführung die medizinische Strategie weiterentwickelt und speziell den Standort Schleiden deutlich verändert. Hierdurch wurden die Leistungsbereiche und die Vorhaltekosten deutlich reduziert und Teile an den Krankenhausstandort Mechernich verlagert. Diese Veränderungen sind den veränderten Rahmenbedingungen geschuldet und sollen zu einer Verbesserung der Ertragslage führen soll.
- Da sich auf Basis der Wirtschaftsplanung im Jahr 2026 Liquiditätsengpässe ergeben werden, hat der Kreis Euskirchen als einer der beiden Gesellschafter die Bereitstellung eines Liquiditätsdarlehens im Umfang von bis zu 15 Mio. EUR schriftlich zugesagt.

Das Nichteintreten der in die Medizinstrategie und die Wirtschaftsplanung gesetzten Annahmen, insbesondere in die Leistungsentwicklung stellt für den Konzern ein erhöhtes Risiko dar. Von einer Bestandgefährdung wird jedoch auf Basis der erstellten und laufend aktualisierten Liquiditätsplanung über einen Zeitraum von 24 Monaten trotz des geplanten Jahresfehlbetrages für das Jahr 2025 nicht ausgegangen. Auf Basis der Liquiditätsplanung ist über den Zeitraum von 2 Jahren die Liquidität durchgängig gesichert, die bestehenden Kreditlinien werden auf Basis dieser Planung zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts erstmals im letzten Quartal 2026 teilweise in Anspruch genommen.

Die Entwicklung im Bereich der Krankenhausleistungen liegt in den ersten Monaten des Jahres 2025 oberhalb des Vorjahres sowie oberhalb der Unternehmensplanung und bestätigt damit die in die Wirtschaftsplanung gesetzten Annahmen und Prämissen. Die positive Entwicklung am Krankenhausstandort Mechernich wird hierbei in Teilen durch die zu Beginn des Jahres unzureichende Belegung am Krankenhausstandort Schleiden kompensiert. Die wesentliche Chance für die positive Entwicklung der Gesellschaft liegt in der konsequenten Umsetzung des abgestimmten medizinischen Konzepts am Standort Schleiden hin zu einem Gesundheitszentrum mit stationärer Patientenversorgung und die Weiterentwicklung des Standortes Mechernich.

Eine positive Entwicklung wird durch die Fördermaßnahmen in die Infrastruktur des Krankenhauses erwartet. So werden beispielsweise verschiedene Projekte zur Digitalisierung eine deutliche Prozessverbesserung herbeiführen. Ebenso positiv wird sich die demographische Entwicklung auf die Fachabteilungen des Krankenhauses auswirken. Hier sind insbesondere die Geriatrie, die Innere Medizin und Wirbelsäulenchirurgie zu nennen.

Die getätigten und die weiterhin geplanten Investitionen werden ebenfalls einen positiven Beitrag zur Entwicklung der Gesellschaft leisten.

Im Bereich der Einrichtungen des Altenhilfesektors bewirken die Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen, insbesondere durch das Pflegestärkungsgesetz II, primär eine stärkere Fokussierung auf ambulante und teilstationäre Leistungsangebote.

Wirtschaftliche Risiken können sich auch durch die weitere Etablierung vorhandener oder neuer Altenpflegeheime in der Region ergeben. Hierdurch kann es schwieriger werden, Altenhilfeplätze in den Einrichtungen zeitnah wieder zu belegen und gleichzeitig kann sich auch die Gewinnung neuer Mitarbeiter problematischer darstellen.

4.2 Prognosebericht

Die Unternehmensplanung für das Jahr 2025 geht von einem Jahresfehlbetrag in Höhe von - 3.965 TEUR aus. Gegenüber dem Jahr 2024 wird insofern mit einem rückläufigen Jahresergebnis gerechnet. In dieser Planung sind prognostizierte Personal- und Sachkostensteigerungen als auch des Fachkräftemangels und der reduzierten Nachfrage stationärer Krankenhausaufenthalte enthalten. Unberücksichtigt in der Planung ist die anstehende Reform der Krankenhausfinanzierung. Auswirkungen der Landeskrankenhausplanung NRW werden, wenn überhaupt, erst im Jahr 2026 relevant werden.

Bei den Umsatzerlösen wird insgesamt ein Anstieg der Erlöse aus Krankenhausleistungen erwartet. Dieser Prognose liegen folgende wesentliche Annahmen zugrunde:

- Erhöhung des Landesbasisfallwertes 2024 um 4,41 % auf 4.391,48 EUR
- moderate Leistungssteigerungen, insbesondere in den Internistischen Kliniken

- Gegenläufig wirken sich die entfallenden Energie-Hilfen aus.

Für den bedeutenden Aufwandsbereich Personal erwarten wir eine tarifbedingte Steigerung um rd. 9 % für den Ärztlichen Dienst und rd. 5% für die übrigen Dienstarbeiter. In den übrigen Kostengruppen haben wir eine Preissteigerung in Höhe von 2,5 % angenommen.

Aufgrund des prognostizierten Ergebnisses erwarten wir eine verschlechterte Liquiditätslage. Belastend für die Liquidität wirkt sich indes die notwendige Vorfinanzierung der verspäteten Budgetverhandlungen aus. Ferner wird die Liquidität im folgenden Geschäftsjahr durch den vermehrt notwendigen Einsatz von Fremdpersonal im Ärztlichen Dienst und im Pflegedienst belastet. Die geschilderten Risiken werden negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation des Konzerns haben, die durch die genannten Chancen jedoch nicht vollständig kompensiert werden können. Der Bestand der Gesellschaft ist im Rahmen der unter Tz. 5 dargestellten Risiken derzeit nicht gefährdet. Auf Basis der Leistungsentwicklung im ersten Quartal 2025 und aufgrund der von Seiten der Gesellschafter gewährten Unterstützungen gehen wir von der positiven Annahme der Unternehmensfortführung aus und sehen der Entwicklung des Jahres 2025 und darüber hinaus optimistisch entgegen. Darüber hinaus geht die Geschäftsführung davon aus, dass die neue Bundesregierung geeignete Maßnahmen (z. B. Inflationsausgleich oder Zulagen für die Notfallversorgung) ergreifen wird um die Finanzierung der Krankenhäuser zu verbessern.

Mechernich, 10. Juni 2025

gez. Martin Milde
Geschäftsführer

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung (13 Mitglieder, davon 10 Vertreter des Kreises Euskirchen):

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

1. Markus Ramers, Landrat (zugriff LR § 26 Abs. 5 KrO NRW)
2. Rudi Mießeler, CDU (stimmführende Person)
3. Manfred Steffen, CDU (stellvertretende stimmführende Person)
4. Leo Wolter, CDU
5. Emmanuel Kunz, SPD
6. Hans Schmitz, SPD
7. Daniel Rudan, SPD
8. Peter Schallenberg, B 90/DIE GRÜNEN
9. Hans Reiff, FDP
10. Dr. Klaus-Peter Jeck, AfD (bis 7. März 2025)
N.N. (ab 8. März 2025)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen folgende Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden:

1. Markus Ramers, Landrat (zugriff LR § 26 Abs. 5 KrO NRW)
2. Jochen Kupp, CDU (stimmführende Person)
3. Dominik Schmitz, CDU (stellvertretende stimmführende Person)
4. Peter Kronenberg, CDU
5. Gianna Voißel, SPD
6. Bertram Wassong, SPD
7. Andreas Bühl, SPD
8. Dr. Uwe Höller, AfD
9. Myriam Kemp, B 90/DIE GRÜNEN
10. Hans Reiff, FDP(SKB)

Verwaltungsrat (11 Mitglieder, davon 8 Vertreter des Kreises Euskirchen) :

Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat:

Ordentliche Mitglieder	Aufwandsentschädigung 2024
1. Markus Ramers, Landrat	1.200 €
2. Jochen Kupp, CDU, 2. stv. Vorsitzender	1.200 €
3. Rolf Jaeck, CDU	600 €
4. Karsten Stickeler, CDU, Vorsitzender	2.400 €
5. Karl Vermöhlen, SPD	1.200 €
6. Wolfgang Heller, SPD	1.200 €
7. Peter Schallenberg, B 90/ DIE GRÜNEN	1.200 €
8. Dirk van Meenen, FDP	900 €

Stellvertretende Mitglieder (gebundene Vertretung)	Aufwandsentschädigung 2024
1. Achim Blindert, AV	0 €
2. Dirk Jahr, CDU	0 €
3. Birgit Braun-Näger, CDU	0 €
4. Hans-Erhard Schneider, CDU	0 €
5. Emmanuel Kunz, SPD	0 €
6. Hans Schmitz	0 €
7. Myriam Kemp, B 90/ DIE GRÜNEN	0 €
8. Frederik Schorn, FDP	0 €

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen folgende Vertreter in den Verwaltungsrat zu entsenden:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Markus Ramers, Landrat	Achim Blindert, AV
2. Karsten Stickeler, CDU	Bernd Müller, CDU
3. Hans-Peter Schick, CDU	Birgit Braun-Näger, CDU
4. Karl Vermöhlen, SPD	Gianna Voißel, SPD
5. Annegret Lewak, SPD	Bertram Wassong, SPD
6. Armin Hofmann, AfD (SKB)	Dr. Uwe Höller, AfD
7. Miryam Kemp, B 90/ DIE GRÜNEN	Ellen Mende, B 90/ DIE GRÜNEN
8. Thomas Müller, FDP	Frederik Schorn, FDP

Der Verwaltungsrat der KKH hat in seiner Sitzung am 21. November 2025 folgenden Vorsitzenden und Stellvertreter gewählt:

Vorsitzender Verwaltungsrat: Karsten Stickeler

- 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Verwaltungsrates: Ulf Hürtgen*
- 2. Stellvertreter des Vorsitzenden des Verwaltungsrates: Karl Vermöhlen*

In der Sitzung des Kreistages am 17. Dezember 2025 (A 4/2025) wurde folgende Umbesetzung im Verwaltungsrat beschlossen:

Bisheriges stellvertretendes Mitglied: Frederik Schorn, FDP

Neues stellvertretendes Mitglied: Hans-Joachim Schäfer, FDP

Geschäftsführer:

Martin Milde

Der Geschäftsführer hat im Jahr 2024 Gesamtbezüge von 231,8 T€ erhalten.

Herr Martin Milde hat als alleiniger Geschäftsführer des Konzerns die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Der Gesellschafterversammlung des KKHM gehören von den insgesamt 13 Mitgliedern 1 Frau an (Frauenanteil: 7,69 %).

Dem Verwaltungsrat des KKHM gehören von den insgesamt 11 Mitgliedern 0 Frauen an (Frauenanteil: 0 %).

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde nicht erstellt.

Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKHM)

Die KKHM GmbH und ihre Tochterunternehmen sind innerhalb einer Konzernstruktur und im Rahmen des Leistungsaustauschs eng miteinander verbunden.

Die Unternehmensgruppe der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH bietet ein breites Spektrum an stationären und ambulanten Versorgungs- und Behandlungsformen für die Menschen im Kreis Euskirchen und der Eifel. Das Leistungsangebot reicht von Prävention, Beratung, stationärer, teilstationärer und ambulanter Behandlung im akuten Krankheitsfall, Durchführung von Rehabilitationsmaßnahmen bis hin zur Unterbringung in den verschiedenen Wohn- und Pflegeformen innerhalb der Konzerngesellschaften.

Die nachstehenden Konzerngesellschaften sind unter Mehrheitsbeteiligung der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH in das Leistungsspektrum des Konzerns eingebunden:

3.4.1.6.1 Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH (GZZ)

Basisdaten

Anschrift: Kölnstrasse 12, 53909 Zülpich

Gründungsjahr: 5. Januar 1994

Zweck der Beteiligung

Betrieb einer geriatrischen Rehabilitation unterhalb der Akutgeriatrie sowie einer Kurzzeitpflege und Vermietung betreuter Altenwohnungen. Betrieb und Unterhaltung der Altenpflegeeinrichtung Barbarahof Mechernich und des MVZ am Kreiskrankenhaus Mechernich.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt bei der mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises eine sog. nicht-wirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	5.361.000	93,99
Eifelhöhen-Klinik AG Bonn	343.000	6,01
Summe	5.704.000	100,00

Beteiligungsgesellschaften der Geriatrischen Zentrum Zülpich GmbH:

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH	13.804,87	50,00
3 private Gesellschafter	13.804,89	50,00
Summe	27.609,76	100,00

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG
 Komplementärin: Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH
 (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Kommanditkapital - €	Anteil - %
20 private Kommanditisten, insgesamt:	3.118.880,48	100,00
Summe	3.118.880,48	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung und nach Genehmigung des Beirats durch die Gesellschafterversammlung beschlossen.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen. Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind unter Punkt 3.3 dargestellt.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	18.203	13.776	10.308	4.427
Sachanlagen	15.501.260	16.098.944	16.676.599	-597.684
Finanzanlagen	13.805	13.805	13.805	0
	15.533.268	16.126.525	16.700.712	-593.257
B Umlaufvermögen				
Vorräte	40.410	42.820	42.820	-2.410
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.096.052	961.974	1.351.584	134.078
Liquide Mittel	442.779	398.143	602.488	44.637
	1.579.241	1.402.936	1.996.892	176.304
C Rechnungsabgrenzungsposten	5.998	18.465	70.934	-12.467
Summe Aktiva	17.118.507	17.547.926	18.768.537	-429.419
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	5.704.000	5.704.000	5.704.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.067.232	1.368.332	1.557.621	-301.100
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	662.375	-301.100	-189.289	963.475
	7.433.607	6.771.232	7.072.332	662.375
B Rückstellungen	921.769	919.297	1.125.748	2.472
C Verbindlichkeiten	8.701.359	9.788.699	10.499.211	-1.087.340
D Rechnungsabgrenzungsposten	61.771	68.698	71.247	-6.927
Summe Passiva	17.118.507	17.547.926	18.768.537	-429.420

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	15.694.151	14.614.086	13.355.357	1.080.065
2	Sonstige betriebliche Erträge	399.221	641.183	312.461	-241.962
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	2.839.176	4.190.459	3.072.284	-1.351.283
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.980.342	2.278.601	997.363	-298.259
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	858.834	1.911.858	2.074.922	-1.053.024
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	9.219.676	8.030.856	7.403.593	1.188.820
	a) Löhne und Gehälter	7.308.590	6.418.161	5.921.153	890.430
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.911.086	1.612.695	1.482.440	298.390
5	Abschreibungen	710.563	713.198	703.946	-2.635
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.476.636	2.375.849	2.438.248	100.787
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	250	40	179	210
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	170.750	231.601	224.770	-60.851
	davon an verbundene Unternehmen	1.892	1.764	68.246	128
9	Ergebnis nach Steuern	676.821	-286.654	-174.843	963.475
10	Sonstige Steuern	14.446	14.446	14.446	0
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	662.375	-301.100	-189.289	963.475

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	€	€	€	€
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	58.685	56.631	54.725	2.054
Liquide Mittel	1.946	1.587	1.810	359
	60.631	58.218	56.535	2.413
Summe Aktiva	60.631	58.218	56.535	2.413
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	27.610	27.610	27.610	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	27.952	26.789	25.627	1.163
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.163	1.163	1.162	0
	56.725	55.562	54.399	1.163
B Rückstellungen	3.585	2.117	1.717	1.467
C Verbindlichkeiten	321	539	419	-217
Summe Passiva	60.631	58.218	56.535	2.413

Es besteht gegenüber der Schloss Schleiden Immobilien GmbH & Co.KG, Mechernich, eine selbstschuldnerische Bürgschaft in Höhe von 1.000.000 € zur Absicherung eines Darlehens.

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	13.674	14.525	14.686	-851
2	Personalaufwand, davon:	10.877	10.871	10.871	-5
	a) Löhne und Gehälter	8.706	8.536	8.536	0
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.171	2.336	2.336	165
3	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.797	3.653	3.814	-856
4	Erträge aus Beteiligungen	1.380	1.380	1.380	0
	davon aus verbundenen Unternehmen	1.380	1.380	0	0
5	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	217	217	218	0
6	Ergebnis nach Steuern	1.163	1.163	1.162	0
7	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.163	1.163	1.162	0

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	1	0
Sachanlagen	2.756.020	2.948.446	3.140.872	-192.426
	2.756.021	2.948.447	3.140.873	-192.426
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.454	600	2.360	854
Liquide Mittel	66.131	34.057	43.152	32.074
	67.585	34.657	45.512	32.929
Summe Aktiva	2.823.607	2.983.104	3.186.385	-159.497
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Kapitalanteile der Kommanditisten	-593.338	-639.341	-635.262	46.002
Kapitalrücklage	1.977.804	1.977.804	1.977.804	0
	1.384.466	1.338.463	1.342.542	46.002
B Rückstellungen	10.800	8.500	8.200	2.300
C Verbindlichkeiten	1.428.341	1.636.141	1.835.644	-207.799
Summe Passiva	2.823.607	2.983.104	3.186.385	-159.497

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	563.304	505.344	505.245	57.960
2	Sonstige betriebliche Erträge	31	490	0	-459
3	Abschreibungen	192.426	192.426	192.508	
4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	127.533	135.303	104.761	-7.769
5	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	32.142	36.452	40.670	-4.311
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
6	Ergebnis nach Steuern	211.235	141.654	167.306	69.581
7	Sonstige Steuern	18.233	18.233	18.233	0
8	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	193.002	123.421	149.074	69.581
9	Gutschrift auf Kapitalkonto	-193.002	-123.421	-149.074	-69.581
10	Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0	0

Kennzahlen

Kennzahlen - GZZ	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	43,42	38,59	4,84
Eigenkapitalrentabilität	8,91	-4,45	13,36
Anlagendeckungsgrad	82,64	64,50	18,14
Verschuldungsgrad 2	129,45	158,14	-28,69
Umsatzrentabilität	4,22	-2,06	6,28

Personalbestand

Geschäftsjahr	2024	2023	2022	Erläuterung
GZZ	194	181	168	durchschnittliche Mitarbeiter- denzahl
Schloß Schleiden Immobili- en	1	1	1	

Organe und deren Zusammensetzung

Der Geschäftsführer der KKH GmbH, Herr Milde, vertritt diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH

Beirat:

Vertreter der KKH im Beirat (gem. § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages):

Karsten Stickeler (Vorsitzender)

André Heinrichs (stv. Vorsitzender)

Markus Ramers, Landrat

Ulf Hürtgen, Bürgermeister

Klaus Dirks

Die Höhe der Beiratsbezüge beliefen sich im Geschäftsjahr 2024 auf 7,6 T€.

Nachrichtlich:

In der Verwaltungsratssitzung der KKH M GmbH am 21. November 2025 wurden folgende Mitglieder in den Beirat gewählt:

Karsten Stickeler

Ulf Hürtgen, Bürgermeister

Karl Vermöhlen

Markus Ramers, Landrat

Silvia Wallraff

Geschäftsführung:

Martin Milde

Für die Geschäftsführungstätigkeit erhält der Geschäftsführer keine Vergütungen.

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

Geschäftsführung:

Dipl. Ing. Joachim Stiller

Herr Martin Milde

Die Vergütung je Geschäftsführer betrug im Geschäftsjahr 2024 rd. 3.068 €.

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG

Geschäftsführung:

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

Dem Jahresabschluss 2024 sind keine Angaben zur Höhe der Vergütung der Geschäftsführung zu entnehmen.

3.4.1.6.2 Liebfrauenhof Schleiden GmbH

Basisdaten

Anschrift: Vorburg 16, 53937 Schleiden
Gründungsjahr: 29. März 2001

Zweck der Beteiligung

Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens sowie Förderung der Wohlfahrtspflege. Betrieb und Unterhaltung von Einrichtungen der Altenpflege auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt bei der mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises eine sog. nicht-wirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	100.000	100,00
Summe	100.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung durch die Gesellschafterversammlung beschlossen. Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen. Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind unter Punkt 3.3 dargestellt.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Liebfrauenhof Schleiden GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	16.559	4.218	0	12.341
Sachanlagen	3.703	487	721	3.216
	20.262	4.705	721	15.557
B Umlaufvermögen				
Vorräte	15.542	14.885	14.885	657
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	653.982	1.605.694	2.466.166	-951.712
Liquide Mittel	287.441	211.153	177.016	76.288
	956.965	1.831.732	2.658.066	-874.767
C Rechnungsabgrenzungsposten	6.116	1.164	1.533	4.953
D Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	535.884	0	0	535.884
Summe Aktiva	1.519.227	1.837.601	2.660.321	-318.374
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000	0
Gewinnrücklagen	1.070	1.070	1.070	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	254.802	1.092.650	1.320.444	-837.847
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-891.756	-837.847	-227.794	-53.908
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	535.884	0	0	535.884
	0	355.872	1.193.720	-355.872
B Sonderposten	253	487	721	-234
C Rückstellungen	898.020	795.015	903.939	103.006
D Verbindlichkeiten	620.954	659.164	550.453	-38.210
E Rechnungsabgrenzungsposten	0	27.064	11.489	-27.064
Summe Passiva	1.519.227	1.837.601	2.660.321	-318.374

Liebfrauenhof Schleiden GmbH					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	11.192.815	9.935.539	9.283.221	1.257.277
2	Sonstige betriebliche Erträge	327.815	696.092	433.787	-368.277
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	2.419.386	2.859.364	1.742.940	-439.978
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.137.563	1.083.748	608.251	53.815
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.281.824	1.775.616	1.134.688	-493.792
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	7.553.625	6.367.289	5.917.864	1.186.336
	a) Löhne und Gehälter	5.980.514	5.077.930	4.673.292	902.584
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.573.111	1.289.359	1.244.572	283.753
5	Erträge aus Auflösung SoPo aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	234	234	234	0
6	Abschreibungen	3.368	1.252	428	2.116
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.439.710	2.254.442	2.299.515	185.267
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.087	13.883	20.005	-9.796
	davon aus verbundenen Unternehmen	1.523	13.778	20.000	-12.255
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	618	1.248	4.294	-630
	davon an verbundene Unternehmen	0	1.248	0	-1.248
10	Ergebnis nach Steuern	-891.756	-837.847	-227.794	-53.908
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-891.756	-837.847	-227.794	-53.908

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	0,00	19,37	-19,37
Eigenkapitalrentabilität	./.	./.	./.
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	./.	./.	./.
Umsatzrentabilität	-7,97	-8,43	0,47

Personalbestand

Geschäftsjahr	2024	2023	2022	Erläuterung
Anzahl	193	172	149,25	Durchschnittliche Mitarbeitenden- zahl

Organe und deren Zusammensetzung

Der Geschäftsführer der KKH M GmbH, Herr Milde, vertritt diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

Geschäftsführung:

Martin Milde

Für die Geschäftsführungstätigkeit erhielt der Geschäftsführer im Berichtsjahr von der Gesellschaft keine Vergütung.

3.4.1.6.3 KKM Gebäudedienste GmbH

Basisdaten

Anschrift: St.-Elisabeth-Str. 2-6, 53894 Mechernich
Gründungsjahr: 22. Mai 2006

Zweck der Beteiligung

Erbringung von Gebäudereinigungsleistungen sowie Küchen- und Spüldienstleistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den mit ihr verbundenen Unternehmen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt bei der mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises eine sog. nicht-wirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	25.000	100,00
Summe	25.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung durch die Gesellschafterversammlung beschlossen.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen. Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind unter Punkt 3.3 dargestellt.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

KKM Gebäudedienste GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	224.535	207.907	309.401	16.628
Liquide Mittel	950.843	760.560	484.647	190.282
	1.175.378	968.467	794.048	206.911
Summe Aktiva	1.175.378	968.467	794.048	206.911
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	742.469	552.863	349.060	189.606
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	216.240	189.606	203.803	26.634
	983.709	767.469	577.863	216.240
B Rückstellungen	39.706	42.412	79.852	-2.705
C Verbindlichkeiten	151.962	158.587	136.333	-6.624
Summe Passiva	1.175.378	968.467	794.048	206.911

KKM Gebäudedienste GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	2.476.202	2.418.507	2.205.318	57.695
2	Sonstige betriebliche Erträge	1.821	3.049	2.685	-1.228
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	62.332	60.871	0	1.461
	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	62.332	60.871	0	1.461
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	1.990.979	1.954.218	1.743.734	36.761
	a) Löhne und Gehälter	1.620.684	1.592.812	1.425.240	27.873
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	370.295	361.406	318.495	8.889
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	208.989	217.343	260.429	-8.355
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	517	0	0	517
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	485	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-482	-448	482
9	Ergebnis nach Steuern	216.240	189.606	203.803	26.634
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	216.240	189.606	203.803	26.634

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	83,69	79,25	4,45
Eigenkapitalrentabilität	21,98	24,71	-2,72
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	19,48	26,19	-6,71
Umsatzrentabilität	8,73	7,84	0,89

Personalbestand

Geschäftsjahr	2024	2023	2022	Erläuterung
Anzahl	103,5	106	105	durchschnittliche Mitarbeitendenzahl

Organe und deren Zusammensetzung

Der Geschäftsführer der KKH GmbH, Herr Milde, vertritt diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

Geschäftsführung:

Martin Milde

Die Geschäftsführung erhielt im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

3.4.1.6.4 VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH

Basisdaten

Anschrift: St. Elisabeth-Straße 2-6, 53894 Mechernich

Gründungsjahr: 26. Januar 2005

Zweck der Beteiligung

Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung von Einrichtungen der ambulanten Pflege innerhalb des Gebietes des Kreises Euskirchen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt bei der mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises eine sog. nicht-wirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	12.750	50,90
Arbeiterwohlfahrt Regionalverband Rhein-Erft-Euskirchen e.V.	6.150	24,55
Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Euskirchen e.V.	6.150	24,55
Summe	25.050	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung und nach Genehmigung des Aufsichtsrates durch die Gesellschafterversammlung beschlossen. Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen. Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind unter Punkt 3.3 dargestellt.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	12.538	19.387	14.365	-6.849
Finanzanlagen	2.440.000	0	0	2.440.000
	2.452.538	19.387	14.365	2.433.151
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	711.006	5.374.794	4.896.446	-4.663.788
Liquide Mittel	3.488.892	392.978	692.344	3.095.914
	4.199.898	5.767.772	5.588.791	-1.567.874
C Rechnungsabgrenzungsposten	27.742	33.383	30.871	-5.642
Summe Aktiva	6.680.178	5.820.542	5.634.026	859.635
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.050	25.050	25.050	0
Gewinnrücklagen	610	610	610	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	4.722.354	4.117.955	3.640.288	604.399
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	936.872	604.399	477.668	332.473
	5.684.886	4.748.014	4.143.615	936.872
B Rückstellungen	823.276	893.498	1.286.265	-70.222
C Verbindlichkeiten	172.016	179.030	204.146	-7.014
Summe Passiva	6.680.178	5.820.542	5.634.026	859.635

VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	6.777.430	5.947.234	5.497.402	830.196
2	Sonstige betriebliche Erträge	659.418	796.705	718.692	-137.287
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	852.628	848.654	730.578	3.974
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	205.493	233.983	205.453	-28.491
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	647.135	614.671	525.125	32.464
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	4.515.047	4.181.395	3.871.465	333.653
	a) Löhne und Gehälter	3.631.172	3.382.737	3.188.575	248.435
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	883.875	798.658	682.890	85.218
5	Abschreibungen	7.866	6.861	11.018	1.006
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.205.116	1.137.126	1.133.985	67.990
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	87.038	42.538	18.326	44.500
	davon aus verbundenen Unternehmen	86.812	42.074	18.137	44.738
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.168	704	3.909	1.464
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Ergebnis nach Steuern	941.061	611.738	483.464	329.323
10	Sonstige Steuern	4.189	7.339	5.797	-3.150
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	936.872	604.399	477.668	332.473

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	85,10	81,57	3,53
Eigenkapitalrentabilität	16,48	12,73	3,75
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	17,51	22,59	-5,08
Umsatzrentabilität	13,82	10,16	3,66

Personalbestand

Geschäftsjahr	2024	2023	2022	Erläuterung
Anzahl	146,75	136,75	133,75	durchschnittliche Mitarbeitendenzahl

Organe und deren Zusammensetzung

Der Geschäftsführer der KKHM GmbH, Herr Milde, vertritt diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

Aufsichtsrat (3 von 5 Mitgliedern werden von der KKHM GmbH benannt):

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge erhalten.

Vertreter der KKHM im Aufsichtsrat der VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH:

1. Markus Ramers, Landrat
2. Karsten Stickeler (Vorsitzender)
3. Karl Vermöhlen

Nachrichtlich:

In der Verwaltungsratssitzung der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH am 21. November 2025 wurden folgende Mitglieder in den Aufsichtsrat gewählt:

1. Markus Ramers, Landrat
2. Karsten Stickeler
3. Karl Vermöhlen

Geschäftsführung:

Martin Milde

Für die Geschäftsführungstätigkeit erhält der Geschäftsführer von der VIVANT Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH keine Vergütung.

3.4.1.7 Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)

Basisdaten

Anschrift: Theodor-Heuss-Ring 19 - 21
50668 Köln
Internet: <http://www.rvk.de/>
Gründungsjahr: 1976

Zweck der Beteiligung

Die RVK ist ein Verkehrsunternehmen im öffentlichen Personennahverkehr. Die Leistungserstellung erfolgt sowohl auf eigenen Linien als auch im Auftrag für andere Verkehrsunternehmen. Alle das Hauptgeschäft unterstützenden Funktionen werden durch die RVK selbst erbracht bzw. können auch für andere Unternehmen erbracht werden.

Nachrichtlich

In der Aufsichtsratssitzung der RVK am 16. Juni 2025 wurde die Änderung des Gesellschaftsvertrages der RVK GmbH beschlossen. Die Änderung des Gesellschaftsvertrages beinhaltet Regelungen zur Durchführung von Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsratssitzungen außerhalb physischer Präsenzveranstaltungen. Die Zustimmung der kommunalen Gremien der Gesellschafter ist vorliegend, gemäß der Bestätigung durch die Bezirksregierung Köln, nicht erforderlich, da es sich nicht um eine wesentliche Änderung des Gesellschaftsvertrages im Sinne der GO NRW handelt.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erbringung von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein dringender öffentlicher Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit § 107 Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreis Euskirchen	447.400	12,50
Stadt Köln	447.400	12,50
Stadtwerke Bonn Verkehrs GmbH (SWB)	447.400	12,50
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn & des Rhein-Sieg-Kreises-SSB-GmbH	89.480	2,50
Stadtwerke Hürth AÖR	89.480	2,50
Stadtverkehr Euskirchen GmbH (SVE)	89.480	2,50
Stadtwerke Brühl Verkehrs GmbH	89.480	2,50
Stadtwerke Wesseling GmbH	89.480	2,50
Kreisholding Rhein-Sieg GmbH (RSK)	447.400	12,50
Rhein-Erft-Kreis (REK)	447.400	12,50
Rheinisch-Bergischer Kreis (RBK)	447.400	12,50
Oberbergischer Kreis	89.480	2,50
Eigene Anteile	357.920	10,00
Summe	3.579.200	100,00

Die RVK ist zu 100% am Stammkapital der **RBR Regio-Bus-Rheinland GmbH**, Köln, beteiligt. Sie ist Alleingesellschafterin mit einem Stammkapital i.H.v. 200.000 €.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Gemäß § 19 des Gesellschaftsvertrages sind auf die Gesellschafter entfallende negative Ergebnisse der Gesellschaft durch Einzahlungen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage auszugleichen (beschränkte Nachschusspflicht). Überzahlungen, soweit sie nicht erforderlich sind um auszugleichende Verluste vorangegangener Geschäftsjahre zu decken, sind zurück zu erstatten oder auf die Abschlagszahlungen des folgenden Geschäftsjahres anzurechnen.

Negative Ergebnisse der Gesellschaft sind durch die Gesellschafter jährlich bis zur Höhe von 0,5 Mio. € (Ausnahme: SWBV bis zu 1 Mio. €) auszugleichen. Diese Höchstbeträge sind nicht auf die Finanzierungspflicht der einzelnen Gesellschafter aus öffentlichen Dienstleistungsaufträgen anwendbar. Die Finanzierung von Verkehrsleistungen, die auf der Grundlage einer Direktvergabe erbracht werden, richtet sich ausschließlich nach Maßgabe des entsprechenden öffentlichen Dienstleistungsauftrages.

Der Kreis Euskirchen hält die Beteiligung der RVK im BgA Verkehrsunternehmen. Im Jahr 2024 hat der BgA Verkehrsunternehmen vom Kreis Euskirchen Verlustübernahmen von insgesamt 14.929.282,65 € an den RVK geleistet.

Entwicklung der Bilanzen

Regionalverkehr Köln GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.069.730	1.967.644	2.058.657	1.102.086
Sachanlagen	121.182.858	98.152.350	78.443.194	23.030.508
Finanzanlagen	227.000	227.000	227.000	0
	124.479.588	100.346.994	80.728.851	24.132.594
B Umlaufvermögen				
Vorräte	434.230	362.527	405.144	71.703
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.706.535	8.686.608	13.906.345	4.019.927
Liquide Mittel	22.478.970	8.573.534	7.480.153	13.905.436
	35.619.736	17.622.670	21.791.642	17.997.066
C Rechnungsabgrenzungsposten	640.855	615.092	650.453	25.762
Summe Aktiva	160.740.178	118.584.756	103.170.946	42.155.422
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	3.579.200	3.579.200	3.579.200	0
Eigene Anteile	-357.920	-357.920	-357.920	0
Kapitalrücklage	7.965.753	7.306.753	5.782.753	659.000
Gewinnrücklagen	710.470	710.470	710.470	0
Bilanzgewinn	7.964.472	6.513.732	3.241.478	1.450.740
	19.861.976	17.752.236	12.955.982	2.109.740
B Sonderposten	40.052.741	24.117.006	20.803.756	15.935.735
C Rückstellungen	7.204.470	6.842.793	6.728.702	361.676
D Verbindlichkeiten	93.438.815	69.452.494	62.437.785	23.986.321
E Rechnungsabgrenzungsposten	182.177	420.227	244.722	-238.050
Summe Passiva	160.740.178	118.584.756	103.170.946	42.155.422

Im Jahr 2024 bestanden keine Bürgschaftsverpflichtungen.

Konzern Regionalverkehr Köln - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.071.829	1.970.026	2.061.322	1.101.803
Sachanlagen	121.182.858	98.152.350	78.443.194	23.030.508
	124.254.687	100.122.376	80.504.516	24.132.311
B Umlaufvermögen				
Vorräte	434.230	362.527	405.144	71.703
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.626.896	8.564.260	13.906.345	4.062.635
Liquide Mittel	22.802.005	8.946.030	7.714.220	13.855.975
	35.863.131	17.872.817	22.025.709	17.990.314
C Rechnungsabgrenzungsposten	640.855	615.092	650.453	25.762
Summe Aktiva	160.758.672	118.610.286	103.180.678	42.148.387
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	3.579.200	3.579.200	3.579.200	0
Eigene Anteile	-357.920	-357.920	-357.920	0
Kapitalrücklage	7.962.882	7.303.882	5.779.882	659.000
Gewinnrücklagen	710.944	710.944	710.944	0
Bilanzgewinn	7.981.564	6.530.824	3.258.570	1.450.740
	19.876.670	17.766.930	12.970.676	2.109.740
B Sonderposten	40.052.741	24.117.006	20.803.756	15.935.735
C Rückstellungen	7.208.270	6.853.628	6.739.002	354.641
D Verbindlichkeiten	93.438.815	69.452.494	62.422.522	23.986.321
E Rechnungsabgrenzungsposten	182.177	420.227	244.722	-238.050
Summe Passiva	160.758.672	118.610.286	103.180.678	42.148.387

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Regionalverkehr Köln GmbH					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	70.064.696	61.826.887	50.306.292	8.237.809
2	Sonstige betriebliche Erträge	50.799.770	55.739.163	49.096.785	-4.939.393
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	41.174.282	44.983.047	34.893.210	-3.808.764
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	8.397.222	16.211.965	8.557.534	-7.814.743
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	32.777.061	28.771.082	26.335.676	4.005.979
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	50.190.836	47.335.217	43.509.690	2.855.619
a)	Löhne und Gehälter	41.431.701	39.286.198	35.894.197	2.145.504
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	8.759.135	8.049.019	7.615.493	710.116
5	Abschreibungen	14.171.858	12.119.211	10.013.030	2.052.647
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	15.134.858	11.707.840	10.385.684	3.427.018
7	Erträge aus Gewinnabführung	6.167	137.634	1.262	-131.467
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	188.567	76.919	10.856	111.648
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.032.275	705.486	329.340	326.789
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
10	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7.506	9.664	0	-2.158
11	Ergebnis nach Steuern	-652.415	920.140	284.241	-1.572.555
12	Sonstige Steuern	85.614	30.617	28.686	54.997
13	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-738.030	889.523	255.555	-1.627.552
14	Verlustvortrag/Gewinnvortrag	6.513.732	3.241.478	822.978	3.272.254
15	Entnahme aus Kapitalrücklage	2.188.770	2.382.731	2.162.945	-193.962
16	Bilanzgewinn	7.964.472	6.513.732	3.241.478	1.450.740

Konzern Regionalverkehr Köln					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	70.064.696	61.826.887	50.306.292	8.237.809
2	Sonstige betriebliche Erträge	50.816.605	55.877.547	49.098.533	-5.060.942
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	41.174.282	44.983.047	34.893.210	-3.808.764
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	8.397.222	16.211.965	8.557.534	-7.814.743
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	32.777.061	28.771.082	26.335.676	4.005.979
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	50.190.836	47.335.217	43.509.690	2.855.619
a)	Löhne und Gehälter	41.431.701	39.286.198	35.894.197	2.145.504
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	8.759.135	8.049.019	7.615.493	710.116
5	Abschreibungen	14.172.141	12.119.494	10.013.195	2.052.647
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	15.145.244	11.708.390	10.385.838	3.436.854
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	188.568	76.984	10.856	111.584
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.032.275	705.486	329.340	326.789
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7.506	9.664	0	-2.158
10	Ergebnis nach Steuern	-652.415	920.122	284.409	-1.572.537
11	Sonstige Steuern	85.614	30.599	28.854	55.015
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-738.030	889.523	255.555	-1.627.552

Kennzahlen der Regionalverkehr Köln GmbH

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	12,36	14,97	-2,61
Eigenkapitalrentabilität	-3,72	5,01	-8,73
Anlagendeckungsgrad	56,40	65,13	-8,73
Verschuldungsgrad 2	506,71	429,78	76,93
Umsatzrentabilität	-1,05	1,44	-2,49

Personalbestand

Geschäftsjahr	2024	2023	2022
RVK GmbH	965	959	938
RVK Konzern	965	959	938

Geschäftsentwicklung

Zusammengefasster Lagebericht und Konzern-Lagebericht 2024

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Nahverkehrsbranche in Deutschland ist modern, kreativ und zukunftsorientiert. Sie agiert dynamisch und innovativ, setzt dabei klar auf eine fahrgastfreundliche Ausrichtung und möchte aktiv gestalten. Als integraler Bestandteil der digitalen Welt strebt sie mit Begeisterung danach, den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu einer tragenden Säule der postfossilen Mobilität zu entwickeln.

Grundlage der unternehmerischen Tätigkeit der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) ist nach wie vor die Durchführung von Personenverkehren und hiermit zusammenhängender Nebengeschäfte, die der Förderung des Hauptgeschäftes dienen. Relevante Märkte befinden sich im Wesentlichen im Bedienungsgebiet des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS), insoweit dort die unternehmensspezifischen Linien- und Sonderverkehre, Leistungen im Auftrag anderer Verkehrsunternehmen oder sonstige ÖPNV-Dienstleistungen erbracht werden. Der Ausbau bzw. die Aufrechterhaltung von neuen Bedienungsformen wie On-Demand-Verkehr und Quartierserschließungen durch Klein- und Midibusse, die Verknüpfung von Mobilitätsträgern und die Digitalisierung sowohl des Vertriebes, als auch der Kundeninformation und der Steuerung der Nahverkehrsangebote stehen weiterhin im Fokus.

Die Nachfrage im ÖPNV hat sich im Berichtsjahr 2024 aufgrund der Einführung des Deutschlandtickets zum 1. Mai 2023 und unter dem Einfluss besonderer politischer und ökonomischer Entwicklungen weitestgehend von den Effekten der Corona-Pandemie erholt. Der von Bund und Ländern vereinbarte Ausgleichsmechanismus (Rettungsschirm) für die fehlenden Einnahmen aufgrund des reduzierten Preises für das Deutschlandticket wurde in 2024 fortgesetzt. So stellten Bund und Länder für das Jahr 2024 insgesamt erneut 3 Mrd.€ zur Verfügung.

Für das Jahr 2025 wurde eine Erhöhung des Deutschlandticketpreises auf 58 € beschlossen; dieser ist nach Einschätzung der Branche weiterhin nicht annähernd kostendeckend bzw. führt nicht zu Einnahmen eines Niveaus vor Einführung des Deutschlandtickets.

Geschäftsverlauf

Die Gesamtfahrleistungen sind im Berichtsjahr 2024 im RVK-Konzern gestiegen und umfassen insgesamt 24,0 Mio. Km (Vorjahr 23,3 Mio. Km). In den einzelnen Verkehrsarten waren sowohl Zunahmen als auch Rückgänge zu verzeichnen. Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren des Unternehmens sind die Linienverkehre nach § 42 PBefG und die Fahrleistungen für an-

dere Verkehrsunternehmen, da mit diesen Leistungen rd. 92 % des gesamten Beschäftigungsvolumens generiert werden, sowie das Betriebsergebnis. Bei den Linienverkehren nach § 42 PBefG ist im Geschäftsjahr 2024 ein Anstieg zu verzeichnen. Dieser beträgt 51,3 % (+11.944 T€) auf insgesamt 35.209 T€. Der Anstieg ist auf die Umgliederung der Einnahmen des Rettungsschirms zum Ausgleich des finanziellen Schadens hervorgerufen durch die Einführung des Deutschlandtickets zurückzuführen. Ohne die Umgliederung wäre ein Rückgang der Einnahmen zu verzeichnen. Bei den Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen ist ebenfalls ein Anstieg zu verzeichnen. Dieser beträgt 26,8 % (+6.207 T€) auf insgesamt 29.382 T€. Dieser Anstieg ist auf die Umgliederung der Ausgleichszahlungen für die Kölner Linien in die Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen zurückzuführen. Das Betriebsergebnis ist positiv. Es ergibt sich im Vorjahresvergleich eine Minderung um 86,4 % (-1.228 T€) auf insgesamt 193 T€.

Die Veränderung bei den Kilometerleistungen beträgt bei den Linienverkehren nach § 42 PBefG -2,6 % (-428 Tkm) auf insgesamt 16.170 Tkm und bei den Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen +17,1 % (+817 Tkm) auf insgesamt 5.591 Tkm. Die Änderungen sind auf die Umgliederung der Kölner Linien in die Leistungen für andere Verkehrsunternehmen zurückzuführen. Zum Stichtag 31.12.2024 wurden Fahrleistungen auf 134 Linien nach § 42 PBefG erbracht.

Eine Minderung hat sich bei den AST-Verkehren ergeben. Diese sind um 1,7 % (-0,4 Tkm) gesunken. Bei den TaxiBus-Leistungen ist ebenfalls ein Zuwachs zu verzeichnen. Dieser beträgt 21,8 % (+384 Tkm). Im Bereich der Verkehre nach der Freistellungsverordnung ist ein Rückgang von 19,1 % (-26,5 Tkm) festzustellen. Leistungen im Bereich der Sonderlinienverkehre nach § 43 PBefG wurden im Geschäftsjahr 2024 nicht mehr erbracht.

Wie in den Jahren zuvor wird die RVK in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Aufgabenträgern Gestaltungen des Busfahrleistungsangebots anregen, ggf. ergänzt durch andere, an der Nachfrage orientierte, Verkehrsangebote (Ruf- oder TaxiBus). Zudem werden zusätzliche Angebote zur Sicherstellung der Mobilität – wie z.B. E-Bike-Angebote und Bike Hotels (Fahrradboxen) – konzipiert bzw. umgesetzt. Auch die flexiblere Verwendung von verschiedenen Größen der die Strecken bedienenden Fahrzeuge, je nach Nachfrageumfang, ist eine Möglichkeit zur Kostendämpfung. Natürlich können auch Taktverbesserungen oder Anschlusssicherungen an den Schienenverkehr über solche Angebote möglich gemacht werden.

Ein Schwerpunkt der konzeptionellen und operativen Vorbereitungen lag in der Sicherstellung emissionsfreier Transportmittel, insbesondere der Brennstoffzellen-Hybridtechnik (Wasserstoffbusse). Die hierzu zwischenzeitlich erfolgten Förderbescheide in erheblicher Höhe wurden im Verlauf des Geschäftsjahres 2023/2024 und werden im Verlauf der nächsten Jahre zum Aufbau einer umfassenden Flotte von Wasserstoffbussen nebst Infrastruktur genutzt. Der Einsatz emissionsfreier Transportmittel trägt wesentlich zur ständigen Verbesserung bzw. Optimierung der nicht finanziellen Leistungsindikatoren (NOx-Emissionen, Rußpartikel-Emissionen und CO₂ – Emissionen) bei.

Vermögenslage

Wesentliche Investitionen sind im Berichtsjahr lediglich auf Ebene des Mutterunternehmens, in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände in einem Umfang von ca. 38.568 T€ getätigt worden.

Das Investitionsvolumen auf Konzernebene beträgt somit ebenfalls 38.568 T€. Die Investitionen wurden überwiegend in den Bereichen Infrastruktur (8.408 T€) und Fahrzeugbeschaffung (25.611 T€) sowie für die Fahrbetriebs- und Softwareoptimierung (1.465 T€) getätigt.

Die finanziellen Mittel im Konzern sind im Vorjahresvergleich um 13.856 T€ gestiegen. Bei der Muttergesellschaft beträgt die Steigerung 13.905 T€.

Im Vorjahresvergleich ist die Höhe der Bilanzsumme um 42.148 T€ auf 160.759 T€ gestiegen. Bei der Muttergesellschaft ergibt sich eine Steigerung um 42.155 T€ auf 160.740 T€.

Unter Berücksichtigung der von den Gesellschaftern in 2024 im Rahmen der Ergebniskonsolidierung in die Kapitalrücklage geleisteten Zahlungen beträgt die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) des Konzerns 16,47 % (Vorjahr 14,98 %). Beim Mutterunternehmen beträgt die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) 12,35 % (Vorjahr 14,97 %).

Finanzlage

Die Finanzierung der Investitionen des Berichtsjahres erfolgte grundsätzlich durch die Aufnahme von Bankdarlehen, Gesellschafterdarlehen, durch Zuschüsse, sowie aus Eigenmitteln und Liquiditätsmitteln der Gesellschafter im Rahmen der gesellschaftsvertraglich geregelten Ergebniskonsolidierung.

Bei den bis zum Ende des Geschäftsjahres in Anspruch genommenen Finanzierungsdarlehen von Banken ergibt sich nach Neuzugängen in Höhe von 27.362 T€ und Tilgungen in Höhe von 8.362 T€ am Ende des Berichtsjahres noch ein Darlehensbestand in Höhe von 67.218 T€. Dieser Darlehensbestand betrifft nur das Mutterunternehmen.

Bei den Finanzierungsdarlehen von Gesellschaftern ergibt sich nach Tilgungen in Höhe von 901 T€ am Ende des Berichtsjahres noch ein Darlehensbestand in Höhe von 8.801 T€.

Die Entwicklung der liquiden Mittel wird monatlich geplant und überwacht. Wesentliche Zielsetzung dieser Planung ist die rechtzeitige Feststellung von unterjährigen zeitlichen Verschiebungen bei Zu- und Abgängen liquider Mittel, bzw. die Sicherstellung der permanenten Zahlungsbereitschaft des Unternehmens.

Die Finanzierung des Mutterunternehmens RVK ist aus heutiger Sicht – auf Grund der unterjährigen laufenden Abschlagszahlungen der Aufgabenträger und der gesellschaftsvertraglich getroffenen Regelungen zum Verlustausgleich (auf Gebietskörperschaften bezogene Abrechnung, Betriebskostenzuschüsse) - in ausreichendem Umfang gesichert.

Die auf Gebietskörperschaften bezogene Abrechnung der Verkehrsleistungen und aller damit zusammenhängenden, durch die RVK erbrachten Dienstleistungen, z. B. Planung, Service, Vertrieb, Personalbetreuung und Kommunikation, ist unverändert eine sachgerechte Grundlage für die Verteilung von Erträgen und Aufwendungen.

Negative Ergebnisse der RVK GmbH werden auf Grund der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages bis zur dort festgelegten Höhe von den jeweils betroffenen Gebietskörperschaften als unmittelbare Gesellschafter direkt oder mittelbar über eigene Beteiligungsgesellschaften ausgeglichen.

Im Berichtsjahr 2024 ergibt sich bei der RVK GmbH auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (=kurzfristig verfügbare Mittel) die folgende Kapitalflussrechnung:

	2024	2023
	TEUR	TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	11.275	7.307
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-38.243	-31.738
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	40.873	25.525
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	13.905	1.094
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	8.574	7.480
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	22.479	8.574

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2024 ergibt sich ein positives Betriebsergebnis in Höhe von rd. 199 T€ (Mutterunternehmen 193 T€).

Im Vergleich mit den Planwerten für das Geschäftsjahr 2024 ergibt sich beim Betriebsergebnis eine Erhöhung in Höhe von 1.971 T€. Bei den Linienverkehren nach § 42 PBefG ist im Planvergleich ein Anstieg um 23,2 % (+6.622 T€) zu verzeichnen, bei den Leistungen für andere Verkehrsunternehmen ergibt sich eine Steigerung in Höhe von 21,1 % (+5.122 T€).

Der Anstieg bei den Linienverkehren nach § 42 ist auf die Berücksichtigung der Einnahmen aus dem Rettungsschirm zurückzuführen. Die Leistungen für andere Verkehrsunternehmen steigen aufgrund der Umgliederung der Kölner Linien.

Im Finanzergebnis wird für den Konzern und für das Mutterunternehmen jeweils ein negativer Wert in Höhe von -844 T€ ausgewiesen. Dieses Ergebnis ist im Wesentlichen geprägt durch lfd. Zinszahlungen im Rahmen der bestehenden Investitionsdarlehen sowie durch Zinserträge in Höhe von 189 T€.

Insgesamt ergibt sich für das Geschäftsjahr 2024 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 738 T€ (Konzern und Muttergesellschaft jeweils in gleicher Höhe).

Bei den nachfolgenden Darstellungen wurden Umsätze, Aufwendungen und Erträge zwischen den in die Konsolidierung einbezogenen Unternehmen eliminiert.

Eine Erhöhung in Höhe von insgesamt ca. 8.238 T€ auf 70.065 T€ ergibt sich bei den Umsatzerlösen (Konzern und Muttergesellschaft jeweils in gleicher Höhe). Wesentlich für die Erhöhung zum Vorjahr sind die Ausgleichszahlungen aus dem Rettungsschirm (+9.076 T€), die im Vorjahr unter sonstigen Erträgen ausgewiesen wurden.

In den einzelnen Verkehrsarten sind Zugänge und Abgänge zu verzeichnen. Diese betragen im Bereich der Linienverkehre nach § 42 PBefG +51,3 %, beim freigestellten Schülerverkehr -8,9 % und bei den Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen +26,8 %.

Die im Berichtsjahr erzielten Einnahmen im Rahmen des § 11 und des § 11a ÖPNVG NRW belaufen sich nach Abgrenzung von periodenfremden Zuflüssen auf insgesamt 1.793 T€ (-10,1 %).

Die Betriebsaufwendungen haben sich auf Konzernebene gegenüber dem Vorjahr um ca. 4.536 T€ auf 120.683 T€ erhöht. Beim Mutterunternehmen ergibt sich eine Steigerung um 4.527 T€ auf 120.672 T€.

Eine Steigerung ergibt sich auf Konzernebene auch bei den Personalkosten. Diese beträgt insgesamt 2.856 T€ auf 50.191 T€. Beim Mutterunternehmen ist eine Zunahme um 2.856 T€ gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Eine Betrachtung der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Personen ergibt im Konzern eine Steigerung um insgesamt 6 Personen. Ursächlich für die Zunahme sind zudem Tarifsteigerungen und Höhergruppierungen. Dies betrifft ausschließlich das Mutterunternehmen.

Der Materialaufwand ist auf Konzernebene gegenüber dem Vorjahr um 3.809 T€ reduziert. Auf der Ebene des Mutterunternehmens ergibt sich ebenfalls eine Reduktion in Höhe von 3.809 T€.

Bei den Abschreibungen ergibt sich aufgrund der Zugänge im Anlagevermögen im Berichtsjahr eine Erhöhung um 2.053 T€ auf insgesamt 14.172 T€. Dies betrifft ausschließlich das Mutterunternehmen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Konzern und auf der Ebene der Muttergesellschaft um 3.427 T€ gestiegen.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen wurden im Berichtsjahr in Höhe von 1.032 T€ (Vorjahr 705 T€) aufgewendet. Diese betreffen vollumfänglich die Muttergesellschaft.

Zinserträge konnten in Höhe von 189 T€ erwirtschaftet werden. Hieraus ergibt sich ein Finanzergebnis in Höhe von -844 T€.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage als geordnet bezeichnet werden.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Einnahmenaufteilung im Verkehrsverbund Rhein-Sieg

Nach der Kündigung der Kraftverkehr Gebr. Wiedenhoff GmbH & Co. KG (KGW) durch die VRS GmbH zum 30.06.2021 und der zeitraumparallelen Unterzeichnung des Einigungsvertrages der verbliebenen Verkehrsunternehmen konnten alle aus der Verkehrserhebung 2009 noch offenen, die RVK-betreffenden, Abrechnungen gestellt und beglichen werden. Noch offene Beträge der KGW haben für die RVK aufgrund des Vergleichsvertrages keine negative Relevanz. Allerdings hat die KGW ihrerseits die nach der Kündigung erwartete Klagewelle losgetreten.

Um perspektivisch die beiden Abrechnungsgemeinschaften „regulärer Beirat“ und „Gruppe der Vergleichsparteien“ wieder zu vereinen, sind weitere vertragliche Regelungen sowie Regelungen zu Fortschreibung der Ergebnisse der Verkehrserhebung 2018 erforderlich. Ebenso wird an einem neuen Einnahmenaufteilungs-Vertrag sowie an der Vorbereitung einer neuen Verkehrserhebung gearbeitet.

Die finalen Ergebnisse der Verkehrserhebung 2018, insbesondere die neuen Jahresabrechnungen 2019 ff, erfolgen sukzessive; konkret wurden im Berichtsjahr die Jahre 2022 und 2023 ergebniswirksam abgerechnet. Die rückwirkende Anwendung der Verkehrserhebung 2018 im Vergleich zur vorherigen Verkehrserhebung des Jahres 2009 ist für die RVK zwar insgesamt positiv, allerdings mit deutlichen Unterschieden bezogen auf die jeweiligen Aufgabenträgergebiete. Dabei spielen vor allem Fahrleistungsausdehnungen insb. im Rhein-Sieg-Kreis, die Ablösung von Direktzuscheidungen aus dem SchülerTicket im Kreis Euskirchen und diverse Linientausche eine Rolle. In Köln werden die Einnahmen rückwirkend ab 2018 direkt der KVB zugeschrieben.

Aktuell gibt es innerhalb des Verbundunternehmens über die Abrechnung des Jahres 2024 Unstimmigkeiten über den Umgang der Fortschreibung von Vorjahresdaten, um etwaige Verzerrungen aufgrund des Deutschlandtickets und ggf. der Corona-Pandemie zu minimieren; eine Einigung innerhalb der Gremien des VRS konnte bis dato nicht erzielt werden.

Frühzeitige Erkennung von Risiken und Chancen (Risiko- und Chancen-Management)

Um die für das Unternehmen und den Konzern wesentlichen Risiken und Chancen frühzeitig identifizieren zu können sowie zur Steuerung und Bewältigung der Risiken, hat die Konzern-Geschäftsführung ein Risiko- und Chancen-Management-System eingerichtet. Wesentlicher Bestandteil dieses Systems ist ein Risiko- und Chancen-Katalog, der alle wesentlichen Risiken und Chancen der einzelnen Konzernbereiche umfasst und in dem auch entsprechende Gegensteuerungsmaßnahmen enthalten sind.

Zum Ende des Berichtsjahres sind u. a. die nachfolgenden, wesentlichen Risiken Bestandteil des Risiko- und Chancen-Kataloges. Die Darstellung der Risiken erfolgt in der Reihenfolge einer abnehmenden Bedeutung für die Gesellschaft:

- Auskömmlichkeit der Beförderungstarife, insbesondere des Deutschland-Tickets
- Einkaufspreise der Betriebsstoffe

Die Eintrittswahrscheinlichkeit der o. g. Risiken beträgt mehr als 50 %. Den Risiken stehen u. a. die folgenden Chancen gegenüber:

- Vermarktungsstrategie / Akquisition
- Projektchancen
- Unabhängigkeit von Dritten bei der Wasserstoff-Erzeugung

Zu Entwicklungen und Handlungen im Hinblick auf Chancen und Risiken wird auch auf die entsprechenden Berichterstattungen in anderen Teilen des Lageberichtes verwiesen. Der Aufsichtsrat der RVK wird in regelmäßigen Abständen unterrichtet.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Risiko- und Chancen-Managements, der Vereinbarungen mit Aufgabenträgern bzw. Gesellschaftern über Zuschüsse und auf Grundlage des beschriebenen gesellschaftsvertraglich geregelten Verlustausgleichs durch die Eigentümer des Konzerns, der liquiditätswirksame Zahlungen in das Eigenkapital zum Ausgleich entstandener bzw. zukünftig entstehender Jahresfehlbeträge vorsieht, sind derzeit keine den Bestand des Konzerns gefährdenden Entwicklungen zu verzeichnen.

Vermögenslage, Finanz- und Ertragslage

Für das Jahr 2025 wird lt. beschlossenenem Wirtschaftsplan der RVK ein negatives Betriebsergebnis in Höhe von ca. 3.046 T€ erwartet. Der Planwert für die Linienverkehre gem. § 42 PBefG beträgt 28.380 T€, bei den Auftragsleistungen für andere Verkehrsunternehmen beträgt die Prognose 34.924 T€.

Die zu erwartende Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Jahres 2025 kann aus jetziger Sicht als geordnet bezeichnet werden.

Die geplanten Gesamtfahrleistungen des Konzerns für das Jahr 2025 liegen in einer Größenordnung von rd. 24,6 Mio. Wagenkilometer. Diese Größenordnung betrifft die Ebene der Muttergesellschaft. In den Gesamtfahrleistungen sind die Fahrleistungen gem. § 42 PBefG mit 19,3 Mio. Wagenkilometern und die Auftragsleistungen für andere Verkehrsunternehmen mit 5,2 Mio. Wagenkilometern enthalten.

Angabe zur Unternehmensführung

Mit Datum vom 01. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst in Kraft getreten.

Durch die gesetzlichen Neuregelungen zur Geschlechterquote und zu den verbindlichen Zielgrößen soll mittelfristig eine signifikante Verbesserung des Frauenanteils an Führungspositionen der Privatwirtschaft erreicht werden.

Bei einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung sind zur Förderung des Anteils weiblicher Führungskräfte sogenannte „Zielgrößen“ festzulegen und zwar für die Führungsebenen und den Aufsichtsrat. In Bezug auf den Aufsichtsrat eines Unternehmens besteht die Verpflichtung der Gesellschaft zur Festlegung eines Frauenanteils im Aufsichtsrat. Die Festlegung soll durch die Gesellschafterversammlung erfolgen. In Bezug auf die Führungsebenen der Gesellschaft obliegt diese Aufgabe der Geschäftsführung.

Eine Mindestzielgröße ist jedoch nicht vorgesehen. Die Unternehmen können sich die Zielvorgaben selbst setzen und sich dabei an ihren Unternehmensstrukturen ausrichten.

In Bezug auf den Aufsichtsrat der RVK gilt, dass die Mitglieder des Aufsichtsrates durch die Gesellschafter bestellt werden. Da die Mitglieder des Aufsichtsrates von den einzelnen Gesellschaftern bestellt bzw. von der Belegschaft gewählt werden, konnte die Gesellschafterversammlung bei einer anstehenden Neubestellung lediglich Empfehlungen an die Gesellschafter bzw. an die Arbeitnehmer aussprechen. Die Gesellschafterversammlung der RVK hat am 14. Dezember 2015 beschlossen: „Für die Zusammensetzung des Aufsichtsrates der Regionalverkehr Köln GmbH wird eine Zielgröße für den weiblichen Anteil der Mitglieder von einem Mitglied festgelegt.“

In Bezug auf die oberen Führungsebenen wurde festgestellt, dass die Gesellschaft derzeit nur über einen Geschäftsführer verfügt. Bei nur einem einzigen Geschäftsführer erübrigt sich aber die Festlegung einer Zielgröße.

Die Geschäftsführung der RVK ist jedoch gem. § 36 GmbHG verpflichtet, für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführung Zielgrößen zur Erhöhung des Frauenanteils festzulegen. Die Geschäftsführung hat hierzu eine Festlegung getroffen. Mit Festlegung

der Geschäftsführung ist nunmehr eine Zielgröße von 25 % für die erste und zweite Führungsebene festgelegt. Diese Vorgabe wird auch weiterhin aufrechterhalten.

Die erste Führungsebene (Abteilungsleitungen) weist aktuell einen Frauenanteil von 66,67 % auf. Aufgrund von lediglich geringfügigen personellen Veränderungen innerhalb der zweiten Führungsebene kann mit 19,35 % die Zielgröße derzeit noch nicht erreicht werden.

Köln, 26. Mai 2025
Regionalverkehr Köln GmbH

Dr. Marcel Frank
Geschäftsführer

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:
Bernd Kolvenbach, CDU

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen Herrn Dominik Schmitz, CDU, als Vertreter des Kreises in die Gesellschafterversammlung zu entsenden.

Aufsichtsrat (12 Mitglieder, davon je 1 Vertreter der Gesellschafter und 4 Arbeitnehmervertreter):

Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat:
Achim Blindert, AV

Die im Berichtsjahr gewährten Aufsichtsratsbezüge belaufen sich insgesamt auf 21 T€.

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen Herrn Wolfgang Heller, SPD, als Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden.

Geschäftsführung:

	Gesamtbezüge 2024
Dr. Marcel Frank, Köln	231 T€

Auf der Grundlage der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung vom 18. Juni 2024 wird die Laufzeit des Geschäftsführer-Vertrages um 5 Jahre verlängert. Der Geschäftsführer-Vertrag endet somit mit Ablauf des 31. Oktobers 2030, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsrat in diesem Unternehmen gehören im Jahr 2024 von den insgesamt 12 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 16,67 %).

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Durch die Selbstverpflichtung zur Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes NRW in § 23 des Gesellschaftsvertrages haben die Gesellschafter anerkannt, dass bei der Besetzung von wesentlichen Gremien künftig Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein müssen. In der Gesellschafterversammlung der RVK GmbH am 14. Dezember 2015 wurde beschlossen: „Für die Zusammensetzung des Aufsichtsrates der Regionalverkehr Köln GmbH wird eine Zielgröße für den weiblichen Anteil der Mitglieder von einem Mitglied festgelegt.“

Für das Jahr 2024 bestand kein Gleichstellungsplan.

3.4.1.8 Konzern e-regio GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift: Rheinbacher Weg 10, 53881 Euskirchen

Internet: <http://www.e-regio.de/>

Gründungsjahr: 7. Juni 1949



Zweck der Beteiligung

e-regio GmbH & Co. KG (ab 01. Januar 2019):

Erbringen von Leistungen im Rahmen der Energie- und nicht regulierter Netzdienstleistungen, der Energieerzeugung und der Energieversorgung (insbesondere mit Strom, Gas und Wärme), die Planung und Durchführung von Energieeffizienzprojekten, die Planung, der Erwerb, der Bau und der Betrieb von Energieerzeugungs- und Energieverbrauchsanlagen einschließlich der Vermietung und Verpachtung vorgenannter Anlagen, die Planung, der Erwerb, der Bau und der Betrieb von regulierten Energieverteilungsanlagen einschließlich der Vermietung und Verpachtung dieser Energieverteilungsanlagen in den Sparten Strom und Gas, **das Engagement in neue Technologien**, die Elektromobilität, das Energiecontracting sowie Dienstleistungen der Telekommunikation (insbesondere Bau, Betrieb und Verpachtung von Breitbandnetzen sowie Bereitstellung von Diensten), die Planung, der Erwerb, der Bau und der Betrieb von Wasserversorgungs- und Entwässerungsanlagen sowie die regionale Wasserversorgung und Entwässerung selbst, einschließlich des Erbringens von Dienstleistungen im Rahmen der Ver- und Entsorgung und das Halten von Beteiligungen im Rahmen der vorgenannten Zwecke.

e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH (Gründung 19. August 2003):

Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin ohne Stimmrechte und ohne Kapitalanteil an der e-regio GmbH & Co. KG.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung der e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH am 12. Dezember 2024 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 11. Dezember 2024 (V 623/2024) wurde der Gesellschaftsvertrag der e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG angepasst. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 108 Abs. 5 b) GO NRW erfolgte am 16. Dezember 2024. Die Änderung des Gesellschaftsvertrages der e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH wurde noch nicht notariell beurkundet.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaften sind kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllen im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

e-regio GmbH & Co. KG

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Komplementärin		
e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH		
Kommanditisten		
Kreis Euskirchen	981.000	8,72
Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG	975.375	8,67
SVE Stadtverkehr Euskirchen GmbH	4.156.875	36,95
Rhenag Rheinische Energie AG	4.551.750	40,46
Stadt Rheinbach	351.000	3,12
Stadt Bornheim	234.000	2,08
Summe	11.250.000	100,00

e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
e-regio GmbH & Co. KG	50.000	100,00
Summe	50.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Am Gewinn oder Verlust der e-regio nehmen deren Gesellschafter im Verhältnis ihrer Kapitalanteile teil. Über die Ergebnisverwendung beschließt die Gesellschafterversammlung der e-regio. Der Kreis Euskirchen hält die Beteiligung an der e-regio im BgA Verkehrsunternehmen. Im Jahr 2024 hat das BgA Verkehrsunternehmen für das Jahr 2023 eine Gewinnausschüttung von 1.918.400,00 € erhalten. In der Gesellschafterversammlung vom 10. Juli 2025 wurde entschieden vom Jahresüberschuss 2024 (33.834.734,75 €) zzgl. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr (62.128,09 €) einen Betrag von 20.000.000,00 € an die Gesellschafter auszuschütten. Ein Betrag in Höhe von 13.800.000,00 € wird in die Gewinnrücklage eingestellt, der Restbetrag in Höhe von 96.862,84 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Mit der LogoEnergie GmbH besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Der Vertrag datiert vom 13. September 2010 mit Änderungsvertrag vom 20. März 2019. Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 19. Oktober 2010. Mit dem Vertrag verpflichtet sich die LogoEnergie GmbH zur Abführung des Jahresergebnisses an die e-regio. Die e-regio verpflichtet sich ihrerseits zum Ausgleich eines während der Vertragslaufzeit entstehenden Jahresfehlbetrages.

Es besteht ein Gewinnabführungsvertrag mit der e-regio Netz. Der Vertrag datiert vom 8. Dezember 2003 und wurde am 20. Januar 2004 in das für die e-regio Netz zuständige Handelsregister eingetragen. Mit Datum vom 10. Dezember 2013 wurde der § 2 des Gewinnabführungsvertrages geändert und ein Verweis auf den § 302 AktG vorgenommen.

Neben den Gewinnabführungsverträgen und den Verlustausgleichsverpflichtungen besteht im Konzern e-regio eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

Entwicklung der Bilanzen

Konzern e-regio				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	5.821.453	6.001.411	4.157.786	-179.958
Sachanlagen	168.643.508	156.922.173	152.249.899	11.721.335
Finanzanlagen	18.172.952	18.866.922	21.378.851	-693.970
	192.637.913	181.790.507	177.786.537	10.847.406
B Umlaufvermögen				
Vorräte	26.685.338	23.576.528	21.373.690	3.108.810
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	139.095.376	134.440.418	103.252.657	4.654.958
Liquide Mittel	23.052.834	71.621.688	84.878.223	-48.568.854
	188.833.548	229.638.634	209.504.570	-40.805.086
C Rechnungsabgrenzungsposten	1.841.969	824.729	553.514	1.017.241
D Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	0	54.798	57.061	-54.798
Summe Aktiva	383.313.431	412.308.667	387.901.681	-28.995.237
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	11.250.000	11.250.000	11.250.000	0
Kapitalrücklagen	73.317.937	73.247.966	73.175.684	69.971
Gewinnrücklagen	7.717.900	1.827.620	1.785.758	5.890.279
Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	203.308	2.738.024	2.760.224	-2.534.716
Bilanzgewinn	34.163.103	31.235.909	26.207.462	2.927.194
	126.652.249	120.299.520	115.179.128	6.352.729
B Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile	50.000	50.000	50.000	0
C Passiver Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung	8.152.440	9.058.267	9.964.094	-905.827
D Sonderposten	11.089.521	11.897.074	12.104.661	-807.553
E Rückstellungen	107.166.977	88.629.096	78.740.103	18.537.880
F Verbindlichkeiten	125.342.431	174.861.834	164.371.353	-49.519.403
G Rechnungsabgrenzungsposten	2.730.271	2.765.551	2.728.350	-35.280
H Passive latente Steuern	2.129.543	4.747.325	4.763.992	-2.617.782
Summe Passiva	383.313.431	412.308.667	387.901.681	-28.995.237

Bei dem Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile handelt es sich um Anteile der e-regio GmbH & Co.KG an der e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH.

e-regio GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	4.101.572	4.950.352	2.296.859	-848.780
Sachanlagen	95.519.154	92.901.737	93.882.079	2.617.417
Finanzanlagen	73.328.933	54.486.382	49.312.050	18.842.551
	172.949.659	152.338.471	145.490.988	20.611.188
B Umlaufvermögen				
Vorräte	14.020.342	12.187.695	10.284.835	1.832.647
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	115.587.463	147.214.605	100.917.510	-31.627.142
Liquide Mittel	4.268.816	11.829.976	35.742.681	-7.561.160
	133.876.621	171.232.276	146.945.026	-37.355.656
C Rechnungsabgrenzungsposten	1.839.405	799.213	488.041	1.040.192
Summe Aktiva	308.665.685	324.369.961	292.924.056	-15.704.276
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	11.250.000	11.250.000	11.250.000	0
Kapitalrücklagen	75.170.615	75.170.615	75.170.615	0
Gewinnrücklagen	9.900.000	1.100.000	1.100.000	8.800.000
Gewinnvortrag	62.128	1.457.974	98.893	-1.395.845
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	33.834.735	29.404.155	23.359.081	4.430.580
	130.217.478	118.382.743	110.978.589	11.834.735
B Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile	50.000	50.000	50.000	0
C Sonderposten	8.758.664	9.702.813	10.043.383	-944.149
D Rückstellungen	69.563.000	60.077.900	52.807.700	9.485.100
E Verbindlichkeiten	99.506.290	135.604.319	118.532.374	-36.098.030
F Rechnungsabgrenzungsposten	570.253	552.185	512.010	18.068
Summe Passiva	308.665.685	324.369.961	292.924.056	-15.704.276

Es liegt ein Avalrahmen der Kreissparkasse Euskirchen in Höhe von 1,5 Mio. € und von der Gothaer in Höhe von 10,0 Mio € vor.

Zudem besteht eine Verpfändung eines Tagesgeldkontos als Sicherheit für fremde Verbindlichkeiten in Höhe von 100 T€. Es handelt sich hierbei um die Beteiligungsgesellschaft Bioenergie Kommern GmbH & Co.KG.

e-regio Verwaltungs- und Beteiligungs-GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	32	388	0	-356
Liquide Mittel	66.846	64.302	62.246	2.545
	66.878	64.689	62.246	2.189
Summe Aktiva	66.878	64.689	62.246	2.189
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	50.000	50.000	50.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	11.590	9.486	7.381	2.104
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.104	2.104	2.105	0
	63.694	61.590	59.486	2.104
B Rückstellungen	2.792	2.692	2.196	100
C Verbindlichkeiten	392	407	564	-15
Summe Passiva	66.878	64.689	62.246	2.189

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Konzern e-regio - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	579.373.052	665.465.996	520.345.327	-86.092.944
2	Bestandsveränderungen	470.157	1.224.353	1.038.524	-754.196
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	12.112.314	7.702.649	6.903.946	4.409.665
4	Sonstige betriebliche Erträge	12.744.509	10.024.462	3.513.108	2.720.047
5	Materialaufwand, <u>davon:</u>	487.982.497	579.024.276	434.091.974	-91.041.779
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	343.956.261	455.226.786	322.387.971	-111.270.525
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	144.026.235	123.797.490	111.704.003	20.228.746
6	Personalaufwand, <u>davon:</u>	38.846.423	34.617.696	30.364.722	4.228.727
	a) Löhne und Gehälter	31.088.876	27.707.712	23.485.204	3.381.164
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7.757.547	6.909.984	6.879.519	847.563
7	Abschreibungen	13.955.626	11.812.716	11.490.828	2.142.910
8	Sonstige betriebliche Aufwendungen	26.829.349	28.889.201	25.784.987	-2.059.853
9	Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	1.912.887	3.309.162	5.250.680	-1.396.275
10	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	579.740	180.100	57.854	399.639
11	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.014.068	872.180	1.234.001	141.888
12	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5.135.439	5.107.883	6.464.274	27.556
13	Ergebnis nach Steuern	33.429.256	27.582.770	27.678.652	5.846.486
14	Sonstige Steuern	107.133	175.539	86.003	-68.407
15	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	33.322.124	27.407.231	27.592.649	5.914.893
16	auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn/Verlust	-199.917	-264.639	-293.741	64.722
17	Konzernverlustvortrag/Konzerngewinnvortrag	9.840.896	4.762.916	-463.710	5.077.980
18	Einstellung in Konzerngewinnrücklagen	-8.800.000	-669.598	-627.736	-8.130.402
19	Konzerngewinn	34.163.103	31.235.909	26.207.462	2.927.194

e-regio GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	476.064.194	578.991.111	438.887.954	-102.926.918
2	Bestandsveränderungen	168.912	219.884	901.600	-50.973
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	1.515.023	540.759	925.017	974.264
4	Sonstige betriebliche Erträge	12.648.952	5.374.524	1.627.141	7.274.427
5	Materialaufwand, <u>davon</u> :	400.977.745	510.814.134	361.738.808	-109.836.389
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	331.114.551	447.705.191	303.333.759	-116.590.640
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	69.863.194	63.108.943	58.405.049	6.754.251
6	Personalaufwand, <u>davon</u> :	38.463.079	33.244.369	29.034.962	5.218.710
	a) Löhne und Gehälter	30.913.170	26.594.379	22.405.721	4.318.791
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7.549.909	6.649.990	6.629.240	899.919
7	Abschreibungen	8.628.109	7.117.993	6.965.719	1.510.116
8	Sonstige betriebliche Aufwendungen	22.030.759	26.339.119	23.127.799	-4.308.360
9	Erträge aus Gewinnabführungsverträgen davon aus verbundenen Unternehmen	18.046.130 18.046.130	21.307.562 21.307.562	7.056.814 7.056.814	-3.261.432 -3.261.432
10	Erträge aus Beteiligungen	3.488.025	6.041.385	1.833.675	-2.553.360
11	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	65.811	90.006	44.746	-24.195
12	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	741.984	643.068	629.720	98.915
13	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7.231.446	4.942.632	6.352.169	2.288.815
14	Ergebnis nach Steuern	33.923.924	29.463.917	23.427.771	4.460.007
15	Sonstige Steuern	89.189	59.762	68.690	29.427
16	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	33.834.735	29.404.155	23.359.081	4.430.580

e-regio Verwaltungs- und Beteiligungs-GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	5.157	5.093	4.924	64
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.657	2.593	2.424	64
3	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	396	396	395	0
4	Ergebnis nach Steuern	2.104	2.104	2.105	0
5	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	2.104	2.104	2.105	0

Kennzahlen

Konzern e-regio - Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	33,04	29,18	3,86
Eigenkapitalrentabilität	26,97	25,97	1,01
Anlagendeckungsgrad	80,07	83,51	-3,44
Verschuldungsgrad 2	183,58	219,03	-35,45
Umsatzrentabilität	5,62	4,49	1,13

Personalbestand

Geschäftsjahr	2024	2023	2022	Erläuterung
Konzern e-regio	484	468,25	436	
	38,75	38,75	37,25	davon Auszubildende
e-regio GmbH & Co.KG	484	449,50	435	
	38,75	38,75	37,75	davon Auszubildende
e-regio Verw. GmbH	0	0	0	kein eigenes Personal

Geschäftsentwicklung

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

A. Grundlagen des Unternehmens

1. Rechtliche Verhältnisse

Die e-regio GmbH & Co. KG (e-regio) mit Sitz in Euskirchen ist das Mutterunternehmen des e-regio Konzerns. Gesellschafter von e-regio sind:

- rhenag Rheinische Energie AG, Köln 40,46 %
- Stadtverkehr Euskirchen GmbH 36,95 %
- Kreis Euskirchen 8,72 %
- Energie Ruhr-Erft GmbH & Co. KG, Kall 8,67 %
- Stadt Rheinbach 3,12 %
- Stadt Bornheim 2,08 %

2. Geschäftsumfang des Unternehmens

Energie und Infrastruktur sind das Geschäft von e-regio. Eine lebenswerte Zukunft auch für zukünftige Generationen ist der Antrieb. Deshalb begleitet e-regio die Menschen, Unternehmen und Kommunen in die Energiewelt von morgen und macht es ihnen leicht, neue Energien zu nutzen. e-regio arbeitet daher konsequent an der Transformation der Energielandschaft und hat sich klare Ziele gesetzt: Bis 2035 die Region mit 100 % Ökostrom versorgen, bis 2040 100 % erneuerbare Wärme liefern und bis 2045 klimapositiv leben, also mehr erneuerbare Energie in der Region erzeugen als verbrauchen. Indem e-regio Wachstumspotenziale im Kerngeschäft sowie in neuen Geschäftsfeldern erschließt, sichert das Unternehmen die eigene Zukunftsfähigkeit und sorgt gleichzeitig für Wertschöpfung und Lebensqualität in der Region zwischen Rhein und Eifel.

Seit dem Zusammenschluss von e-regio und ene (Energie Nordeifel GmbH & Co. KG) im Jahr 2019 hat sich das Unternehmen strategisch und organisatorisch neu aufgestellt. Heute denkt es über die klassische Versorgerrolle hinaus, gestaltet für und mit Stakeholdern vor Ort die Energiezukunft ohne fossile Brennstoffe. Das Unternehmen geht dabei technologieoffen vor, nutzt die Chancen der Digitalisierung sowie die regionalen Potenziale und findet innovative Lösungen und Produkte für Strom, Wärme und Elektromobilität. Dafür investiert das Unternehmen in Erneuerbare Energien und baut seine Netze so um und aus, dass das Energiesystem der Zukunft intelligent gesteuert werden kann. Außerdem schafft es ein innovatives System des Energiehandels, das Bedarfe und Erzeugung in der Region effizient und flexibel zusammenbringt.

In vielen Städten und Gemeinden zwischen Rhein und Eifel versorgt e-regio seit Jahrzehnten Haushalte, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen mit Strom, Gas und Wasser – insgesamt rund 74.000 mit Erdgas, rund 67.000 mit Strom und etwa 100.000 Menschen mit Trinkwasser. Bundesweit bietet der Energiedienstleister Strom und Gas über die Tochtergesellschaft LogoEnergie GmbH an.

Das hochmoderne Stromnetz im e-regio Versorgungsgebiet befindet sich im Eigentum der beiden Tochtergesellschaften e-regio Netz GmbH sowie Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG. Technisch und kaufmännisch sorgt e-regio für den zuverlässigen Betrieb des Stromnetzes der e-

regio Netz. In 18 Kommunen – darunter der gesamte Kreis Euskirchen, der linksrheinische Rhein-Sieg-Kreis und die Gemeinde Vettweiß – ist der Energiedienstleister zudem für die regionalen Gasversorgungsnetze verantwortlich. Zudem ist e-regio als Betriebsführer für den Wasserversorgungsverband Euskirchen-Swisttal sowie für das Wasser- und Abwasserwerk der Gemeinde Alfter tätig.

Gemeinsam mit starken regionalen Partnern projiziert und betreibt e-regio eigene Wind- und Solarenergieanlagen. Individuelle Beteiligungsmodelle sorgen für Akzeptanz der Projekte und gleichzeitig mehr Klimaschutz, Wohlstand und Wirtschaftskraft. Die Wind- und Solarparks von e-regio haben im Jahr 2024 insgesamt 179 Millionen kWh grünen Strom erzeugt (im Vorjahr 211 Millionen kWh). Damit können rechnerisch rund 50.000 Haushalte versorgt werden.

Mit dem Produkt Regionalstrom bietet e-regio seinen Kund:innen regional erzeugten Ökostrom aus heimischer Windkraft und Sonnenenergie an. Um den Strom vom eigenen Dach ohne eigene Investition nutzen zu können, bietet das SolarstromPaket eine individuelle Lösung für Hauseigentümer:innen.

e-regio plant, baut und betreibt zudem Nah- und Fernwärmenetze und unterstützt die Kommunen bei der Wärmewende. Lademöglichkeiten – privat, öffentlich oder im Betrieb – schaffen die Grundlage für umweltfreundliche Mobilität.

Mit seinen Aktivitäten treibt e-regio die Energiewende aktiv voran. Als regional verwurzelt Unternehmen kennt das Unternehmen die Bedürfnisse der Menschen und schafft Lösungen für die Region mit innovativem Denken und Handeln. e-regio gestaltet die Zukunft und entwickelt sich und seine Lösungen weiter. Das macht e-regio zu einem starken Partner heute und für die nächsten Jahre und Jahrzehnte.

Zum Konsolidierungskreis gehören folgende Unternehmen:

Beteiligung	Unternehmenszweck	Anteil %
LogoEnergie GmbH, Euskirchen	bundesweiter Strom- und Gasvertrieb	100,00
e-regio Netz GmbH, Kall	Stromnetzgesellschaft	100,00
e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Euskirchen	Haftung und Geschäftsführung	100,00
ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH, Kall	Haftung und Geschäftsführung	100,00
BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH, Schleiden	Haftung und Geschäftsführung	100,00
EWP Eifelwindpark Ormont-Stadtkyll Verwaltungs-GmbH, Kall	Haftung und Geschäftsführung	100,00
Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG, Euskirchen	Eigentümer der Stromnetze- und -anlagen in der Stadt Euskirchen	100,00
e-regio Energiekonzepte GmbH, Kall	Entwicklung, Planung, der Bau und/oder der Betrieb von Anlagen zur Energieerzeugung	51,00
Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG, Mechernich	Solarpark	51,00

Die Peter Zeiler & Partner Ingenieurgesellschaft mbH, Frechen, wurde im Vorjahr noch im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen. Im Geschäftsjahr 2024 wurde auf eine Einbeziehung nach § 296 Abs. 2 HGB verzichtet, da die Gesellschaft aufgrund ihrer geringen wirtschaftlichen Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns unwesentlich ist. Die Beteiligungsverhältnisse haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert; die Beteiligungsquote beträgt weiterhin 100%.

Die Sun Park Weilerswist GmbH & Co. KG, Weilerswist, wurde ebenfalls nicht in den Konzernabschluss einbezogen, da auch hier aufgrund der untergeordneten Bedeutung im Sinne des § 296 Abs. 2 HGB auf eine Vollkonsolidierung verzichtet wurde. Die Beteiligungsquote beträgt 100 %.

Zudem ist e-regio an folgenden wesentlichen Unternehmen beteiligt, die nach der Equity Methode einbezogen werden:

Beteiligung	Unternehmenszweck	Anteil %
EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG, Kall	Windpark	50,00
EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH, Kall	Haftung und Geschäftsführung	50,00
EWP Ravelsberg GmbH & Co. KG, Kall	Windpark	50,00
Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co. KG, Euskirchen	Biogaserzeugung	49,80
Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Euskirchen	Haftung und Geschäftsführung	49,80
Gasnetz Bornheim GmbH & Co. KG, Bornheim	Eigentümer der Gasnetz- und -anlagen in der Stadt Bornheim	49,00
EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG, Kall	Windpark	40,00
EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll GmbH & Co. KG, Ormont	Windpark	34,88
BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG, Schleiden	Windpark	33,50
Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG, Schleiden	Solarpark	33,33
Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG, Kall	Solarpark	25,00

Im Geschäftsjahr 2024 wurde die EWP Ravelsberg GmbH & Co. KG, Kall, neu gegründet. Aufgrund der Beteiligungshöhe und des bestehenden maßgeblichen Einflusses wurde die Gesellschaft erstmalig als assoziiertes Unternehmen nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen.

Wie im Vorjahr wurden die Gesellschaften Bioenergie Kommern Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Mechernich, sowie die Bioenergie Kommern GmbH & Co. KG, Mechernich, aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns nicht mit einbezogen.

e-regio denkt und handelt nachhaltig, setzt innovative Technologien und neue Energien effizient, umweltschonend und gemeinwohlerträglich ein. Damit sichert das Unternehmen die eigene Zukunftsfähigkeit und erschließt Wachstumspotenziale im Kerngeschäft sowie in neuen Geschäftsfeldern. Es trägt auch entscheidend zur Zukunftsfähigkeit und Lebensqualität der Region zwischen Rhein und Eifel bei.

B. Wirtschaftsbericht

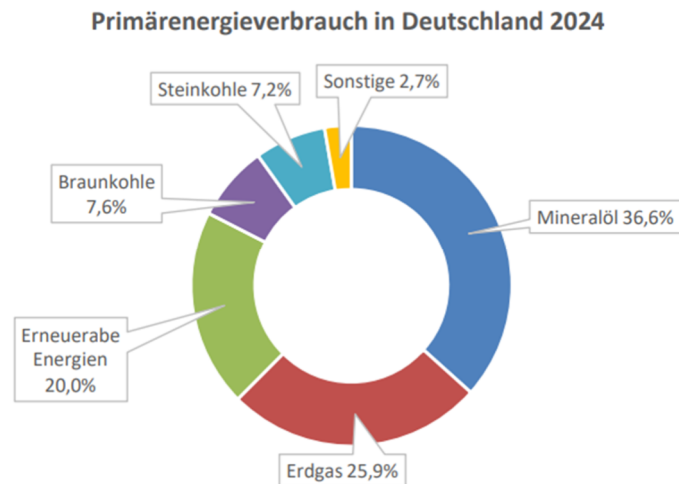
1. Energiewirtschaftliche und gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Der Primärenergieverbrauch (PEV) in Deutschland ging im Jahr 2024 nach ersten Schätzungen der AG Energiebilanzen um 1,3 % auf 10.478 Petajoule (PJ) (i. V. 10.791 PJ) zurück. Damit liegt er laut AGEB knapp 30 % niedriger als bei seinem bisherigen Höchststand von 1990 mit 14.905 PJ.

Nach dem deutlichen Rückgang des PEV im Jahr 2023 hat sich der Verbrauchsrückgang 2024 verlangsamt. Die weiterhin gedämpfte Konjunktur sowie mildere Temperaturen im Vergleich zum Vorjahr waren Ursachen für den Verbrauchsrückgang, wenngleich wieder niedrigere Energiepreise als in den Jahren 2022 und 2023 nachfragesteigernd wirkten. So haben insbesondere einige energieintensive Branchen ihre Produktion wieder erhöht, allerdings ausgehend von einem sehr geringen Niveau.

Die Verbräuche von Mineralöl (- 0,8 %), Steinkohle (- 12,5 %), Braunkohle (- 10,6 %) nahmen im Vergleich zum Vorjahr ab. Lediglich die Erneuerbaren Energien (+ 1,6 %) sowie Erdgas (+ 3 %) legten zu. Mit den Stilllegungen der letzten drei Kernkraftwerke zum 15. April 2023 leistet die Kernenergie in Deutschland 2024 keinen Beitrag mehr zur Energieversorgung.

Die Struktur des Energieträgermixes in Deutschland entwickelte sich wie folgt:



Insgesamt zeigte sich, dass auch 2024 erneut ein überdurchschnittlich warmes Jahr war. Dementsprechend lag auch die Gradtagszahl für 2024, die einen Anhaltspunkt für die benötigte Heizenergie liefert, erstmals seit der gesamtdeutschen Betrachtung ab 1991 unterhalb der Marke von 3.000.

2. Witterungsverlauf

In Deutschland war noch nie seit Messbeginn 1881 ein Jahr so warm wie das Jahr 2024. Erschreckend ist vor allem, dass 2024 das Vorjahr gleich um außergewöhnliche 0,3 Grad übertroffen hat. Der sehr milde Winter 2023/2024 sowie das rekordwarme Frühjahr brachten zugleich ungewöhnlich hohe Niederschlagsmengen. Das Jahr 2024 war in Deutschland ein deutlich zu nasses Jahr. Die Sonnenscheindauer lag leicht über dem hierzulande typischen Mittel.

Das Temperaturmittel lag im Jahr 2024 mit 10,9 Grad Celsius (°C) um 2,7 Grad über dem Wert der international gültigen Referenzperiode 1961 bis 1990 (8,2 °C). Im Vergleich zur aktuellen und wärmeren Vergleichsperiode 1991 bis 2020 (9,3 °C) betrug die Abweichung immerhin noch 1,6 Grad. Damit setzte sich der beschleunigte Erwärmungstrend fort, der bereits in den Jahren 2023 (10,6 °C) und 2022 (10,5 °C) zu neuen Höchstwerten geführt hatte. Nach einem milden Jahresauftakt folgten in der zweiten und dritten Januarwoche eine teils sehr winterliche Phase mit dem Jahrestiefstwert von -19,5 °C am 20. Januar im allgäuischen Leutkirch-Herlazhofen. Anschließend begann der Frühling bereits im Februar, der mit beispiellosen 6,6 °C Mitteltemperatur eher einem kühleren April entsprach. Auch das Frühjahr selbst schrieb sich als das Wärmste seit Messbeginn in die Klimastatistik ein. Auffallend warm zeigte sich auch der Sommer. Der August zählte sogar zu den vier Wärmsten seit 1881. Am 13. August wurde mit 36,5 °C in Bad Neuenahr-Ahrweiler die bundesweit höchste Temperatur 2024 gemessen.

Im September setzten Hitzerekorde im Nordosten neue Maßstäbe und die anschließend deutlich zu hohe Herbstmitteltemperatur vervollständigte den Charakter des rekordwarmen Jahres.

Im Jahr 2024 fielen gut 903 Liter pro Quadratmeter (l/m²) Niederschlag. Das war deutlich mehr als im Mittel der Referenzperiode 1961 bis 1990 mit 789 l/m² und dem Mittel der Referenzperiode 1991 bis 2020 mit 791 l/m². Mit knapp 1.700 Stunden lag die Sonnenscheindauer im Jahr 2024 über ihrem Soll von 1.544 Stunden (Periode 1961 bis 1990). Das gilt auch im Vergleich zur neueren Referenzperiode 1991 bis 2020 (1.665 Stunden).

3. Erdgaswirtschaft

Im Jahr 2024 wurde mit 2.712 PJ gut 3 % mehr Erdgas verbraucht als im Vorjahr. Der Anstieg erfolgte in allen Verbrauchergruppen, aber insbesondere in der Industrie aufgrund des wieder niedrigeren Preisniveaus für Erdgas. Bei den privaten Haushalten und im Bereich Gewerbe, Handel, Dienstleistungen (GHD) fiel der Zuwachs vergleichsweise geringer aus. Zur Stromerzeugung

wurde gegenüber dem Vorjahr knapp 2 % mehr Erdgas eingesetzt, die Erzeugung von Fernwärme aus Erdgas stieg um knapp 4 %. Die erneut milde Witterung dämpfte den Verbrauchsanstieg, bereinigt um Temperatureffekte betrug der Verbrauchsanstieg knapp 4 %. Erdgas hatte 2024 einen Anteil von 25,9 % am PEV.

Nach ersten Daten stieg der Erdgasverbrauch 2024 in Deutschland um 3,3 % auf 835 Mrd. kWh und hat sich damit ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau wieder leicht erholt. Das im Vergleich zu 2023 wieder etwas niedrigere Preisniveau hat für einen höhere Nachfrage gesorgt. Trotz gedämpfter konjunktureller Entwicklung hat auch die Industrie wieder mehr Erdgas verbraucht. Gedämpft wurde die Entwicklung von einer insgesamt milden Witterung während der Heizperiode.

Kundengruppen	2024	2023	Veränderung	
	Mrd. kWh	Mrd. kWh	Mrd. kWh	%
Industrie	300,7	284,3	16,4	+ 5,8
Stromversorgung	105,9	103,9	2,0	+ 1,9
Fernwärme/-kälteversorgung	62,0	59,8	2,2	+ 3,7
Haushalte	254,0	252,4	1,6	+ 0,6
Gewerbe, Handel, Dienstleistungen	94,8	94,5	0,3	+ 0,3
Verkehr	2,0	2,1	- 0,1	- 4,8
Erdgasabsatz insgesamt	819,4	797,0	22,4	+ 2,8
Eigenverbrauch /stat. Differenzen	15,5	11,2	4,3	+ 38,4
Erdgasverbrauch	834,9	808,2	26,7	+ 3,3

Der Erdgasabsatz an Letztverbraucher nahm 2024 nach ersten Zahlen in Summe um knapp 3 % zu. Dabei haben sämtliche Kundengruppen Zuwächse zu verzeichnen, wobei der Verbrauchsanstieg in der Industrie am deutlichsten ausgefallen ist.

Die Nachfrage der Industrie stieg trotz weiterhin gedämpfter Konjunktur vor allem aufgrund wieder gesunkener Gaspreise wieder leicht an, wenngleich die Preise im Gasgroßhandel immer noch rund doppelt so hoch wie vor der Krise sind. Der Verbrauch durch die Betriebe des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes von Erdgas als Energieträger, aber auch als Rohstoff, stieg 2024 ersten Schätzungen zufolge um knapp 6 % auf 301 Mrd. kWh. Private Haushalte verbrauchten 2024 nach ersten Abschätzungen 0,6 % mehr Erdgas als noch im Vorjahr. Der Anstieg der Nachfrage aufgrund wieder günstigerer Gaspreise wurde durch die mildere Witterung gedämpft. Der Erdgasverbrauch der Gewerbe-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen (GHD), der zu fast 90 % für Raumwärmezwecke eingesetzt wird, ist nach ersten Daten nur geringfügig um 0,3 % auf knapp 95 Mrd. kWh gestiegen.

4. Stromwirtschaft

2024 war die Stromwirtschaft geprägt von einer leichten Erholung des Stromverbrauchs, allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau 2023. Trotz weiterhin gedämpfter Konjunktur sorgte der Rückgang der Strompreise im Vergleich zum Vorjahr für einen nachfragebedingten Anstieg des Verbrauchs in einigen Teilbereichen der Industrie. Dennoch ist das Preisniveau noch relativ hoch und das Verbrauchsniveau im Vergleich zu den Vorjahren unterdurchschnittlich.

Der Stromverbrauch (Bruttoinlandsstromverbrauch) nahm um 0,8 % auf 512 Mrd. kWh zu. Trotz Verbrauchszuwachs ging die Stromerzeugung (Bruttostromerzeugung) um 2,4 % zurück. Die Differenz aus Erzeugungsrückgang und Verbrauchsanstieg wurde durch höhere Stromimporte gedeckt. Der Stromaustauschsaldo Deutschlands verzeichnete einen Importüberschuss von 23,5 Mrd. kWh, nachdem dieser im Vorjahr noch 7,3 Mrd. kWh betrug. Damit ist Deutschland das zweite Jahr in Folge Netto-Importeur von Strom, da in windschwachen Phasen und sonnenarmen Stunden günstigere Erzeugungsoptionen im Ausland zur Strombedarfsdeckung beitragen.

Der Erzeugungsmix 2024 war von konjunkturellen Entwicklungen, Preiseffekten und Witterung geprägt. Hinzu kamen Ende März die Abschaltungen jener konventionellen Kraftwerke, die im Zuge der Energiekrise verzögert stillgelegt wurden oder wieder aus dem Markt heraus in die Reserven zurückkehrten (sog. Marktrückkehrer).

Kundengruppen	2024	2023	Veränderung	
	Mrd. kWh	Mrd. kWh	Mrd. kWh	%
Industrie	204,0	201,1	2,9	+ 1,4
Haushalte	132,9	131,4	1,5	+ 1,1
Gewerbe, Handel, Dienstleistungen	111,5	110,0	1,5	+ 1,3
Verkehr	15,7	15,1	0,6	+ 4,1
Stromabsatz insgesamt	464,1	457,6	6,5	+ 1,4
Differenz Speicher	2,0	1,9	0,1	+ 5,3
Netzverluste/stat. Differenzen	25,3	25,8	-0,5	- 1,9
Stromverbrauch	491,4	485,3	6,1	+ 1,3

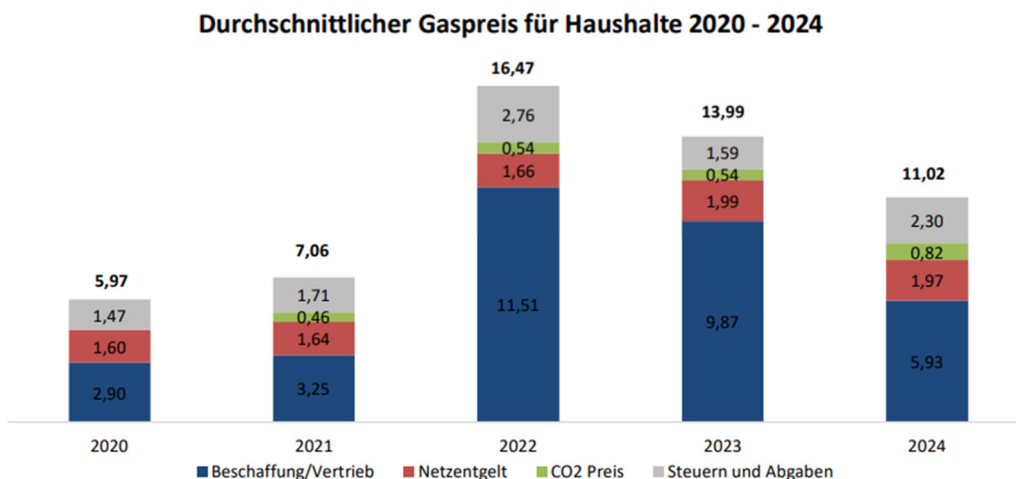
Der Stromverbrauch der Industrie (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) betrug im Berichtsjahr insgesamt 204 Mrd. kWh und legte damit leicht um 1,4 % zu. Der Stromverbrauch der privaten Haushalte nahm um 1,1 % zu, der Stromverbrauch bei Gewerbe, Handel und Dienstleistungen (GHD) um 1,3 %. Im Verkehrsbereich wird nach ersten Daten mit einem Plus von 4,1 % für den Fahrstrom von Schienenbahnen sowie für die Elektromobilität gerechnet.

5. Entwicklung der Erdgaspreise

Die durchschnittlichen Gaspreise für Haushalte sind im Jahr 2024 wie auch schon im Jahr 2023 deutlich gesunken. Für den Musterabnahmefall eines Einfamilienhauses mit 20.000 kWh Jahresverbrauch reduzierte sich der Preis um 21 % auf 11,02 ct/kWh.

Unterjährig stiegen die Preise ab dem zweiten Quartal jedoch wieder an. Dies lag an den leicht gestiegenen Beschaffungskosten im 3. und 4. Quartal, als auch an der Wiederanhebung der Mehrwertsteuer auf Erdgas von 7 % auf 19 % zum 1. April 2024, welche die zu Jahresbeginn noch rückläufigen Großhandelspreise dann zu Beginn des zweiten Quartals überkompensierte.

Die Anteile der einzelnen Preisbestandteile am Gesamtpreis haben sich dementsprechend verändert. Der Block aus Steuern, Abgaben und Umlagen beim Einfamilienhaus ist um 13 %-Punkte auf 28 % angestiegen. Der Anteil der Beschaffung und des Vertriebs fiel demgegenüber von 70 % auf knapp 54 %.

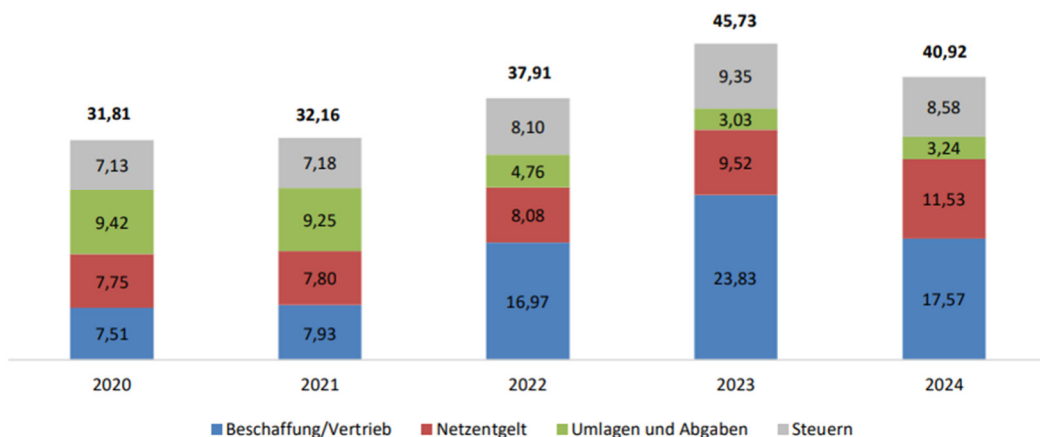


6. Entwicklung der Strompreise

Der Strompreis für Haushaltskunden ist im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr um 10,5 % auf durchschnittlich 40,92 ct/kWh gefallen. Ursächlich dafür sind die sinkenden Preise im Großhandel. Auch wenn sich der Effekt erst mit etwas Zeitversatz und nicht in der gleichen Dynamik auf die Haushaltstarife auswirkt, fiel der durch den Großhandel maßgeblich geprägte Anteil von Beschaffung und Vertrieb am Strompreis im Jahr 2024 um 6 ct/kWh bzw. von 52 % auf 43 %.

Auch die Staatslasten, bestehend aus Steuern, Abgaben und Umlagen, sind im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr von 12,38 ct/kWh auf 11,82 kWh gesunken. Bezogen auf den Gesamtpreis hat sich ihr Anteil jedoch um 2 %-Punkte auf 29 % leicht erhöht, da die Staatslasten im Vergleich zu den Großhandelspreisen weniger stark sanken. Etwas konterkariert wurde diese Entwicklung durch eine Anpassung der Netzentgelte. Sie erhöhten sich im Durchschnitt von 9,52 Cent/kWh auf 11,82 Cent/kWh, so dass ihr Anteil am Strompreis auf 28 % anstieg.

Durchschnittlicher Strompreis für Haushalte 2020 - 2024



Die Anzahl der Gasvertriebsgesellschaften im Endkundengeschäft ist auf 1.011 Unternehmen gesunken (i. V. 1.026). Ebenfalls gesunken ist auch die Anzahl der Stromvertriebsgesellschaften von 1.345 auf 1.331 Unternehmen.

C. Geschäftsentwicklung 2024

Während das Vorjahr noch unter dem Einfluss der Energiemarktkrise stand und die Preisbremsen erheblichen Abwicklungsaufwand verursachten, kehrte 2024 weitestgehend wieder Normalität ein. Der Wettbewerb und damit die Wechselbereitschaft der Kund:innen haben wieder zugenommen. Die in Folge der Energiemarktkrise deutlich gestiegenen Preise für Strom und Gas zeigten sich im Geschäftsjahr reduziert, lagen jedoch weiterhin über dem Vorkrisenniveau.

Das Commodity-Geschäft von e-regio hat sich im Geschäftsjahr 2024 positiv entwickelt. Trotz steigender Beschaffungskosten zum Ende des Jahres konnten die Energiepreise über den Jahresverlauf konstant gehalten werden. In den Kalkulationen berücksichtigte Risiken sind im Geschäftsjahr nicht in vollem Umfang eingetreten. Die Umsetzung der Energie- und Wärmewende führte zu einer erhöhten Nachfrage für nachhaltige Energielösungen in allen Kundensegmenten. Insbesondere im Segment der Privatkunden konnten mit dem neuen Produkt „SolarstromPaket“ die Erwartungen übertroffen werden.

Die wichtigsten Entwicklungen des e-regio Konzern im Überblick:

- Der Gasabsatz ist durch eine rückläufige Konjunktur und trotz einer gestiegenen Kundenanzahl gegenüber dem Vorjahr um rund 150 Mio. kWh zurückgegangen.
- Im Geschäftsjahr 2024 konnte die Kundenanzahl in der Stromsparte erneut deutlich gesteigert werden, ebenfalls ist der Absatz im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Insbesondere im Segment Energiedienstleister war ein Zugang im Verbrauch zu verzeichnen.

- Im bundesweiten Geschäftskundensegment konnten mit der LogoEnergie einige namenhafte Multi-Side Kunden aus dem Gesundheitswesen mit einer Jahresmenge von rd. 200 GWh für 2025 und Folgejahre gewonnen werden.
- Im Gasnetzgeschäft lag die Anzahl der Hausanschlussanfragen im Geschäftsjahr 2024 in Folge der Energiemarktkrise sowie der zunehmenden Diskussion um die Wärmewende weiterhin auf sehr niedrigem Niveau. Die Sparte ist geprägt durch den Verkauf des Gasnetzes auf dem Gebiet der Gemeinde Wachtberg zum Jahresende.
- Der Bereich der Betriebsführungs- und Beteiligungsergebnisse zeigte im Geschäftsjahr 2024 eine positive Entwicklung, insbesondere durch gestiegene Erlöse aus Baumaßnahmen.
- Ebenfalls rückläufig entwickelten sich im Geschäftsjahr 2024 die Geschäftsfelder Biogas und Strom-Direktvermarktung

1. Gasvertrieb

Der Erdgasabsatz lag im Geschäftsjahr 2024 bei 3.086 Mio. kWh und damit um 150 Mio. kWh bzw. 4,6 % unter dem Vorjahreswert von 3.236 Mio. kWh. Im witterungsabhängigen Bereich der Haushalte und Mehrfamilienhäuser ging der Absatz insgesamt um rund 91 Mio. kWh zurück, was einem Rückgang von etwa 8,5 % entspricht. Während sich der Haushaltsabsatz um 6,6 % verringerte, war in Mehrfamilienhäusern ein stärkerer Rückgang von 16,8 % zu verzeichnen. Die Temperaturen im Jahr 2024 lagen auf das Gesamtjahr gesehen nahezu auf Vorjahresniveau. Die mittlere Gradtagzahl, die als Messgröße für den temperaturabhängigen Gasverbrauch dient, betrug 2.817 Gradtage und lag damit um 1,3 % unter der des Vorjahres (2.855 Gradtage).

Eine deutliche Zunahme war im Bereich Energiedienstleister zu verzeichnen. Dem entgegen stehen Rückgänge in allen übrigen Bereichen.

Gasverkauf nach Kundengruppen

	2024	2023	Veränderung	
	MWh	MWh	MWh	%
Haushalt	825.668	884.348	- 58.680	- 6,6
Mehrfamilienhäuser	161.176	193.736	- 32.560	- 16,8
Handel und Gewerbe	315.931	329.749	- 13.818	- 4,2
öffentliche Einrichtungen	1.114.665	1.137.374	- 22.709	- 2,0
Industrie	590.933	645.609	- 54.676	- 8,5
Energiedienstleister	77.628	45.088	+ 32.540	+ 72,2
Erdgasverkauf insgesamt	3.086.001	3.235.904	- 149.903	- 4,6

Die Anzahl der Kund:innen hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr von rd. 66.366 auf rd. 69.739 erhöht. Die Abgabemenge hat sich trotz der gestiegenen Kund:innenanzahl um 150 Mio. kWh auf 3.086 Mio. kWh reduziert aufgrund der wärmeren Witterung.

2. Stromvertrieb

Der Stromabsatz lag mit 721 Mio. kWh um 29 Mio. kWh oder 4,3 % über dem Vorjahr. Maßgeblich für den Mengenanstieg waren die Bereiche Energiedienstleister und Haushalte.

Stromverkauf nach Kundengruppen

	2024	2023	Veränderung	
	MWh	MWh	MWh	%
Haushalt	242.055	221.979	+ 20.076	+ 9,0
Mehrfamilienhäuser	68	88	- 20	- 22,7
Handel- und Gewerbe	254.801	284.465	- 29.664	- 10,4
öffentliche Einrichtungen	110.237	127.462	- 17.225	- 13,5
Industrie	39.198	30.486	+ 8.712	+ 28,6
Energiedienstleister	74.181	26.666	+ 47.515	+ 178,2
Stromverkauf insgesamt	720.540	691.146	+ 29.394	+ 4,3

Die Anzahl der Kund:innen lag am 31. Dezember 2024 mit rd. 107.929 Kund:innen um rd. 18.359 über dem Vorjahreswert von 89.570 Kund:innen.

3. Gasnetzbetrieb

Im Jahresverlauf wurden 178 neue Hausanschlüsse mit einer Länge von 2,9 km an das Versorgungsnetz angeschlossen. Zudem wurden im Jahr 2024 insgesamt 0,4 km neue Gashauptleitungen verlegt. Damit betreibt e-regio zum Jahresende 2024 ein Leitungsnetz einschließlich der Hausanschlussleitungen mit einer Gesamtlänge von 2.660 km. Die Anschlussdichte liegt bei 27,0 Hausanschlüssen je Kilometer Rohrnetz. Dieses Leitungsnetz wird über 19 Übernahmestationen gespeist, die im Verbund mit 73 Ortsregelanlagen stehen.

Mit der Stadt Mechernich befindet sich e-regio im Verfahren der Neuvergabe des Gas-Konzessionsvertrages. Die Gemeinde Wachtberg hat im Sommer 2022 durch den Gemeinderat die Gas-konzession der enewa GmbH zugesprochen. Das Gasnetz wurde zum 31. Dezember 2024 an die enewa GmbH übertragen.

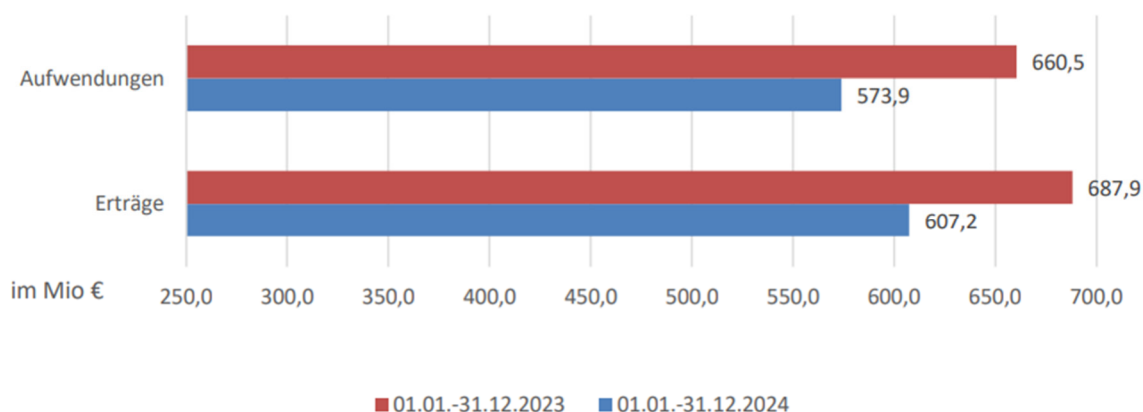
4. Stromnetzbetrieb

Bei den Stromkonzessionen des bisherigen Netzgebietes der e-regio Netz GmbH gab es im Geschäftsjahr 2024 keine Veränderungen.

Der durch die Flutkatastrophe im Jahr 2021 erheblich beschädigte Standort in Kall, Hindenburgstraße 13, wird weiterhin provisorisch genutzt. Für die Verlagerung des Standortes an einen hochwassersicheren Ort wurde ein Grundstück im Gewerbegebiet Kall III erworben.

Im Jahresverlauf 2024 konnten 112 (i. V. 208) neue Hausanschlüsse an das Versorgungsnetz angeschlossen werden. Die e-regio Netz GmbH betreibt zum 31.12.2024 ein Mittelspannungsnetz mit einer Länge von rd. 645 km (i. V. rd. 639 km) sowie ein Niederspannungsnetz mit einer Länge von rd. 1.304 km (i. V. rd. 1.332 km).

5. Ertragslage



Im Jahr 2024 lagen die Umsatzerlöse mit 607 Mio. Euro um rund 81 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus folgenden Entwicklungen:

- Die Verkaufserlöse beim Erdgas reduzierten sich mengen- und preisbedingt um 62 Mio. Euro auf 267 Mio. Euro. Die Erlöse im Bereich Erdgas-Handelsgeschäfte an andere Versorgungsunternehmen erhöhten sich dagegen trotz niedriger spezifischer Verkaufspreise um 7 Mio. Euro auf 33 Mio. Euro. Der Umsatz im Bereich Biogasverkauf verringerte sich um 5 Mio. Euro auf 9 Mio. Euro.
- Im Segment Stromversorgung sanken die Verkaufserlöse trotz gestiegener Verkaufsmenge um 19 Mio. Euro auf 202 Mio. Euro. Die Erlöse im Bereich Strom-Handelsgeschäfte an andere Versorgungsunternehmen erhöhten sich dagegen um 4 Mio. Euro auf 10 Mio. Euro aufgrund der gestiegenen Menge und des gestiegenen spezifischen Verkaufspreises.
- Die Erlöse aus der Strom-Direktvermarktung reduzierten sich trotz neuer Anlagen aufgrund der niedrigeren Direktvermarktungspreise um 7 Mio. Euro auf 15 Mio. Euro.

- Umsatzsteigerungen waren zudem in den Bereichen Netznutzungsentgelte Gas um 1 Mio. Euro auf 15 Mio. Euro und bei der Netzverpachtung Strom um 2 Mio. Euro auf 28 Mio. Euro zu verzeichnen.
- Im Bereich Non-Commodity und Nebengeschäfte reduzierten sich die Umsatzerlöse um 9 Mio. Euro auf 11 Mio. Euro. Ursächlich hierfür ist der Rückgang der Erlöse aus der Marktraumumstellung von L auf H-Gas, das im Wesentlichen im Jahr 2024 abgeschlossen wurde.

Absatzbedingt reduzierte sich die Erdgassteuer um 1 Mio. Euro auf 17 Mio. Euro. Die Stromsteuer blieb mit 12 Mio. auf Vorjahresniveau.

Aufgrund der höheren Investitionssumme bei der e-regio Netz im Vergleich zum Vorjahr stiegen die aktivierten Eigenleistungen um 4 Mio. Euro auf 12 Mio. Euro.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge um 3 Mio. Euro auf 13 Mio. Euro resultiert im Wesentlichen aus Buchgewinnen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens. Im Vorjahr waren Versicherungsleistungen für die Schäden der Unwetterkatastrophe 2021 sowie Erlöse aus der Auflösung der Rückstellung für Netzentflechtung enthalten.

Der Materialaufwand verringerte sich um 91 Mio. Euro auf 488 Mio. Euro. Wesentliche Entwicklungen waren:

- Die Erdgasbezugskosten einschließlich der CO₂-Abgabe und den Handelsmengen verringerten sich trotz der gestiegenen Bezugsmenge preisbedingt um 48 Mio. Euro auf 205 Mio. Euro. Die beschafften Erdgasmengen wurden von 17 Lieferanten bezogen. Der Preis für die CO₂-Zertifikate stieg im Geschäftsjahr 2024 um 15,00 Euro je Tonne auf 45,00 Euro je Tonne.
- Im Segment der Stromversorgung war ein Rückgang der Strombezugskosten einschließlich der Handelsmengen um 45 Mio. Euro auf 106 Mio. Euro zu verzeichnen. Ursächlich hierfür waren vor allem deutlich gesunkene Beschaffungspreise sowie in geringerem Maße eine leicht rückläufige Strombezugsmenge.
- Die deutliche geringere Beschaffung von Treibhausgasemission-Zertifikaten führte zu einem Rückgang der Biogasbezugskosten um 12 Mio. Euro auf 8 Mio. Euro.
- Die Aufwendungen für den Bereich der Strom-Direktvermarktung sind entsprechend der Entwicklung bei den Umsatzerlösen um 7 Mio. Euro auf 15 Mio. Euro zurückgegangen.
- Die vorgelagerten Netzkosten minderten sich um 1 Mio. Euro auf 8 Mio. Euro.
- Bei den Netznutzungskosten Strom ist ein Anstieg durch höhere Netznutzungspreise von 22 Mio. Euro auf 83 Mio. Euro zu verzeichnen. Die Netznutzungskosten Gas verminderten sich um 4 Mio. Euro auf 23 Mio. Euro.
- Die Unterhaltungsaufwendungen für die Strom- und Gasnetze stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 2 Mio. Euro auf 12 Mio. Euro.

Der durchschnittliche Personalbestand betrug 484,00 Mitarbeitende (i. V. 468,25 Mitarbeitende). Aufgrund des Zuwachses bei der Anzahl von Mitarbeitenden, tariflicher Erhöhungen sowie Rückstellungszuführungen ist der Personalaufwand um 4 Mio. Euro auf 39 Mio. Euro angestiegen.

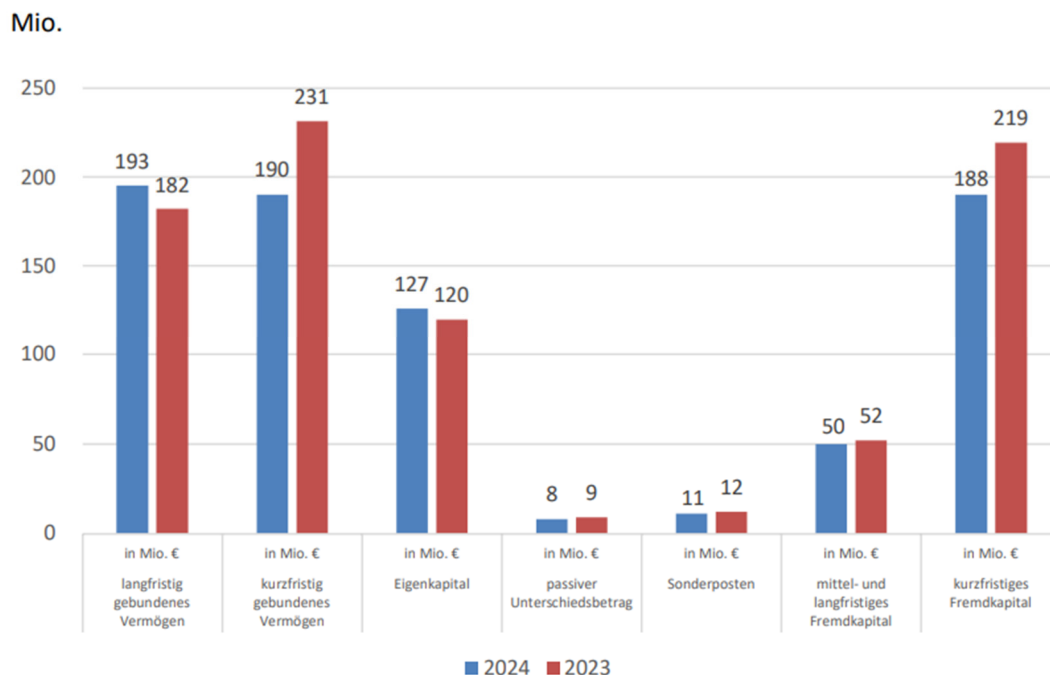
Die Abschreibungen erhöhten sich aufgrund der getätigten Investitionen von 11,8 Mio. Euro auf 14,0 Mio. Euro.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 2 Mio. Euro auf 27 Mio. Euro. Ein wesentlicher Grund hierfür war der deutliche Rückgang der Kosten für die Marktraumumstellung um 7 Mio. Euro. Gegenläufig entwickelten sich die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen (+ 1,5 Mio. Euro), Provisionszahlungen an Internetvergleichsportale (+ 1,4 Mio. Euro), Verwaltungskosten (+ 0,8 Mio. Euro), IT Kosten (+ 0,5 Mio. Euro) sowie Marketingkosten (+ 0,5 Mio. Euro).

Die Beteiligungserträge liegen bei 2 Mio. Euro (i.V. 3 Mio. Euro). Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus geringeren Ausschüttungen nahezu aller Beteiligungsgesellschaften. Die Steuern vom Einkommen und Ertrag lagen mit 5,1 Mio. Euro auf dem Niveau des Vorjahres.

6. Vermögenslage

Das Bilanzvolumen ist zum 31.12.2024 gegenüber dem Vorjahr um 29 Mio. Euro auf 383,3 Mio. Euro gesunken.



Die Investitionen in das Anlagevermögen übersteigen die planmäßigen Abschreibungen und Abgänge des Anlagevermögens, so dass sich der Bestand um 11 Mio. Euro auf 193 Mio. Euro erhöht. Damit hat das Anlagevermögen einen Anteil von 50,3 % (i. V. 44,1 %) an der Bilanzsumme. Das kurzfristig gebundene Vermögen verringerte sich im Wesentlichen durch die Positionen „Guthaben gegenüber Kreditinstituten“ um 40 Mio. Euro auf 191 Mio. Euro.

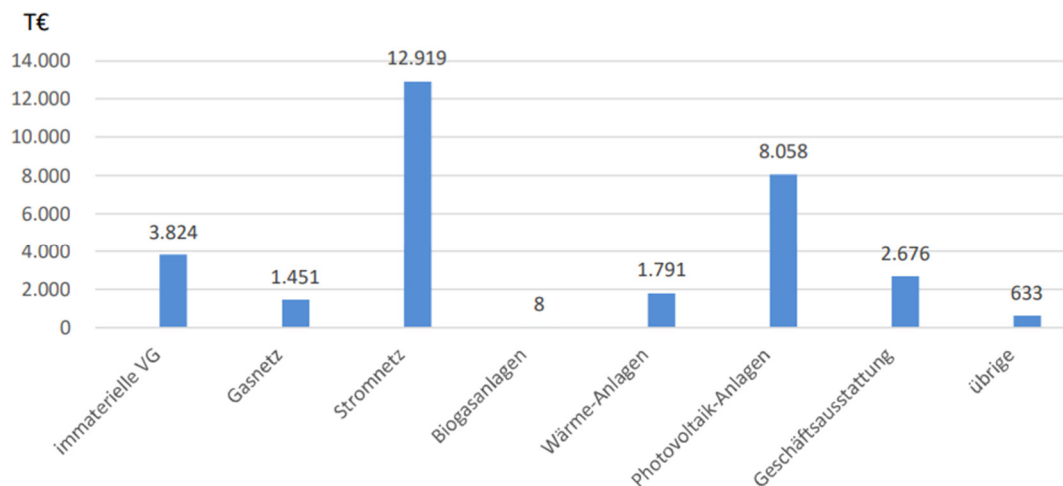
Auf der Passivseite verbesserte sich das Eigenkapital durch die höheren Gewinnrücklagen im Vergleich zum Vorjahr um 6 Mio. Euro auf 127 Mio. Euro. Aufgrund der Rücklagenzuführung und der gesunkenen Bilanzsumme ist die Eigenkapitalquote von 29,2 % auf 33,1 % gestiegen. Das lang- und mittelfristige Fremdkapital hat einen Anteil von 50 Mio. Euro oder 13,0 % (i. V. 52 Mio. Euro oder 12,6 %). Der leichte Rückgang ist im Wesentlichen auf planmäßige Darlehenstilgungen im Jahr 2024 zurückzuführen, während sich die langfristigen Rückstellungen im gleichen Zeitraum erhöhten. Auf das kurzfristige Fremdkapital entfallen 188 Mio. Euro oder 49,0 % (i. V. 219 Mio. Euro oder 53,1 %). Trotz gestiegener kurzfristiger Rückstellungen führten zum Bilanzstichtag deutlich niedrigere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie ein Rückgang bei den sonstigen Verbindlichkeiten zu dem niedrigeren Bilanzausweis.

7. Finanzlage

Die Investitionen in das Anlagevermögen des Geschäftsjahres 2024 in Höhe von 33,6 Mio. Euro wurden zu 41,5 % über Abschreibungen finanziert. Das Anlagevermögen ist zu 68,7 % (i. V. 69,5 %) durch Eigenkapital und die Hälfte des Sonderpostens gedeckt. Die Liquidität 2. Grades erhöht sich von 140,7 % auf 161,6 %. Die Liquidität zum Bilanzstichtag betrug 23 Mio. Euro (i. V. 72 Mio. Euro).

8. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2024 betragen die Investitionen in die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen insgesamt 31,3 Mio. Euro.



Die Investitionen in die immateriellen Vermögensgegenstände betreffen im Wesentlichen die Kategorie Software sowie den Bereich Photovoltaik im Zusammenhang mit der Einführung des Solarstrompakets.

Das Strom-Verteilnetz wird immer mehr zum Rückgrat der dezentralen Energiewende. Die e-regio Netz treibt den Um- und Ausbau ihres Stromnetzes mit hohen Investitionen weiter konsequent voran und gewährleistet so die Umsetzung der Energiewende in und für die Region.

9. Konzernergebnis

Der Konzern-Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr liegt bei 33 Mio. Euro und damit über dem Vorjahresniveau von 27 Mio. Euro. Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisanteils für außenstehende Gesellschafter, dem Konzerngewinnvortrag sowie die Einstellung in die Konzerngewinnrücklagen verbleibt ein Konzern-Bilanzgewinn von 34 Mio. Euro (i. V. 31 Mio. Euro).

D. Berichterstattung gem. § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO

Gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW muss im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen werden. Der e-regio Konzern erfüllt im Kreis Euskirchen, im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis, in der Gemeinde Vettweiß sowie der Stadt Heimbach im Kreis Düren einen öffentlichen Zweck durch den Betrieb des Gas- und Stromverteilnetzes, die kommunale Versorgung mit Energie, den Betrieb regenerativer Stromerzeugungsanlagen und die Erzeugung erneuerbarer Energien in diesen Anlagen.

E. Leistungsindikatoren

1. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung des e-regio Konzerns erfolgt über unterschiedliche finanziellen Leistungsindikatoren. Dazu gehören insbesondere die Erlöse aus Erdgas- und Stromverkauf, aus Betriebsführungen und den übrigen Geschäftsfeldern, wie z. B. Wärmecontracting, Photovoltaik, E-Mobilität, Energieberatung, Tiefbaudienstleistungen, Stromdirektvermarktung oder Windenergieservice. Die Umsatzerlöse minderten sich im Wesentlichen mengen- und preisbedingt beim Gasverkauf um 62 Mio. Euro auf 267 Mio. Euro und im Stromverkauf preisbedingt um 19 Mio. Euro auf 202 Mio. Euro. Die Umsatzrentabilität erhöhte sich von 4,7 % im Vorjahr auf 6,3 % im Geschäftsjahr. Die Gesamtleistung verringerte sich von 674 Mio. Euro auf 592 Mio. Euro. Damit hat die Betriebsleistung im Verhältnis zum Jahresüberschuss einen Anteil von 5,6 % (i. V. 4,1 %). Die Materialintensität sank von 85,9 % im Jahr 2023 auf 82,4 % im Berichtsjahr.

Das Controlling stellt der Geschäftsführung regelmäßig aktualisierte Prognoserechnungen für alle relevanten Geschäftsfelder sowie darüberhinausgehende vertiefende Analysen zur Darstellung eines umfassenden Bildes der aktuellen wirtschaftlichen Situation sowie der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens zur Verfügung.

2. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren betrachten wir insbesondere die Kundenzufriedenheit, welche wir u. a. im Rahmen von Kundenbefragungen messen. Die Kundenzufriedenheit und Qualität unserer Leistungen hängen wesentlich von der Qualifikation unserer Mitarbeitenden und den Prozessen sowie von unseren IT-Systemen ab. Im Geschäftsjahr 2024 lagen die Schwerpunkte weiterhin auf der Optimierung der Systeme und Prozesse. Das im Vorjahr eingeführte CRM-System Microsoft Dynamics wurde weiterentwickelt und um eine Omnichannel-Komponente ergänzt, über die alle Kundenkontakte verwaltet und gesteuert werden. Ein weiterer Fokus lag auf der Einführung eines umfassenden Wissensmanagementsystems. Die bereits implementierten Personalentwicklungs- und Weiterbildungsmaßnahmen wurden weiter fortgesetzt.

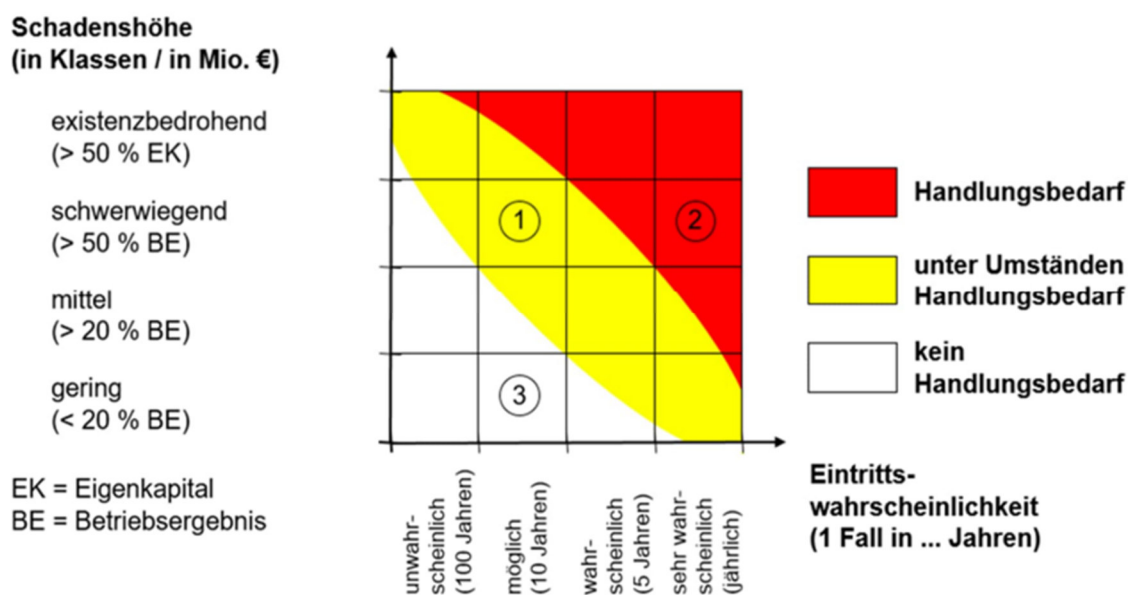
Die gesamte Energiebranche ist weiterhin durch einen starken Wandel geprägt. Um in dem zukünftigen Umfeld weiterhin erfolgreich sein zu können, treibt e-regio die Transformation unvermindert mit höchster Priorität voran. Zur Unterstützung der Mitarbeiter:innen wurde das interne Weiterbildungsprogramm der „e-regio Academy“ weiterentwickelt. Der Veränderungsprozess wird zusätzlich durch die „Transformations-Coaches“ begleitet, die Kollegen:innen als Ansprechpersonen zur Seite stehen und zum Gelingen von Organisations-Veränderungen, Projekten und Prozessverbesserungen beitragen.

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor im Veränderungsprozess stellt die Organisation des Unternehmens dar. Um den Anforderungen eines sich schnell wandelnden Umfeldes gerecht zu werden und die angestrebten Ziele erreichen zu können, hat e-regio im Vorjahr eine umfassende strukturelle Veränderung eingeleitet. In Form einer Matrix-Organisation wurden die Geschäftsfelder neu gegliedert. Im Berichtsjahr erfolgte die Besetzung der Führungsrollen und eine entsprechende Justierung des Verantwortungs- und Rollenkonzepts.

F. Chancen und Risikobericht

1. Risikomanagement

Das Risikomanagement des e-regio Konzerns ist in die unternehmerischen Entscheidungen und Geschäftsprozesse integriert. Es ist darauf ausgerichtet, Risiken möglichst früh zu erkennen bzw. zu vermeiden. Es wird jährlich eine Neubewertung der Risiken in Form einer systematischen Risikoinventur vorgenommen. Hierbei wurden die Risiken identifiziert, bewertet und dokumentiert sowie geeignete Maßnahmen zur Vorsorge getroffen.



Bereits in den Vorjahren wurde als Ergebnis der Prüfung nach § 53 HGrG festgestellt, dass e-regio in geeigneter Weise entsprechende Maßnahmen zur Einrichtung eines Überwachungssystems getroffen hat. Das Überwachungssystem ist geeignet, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen und zu bewerten.

Nach Überprüfung der gegenwärtigen Risikosituation ist festzuhalten, dass im Berichtszeitraum keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken zu verzeichnen sind. Darüber hinaus liegen aus heutiger Sicht auch für die nahe Zukunft keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken, für deren Deckung keine ausreichende Vorsorge getroffen wurde, vor.

2. Ertragsorientierte Risiken

Durch Veränderungen der weltpolitischen Rahmenbedingungen und der konjunkturellen Entwicklung in Deutschland entstehen direkte und indirekte Risiken auf der Beschaffungs- und Absatzseite. So kann beispielsweise ein Handelskrieg mit hohen Zöllen den Energiepreis und den Absatz stark beeinflussen. Zudem führt der im Rahmen der Energiewende forcierte Ausbau von erneuerbaren Energiequellen zu Schwankungen der Erzeugungsmenge und damit zu einer steigenden, untertägigen Volatilität der Beschaffungspreise. Im Jahr 2024 kam es in Deutschland zu mehr als 400 Stunden, in denen negative Strompreise an der Börse gehandelt wurden.

e-regio analysiert und bewertet mögliche Auswirkungen im Rahmen des Risikomanagements und prüft diese fortlaufend anhand verschiedener Szenarien. Insbesondere nur bedingt bzw. nicht einschätzbare Mengenveränderungen aufgrund der Witterungs- und Konjunkturentwicklung oder einer Veränderung des Kundenverhaltens können in Verbindung mit hoher Preisvolatilität zu erheblichen Risiken führen. Neben der Intensivierung des energiewirtschaftlichen Risikomanagements hat e-regio die bilanzielle Risikovorsorge über entsprechende Rückstellungen erhöht.

Ein Risiko resultiert weiterhin aus erhöhten Zahlungs- bzw. Forderungsausfällen aufgrund der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung sowie der weiterhin erhöhten Energiepreise. Um den Risiken entgegenzutreten, liegt im Finanzbereich auch weiterhin ein besonderer Fokus auf dem Forderungsmanagement und der Liquiditätsüberwachung. Es erfolgen regelmäßige Berichte an die Geschäftsführung.

Die Zukunft der Gasverteilnetze steht weiterhin im Fokus der energiewirtschaftlichen Diskussion im Rahmen der Dekarbonisierung des Wärmesektors. Die Bundesnetzagentur hat mit KANU 2.0 die Möglichkeit geschaffen, die Gasnetzinfrastruktur regulatorisch bis zum Jahre 2045 vollständig abzuschreiben. Aktuell ist noch unklar, welche Teile des Leitungsnetzes zukünftig für grüne Gase benötigt werden. Zudem besteht die Gefahr zusätzlicher Kosten durch Rückbauverpflichtungen. Die derzeitige Netzentgeltssystematik wird außerdem dazu führen, dass die bestehenden Netzkosten durch immer weniger Kund:innen getragen werden müssen. e-regio ist derzeit dabei, die zukünftige Nutzung der Netze zu planen. Die Diskussion über die Gasnetze hält derzeit weiterhin an. Da heute noch nicht absehbar ist, wie die Gasnetze in Zukunft genutzt werden können, wurde 2024 keine Abwertung der Gasnetze vorgenommen.

Der Fachkräftemangel stellt aus Sicht von e-regio sowie der gesamten Branche ein wesentliches Risiko für die Umsetzung der Energiewende dar. Mit einer Vielzahl von Maßnahmen arbeiten wir kontinuierlich daran, e-regio als Unternehmen und Arbeitgeber noch attraktiver zu machen. Das aktuelle Feedback aus dem Unternehmen sowie externe Bewertungen zeigen, dass unsere Aktivitäten positiv wahrgenommen werden.

Ein wesentliches Risiko sieht e-regio in der Gewährleistung der IT-Sicherheit. Bereits in der Vergangenheit hat sich die Anzahl der Cyber-Angriffe auf die Unternehmen der Energiebranche erhöht und es ist von einer steigenden Bedrohungslage auszugehen. Aus diesem Grund hat e-regio

auch im zurückliegenden Geschäftsjahr deutlich in die IT-Sicherheit investiert und weitere umfangreiche Maßnahmen umgesetzt. Das implementierte Cyber-Security-Awareness-Training für Mitarbeitende ist ein Bestandteil davon.

3. Chancenbericht

Die Energie-, Mobilitäts- und Wärmewende führt zu einer grundlegenden Veränderung der gesamten Branche und bietet für e-regio eine Vielzahl von sehr guten Wachstumsmöglichkeiten in den einzelnen Geschäftsfeldern. Aus diesem Grund hat die Geschäftsführung den Strategieprozess weiter intensiviert und die strategische Ausrichtung und Positionierung des Unternehmens in den Zukunftsfeldern geschärft. e-regio orientiert sich bei der Ausrichtung des Geschäfts an den folgenden wesentlichen strategischen Fokusfeldern in denen ambitionierte Ziele definiert wurden.

Im Bereich der erneuerbaren Energien treibt e-regio die Energiewende in der Region aktiv voran und realisiert entsprechende Wertschöpfung für das Unternehmen, die Gesellschafter und die Bürger:innen vor Ort. Zu diesem Zweck sind insbesondere hohe Investitionen in Wind- und Solaranlagen geplant, darüber hinaus werden weitere Geschäftsoptionen, wie z. B. Batteriespeicher oder die Erzeugung und der Handel von Biomethan und Wasserstoff, geprüft. Das Leistungsspektrum von e-regio reicht dabei vom Bau und Betrieb sowie der Wartung von Anlagen bis hin zur Direktvermarktung der erzeugten Energiemengen.

Im Rahmen der Wärmewende verfolgt e-regio das Ziel, die Wärmeerzeugung in der Region bis 2040 vollständig zu dekarbonisieren. e-regio arbeitet derzeit sehr intensiv an Lösungen für den Gebäudebestand sowie an Konzepten für klimaneutrale Neubauquartiere, die mit Kooperationspartnern entwickelt und umgesetzt werden. Neben der Planung eines Fernwärmenetzes in Euskirchen, stehen weitere regenerative Nahwärmenetze im Fokus, für die alternative Energiequellen, wie z. B. Erdwärme genutzt werden. Im Rahmen der Wärmeplanung überprüfen wir auch die zukünftige Verwendung unserer heutigen Gasnetze für „grüne Gase“ sowie den Ausbau des Stromnetzes für die teilweise Elektrifizierung des Wärmesektors.

Der Energiehandel wird auch in Zukunft für e-regio von höchster Bedeutung sein. Aus diesem Grund entwickelt e-regio die Kompetenzen und Systeme zielgerichtet für den Energiehandel von morgen weiter. Statt nur Energie am Großhandelsmarkt zu beschaffen, geht es zukünftig darum, Erzeuger und Verbraucher intelligent auf Basis geeigneter Systeme zu vernetzen.

Im Bereich der Privat- und Gewerbekunden sehen wir wachsende Chancen, ausgehend von unserer Kundenbasis im heutigen Kerngeschäft mit Strom und Gas, neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln. Unser Angebot umfasst heute bereits Lösungen für Eigenerzeugung, intelligente Steuerung sowie Elektromobilität. Wir streben einen weiteren Ausbau des Geschäfts an und werden unsere Kundenlösungen hierzu ausbauen. Im bundesweiten Vertrieb ist e-regio mit der LogoEnergie gut positioniert, um die Kundenbasis sowohl im Privat- als auch im Geschäftskundensegment weiter auszubauen.

Auch das Geschäft mit Individualkunden steht weiterhin im Fokus von e-regio. Der Bedarf an nachhaltigen Energie-, Wärme- und Mobilitätslösungen hat auch in diesem Segment deutlich zugenommen. Ziel von e-regio ist es, den regionalen Unternehmen neben der Belieferung mit Strom und Erdgas individuelle Lösungen für eine zukünftig nachhaltige Energieversorgung anzubieten. Die Bandbreite der Dienstleistungen wird hierzu kontinuierlich weiter ausgebaut.

Die Weiterentwicklung der Netzinfrastruktur wird zukünftig weiterhin eine der wesentlichen Aufgaben für e-regio sein, um die Energie- und Wärmewende umsetzen zu können. Insbesondere die Anforderungen an die Verteilnetze für Strom nehmen deutlich zu. Gründe hierfür sind zum einen der weitere Zubau von Erzeugungsanlagen in der Region und zum anderen die fortschreitende Elektrifizierung der Sektoren. Im Hinblick auf den Zuwachs an Wärmepumpen und Elektrofahrzeugen sowie einen höheren Stromverbrauch im Bereich Gewerbe und Industrie müssen die

Stromnetze weiterentwickelt werden. Daher investiert e-regio in hohem Umfang in die Verstärkung und den weiteren Ausbau der Netze sowie in die Digitalisierung der Infrastruktur.

Ein wesentlicher Fokus liegt weiterhin auf der digitalen Transformation des Unternehmens. Daher wird der Aufbau leistungsfähiger Systeme sowie die Digitalisierung von Abläufen und Prozessen in den Geschäftsbereichen systematisch vorangetrieben. Die digitale Kompetenz des Unternehmens sehen wir als einen entscheidenden Erfolgsfaktor für die Zukunft an. Aus diesem Grund wurde die Rolle des Digital Officers geschaffen sowie ein internes Competence Center für die digitale Transformation.

4. Gesamtaussage

Im Geschäftsjahr 2024 stellte sich eine Normalisierung der Energiemärkte ein, wobei sich die Preise für Gas und Strom weiterhin über dem Vorkrisenniveau bewegten. Vor Jahresbeginn erwartete Risiken sind nicht eingetreten, was sich positiv auf die Ergebnisentwicklung auswirkte.

Die Diskussionen um die der Energie- und Wärmewende standen im Geschäftsjahr weiterhin im Fokus. e-regio hat die strategische Ausrichtung vor diesem Hintergrund weiter geschärft, um die nächsten Handlungsschritte zur Umsetzung der Transformation konkret einzuleiten. Die Chancen für die Geschäftsentwicklung in den Sektoren sollen konsequent genutzt werden.

Das Unternehmensergebnis hat sich im Jahr 2024 bei guter Entwicklung des Energiegeschäfts, aufgrund des Wachstums in neuen Geschäftsfeldern sowie durch den Sondereffekt aus dem Verkauf des Gasnetzes Wachtberg gegenüber dem Vorjahr positiv entwickelt. Unter der Voraussetzung weiterhin stabiler Energiemärkte gehen wir von einer sich fortsetzenden guten Geschäfts- und Ergebnisentwicklung aus.

G. Prognosebericht

1. Ausblick

Die Temperaturen im Februar, März und Mai 2025 lagen unter denen der Vorjahresmonate. Diese Witterung in Verbindung mit der Kunden- und Konjunktorentwicklung führte zu einem Gasabsatz bei e-regio in den ersten fünf Monaten von 737 Mio. kWh. Dieses entspricht einem Anstieg von 26 Mio. kWh oder 3,7 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Bis zum Mai 2025 wurde ein Rückgang bei den Stromkund:innen von 1.815 verzeichnet, während gleichzeitig ein Zuwachs bei den Gaskund:innen von 3.401 erzielt werden konnte. Für das Geschäftsjahr 2025 werden auf Basis der aktuellen Kundenentwicklung und dem bisherigen Temperaturverlauf im Gasbereich eine Absatzmenge von rd. 3.092 Mio. kWh und Umsatzerlöse von rd. 266 Mio. € erwartet. In der Sparte Strom wird eine Verkaufsmenge von rd. 715 Mio. kWh geplant, die zu Umsatzerlösen von rd. 198 Mio. Euro führt.

Die Strom- und Gasbezugskosten werden entsprechend dem Bezugsportfolio kalkuliert. Der Preis für CO₂-Zertifikate erhöhte sich zum 1. Januar 2025 um 10 Euro auf 55 Euro je Tonne. Bei den Netzentgelten ist sowohl im Strom- als auch im Gasbereich von einer leichten Steigerung auszugehen.

Für das Jahr 2025 ist ein Investitionsvolumen in die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen von insgesamt 59,1 Mio. Euro geplant. Den Schwerpunkt der Investitionen setzt e-regio zukünftig auf den Ausbau alternativer Wärmekonzepte. Hierfür wurden im Jahr 2025 insgesamt 10,7 Mio. Euro berücksichtigt. Hinzu kommt der Ausbau von Photovoltaikdachanlagen mit 9,0 Mio. Euro. Für das Gasnetz sind aufgrund der veränderten politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen nur noch 3,2 Mio. Euro eingeplant.

Für das Stromnetz sind 24,6 Mio. Euro eingeplant. Hinzu kommen noch Investitionen in das Finanzanlagevermögen von 28,6 Mio. Euro. Hierbei handelt es sich um eine Kapitalerhöhung bei der e-regio Netz von 23,5 Mio. Euro sowie diverse Beteiligungen an geplanten Wind- und Solarparks.

2. Wettbewerb und zukünftige Marktentwicklung

Die Wettbewerbssituation an den Commodity-Märkten hat sich im zurückliegenden Geschäftsjahr wieder intensiviert. Auf den Preisvergleichsportalen zeigt sich wieder eine hohe Anbieterdichte bei deutlicher Preisdifferenzierung am Markt. Hierdurch erhöht sich insbesondere für regionale Energieversorger das Risiko von Kundenabgängen. Auch im Geschäftskundensegment ist eine deutliche Zunahme des Wettbewerbs zu erkennen.

Des Weiteren befördert die anhaltende öffentliche Diskussion zur Umsetzung der Energie-, Mobilitäts- und Wärmewende die Marktentwicklung für nachhaltige Energielösungen. Es ist festzustellen, dass der Wettbewerb weiter an Intensität zunimmt und neue Anbieter mit innovativen Produkten und insbesondere digitalen Lösungen in den Markt eintreten. e-regio hat die eigenen Kundenlösungen in den Bereichen Energie und Wärme, Infrastruktur, Mobilität und Energieeffizienz weiter ausgebaut und legt aktuell einen starken Fokus auf die Strategie- und Produktentwicklung sowie auf den Umsetzungsprozess.

Der e-regio Konzern strebt zukünftig in diesem komplexen und dynamischen Umfeld als kompetenter Begleiter für die Menschen in der Region. Das Unternehmen wird sich als Lösungspartner mit starkem regionalem Bezug im Wettbewerb differenzieren und seiner Kundschaft innovative Lösungen für die Energiewelt von morgen anbieten sowie zukunftsfähige Technologien zur Erzeugung, Speicherung und Steuerung von Energie für die Nutzenden einfach zugänglich machen. Dabei orientiert sich e-regio konsequent am Prinzip der Nachhaltigkeit und setzt sich für die Energiewende ein.

3. Ereignisse nach Ablauf des Geschäftsjahres und Ergebnisprognose

Neben dem anhaltenden Ukraine-Konflikt kann insbesondere die US-amerikanische Handelspolitik einen starken Einfluss auf die Entwicklung der Energiemärkte weltweit haben. Durch Zölle kann es zu steigenden bzw. volatilen Preisen für LNG-Gas kommen. Zudem kann eine konjunkturelle Verschlechterung zu Absatzeinbußen führen.

Die Gasversorgung zeigt sich aktuell stabil und das Preisniveau hat sich an den Gas- und Strommärkten auf höherem Niveau stabilisiert. Es ist jedoch weiterhin mit kurzfristiger Preisvolatilität sowie unsicheren Mengenprognosen zu rechnen. Im Wettbewerb zeigt sich derzeit aufgrund der unterschiedlichen Einkaufsstrategien weiterhin eine wahrnehmbare Preisspreizung, die zu Risiken für die Versorger führt.

In der Ergebnisprognose sind die nach wie vor bestehenden Risiken nur eingeschränkt abschätzbar. Die weitere Entwicklung der weltpolitischen sowie der allgemeinen wirtschaftlichen Lage können nach wie vor Auswirkungen auf das Unternehmensergebnis haben.

Derzeit erwarten wir für die Jahre 2025 und 2026 eine positive Ergebnisentwicklung, die im Wesentlichen aus der weiteren Stabilisierung des Commodity-Geschäfts sowie aus dem Wachstum neuer Geschäftsfelder resultiert. Neben dieser positiven Geschäftsentwicklung berücksichtigt die Prognose wesentliche Sondereffekte (Versicherungsleistungen sowie Buchgewinne aus Asset- und Anteilsverkäufen) und liegt für 2025 bei 26,1 Mio. Euro und für das Jahr 2026 bei 22,1 Mio. Euro. Weitere Sondereinflüsse, welche die wirtschaftliche Lage nach dem Prognosezeitraum beeinflussen könnten, sind derzeit nicht absehbar.

Euskirchen, den 27. August 2025

e-regio GmbH & Co. KG

vertreten durch

e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Markus Böhm

Geschäftsführer

Stefan Dott

Geschäftsführer

Organe und deren Zusammensetzung der Organe

e-regio GmbH & Co. KG

Gesellschafterversammlung:

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Markus Ramers (stv. Stimmführer), LR	Achim Blindert, AV
2. Dominik Schmitz (Stimmführer), CDU	Leo Wolter, CDU

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen folgende Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Markus Ramers, LR	Achim Blindert, AV
2. Annegret Lewak (Stimmführer), SPD	Bernhard Maus, (stv. Stimmführer), CDU

Aufsichtsrat (11 Mitglieder, davon 1 Vertreter des Kreises Euskirchen):

Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat:

Herrn Johannes Esser, CDU

Die Aufsichtsratsbezüge im Geschäftsjahr betragen 46 T€.

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen Herrn Stefan Guhlke, CDU, als Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden.

Geschäftsführung:

Lt. Gesellschaftsvertrag der e-regio GmbH & Co. KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin (e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH) zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet.

e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Gesellschafterversammlung:

Wird durch die e-regio GmbH & Co. KG besetzt.

Geschäftsführung:

Dipl.-Ing. Markus Böhm

Dipl.-Kfm. Stefan Dott

Bezüglich der Angabe der Geschäftsführungsvergütung wird von der Schutzklausel nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsrat der e-regio GmbH & Co.KG gehören von den insgesamt 11 Mitgliedern 3 Frauen (Frauenanteil: 27,27 %) an.

Der Gesellschafterversammlung der e-regio GmbH & Co.KG gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 16,67 %).

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die e-regio GmbH & Co.KG nicht erstellt da die Gesellschaft nicht in den Geltungsbereich fällt.

Nachrichtlich:

*In der Gesellschafterversammlung der e-regio GmbH & Co.KG am 12. Dezember 2024 haben die Gesellschafter der e-regio GmbH & Co.KG der Beteiligung der e-regio GmbH & Co.KG an der **Sun Park Scheven-Kalenberg GmbH & Co.KG** als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von bis zu 2.100.000 € zugestimmt. Des Weiteren stimmten die Gesellschafter der e-regio GmbH & Co.KG der Beteiligung der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin an der Sun Park Scheven-Kalenberg GmbH & Co.KG zu. Die Zustimmung des Kreistages des Kreis Euskirchen erfolgte mit Beschluss V 592/2024 am 02. Oktober 2024. Mit Schreiben vom 10. Oktober 2024 erfolgte die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung Köln und die Genehmigung am 17. Dezember 2024. Die Gesellschaft wurde am 28. Februar 2025 gegründet.*

*In der Gesellschafterversammlung der e-regio GmbH & Co.KG am 10. Juli 2025 haben die Gesellschafter der Gründung der **Genossenschaft Energiewende Rhein-Eifel eG** und dem Beitritt der e-regio GmbH & CO.KG mit einem Genossenschaftsanteil von 5.000,00 € beschlossen. Die Zustimmung des Kreistages des Kreises Euskirchen erfolgte mit Beschluss V 705/2025 am 02. Juli 2025. Mit Schreiben vom 10. Juli 2025 erfolgte die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung Köln.*

*In der Gesellschafterversammlung der e-regio GmbH & Co.KG am 10. Juli 2025 haben die Gesellschafter die Verschmelzung der **Stromnetz Euskirchen GmbH & Co.KG** und der **Stromnetz Euskirchen Verwaltungs-GmbH** auf die **e-regio Netz GmbH** beschlossen. Die Zustimmung des Kreistages des Kreises Euskirchen erfolgte mit Beschluss V 700/2025 am 02. Juli 2025. Mit Schreiben vom 10. Juli 2025 erfolgte die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung Köln und die Genehmigung am 01. September 2025. Die Verschmelzung der Gesellschaften ist, von Seiten den Geschäftsführern der e-regio GmbH & Co.KG, im Jahr 2026 rückwirkend zum 01. Januar 2026 vorgesehen.*

Beteiligungen der e-regio GmbH & Co. KG (e-regio)

Die e-regio und ihre Tochterunternehmen sind innerhalb einer Konzernstruktur und im Rahmen des Leistungsaustauschs eng miteinander verbunden.

Die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter vertritt die e-regio in den Gesellschafterversammlungen der Tochterunternehmen. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

Bei den mittelbaren Beteiligungen der e-regio wird aus Übersichtlichkeitsgründen nur bei Gesellschaften berichtet, die im Kreisgebiet tätig sind oder hierzu einen unmittelbaren Bezug haben und nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Von einer ausführlichen Berichterstattung wird bei den folgenden Gesellschaften abgesehen:

- eegon – Eifel-Energiegesellschaft eG
- Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungs-GmbH
- Dienstleistungsgenossenschaft Eifel eG, Schleiden (untergeordnete Bedeutung)
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG
 - Green Gecco Verwaltungs GmbH
 - Green Gecco GmbH & Co. KG
 - An Suidhe Wind Farm Ltd.
 - WINKRA Süderdeich Windparkbetriebsgesellschaft mbH
 - WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH
 - RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH (Windpark Düşorner Heide)
 - RWE Innogy Windpark GmbH (Windpark Titz)
- EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll Verwaltungs-GmbH
- EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll GmbH & Co. KG
- Gasnetz Bornheim GmbH & Co. KG
- Gasnetz Bornheim Verwaltungs-GmbH
- Propan Rheingas GmbH & Co. KG
- Propan Rheingas GmbH
- SE Sauber Energie GmbH & Co. KG
- SE Sauber Energie Verwaltungs-GmbH
- Peter Zeiler & Partner Ingenieurgesellschaft mbH
- Versorger-Allianz 450 GmbH & Co.KG
 - 450 connect GmbH

3.4.1.8.1 e-regio Netz GmbH

Basisdaten

Anschrift: Hindenburgstr. 13, 53925 Kall
Internet: www.e-regio-netz.de
Gründungsjahr: 30. November 1933

Die Umfirmierung von Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH in e-regio Netz GmbH erfolgte mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 14. Dezember 2020 und Eintragung in das Handelsregister am 11. Mai 2021.

Zweck der Beteiligung

Versorgung mit Energie sowie Planung, Bau und Betrieb von Energiefortleitungsanlagen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung NRW.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung der e-regio Netz GmbH am 12. Dezember 2024 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 11. Dezember 2024 (V 623/2024) wurde der Gesellschaftsvertrag der e-regio Netz GmbH an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG angepasst. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 108 Abs. 5 b) GO NRW erfolgte am 16. Dezember 2024 und die Genehmigung am 05. Dezember 2025.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter ab 01.01.2019	Stammkapital - €	Anteil - %
e-regio GmbH & Co. KG	3.100.000	100,00
Summe	3.100.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

e-regio Netz GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.754.734	204.426	211.230	3.550.308
Sachanlagen	46.823.013	37.847.285	32.326.324	8.975.728
	50.577.747	38.051.711	32.537.554	12.526.036
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.097.698	6.525.491	3.537.674	3.572.208
Liquide Mittel	1.063.694	439.303	9.458.098	624.391
	11.161.393	6.964.793	12.995.771	4.196.599
C Rechnungsabgrenzungsposten	2.564	0	39.003	2.564
Summe Aktiva	61.741.703	45.016.505	45.572.328	16.725.199
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	3.100.000	3.100.000	3.100.000	0
Kapitalrücklage	37.897.955	22.397.955	16.797.955	15.500.000
Gewinnrücklagen	4.599.791	4.599.791	4.599.791	0
	45.597.746	30.097.746	24.497.746	15.500.000
B Sonderposten	2.330.857	2.194.261	2.061.278	136.596
C Rückstellungen	7.186.718	5.711.497	8.389.650	1.475.221
D Verbindlichkeiten	6.626.382	7.013.001	10.623.654	-386.618
Summe Passiva	61.741.703	45.016.505	45.572.328	16.725.199

Bürgschaften

Es bestehen folgende Haftungsverhältnisse aus Bürgschaftsverpflichtungen:

Darlehen der e-regio vom 28. Januar 2015, Stand zum 31. Dezember 2024: 119,5 T€

e-regio Netz GmbH					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	26.729.451	23.555.379	22.287.293	3.174.071
2	Sonstige betriebliche Erträge	655.334	3.011.909	543.106	-2.356.574
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	12.020.813	8.260.060	8.580.685	3.760.753
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	10.762	7.432	100.781	3.330
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	12.010.051	8.252.628	8.479.904	3.757.423
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	383.344	182.277	237.630	201.067
	a) Löhne und Gehälter	175.706	144.109	186.853	31.597
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	207.638	38.167	50.776	169.470
5	Abschreibungen	3.259.590	2.132.642	2.013.568	1.126.948
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.446.706	9.793.953	9.516.516	-347.247
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	102.047	62.124	7.290	39.923
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	77.271	37.124	367.073	40.147
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Ergebnis nach Steuern	2.299.109	6.223.357	2.122.218	-3.924.248
10	Sonstige Steuern	17.945	117.270	17.174	-99.325
11	Gewinnabführung	2.281.164	6.106.087	2.105.044	-3.824.922
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	0

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	73,85	66,86	6,99
Eigenkapitalrentabilität	5,00	20,29	-15,28
Anlagendeckungsgrad	90,15	79,10	11,06
Verschuldungsgrad 2	30,29	42,28	-11,98
Umsatzrentabilität	8,53	25,92	-17,39

Personalbestand

Geschäftsjahr	2024	2023	2022	Erläuterung
Anzahl	0	0	1	

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der e-regio Netz GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

Diplom-Volkswirt Alessandro Lanfranconi
Doktor-Ingenieur Pascal Köhn

Die Geschäftsführung hat von der Gesellschaft für ihre Tätigkeiten im Geschäftsjahr 2024 keine Vergütung erhalten.

Nachrichtlich:

In der Gesellschafterversammlung der e-regio GmbH & Co.KG am 10. Juli 2025 haben die Gesellschafter die Verschmelzung der Stromnetz Euskirchen GmbH & Co.KG und der Stromnetz Euskirchen Verwaltungs-GmbH auf die e-regio Netz GmbH beschlossen. Die Zustimmung des Kreistages des Kreises Euskirchen erfolgte mit Beschluss V 700/2025 am 02. Juli 2025. Mit Schreiben vom 10. Juli 2025 erfolgte die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung Köln und die Genehmigung am 01. September 2025. Die Verschmelzung der Gesellschaften ist, von Seiten der Geschäftsführung der e-regio GmbH & Co.KG, im Jahr 2026 rückwirkend zum 01. Januar 2026 vorgesehen.

3.4.1.8.2 LOGOEnergie GmbH

Basisdaten

Anschrift: Münsterstrasse 9, 53881 Euskirchen
Internet: www.logoenergie.de
Gründungsjahr: 12. Mai 2010

Zweck der Beteiligung

Beschaffung und Verkauf von Energie für Endverbraucher, insbesondere Erdgas, Flüssiggas, Strom und erneuerbare Energien sowie Lieferung von Wärme an Endkunden.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung der LOGOEnergie GmbH am 12. Dezember 2024 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 11. Dezember 2024 (V 623/2024) wurde der Gesellschaftsvertrag der LOGO Energie GmbH an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG angepasst. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 108 Abs. 5 b) GO NRW erfolgte am 16. Dezember 2024 und die Genehmigung am 05. Dezember 2025.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
e-regio GmbH & Co. KG	25.000	100,00
Summe	25.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

LOGOEnergie GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Vorräte	12.231.429	9.276.025	9.983.416	2.955.404
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	60.115.312	46.840.406	26.378.480	13.274.906
Liquide Mittel	15.671.631	55.375.843	35.143.153	-39.704.211
	88.018.372	111.492.274	71.505.050	-23.473.902
Summe Aktiva	88.018.372	111.492.274	71.505.050	-23.473.902
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
	25.000	25.000	25.000	0
B Rückstellungen	29.895.500	22.053.000	16.654.600	7.842.500
C Verbindlichkeiten	58.097.872	89.414.274	54.825.450	-31.316.402
Summe Passiva	88.018.372	111.492.274	71.505.050	-23.473.902

LOGOEnergie GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	232.323.342	261.249.494	168.160.242	-28.926.152
2	Sonstige betriebliche Erträge	520.431	564.858	286.862	-44.427
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	211.634.127	243.237.973	160.163.585	-31.603.846
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	149.248.810	191.549.394	115.088.451	-42.300.584
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	62.385.316	51.688.579	45.075.134	10.696.738
4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.792.368	3.377.779	3.336.908	2.414.589
5	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	347.688	1.125	4.996	346.563
6	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	38	0	-38
7	Ergebnis nach Steuern	15.764.966	15.199.687	4.951.606	565.279
8	Sonstige Steuern	0	-1.788	-164	1.788
9	Gewinnabführung	15.764.966	15.201.475	4.951.770	+ 563.491
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-0

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	0,03	0,02	0,01
Eigenkapitalrentabilität	./.	./.	./.
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	./.	./.	./.
Umsatzrentabilität	6,41	5,51	0,90

Personalbestand

Die LOGO hat keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der LOGOEnergie GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

Dipl.-Volkswirt Alessandro Lanfranconi
Dipl.-Wirtschaftsingenieur Christian Krebs

Die Geschäftsführung hat von der Gesellschaft für ihre Tätigkeit in 2024 keine Vergütung erhalten.

3.4.1.8.3 Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG und Stromnetz Euskirchen Verwaltungs-GmbH

Basisdaten

Anschrift: Münsterstrasse 9, 53881 Euskirchen
Internet: www.e-regio.de
Gründungsjahr: 30 Juni 2015

Zweck der Beteiligung

STROMNETZ EUSKIRCHEN GMBH & CO. KG:

Betrieb, Instandhaltung und Ausbau des örtlichen Stromverteilnetzes in Euskirchen.

STROMNETZ EUSKIRCHEN VERWALTUNGS-GMBH:

Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Mit den Beschlüssen der Gesellschafterversammlungen der Stromnetz Euskirchen GmbH & Co.KG und der Stromnetz Euskirchen GmbH am 12. Dezember 2024 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 11. Dezember 2024 (V 623/2024) wurden die Gesellschaftsverträge der Stromnetz Euskirchen GmbH & Co.KG und der Stromnetz Euskirchen GmbH an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG angepasst. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 108 Abs. 5 b) GO NRW erfolgte am 16. Dezember 2024 und die Genehmigung am 05. Dezember 2025.

Beteiligungsverhältnisse

STROMNETZ EUSKIRCHEN GMBH & CO. KG

Gesellschafter bis 31.12.2024	Stammkapital - €	Anteil- %
<u>Komplementärin</u>		
Stromnetz Euskirchen Verwaltungs-GmbH		
<u>Kommanditisten</u>		
e-regio GmbH & Co. KG	2.839.626,57	74,90
Westenergie AG	951.597,16	25,10
Summe	3.791.223,73	100,00

Im Konsortialvertrag vom 30. Juni 2015 wurde vereinbart, dass die e-regio GmbH & Co. KG die Anteile der Westenergie AG an der Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG in Höhe von 25,10 % erwerben soll. Mit wirtschaftlicher Wirkung zum Ablauf des 31. Dezember 2024 hat die Westenergie AG ihre Kommanditbeteiligung an der Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG an die e-regio GmbH & Co.KG veräußert. Die Veräußerung ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Bonn unter HRA 5884 eingetragen. Ab dem 31. Dezember 2024 ist die e-regio GmbH & Co.KG alleinige Kommanditistin der Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG.

Gesellschafter ab 31.12.2024	Stammkapital - €	Anteil- %
<u>Komplementärin</u>		
Stromnetz Euskirchen Verwaltungs-GmbH		
<u>Kommanditisten</u>		
e-regio GmbH & Co. KG	3.791.223,73	100,00
Summe	3.791.223,73	100,00

STROMNETZ EUSKIRCHEN VERWALTUNGS-GMBH

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG	25.000,00	100,00
Summe	25.000,00	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	11.822.915	10.910.860	10.007.852	912.055
Finanzanlagen	25.000	25.000	25.000	0
	11.847.915	10.935.860	10.032.852	912.055
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.031.637	636.235	620.501	395.402
Liquide Mittel	133.744	77.293	79.573	56.451
	1.165.380	713.528	700.074	451.852
Summe Aktiva	13.013.296	11.649.388	10.732.927	1.363.908
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Kapitalanteile	3.791.224	3.791.224	3.791.224	0
Gewinnrücklage	403.190	669.598	627.736	-266.408
	4.194.414	4.460.822	4.418.960	-266.408
B Rückstellungen	405.898	18.048	8.970	387.849
C Verbindlichkeiten	6.252.967	4.957.152	4.088.657	1.295.815
D Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	2.160.018	2.213.366	2.216.340	-53.348
Summe Passiva	13.013.296	11.649.388	10.732.927	1.363.908

Stromnetz Euskirchen Verwaltungs-GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.210	3.688	4.236	522
Liquide Mittel	44.213	42.759	40.430	1.454
	48.423	46.447	44.666	1.976
Summe Aktiva	48.423	46.447	44.666	1.976
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	17.769	15.665	13.560	2.104
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.104	2.104	2.104	-0
	44.874	42.769	40.665	2.104
B Rückstellungen	2.526	2.641	2.726	-115
C Verbindlichkeiten	1.023	1.036	1.275	-13
Summe Passiva	48.423	46.447	44.666	1.976

Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	3.522.084	3.700.871	3.489.928	-178.787
2	Sonstige betriebliche Erträge	451.994	0	69	451.994
3	Materialaufwand, davon:	1.811.054	1.879.271	1.779.623	-68.217
	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.811.054	1.879.271	1.779.623	-68.217
4	Abschreibungen	1.062.130	975.010	900.029	87.119
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	74.457	78.755	92.127	-4.298
6	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	55.566	24.553	20.841	31.014
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
7	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	457.135	73.684	69.639	383.451
8	Ergebnis nach Steuern	513.737	669.598	627.736	-155.862
9	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	513.737	669.598	627.736	-155.862

Stromnetz Euskirchen Verwaltungs-GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	6.038	5.599	6.059	439
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.538	3.099	3.559	439
3	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	396	396	396	0
4	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	2.104	2.104	2.104	0

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	32,23	38,29	-6,06
Eigenkapitalrentabilität	12,25	15,01	-2,76
Anlagendeckungsgrad	35,40	40,79	-5,39
Verschuldungsgrad 2	158,76	111,53	47,22
Umsatzrentabilität	14,59	18,09	-3,51

Personalbestand

Die Gesellschaften haben keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

STROMNETZ EUSKIRCHEN GMBH & CO. KG

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

Lt. Gesellschaftsvertrag der Stromnetz Euskirchen GmbH & Co. KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet.

STROMNETZ EUSKIRCHEN VERWALTUNGS-GMBH

Geschäftsführung:

Dipl. - Ing. Thomas Lehmann (bis 31. Dezember 2024)

Dipl. - Ing. Markus Böhm

Die Geschäftsführung erhält von der Gesellschaft keine Bezüge.

Nachrichtlich:

In der Gesellschafterversammlung der e-regio GmbH & Co.KG am 10. Juli 2025 haben die Gesellschafter die Verschmelzung der Stromnetz Euskirchen GmbH & Co.KG und der Stromnetz Euskirchen Verwaltungs-GmbH auf die e-regio Netz GmbH beschlossen. Die Zustimmung des Kreistages des Kreises Euskirchen erfolgte mit Beschluss V 700/2025 am 02. Juli 2025. Mit Schreiben vom 10. Juli 2025 erfolgte die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung Köln und die Genehmigung am 01. September 2025. Die Verschmelzung der Gesellschaften ist, von Seiten der Geschäftsführung der e-regio GmbH & Co.KG, im Jahr 2026 rückwirkend zum 01. Januar 2026 vorgesehen.

3.4.1.8.4 e-regio Energiekonzepte GmbH (vormals: KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH)

Basisdaten

Anschrift: Hindenburgstr. 13, 53925 Kall
Internet: www.e-regio-energiekonzepte.de
Gründungsjahr: 16. September 2011

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung am 17. Mai 2023 erfolgte die Umfirmierung der Gesellschaft in e-regio Energiekonzepte GmbH (vormals: KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH). Der Gesellschaftsvertrag wurde entsprechend in § 1 Ziffer 1 angepasst. Die Eintragung ins Handeregister erfolgte am 12. Juni 2023.

Zweck der Beteiligung

Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin ohne Stimmrecht und ohne Kapitalanteil an einer oder mehreren Projekt- und/oder Beteiligungsgesellschaften in der Rechtsform der GmbH & Co. KG. Gegenstand der vorgenannten Kommanditgesellschaft(en) sind sämtliche Aktivitäten auf dem Gebiet der Erzeugung und Bereitstellung von Energie aus regenerativen Energieträgern in Deutschland. Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere die Entwicklung, Planung, Bau und/oder Betrieb von Anlagen zur Energieerzeugung sowie Entwicklung, Planung, Bau und Dienstleistung / Andienung von Effizienzthemen. Dazu gehört insbesondere die Erbringung von mehrstufigen Energieberatungsleistungen zur Ermittlung von Einsparpotentialen (Basis-/Schwachstellenanalyse, energietechnische Empfehlungen, Installation von Energiemanagementsystemen) und deren Realisierung.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung der e-regio Energiekonzepte GmbH am 12. Dezember 2024 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 11. Dezember 2024 (V 623/2024) wurde der Gesellschaftsvertrag der e-regio Energiekonzepte GmbH an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG angepasst. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 108 Abs. 5 b) GO NRW erfolgte am 16. Dezember 2024 und die Genehmigung am 05. Dezember 2025.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter bis 18.12.2024	Stammkapital - €	Anteil - %
e-regio GmbH & Co. KG	12.750	51,00
PE Becker GmbH	12.250	49,00
Summe	25.000	100,00

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung am 12. Dezember 2024 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 02. Oktober 2024 (V 593/2024) stimmten die Gesellschafter der e-regio GmbH & Co. KG und der Kreistag des Kreises Euskirchen dem Erwerb des Geschäftsanteils (49%) der PE Becker GmbH an der e-regio Energiekonzepte GmbH durch die e-regio Energiekonzepte GmbH (Erwerb eines eigenen Anteils) zu. Die Genehmigung der Bezirksregierung Köln erfolgte am 13. Dezember 2024. Mit Kaufvertrag vom 18. Dezember 2024 sind die Anteile der PE Becker GmbH an der e-regio Energiekonzepte GmbH auf die e-regio Energiekonzepte GmbH übergegangen.

Gesellschafter ab 18.12.2024	Stammkapital - €	Anteil - %
e-regio GmbH & Co. KG	12.750	51,00
Eigene Anteile	12.250	49,00
Summe	25.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

e-regio Energiekonzepte GmbH (vormals: KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH) - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	367	412	456	-45
	367	412	456	-45
B Umlaufvermögen				
Vorräte	433.567	132.322	0	301.245
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.028.601	1.009.049	883.859	19.551
Liquide Mittel	872.507	2.654.493	2.640.506	-1.781.986
	2.334.675	3.795.864	3.524.365	-1.461.190
C Rechnungsabgrenzungsposten	0	4.163	0	-4.163
Summe Aktiva	2.335.042	3.800.439	3.524.821	-1.465.398
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Eigene Anteile	-12.250	0	0	-12.250
Kapitalrücklage	400.000	400.000	400.000	0
abzgl. Verrechnung aufgrund Erwerb eigener Anteile	-400.000	0	0	-400.000
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.460.634	2.370.691	2.356.603	-910.057
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	77.473	93.297	14.087	-15.825
	1.550.857	2.888.988	2.795.691	-1.338.131
B Rückstellungen	5.800	5.600	62.815	200
C Verbindlichkeiten	778.385	905.851	666.315	-127.466
Summe Passiva	2.335.042	3.800.439	3.524.821	-1.465.398

e-regio Energiekonzepte GmbH (vormals: KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH) - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	944.862	988.171	971.079	-43.309
2	Bestandsveränderungen	301.245	132.322	0	168.923
3	Sonstige betriebliche Erträge	14.731	59.864	12.600	-45.133
4	Materialaufwand, davon:	574.180	539.612	372.776	34.568
	Aufwendungen für bezogene Leistungen	574.180	539.612	372.776	34.568
5	Abschreibungen	45	44	45	1
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	620.394	520.467	542.758	99.927
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	51.010	20.960	0	30.050
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	31.000	0
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	39.757	47.896	23.013	-8.139
10	Ergebnis nach Steuern	77.473	93.297	14.087	-15.825
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	77.473	93.297	14.087	-15.825

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	66,42	76,02	-9,60
Eigenkapitalrentabilität	5,00	3,23	1,77
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	50,56	31,55	19,02
Umsatzrentabilität	7,84	9,44	-1,60

Personalbestand

Die e-regio Energiekonzepte GmbH hat keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der e-regio Energiekonzepte GmbH (vormals: KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH). In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Markus Mertgens (bis 29. Oktober 2024)

Dipl.-Ing. Markus Böhm (ab 30. Oktober 2024)

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge.

3.4.1.8.5 ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH

Basisdaten

Anschrift: Hindenburgstrasse 13, 53925 Kall

Gründungsjahr: 18. Juni 2019

Zweck der Beteiligung

Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin ohne Stimmrecht und ohne Kapitalanteil an, im Bereich erneuerbare Energien tätigen Projektgesellschaften, zunächst an der Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG, der Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG, der Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG und der Sun Park Weilerswist GmbH & Co. KG.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH am 12. Dezember 2024 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 11. Dezember 2024 (V 623/2024) wurde der Gesellschaftsvertrag der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG angepasst. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 108 Abs. 5 b) GO NRW erfolgte am 16. Dezember 2024 und die Genehmigung am 05. Dezember 2025.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter ab 01.01.2019	Stammkapital - €	Anteil - %
e-regio GmbH & Co. KG	25.000	100,00
Summe	25.000	100,00

Der Kreistag hat am 20. September 2023 der Beteiligung der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH an der Sun Park Weilerswist GmbH & Co. KG als persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) ohne Kapitalanteil zugestimmt (V 451/2023). Die Gründung erfolgte am 15. März 2024.

Nachrichtlich:

Der Kreistag hat am 02. Oktober 2024 der Beteiligung der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH an der Sun Park Scheven-Kalenberg GmbH & Co. KG als persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) ohne Kapitalanteil zugestimmt (V 592/2024). Die Gründung der Gesellschaft erfolgt am 28. Februar 2025.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	15.772	5.413	5.253	10.360
Liquide Mittel	57.635	59.812	46.884	-2.177
	73.407	65.224	52.137	8.183
Summe Aktiva	73.407	65.224	52.137	8.183
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	31.264	24.257	17.373	7.007
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	9.217	7.007	6.883	2.210
	65.481	56.264	49.257	9.217
B Rückstellungen	2.537	2.103	2.042	434
C Verbindlichkeiten	5.390	6.858	839	-1.468
Summe Passiva	73.407	65.224	52.137	8.183

ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	27.380	25.406	24.958	1.974
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	16.431	17.082	16.757	-651
3	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.732	1.317	1.318	415
4	Ergebnis nach Steuern	9.217	7.007	6.883	2.210
5	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	9.217	7.007	6.883	2.210

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	89,20	86,26	2,94
Eigenkapitalrentabilität	14,08	12,45	1,62
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	12,11	15,93	-3,82
Umsatzrentabilität	./.	./.	./.

Personalbestand

Die Gesellschaft hat keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der ESP Sun Park Verwaltungs-GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Markus Mertgens	(bis 29. Oktober 2024)
Dipl.-Volkswirt Alessandro Lanfranconi	(ab 30. Oktober 2024)

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge.

3.4.1.8.6 Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift: Bergstr. 1, 53894 Mechernich

Gründungsjahr: 16. September 2011

Zweck der Beteiligung

Planung, Errichtung und Betrieb von Photovoltaikanlagen einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Photovoltaikanlagen nebst zugehörigen Rechtsverhältnissen, voraussichtlich mit Wirkung zum 31. Dezember 2031.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung der Sun Park Kalenberg GmbH & Co.KG am 12. Dezember 2024 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 11. Dezember 2024 (V 623/2024) wurde der Gesellschaftsvertrag der Sun Park Kalenberg GmbH & Co.KG an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG angepasst. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 108 Abs. 5 b) GO NRW erfolgte am 16. Dezember 2024 und die Genehmigung am 05. Dezember 2025.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter ab 01.01.2019	Stammkapital - €	Anteil - %
<u>Komplementärin</u>		
ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH		
<u>Kommanditisten</u>		
e-regio GmbH & Co. KG	158.100	51,00
Stadt Mechernich	151.900	49,00
Summe	310.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	2.658.692	3.062.225	3.465.758	-403.533
	2.658.692	3.062.225	3.465.758	-403.533
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	127.916	83.780	17.896	44.136
Liquide Mittel	829.817	974.234	1.282.437	-144.417
	957.733	1.058.014	1.300.333	-100.281
Summe Aktiva	3.616.425	4.120.239	4.766.091	-503.814
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	310.000	310.000	310.000	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	109.522	143.810	305.064	-34.288
	419.522	453.810	615.064	-34.288
B Rückstellungen	99.200	113.100	171.830	-13.900
C Verbindlichkeiten	3.097.703	3.553.329	3.979.197	-455.625
Summe Passiva	3.616.425	4.120.239	4.766.091	-503.814

Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	787.949	885.596	1.144.975	-97.647
2	Sonstige betriebliche Erträge	23.705	1.094	796	22.611
3	Materialaufwand, <u>davon</u> :	38.161	53.151	54.223	-14.990
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	5.620	12.456	5.090	-6.835
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	32.541	40.695	49.134	-8.155
4	Abschreibungen	403.533	403.533	403.534	0
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	112.396	104.392	136.834	8.004
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13.184	5.885	822	7.299
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	139.247	155.337	173.533	-16.090
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	21.980	32.352	73.407	-10.372
9	Ergebnis nach Steuern	109.522	143.810	305.063	-34.288
10	Sonstige Steuern	0	0	-2	0
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	109.522	143.810	305.064	-34.288

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	11,60	11,01	0,59
Eigenkapitalrentabilität	26,11	31,69	-5,58
Anlagendeckungsgrad	113,75	115,34	-1,60
Verschuldungsgrad 2	762,04	807,92	-45,89
Umsatzrentabilität	13,90	16,24	-2,34

Personalbestand

Die Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG hat keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH:

Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Markus Mertgens (bis 29. Oktober 2024)

Dipl.-Volkswirt Alessandro Lanfranconi (ab 30. Oktober 2024)

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge.

Die geschäftsführende Gesellschaft erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine feste jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500 € zzgl. einer jährlichen Indizierung von 1,5 %, die jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres zu zahlen ist.

3.4.1.8.7 Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift: Blankenheimer Strasse 2, 53937 Schleiden

Gründungsjahr: 30. August 2013

Zweck der Beteiligung

Planung, Errichtung und der Betrieb von Photovoltaikanlagen einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Photovoltaikanlagen nebst zugehörigen Rechtsverhältnissen.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung der Sun Park Herhahn GmbH & Co.KG am 12. Dezember 2024 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 11. Dezember 2024 (V 623/2024) wurde der Gesellschaftsvertrag der Sun Park Herhahn GmbH & Co.KG an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG angepasst. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 108 Abs. 5 b) GO NRW erfolgte am 16. Dezember 2024 und die Genehmigung am 05. Dezember 2025.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter ab 01.01.2019	Stammkapital - €	Anteil - %
<u>Komplementärin</u>		
ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH		
<u>Kommanditisten</u>		
e-regio GmbH & Co. KG	120.000	33,33
eegon Eifel Energiegenossenschaft eG	120.000	33,33
Stadt Schleiden	120.000	33,33
Summe	360.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	1.575.920	1.757.757	1.939.594	-181.837
	1.575.920	1.757.757	1.939.594	-181.837
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	66.538	40.502	7.380	26.035
Liquide Mittel	345.960	623.542	753.594	-277.582
	412.498	664.045	760.973	-251.547
Summe Aktiva	1.988.418	2.421.802	2.700.567	-433.384
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	360.000	360.000	360.000	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	66.221	92.266	179.215	-26.045
	426.221	452.266	539.215	-26.045
B Rückstellungen	52.300	59.900	86.600	-7.600
C Verbindlichkeiten	1.509.897	1.909.636	2.074.752	-399.739
Summe Passiva	1.988.418	2.421.802	2.700.567	-433.384

Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	422.070	456.660	601.480	-34.590
2	Sonstige betriebliche Erträge	12.361	352	0	12.009
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	16.606	20.701	44.166	-4.095
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	6.126	8.045	10.593	-1.918
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	10.480	12.657	33.573	-2.177
4	Abschreibungen	181.837	181.837	181.837	0
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	79.078	74.761	93.382	4.317
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	856	800	0	56
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	79.525	69.166	61.934	10.358
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	12.020	19.081	40.948	-7.061
9	Ergebnis nach Steuern	66.221	92.266	179.213	-26.045
10	Sonstige Steuern	0	0	-2	0
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	66.221	92.266	179.215	-26.045

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	21,44	18,67	2,76
Eigenkapitalrentabilität	15,54	20,40	-4,86
Anlagendeckungsgrad	109,54	118,43	-8,89
Verschuldungsgrad 2	366,52	435,48	-68,96
Umsatzrentabilität	15,69	20,20	-4,51

Personalbestand

Die SPH hat keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH:

Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Markus Mertgens (bis 29. Oktober 2024)

Dipl.-Volkswirt Alessandro Lanfranconi (ab 30. Oktober 2024)

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge.

Die geschäftsführende Gesellschaft erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine feste jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500 € zzgl. einer jährlichen Indizierung von 1,5 %, die jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres zu zahlen ist.

3.4.1.8.8 Sun Park Weilerswist GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift: Hindenburgstraße 13, 53925 Kall
Gründungsjahr: 15. März 2024

Zweck der Beteiligung

Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur regenerativen Energieerzeugung im Kreis Euskirchen, im Rhein-Sieg-Kreis und im Rhein-Erft-Kreis, einschließlich der Veräußerung der aus dem Betrieb der Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz oder der mittelbaren oder unmittelbaren Speicherung oder Umwandlung. Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand das Ziel der Sicherung einer nachhaltigen örtlichen Energieversorgung.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung der Sun Park Weilerswist GmbH & Co.KG am 12. Dezember 2024 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 11. Dezember 2024 (V 623/2024) wurde der Gesellschaftsvertrag der Sun Park Weilerswist GmbH & Co.KG an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG angepasst. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 108 Abs. 5 b) GO NRW erfolgte am 16. Dezember 2024 und die Genehmigung am 05. Dezember 2025.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

Mit Umlaufbeschluss vom 05. September 2023 haben die Gesellschafter der e-regio GmbH & Co.KG der Beteiligung der e-regio GmbH & Co.KG an der Sun Park Weilerswist GmbH & Co.KG als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von bis zu 1.650.000 € zugestimmt. Des Weiteren stimmten die Gesellschafter der e-regio GmbH & Co.KG der Beteiligung der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin an der Sun Park Weilerswist GmbH & Co.KG zu. Die Zustimmung des Kreistages des Kreises Euskirchen erfolgte mit Beschluss V 451/2023 am 20. September 2023. Mit Schreiben vom 09. Oktober 2023 erfolgte die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung Köln und die Genehmigung am 18. Januar 2024. Die Gesellschaft wurde am 22. Februar 2024 gegründet und am 15. März 2024 in das Handelsregister eingetragen. Mit Beschluss V 591/2024 stimmte der Kreistag des Kreises Euskirchen am 02. Oktober 2024 der Erhöhung der Kommanditeinlage auf bis zu 3.000.000 € zur Erweiterung des „Solarpark Weilerswist – Neuheim“ zu. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung erfolgte am 10. Oktober 2024 und die Genehmigung am 18. Dezember 2024.

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
<u>Komplementärin</u>		
ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH		
<u>Kommanditisten</u>		
e-regio GmbH & Co. KG	500	100,00
Summe	500	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Sun Park Weilerswist GmbH & Co. KG - Bilanz -			
Werte zum 31. Dezember	2024	15.03.2024	Veränderung Berichtsjahr zur Eröffnungsbilanz
	€	€	€
Aktiva			
A Umlaufvermögen			
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	479	0	479
Liquide Mittel	19.975	500	19.475
	20.453	500	19.953
B Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	7.158	0	7.158
Summe Aktiva	27.611	500	27.111
Passiva			
A Eigenkapital			
Kapitalanteile	500	500	0
Verlustvortragskonten der Kommanditisten	-7.658	0	-7.658
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	7.158	0	7.158
	0	500	-500
B Rückstellungen	3.700	0	3.700
C Verbindlichkeiten	23.911	0	23.911
Summe Passiva	27.611	500	27.111

Sun Park Weilerswist GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -		
		Rumpfgeschäftsjahr 15. März 2024 bis 31. Dezember 2024
	Position	€
1	Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.658
2	Ergebnis nach Steuern	-7.658
3	Belastung auf Verlustvortragskonten	7.658
4	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0

Kennzahlen

./.

Personalbestand

Die SPW hat keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der Sun Park Weilerswist GmbH & Co. KG. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es

liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH, vertreten durch ihren Geschäftsführer Herr Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Markus Mertgens (bis zum 29. Oktober 2024) bzw. Herr Dipl. Volkswirt Alessandro Lanfranchi (ab 30. Oktober 2024).

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge.

Die geschäftsführende Gesellschaft erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine feste jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500 € zzgl. einer jährlichen Indizierung von 1,5 % ab dem 2. vollen Geschäftsjahr, die jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres zu zahlen ist.

3.4.1.8.9 Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift: Hindenburgstrasse 13, 53925 Kall

Gründungsjahr: 15. August 2012

Zweck der Beteiligung

Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien einschließlich der Veräußerung der aus den Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz, die Erbringung von Versorgungsleistungen im Energiebereich und die mit diesem Bereich unmittelbar verbundenen Dienstleistungen, die dem Hauptzweck dienen sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft betriebenen Anlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse. Die Gesellschaft betreibt aktuell eine Freiflächenanlage und zwei Dachanlagen auf dem Gebiet des Abfallwirtschaftszentrums des Kreises Euskirchen.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung der Nordeifeler Regenerative GmbH & Co.KG am 12. Dezember 2024 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 11. Dezember 2024 (V 623/2024) wurde der Gesellschaftsvertrag der Nordeifeler Regenerative GmbH & Co.KG an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG angepasst. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 108 Abs. 5 b) GO NRW erfolgte am 16. Dezember 2024 und die Genehmigung am 05. Dezember 2025.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter ab 01.01.2019	Stammkapital - €	Anteil - %
Komplementärin		
ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH		
Kommanditisten		
Kreis Euskirchen	150.000	75,00
e-regio GmbH & Co. KG	50.000	25,00
Summe	200.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Im Jahr 2024 hat der Kreis Euskirchen von der Energie Nordeifel GmbH & Co.KG eine Gewinnausschüttung für das Jahr 2023 von 23.493,11 € erhalten.

Entwicklung der Bilanzen

Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	769.490	867.140	965.712	-97.650
	769.490	867.140	965.712	-97.650
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	55.084	32.416	4.913	22.668
Liquide Mittel	87.357	140.107	213.488	-52.750
	142.441	172.523	218.401	-30.082
C Rechnungsabgrenzungsposten	3.809	0	0	3.809
Summe Aktiva	915.741	1.039.663	1.184.113	-123.923
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	200.000	200.000	200.000	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	10.622	31.393	101.797	-20.770
	210.622	231.393	301.797	-20.770
B Rückstellungen	28.600	32.100	49.150	-3.500
C Verbindlichkeiten	676.519	776.171	833.167	-99.652
Summe Passiva	915.741	1.039.663	1.184.113	-123.923

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	200.250	238.696	317.477	-38.446
2	Sonstige betriebliche Erträge	44.646	149	0	44.498
3	Materialaufwand, davon:	58.474	28.080	9.522	30.394
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	15.816	1.952	3.051	13.864
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	42.658	26.129	6.470	16.529
4	Abschreibungen	98.704	98.572	98.573	132
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	56.566	53.875	60.498	2.692
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	657	0	-657
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	19.958	21.766	24.226	-1.809
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	572	5.816	22.862	-5.244
9	Ergebnis nach Steuern	10.622	31.393	101.797	-20.770
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	10.622	31.393	101.797	-20.770

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	23,00	22,26	0,74
Eigenkapitalrentabilität	5,04	13,57	-8,52
Anlagendeckungsgrad	101,57	102,67	-1,10
Verschuldungsgrad 2	334,78	349,31	-14,53
Umsatzrentabilität	5,30	13,15	-7,85

Personalbestand

Die NER KG hat keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. JANUAR BIS ZUM 31. DEZEMBER 2024

A. Grundlagen des Unternehmens

1. Rechtliche Verhältnisse

Die Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG (NER) wurde am 15. August 2012 mit Sitz in Kall gegründet. Gesellschafter der NER sind mit 75 % der Kreis Euskirchen und mit 25 % die e-regio GmbH & Co. KG, Euskirchen.

2. Ziele und Strategie des Unternehmens

Gegenstand der NER ist die Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien einschließlich der Veräußerung des aus den Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz, die Erbringung von Versorgungsleistungen im Energiebereich und die mit diesem Bereich unmittelbar verbundenen Dienstleistungen, die dem Hauptzweck dienen, sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft betriebenen Anlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse. Die Gesellschaft betreibt aktuell eine Freiflächenanlage und zwei Dachanlagen auf dem Gebiet des Abfallwirtschaftszentrums des Kreises Euskirchen.

Die NER hat keine angestellten Mitarbeiter. Die vertraglich vereinbarte Betriebsführung der Gesellschaft erfolgt durch die e-regio Energiekonzepte GmbH. In Ermangelung eigener Mitarbeiter bedient diese sich dazu der e-regio GmbH & Co. KG als Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfin.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Primärenergieverbrauch (PEV) in Deutschland ging im Jahr 2024 nach ersten Schätzungen der AG Energiebilanzen (AGEB) um 1,3 % auf 10.478 Petajoule (PJ) bzw. 357,5 Mio. t SKE zurück. Damit liegt er laut AGEB knapp 30 % niedriger als bei seinem bisherigen Höchststand von 1990 mit 14.905 PJ.

Nach dem deutlichen Rückgang des PEV im Jahr 2023 hat sich der Verbrauchsrückgang 2024 verlangsamt. Die weiterhin gedämpfte Konjunktur sowie mildere Temperaturen im Vergleich zum Vorjahr waren Ursachen für den Verbrauchsrückgang, wenngleich wieder niedrigere Energiepreise als in den Jahren 2022 und 2023 nachfragesteigernd wirkten. So haben insbesondere einige energieintensive Branchen ihre Produktion wieder erhöht, allerdings ausgehend von einem sehr geringen Niveau.

Die Verbräuche von Mineralöl (- 0,8 %), Steinkohle (- 12,5 %), Braunkohle (- 10,6 %) nahmen im Vergleich zum Vorjahr ab. Lediglich die Erneuerbaren Energien (+ 1,6 %) sowie Erdgas (+ 3%)

legten zu. Mit den Stilllegungen der letzten drei Kernkraftwerke zum 15. April 2023 leistet die Kernenergie in Deutschland 2024 keinen Beitrag mehr zur Energieversorgung.

Die Struktur des Energieträgermixes in Deutschland entwickelte sich wie folgt:

Energieträger	2024 Anteil	2023 Anteil
Mineralöl	36,6%	35,9%
Erdgas	25,9%	24,5%
erneuerbare Energien	20,0%	19,6%
Braunkohle	7,6%	8,5%
Steinkohle	7,2%	8,7%
Kernenergie	0,0%	0,7%
Sonstige	2,7%	2,1%
	100,0%	100,0%

Insgesamt zeigte sich, dass auch 2024 erneut ein überdurchschnittlich warmes Jahr war. Dementsprechend lag auch die Gradtagszahl für 2024, die einen Anhaltspunkt für die benötigte Heizenergie liefert, erstmals seit der gesamtdeutschen Betrachtung ab 1991 unterhalb der Marke von 3.000.

2. Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die öffentliche Nettostromerzeugung in Deutschland hat 2024 einen Rekordanteil erneuerbarer Energien von 62,7 % erreicht. Bei der Solarstrom-Erzeugung wurde 2024 ein neuer Bestwert von 72,2 Terawattstunden (TWh) erzielt. Auch der Ausbau der Photovoltaik liegt weiterhin über den Zielen der Bundesregierung.

Photovoltaik-Anlagen haben im Jahr 2024 ca. 72,2 TWh erzeugt, wovon 59,8 TWh ins öffentliche Netz eingespeist und 12,4 TWh im Eigenverbrauch genutzt wurden. Die gesamte Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 10,8 TWh bzw. 18 % erhöht. Ihr Anteil an der öffentlichen Nettostromerzeugung lag bei 14 %. Der Juli 2024 war mit 10,3 TWh der Monat mit der höchsten solaren Stromerzeugung. Der Photovoltaik-Ausbau übertraf im Jahr 2024 wie bereits 2023 die Ziele der Bundesregierung. Statt der geplanten 13 Gigawatt wurden bereits bis November 13,3 Gigawatt errichtet, voraussichtlich werden es bis Ende des Jahres 15,8 Gigawatt sein. Der PV-Ausbau in Deutschland liegt damit weiterhin auf einem zweistelligen Niveau.

Insgesamt produzierten die erneuerbaren Energien im Jahr 2024 ca. 275,2 TWh Strom und liegen damit 4,4 % über dem Vorjahr (267 TWh). Der Anteil der in Deutschland erzeugten erneuerbaren Energien an der Last, d.h. dem Strommix, der tatsächlich aus der Steckdose kommt, lag bei 56 % gegenüber 53,3 % im Jahr 2023. Durch den steigenden Anteil erneuerbarer Energien und den Rückgang der Kohleverstromung ist die Stromerzeugung so CO₂-arm wie nie zuvor. Seit 2014 haben sich die Emissionen aus der Stromerzeugung halbiert.

3. Witterungsverlauf

In Deutschland war noch nie seit Messbeginn 1881 ein Jahr so warm wie das Jahr 2024. Erschreckend ist vor allem, dass 2024 das Vorjahr gleich um außergewöhnliche 0,3 Grad übertroffen hat. Der sehr milde Winter 2023/2024 sowie das rekordwarme Frühjahr brachten zugleich ungewöhnlich hohe Niederschlagsmengen. Das Jahr 2024 war in Deutschland ein deutlich zu nasses Jahr. Die Sonnenscheindauer lag leicht über dem hierzulande typischen Mittel.

Das Temperaturmittel lag im Jahr 2024 mit 10,9 Grad Celsius (°C) um 2,7 Grad über dem Wert der international gültigen Referenzperiode 1961 bis 1990 (8,2 °C). Im Vergleich zur aktuellen und wärmeren Vergleichsperiode 1991 bis 2020 (9,3 °C) betrug die Abweichung immerhin noch 1,6 Grad. Damit setzte sich der beschleunigte Erwärmungstrend fort, der bereits in den Jahren 2023 (10,6 °C), 2022 (10,5 °C) zu neuen Höchstwerten geführt hatte. Nach einem milden Jahresauftakt folgten in der zweiten und dritten Januarwoche eine teils sehr winterliche Phase mit dem Jahrestiefstwert von -19,5 °C am 20. Januar im allgäuischen Leutkirch-Herlazhofen. Anschließend

begann der Frühling bereits im Februar, der mit beispiellosen 6,6 °C Mitteltemperatur eher einem kühleren April entsprach. Auch das Frühjahr selbst schrieb sich als das Wärmste seit Messbeginn in die Klimastatistik ein. Auffallend warm zeigte sich auch der Sommer. Der August zählte sogar zu den vier Wärmsten seit 1881. Am 13. August wurde mit 36,5 °C in Bad Neuenahr-Ahrweiler die bundesweit höchste Temperatur 2024 gemessen. Im September setzten Hitzerekorde im Nordosten neue Maßstäbe und die anschließend deutlich zu hohe Herbstmitteltemperatur vervollständigte den Charakter des rekordwarmen Jahres.

Im Jahr 2024 fielen gut 903 Liter pro Quadratmeter (l/m²) Niederschlag. Das war deutlich mehr als im Mittel der Referenzperiode 1961 bis 1990 mit 789 l/m² und dem Mittel der Referenzperiode 1991 bis 2020 mit 791 l/m². Mit knapp 1.700 Stunden lag die Sonnenscheindauer im Jahr 2024 über ihrem Soll von 1.544 Stunden (Periode 1961 bis 1990). Das gilt auch im Vergleich zur neueren Referenzperiode 1991 bis 2020 (1.665 Stunden).

C. Geschäftsverlauf 2024

Die Lage des Unternehmens ist geprägt von der Ökostromförderung in Deutschland, die den lokalen Netzbetreiber zu einer Abnahme des von der Gesellschaft produzierten Ökostroms (Photovoltaik) verpflichtet. Insgesamt kann die wirtschaftliche Lage als gut bezeichnet werden.

1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2024 wurden insgesamt 984.295 kWh (i. V. 1.166.205 kWh) Strom in das Netz des lokalen Netzbetreibers eingespeist. Aufgrund der niedrigeren Einspeisung im Vergleich zum Vorjahr reduzierten sich die Umsatzerlöse um 39 T€ auf 200 T€.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich im Berichtsjahr um 44 T€ im Wesentlichen durch eine Versicherungserstattung aufgrund der Störung der Schaltanlage, der Teilauflösung der Rückstellung für den Rückbau der Anlage aufgrund einer niedrigeren angesetzten Kostensteigerung sowie einer Rückerstattung vom zuständigen Netzbetreiber nach § 6 EEG, denen in gleicher Höhe aber auch ein Aufwand gegenübersteht.

Der Materialaufwand, der sich im Wesentlichen aus der Unterhaltung für den Solarpark, für Dienstleistungskosten für die Direktvermarktung, dem Energiebezug sowie Kosten der Messeinrichtung zusammensetzt, erhöhte sich um 30 T€ auf 58 T€. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen durch den Abbau und den Wiederaufbau von einem Teil der Photovoltaikanlagen an anderer Stelle auf dem Gelände.

Die Abschreibungen lagen mit 99 T€ auf Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 3 T€ auf 57 T€ im Wesentlichen durch gestiegene Versicherungsbeiträge und die freiwillige Zuwendungen nach § 6 EEG an die Stadt Mechernich, denen aber ein Ertrag in gleicher Höhe gegenübersteht.

Die Zinsaufwendungen entwickelten sich aufgrund der planmäßigen Tilgungen rückläufig. Des Weiteren sind Zinsaufwendungen für die Aufzinsung der Rückstellung für Rückbauverpflichtung in Höhe von 1 T€ entstanden.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag liegen mit 1 T€ aufgrund des niedrigeren Jahresergebnisses um 5 T€ unter dem Vorjahreswert.

2. Vermögenslage

Das Bilanzvolumen zum 31. Dezember 2024 liegt bei 916 T€ (i. V. 1.040 T€). Davon entfallen 769 T€ oder 84,0 % (i. V. 867 T€ oder 83,4 %) auf das Anlagevermögen. Das Umlaufvermögen hat einen Anteil von 146 T€ oder 16,0 % (i. V. 173 T€ oder 16,6 %).

Auf der Passivseite beträgt das Eigenkapital 211 T€ (i. V. 231 T€). Damit hat das Eigenkapital einen Anteil von 23,0 % (i. V. 22,2 %) an der Bilanzsumme. Die lang- und mittelfristigen Fremdmittel haben einen Anteil von 595 T€ oder 65,0 % (i. V. 687 T€ oder 66,1 %). Auf die kurzfristigen Fremdmittel entfallen 110 T€ oder 12,0 % (i. V. 122 T€ oder 11,7 %).

3. Finanzlage

Positionen	2024 T€	2023 T€	Veränderung T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	65	112	-47
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-1	0	-1
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-117	-185	68
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-53	-73	20
Finanzmittelfond am Anfang der Periode	140	213	-73
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	87	140	-53

Die Gesellschaft ist jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

4. Unternehmensergebnis

Der Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2024 liegt bei 10.622,09 € und damit um 20.770,41 € unter dem Vorjahr. Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss in voller Höhe den Verrechnungskonten der Gesellschafter im Verhältnis der Kommanditanteile gutzuschreiben.

Die Gesellschaft hatte für das Geschäftsjahr 2024 ein Ergebnis von 40 T€ geplant. Das tatsächliche Ergebnis liegt um 29 T€ unter dem Planansatz im Wesentlichen durch die niedrige Einspeisemenge.

D. Berichterstattung gem. § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO

Gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW muss im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen werden. Die Gesellschaft, deren Gesellschaftszweck auf die Erzeugung von Ökostrom mittels einer Photovoltaikanlage ausgerichtet ist, erbringt hiermit eine öffentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge auf dem Gebiet der Energieversorgung. Der öffentliche Zweck ist damit erfüllt.

E. Risiko- und Chancenbericht

1. Branchenspezifische Risiken

Projekte im Sektor der erneuerbaren Energien sind von den erzielbaren Preisen des erzeugten Stroms abhängig. In Deutschland werden die Einspeisevergütungen sowie deren Degressionen im Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) festgelegt.

Durch diese Einspeisevergütungen oder die erzielbaren Preise am Markt werden die Wirtschaftlichkeit und Projekteffizienz maßgeblich bestimmt. Neben den Risiken der Finanzmärkte ist die Verbindlichkeit dieser Gesetze und Verordnungen das größte Risiko des Unternehmens. Zum Januar 2017 trat in Deutschland eine grundlegende Novellierung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) in Kraft. Die Vergütung des erneuerbaren Stroms wird neuerdings nicht wie zuvor staatlich festgelegt, sondern durch Ausschreibungen ermittelt.

Da die Photovoltaikanlage der NER im Jahr 2012 vergütungstechnisch in Betrieb gegangen ist, gilt nach EEG für 20 Jahre zuzüglich Anlaufjahr eine staatlich garantierte Einspeisevergütung von 22,07 Cent/kWh. In den Jahren 2018 und 2020 wurde der Sun Park um zwei Dachanlagen mit jeweils 99,96 kWp erweitert. Im Jahr 2017 erfolgte für die Freiflächenanlage aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten ein Wechsel der Veräußerungsform des erzeugten EEG-Stroms von der festen Einspeisevergütung zur Direktvermarktung nach dem Marktprämienmodell, wodurch höhere Umsätze pro kWh erzielt wurden.

Am 15. Dezember 2022 hat der Bundestag und am 16. Dezember 2022 der Bundesrat das Gesetz zur Einführung einer Strompreisbremse (StromPBG), das auch Regelungen zur Erlösabschöpfung enthält, beschlossen. Die Erlösabschöpfung soll zum Teil die Differenz zwischen hohen Energieeinkaufspreisen und gedeckelten Verkaufspreisen bei den Energieversorgern ausgleichen. Die

Stromerzeuger berechnen ihre zu viel entstandenen Erlöse („Übererlöse“) quartalsweise und führen den Betrag an den Anschlussnetzbetreiber ab. Die Regelung trat rückwirkend zum 1. Dezember 2022 in Kraft und wurde im November 2023 ursprünglich bis zum 31. März 2024 verlängert, lief aber bereits zum 31. Dezember 2023 aus.

2. Ertragsorientierte Risiken

Weitere Risiken (mit mittlerer Eintrittswahrscheinlichkeit) wie z.B. Vandalismus, technische Defekte, Schäden durch Umwelteinflüsse und dadurch bedingte Ertragsausfälle sind durch entsprechende Versicherungen inkl. Zahlung von Ausfallentgelten bis zu einem halben Jahr abgesichert. Die Geschäftsführung sieht aufgrund des Krieges in der Ukraine keine negativen Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis.

3. Gesamtaussage

Aufgrund der eingesetzten, qualitativ hochwertigen Komponenten, der gesetzlich festgelegten und zugesicherten Einspeisevergütung sowie einer qualitativ hochwertigen technischen Betriebsführung sind Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden können, derzeit nicht erkennbar.

4. Chancenbericht

Als Chance sieht die Gesellschaft die zukünftigen Entwicklungen der Strompreise in Deutschland und die daraus erwachsenden Möglichkeiten, den erzeugten Strom außerhalb des EEG zu Marktpreisen verkaufen zu können.

F. Prognosebericht

1. Ausblick Geschäftsverlauf 2024 und 2025

Die Photovoltaikanlage Freifläche hat eine Leistung von 971 kWp und die beiden Dachflächen haben eine Leistung von zusammen 199,9 kWp. Nach dem EEG gilt für 20 Jahre eine staatlich garantierte Einspeisevergütung. Die Erlöse sind daher ausschließlich von der Sonneneinstrahlung abhängig. Die geplante Stromeinspeisung von beiden Photovoltaikanlagen wurde für 2025 und 2026 mit jeweils rund 1,1 Mio. kWh geplant.

Für die Jahre 2025 und 2026 sind keine größeren Investitionen geplant.

2. Ergebnisprognose

Die Gesellschaft erwartet für 2025 einen Jahresüberschuss von 40 T€ und für das Jahr 2026 von 41 T€. Sondereinflüsse, welche die wirtschaftliche Lage nach dem Prognosezeitraum beeinflussen könnten, sind derzeit nicht absehbar.

Auch erkennen wir keine Risiken aus dem Ukraine-Konflikt, der durch den Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 ausgelöst worden ist. Die Gesellschaft ist aufgrund ihres Geschäftsfeldes keinen volatilen Energiehandelsaktivitäten ausgesetzt.

Kall, den 5. Juni 2025

Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG
vertreten durch
ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH

Alessandro Lanfranchi
- Geschäftsführer -

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Manfred Steffen, CDU	Rudi Mießeler, CDU

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen folgende Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden:

<i>Ordentliches Mitglied</i>	<i>Stellvertretendes Mitglied</i>
<i>Bernhard Maus, CDU</i>	<i>Heiko Kusserow, CDU</i>

Geschäftsführung:

ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH, vertreten durch ihren Geschäftsführer Herr Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Markus Mertgens (bis zum 29. Oktober 2024) bzw. Herr Dipl. Volkswirt Alessandro Lanfranchi (ab 30. Oktober 2024).

Die Geschäftsführung hat von der Gesellschaft für ihre Tätigkeit im Jahr 2024 keine Vergütung erhalten.

Die geschäftsführende Gesellschaft erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine feste jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500,00 € zzgl. einer jährlichen Indizierung von 1,5 %, die jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres zu zahlen ist. Zudem werden alle im Rahmen der Geschäftsführung anfallenden Aufwendungen erstattet.

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Der Gesellschafterversammlung der NER KG gehören von den insgesamt 2 Mitgliedern keine Frauen an (Frauenanteil: 0 %).

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde nicht erstellt da die NER KG keine Mitarbeitenden beschäftigt.

3.4.1.8.10 Bioenergie Kommern GmbH & Co. KG und Bioenergie Kommern Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH

Basisdaten

Anschrift: Wingert 52, 53894 Mechernich
Gründungsjahr: 4. April 2011

Zweck der Beteiligung

BIOENERGIE KOMMERN GMBH & CO. KG:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung von Biogas in einer Biogasanlage sowie der Betrieb eines Blockheizkraftwerks (BHKW) oder ähnlicher Anlagen zur Erzeugung elektrischer und thermischer Energie in Mechernich-Kommern. Weiterhin betreibt das Unternehmen ein Nahwärmenetz zur Versorgung von Endverbrauchern mit Wärme.

BIOENERGIE KOMMERN VERWALTUNGS- UND BETEILIGUNGS GMBH:

Beteiligung an Bioenergie-Unternehmen, insbesondere die Beteiligung an der Bioenergie Kommern GmbH & Co KG als persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementär-GmbH) und die Führung der Geschäfte dieser Gesellschaft.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Mit den Beschlüssen der Gesellschafterversammlungen der Bioenergie Kommern GmbH & Co.KG und Bioenergie Kommern Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH am 12. Dezember 2024 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 11. Dezember 2024 (V 623/2024) wurden die Gesellschaftsverträge der Bioenergie Kommern GmbH & Co.KG und Bioenergie Kommern Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG angepasst. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 108 Abs. 5 b) GO NRW erfolgte am 16. Dezember 2024 und die Genehmigung am 05. Dezember 2025.

Beteiligungsverhältnisse

BIOENERGIE KOMMERN GMBH & CO. KG:

Komplementärin: (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
<u>Komplementärin:</u>		
Bioenergie Kommern Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH		
<u>Kommanditisten:</u>		
e-regio GmbH & Co. KG	149.400	49,8
1 privater Kommanditist	150.600	50,2
Summe	300.000	100,0

BIOENERGIE KOMMERN VERWALTUNGS- UND BETEILIGUNGS GMBH:

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
e-regio GmbH & Co. KG	12.450	49,8
1 privater Gesellschafter	12.550	50,2
Summe	25.000	100,0

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Der Jahresabschluss 2024 der Bioenergie Kommern GmbH & Co. KG befindet sich noch in der Bearbeitung. Aus diesem Grund sind die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Jahre 2021 bis 2023 abgebildet.

Bioenergie Kommern GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2023	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	220	257	294	-37
Sachanlagen	941.671	1.122.839	1.297.515	-181.168
	941.891	1.123.096	1.297.809	-181.205
B Umlaufvermögen				
Vorräte	155.971	159.860	183.209	-3.889
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	154.501	81.060	149.421	73.441
Liquide Mittel	289.157	74.158	0	214.999
	599.629	315.078	332.629	284.551
C Rechnungsabgrenzungsposten	23.353	26.272	29.192	-2.919
Summe Aktiva	1.564.873	1.464.446	1.659.630	100.427
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Kapitalanteile	300.000	300.000	300.000	0
Rücklagen	0	0	-26.191	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	-32.540	0
	300.000	300.000	241.269	0
B Sonderposten	3.880	4.365	4.850	-485
C Rückstellungen	48.252	13.820	9.360	34.432
D Verbindlichkeiten	1.212.741	1.146.261	1.404.151	66.480
Summe Passiva	1.564.873	1.464.446	1.659.630	100.427

Bioenergie Kommern Verwaltungs-GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2023	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.091	4.288	3.075	803
Liquide Mittel	25.459	25.123	25.073	336
	30.550	29.411	28.148	1.138
Summe Aktiva	30.550	29.411	28.148	1.138
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	3.156	2.104	1.051	1.053
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.053	1.053	1.053	0
	29.209	28.156	27.104	1.053
B Rückstellungen	945	945	945	0
C Verbindlichkeiten	396	310	99	85
Summe Passiva	30.550	29.411	28.148	1.138

Bioenergie Kommern GmbH & Co. KG					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2023	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	935.181	765.122	572.720	170.059
2	Sonstige betriebliche Erträge	19.068	485	2.561	18.583
3	Materialaufwand, davon:	499.482	436.161	380.582	63.321
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	278.551	232.385	224.794	46.166
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	220.931	203.776	155.788	17.155
4	Abschreibungen	181.205	181.363	173.553	-158
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	37.268	41.046	26.592	-3.778
6	Erträge aus anderen Wertpapieren	28.665	2.933		25.732
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	48.086	22.636	27.093	25.449
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	34.282	0	0	34.282
9	Ergebnis nach Steuern	182.591	87.334	-32.540	95.257
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	182.591	87.334	-32.540	95.257

Bioenergie Kommern Verwaltungs-GmbH					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2023	2022	2021	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	2.181	1.615	2.360	566
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	931	365	1.104	14.122
3	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	197	197	197	0
4	Ergebnis nach Steuern	1.053	1.053	1.053	0
5	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.053	1.053	1.053	0

Kennzahlen

Der Jahresabschluss 2024 der Bioenergie Kommern GmbH & Co. KG befindet sich noch in der Bearbeitung. Aus diesem Grund sind die Kennzahlen der Jahre 2023 und 2022 abgebildet.

Kennzahlen	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	19,17	20,49	-1,31
Eigenkapitalrentabilität	60,86	29,11	31,75
Anlagendeckungsgrad	106,95	100,62	6,33
Verschuldungsgrad 2	420,33	386,69	33,64
Umsatzrentabilität	19,52	11,41	8,11

Personalbestand

Die Gesellschaften haben keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in den Gesellschafterversammlungen der Bioenergie Kommern GmbH & Co. KG und der Bioenergie Kommern Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

BIOENERGIE KOMMERN GMBH & CO. KG:

Bioenergie Kommern Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH

BIOENERGIE KOMMERN VERWALTUNGS- UND BETEILIGUNGS GMBH:

Dr. Heinrich Beyenburg-Weidenfeld

Dipl. – Ing. Markus Böhm

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge.

3.4.1.8.11 Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co. KG und Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH

Basisdaten

Anschrift: Münsterstrasse 9, 53881 Euskirchen
Gründungsjahr: 13. Juli 2011

Zweck der Beteiligung

BIOENERGIE KLEINBÜLLESHEIM GMBH & CO. KG:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung von Biogas in einer Biogasanlage sowie der Betrieb von Blockheizkraftwerken (BHKW) oder ähnlicher Anlagen zur Erzeugung elektrischer und thermischer Energie in Euskirchen-Kleinbüllesheim.

BIOENERGIE KLEINBÜLLESHEIM VERWALTUNGS- UND BETEILIGUNGS GMBH:

Beteiligung an Bioenergie-Unternehmen, insbesondere die Beteiligung an der Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co KG als persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementär-GmbH) und die Führung der Geschäfte dieser Gesellschaft.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaften sind kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllen im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Mit den Beschlüssen der Gesellschafterversammlungen der Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co.KG und Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH am 12. Dezember 2024 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 11. Dezember 2024 (V 623/2024) wurden die Gesellschaftsverträge der Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co.KG und Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG angepasst. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 108 Abs. 5 b) GO NRW erfolgte am 16. Dezember 2024 und die Genehmigung am 05. Dezember 2025.

Beteiligungsverhältnisse

BIOENERGIE KLEINBÜLLESHEIM GMBH & CO. KG:

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
<u>Komplementärin</u>		
Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH		
<u>Kommanditisten</u>		
e-regio GmbH & Co. KG	261.948	49,8
2 private Kommanditisten	264.052	50,2
Summe	526.000	100,0

BIOENERGIE KLEINBÜLLESHEIM VERWALTUNGS- UND BETEILIGUNGS GMBH:

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
e-regio GmbH & Co. KG	12.450	49,8
2 private Gesellschafter	12.550	50,2
Summe	25.000	100,0

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.773	2.012	2.251	-239
Sachanlagen	882.394	1.048.313	921.964	-165.919
	884.167	1.050.325	924.215	-166.158
B Umlaufvermögen				
Vorräte	634.078	598.103	532.940	35.975
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	198.948	445.275	293.201	-246.327
Liquide Mittel	97.206	188.296	149.296	-91.089
	930.233	1.231.674	975.438	-301.441
C Rechnungsabgrenzungsposten	2.415	0	0	2.415
Summe Aktiva	1.816.815	2.281.999	1.899.653	-465.184
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Kapitalanteile	526.000	526.000	526.000	0
Gewinnrücklagen	105.748	105.748	105.748	0
Bilanzgewinn	356.122	0	0	356.122
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	856.122	473.545	-856.122
	987.870	1.487.870	1.105.293	-500.000
B Sonderposten	1.750	2.000	2.250	-250
C Rückstellungen	37.300	239.524	115.128	-202.224
D Verbindlichkeiten	789.895	552.605	676.982	237.290
Summe Passiva	1.816.815	2.281.999	1.899.653	-465.184

Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs-GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	927	1.246	1.364	-319
Liquide Mittel	30.599	30.090	28.945	509
	31.526	31.336	30.309	190
Summe Aktiva	31.526	31.336	30.309	190
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	4.194	3.142	2.107	1.053
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.059	1.053	1.034	6
	30.253	29.194	28.142	1.059
B Rückstellungen	894	1.394	1.394	-500
C Verbindlichkeiten	379	748	773	-369
Summe Passiva	31.526	31.336	30.309	190

Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co. KG					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	1.190.801	1.793.575	1.350.941	-602.773
2	Sonstige betriebliche Erträge	6.099	1.075	1.754	5.024
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	613.230	508.188	518.528	105.042
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	344.924	323.633	279.876	21.291
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	268.306	184.555	238.652	83.751
4	Abschreibungen	183.273	145.722	144.502	37.551
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	104.234	104.120	120.415	114
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.712	1.035	0	2.678
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.828	4.032	5.036	6.796
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	56.067	176.865	90.034	-120.798
9	Ergebnis nach Steuern	232.981	856.758	474.180	-623.777
10	Sonstige Steuern	636	636	635	0
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	232.345	856.122	473.545	-623.777

Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs-GmbH					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	2.117	2.297	2.396	-180
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	867	1.047	1.146	-180
3	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	191	197	197	-6
4	Ergebnis nach Steuern	1.059	1.053	1.053	6
5	Sonstige Steuern	0	0	19	0
6	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.059	1.053	1.034	6

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	54,37	65,20	-10,83
Eigenkapitalrentabilität	23,52	57,54	-34,02
Anlagendeckungsgrad	124,66	163,43	-38,77
Verschuldungsgrad 2	83,74	53,24	30,50
Umsatzrentabilität	19,51	47,73	-28,22

Personalbestand

Die Gesellschaften haben keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in den Gesellschafterversammlungen der Bioenergie Kleinbüllesheim GmbH & Co. KG und der Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

BIOENERGIE KLEINBÜLLESHEIM GMBH & CO. KG:

Bioenergie Kleinbüllesheim Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH

BIOENERGIE KLEINBÜLLESHEIM VERWALTUNGS- UND BETEILIGUNGS GMBH:

Christian Servatius

Dipl.-Ing. Markus Böhm

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge.

Die geschäftsführende Gesellschaft erhält eine Haftungsvergütung in Höhe von 1.250 €.

3.4.1.8.12 BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG und BWP - Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH

Basisdaten

Anschrift: Blankenheimer Str. 2, 53937 Schleiden

Gründungsjahr: 20. Dezember 2013

Zweck der Beteiligung

BWP - BÜRGERWINDPARK SCHLEIDEN GMBH & CO. KG:

Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz oder Anlagen zur mittelbaren oder unmittelbaren Speicherung sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Erzeugungsanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse auf dem Gebiet der Stadt Schleiden.

BWP - BÜRGERWINDPARK SCHLEIDEN VERWALTUNGS-GMBH:

Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin ohne Stimmrecht und ohne Kapitalanteil an der BWP - Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaften sind kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllen im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Mit den Beschlüssen der Gesellschafterversammlungen der BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co.KG und BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH am 12. Dezember 2024 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 11. Dezember 2024 (V 623/2024) wurden die Gesellschaftsverträge der BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co.KG und BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG angepasst. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 108 Abs. 5 b) GO NRW erfolgte am 16. Dezember 2024 und die Genehmigung am 05. Dezember 2025.

Beteiligungsverhältnisse

BWP - BÜRGERWINDPARK SCHLEIDEN GMBH & CO. KG:

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
<u>Komplementärin</u>		
BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH		
<u>Kommanditisten</u>		
e-regio GmbH & Co. KG	1.882.700	33,5
PE Becker GmbH	1.770.300	31,5
Eegon Eifel Energiegenossenschaft eG	1.405.000	25,0
Stadt Schleiden	562.000	10,0
Summe	5.620.000	100,0

BWP - BÜRGERWINDPARK SCHLEIDEN VERWALTUNGS-GMBH:

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
e-regio GmbH & Co. KG	25.000	100,00
Summe	25.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	10.829.773	12.987.753	15.092.436	-2.157.980
	10.829.773	12.987.753	15.092.436	-2.157.980
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.439.204	1.232.013	750.435	207.191
Liquide Mittel	6.641.258	7.393.481	8.385.650	-752.223
	8.080.462	8.625.494	9.136.085	-545.032
C Rechnungsabgrenzungsposten	19.367	0	0	19.367
Summe Aktiva	18.929.602	21.613.247	24.228.521	-2.683.645
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Kapitalanteile	5.620.000	5.620.000	5.620.000	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	861.669	1.462.198	2.443.624	-600.529
	6.481.669	7.082.198	8.063.624	-600.529
B Rückstellungen	501.200	544.833	880.014	-43.633
C Verbindlichkeiten	11.946.733	13.986.216	15.284.883	-2.039.483
Summe Passiva	18.929.602	21.613.247	24.228.521	-2.683.645

Zum Bilanzstichtag besteht eine Rückfallbürgschaft für die Windkraftanlagen in Höhe von 640 T€ gegenüber der Stadt Schleiden.

BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.007	7.737	4.868	-3.730
Liquide Mittel	42.067	38.256	39.115	3.811
	46.074	45.993	43.983	81
Summe Aktiva	46.074	45.993	43.983	81
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	14.999	13.075	11.245	1.924
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.021	1.924	1.831	97
	42.020	39.999	38.075	2.021
B Rückstellungen	2.740	2.705	2.344	35
C Verbindlichkeiten	1.314	3.289	3.563	-1.975
Summe Passiva	46.074	45.993	43.983	81

BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	4.922.490	6.020.737	7.246.200	-1.098.247
2	Sonstige betriebliche Erträge	175.782	1.068	567	174.715
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	794.538	783.212	734.725	11.326
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	19.725	15.399	12.999	4.326
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	774.812	767.813	721.726	6.999
4	Abschreibungen	2.157.980	2.157.013	2.154.429	967
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	799.690	863.385	841.882	-63.695
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	102.834	35.761	0	67.072
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	414.027	465.397	515.892	-51.369
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	173.200	326.360	556.217	-153.160
9	Ergebnis nach Steuern	861.670	1.462.198	2.443.622	-600.528
10	Sonstige Steuern	1	0	-2	1
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	861.669	1.462.198	2.443.624	-600.529

BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	18.424	19.224	19.045	-800
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	16.025	16.940	16.870	14.122
3	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	379	361	344	18
4	Ergebnis nach Steuern	2.021	1.924	1.831	97
5	Sonstige Steuern	0	0	0	0
6	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	2.021	1.924	1.831	97

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	34,24	32,77	1,47
Eigenkapitalrentabilität	13,29	20,65	-7,35
Anlagendeckungsgrad	150,66	142,87	7,79
Verschuldungsgrad 2	192,05	205,18	-13,13
Umsatzrentabilität	17,50	24,29	-6,78

Personalbestand

Die Gesellschaften haben keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in den Gesellschafterversammlungen der BWP - Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG und der BWP - Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

BWP – BÜRGERWINDPARK SCHLEIDEN GMBH & CO. KG:
BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH

Die geschäftsführende Gesellschaft erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine Haftungsvergütung i. H. v. 6 % des zum Ende des Geschäftsjahres bei der BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH bestehenden Eigenkapitals.

BWP – BÜRGERWINDPARK SCHLEIDEN VERWALTUNGS-GMBH:

Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Markus Mertgens	(bis 29. Oktober 2024)
Dipl.-Volkswirt Alessandro Lanfranconi	(ab 30. Oktober 2024)

Die Geschäftsführung hat von der Gesellschaft für seine Tätigkeit in 2024 keine Vergütung erhalten.

3.4.1.8.13 EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH

Basisdaten

Anschrift: Hindenburgstr. 13, 53925 Kall
Gründungsjahr: 20. August 2019

Zweck der Beteiligung

Übernahme der persönlichen Haftung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin der EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG, der EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG und der EWP Ravelsberg GmbH & Co. KG (ab dem 01. März 2024) und die Führung der Geschäfte dieser Gesellschaften.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung der EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH am 12. Dezember 2024 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 11. Dezember 2024 (V 623/2024) wurde der Gesellschaftsvertrag der EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG angepasst. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 108 Abs. 5 b) GO NRW erfolgte am 16. Dezember 2024 und die Genehmigung am 05. Dezember 2025.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
e-regio GmbH & Co. KG	12.500	50,0
CATH Windenergie GmbH & Co. KG	12.500	50,0
Summe	25.000	100,0

Der Kreistag hat am 20. September 2023 der Beteiligung der EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH an der EWP Ravelsberg GmbH & Co. KG als persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) ohne Kapitalanteil zugestimmt (V 452/2023). Die Gesellschaft wurde am 15. März 2024 gegründet.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.827	5.179	6.346	3.648
Liquide Mittel	70.248	65.568	37.458	4.679
	79.075	70.747	43.804	8.328
Summe Aktiva	79.075	70.747	43.804	8.328
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	18.781	14.444	10.172	4.337
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	6.506	4.337	4.272	2.168
	50.287	43.781	39.444	6.506
B Rückstellungen	2.511	2.041	2.015	470
C Verbindlichkeiten	26.277	24.924	2.344	1.352
Summe Passiva	79.075	70.747	43.804	8.328

EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	29.248	27.631	27.491	1.616
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	21.519	22.480	22.416	-961
3	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.223	814	803	409
4	Ergebnis nach Steuern	6.506	4.337	4.272	2.168
5	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	6.506	4.337	4.272	2.168

Kennzahlen

./.

Personalbestand

Die Gesellschaft hat keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

Dipl.-Ing. Ralf Theis

Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Markus Mertgens (bis 29. Oktober 2024)

Dipl.-Ingenieur Markus Böhm (ab 30. Oktober 2024)

Die Geschäftsführer haben von der Gesellschaft für ihre Tätigkeiten in 2024 keine Vergütung erhalten.

3.4.1.8.14 EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift: Hindenburgstr. 13, 53925 Kall

Gründungsjahr: 27. August 2019

Zweck der Beteiligung

Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur regenerativen Energieerzeugung am Standort Blankenheimerdorf (Gemeinde Blankenheim, Kreis Euskirchen) einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz oder der mittelbaren oder unmittelbaren Speicherung oder Umwandlung. Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand das Ziel der Sicherung einer nachhaltigen örtlichen Energieversorgung.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung der EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co.KG am 12. Dezember 2024 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 11. Dezember 2024 (V 623/2024) wurde der Gesellschaftsvertrag der EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co.KG an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG angepasst. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 108 Abs. 5 b) GO NRW erfolgte am 16. Dezember 2024 und die Genehmigung am 05. Dezember 2025.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
<u>Komplementärin</u>		
EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH		
<u>Kommanditisten</u>		
e-regio GmbH & Co. KG	157.500	50,0
CATH Windenergie GmbH & Co. KG	157.500	50,0
Summe	315.000	100,0

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	124	134	144	-10
Sachanlagen	4.374.083	4.710.239	5.037.371	-336.156
	4.374.207	4.710.373	5.037.515	-336.166
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	357.480	402.605	122.573	-45.125
Liquide Mittel	1.059.744	1.210.332	2.285.518	-150.588
	1.417.224	1.612.937	2.408.092	-195.713
C Rechnungsabgrenzungsposten	10.243	0	0	10.243
Summe Aktiva	5.801.674	6.323.310	7.445.607	-521.636
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	315.000	315.000	315.000	0
Jahresüberschuss	200.031	449.264	955.212	-249.232
	515.031	764.264	1.270.212	-249.232
B Rückstellungen	74.500	77.958	166.031	-3.458
C Verbindlichkeiten	5.014.442	5.320.188	5.892.264	-305.746
D Rechnungsabgrenzungsposten	197.700	160.900	117.100	36.800
Summe Passiva	5.801.674	6.323.310	7.445.607	-521.636

EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	812.799	1.146.879	1.791.024	-334.081
2	Sonstige betriebliche Erträge	29.989	1.244	40.383	28.745
3	Materialaufwand, davon:	44.954	19.329	25.904	25.625
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	6.422	1.600	5.801	4.822
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	38.532	17.729	20.103	20.803
4	Abschreibungen	351.241	350.496	349.424	745
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	160.565	180.034	246.485	-19.469
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18.556	6.532	0	12.024
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	67.751	71.690	72.782	-3.939
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	36.800	83.842	181.600	-47.042
9	Sonstige Steuern	0	0	1	
10	Jahresfehlbetrag	200.031	449.264	955.212	-249.232

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	8,88	12,09	-3,21
Eigenkapitalrentabilität	38,84	58,78	-19,95
Anlagendeckungsgrad	115,88	120,20	-4,32
Verschuldungsgrad 2	988,08	706,32	281,76
Umsatzrentabilität	24,61	39,17	41,01

Personalbestand

Die Gesellschaft hat keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der EWP Blankenheimdorf GmbH & Co. KG. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH, vertreten durch ihre Geschäftsführer Herr Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Markus Mertgens (bis 29. Oktober 2024), Herr Dipl.-Ingenieur Markus Böhm (ab 30. Oktober 2024) und Herr Dipl.-Ing. Ralf Theis.

Die Geschäftsführer haben von der Gesellschaft für ihre Tätigkeit im Jahr 2024 keine Vergütung erhalten.

Die geschäftsführende Gesellschaft erhält eine Haftungsvergütung in Höhe von 2.500,00 € zuzüglich einer Preisgleitklausel von 1,5 %. Zudem werden alle im Rahmen der Geschäftsführung anfallenden Aufwendungen erstattet.

3.4.1.8.15 EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift: Hindenburgstr. 13, 53925 Kall

Gründungsjahr: 27. August 2019

Zweck der Beteiligung

Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur regenerativen Energieerzeugung in der Windenergiekonzentrationszone Rohr-Reetz (Gemeinde Blankenheim, Kreis Euskirchen) einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz oder der mittelbaren oder unmittelbaren Speicherung oder Umwandlung. Ziel ist die Sicherung einer nachhaltigen örtlichen Energieversorgung.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung der EWP Rohr-Reetz GmbH & Co.KG am 12. Dezember 2024 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 11. Dezember 2024 (V 623/2024) wurde der Gesellschaftsvertrag der EWP Rohr-Reetz GmbH & Co.KG an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG angepasst. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 108 Abs. 5 b) GO NRW erfolgte am 16. Dezember 2024 und die Genehmigung am 05. Dezember 2025.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter ab 01. Januar 2023	Stammkapital - €	Anteil - %
<u>Komplementärin</u>		
EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH		
<u>Kommanditisten</u>		
e-regio GmbH & Co. KG	250.000	40,0
CATH Windenergie GmbH & Co. KG	250.000	40,0
Gemeinde Blankenheim	62.500	10,0
eegon – Eifel Energiegenossenschaft eG	62.500	10,0
Summe	625.000	100,0

In der Sitzung des Aufsichtsrats der e-regio GmbH & Co.KG am 07. Dezember 2022 haben die Gesellschafter der Veräußerung von Kommanditanteilen der **EWP Rohr-Reetz GmbH & Co.KG** in Höhe von nominal je 31.250 € an die Gemeinde Blankenheim sowie an die eegon – Eifel Energie Genossenschaft zugestimmt. Der Übergang der jeweiligen 10%igen Anteile erfolgte zum 01. Januar 2023.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.725	4.021	4.317	-296
Sachanlagen	17.217.649	18.246.867	19.377.466	-1.029.218
	17.221.374	18.250.888	19.381.783	-1.029.514
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.962.866	1.700.226	985.733	262.640
Liquide Mittel	2.253.661	2.830.490	5.818.663	-576.829
	4.216.527	4.530.716	6.804.396	-314.189
C Rechnungsabgrenzungsposten	45.511	0	0	45.511
Summe Aktiva	21.483.412	22.781.604	26.186.179	-1.298.191
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Kapitalanteil der Kommanditisten	625.000	625.000	625.000	0
Bilanzgewinn	1.093.837	1.533.379	2.772.463	-439.542
	1.718.837	2.158.379	3.397.463	-439.542
B Rückstellungen	242.452	227.837	411.637	14.615
C Verbindlichkeiten	18.842.124	19.890.288	22.082.579	-1.048.164
D Rechnungsabgrenzungsposten	680.000	505.100	294.500	174.900
Summe Passiva	21.483.412	22.781.604	26.186.179	-1.298.191

EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	3.029.051	3.888.429	4.995.990	-859.378
2	Sonstige betriebliche Erträge	708.912	227.348	310.289	481.564
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	129.493	114.009	110.109	15.484
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	16.641	5.159	14.564	11.482
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	112.852	108.850	95.545	4.002
4	Abschreibungen	1.306.666	1.299.189	1.025.651	7.477
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	526.712	654.120	673.099	-127.408
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	46.130	17.730	0	28.400
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	245.897	259.171	192.307	-13.274
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	481.490	273.639	532.650	207.851
9	Ergebnis nach Steuern	1.093.837	1.533.379	2.772.462	-439.542
10	Sonstige Steuern	0	0	-1	
11	Jahresüberschuss	1.093.837	1.533.379	2.772.463	-439.542

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	8,00	9,47	-1,47
Eigenkapitalrentabilität	63,64	71,04	-7,40
Anlagendeckungsgrad	109,09	112,02	-2,93
Verschuldungsgrad 2	1.110,32	932,09	178,23
Umsatzrentabilität	36,11	39,43	-3,32

Personalbestand

Die EWP Rohr-Reetz KG hat keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der EWP Rohr-Reetz GmbH & Co.KG. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH, vertreten durch ihre Geschäftsführer Herr Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Markus Mertgens (bis 29. Oktober 2024), Herr Dipl.-Ingenieur Markus Böhm (ab 30. Oktober 2024) und Herr Dipl.-Ing. Ralf Theis.

Die Geschäftsführer haben von der Gesellschaft für ihre Tätigkeit im Jahr 2024 keine Vergütung erhalten.

Die geschäftsführende Gesellschaft erhält eine Haftungsvergütung in Höhe von 2.500,00 € zuzüglich einer Preisgleitklausel von 1,5 %. Zudem werden alle im Rahmen der Geschäftsführung anfallenden Aufwendungen erstattet.

3.4.1.8.16 EWP Ravelsberg GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift: Hindenburgstr. 13, 53925 Kall
Gründungsjahr: 15. März 2024

Zweck der Beteiligung

Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur regenerativen in der Windkonzentrationszone Ravelsberg (Stadt Mechernich, Kreis Euskirchen), einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz oder der mittelbaren oder unmittelbaren Speicherung oder Umwandlung. Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand das Ziel der Sicherung einer nachhaltigen örtlichen Energieversorgung.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung der EWP Ravelsberg GmbH & Co.KG am 12. Dezember 2024 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 11. Dezember 2024 (V 623/2024) wurde der Gesellschaftsvertrag der EWP Ravelsberg GmbH & Co.KG an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG angepasst. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 108 Abs. 5 b) GO NRW erfolgte am 16. Dezember 2024 und die Genehmigung am 05. Dezember 2025.

Beteiligungsverhältnisse

Mit Umlaufbeschluss vom 05. September 2023 haben die Gesellschafter der e-regio GmbH & Co.KG der Beteiligung der e-regio GmbH & Co.KG an der **EWP Ravelsberg GmbH & Co.KG** als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von bis zu 2.150.000 € zugestimmt. Des Weiteren stimmten die Gesellschafter der e-regio GmbH & Co.KG der Beteiligung der EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin an der EWP Ravelsberg GmbH & Co.KG zu. Die Zustimmung des Kreistages des Kreises Euskirchen erfolgte mit Beschluss V 452/2023 am 20. September 2023. Mit Schreiben vom 09. Oktober 2023 erfolgte die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung Köln und die Genehmigung am 18. Januar 2024. Die Gesellschaft wurde am 01. März 2024 gegründet und am 15. März 2024 in das Handelsregister eingetragen.

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
<u>Komplementärin</u>		
EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH		
<u>Kommanditisten</u>		
e-regio GmbH & Co. KG	500	50,0
CATH Windenergie GmbH & Co. KG	500	50,0
Summe	1.000	100,0

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

EWP Ravensberg GmbH & Co. KG			
- Bilanz -			
Werte zum 31. Dezember	2024	15.03.2024	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€
A Umlaufvermögen			
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	479	0	479
Liquide Mittel	449	1.000	-551
	928	1.000	-72
B Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	5.747	0	5.747
Summe Aktiva	6.675	1.000	5.675
Passiva	€	€	€
A Eigenkapital			
Kapitalanteil der Kommanditisten	1.000	1.000	0
Verlustvortragskonten der Kommanditisten	-6.747	0	-6.747
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	5.747	0	5.747
	0	1.000	-1.000
B Rückstellungen	3.700	0	3.700
C Verbindlichkeiten	2.975	0	2.975
Summe Passiva	6.675	1.000	5.675

EWP Ravensberg GmbH & Co. KG		
- Gewinn- und Verlustrechnung -		
		Rumpfgeschäftsjahr 15. März 2024 bis 31. Dezember 2024
	Position	€
1	Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.747
2	Ergebnis nach Steuern	-6.747
3	Jahresfehlbetrag	-6.747
4	Belastung auf Verlustvortragskonten der Kommanditisten	6.747
5	Bilanzgewinn/-verlust	0

Kennzahlen

./.

Personalbestand

Die EWP Ravensberg KG hat keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Siehe Ausführungen unter Punkt 3.4.1.8.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Die Geschäftsführung vertritt die e-regio in der Gesellschafterversammlung der EWP Ravensberg GmbH & Co.KG. In grundsätzlichen Angelegenheiten hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der e-regio einzuholen. Der Aufsichtsrat der e-regio ist im Rahmen

der Ausübung von Beteiligungsrechten berechtigt, der Geschäftsführung für die Beteiligungsunternehmen eine generelle Ermächtigung zur Stimmabgabe zu erteilen, es sei denn, es liegen Sachverhalte mit wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Gesellschaft vor. Eine generelle Ermächtigung ist insbesondere nicht möglich für Angelegenheiten nach § 108 Abs. 6 GO NRW.

Geschäftsführung:

EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH, vertreten durch ihre Geschäftsführer Herr Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Markus Mertgens (bis 29. Oktober 2024), Herr Dipl.-Ingenieur Markus Böhm (ab 30. Oktober 2024) und Herr Dipl.-Ing. Ralf Theis.

Die Geschäftsführer haben von der Gesellschaft für ihre Tätigkeit im Jahr 2024 keine Vergütung erhalten.

Die geschäftsführende Gesellschaft erhält eine Haftungsvergütung in Höhe von 2.500,00 € zuzüglich einer Preisgleitklausel von 1,5 %. Zudem werden alle im Rahmen der Geschäftsführung anfallenden Aufwendungen erstattet.

3.4.1.9 Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)

Basisdaten

Anschrift: Forckenbeckstraße 66
52074 Aachen

Internet: <http://www.agit.de/>
Gründungsjahr: 1983

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern:innen aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes NRW, des Bundes und der EU.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Wirtschaftsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung der AGIT am 13. Dezember 2024 und den Beschlüssen des Kreistages des Kreises Euskirchen am 11. Dezember 2024 (V 623 und 625/2024) wurde der Gesellschaftsvertrag der AGIT an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG angepasst und Umstrukturierungen (u.a. Umverteilung der Gesellschafteranteile, Erhöhung der Gesellschafterzuschüsse) innerhalb der Gesellschaft umgesetzt. Die Anzeigen gegenüber der Bezirksregierung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 108 Abs. 5 b) GO NRW erfolgten am 16. Dezember 2024 und die Genehmigung am 07. Januar 2025. Die notarielle Beurkundung erfolgte am 20. Dezember 2024. Die Eintragung in das Handelsregister am 31. März 2025.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter Stand bis 31. Dezember 2024	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreis Euskirchen	138.934	4,27
Industrie- und Handelskammer Aachen	421.242	12,95
Handwerkskammer Aachen	138.934	4,27
Stadt Aachen	971.450	29,86
StädteRegion Aachen	552.378	16,98
Kreis Düren	277.867	8,54
Sparkasse Aachen	467.815	14,38
Sparkasse Düren	67.296	2,07
Kreissparkasse Euskirchen	36.000	1,11
Fachhochschule Aachen	3.075	0,10
Eigene Anteile	178.009	5,47
Summe	3.253.000	100,00

Zum 01. Januar 2025 wurden zwei neue Gesellschafter: innen (RWTH Aachen University und das Forschungszentrum Jülich GmbH) aufgenommen. Des Weiteren wurde eine Umstrukturierung der Stammkapitalanteile vorgenommen.

Der Kreis Euskirchen hat zusätzliche Anteile an dem Stammkapital der AGIT (3.253.000 €) in Höhe von 39.981 € erworben. Dadurch hat sich die Beteiligungsquote von 4,27 % auf 5,50 % erhöht. Der Kreistag hat der Anteilserhöhung in der Sitzung vom 11. Dezember 2024 zugestimmt (V 625/2024). Die Gesellschafterversammlung der AGIT hat die Umstrukturierung des Stammkapitals in der Sitzung am 13. Dezember 2024, auf Empfehlung des Aufsichtsrats, beschlossen. Die Anzeige bei der Bezirksregierung erfolgte am 16. Dezember 2024 und die Genehmigung am 07. Januar 2025. Die notarielle Beurkundung erfolgte am 20. Dezember 2024. Die Eintragung in das Handelsregister am 31. März 2025.

Gesellschafter Stand ab 01. Januar 2025	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreis Euskirchen	178.915	5,50
Industrie- und Handelskammer Aachen	130.120	4,00
Handwerkskammer Aachen	65.060	2,00
Stadt Aachen	1.057.225	32,50
StädteRegion Aachen	1.057.225	32,50
Kreis Düren	292.770	9,00
Sparkasse Aachen	130.120	4,00
Sparkasse Düren	32.530	1,00
Kreissparkasse Euskirchen	32.530	1,00
Fachhochschule Aachen	32.530	1,00
RWTH Aachen	32.530	1,00
Forschungszentrum Jülich	32.530	1,00
Eigene Anteile	178.915	5,50
Summe	3.253.000	100,00

Die Beteiligungen der AGIT sind im Beteiligungsportfolio des Kreis Euskirchen unter Punkt 3 dargestellt. Wegen der relativ geringen Bedeutung dieser Beteiligungen für den Kreis Euskirchen wird hier auf eine eingehende Berichterstattung verzichtet.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Gemäß § 15 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags stellen die kommunalen Gesellschafter:innen sowie Kammern der AGIT auf Grundlage des Wirtschaftsplans und nach Maßgabe jährlich zu fassender Beschlüsse finanzielle Zuschüsse bzw. Dienst- und Sachleistungen zur Verfügung soweit die budgetierten Aufwendungen nicht aus den Erlösen und sonstigen Zuschüssen gedeckt werden können. Die am Stammkapital der Gesellschaft beteiligten Gebietskörperschaften und Kammern erbringen die Zuschüsse im Verhältnis ihrer Stammkapitalanteile zueinander, höchstens bis zur Höhe der jeweiligen Stammkapitaleinlage.

Im Jahr 2024 hat der Kreis Euskirchen Gesellschafterzuschüsse in Höhe von 33.932,33 € an die AGIT geleistet.

Entwicklung der Bilanzen

AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	6.897	6.174	14	723
Sachanlagen	15.306.059	11.970.095	11.961.493	3.335.964
Finanzanlagen	35.205	35.205	32.289	0
	15.348.161	12.011.474	11.993.797	3.336.687
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	546.973	464.219	267.678	82.755
Liquide Mittel	8.043.431	11.583.818	12.581.619	-3.540.387
	8.590.404	12.048.037	12.849.298	-3.457.632
C Rechnungsabgrenzungsposten	5.921	1.290	0	4.631
Summe Aktiva	23.944.486	24.060.801	24.843.094	-116.315
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	3.253.000	3.253.000	3.253.000	0
eigene Anteile	-178.009	-178.009	-178.009	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	18.718.280	19.134.993	0	-416.713
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-164.600	-416.713	0	252.113
Bilanzgewinn	0	0	19.134.993	0
	21.628.671	21.793.271	22.209.984	-164.600
B Sonderposten	0	0	19	0
C Rückstellungen	69.950	67.700	82.600	2.250
D Verbindlichkeiten	934.410	242.915	297.602	691.496
E Rechnungsabgrenzungsposten	188.673	49.370	8.130	139.303
F Passive latente Steuern	1.122.781	1.907.545	2.244.759	-784.764
Summe Passiva	23.944.486	24.060.801	24.843.094	-116.315

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	1.906.217	1.924.183	1.996.987	-17.966
2	Sonstige betriebliche Erträge	596.884	723.457	547.500	-126.573
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	1.025.902	1.236.866	988.864	-210.965
	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.025.902	1.236.866	988.864	-210.965
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	2.059.303	1.769.955	1.619.419	289.348
	a) Löhne und Gehälter	1.608.835	1.387.886	1.266.441	220.949
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	450.468	382.069	352.978	68.399
5	Abschreibungen	381.858	371.083	371.934	10.775
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	277.502	323.217	354.822	-45.714
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	309.977	286.685	1.167	23.292
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	23	507	0	-484
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-784.764	-337.214	-123.945	-447.550
10	Ergebnis nach Steuern	-146.746	-430.088	-665.439	283.342
11	Sonstige Steuern	17.854	-13.375	37.299	31.228
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-164.600	-416.713	-702.738	252.113

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	90,33	90,58	-0,25
Eigenkapitalrentabilität	-0,76	-1,91	1,15
Anlagendeckungsgrad	140,92	181,44	-40,52
Verschuldungsgrad 2	4,64	1,43	3,22
Umsatzrentabilität	-8,63	-21,66	13,02

Personalbestand

Geschäftsjahr	2024	2023	2022	Erläuterungen
Insgesamt	21	19	19	Ø Arbeitnehmer ohne Geschäftsführer

Geschäftsentwicklung

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Als regionale und technologieorientierte Wirtschaftsförderung unterstützt die AGIT mbH (im folgenden AGIT) seit mehr als 40 Jahren Unternehmen unentgeltlich bei Gründung, Wachstum sowie Innovation, mit Netzwerkkontakten, Beratungsleistungen, Standortinformationen und bei der Ansiedlung durch gezielte Investorenberatung. Wesentliche Ziele der verschiedenen Aktivitäten sind in diesem Kontext u.a. die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes zu fördern, Arbeitsplätze zu sichern sowie neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das Team der AGIT ist für und innerhalb der Stadt und StädteRegion Aachen, den Kreisen Düren und Euskirchen tätig, betreibt ein Technologie-/ Innovationszentrum auf dem RWTH Aachen Campus, errichtet derzeit ein weiteres Zentrum und führt Wirtschaftsförderungsprojekte und -aufträge im gesamten Kammerbezirk Aachen, dem Rheinischen Revier sowie in der Euregio Maas-Rhein durch.

Entlang dieses Aufgabenprofils ist die Organisation in zwei wesentliche Geschäftsbereiche unterteilt:

- Der Bereich „Technologiezentrummanagement“ (TZM) verantwortet das sogenannte Zentrum für Bio-Medizintechnik (ZBMT) auf dem RWTH Aachen Campus in Melaten. Zusätzlich zeichnet sich der Bereich federführend für die Realisierung des Neubaus auf dem RWTH Campus und koordiniert die Entwicklung des sogenannten Aviation Innovation Centers in Merzbrück (AIC) (Geschäftsbereich 1).
- Der Bereich „Wirtschaftsförderung“ umfasst u.a. die Beratung von Existenzgründer:innen und Unternehmen (Start- & Scale-up, KMUs, etc.), die Ansiedlungswerbung und -betreuung für die Region sowie die Durchführung von Wirtschaftsförderungsprojekten bzw. Wirtschaftsförderungsaufträgen für Hochschulen, Kommunen, Kammern und Unternehmen (Geschäftsbereich 2).

II. Wirtschaftsbericht

1. Lage und Ergebnisentwicklung der Gesellschaft

Hinsichtlich der Ergebnisentwicklung wird vorweggeschickt, dass die Gesellschaft auf die Förderung und Stärkung der regionalen Wirtschaft fokussiert ist und in der Mehrperiodenbetrachtung nicht das Ziel der Gewinnmaximierung verfolgt, sondern eine gesunde Ertragslage, bei gleichzeitig maximaler Wirtschaftsförderung.

a) Hintergrund zum Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2024 ist das letzte Jahr der sog. (finanziellen) Übergangsjahre (2020 – 2025) zur Neupositionierung der AGIT. Die Gesellschafter:innenzuschüsse wurden im Wirtschaftsjahr 2019 pauschal um 50% gekürzt, die vermietbare Fläche wurde durch den Verkauf des Technologiezentrum am Europaplatz (TZA) um 75% reduziert. Das TZA hatte in den Jahren vor dem Verkauf, mit einer Nutzfläche von ca. 14.000 qm, Überschüsse aus Vermietungsleistung (Geschäftsbereich 1) für die Wirtschaftsförderung (Geschäftsbereich 2) generiert. Mit Ankauf des ZBMT, im Januar 2020, stehen der AGIT im Geschäftsbereich 1 bis dato ca. 4.500 qm vermietbare Fläche zur Verfügung. Mit Erwerb des ZBMT konnten darüber hinaus ca. 56 % aus in 2019 gebildeten § 6b EStG Rücklage, auf diese Immobilie langfristig übertragen werden, so dass z.Zt. 44 % in der Rücklage vorhanden sind. Mit der Teilübertragung der o.g. Rücklage auf das ZBMT, bleibt die Besteuerung der stillen Reserve für den o.g. Betrag bis zu einer (evtl.) Veräußerung zunächst aufgeschoben bzw. wird p.a. ertragswirksam aufgelöst. Die durch die Auflösung der Rücklage verbleibenden 4.922 TEUR, werden nach Fertigstellung des Neubaus (12/25) auf dieses Gebäude übertragen.

An dieser Stelle ist besonders zu erwähnen, dass die AGIT durch den TZA-Verkaufserlös, das ZBMT allein aus Eigenkapital erwerben konnte und gleichzeitig gegenüber aktuellen und ehemaligen Gesellschafter:innen ohne langfristige Verbindlichkeiten agiert. Darüber hinaus wirtschaftet die Gesellschaft seit Eigentumsübergang des ZBMT, ohne (vormals gezahlte) Sonderzuschüsse aus Verlusten des ZBMT und verfügt gleichzeitig über ein angemessenes Eigenkapital zur Finanzierung des geplanten Neubaus. Ein entsprechender Kreditvertrag wurde nach Beschluss des Aufsichtsrats und der Gesellschafterversammlung (21.06.2024) abgeschlossen und dient der Finanzierung des Neubaus ab dem Jahr 2025.

Ferner wurden in den letzten Jahren diverse „Altvorgänge“ bereinigt, so dass die Gesellschaft im Jahr 2024 auf einer soliden finanziellen und strukturellen Basis ankert. Wenngleich sich die o.g. Reduzierungen (vermietbare Fläche und Gesellschafter:innenzuschüsse) jeweils spürbar auf die vergangenen, auf das aktuelle und perspektivisch auch auf die kommenden Gesamtergebnisse der AGIT auswirken (siehe auch mittelfristige Finanzplanung). In diesem Kontext ist die Geschäftsführung aktiv geworden und hat vorgeschlagen, vor Ablauf der o.g. Übergangsjahre, eine nachhaltige Finanzarchitektur entlang der Ausrichtung der Gesellschaft zu entwerfen. In Abstimmung mit den Gesellschafter:innen und dem Aufsichtsrat wurden Vorschläge für eine neue Finanzarchitektur und Gesellschaftsstruktur im Jahr 2024 innerhalb der Gesellschaft (gemeinsame Aufsichtsratssitzung und Gesellschafterversammlung am 21.06.2024 sowie 13.12.2024) sowie außerhalb (Politik, Vollversammlung, Hochschulen und Verbände) diskutiert. Der finale und beschlossene Vorschlag konnte u.a. am 20.12.2024 in einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung vollzogen werden.

b) Gewinn- und Verlustrechnung 2024

Allgemein

Die Gesamtleistung des Wirtschaftsjahr 2024 lag bei 1.906 TEUR (VJ 1.924 TEUR) und somit 18 TEUR unter der Gesamtleistung des Vorjahrs. Das Rohergebnis fällt mit 880 TEUR rund 193 TEUR besser aus als im Vorjahr (687 TEUR in 2023). Der Jahresfehlbetrag in der GuV-Rechnung zum 31.12.2024 liegt bei -165 TEUR (Vorjahr: -417 TEUR). Das Defizit kann durch Ausgleich bzw. Verrechnung des vorhandenen Gewinnvortrags (i. H. v. 18.718 TEUR) gedeckt werden.

Das Jahr 2024 wird mit einer Verringerung der liquiden Mittel um 3.540 TEUR auf 8.043 TEUR, konstanten Umsatzerlösen i.H.v. 1.906 TEUR, einer anhaltend soliden Lage im Bereich des Projekt- bzw. Auftragsgeschäfts, einer hohen Vermietungsquote und Investitionen in den sichtbar fortschreitenden Neubau i.H.v. 3.702 TEUR abschließen.

Im Wirtschaftsjahr 2024 lagen darüber hinaus besondere Merkmale vor, so konnten Zinserträge i.H.v. 310 TEUR erwirtschaftet werden, nachdem im Wirtschaftsjahr 2022 noch Verwarentgeltzahlungen notwendig waren und ab 2025, durch die Aufnahme eines Investitionskredits, Zinsauf-

wendungen durch die Gesellschaft zu tragen sind. Darüber hinaus wurden durch die beschlossene Risikominimierung im Kontext der § 6b EStG Rücklage, besonders hohe Erträge aus der Auflösung latenter Steuern (i.H.v. 785 TEUR) erzielt. Ab 2025 wird dieser Betrag deutlich geringer ausfallen.

Das o.g. GuV-Ergebnis 2024 beinhaltet ebenfalls nicht ausgabewirksame Aufwendungen in Form von Abschreibungen i.H.v. 382 TEUR (VJ: 371 TEUR).

Die sonstigen betrieblichen Erträge fallen im Wirtschaftsjahr 2024 mit 597 TEUR, rund 127 TEUR geringer aus als im Vorjahr (724 TEUR) und sind insbesondere durch die Gesellschafterzuschüsse i.H.v. 536 TEUR geprägt. Die Verringerung liegt u.a. an den sog. Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme, welche vom 01.03.2023 bis 31.12.2023 galten und folglich im Jahr 2024 nicht mehr ertragswirksame Auswirkungen entfalten. Gleichzeitig ist der Position Materialaufwand zu entnehmen, dass diese Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr 2023 (1.237 TEUR), um 211 TEUR geringer ausfallen (1.026 TEUR).

Im Folgenden wird auf die wesentlichen budgetrelevanten Sachverhalte der Geschäftsbereiche 1 und 2 eingegangen.

Geschäftsbereich 1: Technologiezentrummanagement

Das Zentrum für Bio-Medizintechnik (ZBMT) war das komplette Jahr zu 100 % ausgelastet. Aktuell bietet das Gebäude insgesamt neun Unternehmen, darunter Unternehmen mit Gründungsstatus (3), Campusmieter:innen (4) sowie dem UKA und der AGIT selbst eine Heimat.

Bei drei Start-ups konnte der erste „Staffelsprung“ umgesetzt werden, wodurch höhere Mieteinnahmen generiert werden. Zusätzlich konnten zwei von den drei verbleibenden Start-ups ein Flächenwachstum vollziehen.

Die Nachfrage nach Büro-, vor allem aber Laborflächen, ist unverändert hoch. Dies gilt gleichermaßen für neue, wie auch bereits ansässige Unternehmen. Bestätigt werden konnte die o.g. Analyse durch die unmittelbare Kompensation von drei Unternehmensauszügen, da alle Flächen wieder vollständig vermietet werden konnten und derzeit keine Auszugswünsche bekannt sind.

Die klassischen Mieteinnahmen im Jahr 2024 sind den o.g. Erläuterungen folgend auf einem konstanten Niveau i.H.v. 889 TEUR (Nettokaltmieten ohne Berücksichtigung der Innenumsätze i.H.v. 109 TEUR) bzw. 1.010 TEUR als Gesamterlöse des Zentrumsmagements und liegen damit rund 57 TEUR über dem Vorjahresergebnis (953 TEUR). Das verbesserte Ergebnis konnte u.a. durch diverse Staffelsprünge bei den Gründermieten erzielt werden.

Ausblick

Die Geschäftsführung prognostiziert für 2025 eine unverändert hohe Flächenauslastung, während die Mieteinnahmen im Vergleich zu den Vorjahren kalkulatorisch geringer ausfallen könnten, da Mietminderungen durch die unmittelbare Neubautätigkeit gänzlich nicht auszuschließen sind.

Geschäftsbereich 2: Wirtschaftsförderung

Der Bereich „Wirtschaftsförderung“ erzielte im Jahr 2024 Erlöse i.H.v. 875 TEUR (VJ: 961 TEUR) und damit 86 TEUR weniger als im Vorjahr. Projekte, wie z.B. ET2SMEs, welche zum 31.12.2023 ausgelaufen sind und hohe Erträge im Jahr 2023 erzielt haben, konnten u.a. durch STIPP erst mit Projektstart 01.07.2024 ersetzt werden.

Im Zuge des Projektes Bioökonomie.Verstehen.Verbinden.Unterstützen ist die AGIT als Unterauftragnehmerin der RWTH Aachen zur operativen Unterstützung einer Geschäftsstelle tätig. Der Auftrag erzielte im Wirtschaftsjahr 2024 Erträge i.H.v. 90 TEUR und erzeugte Sachaufwendungen i.H.v. 15 TEUR, so dass ein Deckungsbeitrag (75 TEUR) bei der AGIT verbleibt.

Im Rahmen des geförderten Projekts reACT, welches gemeinsam mit einer Vielzahl von Partner:innen aus der Wissenschaft und Wirtschaft durchgeführt wird, untersucht die AGIT die besonderen Bedürfnisse von Medizintechnikunternehmen und fertigt eine neue Guideline für die gezielte Businessplanerstellung inkl. neuer Entwicklungstools zur Geschäftsmodellentwicklung an. Das Projekt ist bis Mitte 2025 durch das BMBF gefördert und hat im Jahr 2024 Erträge i.H.v. 57 TEUR erzielt. Gleichzeitig sind Sachaufwendungen i.H.v. 3 TEUR entstanden, so dass durch die Förderung ein Deckungsbeitrag bei der AGIT verbleibt.

Gemeinsam mit euregionalen Partner:innen hat die AGIT im Juli 2024 ein neues Projekt zur Förderung von KMU-Zusammenarbeit im Rahmen des INTERREG VIA-Programms Maas-Rhein 2021 - 2027 vorgelegt: STIPP, das Akronym steht für SME Transition Innovation Partner Projects und gilt als interner Nachfolger des 2023 ausgelaufenen Projekts ET2SME. Mit Projektstart zum 01.07.2024, konnten für das Wirtschaftsjahr 2024 Erträge i.H.v. 43 TEUR erzielt werden. Gleichzeitig sind Sachaufwendungen i.H.v. 3 TEUR im Zusammenhang mit dem Projekt entstanden, so dass hier ebenfalls ein Deckungsbeitrag bei der AGIT verbleibt.

Im Oktober 2024 ist die AGIT vom III. Physikalischen Institut B der RWTH Aachen University beauftragt worden, im Rahmen der Verwendung von Planungsmittel des Bundes für das Einstein-Teleskop, sich mit der Frage der Ausgestaltung des ET-Technologietransfers intensiver zu befassen. Hierzu wurde ein Technologietransferkonzept erarbeitet, welches mit einem Ertrag i.H.v. 50 TEUR in 2024 erzielte.

Darüber hinaus wurden weitere Aufträge und Projekte (lfd. & neu) umgesetzt, so z.B. das Ansiedlungsmanagement für die StädteRegion Aachen (Erträge i.H.v. 50 TEUR), das Projekt Aachen China Office für die Stadt Aachen (Erträge i.H.v. 15 TEUR) oder eine FuE Onsite Veranstaltung für die Campus GmbH (Erträge i.H.v. 2,8 TEUR).

Ausblick

Im Jahr 2025 läuft das o.g. Projekt reACT aus, darüber hinaus werden die Aufträge Ideenfabrik Nachhaltige Wirtschaft sowie die Initialisierungsphase Future Mobility Park abgeschlossen sein. Vor diesem Hintergrund gilt es im Jahr 2025 neue Aufträge bzw. Projekte zu akquirieren und so einen Deckungsbeitrag aus dem Geschäftsbereich 2 zu erreichen.

Lage der Gesellschaft

Das Jahr 2024 wird mit einer Erhöhung des Sachanlagevermögens auf 15.306 TEUR (VJ: 11.970 TEUR), einer Verringerung der liquiden Mittel um 3.540 TEUR auf 8.044 TEUR (VJ 11.584 TEUR), Umsatzerlösen i. H. v. 1.906 TEUR (2023: 1.924 TEUR / 2022: 1.997 TEUR / 2021: 1.814 TEUR / 2020: 1.417 TEUR) und einem im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2023 (687 TEUR) höheren Rohergebnis (880 TEUR) abschließen.

a) Ertragslage

Insgesamt wird das Geschäftsjahr 2024 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 165 TEUR ausweisen, welcher durch Verrechnung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr gedeckt werden kann. Folgende wesentliche Hinweise sind an dieser Stelle anzuführen:

Die Umsatzerlöse i.H.v. 1.906 TEUR sind im Vergleich zum Jahr 2023 um 0,94 % niedriger ausgefallen, die Aufwendungen zur Erzielung der Umsatzerlöse fallen um 17,06 % bzw. 211 TEUR niedriger aus: 1.026 TEUR in 2024 zum Vergleich 1.237 TEUR in 2023. Das Projekt- und Auftragsgeschäft, welches wesentlich im Geschäftsbereich 2 (Wirtschaftsförderung) umgesetzt wird, erzielte im Wirtschaftsjahr 2024 Erträge i.H.v. 875 TEUR (VJ 961 TEUR). Die hohe Vermietungsquote im ZBMT trägt mit Gesamterlösen i.H.v. 1.010 TEUR (VJ 953 TEUR) die erzielten Umsatzerlöse. Die Zuschüsse der Gesellschafter:innen sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert mit insgesamt 536 TEUR ausgewiesen und innerhalb der sonstigen betrieblichen Erträgen verbucht.

b) Finanzlage

Die nachfolgende Kapitalflussrechnung zeigt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft:

31.12.2024
T€

Jahresfehlbetrag	-165
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	382
Zunahme der Rückstellungen	2
Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	118
Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	-206
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	758
Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	-3
Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	<u>-708</u>
Laufende Geschäftstätigkeit	<u>178</u>

Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-3.711
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	<u>-8</u>
Investitionstätigkeit	<u>-3.719</u>

Finanzierungstätigkeit 0

Liquide Mittel am Anfang der Periode	11.584
Zahlungswirksame Veränderungen	<u>-3.541</u>
Liquide Mittel am Ende der Periode	<u>8.043</u>

c) Vermögenslage

Das Vermögen und das Kapital der Gesellschaft haben sich gegenüber dem Vorjahr um 117 TEUR vermindert. Im Wesentlichen resultiert der Rückgang des Vermögens aus der Abnahme der flüssigen Mittel in Höhe von 3.541 TEUR. Dem steht die Investitionen in das Sachanlagevermögen von 3.336 € gegenüber. Lang- bis mittelfristig gebundenes Vermögen i. H. v. 15.348 TEUR bilden 64,1 % des AGIT-Gesamtvermögens. Kurzfristig gebunden (< 1 Jahr) sind 8.590 TEUR, wovon wiederum 8.044 TEUR bzw. 33,6% den Kassenbestand bei Kreditinstituten widerspiegelt. Das Gesamtvermögen der AGIT liegt zum Ende des Wirtschaftsjahres 2024 bei 23.944 TEUR.

Langfristiges gebundenes Fremdkapital existiert im Wirtschaftsjahr 2024 nicht, der Anteil des kurzfristig gebundenen Fremdkapitals hat einen Anteil von 4,2 %. Darüber hinaus machen passive latente Steuern 4,7 % aus, während die Eigenkapitalquote im Wirtschaftsjahr 2024 bei einem hohen Wert (90,3 %) liegt.

Der laufende Geschäftsbetrieb wurde aus der Inanspruchnahme der liquiden Mittel finanziert.

AKTIVA	Bilanz zum		Bilanz zum		Veränderung zum Vorjahr
	31.12.2024		31.12.2023		
	T€	%	T€	%	T€
immaterielle Vermögensgegenstände	7	0,03%	6	0,02%	1
Sachanlagen	15.306	63,92%	11.970	49,75%	3.336
Finanzanlagen	35	0,15%	35	0,15%	0
langfristiges Vermögen	15.348	64,10%	12.011	49,92%	3.337
Forderungen aus L+L	115	0,48%	234	0,97%	-119
sonstige VG	432	1,80%	231	0,96%	201
Kasse, Bank	8.043	33,59%	11.584	48,14%	-3.541
kurzfristiges Vermögen	8.590	35,88%	12.049	50,08%	-3.459
ARAP	6	0,03%	1	0,00%	5
Summe Aktiva	23.944	100,00%	24.061	100,00%	-117
PASSIVA	Bilanz zum		Bilanz zum		Veränderung zum Vorjahr
	31.12.2024		31.12.2023		
	T€	%	T€	%	T€
gezeichnetes Kapital	3.075	12,84%	3.075	12,78%	0
Bilanzgewinn	18.718	78,17%	19.135	79,53%	-417
Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	-165	-0,69%	-417	-1,73%	252

Eigenkapital	21.628	90,33%	21.793	90,57%	-165
Rückstellungen	70	0,29%	68	0,28%	2
Verbindlichkeit Lieferung + Leistung	864	3,61%	106	0,44%	758
Verbindlichkeit gg. Gesellschafter	17	0,07%	21	0,09%	-4
sonstige Verblk.	53	0,22%	116	0,48%	-63
kurzfristiges Fremdkapital	1.004	4,19%	311	1,29%	693
PRAP	189	0,79%	49	0,20%	140
latente Steuern	1.123	4,69%	1.908	7,93%	-785
Summe Passiva	23.944	100,00%	24.061	100,00%	-117

2. Finanzielle Leistungsindikatoren und Kennzahlen

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: Anlagevermögen x 100 / Gesamtvermögen

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Anlagevermögen	15.348	12.011
Gesamtvermögen	23.944	24.061
Anlageintensität in %	64,10	49,92

Eigenkapitaleinteil

Formel: Eigenkapital x 100 / Gesamtkapital

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Eigenkapital	21.629	21.793
Gesamtkapital	23.944	24.061
Eigenkapitalanteil in %	90,33	90,57

Verschuldungsgrad

Formel: Fremdkapital x 100 / Gesamtkapital

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Fremdkapital	1.004	311
Gesamtkapital	23.944	24.061
Verschuldungsgrad in %	4,19	1,29

III. Prognosebericht

Die Skalierbarkeit der AGIT-Dienstleistungen, insbesondere im Kontext des Bereichs Wirtschaftsförderung (Geschäftsbereich 2), hängen unmittelbar mit der Leistungsfähigkeit der Mitarbeitenden zusammen, so dass Erlöse und inhaltliche Wirkungen nur durch eine angemessene Ressourcenbereitstellung und das Vorhandensein von Fachkräften realisierbar sind. Das klassische Beratungsgeschäft wirkt daher im Kontext der Personalkosten intensiver, insbesondere im Vergleich zu klassischen Technologie- und Gründerzentren (TGZs). TGZs haben in der Regel das Zentrumsmangement im Fokus des Handelns, während dies bei der AGIT als flankierendes und unterstützendes Instrument (Geschäftsbereich 1) zur eigentlichen Kernaufgabe (Geschäftsbereich 2) genutzt wird.

Entlang der mittelfristigen Finanzplanung erwartet die Gesellschaft folgende Entwicklung:

	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029	Plan 2030
1. Umsatzerlöse	3.148.836	3.296.973	3.408.920	3.463.040	3.532.301
2. s. b. Erträge	1.385.000	1.585.000	1.785.000	1.785.000	1.785.000
3. Materialaufwand	1.969.581	2.001.050	2.033.029	2.065.527	2.098.553
4. Personalaufwand	2.292.500	2.359.600	2.430.600	2.500.700	2.550.714
5. Abschreibungen	888.700	888.861	889.023	889.189	889.357
6. s. b. Aufwendungen	190.000	192.850	195.743	198.679	201.659

7. Zinserträge	0	0	0	0	0
8. Zinsaufwand	302.306	293.873	285.140	276.099	266.737
9. Steuern E+E	-163.619	-163.619	-163.619	-163.619	-163.619
10. Ergebnis nach Steuern	-945.632	-690.642	-475.996	-518.535	-526.100
11. sonstige Steuern	66.503	66.503	66.503	66.503	66.503
12. Jahresfehlbetrag	-1.012.135	-757.145	-542.499	-585.038	-592.603

Die Geschäftsführung der AGIT wurde in der gemeinsamen Sitzung des Aufsichtsrats und der Gesellschaftsversammlung am 08.12.2023 damit beauftragt, ein abgestimmtes und mehrheitsfähiges Konzept zur nachhaltigen Finanzarchitektur und Gesellschafterstruktur der AGIT ab 2025 (unter dem Begriff: „AGIT 2025+“) vorzulegen. Dies erfolgte im Laufe des Jahres 2024 und wurde durch Beschlüsse im Dezember 2024 (Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung) final abgerundet.

Ab dem Jahr 2025 bis zum Jahr 2028 werden die Zuschüsse der Gesellschafter:innen schrittweise und nachhaltig angepasst, ohne dass die Gesellschaft Liquiditätsprobleme annehmen muss und gleichzeitig fortwährend auskömmlich finanziert sein wird – die Plausibilisierung, Richtigkeit und Vollständigkeit der Wirtschaftsplanung 2025 bis 2030 erfolgte in enger Zusammenarbeit mit der Steuerberatungskanzlei.

Der dargestellten Prognose liegt auch zu Grunde, dass der dynamische Abbau des Eigenkapitals im Zuge der vollständigen Vermietung der Flächen im Neubau und im ZBMT, sowie durch die Beendigung der gestreckten Erhöhung der Zuschüsse, ab dem Jahr 2028 deutlich abnimmt. Obwohl zukünftig positive Änderungen auf der Haben-Seite der AGIT, durch die sukzessive Erhöhung der Gesellschafter:innenzuschüsse beginnend 2025 geplant und beschlossen sind, verbleibt für den Zeitraum 2025 ff. ein, in der gemeinsamen Sitzung des AGIT Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung aufgezeigter Eigenkapitalrückgang, der insbesondere durch die Zuschusshöhe der Gesellschafter:innen, die Höhe der Beträge für Abschreibung für Abnutzung (AfA) sowie allgemein steigende Ausgaben für Personal und Material determiniert ist.

Dabei ist auch die Ausrichtung des eigenen Flächenangebots, insbesondere im Kontext der Bedarfe der Zielgruppe zu bewerten (Vergünstigte Miete für Gründer:innen). Diese Tatsache verringert gleichzeitig das kalkulatorische Erlöspotenzial der Immobilien. Dieser Zielkonflikt ist nicht neu, muss jedoch regelmäßig und transparent kommuniziert werden, damit die Gemeinwohlausrichtung bzw. der Beitrag zur Wirtschaftsförderung der Gesellschaft für die gesamte Region, insbesondere an dieser Stelle deutlich wahrgenommen wird.

Potenzielle Erlössteigerungen sollten sinnvoll in verschiedenen strategischen Wirtschaftsförderungsbereichen erlangt werden, die u.a. durch geförderte Projekte zur Querfinanzierung der laufenden Personal- und Sachkosten einen Deckungsbeitrag leisten können. Konkrete weitere (Gesellschafter:innen-) Aufträge, wie z.B. im Rahmen des erzielten Dienstleistungsauftrags „Ramp-up Future Mobility Park“, unterstützen die Querfinanzierung ebenfalls, erfordern jedoch gleichzeitig (teilweise zusätzliche) Ressourcen.

Ohne diese Aufträge und Projekte müssten potenzielle Gesellschafter:innenzuschüsse dafür aufgewendet bzw. zusätzliche Zuschüsse bereitgestellt werden.

1. Strukturelle Herausforderungen

Im Tenor zeigt die mittelfristige Finanzplanung deutlich, dass insbesondere der langfristige Fortbestand der Gesellschaft von den drei folgenden wesentlichen Elementen abhängig ist:

- 1) der ausreichenden Versorgung der Gesellschaft mit Liquidität bzw. Zuschüssen, welche vor allem durch die (zuschussgebenden) Gesellschafter:innen erfolgt
- 2) der kontinuierlichen Akquise verschiedener Aufträge und geförderter Projekte, welche auf die Strategie der AGIT einzahlen sowie einen finanziellen Deckungsbeitrag erreichen können und

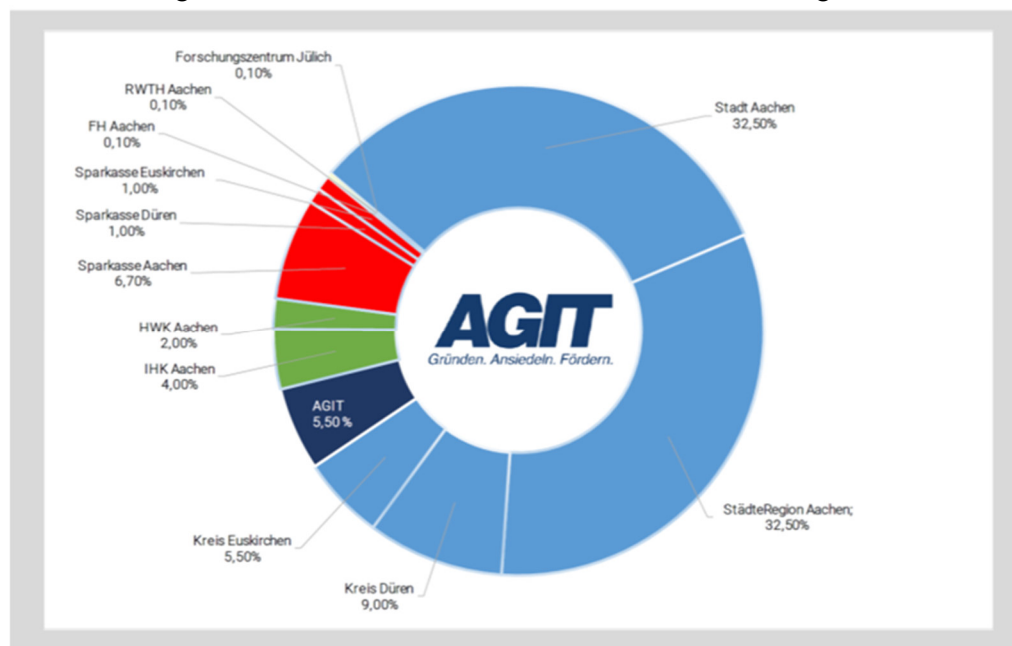
- 3) den Mieteinnahmen aus dem Technologiezentrumsmanagement, welche trotz des Zielkonflikts innerhalb der Mietpreise, aus dem ZBMT und dem Neubau erfolgen müssen.

Nur im Dreiklang dieser Mittelzuflüsse kann die AGIT langfristig ihren Gesellschaftszweck erfüllen.

2. Strukturelle Chance

Mit dem Ende der sog. Übergangsjahre der AGIT, der erfolgten strategischen Neuausrichtung (AGIT 2025+), der konkreten Umsetzung des Neubaus auf dem RWTH Aachen Campus, sowie der Hauptaufgabe: Die Herausforderungen des Strukturwandels so zu gestalten, dass die Region gestärkt aus dem Transformationsprozess hervorgeht, bedurfte es einer novellierten Finanzarchitektur und einer verstärkten Gesellschaftsstruktur. Neben der Finanzarchitektur, wurden die Gesellschaftsanteile neu justiert und es konnten zwei wesentlichen wissenschaftliche Akteure als neue AGIT Gesellschafterinnen gewonnen werden: RWTH Aachen University und Forschungszentrum Jülich GmbH.

Die Verteilung der Gesellschaftsanteile AGIT 2025+ sieht wie folgt aus:



Die Grafik veranschaulicht die ab 2025 wirkende Anteilsverteilung der AGIT, welche eine paritätische Aufteilung zwischen Stadt Aachen und StädteRegion Aachen mit jeweils 32,5 % vorsieht, darüber hinaus wurden die Anteile des Kreises Düren leicht auf 9 % und die des Kreises Euskirchen leicht auf 5,5 % aufgestockt. Der bei der AGIT verbleibende Anteil i.H.v. 5,5 %, sollte ursprünglich ebenfalls in Wert gesetzt werden, verbleibt nach neuerlicher Absage eines potenziellen Altgesellschafters jedoch zunächst bei der Gesellschaft selbst und könnte bei Bedarf mittelfristig veräußert werden. Im Zuge der dargestellten neuen Gesellschafter:innen (RWTH & FZJ), welche jeweils ein Stammkapital i.H.v. 3.253,- € bzw. 0,1% erworben haben, stockte die FH Aachen ebenfalls auf eine 0,1%ige Beteiligung auf, so dass auch die Partner:innen der Wissenschaft paritätisch bei der AGIT beteiligt sind. Die Sparkassen der Region, insbesondere die Sparkasse Aachen sowie die IHK und HWK veräußern einen Großteil ihrer Anteile zugunsten sog. „Zuschussgebender Hände“, vor allem im Sinne der neu entwickelten Zuschussystematik, welche Zuschusshöhen grundsätzlich entlang der Beteiligungsanteile vorsieht.

Mit der Aufnahme neuer Gesellschafter:innen und der verstärkten Verantwortungsübernahme der kommunalen Gesellschafter:innen, erhält die AGIT mbH eine gestärkte Struktur welche inhaltlich, geografisch und in ihrer Wirkung große Entwicklungschancen für die Technologieregion Aachen, Düren und Euskirchen eröffnen kann, die Gesellschaft zumindest aber nachhaltiger aufstellt als bis dato.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risiken

Gerade vor dem Hintergrund der den letzten Jahren teilweise eingetretenen Mietausfälle aus Insolvenzen, diversen Auszügen (z.B. eines Ankermieters) und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, kann trotz aller Bemühungen nicht vollends ausgeschlossen werden, dass es angesichts der sich rasch verändernden wirtschaftlichen Umstände zu negativen Korrekturen im Bereich der Mieterlöse kommen kann. Die Gesellschaft verfügt derzeit über ausreichend Liquidität, so dass die AGIT bei potenziellen Mietausfällen grundsätzlich ihren Verpflichtungen bei Fälligkeit weiterhin nachkommen kann.

Außerplanmäßige Instandhaltungsmaßnahmen für den Betrieb des ZBMT sind derzeit nicht konkret erkennbar, können aber bei einer Immobilie (älter > 10 Jahre) nicht ausgeschlossen werden. In den letzten Jahren waren insbesondere die hochspezialisierten technischen Anlagen regelmäßig störanfällig, so z.B. die Neutralisationsanlage, welche im ersten Quartal 2025 entsprechend ertüchtigt und verlegt wurde.

Finanzierungsrisiken sind auf Grundlage der vorhandenen sowie eingeplanten Mittel für den Neubau und der Eigenkapitalquote der Gesellschaft als derzeit gering einzustufen, wenngleich die Zinssteigerungen der vorangegangenen Monate (bis Sommer 2024) für den abgeschlossenen Investitionskredit zu höheren Aufwendungen geführt haben, insbesondere als noch Ende 2023 angenommen.

Baukostensteigerungen wurden bis zum Abschluss des Generalunternehmervertrags regelmäßig berücksichtigt und fortgeschrieben. Durch den GU-Pauschalvertrag sind allgemeine Kostensteigerungen abgedeckt, bei außergewöhnlichen oder unerwarteten Maßnahmen, welche im Zuge der Bauarbeiten notwendig werden könnten, können Mehrkosten nicht ausgeschlossen werden. Reaktions- und Anpassungsgeschwindigkeit sind weiterhin geboten, da vor dem Hintergrund der engen Umsetzungszeitschiene keine Verzögerungen eintreten dürfen. Der Geschäftsführung wurde aus diesem Grund für die Umsetzung ein Mehrkostenpuffer per Aufsichtsratsbeschluss (21.06.2024) eingeräumt, so dass kurzfristige Entscheidungen im gewährten Rahmen ohne gesonderten Beschluss des Aufsichtsrats möglich sind – Berichte zum Sachstand des Neubaus erfolgen regelmäßig in den Aufsichtsratsitzungen.

Multiple regionale und globale Herausforderungen, Insolvenzen bei Nachunternehmern, Lieferengpässe bei Zuliefern, Mängel bei der Neubauumsetzung oder am Material sowie weitere nicht durch die Gesellschaft herbeigeführte zeitliche Verzögerungen im Kontext der Neubauumsetzung, ergeben im Zuge der gebildeten (Teil)Rücklage nach § 6b EStG konkrete zeitliche Risiken, welche zu einer nicht weiter verschiebbaren Versteuerung der Rücklage führen könnte. Bis zur vertraglich vereinbarten Fertigstellung des Neubaus, 19.12.2025, sind in der Rück- und Vorausschau gewisse Unabwägbarkeiten erkennbar, welche eine rechtzeitige Fertigstellung gefährden könnten. Zwecks Risikominimierung für die Gesellschaft, hat die Geschäftsführung den Aufsichtsrat und die Gesellschafter:innen transparent über den Sachverhalt informiert. So wurde unter Abwägung der beim Campus-Neubau innewohnenden Risiken einer zeitlichen Verzögerung beschlossen, das steuerliche Risiko zu verringern, ganz auflösbar ist das Risiko jedoch nicht.

Insgesamt stellen die derzeitigen Krisen, wie eine schwache bundesweite Wirtschaftsleistung, Hemmnisse in der Investitionsumsetzung, eine überbordende Bürokratie, akuter Fachkräftemangel, die notwendige Transformation der Wirtschaft, Handelskonflikte, drohende Zölle u.v.m. alle wirtschaftlichen Akteur:innen vor massive Herausforderungen, deren konkrete Auswirkungen noch nicht final einschätzbar sind bzw. viel Ungewissheit und somit Unsicherheiten im allgemeinen wirtschaftlichen Handeln bedeutet. Es fehlt Planbarkeit auf diversen Ebenen, welche tendenziell jede Entscheidung risikoreicher macht.

2. Chancen

Trotz herausfordernder Zeiten und der o.g. Risiken, sind für die AGIT insgesamt mehr Chancen vorhanden. Die positive Wahrnehmung der Gesellschaft führt aktuell und voraussichtlich auch perspektivisch zu neuen Aufträgen. Der Koalitionsvertrag für die 21. Legislaturperiode zeichnet zudem ein Stück mehr politische Planungssicherheit, was zusätzliche Impulse für die Regionalentwicklung entfalten kann.

Durch den Schulterschluss mit der RWTH Aachen, der FH Aachen und dem Forschungszentrums Jülich sowie die Stärkung der kommunalen Gesellschafter:innen, kann so ein Wirkungsfeld erzeugt werden, welches zusätzliche Hebelmechanismen und eine neue Dynamik in der AGIT erzeugen kann.

Ferner wird der anstehende Strukturwandel im Rheinischen Revier zusätzliche Aufgaben und Möglichkeiten für die AGIT eröffnen. Pars pro toto hierfür steht die Entwicklung des Standortes Merzbrück zum Themenfeld Aviation sowie die Chance auf Entwicklung oder Betrieb eines geförderten Strukturwandel-Projekts, das sog. Aviation- Innovationcenter. Die unmittelbare Verbindung zum Future Mobility Park im Kreis Düren (Aldenhoven), bietet ebenfalls ein enormes Entwicklungspotenzial, für deren sog. Ramp-up Phase die AGIT beauftragt wurde.

Die Investition in den Neubau auf dem RWTH Aachen Campus, ermöglicht der AGIT ab dem Jahr 2026 weitere Ertragsmöglichkeiten. Vor allem aber wird die Gesellschaft, über 40 Jahre nach ihrer Gründung, von dem Standort aus hauptverantwortlich tätig, der für Innovation und Technologietransfer steht, wie kein Zweiter in der Region. Über die Funktionseinheiten im Kreis Düren und Euskirchen ist die Wahrnehmung der AGIT bei den dortigen Gesellschaftern aus Sicht der AGIT gestiegen, zusätzliche Aufträge und Projekte (Future Mobility Park im Kreis Düren oder Transferprojekte im Rahmen der Ideenfabrik im Kreis Euskirchen) werden umgesetzt und eröffnen weitere Entwicklungschancen im gesamten Wirkungsraum.

3. Zusammenfassung Prognose

Für 2025 rechnet das ifo-Institut mit einem leichten Wirtschaftswachstum von 0,2 Prozent -vor der Zollankündigung der USA. Die Prognoserisiken sind aber auf Grund der aktuellen weltpolitischen Situation ungewöhnlich hoch. Nicht nur für Deutschland lautet die Prognose: Unsicherheit. Das bedeutet im Ergebnis Zurückhaltung bei Privathaushalten beim Konsum und Zurückhaltung bei Unternehmen bei Investitionen. Das spürt die Gesellschaft ganz unmittelbar als Dienstleisterin für Unternehmen in der Region Aachen, aber auch im Rahmen ihrer Ansiedlungsaktivitäten und so gibt es bereits konkrete Auswirkungen auf die Arbeitsmarktprognosen. Wie sich die von der neuen Regierung angekündigten Investitionen aus den Sondervermögen u. a. auf die Rüstungs-, Raumfahrt-, Digital- und Bauindustrie auswirken, ist noch nicht absehbar. Es liegt durchaus im Bereich des Möglichen, dass Anfang 2026 auf eine positivere Entwicklung in 2025 als zum jetzigen Zeitpunkt prognostiziert zurückgeblickt werden kann, wenn es gelingt die Mittel zielgerichtet und wachstumsfördernd einzusetzen und die für Unternehmen in der Region Aachen konkret nutzbar zu machen. Es wäre in vielerlei Hinsicht die richtige Entwicklung zum richtigen Zeitpunkt und zählt in großem Teilen auch auf die Tätigkeitsfelder der Gesellschaft ein bzw. beeinflusst das Geschäft der AGIT insgesamt.

Mit der Förderung von technologieorientierten Gründungen, der Unterstützung von Wachstumsunternehmen, der Förderung von Innovations- und Technologietransfer sowie der Ansiedlungswerbung in der Region Aachen, Düren und Euskirchen steht die Gesellschaft somit auch weiterhin vor relevanten Aufgaben. Der langfristige Fortbestand der Gesellschaft ist jedoch von der ausreichenden Versorgung der Gesellschaft mit Liquidität u. a. durch die Gesellschafter:innen, zusätzliche Aufträge, geförderte Projekte bzw. einer grundsätzlichen Stärkung der AGIT abhängig. Die o. g. Immobilienentwicklung ist darüber hinaus von elementarer Bedeutung, stärkt diese doch die Position der AGIT, genießt Priorität hinsichtlich des aktuellen Ressourceneinsatz und wird auf der anderen Seite mittelfristig mit hohen Abschreibungssummen das GuV-Ergebnis beeinflussen.

Aachen, im April 2025

Sven Pennings
Geschäftsführer

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

je 1 € Kapitalbeteiligung 1 Stimme, 8 Mitglieder

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Der Kreistag hat nachstehende Vertreter in die Gesellschafterversammlung entsandt:

Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Manfred Manheller, CDU	Leo Wolter, CDU

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen folgende Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden:

Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Manfred Manherller, CDU	Patrick Rothkopf, CDU

Aufsichtsrat:

Insgesamt 16 Sitze (Stimmen), davon 1 Kreis Euskirchen

Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat:

Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Manfred Manheller, CDU (stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender)	Leo Wolter, CDU

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen folgende Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden:

Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Manfred Manherller, CDU	Patrick Rothkopf, CDU

Geschäftsführung

Geschäftsführung	Bezüge 2024
Sven Pennings	166 T€

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Der Gesellschafterversammlung der AGIT gehören von den insgesamt 8 Mitgliedern 1 Frau an (Frauenanteil: 12,5 %).

Dem Aufsichtsrat der AGIT gehörten von den insgesamt 16 Mitgliedern in der ersten Hälfte des Jahres 2024 3 Frauen an (Frauenanteil: 18,75 %). In der zweiten Hälfte des Jahres gehörte dem Aufsichtsrat eine Frau an (Frauenanteil: 6,25 %).

Nach Änderung des Gesellschaftsvertrages in 2020 (Beschluss Gesellschafterversammlung vom 7. Oktober 2020) ergibt sich die Selbstverpflichtung zur Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes in § 21. Dies führt dazu, dass bei wesentlichen Gremien die Besetzung mit einem Mindestfrauenanteil von 40 % zu erfolgen hat.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG bestand im Jahr 2024 nicht.

Nachrichtlich:

Aufgrund der Überschreitung der Beschäftigungszahl nach dem LGG ist die AGIT dazu verpflichtet ab dem 01. Januar 2025 einen Gleichstellungsplan für den Zeitraum 01. Januar 2025 bis 31. Januar 2028 aufzustellen. Der Gleichstellungsplan wurde den Gesellschafter:innen in der Gesellschafterversammlung am 13. Dezember 2024 vorgestellt und beschlossen diesen fortzuführen.

3.4.1.10 Vogelsang IP gGmbH

Basisdaten

Anschrift: Vogelsang 70
53937 Schleiden
Internet: <http://www.vogelsang-ip.de/>
Gründungsjahr: 17. Oktober 2008

Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, internationaler Gesinnung, Toleranz auf allen Gebieten der Kultur, Völkerverständigung, Umwelt- und Landschaftsschutz, Denkmalschutz, regionaler Identität sowie demokratischen Gesellschaftsstrukturen. Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Hierzu zählen ausschließlich die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang, die Durchführung eines regelmäßigen Gäste- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang, die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die hiermit in Zusammenhang stehen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der wirtschaftlichen und kulturellen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises ist in diesem Zusammenhang nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung der Vogelsang IP gGmbH vom 27. März 2025 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 11. Dezember 2024 (V 623/2024) wurde der Gesellschaftsvertrag der Vogelsang IP gGmbH an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG angepasst. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 108 Abs. 5 b) GO NRW erfolgte am 16. Dezember 2024 und die Genehmigung am 29. April 2025. Der Gesellschaftsvertrag wurde am 26. Juni 2025 notariell beurkundet.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Landschaftsverband Rheinland	70.000	70,000
Kreis Euskirchen	17.142	17,142
StädteRegion Aachen	4.286	4,286
Kreis Düren	2.857	2,857
Kreis Heinsberg	1.429	1,429
Stadt Schleiden	2.857	2,857
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	1.429	1,429
Gesamtsumme	100.000	100,000

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlagen. Abweichende Regelungen bedürfen der Zustimmung sämtlicher Gesellschafter. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich der Übernahme von Verlusten seitens der Gesellschafter ist auf einen Gesamtbetrag von von 1.400.000 € begrenzt (Sitzung des

Kreistages am 18. Oktober 2017, V 358/2017). Der maximale Betriebskostenzuschuss des Kreises Euskirchen wurde damit auf 240.000 € festgesetzt.

Der Kreis Euskirchen hat im Jahr 2024 Gesellschafterzuschüsse in Höhe von 235.868,26 € an die Vogelsang IP gGmbH gezahlt. In der Gesellschafterversammlung am 29. Oktober 2024 wurde beschlossen den Gesellschaftern der Vogelsang IP gGmbH zur Minderung ihrer Finanzierungsbeiträge, anteilig nach ihrem Gesellschaftsanteil, den Jahresüberschuss 2024 von 477.660,22 € aus-zuzahlen. Auf den Kreis Euskirchen entfällt eine Minderung von 81.880,51 €.

Entwicklung der Bilanzen

Vogelsang IP gGmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	€	€	€	€
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	12.964	22.645	38.693	-9.681
Sachanlagen	35.433.945	36.918.284	38.003.385	-1.484.339
	35.446.909	36.940.929	38.042.078	-1.494.020
B Umlaufvermögen				
Vorräte	98.183	118.892	143.490	-20.709
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	396.992	455.416	217.798	-58.424
Liquide Mittel	2.422.663	2.348.435	2.563.361	74.228
	2.917.837	2.922.742	2.924.649	-4.905
C Rechnungsabgrenzungsposten	46.854	49.299	51.573	-2.445
Summe Aktiva	38.411.600	39.912.970	41.018.300	-1.501.370
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000	0
Kapitalrücklage	400.000	211.579	86.579	188.421
Bilanzverlust	672.882	383.643	141.149	289.239
	1.172.882	695.222	327.728	477.660
B Ausgleichsposten Gebäude	1.845.264	1.618.487	1.618.487	226.776
C Sonderposten	23.760.132	24.918.496	26.200.305	-1.158.365
D Rückstellungen	90.550	125.135	128.121	-34.585
E Verbindlichkeiten	11.541.589	12.555.183	12.743.172	-1.013.593
F Rechnungsabgrenzungsposten	1.183	447	488	736
Summe Passiva	38.411.600	39.912.970	41.018.300	-1.501.371

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Es bestehen drei Ausfallbürgschaften bei denen der Kreis Euskirchen der Bürgschaftsgeber ist.

1. Ausfallbürgschaft: Gesamtsumme Bürgschaft 675.675 €, Anteil Kreis Euskirchen 245.700 € (36,36%), Kreditinstitut NRW Bank, Kreditsumme 859.950 €, Anteil LVR 429.975 € (50%)
2. Ausfallbürgschaft: Gesamtsumme Bürgschaft 5 Mio. €, Anteil Kreis Euskirchen 1.818.182 € (36,36%), Kreditinstitut KSK Euskirchen, Kreditsumme 5 Mio. €
3. Ausfallbürgschaft: Gesamtsumme Bürgschaft 5 Mio. €, Anteil Kreis Euskirchen 1.818.182 € (36,36%), Kreditinstitut KSK Euskirchen, Kreditsumme 5 Mio. €

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Vogelsang IP gGmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	2.657.483	2.750.247	2.515.455	-92.764
2	Andere aktivierte Eigenleistungen	7.369	7.906	5.810	-537
3	Sonstige betriebliche Erträge	2.824.958	2.987.913	3.100.124	-162.955
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	757.924	829.877	709.882	-71.954
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	575.018	656.921	548.534	-81.903
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	182.906	172.956	161.348	9.949
5	Personalaufwand, <u>davon:</u>	1.578.322	1.706.895	1.676.836	-128.573
	a) Löhne und Gehälter	1.276.043	1.394.877	1.374.739	-118.834
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	302.280	312.018	302.097	-9.739
6	Abschreibungen	1.736.538	1.918.218	2.054.387	-181.679
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	767.460	728.225	709.803	39.235
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	67.986	45.739	1	22.247
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	231.565	239.695	249.686	-8.130
10	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7.036	0	-1.808	7.036
11	Sonstige Steuern	1.290	1.402	1.113	-111
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	477.660	367.494	221.491	110.166
13	Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0	80.342	0
14	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	195.222	16.149	0	179.073
15	Bilanzgewinn	672.882	383.643	141.149	289.239

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	69,71	68,23	1,49
Eigenkapitalrentabilität	1,78	1,35	0,43
Anlagendeckungsgrad	105,30	103,63	1,67
Verschuldungsgrad 2	43,44	46,56	-3,12
Umsatzrentabilität	17,97	13,36	4,61

Personalbestand

Geschäftsjahr	2024	2023	2022	Erläuterungen
Insgesamt	41	42	48,25	

Geschäftsentwicklung

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

Wirtschaftsbericht inkl. Geschäftsverlauf und Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und sonstige von der Gesellschaft nicht beeinflussbare Rahmenbedingungen haben unmittelbare Auswirkungen auf deren wirtschaftliche Situation. Hier sind vor allem die volatilen Energiekosten, die starke Auslastung von Firmen in einzelnen Bereichen (z.B. Elektro, Heizung/Sanitär, Bau) und die Zurückhaltung vieler Konsumenten in ihrem Freizeit- und Ausgabeverhalten zu nennen.

Weiterhin ergeben sich aus rein wirtschaftlicher Sicht spezifische Nachteile der Gesellschaft wie die regelmäßig langen Anfahrtswege der Gäste, ein hoher Bestand an denkmalgeschützten und immer wieder sanierungsbedürftigen Gebäuden und Außenanlagen sowie komplexe technische Einrichtungen und deren Wartung. Dahingegen profitiert Vogelsang IP bei seinen Gästen von seinem Status als Baudenkmal von nationaler Bedeutung und eine der größten Hinterlassenschaften aus der NS-Zeit. Auch die Wahrnehmung als außerschulischer Lernort sowie als Ziel für historisch-politische Erwachsenenbildung entwickelt sich weiterhin positiv.

Geschäftsverlauf

Laufender Betrieb

Seit dem 01. Januar 2009 führt die Gesellschaft den Betrieb der zentralen Besucherinformation des Standortes Vogelsang IP sowie eine Vielzahl von Bildungsaktivitäten durch. Dies umfasst als regelmäßige Aktivitäten u.a.

- den Betrieb des Besucherinformationszentrums im Forum Vogelsang IP mit Shop,
- die Bereitstellung der Dauerausstellung „Bestimmung: Herrenmensch | NS-Ordensburgen zwischen Faszination und Verbrechen“
- die Organisation von offenen sowie zusätzlich individuell buchbaren Führungen, Seminaren, Workshops und anderen Bildungsangeboten in der Jugend- wie der Erwachsenenbildung,
- die Durchführung von Kulturveranstaltungen und Sonderprogrammen sowie von Begleitprogrammen von Tagungen und Konferenzen
- den Betrieb des Besucherparkplatzes,
- den Betrieb des Geländemanagements.

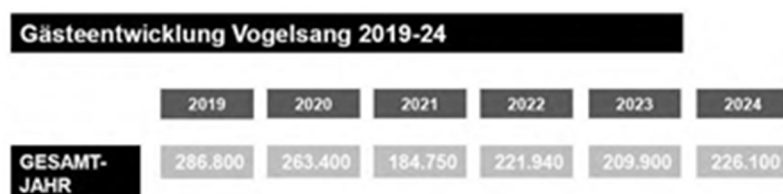
Darüber hinaus vermietet bzw. verpachtet die Gesellschaft

die Flächen des Nationalpark-Zentrums Eifel mit der Erlebnisausstellung

- „Wildnis(t)räume“ an Wald und Holz NRW
- die Räumlichkeiten der Gastronomie an einen privaten Pächter.

Mit Wald und Holz NRW besteht des Weiteren ein Geschäftsbesorgungsvertrag zum gemeinsamen Besucherzentrum und Informationssystem.

Im Jahr 2024 waren u.a. folgende Nachfragewerte festzustellen:



Die Gästeentwicklung kann mangels exakter Erfassung der Zugänge zum Gelände nur anhand der Parkbewegungen per Formel hochgerechnet werden. Die Daten sind auch für die Vorjahre noch einmal konsistent ausgewertet worden, um eine Vergleichbarkeit zwischen den Jahren sicherzustellen. Demnach befand sich der Besuch in 2024 auf einem leicht steigenden Niveau, allerdings noch unter dem Level 2019.

Die Teilnehmerzahlen in den verschiedenen Angeboten haben sich in 2024 ebenfalls positiv gegenüber 2023 entwickelt, rangiert aber insgesamt wegen der damals höheren Zahl der Ausstellungsbesucher immer noch unter 2019. Auch diese Daten sind zur Vergleichbarkeit zwischen den Jahren sowie zum Zweck der Dokumentation noch einmal komplett ausgewertet und überarbeitet worden:

Teilnehmerzahlen VIP gGmbH 2019-24						
	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Ausstellung	32.978	29.173	12.210	21.023	18.789	19.733
Ausst.-föhrng	2.905	168	407	934	798	848
JuBI-Formate	9.559	2.597	3.021	8.412	9.888	10.122
ErBI-Formate	12.757	2.646	2.536	8.489	10.037	9.998
Offene Föhrng	9.199	8.633	5.502	9.007	9.187	11.267
Turmaufstieg	2.581	1.667	1.202	1.945	2.349	3.055
GESAMT	69.979	44.884	24.878	49.810	51.048	55.023

Die Gesellschaft hat 2024 insbesondere die Angebote und Veranstaltungen in der Jugendbildung und die Anzahl der Teilnehmenden in den Offenen Föhrungen deutlich gesteigert. Damit erföüllt Vogelsang vor allem seinen gemeinnützigen Zweck, den Gästen in Vogelsang den historischen Ort zu vermitteln.

Investitionsprojekte

Das aus EU-, Bundes- und Landesmitteln sowie aus Eigenmitteln der Gesellschafter finanzierte Forum Vogelsang IP wurde im Jahre 2016 eröffnet. Hierzu bestehen noch einzelne Restmaßnahmen. Dies betrifft insbesondere die Sanierung des Daches des Besucherzentrums, die im Jahre 2022 gestartet wurde und im Jahre 2025 abgeschlossen werden soll.

Zur Restaurierung der sogenannten „Bastion“ und der anliegenden Stützmauern und Treppen mit einem Volumen von rd. 877 T€ wurden Fördermittel des Bundes und der Landes NRW von rd. 583 T€ gesichert, eine weitere Förderung von 80 T€ ist von der Stiftung Denkmalschutz bewilligt worden. Die Maßnahme soll ebenfalls im Jahr 2025 abgeschlossen werden.

Einen weiteren Schwerpunkt im Jahr 2024 bildete die Weiterentwicklung des Konzepts zu „Van Dooren – Neue Mitte“. Nachdem der Bundestag bereits 2023 eine BKM-Förderung im Rahmen von „KulturInvest“ avisiert hatte, zeigt inzwischen auch das Land NRW die Bereitschaft, das Bauprojekt zu unterstützen. Das Gesamtvolumen der Maßnahme beträgt ca. 10,5 Mio. € und verteilt sich auf drei Förderjahre. Es ist eine Finanzierung im Verhältnis 50% Bund, 40% Land NRW und 10% Eigenmittel der Vogelsang IP angestrebt.

Parallel hierzu hat der LVR mit seiner Regionalen Kulturförderung einen Betrag von knapp 550 T€ zugesagt, der über drei Jahre die Ausstellungsentwicklung in „Van Dooren | Neue Mitte“ parallel zur Baumaßnahme ermöglichen soll. Hierzu befindet sich Vogelsang IP in der Entwicklung einer Filmdokumentation, die später als Grundlage einer medialen bzw. digitalen Ausstellung in „Van Dooren Neue Mitte“ dienen soll. Weitere Fördermittel befinden sich in der Akquise.

Die Bezirksregierung Köln hat zwischenzeitlich eine Förderung mit EFRE-Mitteln für Digitalisierungsmaßnahmen im Rahmen des Aufrufs „NRW digital erleben“ mit einem Volumen von rd. 1,8 Mio. € und einer erwarteten Förderung von 80% bewilligt. Das Projekt beinhaltet die Strategie und Konzeption sowie darauf basierende digitale Anwendungen wie die Neugestaltung der Website, mobile Anwendungen, 360°/AR- und KI-Anwendungen sowie ein digitales, interaktives Besucherinformationssystem. Der Projektstart erfolgt im 2. Quartal 2025, die Realisierung ist bis 2028 geplant.

Die Gesellschaft ist bei allen weiteren größeren Investitionen auf öffentliche Förderungen angewiesen und befindet sich hierzu fortlaufend in der Akquise.

Geschäftsergebnis

Unter Einbeziehung der vorab geleisteten Gesellschafterbeiträge in Höhe von 1,376 Mio. € ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 478 T€. Das Geschäftsergebnis des Jahres 2024 liegt mithin vor dem Gesellschafterverlustausgleich bei einem Minus von 898 T€ und damit deutlich besser

als der Planwert von Minus 1,376 Mio. € und dem maximalen Verluststrafen lt. Gesellschaftsvertrag von 1,4 Mio. €.

Die Aufwendungen, Erlöse bzw. Erträge und das Ergebnis stellen sich im Vergleich zu den Vorjahren wie folgt dar (jeweils ohne die Gesellschafterbeiträge von max. 1,4 Mio. € unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen):

GuV Ist 2024 vs. Ist 2019-23 in T€						
	IST 2019	IST 2020	IST 2021	IST 2022	IST 2023	IST 2024
ERLÖSE	4.143	4.192	3.853	4.238	4.347	4.113
Umsatzerlöse	2.108	2.331	1.974	2.616	2.760	2.657
Sonstige betriebliche Erträge	2.035	1.861	1.879	1.723	1.697	1.456
AUFWAND	-5.356	-5.297	-4.991	-5.151	-5.184	-4.840
Materialaufwand*	-336	-215	-518	-710	-831	-758
Personalaufwand	-1.875	-1.909	-1.747	-1.677	-1.707	-1.578
Abschreibungen	-2.026	-2.060	-2.014	-2.064	-1.918	-1.737
Sonstige betriebliche Aufw.*	-1.119	-1.123	-712	-710	-728	-767
ZINSEN/STEUERN	-274	-273	-261	-249	-195	-172
ERGEBNIS**	-1.492	-1.378	-1.399	-1.162	-1.032	-899
DIFFERENZ VS. 2019		+114	+93	+330	+460	+593

Zu den Erlösen wird auf Ziffer 2.4 Ertragslage verwiesen. Auf der Aufwandsseite haben die fortlaufenden Konsolidierungsmaßnahmen Erfolg gezeigt, u.a. beim Material- und Personalaufwand. Auch die Abschreibungen sind in 2024 noch einmal deutlich gefallen. Unter den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen nimmt die Gesellschaft eine weitere Einzelwertberichtigung auf die auch in 2024 ausgebliebenen Pachtzahlungen der Gastronomie Vogelsang in Höhe von 160.T€ vor. Dies erfolgt vor allem aus kaufmännischer Vorsicht, parallel dazu ist die Gesellschaft in Verhandlungen mit dem Pächter über eine Änderung des Pachtvertrages sowie einen verbindlichen Zahlungsplan im Hinblick auf die bisherigen Zahlungsrückstände. Alternativ bereitet die Geschäftsführung eine alternative Form der Bewirtschaftung der Gastronomie am Standort Vogelsang in Eigenverantwortung oder einer Neuausschreibung vor.

Öffentliche Zweckerreichung

Der öffentliche Zweck wurde auch im Jahr 2024 vor allem durch die laufenden Aktivitäten der Gesellschaft in Bezug auf Information, Bildung und kulturelle Angebote verwirklicht. Nach der Pandemie und dem Hochwasser in der Eifel ist es gelungen, die Funktion von Vogelsang IP im Nationalpark Eifel als kultur- und bildungstouristische Destination zu erhalten und zu erweitern, ebenso als außerschulischer Lernort. Weiterhin sind gleich eine Reihe zusätzlicher Sonderausstellungen zur Verfolgung von Sinti & Roma, zu Schule und Jugend in der Region in den Jahren 1918-45 sowie zur Baugeschichte Vogelsangs in den Jahren 1934-37 im Besucherzentrum Vogelsangs etabliert worden. Schließlich bestehen zahlreiche Kooperationen z.B. mit Schulen und anderen Bildungsträgern, um die Aktivitäten in buchbaren und/oder öffentlichen Ausstellungs-, Bildungs- und Veranstaltungsangeboten weiter auszubauen. Mit dem geplanten Projekt „Vogelsang Digital Erleben“ erfolgt der nächste wichtige Schritt zur Steigerung und Optimierung der Bekanntheit, des öffentlichen Zugangs und der Reichweite der Angebote in einer zunehmend digitalen Welt.

Dabei kann sich die Vogelsang IP inzwischen auf eine solide wirtschaftliche und inhaltliche Basis verlassen, die durch eine Fokussierung in der Ausrichtung und Struktur der Einrichtung als überregionaler Kultur- und Bildungsort mit dennoch fester Verankerung in der Region gelungen ist. Mit den in 2024 erwirtschafteten Mitteln und der in Öffentlichkeit und Politik kontinuierlich gewachsenen Wahrnehmung besitzt Vogelsang die Voraussetzungen, auch die zum erfolgreichen Abschluss der Konversion nötigen Entwicklungsschritte im Rahmen der obigen Investitionsprojekte in den kommenden Jahren zu gehen.

Vermögenslage

Die Bilanz der Gesellschaft zum 31.12.2024 stellt sich im Vergleich zum 31.12.2023 sowie den Vorjahren wie folgt dar (Angaben in T€):

Bilanz Ist 2024 vs. Ist 2019-23 in T€						
	IST 2019	IST 2020	IST 2021	IST 2022	IST 2023	IST 2024
AKTIVA	45.278	44.488	42.030	41.075	39.913	38.412
Anlagevermögen	43.276	41.690	39.896	38.042	36.941	35.447
Umlaufvermögen	1.943	2.748	2.082	2.982	2.923	2.918
Rechnungsabgrenzung	59	50	62	52	49	47
PASSIVA	45.278	44.488	42.030	41.075	39.913	38.412
Eigenkapital	13	106	196	385	695	1.173
Sonderposten Zuschüsse*	30.348	28.962	27.583	27.818	26.537	25.605
Rückstellungen	130	134	196	128	125	91
Verbindlich. Kreditinstitute	8.992	8.656	8.319	7.983	7.647	7.311
Sonstige Verbindlichkeiten	5.730	6.566	5.745	4.760	4.908	4.231
Rechnungsabgrenzung	65	65	80	0	0	1
BILANZSUMME	45.278	44.488	42.030	41.075	39.913	38.412
DIFFERENZ VS. 2019		-790	-3.248	-4.203	-5.365	-6.866

Die wesentlichen Posten stellen wie in den Vorjahren die Gebäude, die technischen und Außenanlagen des Forums Vogelsang dar, das im September 2016 eröffnet wurde. Die Finanzierung erfolgte in einem hohen Maße aus Förderungen der EU, des Bundes, des Landes NRW und der Gesellschafter, zu denen Sonderposten gebildet wurden; weiterhin wurden zur Finanzierung der Mehrkosten Kredite von Kreditinstituten und vom Gesellschafter LVR aufgenommen.

Durch die Abschreibung des Anlagevermögens sowie die Auflösung der Sonderposten und Tilgung der Kredite ergibt sich eine systematische, jährliche Bilanzverkürzung bei gleichzeitiger, kontinuierlicher Erhöhung des Eigenkapitals.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr 2024 aufgrund

- der seitens der Gesellschafter im Voraus zur Verfügung gestellten Mittel für den laufenden Betrieb,
- eines seitens des LVR bereitgestellten Liquiditätsdarlehens im Rahmen des Cash-Poolings von bis zu 1 Mio. € und
- eingegangener Fördermittel im Bildungsbereich und zu Investitionen

jederzeit gewährleistet. Damit ist die Finanzlage der Gesellschaft geordnet. Die Liquidität zum Bilanzstichtag beträgt 2.422 T€ (Vorjahr: 2.348 T€).

Ertragslage

Die Erträge bzw. Erlöse aus der operativen Geschäftstätigkeit der Gesellschaft stellen sich in 2024 im Vergleich zu den Vorjahren 2019-23 wie folgt dar:

Umsatzentwicklung VIP gGmbH 2019-24 in €						
	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Bildung	294.124	132.949	119.744	265.706	337.766	349.063
Ausstellung	239.914	205.673	110.276	167.334	196.666	179.870
Shop	139.255	103.619	59.249	106.573	111.533	108.856
Parkplatz	181.065	207.597	110.265	150.881	200.564	215.105
Gastro	57.297	31.223	58.018	107.899	153.000	160.000
Tagung	30.296	19.351	54.104	119.791	131.815	63.715
GESAMT	940.951	700.412	511.656	918.183	1.131.344	1.076.609

Demnach hat die Gesellschaft in 2024 nicht das Rekordniveau des Jahres 2023 erreicht, rangiert aber weiterhin deutlich über den Vorjahren. Die übrigen Umsatzerlöse und Erträge bewegen sich auf einem vergleichbaren Niveau und sind durch Förderzusagen bzw. die Verträge mit dem Nationalpark Eifel abgesichert.

Prognosebericht

Bei der im Oktober 2024 aufgestellten Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2025 haben die Gesellschafter der Vogelsang IP wiederum ihre Finanzierungsbeiträge in Höhe von 1,4 Mio. € eingebracht. Zugleich gilt die Vereinbarung, wie schon für 2024 etwaige nicht benötigte Finanzierungsbeiträge den Gesellschaftern wieder zu rückgewähren, wenn der Geschäftsverlauf erneut besser ausfällt als in der bewusst kaufmännisch vorsichtigen Wirtschaftsplanung.

Zudem ist der Umstand zu berücksichtigen, dass die Vogelsang IP in den großen Förderprojekten mit maßgeblichen Eigenanteilen zu rechnen hat, die vorzugsweise aus der operativen Geschäftstätigkeit finanziert werden sollen. Die Gesellschafter der Vogelsang IP haben in ihrer Versammlung am 29.10.2024 im Wirtschaftsplan ein Ergebnis von - 1,399 Mio. € für 2025 vor ihren Finanzierungsbeiträgen beschlossen, mit dem auch alle größeren Projektanforderungen im laufenden Geschäftsjahr realisiert werden sollen.

Für das Geschäftsjahr 2025 ist aufgrund der Saisonalität und der Tatsache, dass die Gesellschaft im ersten Quartal regelmäßig nur rd. 12% der jährlichen Umsätze erwirtschaftet, hinsichtlich der Erträge noch keine verlässliche Prognose möglich. Die bisherigen Monate in 2025 bewegen sich auf einem mit den Vorjahren 2024 und 2023 vergleichbaren Niveau.

Es besteht die Hoffnung, dass sich Vogelsang IP als Ziel der Jugend- und Erwachsenenbildung sowie als Ausflugsziel für historisch-politisch interessierte Gäste weiterhin positiv entwickelt. Allerdings fehlt dem Standort Vogelsang weiterhin ein ausreichendes Angebot an Übernachtungen, um die Aufenthaltsdauer der Gäste systematisch zu erweitern und die Inanspruchnahme der Kultur- und Bildungsangebote der Vogelsang IP systematisch zu erhöhen.

Die Maßnahmen sowohl im Investitionsbereich als auch zu Bildungsprojekten hängen in hohem Maße von Förderungen ab, die bei teilweise jährlich wechselnden Programmen und Inhalten immer wieder neu akquiriert werden müssen. Hinzu kommen die großen, mehrjährigen Förderprojekte im Zusammenwirken mit Bund, Land und Region, die zum erfolgreichen Abschluss der Konversion des Standorts wesentliche finanzielle Anstrengungen erfordern.

Besondere operative Schwerpunkte im Jahr 2025 bilden:

- Pflege und Steigerung der Reputation als besonderer Ort für qualitativ hochwertige Ausstellungs-, Veranstaltungs- und Bildungsangebote mit überregionaler Bedeutung
- Ausbau bzw. Entwicklung eines proaktiven Vertriebssystems in Zusammenarbeit mit wichtigen Partnern am Standort und in der Region wie dem Nationalpark Eifel
- Verstärkung der Präsenz in den digitalen Medien in Verbindung mit digitaler Angebotsplanung und Buchungsmöglichkeit durch den Start des Projektes „Vogelsang Digital Erleben“
- Analyse und Priorisierung der Liegenschaftsthemen am Standort Vogelsang IP mit einem weiter steigendem Kostenbewusstsein
- Überprüfung der Zusammenarbeit mit der Gastronomie zur Erhöhung der Kunden- und Veranstaltungszahlen sowie der Pachtzahlungen
- Etablierung neuer Angebote und Ausbau der (größeren) Veranstaltungen insbesondere im Belgischen Kulturkino
- Fortführung der Konsolidierungsmaßnahmen und des Kostenmanagements in allen relevanten Aufgabenbereichen
- Durchführung der Restaurierung der Bastion, Stützmauern und Treppen als wichtigen Beitrag zum Erhalt der Gesamtanlage

- Weiterentwicklung/Projektierung wichtiger Themen wie Mobilität/Parken und nachhaltige Energieversorgung

Im Falle eines entsprechenden Beschlusses der Gesellschafterversammlung zur Rückgewährung der nach Jahresergebnis nicht operativ benötigten Finanzierungsbeiträge bedarf die Gesellschaft weiterhin einer Strategie zur Finanzierung künftiger Eigenanteile bei größeren Förderprojekten, ebenso eine abgewogene bzw. vorsichtige Vorgehensweise bei künftigen Risiken insbesondere durch den Zustand des großen Baubestands auf dem Gelände.

Chancen- /Risikobericht

Die Gesellschaft verfolgt gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 29.10.2020 einen wirtschaftlichen Konsolidierungskurs mit dem Ziel, einerseits den Aufwand gerade im Bereich Personal und Liegenschaften systematisch zu begrenzen und andererseits die Erlöse vor allem im Bildungsbereich kontinuierlich zu erhöhen. Hierfür werden weiterhin Personal- und Sachaufwand kritisch hinterfragt und der Mitteleinsatz stärker an potenzielle Erlösmöglichkeiten gekoppelt. Die Konsolidierung ist zum Überwiegenden Teil abgeschlossen, wird aber als Grundprinzip weiterverfolgt, um nach Möglichkeit in hoher Eigenverantwortung einen maßgeblichen Beitrag zum Abschluss der Konversion am Standort Vogelsang IP zu leisten.

Risiken bestehen für die Gesellschaft vor allem im Zustand und der Erhaltung der umfangreichen Immobilien, die im Rahmen der Konversion von der Bundesimmobilienanstalt nach und nach übernommen worden sind. Hierfür ist der Status eines Baudenkmals von nationaler Bedeutung durch seine Bedeutung als eine der größten Hinterlassenschaften aus der NS-Zeit ebenso wie seine Nachnutzung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Zusammenwirken mehrerer westeuropäischer Staaten von entscheidender Bedeutung, um weiterhin EU-, Bundes- und Landesmittel zu erhalten.

Zudem bedarf der Standort Vogelsang IP in möglichst schneller Entwicklung ausreichender Übernachtungsmöglichkeiten in unterschiedlicher Qualität, um Gäste mit längerer Anreise und Aufenthalt in ausreichender Zahl zu gewinnen. Gerade in diesem Bereich steht die praktische Umsetzung diverser Projekte aus den ursprünglichen Leitentscheidungen des Landes NRW noch aus. Die Gesellschaft wird wie in den Vorjahren die wirtschaftliche Situation regelmäßig analysieren und gegebenenfalls unter Einbindung der Gesellschafter bei potentiellen Risiken geeignete Gegenmaßnahmen einleiten.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Bei der Gesellschaft wurden im Jahr 2024 keine Finanzinstrumente eingesetzt. Im Jahr 2024 erfolgte eine Anlage in Anlageformen wie Fest- und Tagesgelder.

Schleiden, 06.06.2025

Thomas Kreyes | Geschäftsführer

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
Markus Ramers, Landrat (stv. Vorsitzender)	Achim Blindert, Allgemeiner Vertreter
Ute Stolz, CDU (Stimmführerin)	Manfred Steffen, CDU
Wolfgang Heller, SPD (stv. Stimmführer)	Kamila Gänslers-Thomas, SPD

Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt ein Vertreter bzw. eine Vertreterin des Landschaftsverbandes Rheinland. Den stellvertretenden Vorsitz führt ein Vertreter bzw. eine Vertreterin des Kreises Euskirchen.

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen folgende Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden:

Ordentliche Mitglieder

Markus Ramers, Landrat

Ralf Claßen, CDU (Stimmführer)

Wolfgang Heller, SPD

Stellvertretende Mitglieder

Ingo Hessenius, GBL III

Jürgen Bönsch, CDU (stv. Stimmführer)

Kamila Gänslar-Thomas, SPD

Geschäftsführung:

Thomas Kreyes, Diplom-Volkswirt

Herr Thomas Kreyes erhielt für seine Geschäftsführer Tätigkeit im Berichtsjahr insgesamt eine Vergütung von 126 T€.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Der Gesellschafterversammlung der Vogelsang IP gGmbH gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern 4 Frauen an (Frauenanteil: 22,22 %).

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Durch die Selbstverpflichtung zur Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes NRW in § 20 des Gesellschaftsvertrages haben die Gesellschafter anerkannt, dass bei der Besetzung von wesentlichen Gremien künftig Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein müssen.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde nicht erstellt.

3.4.1.11 Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH)

Basisdaten

Anschrift: Bahnhofstraße 13
53925 Kall
Internet: <http://www.nordeifel-tourismus.de/>
Gründungsjahr: 18. Februar 2009

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung touristischer Strukturentwicklung und Tourismusförderung sowie touristischer Produktentwicklung des Kreises Euskirchen und seiner kommunalen Gesellschafter. Ziele sind die Optimierung der Zusammenarbeit und Nutzung von Synergieeffekten unter Berücksichtigung der einzelnen Aufgabenverteilungen auf regionaler und örtlicher Ebene, die Attraktivierung der Angebote, die Steigerung der wirtschaftlichen Effekte durch Übernachtungs- und Tagesgäste, die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen und die Etablierung der Nordeifel als nachhaltiges Reiseziel.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Fremdenverkehrsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises ist nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung der NeT GmbH vom 20. März 2025 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 11. Dezember 2024 (V 623/2024) wurde der Gesellschaftsvertrag der NeT GmbH an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG angepasst. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 108 Abs. 5 b) GO NRW erfolgte am 16. Dezember 2024 und die Genehmigung am 11. März 2025. Der Gesellschaftsvertrag wurde am 20. März 2025 notariell beurkundet.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreis Euskirchen	13.200	50,00
Gemeinde Hellenthal	1.200	4,55
Gemeinde Kall	1.200	4,55
Gemeinde Weilerswist	1.200	4,55
Stadt Euskirchen	1.200	4,55
Stadt Mechenich	1.200	4,55
Stadt Schleiden	1.200	4,55
Stadt Zülpich	1.200	4,55
Gemeinde Blankenheim	1.200	4,55
Gemeinde Nettersheim	1.200	4,55
Stadt Bad Münstereifel	1.200	4,55
Gemeinde Dahlem	1.200	4,55
Gesamtsumme	26.400	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlagen. Abweichende Regelungen bedürfen der Zustimmung sämtlicher Gesellschafter. Bisher betragen die maximalen Einzahlungsverpflichtungen einschließlich der Übernahme von Verlusten seitens der Gesellschafter jährlich für den Kreis Euskirchen 320.000 € und für die übrigen Gesellschafter 30.000 €.

Mit dem Beschluss der Gesellschafterversammlung der NeT GmbH am 14. März 2024 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 03. Juli 2024 (V 526/2024) wurde die Erhöhung der Zuschüsse für die Nordeifel Tourismus GmbH ab dem Jahr 2025 beschlossen. Für die Jahre 2025 und 2026 wurde ein Zuschuss in Höhe von 385.000 € pro Jahr und für die Jahre ab 2027 ein Zuschuss in Höhe von 415.000 € pro Jahr für den Kreis Euskirchen festgelegt. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 108 Abs. 5 b) GO NRW erfolgte am 05. September 2024 und die Genehmigung am 19. Dezember 2024. Der Gesellschaftsvertrag wurde am 20. März 2025 notariell beurkundet.

Die vom Kreis Euskirchen an die Nordeifel Tourismus GmbH geleisteten Gesellschafterzuschüsse im Jahr 2024 betragen 320.000 €.

Entwicklung der Bilanzen

Nordeifel Tourismus GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.491	9.248	16.681	-6.757
Sachanlagen	5.156	7.371	9.151	-2.215
	7.647	16.619	25.832	-8.972
B Umlaufvermögen				
Vorräte	2.126	4.247	823	-2.121
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	39.788	13.665	54.183	26.123
Liquide Mittel	184.141	195.128	215.391	-10.987
	226.055	213.040	270.396	13.015
C Rechnungsabgrenzungsposten	1.855	3.028	2.171	-1.173
Summe Aktiva	235.557	232.686	298.399	2.871
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	26.400	26.400	26.400	0
Kapitalrücklage	738.229	746.557	746.819	-8.328
Bilanzverlust	-660.787	-658.328	-593.112	-2.459
	103.842	114.629	180.107	-10.787
B Sonderposten	3.457	5.031	7.210	-1.574
B Rückstellungen	77.166	48.028	44.271	29.138
C Verbindlichkeiten	47.730	51.605	55.676	-3.875
D Rechnungsabgrenzungsposten	3.362	13.393	11.135	-10.031
Summe Passiva	235.557	232.686	298.399	2.871

In der Gesellschafterversammlung vom 24. März 2022 wurde beschlossen, dass zukünftig, im Rahmen der Aufstellung des jeweiligen Jahresabschlusses, eine Entnahme aus der Kapitalrücklage in Höhe des im Vorjahr erzielten Jahresfehlbetrages und damit die Aufstellung des Jahresabschlusses unter der teilweisen Verwendung des Jahresergebnisses nach § 269 Abs. 1 HGB erfolgen soll. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 12. September 2024 wurde die Geschäftsführung dazu ermächtigt, im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses 2024, einen Betrag in Höhe von 658.328,21 € aus der Kapitalrücklage zu entnehmen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Nordeifel Tourismus GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	209.366	224.209	349.357	-14.844
2	Sonstige betriebliche Erträge	91.201	85.670	78.827	5.530
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	74.139	107.944	92.589	-33.804
	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	74.139	107.944	92.589	-33.804
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	496.903	448.215	486.880	48.688
a)	Löhne und Gehälter	400.713	361.206	394.919	39.507
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	96.190	87.009	91.961	9.181
5	Abschreibungen	11.197	13.466	12.618	-2.270
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	380.177	399.651	428.978	-19.474
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.309	1.315	14	-6
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0
8	Ergebnis nach Steuern	-660.541	-658.082	-592.866	-2.459
9	Sonstige Steuern	246	246	246	0
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-660.787	-658.328	-593.112	-2.459

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	44,08	49,26	-5,18
Eigenkapitalrentabilität	./.	./.	./.
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	120,28	86,92	33,36
Umsatzrentabilität	./.	./.	./.

Personalbestand

Geschäftsjahr	2024	2023	2022	Erläuterungen
Insgesamt	9	9	13	

Geschäftsentwicklung

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH) hat die Aufgabe, die touristischen Potenziale zu profilieren und die Stärken der Teilregion Nordeifel in und um den Nationalpark Eifel weiter auszubauen.

Die Nordeifel Tourismus GmbH ist als Destinationsmanagement-Organisation (DMO) tätig und fungiert in einem abgestimmten Zusammenspiel mit der eifelweit agierenden Regionalagentur Eifel Tourismus GmbH mit Sitz in Prüm. Gemeinsam mit den benachbarten Organisationen Rureifel-Tourismus e.V. und Monschauer Land Touristik e.V. (eine Fusion der beiden Organisationen zur Rureifel-Tourismus GmbH ist im Dezember 2024 erfolgt) ist die Nordeifel Tourismus GmbH zusätzlich als Marketingverbund Erlebnisregion Nationalpark Eifel aktiv. Um den Strukturwandelprozess im Rheinischen Revier aus touristischer Sicht zu begleiten und mit zu steuern, ist sie auch Mitglied im

dortigen Kompetenznetzwerk Tourismus. Dort wurde der touristische Masterplan für das Rheinische Revier erarbeitet, der im Februar 2025 offiziell veröffentlicht worden ist.

Das nachhaltige Engagement der Nordeifel wird offiziell mit der Auszeichnung als nachhaltiges Reiseziel und dem Engagement in der Exzellenzinitiative nachhaltige Reiseziele zum Ausdruck gebracht. In der Öffentlichkeit finden diese Bemühungen Anerkennung mit regelmäßigen TOP-Platzierungen bei Wettbewerben wie dem Bundeswettbewerb nachhaltige Tourismusdestinationen 2022 und der Auszeichnung mit dem Eifel Award 2023 sowie der Beteiligung in Projekten wie der Nachhaltigkeitswerkstatt von Tourismus.NRW und der erstmaligen Berechnung einer Treibhausgas-Bilanzierung für Tourismusdestinationen in Deutschland durch das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung.

Um den nachhaltigen Bemühungen weiter Ausdruck zu verleihen, ist im geänderten Gesellschaftsvertrag seit März 2025 die **Etablierung der Nordeifel als nachhaltiges Reiseziel** als zusätzliches Unternehmensziel verankert.

2. Ziele und Strategien

Im Sinne der Tourismusstrategie Eifel und zur Erreichung der im Gesellschaftsvertrag aufgeführten Ziele agiert die Nordeifel Tourismus GmbH als Tourismus-Service-Center (TSC). Als TSC gilt eine touristische Organisation, die für die touristische Entwicklung einer (Teil)-Region federführend verantwortlich ist. Als TSC der Stufe III nimmt die Nordeifel Tourismus GmbH folgende Aufgaben für die Gesellschafter und die Region Nordeifel wahr:

Produktentwicklung, Außenmarketing, Binnenmarketing, Vertrieb, Gästeinformation / Reservierung, Beratung und Planung bei der touristischen Infrastrukturkonzeption in Kooperation mit Funktionalpartnern, Deskline 3.0 - Pflege des Datenbanksystems, PR-Koordination für touristisch relevante Themen, Veranstaltungen und Infrastruktureinrichtungen / das Marketing für touristische Großveranstaltungen der Gesellschafter, Betrieb der Tourismuswerkstatt Eifel, Beratung der Leistungsträger sowie betriebliches Qualitätsmanagement.

Als strategische Grundlage für die touristische Arbeit in der Nordeifel wurde im Jahr 2020 das unter Beteiligung der Gesellschafter und wichtiger touristischer Partner entwickelte Tourismus- und Marketingkonzept 2020-2025 fertig gestellt und von der Gesellschafterversammlung beschlossen. Das Konzept ist an verschiedenste Partner adressiert, die unterschiedliche Verantwortlichkeiten haben und gemeinsam mit der Geschäftsstelle der Nordeifel Tourismus GmbH in eine arbeitsteilige Umsetzung eingetreten sind. Aktuell wird das bestehende Konzept für den Zeitraum 2025-2030 fortgeschrieben. Der Beschluss des neuen Konzeptes ist in der 45. Sitzung der Gesellschafterversammlung im September 2025 vorgesehen.

Im Jahr 2023 wurde das Kommunikationskonzept „Nachhaltiger Tourismus in der Nordeifel“ erarbeitet, um zukünftig nachhaltige Aspekte der Arbeit aufmerksamkeitsstark und überzeugend in der internen und externen Kommunikation zu implementieren. Die Nachhaltigkeit bei Angeboten, Produkten und eigenen Dienstleistungen sowie das Aufzeigen nachhaltiger Entwicklungen in der Region sollen zukünftig für alle Zielgruppen noch deutlicher sichtbar und erlebbar gemacht werden. Für die nachhaltigen Partnerbetriebe ist im Konzept ein eigener Leitfaden integriert, der die Betriebe befähigen soll, eigene Maßnahmen zu initiieren und professionell über ihr Engagement zu kommunizieren.

3. Forschung und Entwicklung

Zur Untersuchung des Wirtschaftsfaktors Tourismus in der Nordeifel wird jährlich ein vom Kreis Euskirchen beauftragtes Gutachten durch das Deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Institut für Fremdenverkehr (DWIF) erstellt. Bezugsjahr für das aktuell vorliegende Gutachten ist das Jahr 2023. Die Gutachten, die insgesamt seit dem Jahr 2012 vorliegen, belegen die mit Ausnahme der Jahre 2020 und 2021 positive Entwicklung des Tourismus in der Nordeifel. Im Vergleich zu 2022 konnte für 2023 wieder ein Anstieg in allen nachfragerrelevanten Bereichen und damit der Gesamtwertschöpfung festgestellt werden. Für das Bezugsjahr 2024, das in einem neuen

Gutachten im Sommer 2025 vorliegen wird, kann davon ausgegangen werden, dass das Niveau des Allzeit-Boom-Jahres 2019 wieder erreicht werden kann. Erstmals geben einzelne Gesellschafterkommunen für das Bezugsjahr 2024 ein eigenes DWIF-Gutachten in Auftrag, um die wirtschaftliche Bedeutung durch den Tourismus für Ihre Stadt / Gemeinde ermitteln zu lassen.

Zur dauerhaften Marktforschung wurde von Frühjahr 2024 bis Ende Mai 2025 eifelweit eine groß angelegte Online-Gästabefragung durchgeführt. Zusätzlich wurden Gästabefragungen in Tourist-Informationen und online auf www.nordeifel-tourismus.de fortgeführt. Ergebnisse liegen im Sommer vor. Zudem können Gäste, die Mehrtagesangebote der Nordeifel Tourismus GmbH gebucht haben, per Feedbackbogen ihre Reise bewerten.

Über die Wahl zum „Wanderweg des Jahres“ konnten die Teilnehmenden an der Abstimmung Verbesserungsvorschläge für die EifelSchleifen & EifelSpuren unterbreiten, die einen wichtigen Input für zukünftige Planungen in Bezug auf den Ausbau der Infrastruktur an Rad- und Wanderwegen liefern.

Weitere Marktforschungstätigkeiten wurden durch Partner wie Tourismus.NRW e.V. und Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH veranlasst, welche der Nordeifel Tourismus GmbH vorliegen und für die tägliche Arbeit genutzt werden. Unter anderem wurden spezielle Themendossiers erstellt.

Die gute und intensive Zusammenarbeit mit Hochschulen wurde erfolgreich fortgesetzt. In diesem Zusammenhang wurden von der Geschäftsstelle zwei Bachelorarbeiten betreut. Ebenso hat sich die Nordeifel Tourismus GmbH an Lehrveranstaltungen der Deutschen Sporthochschule Köln und an einer Untersuchung der IU Düsseldorf zum Bahnhof Blankenheim-Wald beteiligt.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Tourismus hat sich eifel- und landesweit wieder auf einem hohen Niveau stabilisiert und im Vergleich zum Jahr 2023 weiter positiv entwickelt.

So ergibt sich für das Reiseland Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2024 ein Plus von 4 % bei den Gästeankünften und 1,7 % bei den Übernachtungen. Damit wurde für NRW ein Besucherrekord erzielt.

Für die Nordeifel und damit für den Kreis Euskirchen ist im Vergleich zum Jahr 2023 ein Anstieg bei Ankünften in Höhe von 2 % und bei Übernachtungen in Höhe von 3,2 % zu verzeichnen. Die Aufenthaltsdauer beträgt 3,2 Tage, die durchschnittliche Bettenauslastung liegt bei 36,3 %. Die Zahlen beziehen sich auf Betriebe mit mindestens 10 Betten. Eine verlässliche Aussage über die Entwicklung von Übernachtungen in Betrieben unter 10 Betten, wie in den für die Nordeifel wichtigen Ferienwohnungen und Ferienhäusern, wird mit dem DWIF-Gutachten für das Bezugsjahr 2024 erwartet.

Die Eifel und damit auch die Nordeifel haben als Reiseziel weiterhin an Popularität gewonnen und erfreuen sich großer Beliebtheit bei Gästen. Beflügelnd dazu wirken immer noch die Entwicklungen der Corona-Jahre mit dem Trend zum Urlaub vor der Haustür nach. Beeinflusst wird die hohe Nachfrage auch durch die immer bewusster nachhaltige Lebens- und Verhaltensweise vieler Menschen, die mit der Nordeifel ein für ihre Motive und Bedürfnisse entsprechendes Reiseziel verbinden. Die verschiedenen Krisen der vergangenen Jahre haben sich bislang nicht negativ auf den Tages- und Übernachtungstourismus ausgewirkt.

Welche Effekte die gegenwärtige Situation auf dem Arbeitsmarkt für die touristischen Leistungsträger in der Nordeifel mittelfristig zu bedeuten hat, ist schwierig zu prognostizieren. Zwangsläufig ist davon auszugehen, dass sich die Betriebe verstärkt mit ihren Geschäftsmodellen auf die veränderten Bedingungen einstellen müssen, etwa mit reduzierten Öffnungszeiten und digitalen Services, aber auch einer deutlich veränderten Positionierung als attraktive Arbeitgeber. Entscheidend wird sein, wie offen die Betriebe für Veränderungen sind und wie konsequent sie sich zukünftig als zeitgemäßer Arbeitgeber aufstellen (können), um für Mitarbeitende attraktiv zu sein.

Der Kostendruck und der zunehmende bürokratische Aufwand erschweren eine solche Positionierung.

Angesichts von hohen Gästeansprüchen ist es von besonderer Bedeutung, dass die Tourismusverantwortlichen die touristischen Betriebe auf diesem Weg unterstützen und permanent konkrete Beratungs- und Weiterbildungsangebote für entsprechende Transformationen anbieten. Positiv stimmt eine erste Tendenz, dass im Hotel- und Gastgewerbe wieder Ausbildungsstellen besetzt worden sind und die erkennende Bereitschaft bei engagierten Betrieben, sich nachhaltig auszurichten. Zudem ist punktuell eine Investitionsbereitschaft in Hotellerie und Gastronomie zu erkennen, die als nachahmenswerte best-practice-Beispiele dienen.

Entwicklung der Übernachtungszahlen für das Jahr 2024 im Vergleich zu 2023 in NRW und im Kreis Euskirchen:

	Gäste		Übernachtungen		Aufenthaltsdauer
	Anzahl	Veränderung in %	Anzahl	Veränderung in %	
Nordrhein-Westfalen	24,5 Mio.	+ 4,0	54,5 Mio.	+1,7	2,2
Kreis Euskirchen	299.458	+ 2	887.897	+ 3,2	3,0

Quelle: Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) Februar 2025

Übernachtungsentwicklung im Kreis Euskirchen von 2009 bis 2024:

Jahr	Ankünfte	Veränderung der Ankünfte zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung der Übernachtungen zum Vorjahr in %	durchsch. Aufenthaltsdauer in Tagen	Mittlere Auslastung der angebotenen Betten in %
2009	235.498	-0,6	753.923	-3,5	3,2	32,4
2010	236.466	+0,4	737.527	-2,2	3,1	31,9
2011	251.539	+6,5	749.179	+1,6	3,0	31,9
2012	263.173	+4,8	804.307	+7,5	3,1	33,9
2013	276.835	+5,2	841.199	+4,6	3,0	35,3
2014	291.604	+5,3	888.285	+5,6	3,0	33,4
2015	293.627	+0,7	871.982	-1,8	3,0	36,1
2016	283.861	-3,3	839.006	-3,8	3,0	35,2
2017	304.454	+7,3	864.474	+3	2,8	36,9
2018	293.531	-3,6	844.175	-2,3	2,9	36,1
2019	313.606	+6,8	892.784	+5,8	2,8	35,5
2020	188.075	- 40	526.235	- 41,1	2,8	6,3
2021	140.421	-25,3	462.653	-12,1	3,3	21,9
2022	264.086	+ 88,1	855.764	+85	3,2	34,4

2023	293.666	+ 11,2	860.172	+ 0,5	2,9	35,9
2024	299.458	+ 2	887.897	+ 3,2	3,0	36,3

Quelle: Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) Februar 2025

2. Geschäftsverlauf 2024

Vom Geschäftsverlauf her entsprach das Jahr 2024 einem erfolgreichen Tourismusjahr, das sich sowohl in der Nachfrage als auch bei touristischen Angeboten bemerkbar gemacht hat. Zudem konnten entscheidende Projekte und Planungen auf den Weg gebracht werden, um die Nordeifel in den nächsten Jahren touristisch weiter zu entwickeln. Bei den positiven Entwicklungen muss jedoch auf die angespannte finanzielle Situation der Kommunen hingewiesen werden, die für den Tourismus und die weitere Entwicklung teilweise mit Unsicherheiten verbunden sind.

Mit dem ausprägten nachhaltigen Engagement hat sich die Nordeifel eifel-, landes- und bundesweit als nachhaltiges Reiseziel etabliert. Stellvertretend dafür wurde die NeT im Januar 2024 mit dem Eifel Award ausgezeichnet. Dieser Erfolgskurs wird weiter fortgesetzt u.a. mit der Fortschreibung des Tourismus- und Marketingkonzeptes bis 2030, der Berechnung einer THG-Bilanz durch das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und der Beteiligung an der Nachhaltigkeitswerkstatt von Tourismus.NRW.

Wandern und Radfahren sind die Profithemen der Nordeifel. Neben den beliebten EifelSchleifen & EifelSpuren wurde mit Eröffnung von 16 EifelRadSchleifen im Frühjahr 2024 die bestehende Angebotslücke im Bereich Radfahren geschlossen.

Weiterhin erfolgte eine Mitwirkung an der Fortsetzung verschiedener touristischer Projekte des Naturparks Nordeifel wie „Natürlich nachhaltig“ und „Unterm Sternenzelt“ und die Durchführung der eigenen Veranstaltungsformate wie dem Krimifestival „Nordeifel Mordeifel“, dem Aktionstag „Zu Gast in der eigenen Heimat“ und der „Archäologietour Nordeifel“.

Touristisch bedeutsame Veranstaltungen in der Region wie u.a. der historische Jahrmarkt „Anno dazumal“, die Ritterfestspiele auf Burg Satzvey, das Programm im Seepark Zülpich, die Radaktionstage, Großveranstaltungen der Therme Euskirchen und die Weihnachtsmärkte haben sich großer Beliebtheit erfreut und für eine spürbare Belebung des touristischen Angebotes gesorgt.

Im Zuge der insgesamt 16 Außeneinsätze der Nordeifel Tourismus GmbH haben sowohl Präsentationen im Quellmarkt als auch innerhalb der Nordeifel stattgefunden. So waren die Mitarbeitenden der Nordeifel Tourismus GmbH unter anderem mit einem Infostand beim Bonner Frühlingmarkt, bei der Messe Fahrrad & Camping Essen, bei Gartenträume in Mechernich, dem Globetrotter Festival in Köln und dem Nachhaltigkeitsmarkt in Euskirchen unterwegs.

Im Zuge der nachhaltigen Mobilität konnten die touristischen Buslinien mit u.a. verstärkten Angeboten in den Nationalpark Eifel und verschiedener Wanderbuslinie im Ahrtal planmäßig verkehren. Negativ ausgewirkt auf die Bestrebungen emissionsarmer An- und Abreisen haben sich die nach wie vor stattfindenden Wiederaufbau- und Elektrifizierungsarbeiten auf den Bahnstrecken in der Nordeifel. Auch für das erste Halbjahr 2025 ergeben sich deutliche Einschränkungen mit monatelangen Streckensperrungen.

In der Geschäftsstelle wurde das Projektbüro des Kreises Euskirchen zur Umsetzung des Förderprojektes „Tourist-Information der Zukunft“ eingerichtet. Weiterhin wurde in Zusammenarbeit mit der Stabstelle Struktur- und Wirtschaftsförderung erfolgreich der Förderantrag für das Projekt „Konzept für den Ausbau einer nachhaltigen Infrastruktur auf den Rad- und Wanderwegen in der Nordeifel unter besonderer Berücksichtigung der EifelSchleifen und EifelSpuren sowie der EifelRadSchleifen“ gestellt. Dieses Projekt wurde im Dezember 2024 bewilligt und kann nun bis zum 30. Juni 2026 umgesetzt werden. Auf Basis des regionalen Wirtschaftsförderungsprogramms des Landes NRW (RWP) erhält der Kreis Euskirchen als Projektträger dafür eine 75 % Förderung. Die Gesellschafterkommunen leisten entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital der NeT eine anteilige Kofinanzierung in Höhe von 4,55 %.

Die Tourismuswerkstatt Eifel als LEADER-Projekt „Qualitäts- und Qualifizierungsoffensive Eifel-Tourismus“ hat im Jahresverlauf zahlreiche Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote sowie Exkursionen und Austauschformate angeboten und wird noch bis Mitte 2026 fortgeführt.

Das 15-jährige Bestehen der NeT stand im März 2024 im Mittelpunkt der jährlichen touristischen Netzwerkveranstaltung „NeTWorking Nordeifel“, zu der über 100 touristische Akteure und Wegebereiter begrüßt werden konnten.

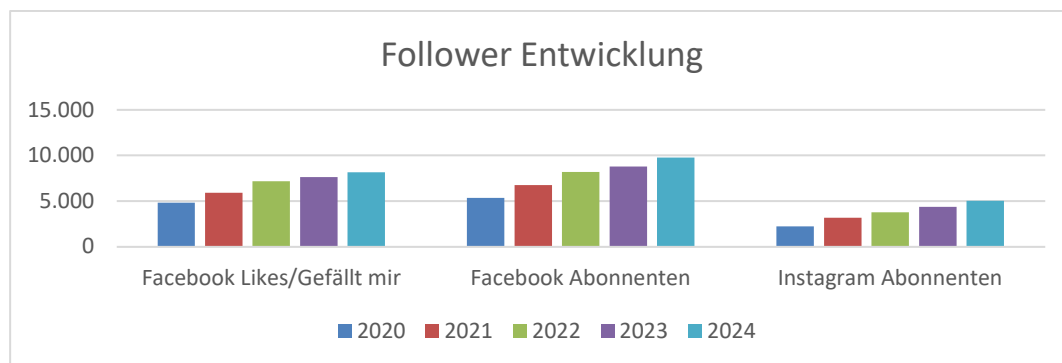
Mit den nachhaltigen Partnerbetrieben und dem Nachhaltigkeits-Beirat hat turnusmäßig eine Jahres-Sitzung stattgefunden. Darüber hinaus haben einige der Betriebe und Partner an speziellen Weiterbildungsangeboten der Tourismuswerkstatt Eifel wie an einem Seminar zur Mülltrennung inkl. Exkursion ins Abfallwirtschaftszentrum, einer ÖPNV-Exkursion und den Meet-ups teilgenommen. Bei der Erarbeitung des neuen Tourismus- und Marketingkonzeptes wurden die engagierten Betriebe und der Nachhaltigkeits-Beirat bei einem Workshop im März 2025 mit eingebunden. Im Rahmen einer Facebook-Serie wurden darüber hinaus alle nachhaltigen Partnerbetriebe vorgestellt.

Maßnahmen im Bereich Online-Marketing wurden durch die google ads-Kampagnen und die Suchmaschinen-Optimierung (SEO) weiter intensiv durchgeführt.

Im Bereich Kommunikation konnten im Jahresverlauf verschiedene social-media-Kampagnen, u.a. Sehnsucht Eifel, Vorstellung nachhaltiger Partnerbetriebe und Vorstellung verschiedener Produkte unter dem Motto „Nah dran. Weit weg“ durchgeführt werden. Teilweise wurden die Kampagnen mit Budget hinterlegt. Neu gestartet wurde eine Kampagne, in der die Mitarbeitenden der NeT in einer Portraitserie vorgestellt werden.

Die Podcast-Serie „Nordeifel lauschen“ wurde mit einer monatlich neu veröffentlichten Folge fortgesetzt. Ebenso wurden Videoproduktionen speziell für den Kanal Youtube aufbereitet und ausgespielt.

Die Anzahl an Followern /Facebook-Abonnenten) bei Facebook ist um 976 Fans auf insgesamt 9.746 und bei Instagram um 1.274 Fans auf insgesamt 5.024 im Vergleich zu 2023 gestiegen. Die Anzahl relevanter Hashtags wie Nordeifel, Nordeifel Tourismus, EifelSchleifen, EifelSpuren, Sehnsucht Eifel hat sich ebenfalls deutlich erhöht. Der monatliche Newsletter wird von über 8.112 Personen abonniert.



Eigene Erhebungen, Januar 2025

Die Perspektive für die strategische Arbeit

Ziel der Arbeit in den nächsten Jahren wird es sein, die im Tourismus- und Marketingkonzept dargestellten Handlungsfelder sukzessive mit innovativen Projekten, Angeboten und Produkten zu bearbeiten. Dabei sollte der Schaffung eines klaren Profils (nach innen wie nach außen) sowie einer eindeutigen Positionierung zu den Produktleitlinien Aktiv-, Kultur- und Familienzeit weiterhin hohe Priorität eingeräumt werden. Die Fortschreibung des Tourismus- und Marketingkonzeptes für den Zeitraum bis 2030 nimmt einen wichtigen Stellenwert ein, um auch in Zukunft strategisch gut aufgestellt zu sein. Die Themen Nachhaltigkeit und Digitalisierung werden dabei eine besondere Rolle spielen. Bei dem Prozess wird die Geschäftsstelle von der Agentur BTE begleitet. Der

Beschluss des Konzeptes ist für die Sitzung der Gesellschafterversammlung im September 2025 vorgesehen.

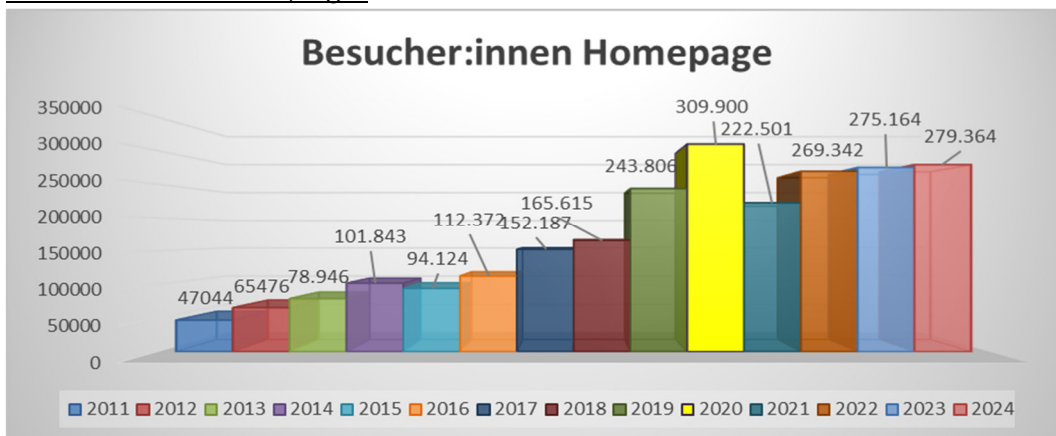
Im Bereich der nach innen und außen gerichteten Kommunikation soll das Kommunikationskonzept „Nachhaltiger Tourismus in der Nordeifel“ für einen weiteren Qualitätsschub sorgen. Auch die Partnerbetriebe haben mit einem eigenen Praxisleitfaden eine fundierte Basis erhalten, die angereichert wird von einer individuellen Beratung und dem Bereitstellen von Content durch die Nordeifel Tourismus GmbH.

Neben dem gesellschaftlichen Treiber Nachhaltigkeit fordert auch die Digitalisierung den Tourismus zu einem fortwährenden agilen und innovativen Handeln auf. Daher stellt der Relaunch von www.nordeifel-tourismus.de einen wichtigen Schritt dar.

Statistische Erhebungen

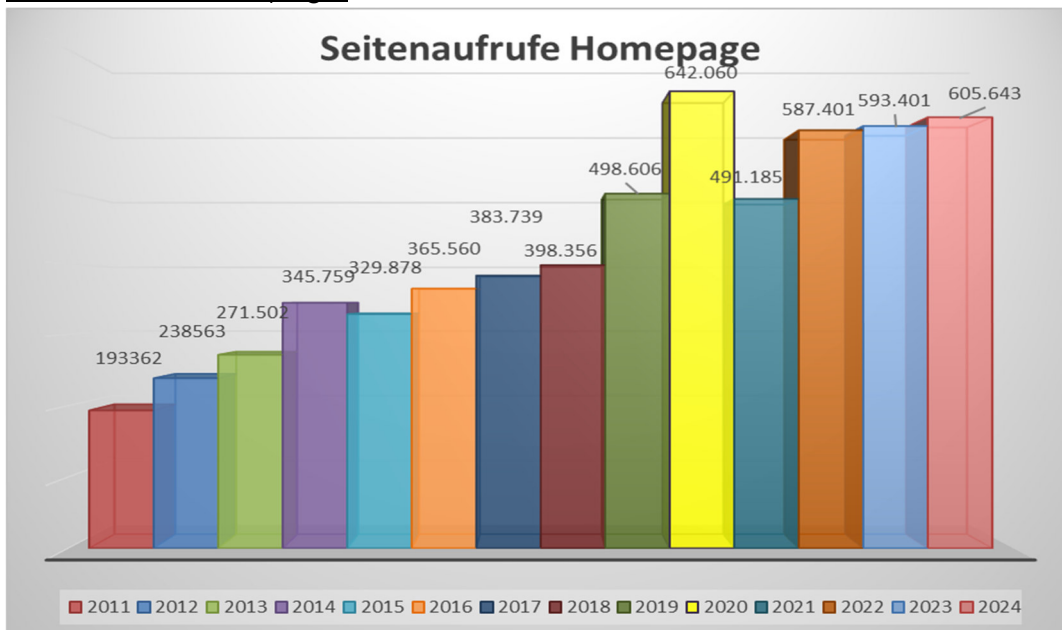
Entwicklung der Zugriffe und Seitenaufrufe auf der Homepage www.nordeifel-tourismus.de bis zum 31.12.2024 im Vergleich zu den Jahren 2011-2024

Besucher:innen Homepage:



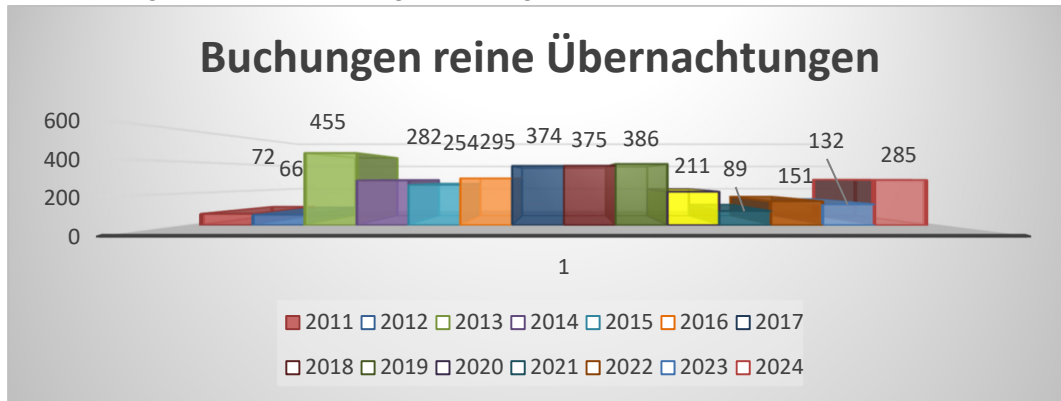
Eigene Erhebungen, Januar 2025

Seitenaufrufe Homepage:



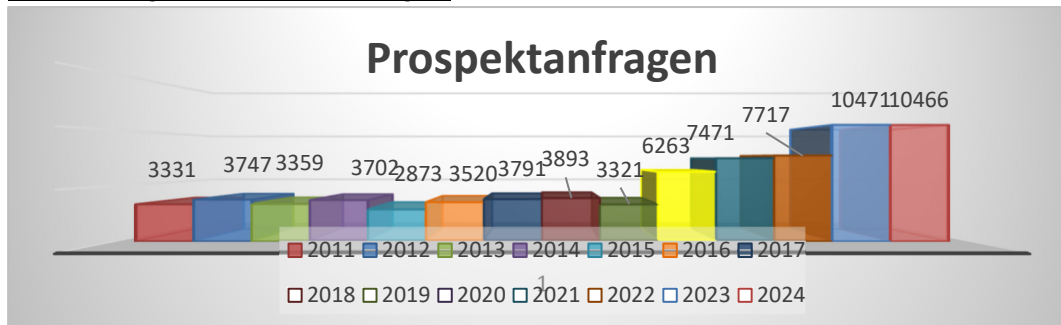
Eigene Erhebungen, Januar 2025

Entwicklung der Übernachtungsbuchungen:



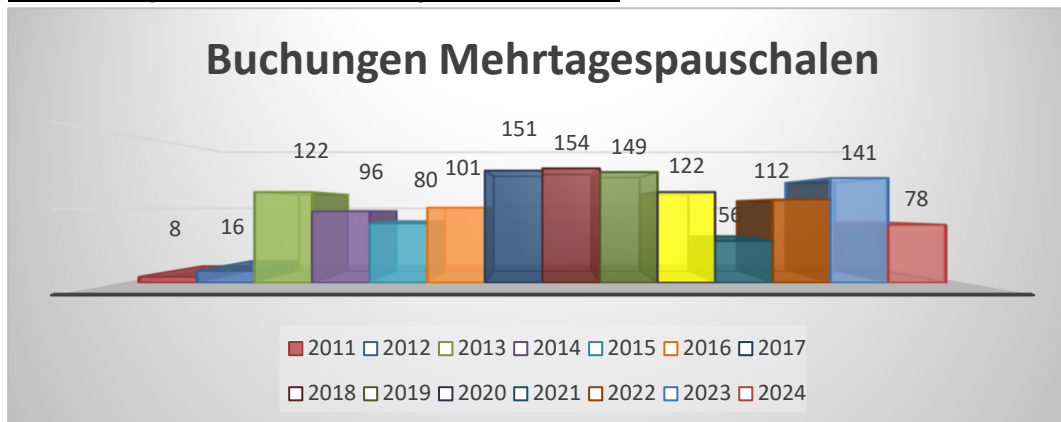
Eigene Erhebungen, Januar 2025

Entwicklung der Prospektanfragen:



Eigene Erhebungen, Januar 2025

Entwicklung Umsatz der Mehrtagespauschalen:



Eigene Erhebungen, Januar 2025

Die Nordeifel Tourismus GmbH im Vergleich zu den umsatzstärksten Stützpunkten der Eifel in 2024:



Quelle: Eifel Tourismus GmbH, Januar 2025

Vergleich Buchungen im Zeitraum 01.01.2024 bis 31.12.2024 (nach Erfassungsdatum) gegenüber dem gleichen Zeitraum aus dem Vorjahr

2024		2023		Unterschied Vorjahr (in %)
ExpertClient		ExpertClient		
Buchungen	53	60		-11,67%
Umsatz	28.681,75 €	28.319,06 €		1,28%
Internet		Internet		
Buchungen	232	138		68,12%
Umsatz	16.542,20 €	21.999,89 €		-24,81%
Gesamt		Gesamt		
Buchungen	285	198		43,94%
Umsatz	45.223,95 €	50.318,95 €		-10,13%
+ Umsatz Pauschalen	47.773,78 €	96.749,07 €		-50,62%
Umsatz Gesamt	92.997,73 €	147.068,02 €		-36,77%

Eigene Erhebungen, Januar 2025

Weitere Entwicklungen:

Seit dem Jahr 2011 bieten die Nordeifel Tourismus GmbH und die Struktur- und Wirtschaftsförderung des Kreises Euskirchen die sogenannten Beratungstage für touristische Betriebe an. Mit den Beratungstagen werden folgende Zielgruppen

- Haus- und Wohnungseigentümer:innen, die in Zukunft überlegen, ihre Objekte an Gäste zu vermieten,
- Existenzgründer:innen, die ein Hotel, eine Pension oder ein Restaurant betreiben oder übernehmen möchten,
- Inhaber:innen von bestehenden touristischen Betrieben, die eine Beratung wünschen,
- Hotel-, Restaurant- und Pensionsinhaber:innen, die ihren Betrieb an Nachfolger:innen übergeben möchten.

über wichtige Grundlagen, die ersten Schritte und aktuelle Trends informiert.

Die Bilanz verdeutlicht das hohe Interesse am Beratungsangebot und zeigt auf, dass zahlreiche Vorhaben realisiert worden sind. Solche Betriebe sind überwiegend qualitativ gut aufgestellt und kooperieren in der Regel auch mit der NeT.

Jahr	Anzahl der Beratungsfälle	Tatsächliche Betriebsgründungen
2011	17	7
2012	23	11
2013	24	13
2014	27	15
2015	33	14
2016	27	11
2017	38	15
2018	42	18
2019	40	22
2020	32	18
2021	17	1
2022	26	8
2023	35	15

2024	30	9
Gesamt	411	177

Eigene Erhebungen, Januar 2025

Vertrieb:

Die Geschäftsstelle in Kall ist für den zentralen Prospektversand zuständig. Die Prospektanfragen, die in den Tourist-Informationen in der Nordeifel eingehen, werden neben den direkt an die Nordeifel Tourismus GmbH gerichteten Prospektanfragen zentral beantwortet. Die hohe Anzahl an Prospektanforderungen aus dem Jahr 2023 hat sich im Jahr 2024 wiederholt.

An zahlreichen Vertriebsstellen innerhalb und außerhalb der Nordeifel liegt Prospektmaterial der NeT aus. Die Vertriebsstellen werden regelmäßig hinsichtlich ihres Bedarfs abgefragt. Zu den Vertriebsstellen zählen neben den Tourist-Informationen, den kooperierenden Übernachtungsbetrieben, Sehenswürdigkeiten und Freizeiteinrichtungen auch hochfrequentierte Einrichtungen in der Region wie Tankstellen, aber auch zahlreiche Stellen in den Quellmärkten der Gäste.

Zusammenfassung

Die Geschäftsführung kann den Geschäftsverlauf insgesamt als positiv bewerten. Die Gäste- und Übernachtungszahlen haben sich wieder auf hohem Niveau stabilisiert und bestätigen, dass sich die Nordeifel als beliebtes Tages- und Urlaubsziel etabliert hat.

Trotz dieser positiven Entwicklung auf der Nachfrageseite treffen der Kostendruck, steigender Bürokratieaufwand und die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt touristische Betriebe in besonderem Maße. Diese Herausforderungen haben teilweise zu Betriebsaufgaben und der Reduzierung von Leistungen geführt.

Die Einflussmöglichkeit einer Destinationsmanagement-Organisation wie der NeT sind angesichts der sehr unterschiedlich bedingten Ursachen sehr beschränkt. Umso wichtiger ist es, dass sich alle zuständigen Verantwortlichen der Situation bewusst sind und idealerweise gemeinsam an Lösungen arbeiten. Über die Tourismuswerkstatt Eifel wird ein umfangreicher Mix an Weiterbildungs- und Vernetzungsprogrammen angeboten, der allerdings auch in Anspruch genommen werden und zu Veränderungen in den Betrieben führen muss.

Die Zertifizierung als nachhaltiges Reiseziel und das besondere Engagement in der Region haben dazu geführt, dass sich die Nordeifel als feste Größe im Deutschland-Tourismus etabliert hat. Diese Positionierung geht einher mit authentischen Erlebnissen und einem Qualitätstourismus, den es über Angebote und Produkte zu gestalten gilt. Nahezu alle nordrhein-westfälischen Destinationen sind derzeit im Aufbruch begriffen, um sich ebenfalls als nachhaltiges Reiseziel zu qualifizieren. Auch der Landestourismusverband Tourismus.NRW engagiert sich aktuell sehr intensiv im Bereich der nachhaltigen Entwicklung und setzt unter anderem das Projekt Nachhaltigkeitswerkstatt NRW um, an dem die NeT beteiligt ist.

Den aktuellen Wettbewerbsvorsprung im Bereich nachhaltige touristische Entwicklung gilt es zu sichern. Die Verankerung des Ziels „Etablierung als nachhaltiges Reiseziel“ im Gesellschaftsvertrag, die bevorstehende Rezertifizierung als nachhaltiges Reiseziel sowie die zentrale Rolle des Themas Nachhaltigkeit im zukünftigen Tourismus- und Marketingkonzept 2025-2030 sind wichtige Schritte auf diesem Weg.

Mit den in der Umsetzung befindlichen Projekten „Tourist-Information der Zukunft in der Nordeifel“ und „Konzept für den Ausbau der touristischen Infrastruktur auf den EifelSchleifen & EifelSpuren sowie den EifelRadSchleifen“ werden wichtige Grundlagen geschaffen, um die Nordeifel touristisch weiter zu stärken. Die veränderten Gästeansprüche werden zukünftig mit einem zeitgemäßen Angebot und Leistungen / Services bedient. Zudem wird die Infrastruktur für die Profithemen Wandern und Radfahren weiter gestärkt.

3. Lage

Berichterstattung gemäß § 108, Abs. 2, Nr.2 GO NRW

Gemäß § 108, Abs. 2, Nr. 2 GO NRW muss im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen werden.

Gegenstand der Nordeifel Tourismus GmbH ist die Wahrnehmung touristischer Strukturentwicklung und Tourismusförderung sowie touristischer Produktentwicklung für den Kreis Euskirchen und seiner kommunalen Gesellschafter.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben (sowohl bei Entwicklung wie bei Service) anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Der Nordeifel Tourismus GmbH obliegen insbesondere die Aufgaben einer Destinationsmanagement-Organisation (DMO), so dass es sich bei dem zwar interkommunal aufgestellten Unternehmen trotzdem um die Ausübung einer originären kommunalen Aufgabe handelt. Der vom Gesetzgeber geforderte öffentliche Zweck wird erfüllt.

a) Ertragslage

Die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH erfolgt überwiegend durch die beteiligten Kommunen Bad Münstereifel, Blankenheim, Dahlem, Euskirchen, Hellenthal, Kall, Nettersheim, Mechernich, Schleiden, Zülpich, Weilerswist und dem Kreis Euskirchen. Der Anteil der Finanzierung an den gesamten Erträgen betrug 2024 68,29 % (Vorjahr 65,57 %). Die Zuschüsse der Gesellschafter 650.000 € ein (Vorjahr 592.850 €).

Ziel der Nordeifel Tourismus GmbH ist es, die Erträge – soweit möglich – kontinuierlich zu steigern und neue Einnahmemöglichkeiten zu erschließen.

	Ist 2023	Wirtschaftsplan 2024	Ist 2024
Umsatzerlöse	224.209,48 €	191.500,00 €	209.365,64 €
Sonstige betriebliche Erträge inkl. Zinsen	86.985,10 €	102.550,00 €	92.509,31 €
Betriebsleistung	311.194,58 €	294.050,00 €	301.874,95 €

Im 16. Jahr der Geschäftstätigkeit der Nordeifel Tourismus ist die Betriebsleistung im Vergleich zu 2023 um 9.319,63 € gesunken.

Die Umsatzerlöse betragen in 2024 **209.365,64 €** (Vorjahr **224.209,48 €**).

Bei den Abrufen zur Projektförderung Tourismuswerkstatt Eifel wurden rd. 30 T€ weniger an Zuschüssen abgerufen als im Ansatz des Wirtschaftsplans ausgewiesen. Im Projekt Tourismuswerkstatt Eifel ist im Vergleich zum Wirtschaftsplan (ca. 1,3 T€) weniger an Umsatzerlösen zu verzeichnen, aber ca. 10 T€ mehr als zum Vorjahr (ca. 1,6 T€) im Bereich der Seminarerlöse zu verzeichnen.

Im Vergleich zum Jahr 2023 reduzierte sich die Anzahl an Buchungen von Übernachtungen und Pauschalbuchungen. Zahlen: Die Erlöse sanken von 12.575,14 € in 2023 auf 9.138,94 €. Die Provisionserträge aus dem Deskline-Buchungssystem verminderten sich von 3.908,94 € in 2023 auf 3.128,08 € in 2024. Hauptgrund für den Rückgang der Buchungen ist die durchweg schlechte Witterung im Frühjahr, die speziell bei Arrangements zu einem deutlichen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr geführt hat. Weiterhin fehlten großvolumige Buchungen, die im Jahr 2023 einen Teil der Erlöse ausmachten.

Wesentliche Erlöse stammen aus Anzeigenverkäufen, Buchungen über Deskline 3.0, dem Verkauf von Arrangements, durch Verkäufe Online-Shop, dem Buchungssystem der Trekkingplätze sowie der Vermietung des Projektbüros „Wanderwelt der Zukunft“.

Diesen Erlösen stand folgender Aufwand gegenüber:

	Ist 2023	Wirtschaftsplan 2024	Ist 2024
Materialaufwand	107.943,73 €	80.000,00 €	74.139,45 €
Personalaufwand	448.214,97 €	492.700,00 €	496.902,71 €
Abschreibungen	13.466,35 €	15.000,00 €	11.196,74 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen inkl. Zinsen	399.651,47 €	407.300,00 €	380.177,31 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Aufwendungen für Betriebsleistung	969.276,52 €	995.000,00 €	962.416,21 €
Ergebnis nach Steuern	-658.081,94 €	-700.950,00 €	-660.541,26 €
sonstige Steuern	246,27 €	300,00 €	246,00 €
Jahresfehlbetrag	-658.328,21 €	-701.250,00 €	-660.787,26 €

Der Materialaufwand beträgt in 2024 74.139,45 €. Die Verringerung des Materialaufwands im Vergleich zum Wirtschaftsplan (80.000,00 €) und zum Vorjahr (107.943,73 €) ist im Wesentlichen auf die geringere Anzahl an Pauschalbuchungen zurückzuführen, da bereitgestellte Leistungen von Dritten wie Übernachtungen, Gepäckstransfers und Verpflegung als Bestandteil der Pauschalen nicht eingekauft werden mussten.

Im Vergleich zu 2023 (448.214,97 €) hat sich der Personalaufwand durch die Tarifabschlüsse im TVÖD, von denen die Mitarbeitenden der Nordeifel Tourismus GmbH profitieren, im Jahr 2024 auf 496.902,71 Euro erhöht. Im Wirtschaftsplan waren für die Personalkosten lediglich 492.700 € veranschlagt.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurden auch im Jahr 2024 verstärkt Ausgaben für Marketing vorgenommen, um die Region weiter zu stärken. Im Wirtschaftsplan wurde ein Ansatz von 138 T€ eingeplant, tatsächlich ausgegeben wurden ca. 142 T€ (im Vorjahr 157.580 €). Für die Fortbildung der Mitarbeiter:innen und neuen Minijobber:innen wurden für Schulungen in der Tourismuswerkstatt Eifel, DTV-Nachklassifizierungen und Deskline-Schulungen im Plan 3 T€ angesetzt, es konnten den Mitarbeiter:innen tatsächlich Schulungen in Höhe von 1,8 T€ (in 2023 1.383 €) geboten werden.

Im Bereich Referent:innen/Workshop liegen die Kosten mit 17 T€ (Vorjahr ca. 12,7 T€) insgesamt 28 T€ unter der angesetzten Planung. Hierin sind die Kosten der Tourismuswerkstatt Eifel enthalten. Die Abschreibungen liegen um 3,8 T€ niedriger als im Planbereich, und ca. 2 T€ niedriger als in 2023. Insgesamt beträgt der Jahresfehlbetrag -660.787,26 € (Wirtschaftsplan -701.250,00 €).

b) Finanzlage

Der Zahlungsmittelbestand hat sich im Vergleich zum Bilanzstichtag des Vorjahres von 195.127,91 € auf € 184.140,99 verringert. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen zum 31.12.2024 10.612,44 € (Vorjahr 7.276,19 €). Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gewährleistet. Die flüssigen Mittel betragen mit 184.140,99 € rund 78,17 % der Bilanzsumme.

c) Vermögenslage

Im Anlagevermögen stehen den Zugängen von 2.224,74 € laufende Abschreibungen in Höhe von 11.196,74 € gegenüber, so dass der Buchwert zum Bilanzstichtag 7.646,67 € (Vorjahr 16.618,67 €) beträgt. Insgesamt kann die wirtschaftliche Lage des Unternehmens für die Geschäftstätigkeit als angemessen bezeichnet werden.

d) Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung berücksichtigen wir die Kennzahlen Umsatzrendite und Cash-Flow. Der Cash-Flow (aus laufender Geschäftstätigkeit) beträgt im Jahr 2024 -660 T€ (Vorjahr -610 T€).

Die Umsatzrendite (Anteils des Jahresfehlbetrags am Umsatz) beträgt im Geschäftsjahr 2024 -316 % (Vorjahr -294 %). Zum Ausgleich des negativen Cash-Flows erfolgt eine Finanzierung aus Zuschüssen der kommunalen Gesellschafter.

Das von den Gesellschaftern, touristischen Partnern und Gästen entgegengebrachte Vertrauen und die damit verbundene Wertschätzung wirken positiv auf die Geschäftsstelle. Die finanzielle Lage der Gesellschafter wird in der Geschäftsstelle ernsthaft wahrgenommen und mit großer Sorge betrachtet. Arbeitsprozesse und Aufgaben werden weiter in höchstmöglichem Maße effektiv und effizient gehalten und bei Bedarf optimiert. Eine wichtige Basis dafür ist die im Jahr 2024 durchgeführte Aufgabenkritik, deren Ergebnisse und Konsequenzen in der Sitzung der Gesellschafterversammlung im März 2025 vorgestellt worden sind. Maßgabe, an die sich die NeT halten wird, ist das im Wirtschafts- und Finanzplan 2025-2029 vorgesehene Budget. Trotz der aktuell angespannten finanziellen Situation besteht die Hoffnung, dass sich die Region mit der NeT als Kümmerer touristisch weiter gut entwickelt.

Aus nicht finanzieller Sicht weisen langjährige Beschäftigungsverhältnisse auf eine hohe Zufriedenheit und ausgeprägte Identifikation zum Unternehmen hin. Mit Einführung der neuen Dienstvereinbarung zum 01. Januar 2022 und den darin verankerten Gehaltssteigerungen analog der Steigerungen gemäß dem TVÖD erfahren die Mitarbeitenden auch monetär eine Wertschätzung für ihre Arbeit. Gleiches gilt für die seit dem Jahr 2025 geltende Gewährung von Zulagen für die Arbeit an Wochenenden und Feiertagen. Im Gegensatz zu anderen Arbeitgebern kann die NeT ihren Mitarbeitenden jedoch keinerlei Benefits gewähren, die sie damit als attraktiven Arbeitgeber weiter auszeichnen würde.

Die allgemeine Lage auf dem Arbeitsmarkt hat dazu geführt, dass die Quantität der Bewerbungen auf vakante Stellen deutlich abgenommen hat. Vakante Stellen konnten im Jahresverlauf jedoch gut wiederbesetzt werden, was ein Indiz für die Arbeit der NeT und die Attraktivität einer Tätigkeit im Tourismus darstellt, allerdings nicht darüber hinwegtäuschen sollte, dass der Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt auch für die Geschäftsstelle eine große Herausforderung bleiben wird.

Das große Medieninteresse ist ein Indiz für die spürbare Wahrnehmung der Arbeit der Nordeifel Tourismus GmbH und die touristische Attraktivität der Region. Auch bei der nun erfolgten Fusion der beiden Tourismusorganisationen Rureifel und Monschauer Land, dem nachhaltigen Engagement zahlreicher DMOs in NRW und den Planungen im Rheinischen Revier mit dem perspektivischen Aufbau einer eigenen Destinationsmanagement-Organisation wird die NeT mit ihrem Geschäftsmodell und ihrer guten Vernetzung sowie dem Zusammenspiel mit ihren Funktionalpartnern immer wieder als Vorbild für ein Best-practice-Beispiel betrachtet. Die Beliebtheit der Urlaubsregion Nordeifel bei Gästen verdeutlicht sich in den statistischen Erhebungen, die nahezu wieder das Niveau des Rekordjahres 2019 erreicht haben. Auch im Bereich der wirtschaftlichen Effekte infolge touristischer Aktivitäten zeigt sich ein deutlicher Anstieg, der sich im Jahr 2024 weiter fortgesetzt hat.

Die Konzentration auf eine nachhaltige touristische Ausrichtung ist ein wichtiger Faktor, um die Region im touristischen Wettbewerb in eine gute Ausgangslage zu bringen. Im Tourismus- und Marketingkonzept 2020-2025 kommt dem Aspekt Nachhaltigkeit als Querschnittsthema im Bereich der fünf Handlungsfelder eine entscheidende Bedeutung zu. Die Einrichtung eines Nachhaltigkeits-Beirats und eines Nachhaltigkeits-Teams sowie die inzwischen über 35 nachhaltigen Partnerbetriebe verdeutlichen die Ernsthaftigkeit und Verbindlichkeit, sich regionsweit nachhaltig weiter zu entwickeln. Die nachhaltige Ausrichtung ist nebenbei ein wichtiger Faktor bei der erfolgreichen Akquise von Fördermitteln für Antragsteller wie den Kreis Euskirchen oder einzelne Kommunen gewesen.

e) Gesamtaussage

Die Nordeifel Tourismus GmbH hat sich als Destinationsmanagement-Organisation etabliert und mit ihrem Leistungsspektrum dazu beigetragen, den Bekanntheitsgrad der Erlebnisregion Nordeifel zu erhöhen. Sie bietet aktuell eine Vielzahl starker Produkte und Angebote in den Produktlinien Aktivzeit, Familienzeit und Kulturzeit an. Zudem ist sie als wichtiger Partner aktiv bei der Entwicklung und Umsetzung entscheidender Strukturförderprojekte eingebunden, um die Region touristisch zukunftsfit zu machen. Hier erfolgt eine intensive und gute Zusammenarbeit mit den Funktionalpartnern und touristischen Akteuren in der Region.

Mit Blick in die Zukunft stehen große Herausforderungen wie die angespannte Lage der Kommunen ebenso an wie die sich ergebenden Konsequenzen auf dem Arbeitsmarkt, dem Strukturwandel in der Gastronomie- und Beherbergungsbranche und den weiteren Entwicklungen in den Bereichen Digitalisierung und Mobilität. Um Lösungen erarbeiten zu können, muss hier arbeitsteilig in guter Netzwerkarbeit vorgegangen werden, und jeder Akteur seine Verantwortung und seine Stärken mit dem notwendigen Engagement einbringen.

Durch Förderprogramme wie dem RWP-Programm und den neuen Programmen für das Rheinische Revier, aber auch langjährig bekannten Förderzugängen über LEADER wird die Region mittelfristig in die Lage versetzt sein, verstärkt finanzielle Unterstützung für touristische Vorhaben erfahren zu können. Problematisch in Zukunft wird die Erbringung von Ko-Finanzierungsanteilen durch den Kreis Euskirchen bzw. die Kommunen sein. Daher hat die Umsetzung der bereits genannten Projekte zunächst oberste Priorität.

Das Geschäftsjahr 2024 war wie bereits das Vorjahr ein insgesamt „normales“ Jahr, in dem sich die Region mit ihrem attraktiven Angebot komplett entfalten konnte. Die Übernachtungszahlen haben sich wieder auf einem hohen Niveau stabilisiert. Um den eingeschlagenen Kurs bis 2025 weiter fortsetzen zu können, wurden zahlreiche Maßnahmen des Tourismus- und Marketingkonzeptes 2020-2025 umgesetzt.

Die Themenmarke EifelSchleifen & EifelSpuren bildet nach wie vor die entscheidende Grundlage für die weitere Profilierung als Wanderdestination. Weitere Ausbaustufen im Bereich digitale Services und touristische Infrastruktur sollen in den nächsten Jahren folgen. Diese Aufgabe werden die Wirtschafts- und Strukturförderung des Kreises Euskirchen und die Nordeifel Tourismus GmbH gemeinsam mit den Kommunen und dem Eifelverein angehen. Die touristische Aufwertung des Radwegenetzes erfolgt parallel mit der eigenen Themenmarke EifelRadSchleifen.

Die Nordeifel hat sich als Teilregion der Eifel nicht auch zuletzt aufgrund des Engagements und der Erfolge im nachhaltigen Tourismus auch bundesweit einen Namen gemacht. Als Erfolgsfaktor hat sich bewährt, dass das touristische Netzwerk funktioniert und die gute sowie vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Funktionalpartnern garantiert ist.

Nachhaltigkeit ist ein niemals endender Prozess. Umso wichtiger ist es daher, dass die Nordeifel Tourismus GmbH den eingeschlagenen Kurs fortsetzt und neben dem operativen Geschäft auch weiterhin intensive touristische Strukturförderung „hinter den Kulissen“ betreibt, um die Region und ihre Akteure touristisch attraktiv zu halten bzw. zukunftsfit machen.

III. Prognosebericht

Die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte wird die touristische Arbeit in den nächsten Jahren deutlich beeinflussen. Der freiwilligen Aufgabe Tourismus kann im Gegensatz zur jüngeren Vergangenheit nicht mehr im gleichen Maße nachgekommen werden. Beruhigend wirken die geschaffenen Voraussetzungen einerseits die NeT mit der neuen Finanzierung abzusichern und andererseits die aktuell in der Umsetzung befindlichen Projekte für die perspektivische touristische Entwicklung vorliegen zu haben.

Mit dem Bewusstsein und der verlässlichen Basis auch in schwierigen Zeiten, die aus einem gut funktionierenden Netzwerk und einem gesicherten Rückhalt durch die Gesellschafter besteht, können die Herausforderungen im Tourismus angegangen werden. Die notwendige Motivation

dafür speist sich aus der Aufmerksamkeit, die die Region von Gästen und gleichermaßen von Bürgern erfährt.

Mit den im September 2024 im neuen Gesellschaftsvertrag geänderten Zahlungsverpflichtungen der Gesellschafter und dem damit zur Verfügung stehenden Budget sieht sich die Geschäftsstelle gut aufgestellt, um unter Maßgabe des Wirtschafts- und Finanzplans 2025-2029 zu agieren. Für das Wirtschaftsjahr 2025 wird ein prognostizierter Jahresfehlbetrag von -734.100 € ausgewiesen.

Eine erneute Änderung des Gesellschaftsvertrags wurde in der Sitzung im März 2025 notwendig, damit die NeT die Erleichterungen des 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes (NKFWG) in Anspruch nehmen kann.

Um den Entwicklungsprozess der Nordeifel Tourismus GmbH anschaulich nachvollziehen zu können, ist ein Blick in die Vergangenheit hilfreich. Die Nordeifel Tourismus GmbH ist im eifelweiten Vergleich die größte Teilregion der Eifel, die deshalb im Gegensatz zu anderen Teilregionen eine andere Rolle – mit zusätzlichen Zuständigkeiten und Verantwortungsbereichen – wahrnimmt, aber auch zusätzliche Verpflichtungen hat. Zugleich bildet das Zuständigkeitsgebiet eine Gebietskörperschaft ab, so dass sich im Zusammenspiel mit dem Kreis Euskirchen und den elf Städten und Gemeinden viele Prozesse einfacher anschieben und umsetzen lassen können.

Die Nordeifel Tourismus GmbH hat sich sowohl im Land Nordrhein-Westfalen als auch bei Tourismusorganisationen in namhaften Destinationen einen guten Ruf erarbeitet. Nicht selten werden Maßnahmen und Projekte als Best-practice-Beispiele zitiert und teilweise auch übernommen sowie die Federführung bei regionalen Projekten mit Ausnahme bei touristischen Infrastrukturprojekten bewusst bei der Nordeifel Tourismus GmbH angesiedelt. Gleiches gilt bei der Genese von Projekten Dritter, bei denen die Nordeifel Tourismus GmbH in eine Lenkungs- oder Steuerungsgruppe einbezogen wird.

Die äußerst dynamische Tourismusbranche ist sowohl angebots- als auch nachfrageseitig in einem ständigen Veränderungsmodus. Immer wieder stehen neue tiefgreifende Herausforderungen an, gleichzeitig bieten sich zahlreiche Chancen für die touristische Weiterentwicklung der Region, auch vor dem Hintergrund neuer gesellschaftlicher Trends, wie einem deutlich ausgeprägten, nachhaltigen Lebensstil oder aber der Chance, die sich in Folge eines veränderten Reiseverhaltens ergeben können. Weitere wichtige Betätigungen und direkte Einflussmöglichkeiten auf die touristische Entwicklung sind gegeben aus den Synergien mit dem Wegemanagement der „Wanderwelt der Zukunft – Eifelschleifen & Eifelspuren“ und der dort gleichzeitig angesiedelten touristischen Strukturförderung, dem Fahrradfreundlichen Kreis Euskirchen, der Verantwortung für die Tourismuswerkstatt Eifel, der Mitwirkung bei Projekten des Naturparks Nordeifel e.V., der Mitgestaltung der touristischen Transformation im Rheinischen Revier und der engen Verflechtung mit der Struktur- und Wirtschaftsförderung des Kreises Euskirchen sowie dem Geschäftsbereich V (u.a. ÖPNV, Kreisentwicklung, Abfall, Global nachhaltige Kommune, UNB).

Im Zuge der touristischen Entwicklungen im Rheinischen Revier ist die Stadt Zülpich dem Kerngebiet zugeordnet, wohingegen der gesamte übrige Kreis Euskirchen zum Gesamtraum zählt. Durch die Mitwirkung des Kreises Euskirchen und der NeT in der Steuerungsgruppe zur Erarbeitung des touristischen Masterplans für das Rheinische Revier ist es gelungen, die Interessen für die Nordeifel gut einzubringen. Im Zusammenspiel mit dem Kerngebiet sind im Masterplan nun zahlreiche Projekte definiert, bei denen sowohl die Vernetzung aber auch in Einzelprojekten für den Kreis Euskirchen möglich sind. Sofern Fördermittel aus dem Bereich des Strukturwandels im Rheinischen Revier gemäß Förderrichtlinie nicht in Frage kommen, soll nach wie vor ein Zugang zum RWP-Programm bestehen.

Eine Stärkung des Radtourismus, vor allem im Börderbereich, soll mit dem über den EFRE-Tourismusauftrag des Landes NRW vorgesehenen Projektvorhaben zur touristischen Inwertsetzung

der Wasserburgen-Route erfolgen. Für Frühsommer 2025 wird die Entscheidung erwartet, ob das Projekt von der Jury des Landes für eine Förderung vorgesehen worden ist.

Den anstehenden Herausforderungen gilt es mit strategischen Ansätzen im Sinne einer interkommunalen Ausrichtung zu begegnen und dabei die Nordeifel als touristische Teilregion besonders zu stärken. Mit der Zertifizierung als nachhaltiges Reiseziel hat die Nordeifel einen wichtigen Schritt vollzogen, um sich weiter zu profilieren und zu positionieren und die Region in eine gute Ausgangslage gebracht, von den in Aussicht stehenden Fördermöglichkeiten u.a. RWP, EFRE, Rheinisches Revier und LEADER, profitieren zu können. Andere Destinationen in NRW und Tourismus.NRW befinden sich derzeit auch auf diesen Weg, so dass die Region diesen Vorsprung nutzen sollte und vor allem von der Dynamik nicht nachlassen sollte. Das Tourismus- und Marketingkonzept 2020-2025 liefert dafür eine fundierte Grundlage und wird nach Beschluss der Gesellschafterversammlung im September 2024 nun für den Zeitraum 2025-2030 fortgeschrieben. Die Planungen für die Umsetzung des aktuellen Tourismus- und Marketingkonzeptes im Jahr 2025 können dem Punkt 2. Geschäftsverlauf entnommen werden.

Tourismus ist eine klassische Querschnittsbranche. Dementsprechend bereitet der NeT die Abhängigkeit zu touristischen Akteuren große Sorgen. Zahlreiche Betriebe, darunter auch strategisch bedeutsame Schlüsselbetriebe, stehen vor einer ungeklärten Nachfolgeregelung und / oder stellen ihren Betrieb ein. Problematisch sind weiterhin die mitunter großen Investitionsstaus in Gastronomie- und Übernachtungsbetrieben. Anreize für Investitionen in Übernachtungsbetrieben werden mit Zuschüssen des RWP-Programms angeboten. Vor einer Investitionstätigkeit ist es ratsam, das Beratungsangebot zum RWP-Programm der Struktur- und Wirtschaftsförderung des Kreises Euskirchen in Anspruch zu nehmen.

Als weitere große Herausforderung hat sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt verschärft, so dass zahlreiche touristische Dienstleister gravierende Probleme bei der Gewinnung von Arbeitskräften haben. Noch schwieriger ist es geworden, Fachkräfte zu gewinnen.

Neben dem Angebot der Tourismuswerkstatt Eifel ist es der NeT daher ein großes Anliegen, im engen Zusammenspiel mit den Verantwortlichen mit Zuständigkeit an Lösungen zu arbeiten.

Die Geschäftsführung verfolgt das Ziel, mit der Ausbildung von Fachkräften in touristischen Berufen und dem frühen Kontakt junger Menschen mit der Tourismusbranche, z.B. im Rahmen der Berufsfelderkundung (BFE), die Herausforderung aus einer Richtung anzugehen. Parallel dazu sind die Betriebe mehr und mehr gefordert, sich als attraktive Arbeitgeber aufzustellen und zu erweisen. Dafür müssen die Angebote der Tourismuswerkstatt Eifel sowie die verschiedenen Beratungsangebote von NeT, Kreis und DEHOGA jedoch in Anspruch genommen werden.

Ein weiterer für die Zukunft bedeutender Bereich umfasst die Mobilität, bei deren Entwicklung die Bedürfnisse von Gästen immer auch mitbetrachtet werden sollten. Mit der Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur Optimierung des ÖPNV auch unter touristischen Gesichtspunkten wird unter Federführung des Kreises Euskirchen und Beteiligung der NeT bis 2026 erarbeitet.

Alle genannten Herausforderungen treffen die Region im Großen und Ganzen und die Nordeifel Tourismus GmbH in besonderem Maße, da diese auf professionell und zeitgemäß aufgestellte sowie marktfähige touristische Akteure in einer nennenswerten Anzahl angewiesen ist, um Qualitätstourismus sicher zu stellen, Produktentwicklung zu betreiben und Vermarktungsaktivitäten zu entfalten. Grund zur Hoffnung geben der Geschäftsstelle Neueröffnungen und Investitionsvorhaben in den Bereichen Gastronomie und Übernachtung und der Anreiz des RWP-Programms für private Investitionstätigkeiten.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH erfolgt zum überwiegenden Teil (ca. 67,54 %) aus Zuschüssen der kommunalen Gesellschafter, die teilweise als finanzschwache Kommunen gelten.

Die touristische Arbeit konnte im Jahr 2024 wie geplant erfolgen. Nichtsdestotrotz wird die touristische Landschaft nach wie vor von den Nachwirkungen des Hochwassers im Sommer 2021 geprägt, wenngleich ein Großteil des Angebotes wieder am Markt ist. Die nach wie vor nicht erfolgte vollständige Wiederinbetriebnahme der DB-Linien wirkt sich hemmend auf die touristische Entwicklung der Nordeifel aus. Die Sorge vor einer erneuten Krisensituation durch Corona oder andere unvorhergesehene Entwicklungen beeinflussen sowohl die Bürger:innen als auch unsere Gäste. In diesem Zusammenhang muss darauf vertraut werden, dass es der Region gelungen ist, sich situativ immer wieder gut auf die unterschiedlichen Szenarien einzustellen. Im Bereich der Kommunikation, des Gästeservice und der Betreuung der touristischen Akteure obliegt eine große Verantwortung bei der Nordeifel Tourismus GmbH.

Damit die Gesellschaft Planungssicherheit erhält und für die Zeit über 2024 hinaus über einen mittelfristigen Zeitraum arbeiten kann, wurde mit der Änderung des Gesellschaftsvertrags im September 2024 und der damit verbundenen neuen Finanzierungsregelung die entscheidende Grundlage geschaffen.

Externe Belastungen in Form von steuerlichen Aspekten oder in Bezug auf das EU-Beihilferecht sind nicht zu erwarten. In Bezug auf das EU-Beihilferecht ist nach wie vor festzustellen, dass, wenn überhaupt, nur in den Jahren 2015 und 2016 in geringem Umfang Beihilfen für wirtschaftliche Betätigungen, nämlich für Reisevermittlungsdienste und das betriebliche Qualitätsmanagement für kleinere und mittlere Unternehmen des Tourismusgewerbes, zugunsten der Nordeifel Tourismus GmbH festzustellen sind.

Alle anderen ausgleichsbedürftigen Betätigungen der Nordeifel Tourismus GmbH sind hingegen nach der aktuellen Entscheidungspraxis der EU-Kommission eindeutig nicht beihilfenrechtsrelevant, weil die nicht-einnahmeschaffende Wahrnehmung von Aufgaben einer Destinations-Management-Organisation unabhängig von der zivilrechtlichen Rechtsform der Nordeifel Tourismus GmbH nicht das Tatbestandsmerkmal eines wirtschaftlichen Unternehmens erfüllen. Verbotene Beihilfen können jedoch nur an Unternehmen im beihilfenrechtlichen Sinne gewährt werden.

Daher war und ist ein Ausgleich der mit diesen Betätigungen verbundenen Aufwendungen auch ohne eine Genehmigung der EU-Kommission bzw. ohne Freistellung vom Beihilfenverbot weiterhin zulässig, soweit der Ausgleich gemäß den Ergebnissen der Trennungsrechnung allein den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Nordeifel Tourismus GmbH zugutekommt, bzw. solange Ausgleichsleistungen gemäß der Trennungsrechnung für die wirtschaftlichen Tätigkeiten der Nordeifel Tourismus GmbH unterhalb der Bagatellschwelle von 200.000 Euro innerhalb von drei Steuerjahren bleiben.

Da die Freistellung gemäß der De-minimis-VO von der Nordeifel Tourismus GmbH in Anspruch genommen wird, sind sowohl die Nordeifel Tourismus GmbH als auch der Kreis Euskirchen den Transparenz- und Dokumentationspflichten des Art. 6 der De-minimis-Verordnung nachgekommen. Um die Erleichterungen des 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes (NKFVG) in Anspruch nehmen zu können, wird der Gesellschaftsvertrag der NeT in der Sitzung im März 2025 geändert.

2. Chancenbericht

Nach herausfordernden Jahren war das Jahr 2024 wieder ein normales touristisches Jahr, das für eine deutliche touristische Belebung mit hohen Gäste- und Übernachtungszahlen gesorgt hat. Zahlreiche Indikatoren wie Buchungsanfragen, Umsatzerlöse bei Arrangements, Prospektanforderungen, Zugriffszahlen auf die Homepage www.nordeifel-tourismus.de und social-media-Kontakte beweisen, dass die Nordeifel bei Gästen hoch im Kurs steht.

Die Übernachtungszahlen für 2024 und das auch diesem Jahr für das Bezugsjahr 2024 vorgesehene DWIF-Gutachten werden zahlenmäßig belegen, dass sich die Wertschöpfung durch Tourismus wieder auf einem hohen Niveau stabilisiert hat.

Der Trend zu einem bewussten und nachhaltigen Lebensstil, kombiniert mit einer teilweise erfolgten Änderung des Reiseverhaltens infolge der Corona-Pandemie und der Gunst der Region in gut erreichbarer Lage eines großen Quellenmarktes konnten dazu beitragen, dass die Nordeifel zusätzliche Aufmerksamkeit gewinnt und als Reiseziel auch in Zukunft begehrt sein wird.

Die finanziell angespannte Situation der kommunalen Haushalte bereitet Sorgen, da damit auch Einsparungen im touristischen Bereich verbunden sein werden. Daher wird es in den kommenden Jahren wichtig sein, den schwierigen Spagat zwischen Einsparung auf der einen Seite und weiteren Investitionen der öffentlichen Hand auf der anderen Seite zu meistern, vor dem Hintergrund, dass die Nordeifel ein begehrtes Tagesausflugs- und Urlaubsziel ist, die Ansprüche der Gäste hoch sind und der Wirtschaftsfaktor Tourismus für die Region eine hohe Bedeutung einnimmt. Projekte in der Bearbeitung geben Hoffnung, um im Bereich zukunftsorientierter Qualitätstourismus die nächsten Schritte folgen zu lassen.

Eine weitere Unsicherheit ist mit den globalen Krisen und der wirtschaftlichen Lage in Deutschland verbunden. Inwiefern beispielsweise die Inflation, die Lage auf dem Arbeitsmarkt mit dem erheblichen Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie oder die schwächelnde Konjunktur spürbare Auswirkungen auf das Reiseverhalten hat, ist nicht absehbar. Erkennbar ist im Jahreswechsel 2024/2025 eine nie da gewesenes frühzeitiges Buchungsaufkommen im Bereich Outgoing, d.h. bei den großen Reiseveranstaltern. Auch in der Geschäftsstelle der NeT ist eine rege Buchungsnachfrage festzustellen, die sich bis in das Frühjahr weiter verfestigt hat.

Die NeT hat sich als Destinationsmanagement-Organisation gut in ihrer Rolle eingefügt. Dazu gehört auch die richtige Reaktion und ein strategisches Agieren in Krisenzeiten. Die entscheidende Basis dafür ist das von den Gesellschaftern entgegenbrachte Vertrauen. Die Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern und Tourist-Informationen sowie den weiteren Funktionalpartnern funktioniert reibungslos. Diese Stärke gilt es zu nutzen, um auch den anstehenden Herausforderungen mit der richtigen Strategie zu begegnen.

Ziel der Arbeit in den nächsten Jahren wird es sein, die im Tourismus- und Marketingkonzept dargestellten Chancenfelder sukzessive mit innovativen Projekten und Angeboten zu versehen. Dafür stehen die entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung.

Dabei muss die Beibehaltung eines klaren Profils (nach innen wie nach außen) sowie einer eindeutigen Positionierung zu den Produktleitlinien weiterhin hohe Priorität eingeräumt werden.

Um dem vielschichtigen, facettenreichen und komplexen Aspekt der Nachhaltigkeit gerecht zu werden, wird das Thema im Sinne eines Beitrags zur nachhaltigen Entwicklung der Region verstanden. „**Domet mer noch lang jet dovun hann**“ sollen die Prinzipien der Nachhaltigkeit fest in die Strategie der NeT verankert werden und folglich in konkreten Angeboten umgesetzt werden. Dabei denkt die Region heute schon an morgen und übermorgen und setzt sich für Biodiversität, Klimaschutz und lebendig gehaltene Traditionen ein.

Parallel zu den Bemühungen der Nordeifel Tourismus GmbH sind alle Partner gefordert, sich ebenso zu engagieren. Die Nordeifel Tourismus GmbH ist in einigen Prozessen wie der Arbeits- und Fachkräfteproblematik sowie der Mobilitätsplanung intensiv mit einbezogen. Gesellschafter können bei eigenen Prozessen ebenfalls das Know-how der NeT einbeziehen, wie beispielsweise im Falle des Projektes „Essbares Weilerswist“ geschehen.

Einhergehend mit dem nachhaltigen Engagement bleibt die beratende Funktion in Richtung touristische Akteure und bei der Gestaltung der Region als Lebensraum für Bürger:innen und als Destination für Gäste.

Mit Beschlüssen der Gesellschafterversammlung wurde für die mittelfristige touristische Weiterentwicklung der Nordeifel der Fokus auf die Tourist-Informationen und das Rad- und Wanderwegenetz gelegt.

Im Rahmen des RWP-Förderprojektes „Tourist-Informationen der Zukunft in der Nordeifel“ mit einem Gesamtvolumen von 3,47 Mio. € werden die 11 touristischen Anlaufstellen in der Nordeifel mit zeitgemäßer Einrichtung, Ausstattung und digitalen Service fit für die Zukunft gemacht werden. So sollen die Anlaufstellen von der reinen Informationsquelle hin zu Inspirations- und Erlebniszentren entwickelt werden.

Radfahren, Wandern und Naturerlebnis bilden die touristischen Kernthemen in der Nordeifel und finden sich in der Produktleitlinie Aktivzeit der Nordeifel Tourismus GmbH wieder. Mit der touristischen Themenmarke EifelSchleifen & EifelSpuren hat sich die Nordeifel als Wanderdestination etabliert. Verschiedene Indikatoren wie Zählungen auf den Wanderwegen, Tourendownloads in Wanderapps, angeforderte Printprodukte, der Resonanz auf die jährlichen Wahlen zum Wanderweg des Jahres sowie Erfahrungsberichte belegen, dass das Rundwanderwegenetz sehr gut angenommen wird. Mit der Ausweisung des Radknotenpunktsystems und der in 2024 neu eingeführten Themenmarke EifelRadSchleifen hat sich die Nordeifel auch als Radregion weiter etabliert. Dabei haben sich die 16 thematischen Rundtouren als derart großer Erfolg bewiesen, dass das Thema Radfahren auf www.nordeifel-tourismus.de zeitweise höher im Kurs lag als das ansonsten mit weitem Abstand dominierende Thema Wandern.

Jüngsten Untersuchungen zufolge, auf die sich in den Themendossiers von Tourismus.NRW und der „Radreiseanalyse“ des ADFC bezogen wird, belegen, dass Wandern und Radfahren stärker denn je im Trend liegen. Das Land Nordrhein-Westfalen im Allgemeinen und die Eifel im Speziellen erfüllen mit dem naturtouristischen und kulturellen Angebot und den geschaffenen Rad- und Wanderwegen eine optimale Kulisse, um mit konkreten Anreizen und Aktiv-Produkten die Sehnsucht der Gäste und damit verbundenen Motiven wie „Naturerlebnis“, „Bewegung“ und „Ausgleich zum Alltagsstress“ zu erfüllen.

Um auch perspektivisch die Wünsche der Gäste und Bürger:innen im Bereich Wandern und Radfahren weiterhin gut erfüllen zu können, bedarf es einer qualitativen Weiterentwicklung, einer sogenannten 2. Ausbaustufe, der begleitenden Rad- und Wanderinfrastruktur in der Nordeifel. Parallel dazu zeigt der Klimawandel mit seinen Folgen, dass die touristische Infrastruktur im Gelände einer deutlichen Anpassung bedarf, damit Wandernde und Radfahrende vor den Auswirkungen wie Hitze, Trockenheit, Stürmen, Starkregenereignissen und Unwettern besser geschützt werden. Ebenso schreitet die Digitalisierung weiter voran, die vielversprechende Möglichkeiten bietet, Services wie Informationsvermittlung, Besucherlenkung und ein Notfallmanagement-System über geeignete Infrastruktur in der Landschaft zu implementieren.

Für beide Stoßrichtungen bietet sich mit dem Ende Dezember 2024 vom Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen bewilligten Projekt des Kreises Euskirchen für ein Konzept für den perspektivischen Ausbau einer nachhaltigen Infrastruktur auf den Rad- und Wanderwegen in der Nordeifel eine gute Perspektive.

Mit dem Ausbau der Infrastruktur an den beliebten Rad- und Wanderwegen, vorgesehen ist auch ein deutliches höheres Angebot an Sitzbänken und Rastplätzen, soll langfristig das Qualitäts- und Serviceniveau in der Nordeifel gesichert werden, auftretende Versorgungslücken infolge fehlender Einkehrmöglichkeiten kompensiert werden sowie gesamtheitlich die Erlebnis- und Aufenthaltsqualität im Gelände erhöht werden. Um den Ausbau und die Entwicklung der Infrastruktur an den Rad- und Wanderwegen strategisch und bestmöglich geplant anzugehen, ist ein zweistufiges Verfahren vorgesehen.

In einem ersten Schritt soll in einem Zeitraum von 1,5 Jahren, d.h. bis Mitte 2026, ein Konzept inkl. Kostenkalkulation für den infrastrukturellen Ausbau der Rad- und Wanderinfrastruktur erarbeitet werden. In einem zweiten Schritt soll unter Ausnutzung von weiteren Fördermitteln (RWP, Rheinisches Revier, EFRE) der Ausbau in der Landschaft erfolgen.

Der Ausbau und die Weiterentwicklung der touristischen Infrastruktur findet sich aufgrund der tourismusstrategischen Bedeutung in Form von drei Ansätzen

1. Stärkung des Auftretens als nachhaltige sowie zukunfts- und qualitätsorientierte Region
 2. Fokussierung auf Qualität und Nachhaltigkeit bei Rad- und Wanderwegen
 3. Steigerung der Integration von nachhaltigen Angebots- und Produktbausteinen
- im Tourismus- und Marketingkonzept 2020-2025 (TMK) der Nordeifel Tourismus GmbH wieder.

Für die touristische Weiterentwicklung der Region im Bereich der Strukturförderung stellen die sich bietenden Förderprogramme (RWP, Rheinisches Revier) eine hervorragende Grundlage dar. Unsicherheiten bestehen darin, welches Budget das Land Nordrhein-Westfalen und der Bund zukünftig für derartige Förderprogramme bereitstellt und wie die Ko-Finanzierung angesichts der finanziellen Lage vom Kreis Euskirchen und den Kommunen gewährleistet werden kann.

Die Konsequenzen von Einsparungen des Landes Nordrhein-Westfalen haben die NeT zum Ende des Jahres 2024 dahingehend getroffen, als dass das bislang über eine Förderung der regionalen Kulturplattform unterstützte Mundartfestival „Mir kalle platt“ trotz positiven Rankings durch den Zweckverband Region Aachen zunächst nicht für eine Förderung vorgesehen worden ist. Ende Januar 2025 erfolgte dann die Nachricht, dass die finanzielle Förderung gesichert ist und die NeT darauf einen entsprechenden Förderantrag formuliert hat, so dass die Ausrichtung der Ausgabe im Jahr 2025 gesichert ist.

Mit dem touristischen Masterplan für das Rheinische Revier bestehen neue Fördermöglichkeiten für interkommunale und vernetzende Vorhaben. Grundsätzlich gilt, dass Projekte, unabhängig der Förderprogramme, idealerweise interkommunal aufgesetzt werden sollten, um die Chancen auf eine Förderung zu erhöhen.

Im Bereich der Aktivzeit sorgen die beiden Angebote natürliches Nachterlebnis und Trekking auf verschiedenste Art und Weise für spürbare Impulse. Beides eint, dass das aktive Naturerleben auch bei Dunkelheit möglich ist, neue Zielgruppen auf die Nordeifel aufmerksam werden und das Image der gesamten Eifel zusätzlich eine deutliche Aufwertung erfährt. Zusätzlich bietet das natürliche Nachterlebnis, das mit der Fertigstellung der SternenBlicke nun auch mit professioneller Infrastruktur ausgebaut wurde, großes Potenzial um auch die Nebensaison touristisch zu beleben. Kapazitätsprobleme bestehen bereits, da die zur Verfügung stehenden SternenGuides die hohe Nachfrage nicht bedienen können. Daher wird die Tourismuswerkstatt Eifel in 2025 weitere SternenGuides ausbilden. Damit wird auch sichergestellt, dass zukünftig die NeT noch mehr Arrangements anbieten kann.

Die Trekkingplätze wurden sukzessive erweitert, so dass hiermit auch angemessen auf die hohe Nachfrage reagiert wird und die Nordeifel Tourismus GmbH als Beratungs- und Buchungsstelle über anteilige Umsatzerlöse von diesem Angebot auch wirtschaftlich weiterhin gut profitieren kann.

Touristische Akteure zu motivieren und zu gewinnen wird die wichtige Kernaufgabe der Nordeifel Tourismus GmbH bleiben. Eine Destinationsmanagement-Organisation ist in zahlreichen Belangen von Entscheidungen Dritter abhängig. Die Mammutaufgabe Arbeits- und Fachkräfteproblematik wird deshalb von der Nordeifel Tourismus GmbH tatkräftig mit unterstützt, u.a. mit einer deutlichen Schwerpunktsetzung der Tourismuswerkstatt Eifel.

Als Destinationsmanagement-Organisation kann man bis zu einem Grad nur so erfolgreich arbeiten, wie auch die Leistungsträger (Betriebe aus Gastronomie und Hotellerie) sowie weitere touristische Partner sich qualitativ weiterentwickeln und für eine Zusammenarbeit mit der NeT bereitstehen. Die nachhaltigen Partnerbetriebe sind als Aushängeschilder zu betrachten und nehmen als best practice Beispiele auch für andere Betriebe eine entscheidende Rolle ein.

Um auch in Zukunft weiterhin verstärkt auf Qualitätstourismus setzen zu können, müssen Voraussetzungen wie eine deutlichere Investitionsbereitschaft der touristischen Leistungsträger, eine

hohe Kooperationsbereitschaft, das Überwinden von „Kirchturmdenken“ und eine uneingeschränkte, vertrauensvolle Unterstützung durch die Gesellschafter, touristischen Akteure und Sponsoren gegeben sein.

Dazu gehört auch, dass die Gesellschafter fortwährend den Akteuren vor Ort, ggf. über lokale Netzwerktreffen und sich bietenden Kontakten, die Leistungen der Nordeifel Tourismus GmbH und deren Beteiligungsmöglichkeiten näherbringen sollten und selbst verantwortlich zeichnen, auch vor dem Hintergrund angespannter Haushaltslagen das touristische Vor-Ort-Angebot attraktiv zu halten und weiterzuentwickeln. Das Querschnittsthema Nachhaltigkeit sollte weiterhin bei der touristischen Ausrichtung der Nordeifel implementiert sein.

Neben dem gesellschaftlichen Treiber Nachhaltigkeit fordert auch die Digitalisierung den Tourismus zu einem fortwährenden agilen und innovativen Handeln auf. Perspektivisch stellt der Relaunch von www.nordeifel-tourismus.de dabei einen wichtigen Schritt dar. Daneben bieten sich in verschiedenen Bereichen wie im internen Geschäftsbetrieb und dem Einsatz von KI, im Datenmanagement, bei social media, Inszenierungen (augmented oder virtual reality) etc. eine Vielzahl von Möglichkeiten.

In der Produktleitlinie Kulturzeit haben sich die Veranstaltungsformate „Zu Gast in der eigenen Heimat“, „Nordeifel Mordeifel“, „Mir kalle Platt“ und die Archäologietour Nordeifel fest etabliert. Mit diesen Angeboten, die sich auch an die Bürger:innen richten, wird ein großer Beitrag geleistet, um Ursprüngliches und Traditionen lebendig zu erhalten.

Zur Intensivierung des Binnenmarketings und zum Austausch der touristischen Leistungsträger untereinander ist das touristische Netzwerk-Treffen „NeTWorking Nordeifel“ eine gute Plattform, das zukünftig jährlich in einem kompakten Format stattfinden soll.

Einen deutlichen Mehrwert in der Zusammenarbeit erhofft sich die Geschäftsführung nach der Fusion der Rureifel und des Monschauer Landes zur Rureifel Tourismus GmbH im Rahmen der Zusammenarbeit als Erlebnisregion Nationalpark Eifel. Die mehr als gute Zusammenarbeit mit dem Nationalpark Eifel sowie den Naturparks Nordeifel und Rheinland ist ein großer Pluspunkt, der in anderen touristischen Regionen in Deutschland nicht besteht. Auch die Fortschreibung der Tourismusstrategie für die Eifel, bei der die Nordeifel Tourismus GmbH eingebunden ist, soll mit Mehrwerten für die Geschäftsstelle und den Gesellschafterraum verbunden sein.

V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Darüber hinaus erfolgt die Finanzierung durch Gesellschafterzuschüsse.

Forderungsausfälle sind die absolute Ausnahme.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Kall, den 30.06.2025

Iris Poth Patrick Schmidder
Geschäftsführerin Geschäftsführer

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Markus Ramers, Landrat	Ingo Hessenius, GBL III
2. Bernd Müller, CDU (Stimmführer)	Manfred Manheller, CDU
3. Wolfgang Heller, SPD (stv. Stimmführer)	Michael Höllmann, SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen folgende Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden:

<i>Ordentliche Mitglieder</i>	<i>Stellvertretende Mitglieder</i>
<i>1. Markus Ramers, Landrat</i>	<i>Ingo Hessenius, GBL III</i>
<i>2. Bernd Müller, CDU (Stimmführer)</i>	<i>Partick Rothkopf, CDU</i>
<i>3. Daniel Lüdke, SPD (stv. Stimmführer)</i>	<i>Jan Leyendecker, SPD</i>

Geschäftsführung:

Frau Iris Poth
Herr Patrick Schmidder

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung beliefen sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 81.666,85 €. Hiervon entfiel auf die Geschäftsführerin Frau Poth ein Betrag von 8.524,80 € und auf den Geschäftsführer Herr Schmidder ein Betrag von 73.142,05 €.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Die Frauenquote in der Gesellschafterversammlung beträgt 38,24%.

Durch die Selbstverpflichtung zur Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes NRW in § 17 des Gesellschaftsvertrages haben die Gesellschafter anerkannt, dass bei der Besetzung von wesentlichen Gremien künftig Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein müssen.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 5 LGG Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz - LGG) sind nur Betriebseinheiten ab 20 Personen zur Aufstellung eines Gleichstellungsplans verpflichtet.

Die NeT GmbH beschäftigt aktuell 9 Mitarbeitende. Die Frauenquote der NeT GmbH beträgt 92,31 %. Ein Gleichstellungsplan ist derzeit nicht vorhanden und nicht erforderlich.

3.4.1.12 Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH (ZRR GmbH)

Basisdaten

Anschrift: Am Brainergy Park 6
52428 Jülich
Internet: <http://www.rheinisches-revier.de>
Gründungsjahr: 7. März 2014

Am 5. September 2024 erfolgte im Handelsregister die seitens der Stadt Jülich angeordnete Änderung der Hausnummer auf „Am Brainergy Park 6“ (bislang 21).

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und die Beförderung eines konkreten und unmittelbar handlungsrelevanten Umsetzungskonzepts für den regionalen Transformationsprozess im rheinischen Braunkohlerevier.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Wirtschaftsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung der ZRR GmbH am 11. April 2025 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 02. Juli 2025 (V 691/2025) wurde der Gesellschaftsvertrag der ZRR GmbH an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG angepasst. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 108 Abs. 5 b) GO NRW erfolgte am 10. Juli 2025.

Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft hat 18 Gesellschafter. Der Kreis Euskirchen hält 8 Anteile von insgesamt 100 Anteilen. Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreis Euskirchen	2.000,00	8,00
Rhein-Erft-Kreis	2.500,00	10,00
Rhein-Kreis Neuss	2.500,00	10,00
Kreis Heinsberg	2.000,00	8,00
Kreis Düren	2.000,00	8,00
StädteRegion Aachen	2.000,00	8,00
Stadt Mönchengladbach	2.500,00	10,00
Zweckverband Region Aachen	2.000,00	8,00
IHK Aachen	1.500,00	6,00
IHK Köln	1.500,00	6,00
IHK Mittlerer Niederrhein	1.250,00	5,00
HWK Aachen	750,00	3,00
HWK Köln	500,00	2,00
HWK Düsseldorf	750,00	3,00
Vermögensverwaltungs- und Treuhand-Gesellschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes mbH	250,00	1,00
Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft der Industrie- gewerkschaft Bergbau und Energie mbH	500,00	2,00
Region Köln/Bonn e.V.	250,00	1,00
Standort Niederrhein GmbH	250,00	1,00
Summe	25.000,00	100,0

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Die Finanzierung der Gesellschaft ergibt sich aus § 21 des Gesellschaftsvertrages. Die Gesellschaft teilt ihre Tätigkeit in die Geschäftsbereiche „Allgemeine Steuerungsaufgaben des Strukturwandels im Rheinischen Revier“, „Durchführung einzelner Projekte im Bereich der Strukturentwicklung“ und „Wahrnehmung von Aufgaben als Regionalpartner des Bundes bei der Strukturentwicklung im Rheinischen Revier“ auf.

Die Gesellschafter leisten für den Geschäftsbereich „Allgemeine Steuerungsaufgaben des Strukturwandels im Rheinischen Revier“ einen jährlichen Zuschuss, der durch die Gesellschafterversammlung im jeweiligen Wirtschaftsplan beschlossen wird. Diese Mittel können als Eigenanteil der Gesellschaft eingebracht werden, um auch Beiträge des Landes Nordrhein-Westfalen zur Förderung dieser Aufgabenwahrnehmung durch die Gesellschafter einzuwerben. Die Gesellschafter haften ohne einen expliziten Beschluss im Wirtschaftsplan insgesamt nur bis zu einer Grenze von 500.000 € für außerplanmäßige und nicht-förderfähige Ausgaben der GmbH. Der Verteilungsschlüssel richtet sich nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile. Weitere Zuschusspflichten bestehen nicht.

Der Eigenanteil für die „Durchführung einzelner Projekte im Bereich der Strukturentwicklung“, einschließlich des entstehenden projektbezogenen zusätzlichen Aufwands für die GmbH, wird ausschließlich von den Gesellschaftern aufgebracht, die in der Gesellschafterversammlung für die Durchführung gestimmt haben. Der Eigenanteil jedes Gesellschafters wird im Teilbudget festgelegt. Über den festgelegten Betrag hinaus bestehen keine Zuschusspflichten. Der Eigenanteil kann bei entsprechendem Beschluss der Gesellschafterversammlung durch Personalgestellung, entsprechend dem im Teilbudget festgelegten Personalaufwand, erfolgen.

Sollte die Finanzierung der „Wahrnehmung von Aufgaben als Regionalpartner des Bundes bei der Strukturentwicklung im Rheinischen Revier“ nicht durch eine 100% Finanzierung des Bundes abgesichert sein, ist diese durch die Gesellschafterversammlung im jeweiligen Wirtschaftsplan zu beschließen.

Finanzbeziehung zu	Produkt/ Kostenträger	2024	2023	2022
<u>Kreis</u>				
Gesellschafterzuschuss	1 50 571 404 15	20.000 €	20.000 €	20.000 €
<u>Zweckverband Region Aachen</u>				
Gesellschafterzuschuss		20.000 €	20.000 €	20.000 €

Entwicklung der Bilanzen

ZRR - Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	821	2.592	10.441	-1.771
	821	2.592	10.441	-1.771
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	28.691	31.899	192.261	-3.208
Liquide Mittel	1.234.844	1.398.687	922.230	-163.843
	1.263.535	1.430.586	1.114.491	-167.051
C Rechnungsabgrenzungsposten	684	578	12.036	106
Summe Aktiva	1.265.040	1.433.756	1.136.968	-168.716
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	53.430	43.551	37.581	9.879
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-9.708	9.879	5.971	-19.587
	68.722	78.430	68.551	-9.708
B Rückstellungen	426.269	559.312	932.257	-133.043
C Verbindlichkeiten	770.049	796.014	106.160	-25.964
D Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	30.000	0
Summe Passiva	1.265.040	1.433.756	1.136.968	-168.716

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

ZRR - Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	37.258	68.163	120.000	-30.904
2	Sonstige betriebliche Erträge	5.384.608	4.889.059	5.386.695	495.549
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	0	662.979	1.404.750	-662.979
	Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	662.979	1.404.750	-662.979
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	3.400.750	3.209.699	2.752.362	191.051
	a) Löhne und Gehälter	2.743.519	2.620.521	1.911.943	122.998
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	657.231	589.179	840.419	68.053
5	Abschreibungen	4.959	66.712	288.082	-61.753
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.030.987	1.004.597	1.047.355	1.026.389
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6.728	676	0	6.052
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.596	1.291	5.281	305
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	2.730	2.895	-2.730
10	Ergebnis nach Steuern	-9.698	9.889	5.971	-19.587
11	Sonstige Steuern	10	10	0	0
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-9.708	9.879	5.971	-19.587

Die Posten „Materialaufwendungen“ und „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ sind nicht mit dem Vorjahr vergleichbar. Die unter den Posten „Materialaufwendungen“ erfassten Fremdleistungen werden ab dem Jahr 2024 unter dem Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen.

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	5,43	5,47	-0,04
Eigenkapitalrentabilität	-14,13	12,60	-26,72
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	./.	./.	./.
Umsatzrentabilität	-26,06	14,49	-40,55

Personalbestand

Geschäftsjahr	2024	2023	2022	Erläuterungen
Insgesamt	51	50	47	

Geschäftsentwicklung

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

1. Grundlagen des Unternehmens

Das Unternehmen hat seinen Geschäftsbetrieb am 1.4.2014 als „IRR Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH“ aufgenommen und seitdem stetig fortentwickelt. Am 21.12.2020 wurde die erste Änderung des Gesellschaftsvertrags unterzeichnet, welche u.a. die Umfirmierung als „Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH“ (im Handelsregister eingetragen seit Juni 2021) sowie die Erweiterung der Gesellschafter sowie Gremienmitglieder umgesetzt hat. Am 5.10.2021 wurde die zweite Änderung des Gesellschaftsvertrags unterzeichnet (im Handelsregister eingetragen seit Februar 2022), welche die Erweiterung der Gremiumsmitglieder und die Konkretisierung der Haftungskonditionen umfasste. Die Verlegung des Unternehmenssitzes vom Technologiezentrum Jülich an den Standort Brainergy Park Jülich erfolgte im März 2022. Am 5.9.2024 erfolgte im Handelsregister die seitens der Stadt Jülich angeordnete Änderung der Hausnummer auf „Am Brainergy Park 6“ (bislang 21).

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und Beförderung eines konkreten und unmittelbar handlungsrelevanten Umsetzungskonzepts für den regionalen Transformationsprozess im rheinischen Braunkohlerevier. Dieser Unternehmensgegenstand wird insbesondere verwirklicht durch die Bündelung aller für den Strukturwandel relevanten Akteure und Initiativen im gesamten Rheinischen Revier im Sinne eines einheitlichen Ansprechpartners, die Übernahme der Funktion als Schnittstelle zum Land und den Bezirksregierungen sowie durch die Initiierung von Strategie- und Leitbildprozessen zur Entwicklung und Qualifizierung strukturwirksamer Projekte. Es betreibt die Akquise der hierzu erforderlichen Finanzmittel. Die Gesellschafter haben ihre Stammeinlage in voller Höhe eingezahlt. Das Stammkapital beträgt zum 31.12.2024 25.000,00 €.

Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die Aufgabenerfüllung der Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH wird im Wege öffentlich getragener Förderprojekte und Aufträge finanziert. Mit dem im Jahr 2020 beschlossenen Strukturstärkungsgesetz Kohlerevieren haben Bund und Land u.a. mit der Erstellung und Umsetzung eines Wirtschafts- und Strukturprogramms (WSP) zudem langfristige Aufgaben bei der Zukunftsagentur verankert.

Im April 2021 wurde das Wirtschafts- und Strukturprogramm in der Fassung 1.1 von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung beschlossen und im Juni von der Landesregierung als inhaltliche Handlungsgrundlage für die Arbeit der Gesellschaft sowie die Ausrichtung der Förderstruktur genehmigt. Zur gleichen Zeit schlossen das Land NRW und die Zukunftsagentur als Vertreterin der Region im Strukturwandel den Reviervertrag, der die gemeinsame Zielsetzung des Strukturwandelprozesses festlegte. Dieser Vertrag wurde im Jahr 2023 infolge der Entscheidung für einen früheren Kohleausstieg im Jahr 2030 erneuert.

Die institutionelle Förderung des Landes Nordrhein-Westfalen wurde erstmals im Jahr 2020 bewilligt und wird seitdem jährlich fortgeschrieben. Neben weiteren Förderungen und Verträgen handelt es sich um die mit Abstand bedeutendste Finanzierungsquelle.

Darüber hinaus erfüllt die Zukunftsagentur nach wie vor weitere Aufgaben:

- Bereits seit Mitte 2018 besteht ein Kooperationsvertrag mit der Bezirksregierung Köln zur Übernahme der Aufgaben des „Regionalpartners des Bundes“ im Modellvorhaben „Unternehmen Revier“, der im Jahr 2021 erneuert wurde.
- Die Zukunftsagentur unterstützte einen europaweiten Forschungsverbund als Praxispartner über ein „Consortium Agreement“ im EU- Horizon 2020-Verbundvorhaben „Carbon Intensive Regions in Transition – Unravelling the Challenges of Structural Change“ (CINTRAN) vom 3. Februar 2020. Das Projekt wurde im Jahr 2024 planmäßig abgeschlossen.
- Die Zukunftsagentur bringt sich in dem Forschungstransfer-Verbundvorhaben „Dazwischen“ seit 2020 als assoziierter Partner ohne Förderung aktiv mit ein. Verbundpartner sind die TU Dortmund, die RWTH Aachen, infas GmbH, Kreis Euskirchen und die Stadt Düren. Ziel ist die Etablierung eines Online-Rauminformationssystems (RIS) im Rheinischen Revier.
- Mit dem Zuwendungsbescheid des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle vom 16.12.2024 betreibt die Zukunftsagentur in Verbund mit der Landesgesellschaft Energy4Climate eine kommunale Kompetenz- und Beratungsstelle für Erneuerbare Energien. Diese soll Kommunen dabei unterstützen, Projekte wie Windparks, Photovoltaikanlagen oder Energiespeicher erfolgreich zu planen und umzusetzen.

Dem Gesellschaftsvertrag entsprechend werden die Projekte und Verträge in der internen Rechnungslegung, innerhalb der Wirtschaftspläne und im Jahresabschluss jeweils getrennt bzw. in getrennt ausgewiesenen Teilbudgets dargestellt.

Jährlich leisten die Gesellschafter für allgemeine Steuerungsaufgaben des Strukturwandels im Rheinischen Revier, insbesondere im Rahmen der institutionellen Förderung, einen Zuschuss, der durch die Gesellschafterversammlung im jeweiligen Wirtschaftsplan beschlossen wird. Für die Durchführung einzelner Verträge und Projekte im Bereich der Strukturentwicklung können einzelne Gesellschafter selektiv Zuschüsse bereitstellen. Im Jahr 2024 war dies nicht notwendig.

Für die nicht-förderfähigen oder nicht-erstattungsfähigen Kosten gilt eine Regelung im Gesellschaftsvertrag, wonach die Gesellschafter ohne einen expliziten Beschluss im Wirtschaftsplan insgesamt bis zu einer Grenze von 500.000 € für außerplanmäßige und nicht-förderfähige Ausgaben der GmbH haften. Alle Einnahmen, also neben den Gesellschafterbeiträgen seit dem Jahr 2023 auch etwaige Spenden müssen nach Maßgabe der Fördergeberin als Eigenanteil auf die Förderung angerechnet werden. Sie können nicht mehr, wie bis zum Jahr 2022 mit dem Beitrag der Firma RWE, zweckgebunden für die Deckung nicht förderfähiger Ausgaben verwendet werden.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftliche Lage spielt infolge der Finanzierung aus öffentlichen Mitteln eine mittelbare Rolle für das Unternehmen. In dem Rahmen bestehen grundsätzlich Unsicherheiten bezüglich der Kontinuität der staatlichen Fiskalpolitik. Seltene Verwerfungen wie Wirtschaftskrisen, militärische Bündnisfälle, Pandemien, Handelskonflikte, etc. können mittel- bis langfristig immense

Auswirkungen auf die politische Fähigkeit oder Bereitschaft zur Umsetzung des mit dem Strukturstärkungsgesetz vorgesehenen präventiven Transformationsprozesses haben.

Infolge der bestehenden wirtschaftlichen Stagnation ist in den nächsten Jahren nicht mit öffentlichen Mehreinnahmen oberhalb der Inflationsrate zu rechnen. Eine weitere Ausweitung der über die institutionelle Förderung finanzierten Aufgaben erscheint daher unwahrscheinlich.

Im weiteren Verlauf könnte die Gesamtwirtschaft von der Stagnation in eine Rezession übergehen. Höhere Staatsausgaben z.B. in den Bereichen der Sozialleistungen und Verteidigung könnten in Kombination mit der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse den haushälterischen Spielraum einschränken, die tarif- und inflationsbedingten Ausgabensteigerungen öffentlicher Haushalte und damit auch der Zukunftsagentur in vollem Umfang zu tragen.

Mit dem Wechsel der Bundesregierung im Jahr 2025 ist vorläufig mit einer schuldenorientierten Fiskalpolitik zu rechnen, so dass die Folgen von Stagnation oder Rezession mittelfristig zumindest teilweise abgedeckt werden können.

2.2. Geschäftsverlauf und Lage

2.2.1. Ertragslage

Die 2024 erfolgswirksam verbuchten Bundes-, Landes- und Gesellschafterzuwendungen belaufen sich auf 5,4 Mio. € (4,9 Mio. € im Jahr 2023). Der Anstieg ist auf die Landeszuschüsse zurückzuführen, während die Gesellschafterbeiträge konstant geblieben sind.

Hauptaufwandsposition sind der Personalaufwand in Höhe von 3,4 Mio. € und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (Veranstaltungen, Repräsentationskosten, Fremdleistungen und Fremdarbeiten) in Höhe von rd. 2 Mio. €.

Insgesamt ergab sich für das Jahr 2024 ein geringer Fehlbetrag in Höhe von 9.707,99 €, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll.

2.2.2. Finanzlage

In Ermangelung von weiteren erzielbaren externen Gewinnen bleibt die Kapitaldecke für den Fall von eventuell auftretenden strukturellen Schwierigkeiten, überraschenden Aufwendungen etc. dünn. Gleichwohl war eine ausreichende Liquidität der Gesellschaft im Berichtsjahr gegeben. Dies wird auch weiterhin erwartet.

2.2.3. Vermögenslage

Die Bilanzstruktur hat sich im Geschäftsjahr 2024 wie folgt verändert: Das Gesamtvermögen und -kapital ist per Saldo gegenüber dem Vorjahr von 1,43 Mio. € auf 1,26 Mio. € gesunken. Innerhalb des Gesamtvermögens ist eine Verminderung des Umlaufvermögens, insbesondere bedingt durch gesunkene liquide Mittel, um rd. 200 TEUR zu verzeichnen. Auf der Passivseite musste eine Schwächung aufgrund des Jahresfehlbetrages hingenommen werden, so dass zum Bilanzstichtag ein bilanzielles Eigenkapital von 68.722,03 € (2023: 78.430,02 €) ausgewiesen wird. Bankverbindlichkeiten sind nicht vorhanden.

Wesentliche Bilanzpositionen	2024	2023	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	0,82	2,59	-1,7
Umlaufvermögen	1.263,53	1.430,59	-167,05
Aktiva	1.265,04	1.433,76	-168,72
Eigenkapital	68,72	78,43	-9,71
Rückstellungen	426,27	559,31	-133,04
Verbindlichkeiten	770,05	796,01	-25,96
Passiva	1.265,04	1.433,76	-168,72

2.3. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Bei den finanziellen Leistungsindikatoren liegt der Fokus der Gesellschaft auf:

- Höhe der eingeworbenen Drittmittel: 5,1 Mio. €
- Höhe der Umsatzerlöse: 37.258,40 €

Für die interne Unternehmenssteuerung werden u.a. folgende Kennzahlen herangezogen:

- Die Anzahl der über Zuwendungsbescheide und Verträge mittelfristig abgesicherten Personalstellen als Indiz für die Deckung von Bedarfen bei Region, Bund und Land: 64 Stellen
- Die Anzahl der Beschaffungsvorgänge als Indiz für die Bereitstellung von Angeboten für die Zielgruppen des Strukturwandels: 254 Direktaufträge und Vergaben

Darüber hinaus ist Kommunikation ein wesentlicher Erfolgsfaktor, welcher sich nur bedingt über Indikatoren bzw. Kennzahlen erfassen lässt. Derzeit ist die Absicht, im Durchschnitt täglich eine Meldung einzeln oder parallel über alle unsere Kanäle (u.a. Social Media, Website, Newsletter, Print) auszuspielen.

2.4. Gesamtaussage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird als solide eingeschätzt. Die Zuschussentwicklung ist robust, die Ergebnisentwicklung ist konstant. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch liquide Mittel gedeckt.

3. Prognosebericht

Der Firmensitz wurde im Jahr 2022 in den Brainergy Park als einem der ersten sichtbaren Transformationsstandorte verlegt. Die im Jahr 2023 abgeschlossene Erweiterung der Aufbauorganisation um eine neue mittlere Führungsebene hat eine Abteilungsstruktur etabliert, die insbesondere den konzeptionellen Anforderungen sowie der Projektinitiierung und -begleitung gerecht wird und den wachsenden Bedarfen im Bereich Bürgerbeteiligung, Öffentlichkeitsarbeit und zentral vorzuhaltenden Dienstleistungen Rechnung trägt.

Neue Anforderungen ergeben sich aus einer durch das Wirtschaftsministerium bekannt gegebenen Deckelung der institutionellen Förderung ab dem Jahr 2024. Zwar konnte diese im Jahr 2024 auskömmlich durch die Bereitstellung von Selbstbewirtschaftungsmitteln aus dem MWIKE-Budget erhöht werden, diese stehen jedoch nicht in jedem Jahr gesichert zur Verfügung. Daher müssen Fixkosten auf das Niveau reduziert werden, mit dem ein Basis-Aufgabenportfolio auch ohne Selbstbewirtschaftungsmittel geleistet werden könnte. Die Reduktion der Fixkosten betrifft insbesondere den über die institutionelle Förderung dauerhaft vorgesehenen Personalstamm, der nicht auf den angedachten Umfang anwachsen kann. Infolgedessen wurde eine Konsolidierung und Fokussierung des Aufgabenspektrums vorgenommen und im Jahr 2024 weitgehend umgesetzt. Das Aufgabenportfolio im Rahmen der institutionellen Kernfinanzierung ist damit weitgehend fixiert, so dass eine Ausweitung im Wesentlichen von weiteren Förderungen und Verträgen abhängt.

Neben den dauerhaft angelegten Kernaufgaben sollen Aufbauteams neue Aktivitäten des regionalen Strukturwandels initiieren. Im Erfolgsfall können die Aufgaben im weiteren Verlauf durch eigens gegründete Gesellschaften oder durch Dritte fortgeführt werden. Dazu gehört aktuell die Weiterentwicklung der Initiative eines „Gigawattpakts“ für das Rheinische Revier im Rahmen der Kommunalen Kompetenz- und Beratungsstelle im Rheinischen Revier (KoKoBe GWP).

4. Chancen- und Risikobericht

Chancen der Gesellschaft bestehen in der Übernahme weiterer Aufgaben infolge der sich abzeichnenden Komplexität der mit dem Strukturwandel verbundenen Prozesse. Der Bedarf der

Koordination der Aktivitäten unterschiedlicher Akteure und Maßnahmenträger wächst mit dem nahenden Ende der Braunkohleverstromung weiter an. Dies kann zu weiteren Verbundvorhaben wie der kommunalen Kompetenz- und Beratungsstelle führen als auch zu weiteren zielgruppenspezifischen Angeboten wie die Revierakademie für Strukturwandelmanagende oder die Bürgerbeteiligung im Vorfeld und zur Begleitung kommunaler Strukturwandel-Konzeptionen.

Branchenspezifische Risiken

Aufgrund des besonderen Geschäftsfeldes der Gesellschaft bestehen derzeit keine Anhaltspunkte für eine Gefährdung der Gesellschaft aus Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken. Zur Vermeidung von Risiken aus Zahlungsstromschwankungen besteht die Zukunftsagentur im regelmäßigen Austausch mit den zuwendungsgebenden Stellen, insbesondere der Bezirksregierung Köln zur institutionellen Förderung.

Im Bereich der finanzwirtschaftlichen Risiken lässt sich festhalten, dass die Liquiditätsslage zum Bilanzstichtag zufriedenstellend ist; dank der Kernfinanzierung über die langfristig angelegte institutionelle Förderung sind keine dauerhaften Engpässe zu erwarten.

Ertragsorientierte Risiken

Die Ergebniserwartung für die Folgejahre steht in Abhängigkeit von den Zielsetzungen und von den Vorgaben des Gesellschaftszweckes.

Das größte Risiko für den Fortbestand der Gesellschaft besteht darin, dass die Förderung nicht, nicht rechtzeitig oder nicht für alle Ausgaben durch die Zuwendungsgeberin gewährt wird. Dies betrifft insbesondere die vom Finanzvolumen dominierende institutionelle Förderung, die im Sinne einer aktualisierten Fortschreibung jährlich neu zu beantragen ist. Die institutionelle Förderung ist als Fehlbedarfsförderung konzipiert. Zunächst müssen alle gesicherten Einnahmen verwendet werden, sofern sie nicht für andere Zwecke (z.B. Projektförderungen) benötigt werden. Nicht alle Ausgaben sind förderfähig. Geht die Summe der nicht anerkannten Ausgaben und der Rückforderungen aus bereits erfolgten Förderungen über die Summe der nicht anzurechnenden Einnahmen hinaus, werden weitere Gesellschafterzuschüsse notwendig.

Risiken der künftigen Entwicklung ergeben sich aus den aus Fördermitteln realisierten Einnahmen. Da das in den letzten Jahren zurückgelegte Wachstum der Zukunftsagentur nicht mit einer Erhöhung der Gesellschafterbeiträge und Spenden einher ging, steigt das Risiko für Rückforderungen von Förderung sowie der Umfang nicht-förderfähiger Ausgaben. Dementsprechend steigt die Bedeutung der Einhaltung aller mit Fördergeldern verbundenen Abläufe und Regelungen des Zuwendungs- und Vergaberechts. Die Rückstellungen für Zuschussrisiken bilden dies ab.

Das Risikomanagement zielt zunächst auf die Verringerung der Förderschädlichkeit größerer Summen. Das beinhaltet einen starken Detailgrad bei der Offenlegung aller erwartbaren Ausgaben und Einnahmen gegenüber den zuwendungsgebenden Stellen im Rahmen der Antragstellung ex ante. Zudem werden größere Ausgabenveränderungen während des Durchführungszeitraums vorab abgestimmt. Risiken durch förderschädliche Abläufe u.a. im Rahmen größerer europaweiter Auftragsvergaben werden durch die Einbindung einer auf Verwaltungs- und Vergaberecht spezialisierten Kanzlei reduziert. Hinsichtlich einer förderrechtlich zulässigen Lösung zur Einhaltung handelsrechtlicher Vorschriften (z.B. die Bildung von Rückstellungen für Urlaubs- und Überstundenansprüche) konnte bis zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Lageberichts mit der Fördergeberin noch keine Lösung gefunden werden.

Der Personalumfang im Bereich Verwaltung wurde seit dem Jahr 2021 verstärkt ausgebaut, um der gewachsenen Arbeitsquantität infolge des starken Wachstums in allen weiteren Bereichen der Zukunftsagentur gerecht zu werden. Damit einher geht eine Professionalisierung der Ablauforganisation. Mit der Einführung der eigenständigen Abteilung Organisation wurden und werden arbeitsteilige Aufgabengebiete geschaffen, in denen Mitarbeitende eine Expertise z.B. in den Bereichen Controlling, Finanzbuchhaltung, Fördermanagement, Vergabe- und Vertragsmanagement, Personalwesen sowie (IT-)Infrastruktur aufbauen und ausfüllen. Dazu wird auch das Instrumentarium auf den aktuellen Stand gebracht.

Anlässlich der Beauftragung eines neuen Steuerberaters im Jahr 2022 läuft seit dem Jahr 2023 eine Digitalisierungsoffensive, die neben der Automatisierung z.B. in der Zeitwirtschaft und Lohnbuchhaltung mehr Monitoring- und Steuerungsoptionen insbesondere mit der eigenständigen Übernahme der Buchführung im Jahr 2023 bereithält. Im Jahr 2024 gelang die Einführung einer digitalen Zeitwirtschaft, die Übernahme der Lohnbuchhaltung vom Steuerberater sowie die Zusammenarbeit mit einem IT-Systemhaus.

Im Jahr 2025 folgend ist eine grundsätzliche Neuaufstellung der gewachsenen IT-Strukturen beabsichtigt, die neben Einsparungen über automatisierte Installations- und Wartungsabläufe auch Steigerungen auf zeitgemäßere Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen erzielen soll.

Insgesamt und aus Vorsichtsgründen wird für das Geschäftsjahr 2025 mit einer konstanten Ergebnisentwicklung gerechnet.

Jülich, den 11.04.2025

gez. Bodo Middeldorf
Geschäftsführer

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Markus Ramers, Landrat	Achim Blindert, AV
2. Bernd Kolvenbach (Stimmführer), CDU	Jochen Kupp, CDU
3. Hans-Werner Ignatowitz (stv. Stimmführer), B 90/ Grüne	Wilfried Gierden, B90/ Grüne

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen folgende Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Markus Ramers, Landrat	Achim Blindert, AV
2. Jochen Kupp (Stimmführer), CDU	Dr. Hans-Peter Schick (stv. Stimmführer), CDU
3. Gianna Voißel, SPD	Jan Leyendecker, SPD

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat der ZRR GmbH besteht aus 31 Mitglieder. Der Kreis Euskirchen wurde im Jahr 2024 durch Herrn Jochen Kupp (CDU) vertreten.

Angaben zur Vergütung sind dem Jahresabschluss nicht zu entnehmen.

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen Herrn Landrat Markus Ramers als Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden.

Geschäftsführung:

Bodo Middeldorf, Bruttogehalt: 174.366,40 €

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Durch die Selbstverpflichtung zur Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes NRW in § 25 des Gesellschaftsvertrages haben die Gesellschafter anerkannt, dass bei der Besetzung von wesentlichen Gremien künftig Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein müssen.

Dem Aufsichtsrat in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 31 Mitgliedern 6 Frauen an (Frauenanteil: 19,35%).

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Dem Kreis Euskirchen liegt keine Information über das Bestehen eines Gleichstellungsplanes nach § 5 LGG vor.

3.4.1.13 PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH (PD GmbH)

Basisdaten

Anschrift: Friedrichstraße 149
10117 Berlin
Internet: www.pd-g.de
Gründungsjahr: 11. November 2008

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Beratung der öffentlichen Hand in Deutschland, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen zu Investitions- und Modernisierungsvorhaben, die die Voraussetzungen eines öffentlichen Auftraggebers im Sinne des § 99 Nr. 1 bis 3 GWB erfüllen. Die Gesellschaft ist Kompetenzzentrum für langfristige Kooperationsmodelle sowohl der öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen als auch zwischen öffentlichen Verwaltungen. Die PD GmbH ist beratend tätig für den Bund, Bundesländer, Kommunen und sonstige öffentliche Auftraggeber einschließlich der Republik Zypern als derzeit einzige ausländische Gesellschafterin in den beiden Bereichen Strategische Verwaltungsmodernisierung sowie Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung. Sie unterstützt ihre ausschließlich öffentlichen Kunden dabei in der Strategie- und Organisationsberatung, im Großprojektmanagement, sie steuert Vergabeverfahren und Projekte im gesamten Themenspektrum der PD GmbH und leistet Investitionsberatung zur Wirtschaftlichkeit von Infrastruktur- und Immobilienvorhaben. Darüber hinaus ist es Aufgabe der PD GmbH, den Wissenstransfer zu fördern, das heißt Beratungserfahrungen und Erkenntnisse ihren öffentlichen Gesellschaftern zugänglich zu machen.

Ziele der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen. Ziel der Beteiligung ist es, Beratungsleistungen der Gesellschaft in Anspruch nehmen zu können. Eine gewinnerzielende Beteiligung liegt für den Kreis Euskirchen nicht vor, da die Art der Beteiligung keine Gewinnpartizipation enthält. Die Voraussetzungen nach § 108 GO NRW liegen vor.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreis Euskirchen	3.000	0,1497
Bundesrepublik Deutschland	598.400	29,8603
Weitere kommunale Gesellschafter	894.600	44,6407
Eigene Anteile	508.000	25,3493
Summe	2.004.000	100,00

Seit Dezember 2016 liegt die Gesellschaft zu 100 % in den Händen öffentlicher Auftraggeber im Sinne des § 99 GWB. Gesellschafter der PD GmbH sind ausschließlich Körperschaften der öffentlichen Hand oder deren Einrichtungen.

In der Sitzung am 14. Dezember 2022 hat der Kreistag beschlossen, dass der Kreis Euskirchen 15 Anteile an der PD GmbH zum Preis von insgesamt 3.000 € zuzüglich Nebenkosten erwerben soll (V 341/2022).

Nach positiv abgeschlossenem Anzeigeverfahren der Bezirksregierung Köln (Schreiben von 10. Januar 2023) wurde der Anteilskaufvertrag am 14. Februar 2023 vom Kreis Euskirchen unterzeichnet. Die notarielle Beurkundung des Anteilskaufvertrages und der Gesellschaftervereinbarung erfolgte am 31. März 2023.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Wegen der geringen Bedeutung der PD GmbH für den Kreis Euskirchen wird auf die Darstellung der Finanz- und Leistungsbeziehungen verzichtet.

Der Kreis Euskirchen hat an der PD GmbH 15 Anteile zu einem reduzierten Nominalwert von 200,00 € pro Anteil erworben. Der Kreis Euskirchen partizipiert weder am Gewinn noch am Verlust der Gesellschaft. Alle vermögensrechtlichen Ansprüche bleiben beim Verkäufer der Anteile. Für die Anteile gibt es eine Rückerwerbszusage des Verkäufers.

Entwicklung der Bilanzen

PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	€	€	€	€
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	214.930	442.691	679.328	-227.761
Sachanlagen	3.417.506	3.511.570	3.388.552	-94.064
	3.632.436	3.954.261	4.067.880	-321.825
B Umlaufvermögen				
Vorräte	6.147.953	9.421.960	7.257.182	-3.274.008
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	19.732.271	15.155.198	15.513.910	4.577.073
Liquide Mittel	55.578.356	43.646.388	29.654.774	11.931.968
	81.458.580	68.223.547	52.425.866	13.235.034
C Rechnungsabgrenzungsposten	1.452.554	1.377.827	521.736	74.727
Summe Aktiva	86.543.571	73.555.635	57.015.482	12.987.936
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Ausgegebenes Kapital	1.496.000	1.301.400	1.041.400	194.600
Kapitalrücklage	3.608.073	3.608.073	3.608.073	0
Gewinnrücklagen	27.292.967	21.075.877	14.623.122	6.217.090
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	8.703.507	8.703.507	8.703.507	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	14.445.931	10.659.610	9.353.382	3.786.321
	55.546.478	45.348.466	37.329.484	10.198.011
B Rückstellungen	20.752.789	18.511.246	11.954.610	2.241.544
C Verbindlichkeiten	10.231.541	9.680.453	7.731.389	551.088
D Rechnungsabgrenzungsposten	12.763	15.470	0	-2.707
Summe Passiva	86.543.571	73.555.635	57.015.482	12.987.936

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	161.178.578	137.077.467	115.563.301	24.101.111
2	Sonstige betriebliche Erträge	842.507	689.238	137.747	153.269
3	Materialaufwand, davon:	22.598.719	24.217.548	23.361.975	-1.618.829
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	3.339.072	2.089.369	1.071.355	1.249.702
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	19.259.648	22.128.179	22.290.620	-2.868.532
4	Personalaufwand, davon:	95.385.571	81.708.408	59.079.879	13.677.162
	a) Löhne und Gehälter	81.928.769	70.611.859	50.945.213	11.316.911
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	13.456.801	11.096.549	8.134.666	2.360.252
5	Abschreibungen	1.529.220	1.428.008	1.662.433	101.212
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	21.910.473	19.259.424	20.033.423	2.651.050
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	537.712	214.368	0	323.344
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.172	365	59.309	807
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.687.363	4.885.787	4.292.697	1.801.576
10	Ergebnis nach Steuern	14.446.279	10.660.272	9.354.042	3.786.007
11	Sonstige Steuern	348	662	660	-314
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	14.445.931	10.659.610	9.353.382	3.786.321

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	64,18	61,65	2,53
Eigenkapitalrentabilität	26,01	23,51	2,50
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	62,17	55,78	6,39
Umsatzrentabilität	8,96	7,78	1,19

Personalbestand

Geschäftsjahr	2024	2023	2022	Erläuterungen
Insgesamt	1.145	970	717	Ø Arbeitnehmer

Entwicklung Lage der Gesellschaft

Wegen der geringen Beteiligung des Kreises Euskirchen der PD GmbH wird auf die Beifügung des Lageberichts verzichtet.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschafterversammlung:

Eine Stimme je 1 € Geschäftsanteil.

In der Sitzung des Kreistages am 14. Juni 2023 (V 417/2023) wurde beschlossen, Herrn Landrat Ramers als ordentlichen Vertreter des Kreises Euskirchen in die Gesellschafterversammlung der PD GmbH zu entsenden.

Aufgrund des geringen Anteils des Kreises Euskirchen an der PD GmbH wurde mit Vollmachtsvereinbarung vom 09. November 2023 die Stimmübung an den Deutschen Landkreistag übertragen.

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen Herrn Landrat Markus Ramers als Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden.

Der Kreistag bevollmächtigt, bei Verhinderung des ordentlichen Mitglieds, den kommunalen Spitzenverband "Deutscher Landkreistag" den Kreis Euskirchen in der Gesellschafterversammlung zu vertreten.

Aufsichtsrat:

Dem Aufsichtsrat gehören insgesamt 16 Mitglieder an.

Der Kreis Euskirchen ist nicht im Aufsichtsrat der PD GmbH vertreten.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit insgesamt 52,8 T€.

Geschäftsführung

Mitglieder der Geschäftsführung	Bezüge 2024
Stéphane Beemelmans (bis 31. Oktober 2024)	274,7 T€
Claus Wechselmann	388,7 T€

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung nach Geschlecht

Dem Aufsichtsrat der PD GmbH gehören von den insgesamt 16 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 31,25 %).

Die Gesellschafterversammlung hat am 22. April 2022 für den Frauenanteil in der Geschäftsführung eine Zielgröße von 50 %, die bis zum 31. Dezember 2026 erreicht werden soll, festgelegt. Zudem besteht für den Frauenanteil im Aufsichtsrat eine Zielgröße von einem Drittel, die bis zum 31. Dezember 2024 erreicht werden sollte und erreicht wurde.

Eine hohe Anzahl an Gesellschaftern nimmt an den Gesellschafterversammlungen über Vollmachten und Stimmbotschafter teil. Die Benennung der Frauenquote ist daher nicht möglich.

Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Aufgrund der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland und 14 Bundesländern ist die PD GmbH an die Regelungen des Public Corporate Governance Kodex des Bundes gebunden. Dieser enthält Vorschriften für die Umsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Unternehmen.

3.4.2 Beteiligungen des Kreis Euskirchen an Anstalten des öffentlichen Rechts zum 31. Dezember 2024

3.4.2.1 d-NRW AÖR

Basisdaten

Anschrift: Freie-Vogel-Straße 387
44269 Dortmund
Internet: <https://www.d-nrw.de/>
Gründungsjahr: 01. Januar 2017

Zweck der Beteiligung

Die Anstalt unterstützt ihre Träger und, soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich, andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. D-NRW entwickelt und betreibt für die öffentlichen Gesellschafter verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen. Ziele sind die Förderung der kommunal-staatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Aufbau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten. Über dies unterstützt die Anstalt den IT- Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen. Die Anstalt erbringt ihre Leistungen gegenüber ihren Trägern und anderen öffentlichen Stellen auf Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages nach den §§ 54 bis 62 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen.

Mit der durch Artikel 5 des Gesetzes vom 1. Februar 2022 (GV.NRW S. 122) am 19. Februar 2022 in Kraft getretenen Änderung des Errichtungsgesetzes können der Anstalt gem. § 6 Abs. 2 (n.F.) nunmehr Digitalisierungsaufgaben der Landesverwaltung mit strategischer Bedeutung durch Rechtsverordnung zugewiesen und zugleich einer Betrauung Dritter mit diesen Aufgaben ausgeschlossen werden. Die zugehörige Rechtsverordnung zur Aufgabenübertragung auf die d-NRW AÖR (d-NRW VO) vom 28. März 2022, verkündet durch Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes NRW am 25. April 2022 (GV.NRW. 2022 S. 493), ist am 26. April 2022 in Kraft getreten.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gesetz über die Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts „d-NRW AÖR“ (Errichtungsgesetz d-NRW AÖR) vom 25. Oktober 2016.

Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital - €	Anteil -%
Kreis Euskirchen	1.000	0,07
Land Nordrhein-Westfalen	1.000.000	71,82
394 weitere Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände des Landes NRW	394.000	28,18
Gesamtsumme	1.394.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Die Träger unterstützen die Anstalt bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Maßgabe, dass ein Anspruch der Anstalt gegen die Träger oder eine sonstige Verpflichtung der Träger, der Anstalt Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht besteht. Die Anstalt erhebt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte.

Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Wegen der geringen Bedeutung der Anstalt für den Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

Personalbestand

Die d-NRW AÖR hat im Jahr 2024 im Durchschnitt 85 Mitarbeitende beschäftigt.

Organe und deren Zusammensetzung

Verwaltungsrat:

Der Kreis Euskirchen ist in diesem Gremium nicht vertreten.

Geschäftsführung:

Geschäftsführung:

Dr. Roger Lienenkamp

Die Höhe der Bezüge 2024 des Geschäftsführers liegen nicht vor.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Der Frauenanteil im Verwaltungsrat lag zum Stichtag 31.12.2024 bei 36%.

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien der d-NRW AÖR Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 2021 bis 2025 erstellt.

3.4.2.2 Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA Rheinland AÖR)

Basisdaten

Anschrift: Winterstraße 19
50354 Hürth
Internet: <http://www.cvua-rheinland.de/>
Gründungsjahr: 01. Januar 2011

Zweck der Beteiligung

Aufgabe des gemeinsamen Kommunalunternehmens ist die Durchführung der in § 4 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) aufgeführten Aufgaben. Hiernach führt die Untersuchungsanstalt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die in Satz 1 und 2 genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind. Die Untersuchungsanstalt übt diese Tätigkeiten als amtliches Laboratorium gemäß Artikel 12 Abs. 1 der Verordnung (EG) 882/2004 bzw. seit 14.12.2019 gemäß Artikel 37 Abs. 1 der Verordnung (EG) 625/2017 aus, soweit die Tätigkeiten vom Anwendungsbereich dieser Verordnung erfasst sind. Um der integrierten Untersuchungsanstalt im Regierungsbezirk Köln eine vollständige Aufgabenerfüllung zu ermöglichen, wird sie sich zur Durchführung des Chemischen- und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA RRW) bedienen. Ein öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Wahrnehmung hoheitlicher Untersuchungsaufgaben wurde abgeschlossen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW).

Nach § 2 IUAG NRW können in den Regierungsbezirken die staatlichen Veterinäruntersuchungsämter oder das Chemische Landes- und Staatliche Veterinäruntersuchungsamt und kommunale Untersuchungsämter sowie kommunale Untersuchungsämter miteinander als rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts zu integrierten Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Untersuchungsanstalten) zusammengeführt werden.

Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreis Euskirchen	17.500,00	5,83
Land NRW	90.000,00	30,00
StädteRegion Aachen	17.500,00	5,83
Stadt Aachen	17.500,00	5,83
Stadt Bonn	17.500,00	5,83
Stadt Köln	17.500,00	5,83
Stadt Leverkusen	17.500,00	5,83
Kreis Düren	17.500,00	5,83
Kreis Heinsberg	17.500,00	5,83
Oberbergischer Kreis	17.500,00	5,83
Rheinisch-Bergischer Kreis	17.500,00	5,83
Rhein-Erft-Kreis	17.500,00	5,83
Rhein-Sieg-Kreis	17.500,00	5,83
Summe	300.000,00	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Die Finanzierung der CVUA AÖR erfolgt auf der Grundlage der am 05. Januar 2011 beschlossenen Finanzsatzung. Soweit die amtlichen Tätigkeiten nicht durch Gebühren und sonstige Erträge gedeckt sind, erhebt die Anstalt zur Finanzierung ihrer laufenden Betriebskosten vom Land und den kommunalen Trägern Entgelte. Über die Höhe der Entgeltzahlungen hat der Verwaltungsrat der Anstalt eine jährliche Entgeltordnung zu erlassen. Die Bestimmung der Entgelte der kommunalen Träger erfolgt dabei einwohnerbezogen auf Basis der Einwohnerzahlen zum 30. Juni des jeweiligen Vorjahres. Durch Beschluss des Verwaltungsrates in der Sitzung am 23. Juni 2021 wurde die Finanzsatzung hinsichtlich der Zahlungszeitpunkte der Trägerentgelte geändert. Ab dem 01. Januar 2022 sind die Entgelte monatlich und nicht wie bisher quartalsweise zu entrichten.

Entwicklung der Bilanzen

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	4.363	11.684	22.594	-7.321
Sachanlagen	15.108.840	16.288.024	17.033.837	-1.179.184
Finanzanlagen	6.344.007	5.626.284	4.200.228	717.723
	21.457.210	21.925.992	21.256.659	-468.782
B Umlaufvermögen				
Vorräte	78.640	57.813	56.479	20.827
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.089.904	11.205.266	11.256.683	-115.362
Liquide Mittel	5.080.323	3.888.841	3.389.135	1.191.482
	16.248.867	15.151.920	14.702.297	1.096.947
C Rechnungsabgrenzungsposten	59.537	69.234	66.061	-9.697
Summe Aktiva	37.765.614	37.147.146	36.025.017	618.468
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	300.000	300.000	300.000	0
Gewinnrücklagen	5.804.040	4.098.006	3.250.750	1.706.034
Bilanzergebnis	244.425	519.548	91.451	-275.123
	6.348.465	4.917.554	3.642.201	1.430.912
B Rückstellungen	23.775.047	23.815.950	23.380.887	-40.903
C Verbindlichkeiten	7.642.102	8.324.036	9.001.928	-681.934
D Rechnungsabgrenzungsposten	0	89.606	0	-89.606
Summe Passiva	37.765.614	37.147.146	36.025.017	618.468

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	11.509.702	11.393.066	11.210.753	116.636
2	Sonstige betriebliche Erträge	499.945	437.760	531.884	62.185
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	1.814.250	1.852.753	1.848.689	-38.503
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	384.747	438.469	452.454	-53.722
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.429.503	1.414.283	1.396.235	15.219
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	6.213.425	6.130.078	6.279.341	83.346
a)	Löhne und Gehälter	4.916.543	4.596.136	4.429.681	320.407
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.296.882	1.533.942	1.849.660	-237.060
5	Abschreibungen	1.285.345	1.262.500	1.251.806	22.846
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.179.183	1.092.791	1.109.400	86.392
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	543.027	348.103	469.743	194.924
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	631.443	564.132	824.370	67.311
9	Ergebnis nach Steuern	1.429.028	1.276.675	898.775	152.353
10	Sonstige Steuern	-1.883	1.323	1.323	0
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.430.912	1.275.353	897.452	155.559

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	16,81	13,24	3,57
Eigenkapitalrentabilität	22,54	25,93	-3,40
Anlagendeckungsgrad	61,45	56,73	4,72
Verschuldungsgrad 2	494,88	653,58	-158,70
Umsatzrentabilität	12,43	11,19	1,24

Personalbestand

Geschäftsjahr	2024	2023	2022	Erläuterungen
Insgesamt	89	84	84	

Geschäftsentwicklung

Wirtschaftsbericht

Finanzielle Rahmenbedingungen

Die Anstalt finanziert sich nach § 14 Abs. 1 IUAG NRW über Gebühren, soweit gesetzlich vorgesehen, im Übrigen durch Entgelte von den Trägern. Näheres regelt die vom Verwaltungsrat beschlossene Finanzsatzung. Weiterhin hat der Verwaltungsrat eine Geschäftsordnung verabschiedet.

Das Stammkapital des CVUA Rheinland beträgt 300.000,- €, davon hat das Land Nordrhein-Westfalen 90.000,- € eingebracht und die 12 kommunalen Träger jeweils 17.500,- €.

Nach § 12 IUAG richten sich Wirtschaftsführung, Rechnungswesen und Prüfung der Untersuchungsanstalt nach den Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Dabei sind der Geschäftsverlauf und die Lage des Betriebes so darzustellen, dass ein den tatsächlichen

Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Ferner ist die voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken zu erläutern.

Geschäftsverlauf

Personal

Die tariflich Beschäftigten des CVUA Rheinland unterliegen dem TVÖD-VKA. Die Untersuchungsanstalt ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband NRW (KAV).

Im Berichtsjahr schieden insgesamt 10 Mitarbeitende aus. Fünf Mitarbeitende durch Verrentung bzw. Pension und fünf durch Eigenkündigung. 8 Stellen konnten zwischenzeitlich nachbesetzt werden. Die Nachbesetzung einer Stelle ist eingeleitet.

Fachliche Tätigkeiten

Die fachlichen Ergebnisse des CVUA Rheinland werden im Jahresbericht veröffentlicht. Für das Berichtsjahr 2024 wird wieder ein gemeinsamer Jahresbericht der fünf CVUÄ in NRW erstellt. Dieser ist auch auf der Home-Page unter www.cvua-rheinland.de abrufbar. In 2024 wurden insgesamt 14.076 (Vorjahr: 14.472) amtliche Proben zur Untersuchung und Beurteilung eingereicht. Zusätzliche 439 (Vorjahr: 520) Proben wurden im Rahmen der Untersuchungsschwerpunkte nur analytisch bearbeitet.

Die Zusammenarbeit des Vorstands mit dem Verwaltungsrat verläuft sehr kooperativ.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für 2024, der vom Verwaltungsrat am 6. Dezember 2023 beschlossen wurde, sah Einnahmen in Höhe von 1.357.536 € und Ausgaben in Höhe von 1.103.333 € im Vermögensplan vor. Das Investitionsvolumen betrug 420 T€ für allgemeine Investitionen. Ausgewiesen war ein Jahresfehlbetrag von 222 T€.

Das Geschäftsjahr wurde mit einem Jahresüberschuss von 1.431 T€ abgeschlossen.

Die Entgelte für Untersuchungen nach § 4 Abs. 1 IUAG NRW betragen gemäß der vom Verwaltungsrat am 21. Juni 2023 beschlossenen Entgeltordnung 11.480 T€ (Vj.: 11.367 T€). Daneben wurden Erstattungen für Versorgungslasten in Höhe von 417 T€ (Vj.: 340 T€) und sonstige Erträge in Höhe von 51 T€ (Vj.: 18 T€) vereinnahmt.

Die Personalkosten stellten bei den Aufwendungen mit 6.213 T€ (Vj.: 6.130 T€) den größten Posten. Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den Umsatzerlösen beträgt weiterhin ca. 51 %. Hierbei wurde das Entgelt an die CVUA-RRW für die Durchführung seiner Leistungen in Höhe 1.418 T€ berücksichtigt.

Die Personalkosten sind gegenüber dem Vorjahr um 83 T€ gestiegen. Den geringeren Zuführungen zu sonstigen Pensions- und Beihilferückstellungen (-282 T€) stehen höhere Gehälter (+320 T€) und Sozialversicherungsabgaben und sonstige Personalaufwendungen (+45 T€) gegenüber. Insgesamt liegen die Personalausgaben rund 520 T€ unter dem Planansatz für 2024.

Große Aufwandsposten bleiben die Materialkosten mit 389 T€ (Vj.: 444 T€) und die Energie- und Wasserkosten mit 323 T€ (Vj.: 296 T€). Das CVUA Rheinland hat weitere jährliche Verpflichtungen, insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 151 T€ (Vj.: 161 T€), der Personalverwaltung in Höhe von 45 T€ (Vj.: 41 T€), für Reparaturen und Instandhaltungen in Höhe von 367 T€ (Vj.: 323 T€), für Versicherungen in Höhe von 36 T€ (Vj.: 31 T€), für Periodika (Zeitschriften, Lose-Blatt-Sammlungen), Porto, Telefon und Bürobedarf in Höhe von 17 T€ (Vj.: 17 T€) und für den Probentransport 35 T€ (Vj.: 36 T€).

Die Abschreibungen betragen im Berichtsjahr 1.285 T€ (Vj.: 1.252 T€).

Der im Wirtschaftsplan 2024 ausgewiesene Verlust von 222 T€ wurde mit einem Jahresüberschuss von 1.431 T€ erheblich überschritten. Dies ist auf, gegenüber der Planung, besseren Ergebnissen in vielen Bereichen, insbesondere aber auf ein besseres Finanzergebnis (- 743 T€), geringeren

Aufwendungen für Personal (- 520 T€) und insgesamt Wenigerausgaben bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (94 T€), zurückzuführen.

Die Eckdaten der Finanz- und Vermögenslage stellen sich folgendermaßen dar:

	31.12.2023	31.12.2024
Bilanzsumme	37.147.145,61	37.765.613,62
Anlagevermögen	21.925.991,65	21.457.209,92
Vorratsvermögen	57.812,75	78.640,20
Stammkapital	300.000,00	300.000,00
Eigenkapital	4.917.553,51	6.348.465,01
Eigenkapitalquote	13,02 %	16,81 %
Rückstellungen	23.815.949,87	23.775.046,55
Liquide Mittel	3.888.841,20	5.080.322,71
Verbindlichkeiten	8.324.036,26	7.642.102,06
davon Bankschulden	8.204.166,46	7.520.833,10

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 37.147 T€ auf 37.766 T€ erhöht. Die Veränderungen auf der Aktivseite ergeben sich im Wesentlichen aus der Erhöhung der Anlage in festverzinsliche Wertpapiere. Auf der Passivseite ergibt sich die Bilanzveränderung im Wesentlichen aus der Zunahme der Pensionsrückstellungen und einer Verringerung der Verbindlichkeiten.

Im Geschäftsjahr wurden 817 T€ investiert, davon 718 T€ in Finanzanlagen (KVR-Fonds) und 99 T€ in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände.

Für künftige Zahlungsverpflichtungen wurden Rückstellungen i.H.v. 23.775 T€ (Vj.: 23.816 T€) gebildet. Hierbei handelt es sich insbesondere um Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen in Höhe von 23.316 T€. Die Erstattungsansprüche gegenüber den ehemaligen Dienstherrn der Beamten betragen 11.058 T€ (Vj.: 11.183 T€).

Prognosebericht

Risiko- und Chancenmanagement

Zur Einrichtung und Dokumentation eines Risikofrüherkennungssystems als Überwachungssystem gem. § 2 Abs. 2 S. 3 IUAG NRW i. V. m. § 9 Abs. 2 KUV NRW wurde ein Risikohandbuch erstellt und, bedingt durch die Umstellung der Akkreditierung auf die neue DIN EN ISO/IEC 17025:2018, im Jahr 2019 vollständig überarbeitet. Das Handbuch fasst bestehende Regelungen des CVUA Rheinland zum Umgang mit Risiken zusammen, sodass durch die Nutzung der vorhandenen Organisations- und Berichtsstrukturen des CVUA Rheinland der bürokratische Aufwand für ein Risikomanagement in engen Grenzen gehalten wird.

Schwerpunktbildung NRW

Die zum 1. Januar 2022 umgesetzte Anpassung der Schwerpunktbildung aufgrund des Beitritts der Kooperation Düsseldorf/Mettmann zum CVUA-RRW hat sich mittlerweile eingespield. Weitere Änderungen in der Aufgabenzuordnung sind derzeit nicht zu erwarten.

Akkreditierung

Ab 2010 müssen die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 eine einzige nationale Akkreditierungsstelle benennen. Dieser Aufforderung folgend wurde in Deutschland die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkKS) errichtet, die die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 erfüllt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Akkreditierungsstelle (AkkStelleG) am 7. August 2009 sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung der nationalen Akkreditierungsstelle in Deutschland geschaffen worden. Die DAkKS wurde gemäß AkkStelleG beliehen und wird dementsprechend in Deutschland zukünftig alle Akkreditierungen gemäß Verordnung (EG) Nr. 765/2008 durchführen.

Im Februar und März 2024 fand turnusmäßig eine Wiederholungsbegutachtung und Erweiterung der Akkreditierung statt. Die festgestellten, nicht kritischen, Abweichungen konnten fristgerecht behoben werden. Die neue Akkreditierungsurkunde wurde noch nicht ausgestellt. Die nächste Überwachungsbegutachtung findet im August 2025 statt.

Einführung von neuen Strukturen zur Übermittlung von berichtspflichtigen Daten

Auf der Grundlage der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über den Austausch von Daten im Bereich der Lebensmittelsicherheit und des Verbraucherschutzes (AVVData) sind sowohl im Laborinformationsmanagementsystem (LIMS) als auch in der Software zur Probenplanung (RioPPLM) umfangreiche Anpassungen aufgrund der neuen Kodierkataloge sowie zur Anpassung der Probenlenkung erforderlich. Die Einführung beider Systeme in Nordrhein-Westfalen erfolgte mit dem Jahreswechsel 2023/2024. Trotz intensiver Vorarbeiten sind im laufenden Betrieb weitere Anpassungen erforderlich, die erhebliche Ressourcen binden.

§ 2b Umsatzsteuergesetz

Die Übergangsfrist für die weitere Anwendung des § 2 Abs. 3 UStG a.F. („Optionserklärung“) wurde bis zum 31.12.2026 verlängert. Es ist derzeit nicht ersichtlich, dass das CVUA Rheinland für seine Leistungen Umsatzsteuer erheben muss. Allerdings ist für einige derzeit steuerfrei erhaltene Leistungen (z. B. Personalbetreuungsvertrag) zukünftig Umsatzsteuer zu zahlen.

Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2025, der in der Sitzung des Verwaltungsrates am 4. Dezember 2024 verabschiedet wurde, weist einen Gewinn von rd. 262 T€ aus. Es wurden Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 1.303.333 € im Vermögensplan und ein Investitionsvolumen von 620 T€ beschlossen.

Darüber hinaus wurde in der Verwaltungsratssitzung am 04.12.2024 die beschlossene Entgelterhöhung für die Jahre 2025 und 2026 zurückgenommen und für das Jahr 2025 folgendes Entgelt festgesetzt:

2025: 2,06 €/Einwohner

Im Jahr 2025 soll der Entgeltbeirat über die weitere Entwicklung der Entgelte beraten.

Bei den Personalkosten sind die Ergebnisse der Tarifverhandlungen für die angestellten Mitarbeitenden abzuwarten. Bei den Beamtinnen und Beamten besteht bis zum 31.12.2025 Planungssicherheit.

Die Stromlieferleistung wurde für den Zeitraum ab 2022 erneut europaweit ausgeschrieben. Es wurde ein Vertrag mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2024 abgeschlossen. Die Stromlieferleistung konnte im Dezember 2023 zu günstigen Konditionen bis zum 31.12.2026 erweitert werden, so dass bei einer erheblichen Kostenposition langfristig Sicherheit geschaffen werden konnte.

Feststellung nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetz

Nach § 26 Satz 2 Kommunalunternehmensverordnung NRW (KUV NRW) ist in dem Lagebericht auch auf solche Sachverhalte einzugehen, die auch Gegenstand der Prüfung nach § 53 HGrG sind.

Im Berichtsjahr haben sich keine relevanten Sachverhalte im Zusammenhang mit der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstandes ergeben. Darüber hinaus wird auf die Ausführungen zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage verwiesen.

Hürth, den 31. März 2025

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland

- Anstalt des öffentlichen Rechts -

- Der Vorstand -

gez. Dagmar Pauly-Mundegar

Organe und deren Zusammensetzung

Verwaltungsrat:

Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat:

Ordentliches Mitglied

Birgit Wonneberger-Wrede, GBL IV

Stellvertretendes Mitglied

Dr. Jochen Weins, AbtL 39

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder zu entnehmen.

Vorstand:

Bezüge 2024

Frau Pauly-Mundegar (Vorstandsvorsitzende) 107.700,94 €

Herr Lankes 98.561,60 €

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien der CVUA Rheinland AÖR Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

Dem Verwaltungsrat der AÖR gehören von den insgesamt 14 Mitgliedern 6 Frauen an (Frauenanteil: 42,86 %).

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 2024 bis 2028 erstellt.

3.4.2.3 LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts (LEP-AÖR)

Basisdaten

Anschrift: Kölner Straße 75
53879 Euskirchen
Internet: <https://www.germansite.de>
Gründungsjahr: 2009

Zweck der Beteiligung

Aufgabe des gemeinsamen Kommunalunternehmens ist die Finanzierung und Entwicklung einer interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen, ausgewiesenen und im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Fläche in Euskirchen und Weilerswist. Zur Erfüllung dieser Aufgabe soll das gemeinsame Kommunalunternehmen die erforderlichen Grundstücksflächen erwerben oder deren Verfügbarkeit auf andere Weise sicherstellen, die Grundstücke zur Baureife entwickeln und die erworbenen Grundstücksflächen an ansiedlungswillige Unternehmen veräußern.

Ziel der Beteiligung

Bei dem gemeinsamen Kommunalunternehmen handelt sich um eine wirtschaftsfördernde Einrichtung nach § 107 Abs. 2 Ziffer 3 GO.

Die Unternehmenssatzung der LEP-AÖR wurde durch Empfehlung des Verwaltungsrates der LEP-AÖR (Sitzung am 12. Juni 2024) und durch Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 02. Oktober 2024 (V 576/2024) an das vom Landtag am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG angepasst. Von Seiten der Bezirksregierung erfolgte die Genehmigung der Satzungsänderung am 04. Dezember 2024. Die Bekanntmachung erfolgte in der Ausgabe des Amtsblattes für den Regierungsbezirk Köln Nr. 49 am 09. Dezember 2024 gemäß § 27 Abs. 5 Satz 1 GkG NRW.

Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital - €	Anteil - %
Kreis Euskirchen	3.000	30,00
Stadt Euskirchen	5.000	50,00
Gemeinde Weilerswist	2.000	20,00
Gesamtsumme	10.000	100,00

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Zur Vorbereitung, Finanzierung und Durchführung des Vorhabens wurde zwischen den beteiligten Kommunen, der LEP-AÖR und dem Land Nordrhein-Westfalen eine Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist geschlossen. Die Finanzierung des Grunderwerbs einschließlich der fälligen Zinszahlungen sowie der vorbereitenden und durchzuführenden Dienstleistungen und laufenden Verwaltungskosten der AÖR erfolgt durch aufzunehmende endfällige Darlehen bei Kreditinstituten. Die Laufzeit der Darlehen korrespondiert mit der maximalen Laufzeit des Vorhabens.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20. Juli 2011 der Abgabe einer Gewährträgerhaftungserklärung gem. § 87 GO NRW zu Gunsten der LEP-AÖR gegenüber einem Darlehensgeber zugestimmt (V 179/2011). Eine entsprechende Erklärung wurde ebenfalls von der Kreisstadt Euskirchen und der Gemeinde Weilerswist abgegeben. Durch diese Erklärung bestätigen die Träger der AÖR, dass sie bei Zahlungsausfall der LEP-AÖR in Abänderung der gesetzlichen Gewährträgerhaftung gem. § 114 a GO NRW bereits vor Befriedigung aus dem Vermögen der LEP-AÖR für deren Verbindlichkeiten entsprechend ihrer Anteile am Stammkapital der LEP-AÖR bis zur Höhe von insgesamt 18,4 Mio. € haften werden.

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in der Kreistagssitzung am 09. April 2025 der Verlängerung der 1. Neufassung der Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von Flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist zwischen der LEP AÖR, der Stadt Euskirchen, der Gemeinde Weilerswist, dem Kreis Euskirchen und dem Land NRW um ein weiteres Jahr zugestimmt (V 679/2025). Die Verlängerung der 1. Neufassung bis zum 31. Dezember 2027 wurde im Mai 2025 unterzeichnet.

Mit Datum vom 23./28. September 2020 wurde der bestehende Darlehensvertrag über den 30. Juni 2020 hinaus bis zum 30. Juni 2025 verlängert. Gleichzeitig mit der Verlängerung der 1. Neufassung der Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von Flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist wurde der bestehende Darlehensvertrag angepasst. Mit Unterzeichnung der Neufassung Nachtrag zum Darlehensvertrag im Juni 2025 wurde die Laufzeit des Kreditrahmens bis zum 30. Juni 2026 verlängert.

Nach § 14 Abs. 2 Kommunalunternehmensverordnung (KUV) ist ein etwaiger Jahresverlust, soweit er nicht aus Haushaltsmitteln der Gemeinde ausgeglichen wird, auf neue Rechnung vorzutragen, wenn hierdurch die erforderliche Eigenkapitalausstattung des Kommunalunternehmens nicht gefährdet wird. Eine Verbesserung der Ertragslage ist anzustreben. Ein nach Ablauf von fünf Jahren nicht getilgter Verlustvortrag soll durch Abbuchung von den Rücklagen ausgeglichen werden, wenn dies die Eigenkapitalausstattung zulässt; ist dies nicht der Fall, so ist der Verlust aus Haushaltsmitteln der Gemeinde auszugleichen. Da die Liquidität des Kommunalunternehmens während der Projektlaufzeit (bis 30. Juni 2026) über die Darlehensfinanzierung des Gesamtprojektes sichergestellt ist, wird die Fälligkeit dieser Forderungen bis zum Ende der Projektlaufzeit hinausgeschoben (gestundet).

Die Höhe der in der Bilanz der LEP-AÖR ausgewiesenen gestundeten Forderung gegenüber dem Kreis Euskirchen beträgt am 31. Dezember 2024 735.219,53 €. Der Kreis Euskirchen weist in der Bilanz 2024, aufgrund der Einhaltung des Wertaufhellungszeitraums, eine Verbindlichkeit gegenüber der LEP-AÖR in Höhe von 711.023,78 € und eine Sonstige Rückstellung von 24.200,00 € aus.

Entwicklung der Bilanzen

LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Vorräte	15.688.679	14.705.984	14.593.785	982.696
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.146.064	5.943.770	5.766.607	202.294
Liquide Mittel	967.900	514.240	781.625	453.660
	22.802.643	21.163.994	21.142.016	1.638.649
B Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	2.955	0
Summe Aktiva	22.802.643	21.163.994	21.144.971	1.638.649
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Stammkapital	10.000	10.000	10.000	0
Bilanzverlust	-10.000	-10.000	-10.000	0
	0	0	0	0
B Rückstellungen	18.023	17.739	16.821	283
C Verbindlichkeiten	22.768.239	21.129.920	21.112.472	1.638.319
D Rechnungsabgrenzungsposten	16.382	16.334	15.679	47
Summe Passiva	22.802.643	21.163.994	21.144.971	1.638.649

Bürgschaften:

Kreditsumme zum 31. Dezember 2024: 21,70 Mio. €

Landesbürgschaft 60%: 13,02 Mio. €

Gewährträger:	
Stadt Euskirchen 50%:	4,34 Mio. €
Kreis Euskirchen 30%:	2,60 Mio. €
Gemeinde Weilerswist 20%:	1,73 Mio. €

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	48.629	49.626	48.318	-997
2	Sonstige betriebliche Erträge	60	47	260	13
3	Sonstige betriebliche Aufwendungen	87.137	88.566	78.582	-1.430
4	Erträge aus Verlustübernahme	201.631	177.616	140.571	24.015
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
5	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	67	81	33	-15
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
6	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	136.805	112.359	84.153	24.445
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
7	Ergebnis nach Steuern	26.446	26.446	26.446	0
8	Sonstige Steuern	26.446	26.446	26.446	0
9	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	0

Kennzahlen

./.

Personalbestand

Die LEP-AÖR hat keine angestellten Mitarbeitenden.

Geschäftsentwicklung

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2024

1. Überblick über den Geschäftsverlauf

1.1. Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Aufgabe der 2009 gegründeten LEP-AÖR ist die Finanzierung und Entwicklung einer interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen, ausgewiesenen und im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Fläche in Euskirchen und Weilerswist. Zur Erfüllung dieser Aufgabe soll das gemeinsame Kommunalunternehmen

- die erforderlichen Grundstücksflächen erwerben oder deren Verfügbarkeit auf andere Weise sicherstellen,
- die Grundstücke zur Baureife entwickeln,
- die erworbenen Grundstücksflächen an ansiedlungswillige Unternehmen veräußern,
- alle hiermit zusammenhängenden oder dem Unternehmensziel förderlichen Aufgaben und Tätigkeiten wahrnehmen (wie z. B. Finanzierung, Erschließung, Tausch, Verpachtung, Vermietung, Bestellung von Erbbaurechten, Regionalmarketing, Werbung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbesserung der Infrastruktur, Beratung ansiedlungswilliger Unternehmen).

Am 25.06.2009 haben das Land Nordrhein-Westfalen, die Trägerkommunen und die LEP-AÖR die „Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen / Weilerswist“ (nachfolgend Vereinbarung NRW genannt) abgeschlossen.

Nach § 5 der Vereinbarung NRW begleitet ein Projektbeirat, bestehend aus Vertretern der Trägerkommunen und des Landes NRW, das Vorhaben. Nach § 4 Abs. 3 der Vereinbarung NRW übernimmt das Land zur Absicherung der Darlehen eine modifizierte Ausfallbürgschaft in Höhe von 60 % der Projektkosten, maximal 25 Millionen € zugunsten der LEP-AÖR.

Am 23.09.2020 wurde die Verlängerung der Vereinbarung NRW im Rahmen einer 1. Neufassung der Vereinbarung mit einer Laufzeit bis zum 30.06.2025 unterzeichnet. Die Ausfallbürgschaft bleibt demnach bestehen, die Ankaufstrategie wurde modifiziert.

1.2 Rahmenbedingungen

1.2.1 Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Rechte und Pflichten der LEP-AÖR und ihrer Organe ergeben sich aus

- der Unternehmenssatzung vom 28.04.2009 (geändert am 26.08.2011 und am 25.11.2024),
- der Vereinbarung NRW in der am 23.09.2020 unterzeichneten Fassung,
- den §§ 27 und 28 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen (GkG), § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und die gemäß Abs. 11 anzuwendenden §§ 14 Abs. 1, 31, 74, 75 Abs. 1, 77, 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teils aaO.
- der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen als Anstalt öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmensverordnung – KUV)
- dem dritten Buch des Handelsgesetzbuches (HGB), das gemäß § 114a Abs. 10 der GO NRW und § 20 Abs. 2 der KUV anzuwenden ist.

1.2.2 Eigentumsverhältnisse

Im Jahr 2024 wurden weitere Grundstücke erworben. Zusammen mit den ca. 25 ha im Eigentum der Kreisstadt Euskirchen und der Gemeinde Weilerswist stehenden Flächen können damit ca. 146 ha für Ansiedlungen zur Verfügung gestellt werden, davon ca. 80 ha annähernd rechteckig zusammenhängend.

Alle Grundstücke werden weiterhin als Ackerland bewirtschaftet.

In 2020 wurden darüber hinaus Ökopunkte für im Rahmen der Bauleitplanung notwendige Ausgleichsmaßnahmen erworben.

Zudem wurde in 2024 Tauschland (4 ha Ackerland) außerhalb der LEP-Fläche erworben, die Aufnahme erfolgte 2025.

1.3 Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr

Grunderwerb

Primäres Ziel war es, im Zentrum des Gebietes eine vermarktungsfähige Fläche in einer Mindestgröße von 80 ha zu arrondieren. Dieses Ziel wurde bereits in vorangegangenen Wirtschaftsjahren erfüllt.

Im Jahr 2024 konnte ein weiterer Grunderwerb von Grundstücken mit Lage innerhalb der bereits der AÖR gehörenden Flächen nördlich der arrondierten 80 ha-Fläche erfolgen. Hierbei wurden die im Eigentum der LEP-AÖR befindlichen Flächen um ca. 2,5 ha erweitert. Der Gebietszusammenhang wurde dadurch über die 80 ha hinaus erweitert.

Der Markt für landwirtschaftliche Grundstücke in der Region ist weiterhin durch eine deutliche Verknappung des Angebotes und gestiegene Preise gekennzeichnet, die sich mittlerweile deutlich im zweistelligen Bereich pro Quadratmeter befinden. So stieg auch der Bodenrichtwert der Sondernutzungsfläche „LEP-Fläche“ zum Stichtag 01.01.2025 auf 20 €/m² (Vorjahr: 15 €/m²).

Vor diesem Hintergrund wurde mit der Neufassung der Vereinbarung NRW die Ankaufstrategie dahingehend geändert, dass in einem Teilbereich der Fläche keine aktiven Ankaufsbemühungen unternommen und in zwei weiteren Teilbereichen etwaige Möglichkeiten, Grundstücke zu einem angemessenen Preis zu erwerben, wahrgenommen werden sollen. Weiter sollen Flächen

für die Errichtung einer Bahntrasse nordwestlich des LEP-Gebiets angekauft sowie geeignete Flächen außerhalb des LEP-Gebiets für Ausgleichsmaßnahmen des Artenschutzes erworben oder gesichert werden. Zudem sollen bei günstigen Gelegenheiten Flächen außerhalb des LEP-Gebiets erworben werden, die für Tauschgeschäfte verwendet werden können.

Zum Zweck des Erwerbs von Tauschflächen oder für den artenschutzrechtlichen Ausgleich wurde der Erwerb einer ca. 4 ha großen Ackerfläche auf dem Gebiet der Gemeinde Swisttal in die Wege geleitet. Die Beurkundung erfolgte am 26.09.2024, die Umschreibung am 25.02.2025.

Bodenordnung

Da inzwischen eine zusammenhängende Fläche von mehr als 80 ha gebildet werden kann, soll diese Fläche zur Planreife entwickelt werden.

Vermarktung, Entwicklung und Ansiedlung

Konkrete Ansiedlungsgespräche wurden seitens des Vorstandes im Wirtschaftsjahr 2024 gemeinsam mit NRW.Global Business, dem Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (MWIKE) sowie weiteren Akteuren mit Interessenten aus verschiedenen Branchen geführt. Eine Ansiedlung konnte jedoch noch nicht realisiert werden.

Schwerpunkt der Aktivitäten und Gespräche im Wirtschaftsjahr 2024 waren darüber hinaus die Standortstrategie sowie Fördermöglichkeiten für Entwicklungsmaßnahmen.

Im Wirtschaftsjahr 2021 wurde ein LHO-Antrag über eine Förderung eines Gutachtens für die nachhaltige Entwicklung der LEP-Fläche für die Ansiedlung innovativer Großunternehmen der Zukunftsbranche Elektromobilität (Qualifizierungsmaßnahmen hinsichtlich der technischen und verkehrlichen Ansiedlungsanforderungen) gestellt. Nach Änderungsforderungen der Bezirksregierung wurde dieser Antrag angepasst und Ende 2022 beschieden. Im Rahmen einer anschließenden Ausschreibung wurde das Gutachten im Januar 2023 an ein qualifiziertes Fachbüro vergeben. Die Ergebnisse wurden Ende 2023 vorgelegt und im Februar 2024 im Verwaltungsrat und Projektbeirat vorgestellt. Die Studie ist zudem teilweise Grundlage für die Prüfung eines Förderantrags nach dem Investitionsgesetz Kohleregionen (InvKG) mit dem Ziel, die für eine Entwicklung erforderlichen Vorbereitungsarbeiten (u.a. vorgezogener Artenschutz, Verlegung einer Wassertransportleitung) mit einem hohen Fördersatz im Rahmen der Transformation des Rheinischen Reviers kofinanzieren zu lassen.

Zur Vorbereitung dieses Förderantrags haben zahlreiche Gespräche des Vorstands mit Vertretern des MWIKE und der Bezirksregierung Köln stattgefunden. Diese sind noch nicht abgeschlossen.

Vorbereitende Untersuchungen zur Entwicklung des Gebietes

Zur Durchführung der archäologischen Untersuchungen auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist haben das Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch das seinerzeitige Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBSWV NRW), der Landschaftsverband Rheinland – Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland (LVR-ABR) und die LEP-AÖR am 07./08.10.2012 einen Vertrag geschlossen. In Erfüllung dieses Vertrages wurden seit Vertragsschluss archäologische Untersuchungen entsprechend den vertraglichen Regelungen mit Geld-, Personal- und Sachmitteln der Vertragsparteien durchgeführt. Auf Verlangen des LVR-ABR wurde am 19.12.2020/07.01.2021 ein Änderungsvertrag beschlossen. In der Vereinbarung war vorgesehen, dass die letzte verbleibende Fläche innerhalb des 80-ha-Gebietes bodenarchäologisch untersucht wird. Anfang 2024 ist die Untersuchung erfolgt.

Bauleitplanung

Aufgrund der in 2015 und 2016 geführten Gespräche mit Projektentwicklern zur vermarktbaren Größenordnung wurde Ende 2016 ein erneuter Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan für eine mindestens 80 ha große Fläche im Stadtgebiet Euskirchen vom zuständigen Ausschuss

des Rates der Stadt Euskirchen gefasst. Die Größe von mindestens 80 ha resultiert aus den Vorgaben des Landesentwicklungsplanes in der Fassung 2017. Ansonsten spiegelt der Planentwurf die Konzeptvorstellungen der Projektentwickler wider.

Der in Auftrag gegebene Artenschutzbericht wurde gemeinsam mit dem Gutachter und der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt. Er ist so aufgebaut, dass er sowohl für ein Bebauungsverfahren als auch für ein Planfeststellungsverfahren genutzt werden kann. Inhaltlich wurde bisher vereinbart, dass bei Auswahl ausreichend großer Flächen ein Ausgleichsflächenbedarf von bis zu 37 ha besteht. Des Weiteren ist zusätzlich ein verbleibendes Defizit von 228.760 Biotopwertpunkten auszugleichen. Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) hat in 2020 die wesentlichen Inhalte bestätigt. Die Ökopunkte wurden 2020 erworben.

Parallel zum Ankauf von Ökopunkten für Kompensationsmaßnahmen wurde auch die Sicherung von Ausgleichsflächen für den Artenschutz im vorgesehen Suchraum (600 ha nördlich des LEP-Gebietes) durch die damit beauftragte Stiftung Rheinische Kulturlandschaft weiter forciert.

Zur Erlangung der Planreife des Bebauungsplans bzw. für ein Planfeststellungsverfahren wurden in 2023 weitere avifaunistische Untersuchungen durchgeführt. Bereits 2017 erwies die Artenschutzkartierung einen hohen Bestand an planungsrelevanten und geschützten Arten. Die Kartierung in 2023 hat den Bestand dieser Arten bestätigt, teilweise wurden sogar mehr Artennachweise geführt. Zwischenzeitlich haben viele Gespräche mit unterschiedlichen betroffenen Akteuren, u.a. der Unteren Naturschutzbehörde, der Biostation Euskirchen und Vertretern des Ministeriums stattgefunden. Ziel ist es, eine allseits konsensuale und bauleitplanerisch rechtssichere Vorgehensweise für die Umsetzung vorgezogener Artenschutzmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) festzulegen. Mit Blick auf die zeitliche Begrenzung der Flächensicherung für die CEF-Maßnahmen wird die Umsetzung in 2025 initiiert werden müssen.

Sonstige Entwicklungen

Verwaltungsrat und Projektbeirat tagten am 02.02.2024 (Sondersitzung), am 12.06.2024 und am 18.12.2024. Verwaltungsrat und Projektbeirat fassten Umlaufbeschlüsse: am 15.03.2024 zum Erwerb der 2,5 ha großen Fläche (s.o.), am 26.08.2024 zum Erwerb des 4 ha großen Ackerlandgrundstücks (s.o.) sowie am 20.09.2024 zur diesbezüglichen Darlehensaufnahme.

Der Jahresabschluss 2023 mit dem Lagebericht wurde vom Verwaltungsrat am 12.06.2024 einstimmig festgestellt, dem Vorstand Entlastung für das Jahr 2023 erteilt. Der Jahresabschluss 2023 war ausgeglichen. Der Verwaltungsrat entschied, den verbleibenden Bilanzverlust aus 2023 auf neue Rechnung vorzutragen.

In seiner Sitzung am 18.12.2024 hat der Verwaltungsrat den Wirtschaftsplan für das Jahr 2025 und die Fortschreibung des Zeit- und Maßnahmenprogramms einschließlich der Kosten- und Finanzierungsübersicht beschlossen.

Im Jahre 2024 fanden 13 Sitzungen des Vorstandes statt.

Mit dem Land NRW wurden in 2024 Verhandlungen über die Zeit nach dem Ende der laufenden Vereinbarung begonnen. In diesem Zusammenhang wurde ebenso über die aktuell anstehende Dritte Änderung des Landesentwicklungsplanes gesprochen. Zwischenzeitlich haben mehrere Verhandlungsgespräche hinsichtlich der Bedingungen für eine Verlängerung der Vereinbarung stattgefunden. Weder konnten hinsichtlich der Neuregelungen im Landesentwicklungsplan verbindliche Zusagen erfolgen, noch liegt bisher ein abschließend verhandelter Entwurf einer Verlängerungsvereinbarung vor. Ob es zu einer (modifizierten) Verlängerung der Vereinbarung kommen wird, ist weiterhin offen.

2. Darstellung der Lage der Gesellschaft

2.1 Darstellung der Vermögenslage

Das Bilanzvermögen zum 31.12.2024 (22.802.642,95 €) besteht im Wesentlichen aus dem Wert der erworbenen Grundstücke (15.688.680 €) und den Ansprüchen zum Verlustausgleich gegen das Land NRW (3.691.098 €) sowie die Träger der LEP-AÖR (2.450.732 €)¹.

Das Stammkapital beträgt 10.000 € (§ 3 der Unternehmenssatzung).

2.2 Darstellung der Ertragslage und des Geschäftsergebnisses

Gegenüber dem vom Verwaltungsrat am 18.12.2023 beschlossenen Wirtschaftsplan für 2024 ergaben sich folgende Veränderungen:

Erfolgsplan	Wirtschaftsplan in €	GuV in €	Differenz
1. Umsatzerlöse	550.000	48.629,09	- 501.370,91
a) Umsatzerlöse aus Verkauf unb. Grdst.	500.000	0,00	- 500.000,00
b) Erträge aus unbebauten Grdst.	50.000	48.629,09	- 1.370,91
2. sonstige betriebliche Erträge	0	60,00	+ 60,00
Materialaufwand (für unerschlossene Grdst.)	-500.000	0,00	+ 500.000,00
3. Personalaufwand	-100.000	0,00	+ 100.000,00
4. Abschreibungen	0	0,00	+ 0,00
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	-111.000	-87.136,52	+ 23.863,48
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	66,56	+ 66,56
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-325.000	-136.804,57	+ 188.195,43
a) Kreditzinsen	-210.000	-71.793,83	+ 138.206,17
b) Bürgschaftsentgelte	-115.000	-65.010,34	+ 49.989,66
8. Ergebnis nach Steuern	-486.000	-175.185,04	+ 310.814,96
9. sonstige Steuern	-30.000	-26.445,88	+ 3.554,12
10. Erträge aus Verlustübernahme	516.000	201.631,32	- 314.368,68
11. Jahresüberschuss	0	0,00	+ 0,00
12. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-10.000	-10.000,00	+ 0,00
13. Bilanzverlust	-10.000	-10.000,00	+ 0,00

Im Vermögensplan sind folgende wesentliche Abweichungen zu verzeichnen:

Vermögensplan	Wirtschaftsplan in €	Abschluss in €	Differenz
1. Einzahlungen aus Kreditmitteln	5.016.000	1.179.527,87	- 3.836.472,13
2. Einzahlungen aus Landeszuweisungen	8.000.000	0,00	- 8.000.000,00
3. Grunderwerb einschl. NK und Entschädig.	-2.000.000	-982.695,60	+ 1.017.304,40
4. Vorbereitende Maßnahmen	-11.016.000	-201.631,32	+ 10.814.368,68

Die dargestellten Abweichungen gegenüber dem Wirtschaftsplan erklären sich wie folgt:

Die ursprünglich geplanten und über eine Landeszuweisung teilfinanzierten Entwicklungsmaßnahmen konnten nicht durchgeführt werden (siehe oben). Tauschgeschäfte kamen nicht zustande. Als Folge geringerer Auszahlungen und damit nur geringer Veränderung der Kreditaufnahme vermindern sich insbesondere die Zinslasten.

Erträge

Die 2024 erzielten Erträge resultieren im Wesentlichen aus der Bilanzierung der Verpflichtungserklärung des Landes zur anteiligen Verlustübernahme, des Verlustausgleichs der Trägerkommunen nach § 14 Abs. 2 KUV und der Pachten für die bereits erworbenen landwirtschaftlich genutzten Grundstücke. Mangels Tauschgeschäfte entfielen entsprechende Umsatzerlöse.

Materialaufwand

Materialaufwand für unerschlossene Grundstücke fiel nicht an.

Zinsaufwand und Entgelte

Die erhebliche Zinsersparnis ist auf die im Vergleich zur Planung wesentlich geringere Kreditaufnahme zurück zu führen. Durch die Aufnahme sehr zinsgünstiger kurzfristiger Liquiditätskredite wurden weitere Einsparungen erzielt.

Gegenüber dem Vorjahr ergeben sich in der Gewinn- und Verlustrechnung folgende Veränderungen:

Erfolgsplan	GuV 2023 in €	GuV 2024 in €	Differenz
1. Umsatzerlöse	49.626,30	48.629,09	- 997,21
a) Umsatzerlöse aus Verkauf unb. Grdst.			+ 0,00
b) Erträge aus unbebauten Grdst.	49.626,30	48.629,09	- 997,21
2. sonstige betriebliche Erträge	47,36	60,00	+ 12,64
3. Materialaufwand	0,00	0,00	+ 0,00
4. Personalaufwand	0,00	0,00	+ 0,00
5. Abschreibungen	0,00	0,00	+ 0,00
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-88.566,32	-87.136,52	- 1.429,80
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	81,39	66,56	- 14,83
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-112.359,16	-136.804,57	+ 24.445,41
a) Kreditzinsen	-52.208,99	-71.793,83	+ 19.584,84
b) Bürgschaftsentgelte	-60.150,17	-65.010,34	+ 4.860,17
9. Ergebnis nach Steuern	-151.170,43	-175.185,44	- 24.015,01
10. sonstige Steuern	-26.445,88	-26.445,88	+ 0,00
11. Erträge aus Verlustübernahme	177.616,31	201.631,32	+ 24.015,01
12. Jahresüberschuss	0,00	0,00	+ 0,00
13. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-10.000,00	-10.000,00	+ 0,00
14. Bilanzverlust	-10.000,00	-10.000,00	+ 0,00

Zur weiteren Erläuterung wird auf den Anhang zum Jahresabschluss verwiesen.

2.3 Darstellung der Finanzlage

Aufgrund der Beschlüsse des Verwaltungsrates und des Projektbeirates vom 07.07.2011 wurde ein endfälliger Kredit in Höhe von 12 Millionen € (Auszahlungsbetrag) aufgenommen. Die Zinsfestschreibung erfolgte gemäß den Beschlüssen bis zum 30.06.2020. Das landesverbürgte Darlehen wurde bis zum 30.06.2025 prolongiert. Im Juni 2020 wurde eine zweite Tranche des landesverbürgten Darlehens in Höhe von 4.345.196,35 €, im Oktober 2024 wurde eine dritte Tranche in Höhe von 1.640.893,68 € in Anspruch genommen. Der Kredit ist zu 60 % landesverbürgt. Für die Landesbürgschaft ist ein jährliches Entgelt in Höhe von 0,5 % des jeweils verbürgten Kreditbetrages zu zahlen. Am 31.12.2024 valutierte das landesverbürgte Darlehen mit 21.703.301,71 €.

Weiterer Finanzbedarf wird zunächst durch erheblich günstigere Liquiditätskredite (Kassenkredite) und erst dann durch weitere Tranchen eines zu 60 % vom Land verbürgten Bankkredites gedeckt. Der Kreditrahmen für Liquiditätskredite gemäß den Beschlüssen vom 07.07.2011 (13,0 Mio. €) war am 31.12.2024 mit 1,0 Mio. € in Anspruch genommen.

Mit der Kreditprolongation ist für die bisher erworbenen Vermögenswerte das Zinsänderungsrisiko bis zum Ende der bisher vereinbarten Projektlaufzeit (30.06.2025) nahezu ausgeschlossen.

Den Verbindlichkeiten stehen liquide Mittel in Höhe von 967.900 € (Vorjahr: 514.240 €) gegenüber.

Aufgrund der Trägerhaftung gemäß §§ 27 Abs. 1 und 28 Abs. 3 GkG in Verbindung mit § 114a Abs. 5 GO NRW ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der LEP-AÖR jederzeit gegeben.

3. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Die weitere Entwicklung des Gebietes hängt im Wesentlichen davon ab, wie flexibel die landesplanerischen Vorgaben im Landesentwicklungsplan im Interesse einer baldigen Vermarktung der Fläche gehandhabt werden. Im Rahmen des laufenden Verfahrens zur 3. LEP-Änderung werden u.a. alle LEP-VI-Flächen im Landesentwicklungsplan einer Prüfung unterzogen. Hierzu hat die LEP-AÖR die kommunalen Interessen zusammengefasst und gegenüber dem federführenden Ministerium kommuniziert.

Nach der Verlängerung der Vereinbarung zwischen Land, AÖR und Trägerkommunen wird die Ansiedlung einer landesbedeutsamen Großinvestition im Sinne der Nr. 6.4. des Landesentwicklungsplanes auf dem Gebiet des Bebauungsplanentwurfes Nr. 14 A in 2025 angestrebt.

4. Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Der Wirtschaftsplan 2024 sowie die fortgeschriebene Kosten- und Finanzierungsübersicht, die vom Verwaltungsrat und vom Projektbeirat am 17.11.2023 gebilligt wurden, berücksichtigen ein Szenario, das angesichts des bisherigen Grunderwerbs und der Erfahrungen mit den Verkaufsbemühungen die Abkehr vom seinerzeitigen Ziel eines vollständigen Flächenerwerbs vorsieht. Es wurde vielmehr vereinbart, dass die LEP-Fläche in Segmente mit unterschiedlichen Erwerbszielen aufgeteilt wird. Im Wirtschaftsplan werden auf dieser Basis Annahmen über ein Erwerbs- und Veräußerungsszenario getroffen: moderatem Flächenerwerb steht die Annahme einer Teil-Veräußerung im Jahre 2026 zum Selbstkostenpreis gegenüber. Beide Grundannahmen wirken sich auf die Darlehenssituation aus. Zudem beinhaltet das Szenario Entwicklungsmaßnahmen einschließlich dazu erwartbarer Landesförderung. Grundsätzlich besteht das Risiko, dass dieses Szenario nicht eintritt.

Die Attraktivität als Standort für eine industrielle Großansiedlung wurde durch mehrere Projektentwickler im Rahmen von Workshops bei NRW.INVEST in den Jahren 2015/16 sowie auch in späteren Jahren bestätigt, die Rahmenbedingungen des Landesentwicklungsplanes aber als große Hürde angesehen. Ebenso hinderlich ist die Tatsache, dass andere Bundesländer sowie Standorte außerhalb von Deutschland im Falle von Großansiedlungen deutlich bessere Fördermöglichkeiten als Nordrhein-Westfalen vorweisen.

Des Weiteren zeigen die Gespräche mit Investoren, die NRW.Global Business führt, dass ein weiteres Risiko besteht, den erforderlichen Kaufpreis zu erzielen. Der Vorstand der LEP-AÖR ist der Auffassung, dass dieses Risiko alleine vom Land getragen werden muss, da die Belegenheitskommunen weder in der Lage sind noch in der Pflicht stehen, aus Landesinteressen bedingte Verluste zu übernehmen.

Das Risiko, dass möglicherweise der Grunderwerb und die Vermarktung der Fläche in einem vertretbaren Zeitraum nicht oder nicht vollständig gelingen, ist in der Vereinbarung NRW berücksichtigt. Sie enthält deshalb Regelungen zur Risikominimierung wie z.B.

- einstimmige Beschlüsse oder Beschlüsse mit 80 %- Mehrheit im Projektbeirat,
- begrenzte Laufzeit, danach Vermarktungsmöglichkeit als interkommunales Gewerbegebiet,
- Landesbürgschaft,
- Rückabwicklungsbestimmungen usw.

Für den Fall, dass innerhalb der vereinbarten Laufzeit kein geeigneter Investor gefunden und die Laufzeit nicht verlängert wird, ist eine Umwandlung der Zweckbestimmung der Fläche in ein interkommunales Gewerbegebiet in § 1 Abs. 2 der Vereinbarung NRW vereinbart. Für diesen Fall regelt die Vereinbarung NRW Kündigungsmöglichkeiten und die Rückabwicklung.

Im Einzelnen wird auf den Inhalt der Vereinbarung NRW verwiesen.

Das Land NRW hat sich durch eine schriftliche Erklärung vom 07.01.2015 verpflichtet, rückwirkend ab Gründung der LEP-AÖR 60 % des im Jahresabschluss der LEP-AÖR ausgewiesenen Jahresfehlbetrages vor Berücksichtigung des Ertrages aus dieser Ausgleichsforderung nach Verrechnung mit Gewinnvorträgen auszugleichen. Für die Jahre 2009 bis einschließlich 2024 ergab sich für das Land NRW eine Verlustübernahme in Höhe von 3.691.097,38 €, welche im Rahmen der Jahresabschlüsse ab 2014 ertragswirksam berücksichtigt wurde. Die Fälligkeit der Forderung wurde entsprechend der vorgenannten Verpflichtungserklärung bis zum Ende der Projektlaufzeit hinausgeschoben.

Seit dem Wirtschaftsjahr 2015 wird – entsprechend § 14 Abs. 2 KUV – eine Forderung gegen die Trägerkommunen bilanziert (Summe bis einschließlich 2024: 2.450.731,59 €), da die Eigenkapitalausstattung der LEP-AÖR durch einen Verlustvortrag gefährdet wird. Zukünftige Verluste sind in entsprechender Weise durch die Trägerkommunen auszugleichen.

In 2014 wurde einem privaten Grundstückseigentümer von der LEP-AÖR und der Gemeinde Weilerswist ein notarielles Angebot zum Abschluss eines Grundstückskaufvertrages unterbreitet (befristet bis 31.12.2029). Hieraus ergibt sich eine finanzielle Verpflichtung von 866.000 € zuzüglich in Zukunft darauf entfallender Anschaffungsnebenkosten. Durch Vereinbarung zwischen der LEP-AÖR, der Gemeinde Weilerswist und dem Land NRW vom 24.03.2014 ist geregelt, dass die Gemeinde Weilerswist nur auf Anforderung der LEP-AÖR in die Kaufverpflichtung eintritt, und dass das Land NRW - im Rahmen seiner Bürgschaftserklärung - einen 60 %igen Anteil trägt, sofern es überhaupt zu einem Zahlungseintritt der LEP-AÖR kommt. Die Beteiligten gehen von einer guten Vermarktbarkeit des Grundstücks aus und erwarten einen mindestens die Aufwände deckenden Verkaufserlös.

Sofern die Gemeinde Weilerswist Eigentum am Grundstück erlangt, wird sie der LEP-AÖR den Kaufpreis und die Anschaffungsnebenkosten sowie hälftig darüber hinaus gehende Weiterverkaufserlöse erstatten.

Aufgrund der Bemühungen, den Strukturwandel im Rheinischen Revier zu bewältigen, ergibt sich neben den Chancen, an etwaigen Programmen partizipieren zu können, auch ein höherer Konkurrenzdruck in der eigenen Region. Das Risiko der Nichtveräußerbarkeit steigt hierdurch.

Der Ukraine-Krieg führt zu vielfältigen Auswirkungen, von denen auch die AÖR betroffen sein kann. So ist insbesondere zu befürchten, dass das Investitionsverhalten negativ beeinflusst wird und damit die Aussichten auf eine Ansiedlung eingetrübt werden. Auswirkungen können sich aber auch auf die Grundstückspreise ergeben, wenngleich derzeit nicht greifbar ist, ob weiterer Flächenerwerb erleichtert oder möglicherweise noch weiter erschwert wird. In diesem Zusammenhang sind auch die allgemeinen Teuerungen von Bedeutung.

5. Sonstige Angaben

Risikomanagement und Finanzinstrumente

Die Gesamtfinanzierung des Projektes ist durch den am 01.07./07.07.2011 erfolgten Abschluss des Darlehensvertrages mit der NRW.BANK im Gesamtvolumen von 43,4 Mio. € gesichert.

Der Wirtschaftsminister hat mit der Bürgschaftserklärung vom 28.09.2011 die in der Vereinbarung NRW zugesagte Bürgschaft des Landes übernommen.

Durch die Prolongation des am 30.06.2025 gesamt fälligen Darlehens sind Investitionen von 20 Mio. € einschließlich der darauf entfallenden Zinslasten durch eine Festzinsvereinbarung gegen Zinserhöhungen gesichert.

Darüber hinaus ist die ständige Zahlungsfähigkeit der LEP-AÖR durch Liquiditätskredite sichergestellt.

Euskirchen, den 20.03.2025

Der Vorstand

Wolfgang Honecker
Vorstandsvorsitzender

Martin Reichwaldt
Vorstandsmitglied

Ingo Hessenius
Vorstandsmitglied

Organe und deren Zusammensetzung

Verwaltungsrat:

Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Markus Ramers, Landrat	Achim Blindert, AV
2. Clas Kohlheyer (Stimmführer), CDU	Erwin Jakobs, CDU
3. Michael Höllmann (stv. Stimmführer), SPD	Georgios Moudouris, SPD

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr Vergütungen von insgesamt 1.240 €.

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen folgende Vertreter in den Verwaltungsrat zu entsenden:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Markus Ramers, Landrat	Achim Blindert, AV
2. Erwin Jakobs (Stimmführer), CDU	Frank Auel (stv. Stimmführer), CDU
3. Daniel Rudan, SPD	Gianna Voißel, SPD

Vorstand:

Wolfgang Honecker (Vorsitzender)

Ingo Hessenius

Martin Reichwaldt

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

Projektbeirat:

Vertreter des Kreises im Projektbeirat:

Der Projektbeirat ist kein unmittelbares Organ entsprechend der Unternehmenssatzung des gemeinsamen Kommunalunternehmens. Durch die am 25. Juni 2009 getroffene Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist wird ihm jedoch die Aufgabe der Steuerung der Entwicklung und der Vermarktung der LEP-Fläche übertragen. Neben Vertretern der jeweiligen Trägerkommune gehören dem Projektbeirat auch Vertreter des Landes an. Die Träger der AÖR und das Land wirken so gestaltend an der Entwicklung des Projektes mit und nehmen ihre das Projekt betreffenden Belange in Übereinstimmung mit den Entscheidungen des Projektbeirates wahr.

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Markus Ramers, Landrat	Achim Blindert, AV
2. Erwin Jakobs (Stimmführer), CDU	Günter Weber, CDU
3. Daniel Rudan (stv. Stimmführer), SPD	Georgios Moudouris, SPD

Die Mitglieder des Projektbeirates erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen folgende Vertreter in den Projektbeirat zu entsenden:

Ordentliche Mitglieder

1. Markus Ramers, Landrat
2. Frank Auel (Stimmführer), CDU
3. Uwe Wegner, UWV

Stellvertretende Mitglieder

- Achim Blindert, AV
Erwin Jakobs (stv. Stimmführer), CDU
Andreas Bühl, UWV

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien der LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist AÖR Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

Dem Verwaltungsrat der AÖR gehören von den insgesamt 11 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 18,18 %).

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist bisher nicht erstellt worden da nicht erforderlich.

3.4.3 Beteiligungen des Kreis Euskirchen an Zweckverbänden zum 31. Dezember 2024

Ein Zweckverband ist – im Gegensatz zu einer Beteiligung an einer Gesellschaft in privater Rechtsform – eine juristische Person des öffentlichen Rechts. Zu ihm können sich Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen interkommunaler Kooperation zusammenschließen. Die Rechtsverhältnisse des Zweckverbandes sind im Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit NRW geregelt. Mit der Gründung des Zweckverbandes gehen die ihm zur Erledigung gestellten Aufgaben von der Gemeinde auf den Zweckverband über. Mit der Reform der Kommunalverfassung 2007 hat der Gesetzgeber in § 4 Abs. 1 GkG NRW klargestellt, dass Zweckverbände auch mehrere Aufgaben wahrnehmen können. Der Zweckverband hat als Körperschaft des öffentlichen Rechts die Befugnis, im eigenen Namen hoheitlich zu handeln. Hierfür steht ihm die Dienstherreneigenschaft zu.

Darüber hinaus existieren besondere durch Gesetz installierte Zweckverbände wie z.B. Erftverband und Wasserverband Eifel-Rur.

3.4.3.1 Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur (kdvz)

Basisdaten

Anschrift: Bonnstr. 16-18
50226 Frechen
Internet: <http://www.kdvz.nrw>
Gründungsjahr: 01. Juli 1978

Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder sind der Kreis Euskirchen und der Rhein-Erft-Kreis sowie 31 kreisangehörige Städte und Gemeinden aus den beiden Kreisen sowie aus dem Kreis Düren.

Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

Mit Notartermin am 02. März 2023 ist der Zweckverband kdvz an der cogniport GmbH in Höhe von 20% beteiligt. In der Verbandsversammlung am 9. Dezember 2022 wurde der Vorstandsvorsitzer beauftragt die Beteiligung umzusetzen.

Mit Beschluss der Verbandsversammlung am 15. Dezember 2023 hat der Zweckverband kdvz im Jahr 2024 Genossenschaftsanteile in Höhe von 5.000,00 € an der ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister eG erworben.

Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Zweckverband ist Träger der Kommunalen Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur und ist Dienstleister für seine Verbandsmitglieder in allen informationstechnischen Belangen. Dem Zweckverband obliegen insbesondere folgende Aufgaben, um eine wirtschaftlichere Aufgabenerledigung beim Einsatz der Informationstechnologie bei den Verbandsmitgliedern zu erreichen, als dies für jedes Verbandsmitglied alleine möglich ist:

1. Bereitstellung von Anwendungen und Unterstützung bei deren Nutzung auf allen vereinbarten Rechnebenen,
2. Beratung und Unterstützung bei der Erstellung und Fortschreibung örtlicher Digitalisierungsstrategien,
3. Planung, Beschaffung, Vermittlung, Installation und Administration von IT-Komponenten,
4. Beratung und Unterstützung bei der Bereitstellung oder Vermittlung von elektronischen Systemen zur Identifizierung und zum Identitätsnachweis sowie Verfahren zum Identitätsmanagement als verantwortliche Stelle,
5. Unterstützung bei der Problembeseitigung und künftigen Problemvermeidung durch die Nutzung von IT-Komponenten vor Ort,
6. Bereitstellung, Betrieb und Betreuung von auf die Bedürfnisse seiner Mitglieder zugeschnittener IT-Infrastruktur wie beispielsweise Rechner- und Netzkapazitäten zur Gewährleistung einer hohen Verfügbarkeit, die termingerechte Durchführung von Produktionen und die Sicherstellung des Schutzes gespeicherter Daten vor Missbrauch und Zerstörung,
7. Schulung von Bediensteten der Verbandsmitglieder in der Handhabung eingesetzter Software-Produkte,
8. bei Durchführung der Finanzbuchhaltung mit Hilfe automatisierter Datenverarbeitung (DV-Buchführung) der Gemeinde und ihrer Sondervermögen die Prüfung der Programme vor ihrer Anwendung gem. § 104 Abs. 1 Nr. 3 GO NRW.

Die Verbandsversammlung stimmte in der Sitzung am 16. Juni 2023 der 12. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Zweckverbandes kdVz zu. Die Notwendigkeit zur Änderung der Verbandssatzung ergab sich aus folgenden Gründen:

- Hinweise der Bezirksregierung Köln im Hinblick auf § 17 der Verbandssatzung „Deckung des Finanzbedarfs“
- die Novellierung des „Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit“ (GkG NRW) vom 03. Mai 2015; hier insbesondere die Einstellung einer „Geschäftsleitung“ in der Verbandssatzung zu regeln
- redaktionelle Änderungen

Die Veröffentlichung erfolgte am 17. Juli 2023 (Nummer 28/2023) im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Unter Beachtung des § 18 Abs. 3 GkG NRW finden die Vorschriften über Wirtschaftsführung und Rechnungswesen der Eigenbetriebe (EigVO NRW) sinngemäß Anwendung.

Die Verbandsmitglieder werden leistungsbezogen an den Kosten beteiligt. Die Abrechnung der Kosten erfolgt produktbezogen. Die Höhe der Kostenabrechnung richtet sich zum einen nach dem nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ermittelten Aufwand und zum anderen nach der Inanspruchnahme der Produkte und Leistungen durch die Verbandsmitglieder.

Der Maßstab zur Schlüsselung der nicht direkt den Verbandsmitgliedern zurechenbaren Kosten (Gemeinkosten) bestimmt sich zu 50% nach dem gemittelten Kostenanteil der letzten drei Jahre sowie zu 50% nach der Einwohnerzahl der Verwaltung (für Kreise 20% der Einwohner).

Entwicklung der Bilanzen

Der Jahresabschluss 2024 des Zweckverbandes kdVz befindet sich noch in der Bearbeitung. Aufgrund der Kommunalwahl im September 2025 erfolgt der Beschluss zum Jahresabschluss 2024 erst in der Verbandsversammlung im März 2026.

Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024 Vorläufige Werte	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	816.257	1.043.848	1.321.419	-227.591
Sachanlagen	5.051.606	5.519.916	5.843.399	-468.309
Finanzanlagen	18.068.290	16.075.335	16.043.808	1.992.956
	23.936.154	22.639.098	23.208.626	1.297.055
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.762.362	2.081.417	1.878.194	680.945
Liquide Mittel	64.839	1.411.235	698.651	-1.346.396
	2.827.201	3.492.652	2.576.845	-665.450
C Rechnungsabgrenzungsposten	1.671.031	1.863.647	1.405.930	-192.616
Summe Aktiva	28.434.386	27.995.397	27.191.401	438.989
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gewinnrücklagen	1.377.043	1.377.043	1.227.043	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0
	1.377.043	1.377.043	1.227.043	0
B Rückstellungen	21.769.618	21.252.150	21.152.635	517.468
C Verbindlichkeiten	5.287.725	5.366.204	4.811.722	-78.479
Summe Passiva	28.434.386	27.995.397	27.191.401	438.989

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024 Vorläufige Werte	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	30.182.880	26.165.243	24.090.672	4.017.636
2	Sonstige betriebliche Erträge	275.370	39.442	49.410	235.928
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	6.477.912	4.309.916	3.362.234	2.167.996
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	5.095.530	3.067.141	2.263.120	2.028.390
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.382.381	1.242.775	1.099.115	139.606
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	12.894.263	10.880.781	10.714.103	2.013.482
	a) Löhne und Gehälter	9.058.539	7.911.331	6.998.221	1.147.208
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.835.724	2.969.450	3.715.882	866.274
5	Abschreibungen	1.394.107	1.490.860	1.564.768	-96.753
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.727.675	9.358.423	8.471.637	369.253
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	83.903	22.833	12.957	61.070
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	46.182	35.709	38.918	10.473
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.130	889	492	241
10	Ergebnis nach Steuern	883	150.940	887	-150.057
11	Sonstige Steuern	883	940	887	-57
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	150.000	0	150.000
13	Einstellung in Gewinnrücklagen	0	150.000	0	-150.000
14	Bilanzgewinn	0	0	0	0

Kennzahlen

./.

Personalbestand

Geschäftsjahr	2024	2023	2022	Erläuterungen
Insgesamt	147,67	136,08	134,75	Durchschnitt

Geschäftsentwicklung – Lagebericht 2024

1. GESCHÄFTSVERLAUF

Der Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2024 stellt sich im Vergleich mit den Werten des Vorjahres wie folgt dar:

	Gewinn- und Verlustrechnung		Abweichung
	2024	2023	T €
	T €	T €	T €
Umsatzerlöse	30.182,9	26.165,2	4.017,6
darin Kostenweiterbelastungen	-3.271,8	-2.332,5	-939,3
bereinigte Umsatzerlöse	26.911,0	23.832,7	3.078,3
Neutrale Erträge	275,4	39,4	235,9
Personal- und Versorgungsaufwendungen	-12.894,3	-10.880,8	-2.013,5
Abschreibungen	-1.394,1	-1.490,9	96,8
Übrige Aufwendungen	-16.205,6	-13.668,3	-2.537,2
davon Kostenweiterbelastungen	3.271,8	2.332,5	939,3
bereingte übrige Aufwendungen	-12.933,8	-11.335,8	-1.597,9
Finanzergebnis	37,7	-12,9	50,6
Ergebnis vor Steuern	2,0	151,8	-149,8
Steuern	-2,0	-1,8	-0,2
Jahresüberschuss	0,0	150,0	-150,0

INVESTITIONEN

Der Verband hat im Wirtschaftsjahr 2024 Investitionen in Höhe von 2.691,2 T€ getätigt, welche sich wie folgt in den Anlageklassen wiederfinden:

DV-Software	335,6	T€
Betriebsgebäude	0,0	T€
Maschinen und technische Anlagen	92,2	T€
Betriebs- und Geschäftsausstattung	270,4	T€
Wertpapiere des Anlagevermögens	1.993,0	T€
	2.691,2	T€

Gemäß der obigen Darstellung lag das Investitionsvolumen im Wirtschaftsjahr 2024 über dem freien Cash-Flow, welcher sich wie folgt ermittelt:

ordentliches Jahresergebnis	0,0	T€
ordentliche Abschreibungen	1.394,1	T€
Veränderungen der langfristigen Rückstellungen	431,5	T€
Cash Flow	1.825,6	T€

KAPITALFLUSSRECHNUNG

Die kdVz Rhein-Erft-Rur hat im Wirtschaftsjahr 2024 einen Kapitalfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 1.619 T€ erzielt. Hieraus sowie aus dem Finanzbestand per 01.01.2024 wurden die Investitionen (2.691 T€) sowie die Tilgungen für Investitionskredite (274 T€) vorgenommen, die einzelnen Zahlungsströme des Wirtschaftsjahres sind in den nachfolgenden Rechnungen dargestellt.

Mittelveränderung aus der lfd. Geschäftstätigkeit

Bilanzgewinn	0,0	TE
Abschreibungen	1.394,1	TE
Zunahme der Rückstellungen	517,6	TE
Anlagenabgänge	21,9	TE
Zunahme der Vorräte und sonstigen Aktiva	-181,8	TE
Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten und sonstigen Passiva	-110,9	TE
Sonstige nicht liquiditätsrelevante Vorgänge	-21,8	TE
	<hr/>	
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	1.619,0	TE

Mittelveränderung aus der Investitionstätigkeit

Investitionen	-698,2	TE
Zugang Finanzanlagen (Beteiligungen und Pensionsfonds)	-1.993,0	TE
	<hr/>	
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-2.691,2	TE

Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit

Darlehensaufnahmen	0,0	TE
Darlehensstilgungen	-274,2	TE
	<hr/>	
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-274,2	TE

Veränderung des Finanzmittelbestandes

Finanzmittel zum 01.01.2024	1.411,2	TE
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	1.619,0	TE
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-2.691,2	TE
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-274,2	TE
	<hr/>	
Finanzmittel zum 31.12.2024	64,8	TE

Planabweichungsanalyse auf Basis des Jahresabschlusses 2024 und zukünftige Entwicklung 2025

	Ergebnis	WI Plan 2024	Abweichung	zukünftige Entwicklung WI Plan 2025
1. Umsatzerlöse (ohne Ergebnis der Kostenabrechnung)	30.871.774,18 €	28.841.592,28 €	2.030.181,90 €	32.281.126,29 €
2. Umsatz	30.871.774,18 €	28.841.592,28 €	2.030.181,90 €	32.281.126,29 €
3. sonstige betriebliche Erträge				
a) Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- €	- €	- €	- €
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2.226,21 €	- €	2.226,21 €	- €
c) sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	273.144,11 €	139.359,88 €	133.784,23 €	251.785,00 €
Gesamtleistung	31.147.144,50 €	28.980.952,16 €	2.166.192,34 €	32.532.911,29 €
4. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	5.095.530,27 €	3.003.794,81 €	2.091.735,46 €	2.153.999,43 €
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.382.381,49 €	1.149.821,19 €	232.560,30 €	1.504.807,53 €
5. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	9.058.538,83 €	9.045.125,51 €	13.413,32 €	10.979.042,61 €
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.835.724,17 €	4.514.469,85 €	678.745,68 €	5.418.986,38 €
	12.894.263,00 €	13.559.595,36 €	665.332,36 €	16.398.028,98 €
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.394.107,40 €	1.302.846,18 €	91.261,22 €	1.147.976,91 €
7. sonstige betriebliche Aufwendungen				
a) ordentliche betriebliche Aufwendungen				
aa) Raumkosten	421.087,34 €	604.716,54 €	183.629,20 €	732.893,89 €
ab) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	81.991,68 €	109.640,03 €	27.648,35 €	119.750,50 €
ac) Reparaturen und Instandhaltungen	40.456,71 €	11.037,41 €	29.419,30 €	18.640,00 €
ad) Fahrzeugkosten	29.921,63 €	33.454,01 €	3.532,38 €	38.360,00 €
ae) Werbe- und Reisekosten	34.746,19 €	41.100,00 €	6.353,81 €	41.100,00 €
afa) Pflege/Miete Software und Hardware	7.108.454,19 €	7.331.520,02 €	223.065,83 €	8.429.142,36 €
afb) Datenübermittlung	458.711,60 €	476.925,05 €	18.213,45 €	464.440,79 €
afc) Consulting und Beratung	940.476,82 €	886.368,57 €	54.108,25 €	1.129.393,71 €
afd) Porto u. Beförderungsentgelte	1.629,39 €	4.000,00 €	2.370,61 €	4.884,36 €
ag) verschiedene betriebliche Kosten	610.199,77 €	433.632,26 €	176.567,51 €	457.943,14 €
ah) Rückstellungen aus lfd. Verfahren	- €	- €	- €	- €
b) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- €	- €	- €	- €
c) sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (sonstige Steuern)	883,00 €	- €	883,00 €	- €
	9.728.558,32 €	9.932.393,90 €	203.835,58 €	11.436.548,74 €
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	83.903,02 €	- €	83.903,02 €	- €
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen	- €	- €	- €	- €
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	46.182,22 €	32.500,72 €	13.681,50 €	41.549,70 €
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	690.024,82 €	0,00 €	690.024,82 €	150.000,00 €
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 1.130,23 €	- €	- 1.130,23 €	- €
13. Erträge aus satzungsmäßigen Finanzbedarfsumlagen für Vorjahre	- €	- €	- €	- €
14.1 Jahreszwischenenergebnis	688.894,59 €	0,00 €	688.894,59 €	150.000,00 €
14.2 Ergebnis der Kostenabrechnung für 2024	- 688.894,59 €			
14.3 Jahresüberschuss	0,00 €			

Das Geschäftsjahr 2024 zeigt vor Kostenabrechnung 2024 einen Vorteil (ca. 689 T€), der maßgeblich aus geringeren als im Wirtschaftsplan angenommenen Beihilfe- und Pensionsverpflichtungen resultiert. Dieser Vorteil begründet sich in der Hauptsache durch zwei Todesfälle. Dieser Vorteil wird im Rahmen der Kostenabrechnung 2024 (689 T€) an die Mitglieder erstattet.

Für den Wirtschaftsplan 2025 wird eine weitere Geschäftsausweitung im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2024 mit einem Umsatz von 32.281 T€ (Wirtschaftsplan 2024: 28.842 T€) vorausgesehen. Die Leistungserhöhung wird vornehmlich einerseits getrieben durch erhöhtes Geschäftsvolumen in den Anwendungsbereichen wie Wahlen und Dokumentenmanagement und andererseits durch eine weitere Zentralisierung beim Hosting von Applikationen sowie neue übernommene Aufgaben im Netzmanagement der Mitgliedskommunen. Der Investitionsplan sieht ein Volumen von 3.702 T€ (Wirtschaftsplan 2024: 4.185 T€) vor. Im Stellenplan für das Geschäftsjahr 2025 sind 171 Stellen und damit 26 zusätzliche Stellen (ca. +18 %) gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2024 (145 Stellen) vorgesehen.

Finanzstruktur

	2024 in T€	2023 in T€	Veränderung
Eigenkapital	1.377,0	1.377,0	0,0
Rückstellungen	21.769,6	21.252,1	517,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.818,6	3.092,7	-274,1
Übrige Verbindlichkeiten (davon gegenüber Verbandsmitgliedern)	2.469,1	2.273,5	195,7
Summe	28.434,4	27.995,4	439,0

Vermögensstruktur

	2024 in T€	2023 in T€	Veränderung
Immaterielle Anlagen	816,3	1.043,8	-227,6
Sachanlagen	5.051,6	5.519,9	-468,3
Finanzanlagen	18.068,3	16.075,3	1.993,0
Anlagevermögen	23.936,2	22.639,1	1.297,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (davon gegen Verbandsmitglieder)	2.762,4	2.081,4	680,9
Flüssige Mittel	64,8	1.411,2	-1.346,4
Abgrenzungsposten	1.671,0	1.863,6	-192,6
Summe	28.434,4	27.995,4	439,0

2. NICHTFINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Im Berichtsjahr beträgt die durchschnittliche Mitarbeiterzahl 147,67 (VJ: 136,08). Bei der Berechnung wurden die Ausbildungskräfte nicht berücksichtigt.

Die Altersstruktur des Personalkörpers (154 Mitarbeiter) ergab zum Stichtag 31.12.24 folgendes Bild:

	unter 30	30 - 50	51 - 60	älter als 60
AT'ler		1		
höherer Dienst		7	2	4
gehobener Dienst	23	64	25	15
mittlerer Dienst	2	8	1	1
einfacher Dienst				1

Auch in 2024 blieb das Thema „Gewinnung und Bindung von Fachkräften“ eine überaus anspruchsvolle Aufgabe. Wenngleich es ganz überwiegend gelang, die im Zuge der kundenseitig stetig steigenden Leistungsabnahme erforderlichen Personalressourcen bereitstellen zu können, gestaltet sich der Wettbewerb um die besten Köpfe zunehmend aufwendiger und ressourcenintensiver bei gleichzeitig vagen Erfolgsaussichten – zum einen vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, zum anderen angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen, die der Tarifvertrag trotz der jüngst erzielten Tarifeinigung hochqualifizierten IT-Spezialisten wie Führungskräften mit weit reichender Verantwortung bietet.

3. CHANCEN UND RISIKEN / GESAMTSITUATION

RISIKOBERICHT

Das Ziel des Risikomanagements bei der kdVz Rhein-Erft-Rur ist die frühzeitige Erkennung negativer Einflussfaktoren / Identifikation von Risiken, die Analyse und Bewältigung von Risiken, die Implementierung von präventiven Maßnahmen der Risikobegrenzung, die Definition von reaktiven Prozessen, Abläufen und Maßnahmen der unmittelbaren Schadensbegrenzung / -reduzierung und die aufklärende Funktion / Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die rechtliche Grundlage und Verpflichtung ergibt sich aus § 10 Abs. 1 EigVO NRW. In 2008 hat die kdVz Rhein-Erft-Rur die Richtlinie zum Risikomanagement bei der kdVz Rhein-Erft-Rur in Kraft gesetzt, die im März 2019 mit der Einarbeitung des IT-Grundschutzes nach BSI eine Erweiterung erfuhr.

Das Risikomanagementsystem der kdVz Rhein-Erft-Rur unterliegt einer stetigen Weiterentwicklung. Es ist als System soweit etabliert, dass nun mit der alternativen Risikobetrachtung und -bewertung eine weitere Dimension geschaffen werden konnte, um bei den einzelnen Produkten die Risiken zu fokussieren.

Neben der routinemäßigen Überprüfung der Risikobewertung nach Produkten wurde zum Audit 30.11.2020 erstmalig zur Nutzung von Synergieeffekten die Risikoproduktbewertung um die Be-

wertung der o.g. Produkte aus Sicht des internen Sicherheitsbeauftragten (ISB) und der Datenschutzbeauftragten (DSB) ergänzt. Die Liste wurde entsprechend erweitert und wird zukünftig die Einschätzungen der Informationssicherheit und des Datenschutzes mit beinhalten.

Die aktuelle Risikobewertung umfasst 168 Einzelrisiken mit einer bewerteten Gesamtrisikosumme von 595.000,00 €. Die Bewertung erfolgt, indem das geschätzte Schadensausmaß mit der geschätzten Eintrittswahrscheinlichkeit multipliziert wird.

Die Risikobewertung erfolgt in Klassen:

Schadenshöhe	In Klassen	Schadenssumme
Sehr hoher Vermögensschaden	5	> 1,5 Mio
Hoher Vermögensschaden	4	< 1,5 Mio
Mittlerer Vermögensschaden	3	< 750 T
Geringer Vermögensschaden	2	< 250 T
Sehr geringer Vermögensschaden	1	< 50 T
Nicht existent	0	0

Eintrittswahrscheinlichkeit (ETW)	Faktor	in %
Sehr Wahrscheinlich fast sicher, 1 mal pro Woche oder öfter	5	100
Nahe liegend Etwa 1 mal pro Monat	4	10
Gelegentlich etwa 1 mal pro Jahr	3	1
Fern liegend Etwa 1 mal pro Jahr oder seltener	2	0,1
Sehr unwahrscheinlich Alle 10 Jahre oder seltener	1	0,01
Nicht relevant	0	0

Die nachstehenden Risiken ergeben nach deren Bewertung (Schadenshöhe multipliziert mit Eintrittswahrscheinlichkeit) den höchsten prozentualen Anteil am Gesamtrisiko.

In der Risikogruppe Personal wurde das Beihilferisiko mit einer Schadenshöhe Klasse 4 und Eintrittswahrscheinlichkeit Faktor 4 bewertet. Die Risikosumme beträgt 150.000 € und ist mit 25,21 % das am höchsten bewertete Einzelrisiko am Gesamtrisiko.

In der Risikogruppe Geschäftsprozesse wurde das Risiko der Jahressteuerbescheiderstellung mit einer Schadenshöhe Klasse 3 und Eintrittswahrscheinlichkeit Faktor 4 bewertet. Hier wurde das Risiko von Verzögerungen/Fehlern bei den für die Verwaltungen durchgeführten steuerlichen Jahreshauptveranlagungen durch Verkleinerung des zeitlichen Horizonts wegen der Druckauslagerung zur OWL-IT sowie durch eigene Personalausfälle bewertet.

In der Risikogruppe Finanzen, ebenfalls mit einer Schadenshöhe Klasse 3 und Eintrittswahrscheinlichkeit Faktor 4 bewertet, wurde das Risiko der Schwankungen von Sachmittelpreisen bewertet. Beide Risikosummen betragen 75.000 € und sind mit jeweils 12,61% die am zweithöchsten bewerteten Einzelrisiken am Gesamtrisiko.

Die am dritthöchsten bewerteten Einzelrisiken wurden mit einer Schadenshöhe Klasse 2 und Eintrittswahrscheinlichkeit Faktor 4 bewertet.

Es handelt sich hierbei um folgende Risiken:

- Einführung von Software im Bereich IT-Betrieb (Risikogruppe Technik)
- Durchführung von Updates im Bereich IT-Services (Risikogruppe Technik)
- Risiko der Personalbeschaffung (Risikogruppe Personal)
- Schwankungen von Energiekosten (Risikogruppe Finanzen)

Die Risikosumme beträgt je Risiko 25.000 € mit 4,2 % am Gesamtrisiko.

Das bewertete Gesamtrisiko von 595.000,00 € ist durch das ausgewiesene Eigenkapital gedeckt.

Eine Thematik, die in der Vergangenheit dem ‚laufenden Geschäft‘ zuzuordnen gewesen wäre, hat sich seit einiger Zeit so dramatisch verschärft, dass sie sich zum unternehmenskritischen Faktor für die kdVz Rhein-Erft-Rur entwickelt hat und daher an dieser Stelle besonderer Erwähnung verdient – der Schutz vor Angriffen aus dem Cyberraum. Die Angriffsszenarien auf öffentliche Institutionen steigen rapide an, auch der Zweckverband sieht sich Tag für Tag mannigfaltigen Bedrohungen auf seine IT-Sicherheit ausgesetzt und wehrt vielfach gezielte Angriffsversuche ab. Ein Kooperationspartner der kdVz, die Südwestfalen-IT (SIT), hatte leider nicht so viel Glück und wurde im Oktober 2023 Opfer eines Hackerangriffs. Vorhandene Schwachstellen wurden ausgenutzt und Systeme verschlüsselt. Die Folge war, dass – trotz vorhandenen Backups – zentrale Services der SIT über Monate nicht vollumfänglich verfügbar waren; eine vollständige Wiederherstellung des Normalbetriebs war erst nach Ablauf eines Jahres zu konstatieren. Die kdVz und andere IT-Dienstleister konnten die SIT bei der Aufrechterhaltung der wichtigsten Services unterstützen. Das Beispiel mahnt, dass die öffentliche Hand ihre Anstrengungen deutlich intensivieren muss, um vor Cyberangriffen gewappnet zu sein. Die kdVz hat in der jüngeren Vergangenheit diverse Maßnahmen umgesetzt, um die Sicherheit des Verbandsnetzes zu erhöhen – angefangen von der Etablierung einer 2-Faktor-Authentifizierung über die Härtung der IT-Infrastruktur bis hin zum Geo-Blocking, also der Unterbindung des Zugriffs auf IT-Systeme aus dem Ausland. Trotz der erheblichen Fortschritte, die der Zweckverband bislang bereits erzielt hat, sind angesichts der immer ausgereifteren und professioneller vorgetragenen Cyberangriffsstrategien kontinuierlich Maßnahmen zur Abwehr der Angriffe und zum Schutz des Verbandsnetzes notwendig. Dies bedeutet für die Zukunft:

1. Der Aufwand für den Verband, möglichst gut auf Angriffe vorbereitet zu sein, steigt erheblich – technisch wie fachlich
2. Es braucht mehr spezialisiertes Personal, um identifizierte Themen zeitnah umsetzen zu können
3. Es ist mit weiter steigenden Kosten für die Informationssicherheit zu rechnen
4. Cybersecurity ist eine Gemeinschaftsaufgabe und kann nur durch das Zusammenwirken aller Akteure im Zweckverband gelingen

Chancen und Prognosebericht

Das Umsatzwachstum, das die kdVz Rhein-Erft-Rur bereits in den vorvergangenen Jahren verzeichnen konnte, setzt sich wie prognostiziert auch im Jahr 2024 fort (30,2 Mio. €). Der Trend zur Digitalisierung in den Verwaltungen lässt auch in 2024 nicht nach. Darüber hinaus war und ist die zunehmende Komplexität von IT-Architekturen Treiber für IT-Zentralisierungsszenarien der Verbandsmitglieder hin zur kdVz.

Für das Geschäftsjahr 2025 wird im Wirtschaftsplan ein Umsatzwachstum auf 32,3 Mio. € (Plan 2024: 28,8 Mio. €) prognostiziert bei einem geplanten Investitionsvolumen von 3,7 Mio. € (Plan 2024: 4,2 Mio. €).

Ein Thema, mit dem sich die kdVz Rhein-Erft-Rur wie auch andere IT-Dienstleister in NRW in den kommenden Jahren konkret werden mit auseinandersetzen müssen, ist der von den kommunalen Spitzenverbänden in NRW initiierte Prozess zur Neuordnung und Neuaufstellung der kommunalen IT-Landschaft in NRW. Zum Jahresende 2023 hatte der von den kommunalen Spitzenverbänden beauftragte Gutachter seinen Schlussbericht vorgelegt. Dieser wurde anschließend im gemeinsamen IT-Lenkungsausschuss der kommunalen Spitzenverbände, den Gremien der kommunalen Spitzenverbände sowie im KDN-Verbandsausschuss und dem zur Begleitung des Gutachtenprozesses eingerichteten KDN-Arbeitskreis ausführlich beraten; daraufhin wurden erste Eckpunkte für einen etwaigen Transformationsprozess entwickelt und in einem „Gemeinsamen Positionspapier zur Gründung einer zentralen kommunalen IT-Organisation in NRW“ zusammengefasst. Dieses Zielbild wurde im abgelaufenen Jahr im KDN gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden konkretisiert.

In der Folge wurde verabredet, durch ein Rechtsgutachten Fragen bezüglich Organisation, Rechtsform, Zusammenarbeitsmodell für den Leistungsaustausch sowie Grundlagen für eine mögliche Auslagerung von Aufgaben und Ressourcen zu klären. Dieses, finanziert größtenteils durch das Land NRW, befindet sich derzeit in der Erarbeitung und soll abschließend im Juni des laufenden Jahres vorliegen. Parallel dazu hat der KDN ein Organisationsgutachten zur Erarbeitung eines Vorgehensmodells für die Gründung beauftragt. Im Mittelpunkt dieses Gutachtens steht die Festlegung und Umsetzung der ersten zentralen Themen anhand von wirtschaftlichen und organisatorischen Aspekten. Mit diesem Gutachten – Titel „Gutachten zur Gründung einer zentralen kommunalen IT-Organisation in NRW“ – wurde die Next Digital Group betraut, die über umfangreiche Expertise zu Konsolidierungsprozessen im kommunalen IT-Umfeld verfügt. Der Abschluss des Gutachtens ist auf den 30.06.2025 terminiert.

Der Gutachtenprozess wurde und wird von der Geschäftsleitung der kdVz über verschiedene Gremien eng begleitet, die Verbandsorgane über wesentliche Schritte kontinuierlich informiert. Die Resonanz der Mitglieder des Zweckverbandes auf den vorgenannten Prozess ist dabei unverändert: Grundsätzlich befürwortet man Initiativen, die eine Standardisierung und die Steigerung der Wirtschaftlichkeit in der Erbringung von IT-Dienstleistungen ermöglichen. Andererseits soll der Regionalaspekt und der Verbandsgedanke bei derartigen strategischen Überlegungen nicht außer Acht gelassen werden. Daher ist die Geschäftsleitung auch weiterhin aufgefordert, einerseits den Fortgang des Prozesses im Sinne des Zweckverbandes konstruktiv zu begleiten, andererseits gleichzeitig den bisherigen erfolgreichen Weg der Kooperation dort, wo sie für den Verband Vorteile bringt, fortzusetzen. Insofern wird die kdVz die Strategie der Zusammenarbeit mit Partnern weiterverfolgen, um für die zukünftigen Herausforderungen wie Fachkräftemangel, Entwicklung der kommunalen Finanzen oder steigende Komplexität in der IT gewappnet zu sein.

Frechen, den 26.08.2025

Im Auftrag

Berger	Völz
Verbandsvorsteher	Geschäftsleiter

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsversammlung (je Verbandsmitglied ein Vertreter mit einer Stimme):

Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung:

Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Karsten Stickeler, CDU (Vorsitzender)	Stefan Guhlke, CDU

Die Mitglieder der Verbandsversammlung erhielten für ihre Tätigkeit keine Aufwandsentschädigung.

Der Verbandsversammlung der kdVz gehören von den insgesamt 65 Mitgliedern 11 Frauen an (Frauenanteil: 16,92 %).

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen folgende Vertreter in die Verbandsversammlung zu entsenden:

Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Karsten Stickeler, CDU	Frank Auel, CDU

Verwaltungsrat (Verbandsvorsteher, dessen zwei Stellvertreter sowie je fünf Hauptverwaltungsbeamte/leitende Bedienstete aus den Gebieten des Rhein-Erft-Kreises und der Kreise Düren und Euskirchen):

Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat:

Der Kreis Euskirchen wird durch Herrn Ingo Hessenius, GBL III, als stellvertretender Verbandsvorsteher im Verwaltungsrat vertreten.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten für ihre Tätigkeit keine Aufwandsentschädigung.

Dem Verwaltungsrat der kdVz gehören von den insgesamt 16 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 18,75 %).

Nachrichtlich:

Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden gemäß § 8 Abs. 1 der Verbandssatzung für die Dauer der laufenden Wahlzeit der kommunalen Vertreter von der Verbandsversammlung gewählt. Sie verbleiben nach Ablauf der Wahlzeit bis zur Neuwahl durch die Verbandsversammlung. Die konstituierende Verbandsversammlung der kdVz findet am 16. Januar 2026 statt.

Verbandsvorsteher:

Wolfgang Berger (1. Beigeordneter, Stadt Bergheim)

Stellvertreter:

Axel Buch (Bürgermeister, Gemeinde Hürtgenwald)

Ingo Hessenius (GBL III, Kreis Euskirchen)

Der Verbandsvorsteher und seine beiden Stellvertreter erhalten jährlich insgesamt eine Aufwandsentschädigung von 2.748 €.

Nachrichtlich:

Die Verbandsversammlung wählt gemäß § 10 Abs. 1 der Verbandssatzung für die Dauer der laufenden Wahlzeit die Verbandsvorsteherin/den Verbandsvorsteher und zwei Stellvertreterinnen/Stellvertreter. Sie verbleiben nach Ablauf der Wahlzeit bis zur Neuwahl durch die Verbandsversammlung. Die konstituierende Verbandsversammlung der kdVz findet am 16. Januar 2026 statt.

Geschäftsleitung:

Der Verbandsvorsteher überträgt die Durchführung der laufenden Geschäfte auf einen Geschäftsleiter. Der Geschäftsleiter und sein Stellvertreter werden vom Verwaltungsrat bestellt und abberufen. Im Berichtsjahr führte Herr Christian Völz die Geschäfte des Zweckverbandes. Der Geschäftsleiter Herr Christian Völz erhielt im Jahr 2024 eine außertarifliche Vergütung von 164.756,49 €.

Daneben besteht ein Rechnungsprüfungsausschuss.

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien des Zweckverbandes kdVz Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

3.4.3.2 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) und Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH)

Basisdaten

Anschrift: Deutzer Allee 4
50679 Köln
Internet: <http://www.vrs.de/>
Gründungsjahr: 8. Dezember 1986

Mitgliedschafts- und Beteiligungsverhältnisse

Der Kreis Euskirchen ist Mitglied im Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg, weiterhin die Stadt Bonn, der Rhein-Erft-Kreis, die Stadt Köln, die Stadt Leverkusen, die Stadt Monheim am Rhein, der Oberbergische Kreis, der Rhein-Sieg-Kreis und der Rheinisch-Bergische Kreis. Jedes Verbandsmitglied entsendet je angefangene 100.000 Einwohner einen Vertreter in die Verbandsversammlung.

Der Zweckverband VRS wiederum ist Alleingesellschafter der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH mit einem Stammkapital i.H.v. 240.000 €.

Der Zweckverband VRS ist neben dem Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV) Verbandsmitglied im Zweckverband go.Rheinland, ehemals Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland (ZV go. Rheinland).

Der ZV go.Rheinland ist wiederum Alleingesellschafter der go. Rheinland GmbH, ehemals Nahverkehr Rheinland GmbH, mit einem Stammkapital i.H.v. 100.000 €.

Mit Beschluss der Verbandsversammlung des ZV VRS am 26. Juni 2024 und dem Beschluss des Kreistages des Kreises Euskirchen am 11. Dezember 2024 (V 623/2024) wurden die Gesellschaftsverträge der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH und der go. Rheinland GmbH an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG angepasst. Die Anzeige gegenüber der Bezirksregierung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 108 Abs. 5 b) GO NRW erfolgte am 16. Dezember 2024.

In der Verbandsversammlung des ZV go.Rheinland am 30. November 2023 wurde die 18. Satzung zur Änderung der Zweckverbandssatzung des ZV go.Rheinland beschlossen. Die Satzungsänderung wurde am 08. Januar 2024 im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln veröffentlicht.

Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

Aufgaben und Ziele des Zweckverbandes

Der Zweckverband VRS erfüllt Aufgaben nach § 5 Abs. 1 ÖPNVG NW (Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr NW) und sonstigen Vorschriften. Dazu gehört insbesondere die Weiterentwicklung und Fortschreibung des Verbundtarifs sowie Marktforschung und Erstellung von Marketingkonzepten. Die VRS GmbH nimmt für den ZV VRS die diese obliegenden Aufgaben wahr. In Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen übernimmt sie zudem Aufgaben als Dienstleister für diese. Die Erbringung von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein dringender öffentlicher Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 107 Abs. 1 GO. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind an dieser Stelle beide Institutionen dargestellt.

Mit der am 01. Januar 2008 in Kraft getretenen Änderung des ÖPNVG NRW ist die Aufgabe der konzeptionellen Planung und Gestaltung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf den neu gegründeten Zweckverband go.Rheinland (ehemals Zweckverband Nahverkehr Rheinland (ZV NVR)) übertragen worden, dessen Mitglieder der ZV VRS und der Aachener Verkehrsverbund sind.

Die Verbandsversammlung des ZV VRS hat am 25. November 2022 eine Änderung der Zweckverbandssatzung beschlossen. Die Änderung wurde am 09. Januar 2023 im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln veröffentlicht. Der Zweckverband VRS unterstützt den Zweckverband go.Rheinland (ehemals Nahverkehr Rheinland) bei der Umsetzung der Aufgaben nach § 5 Abs. 3 S. 3 und 4 ÖPNVG NRW. Er wirkt auf eine integrierte Verkehrsgestaltung im ÖPNV, insbesondere auf die Bildung eines einheitlichen Gemeinschaftstarifs, auf die Bildung kooperationsraumübergreifender Tarife mit dem Ziel eines landesweiten Tarifs, auf ein koordiniertes Verkehrsangebot im ÖPNV und einheitliche Beförderungsbedingungen, Produkt- und Qualitätsstandards, Fahrgastinformations- und Betriebssysteme und ein übergreifendes Marketing hin. Er wirkt darüber hinaus auf eine Ausgestaltung angemessener Kundenrechte durch Aufnahme von entsprechenden Regelungen in die Tarifbestimmungen des Gemeinschaftstarifs hin. Als zuständige Behörde nach Artikel 3 Abs. 2 VO (EG) 1370/2007 entscheidet er über die Festsetzung von Höchsttarifen für alle Fahrgäste oder bestimmte Gruppen von Fahrgästen. Eine Pflicht zur Festsetzung von Höchsttarifen besteht nicht. Mit Unterstützung der Verbandsmitglieder ermittelt er die unternehmensspezifischen Aufwanddeckungsfehlbeträge nach § 16 Abs. 2 Satz 4 der Verbandssatzung und schreibt sie fort.

In der Verbandsversammlung des ZV VRS am 30. November 2023 wurde die 16. Satzung zur Änderung der Zweckverbandssatzung des ZV VRS beschlossen. Die Satzungsänderung wurde am 08. Januar 2024 im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln veröffentlicht.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Durch den Zweckverband VRS wird eine jährliche Verbandsumlage erhoben. Die Umlage für das Jahr 2024 beträgt 300 T€ wovon 5% (15,0 T€) auf den Kreis Euskirchen entfällt.

Die Zuschüsse werden durch den Zweckverband erhoben und an die VRS GmbH weitergeleitet.

Entwicklung der Bilanzen

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Finanzanlagen	516.087	516.087	516.087	0
	516.087	516.087	516.087	0
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	21.115.408	355.095	50.052	20.760.312
Liquide Mittel	4.143.343	5.616.762	4.372.980	-1.473.419
	25.258.751	5.971.857	4.423.032	19.286.894
Summe Aktiva	25.774.838	6.487.945	4.939.119	19.286.894
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Allgemeine Rücklage	641.599	641.599	641.599	0
Ausgleichsrücklage	70.247	70.247	70.247	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0
	711.845	711.845	711.845	0
B Rückstellungen	12.290	9.000	4.760	3.290
C Verbindlichkeiten	25.050.703	5.767.099	4.222.514	19.283.604
Summe Passiva	25.774.838	6.487.945	4.939.119	19.286.894

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	42.005	83.655	80.781	-41.650
Sachanlagen	784.714	491.558	413.324	293.156
Finanzanlagen	3.967.316	794.049	878.245	3.173.267
	4.794.035	1.369.262	1.372.350	3.424.773
B Umlaufvermögen				
Vorräte	5.752	5.770	6.318	-18
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.291.106	3.528.577	1.794.518	762.529
Liquide Mittel	59.034.831	48.826.026	43.900.902	10.208.805
	63.331.688	52.360.373	45.701.739	10.971.315
C Rechnungsabgrenzungsposten	327.127	637.110	594.883	-309.984
Summe Aktiva	68.452.850	54.366.745	47.668.971	14.086.104
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	240.000	240.000	240.000	0
	240.000	240.000	240.000	0
B Sonderposten	0	0	11.488	0
C Rückstellungen	4.885.651	5.152.639	5.571.416	-266.988
D Verbindlichkeiten	63.327.199	48.971.865	41.842.227	14.355.334
E Rechnungsabgrenzungsposten	0	2.241	3.840	-2.241
Summe Passiva	68.452.850	54.366.745	47.668.971	14.086.104

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Zuwendungen und allg. Umlagen	212.268.617	108.445.427	8.599.806	103.823.190
2	Sonstige ordentliche Erträge	50	0	0	50
3	Sachaufwand	212.200.604	108.389.843	8.520.763	103.810.761
4	Sonstige ordentliche Aufwendungen	68.063	55.584	65.619	12.479
5	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	13.424	0
6	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	0

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	29.415.711	27.558.816	28.140.749	1.856.896
2	Sonstige betriebliche Erträge	288.687	294.983	515.800	-6.296
3	Sachaufwand	14.340.487	13.255.221	13.803.363	1.085.265
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	11.729.596	10.629.296	10.134.209	1.100.300
a)	Löhne und Gehälter	9.145.661	8.378.437	7.519.002	767.225
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.583.935	2.250.859	2.615.206	333.076
5	Abschreibungen	203.987	256.085	573.031	-52.098
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.776.585	3.791.008	3.510.542	-14.423
7	Erträge aus anderen Wertpapieren	45.245	24.489	26.944	20.756
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	544.933	119.122	0	425.812
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
9	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	48.409	1.176	51.642	47.233
10	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9.349	64.623	225.599	-55.275
11	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	186.165	0	385.107	186.165
12	Ergebnis nach Steuern	0	0	0	0
13	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	0

Kennzahlen

./.

Personalbestand VRS GmbH:

Geschäftsjahr	2024	2023	2022	Erläuterungen
Insgesamt	145	136	125	ohne Geschäftsführer und Auszubildende

Geschäftsentwicklung

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

1. Geschäftstätigkeit und öffentliche Zwecksetzung

Der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) wurde von den kreisfreien Städten Köln, Bonn, Leverkusen und der kreisangehörigen Stadt Monheim am Rhein sowie dem Rhein-Erft-Kreis, dem Oberbergischen Kreis, dem Rhein-Sieg-Kreis und Rheinisch Bergischen Kreis im Jahr 1986 gegründet. Der Kreis Euskirchen wurde Mitglied des ZV VRS zum 1.1.1996.

Der Zweckverband nimmt Aufgaben nach dem ÖPNVG NRW wahr, er ist die zuständige Behörde nach der VO (EU) 1370 im Hinblick auf den Verbundtarif und hat seinen Sitz in Köln. Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben bedient er sich seiner 100 %-igen Tochtergesellschaft, der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH.

Der ZV VRS ist neben dem ZV AVV einer der beiden Trägerzweckverbände des Zweckverbandes go.Rheinland.

Beschlüsse des Zweckverbandes werden soweit sie nicht in die originäre Zuständigkeit des Vorstandsvorstehers fallen von der Verbandsversammlung gefasst. Die Verbandsversammlung wurde im Nachgang zur Kommunalwahl 2020 in seiner Sitzung vom 05.02.2021 für die aktuelle Legislaturperiode neu konstituiert. Im Geschäftsjahr 2024 wurden vier Verbandsversammlungen abgehalten, zu denen fristgerecht und ordnungsgemäß einberufen wurde.

2. Wirtschaftliche Lage

2.1 Vermögenslage

Der ZV VRS weist zum 31.12.2024 eine Bilanzsumme von 25.774,8 TEUR aus (Vorjahr: 6.487,9 TEUR), dies ist eine Erhöhung um 19.286,9 TEUR. Diese Erhöhung resultiert aus der Zwischenfinanzierung der fehlenden Zuwendungen des Landes zum Ausgleich nicht gedeckter Kosten im öffentlichen Personennahverkehr im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket im Jahr 2024 in Nordrhein-Westfalen. Hier hat der ZV VRS eine Forderung gegenüber dem Ministerium von 21.109,2 TEUR gebildet. Der Zufluss der fehlenden Zuwendung wird im Jahr 2025 erwartet.

Auf der Passivseite erhöhten sich die sonstigen Rückstellungen um 3,3 TEUR auf 12,3 TEUR und die sonstigen Verbindlichkeiten stiegen um 19.283,6 TEUR auf 25.050,6 TEUR an. Diese Erhöhung der Verbindlichkeit resultiert aus einem rückzahlbaren Zuschuss des ZV go.Rheinland zur Zwischenfinanzierung der fehlenden Zuwendungen des Deutschland Tickets. Durch die Zwischenfinanzierung konnten die Weiterleitungen an die betroffenen Verkehrsunternehmen gewährleistet werden.

2.2 Finanzlage

Wesentliche Vermögensgegenstände des Zweckverbandes sind die Anteile an der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH und die Beteiligung am Zweckverband go.Rheinland.

Die liquiden Mittel des ZV VRS betragen zum Stichtag 31.12.2024 4.143,3 TEUR (Vorjahr: 5.616,7 TEUR).

Davon entfallen 6,9 TEUR auf die Mittel aus § 11 Absatz 1 ÖPNVG NRW, 2.353,7 TEUR auf die vom Land NRW erhaltenen Zuwendungen zur Förderung des Verkaufs des MobilPass-Tickets, 837,9 TEUR auf die vom Land NRW erhaltenden Zuwendungen des AzubiTickets NRW.

2.3 Ertragslage

Der ZV VRS finanziert sich ausschließlich aus Zuwendungen.

Im Wirtschaftsjahr 2024 erhielt der ZV VRS eine Zuwendung des Zweckverband go.Rheinland aus Finanzmitteln nach § 11 Absatz 1 ÖPNVG NRW in Höhe von 75,0 TEUR zur Deckung seiner Eigenaufwendungen.

Die bewilligte Zuwendungshöhe des Deutschland Tickets belief sich in 2025 auf insgesamt 203.661,6 TEUR. Hiervon erhielt der ZV VRS insgesamt 182.551,9 TEUR von Seiten der Bezirksregierung Köln. Die restlichen Mittel wurden durch eine Zwischenfinanzierung über insgesamt 21.109,2 TEUR von Seiten des ZV go.Rheinland zu Verfügung gestellt.

Außerdem erhielt der ZV VRS weitere Zuwendungen in Höhe von 7.040,9 TEUR zur Förderung des MobilPass Tickets, eine Förderung des Azubi Tickets NRW über 1.073,9 TEUR, sowie eine Förderung zum e-Tarif über 124,4 TEUR. Die Zuwendungen zur MobilPass Ticket sowie zum Azubi Ticket NRW müssen bis 30.06.2025 vollständig ausgekehrt werden. Der erhaltene Zuschuss zum e-Tarif musste bis 31.12.2024 ausgekehrt werden.

Als alleiniger Gesellschafter der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH hat der ZV VRS sich angemessen an der Finanzierung der Aufwendungen der Gesellschaft zu beteiligen. Dazu hat die Verbandsversammlung, wie auch in den Vorjahren eine Umlage in Höhe von 300,0 TEUR nach einem in der Verbandsatzung festgelegten Schlüssel unter den Zweckverbandsmitgliedern beschlossen. Die Kommunalaufsicht hat diese Umlage am 25.01.2024 genehmigt.

Im Mai 2023 wurde vom Bund und den Ländern das deutschlandweit gültige Deutschland Ticket für 49,-€ eingeführt. Die Mindererlöse aus dieser Maßnahme werden den Erlösverantwortlichen für das Jahr 2024 durch den Bund und die Länder vollumfänglich ausgeglichen. Der Mechanismus entspricht dem Rettungsschirm für den Corona-Schadensausgleich der Jahre 2020-2022. Basis für den Schadensausgleich ist das letzte reguläre Geschäftsjahr im ÖPNV 2019.

Auf Betreiben des Landes NRW wurde zum Schuljahreswechsel im Sommer 2023 das Deutschland Ticket Schule eingeführt. Hierdurch wurden die Strukturen der Schülerverkehrsfinanzierung nachhaltig verändert mit teils erheblichen negativen finanziellen Auswirkungen im ländlichen Raum. Der entsprechende Erlass des Landes NRW wurde verlängert und hat nun eine Laufzeit bis zum 31.07.2026, also bis zum Ende des Schuljahres 2025/26.

Weiterhin wurden bzw. werden die Semester Tickets und die MobilPass Tickets auch als Deutschland Ticket angeboten.

3. Risikobericht

Der ZV VRS finanziert sich ausschließlich aus Zuwendungen.

Im Wirtschaftsjahr 2024 erhielt der ZV VRS eine Zuwendung des Zweckverband go.Rheinland aus Finanzmitteln nach § 11 Absatz 1 ÖPNVG NRW in Höhe von 75,0 TEUR zur Deckung seiner Eigenaufwendungen.

Die bewilligte Zuwendungshöhe des Deutschland Tickets belief sich in 2025 auf insgesamt 203.661,6 TEUR. Hiervon erhielt der ZV VRS insgesamt 182.551,9 TEUR von Seiten der Bezirksregierung Köln. Die restlichen Mittel wurden durch eine Zwischenfinanzierung über insgesamt 21.109,2 TEUR von Seiten des ZV go.Rheinland zu Verfügung gestellt.

Außerdem erhielt der ZV VRS weitere Zuwendungen in Höhe von 7.040,9 TEUR zur Förderung des MobilPass Tickets, eine Förderung des Azubi Tickets NRW über 1.073,9 TEUR, sowie eine Förderung zum e-Tarif über 124,4 TEUR. Die Zuwendungen zur MobilPass Ticket sowie zum Azubi Ticket NRW müssen bis 30.06.2025 vollständig ausgekehrt werden. Der erhaltene Zuschuss zum e-Tarif musste bis 31.12.2024 ausgekehrt werden.

Als alleiniger Gesellschafter der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH hat der ZV VRS sich angemessen an der Finanzierung der Aufwendungen der Gesellschaft zu beteiligen. Dazu hat die Verbandsversammlung, wie auch in den Vorjahren eine Umlage in Höhe von 300,0 TEUR nach einem in der Verbandssatzung festgelegten Schlüssel unter den Zweckverbandsmitgliedern beschlossen. Die Kommunalaufsicht hat diese Umlage am 25.01.2024 genehmigt.

Im Mai 2023 wurde vom Bund und den Ländern das deutschlandweit gültige Deutschland Ticket für 49,-€ eingeführt. Die Mindererlöse aus dieser Maßnahme werden den Erlösverantwortlichen für das Jahr 2024 durch den Bund und die Länder vollumfänglich ausgeglichen. Der Mechanismus entspricht dem Rettungsschirm für den Corona-Schadensausgleich der Jahre 2020-2022. Basis für den Schadensausgleich ist das letzte reguläre Geschäftsjahr im ÖPNV 2019.

Auf Betreiben des Landes NRW wurde zum Schuljahreswechsel im Sommer 2023 das Deutschland Ticket Schule eingeführt. Hierdurch wurden die Strukturen der Schülerverkehrsfinanzierung nachhaltig verändert mit teils erheblichen negativen finanziellen Auswirkungen im ländlichen Raum. Der entsprechende Erlass des Landes NRW wurde verlängert und hat nun eine Laufzeit bis zum 31.07.2026, also bis zum Ende des Schuljahres 2025/26.

Weiterhin wurden bzw. werden die Semester Tickets und die MobilPass Tickets auch als Deutschland Ticket angeboten.

4. Prognosebericht

Der Preis für das im Mai 2023 eingeführte Deutschland Ticket betrug auch im Jahr 2024 weiterhin 49,- € und wird ab 2025 auf 58,-€ erhöht, dadurch wird voraussichtlich der bundesweite Gesamtzuschussbedarf für den Schadensausgleich gesenkt.

Trotzdem klafft bundesweit zwischen den Branchenprognosen und den zugesagten Mitteln kalkulatorisch weiterhin eine Deckungslücke, die im Herbst 2025 wirksam werden könnte. Die Beschlusslage des VRS sieht vor, bei Nicht Auskömmlichkeit, das Deutschland Ticket wieder vom Markt zu nehmen.

Grundsätzlich soll der Rettungsschirm, der den Deutschlandticketschadensausgleich beinhaltet ab 31.12.25 enden und durch einen anderen Ausgleichsmechanismus ersetzt werden. Da die Zukunft des Deutschlandtickets vom Ausgang der Bundestagswahlen 02/25 abhängt können derzeit keine Aussagen zur Zukunft des Produktes gemacht werden.

Aus den geänderten Rahmenbedingungen für den Schülerverkehr erwachsen den erlösverantwortlichen Verkehrsunternehmen, insbesondere im ländlichen Raum erhebliche Risiken auch für das Jahr 2025. Es bestehen gute Aussichten auf eine Verlängerung der Maßnahme wie im Jahr 2024 bis 31.12.2025.

Die für das Jahr 2024 geplante bundesweite Einnahmeaufteilung für das Deutschland Ticket nach dem Postleitzahlenprinzip soll nun im Jahr 2025 umgesetzt werden. Es ist mit Erlösverschiebungen für die erlösverantwortlichen Organisationen zu rechnen. Die regionale Umsetzung dieser Einnahmeaufteilung würde durch die zuständige einnahmenaufteilende Stelle, die VRS GmbH, durchgeführt werden.

Die Landeszuschüsse für die Tickets, Sozial, Azubi und easy NRW sollen auch für das Jahr 2025 erhalten bleiben.

Trotz der vorgenannten Entwicklungen bleiben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den ZV VRS voraussichtlich weitgehend unverändert. Im Jahr 2025 erhält der ZV VRS seitens des ZV go.Rheinland Zuwendungen in Höhe von 96,0 TEUR zur Abdeckung seiner Eigenaufwendungen.

Der Zuschuss zum Deutschland Ticket ist bis mindestens 2025 gesichert, somit wurden weitere 150.000,0 TEUR im Wirtschaftsplan niedergelegt.

Die Förderung des MobilPass Tickets wird mindestens bis 31.12.2025 fortgesetzt. Im Wirtschaftsplan für 2025 ist daher wiederum ein Förderbetrag in Höhe von 7.000,0 TEUR angesetzt, eine Förderung des Azubi Tickets NRW über 1.093,0 TEUR, sowie eine Förderung zum e-Tarif NRW über 150,0 TEUR.

Für 2025 wird mit einem ausgeglichenen Ergebnis geplant.

Köln, den 16. Mai 2025

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS)

Verbandsvorsteher
gez. Sebastian Schuster

Zusammensetzung der Organe

ZV Verkehrsverbund Rhein-Sieg

Verbandsversammlung:

Vertreter des Kreis Euskirchen in der Verbandsversammlung des VRS:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Achim Blindert, GBL V	Guido Schmitz, AbtL 66
2. Bernd Kolvenbach *1, CDU	Hans Schmitz, SPD

*1 gleichzeitig 1. Vorsitzender der Verbandsversammlung

Der Verbandsversammlung des ZV VRS gehören von den insgesamt 38 Mitgliedern 7 Frauen an (Frauenanteil: 18,42 %).

Die Mitglieder der Verbandsversammlung erhielten für ihre Tätigkeiten in der Verbandsversammlung Auslagenersatzpauschalen und Verdienstaufwandsersatzungen.

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen folgende Vertreter in die Verbandsversammlung zu entsenden:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Achim Blindert, GBL V	Guido Schmitz, AbtL 66
2. Manfred Manheller, CDU	Dominik Schmitz, CDU
3. Wolfgang Heller, SPD	Daniel Rudan, SPD

Jedes Verbandsmitglied entsendet gemäß § 7 Abs. 2 der Zweckverbandssatzung je angefangene 100.000 Einwohner eine vertretungsberechtigte Person in die Verbandsversammlung. Aufgrund der gestiegenen Bevölkerungszahl im Kreis Euskirchen werden ab der neuen Wahlperiode drei Vertreter in die Verbandsversammlung entsendet.

Verbandsvorsteher:

Landrat Sebastian Schuster (Rhein-Sieg-Kreis)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge des Verbandsvorstehers zu entnehmen.

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH

Gesellschafterversammlung (wird durch ZV VRS besetzt):

Besetzung durch ZV VRS

Vorsitzender: Bernd Kolvenbach, CDU

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

Aufsichtsrat:

Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat der VRS GmbH:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
Hans Schmitz, SPD	Achim Blindert, AV

Die Mitglieder des Aufsichtsrats bzw. deren Vertreter erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Vergütungen in Höhe von insgesamt 3,0 T€.

Dem Aufsichtsrat der VRS GmbH gehören von den insgesamt 25 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 12,00 %).

Beirat (Vertreter der Verkehrsunternehmen, die verbundrelevante Verkehre erbringen):

Vertreter des Kreises im Beirat der VRS-GmbH:

Der Kreis wird im Beirat in seiner Funktion als Verkehrsunternehmen (BgA) durch Herrn Achim Blindert (AV) vertreten.

Die Mitglieder des Beirates erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Vergütungen in Höhe von insgesamt 4,6 T€.

Dem Beirat der VRS GmbH gehören von den insgesamt 20 Mitgliedern 4 Frauen an (Frauenanteil: 20 %).

Geschäftsführung:

Geschäftsführung der VRS-GmbH

	Bezüge 2024
Michael Vogel	214,4 T€
Dr. Norbert Reinkober	170,3 T€

Nachrichtlich:

Die, aufgrund der im September 2025 stattgefundenen Kommunalwahlen, neu zu entsendenden Vertreter in die Gesellschafterversammlung, den Aufsichtsrat und den Beirat der VRS GmbH werden in der konstituierenden Verbandsversammlung des ZV VRS am 06. Februar 2026 beschlossen.

ZV go.Rheinland (ehemals Zweckverband Nahverkehr Rheinland)

Verbandsversammlung:

Vertreter des Kreis Euskirchen in der Verbandsversammlung des VRS:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
Bernd Kolvenbach, CDU	Hans Schmitz, SPD

Die Mitglieder der Verbandsversammlung bzw. deren Vertreter erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2024 Vergütungen in Höhe von ca. 76,2 T€.

Vergabeausschuss:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertreter (gebundene Vertretung)
1. Achim Blindert, AV	
2. Hans Schmitz, SPD	Bernd Kolvenbach, CDU

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter im Vergabeausschuss zu entnehmen.

Betriebsausschuss Eigenbetrieb Fahrzeuge:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertreter (gebundene Vertretung)
1. Achim Blindert, AV	
2. Hans Schmitz, SPD	Bernd Kolvenbach, CDU

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter im Betriebsausschuss Eigenbetrieb Fahrzeuge zu entnehmen.

Hauptausschuss:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertreter (gebundene Vertretung)
1. Bernd Kolvenbach, CDU	Achim Blindert, AV
2.	Hans Schmitz, SPD

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter im Hauptausschuss zu entnehmen.

Strategieausschuss (ab dem Jahr 2022):

Ordentliche Mitglieder	Stellvertreter (gebundene Vertretung)
Bernd Kolvenbach, CDU	Hans Schmitz, SPD

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter im Hauptausschuss zu entnehmen.

Verbandsvorsteher:

Landrat Stephan Santelmann (Rheinisch-Bergischer Kreis)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge des Verbandsvorstehers zu entnehmen.

Nachrichtlich:

Die, aufgrund der im September 2025 stattgefundenen Kommunalwahlen, neu zu entsendenden Vertreter in die Verbandsversammlung und den Ausschüssen des ZV go.Rheinland werden in der konstituierenden Verbandsversammlung des ZV VRS am 06. Februar 2026 beschlossen.

go.Rheinland GmbH (ehemals Nahverkehr Rheinland GmbH)

Gesellschafterversammlung (wird durch den ZV go.Rheinland besetzt):

Landrat Stephan Santelmann (Rheinisch Bergischer Kreis)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

Aufsichtsrat:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertreter
Bernd Kolvenbach, CDU	Achim Blindert, AV

Die Mitglieder des Aufsichtsrates bzw. deren Vertreter erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2024 Vergütungen in Höhe von 5,6 T€.

Geschäftsführung:

Dr. Norbert Reinkober	
Michael Vogel	
Heiko Sedlaczek	(bis 22. Januar 2024)
Marcel Winter	(seit 01. Juni 2024)
Hans-Peter Geulen	(seit 01. Juli 2024)

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführer beliefen sich in 2024 auf 319,3 T€.

Nachrichtlich:

Die, aufgrund der im September 2025 stattgefundenen Kommunalwahlen, neu zu entsendenden Vertreter in die Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat der go.Rheinland GmbH werden in der konstituierenden Verbandsversammlung des ZV go. Rheinland am 27. Februar 2026 beschlossen.

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien des Zweckverbandes VRS Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

3.4.3.3 Zweckverband Kronenburger See

Basisdaten

Geschäftsführung: Gemeinde Dahlem

Internet: <https://kronenburger-see.de>

Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes Kronenburger See sind die Gemeinde Dahlem, die Verbandsgemeinde Gerolstein, der Kreis Euskirchen und der Landkreis Vulkaneifel.

Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband hat kein Stammkapital.

Aufgaben und Ziele des Zweckverbandes

Aufgabe des Verbandes ist die Unterhaltung einer Stauanlage und eines Wassersammelbeckens zur Aufstauung der Kyll oberhalb Kronenburgerhütte. Weiterhin dient der Verband der Tourismusförderung am Kronenburger See.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Der Verband deckt seinen Finanzbedarf durch die Erhebung von Umlagen von seinen Mitgliedern im Verhältnis der Beteiligung der Mitglieder in der Verbandsversammlung (Anteil Kreis Euskirchen: 1/9 bzw. 11,11 %).

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsversammlung (9 Sitze, davon Gemeinde Dahlem 5, Landkreis Vulkaneifel 2, Verbandsgemeinde Gerolstein und Kreis Euskirchen je 1 Sitz):

Vertreter des Kreis Euskirchen in der Verbandsversammlung:

Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Bernd Müller, CDU	Rudi Mießeler, CDU

Der Verbandsversammlung des ZV Kronenburger See gehört seit November 2024 eine Frau an. Bis zu diesem Zeitpunkt war in der Verbandsversammlung keine Frau vertreten.

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen folgende Vertreter in die Verbandsversammlung zu entsenden:

<i>Ordentliches Mitglied</i>	<i>Stellvertretendes Mitglied</i>
<i>Bernd Müller, CDU</i>	<i>Bernhard Maus, CDU</i>

Verbandsvorsteher:

Jan Lembach, Bürgermeister Gemeinde Dahlem

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien des Zweckverbandes Kronenburger See Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Zweckverbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

3.4.3.4 Zweckverband Naturpark Rheinland

Basisdaten

Anschrift: Lindenstraße 20
50354 Hürth

Internet: <http://www.naturpark-rheinland.de/>

Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind der Rhein-Erft-Kreis, der Kreis Euskirchen, der Rhein-Sieg-Kreis, die Stadt Bonn, die Stadt Köln und die RWE Power AG.

Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

Aufgaben und Ziele des Zweckverbandes

Der Verband hat die Aufgabe, im Rahmen seiner Maßnahmeplanung das Verbandsgebiet unter Wahrung der Belange von Natur und Landschaft sowie der biologischen Vielfalt für die Erholung der Bevölkerung auszubauen und zu pflegen, den umwelt- und sozialverträglichen Tourismus zu fördern und auf eine nachhaltige Regionalentwicklung hinzuwirken. Ihm obliegen insbesondere:

- a) die Betreuung des Naturparks nach § 44 Abs. 1 des Landschaftsgesetzes NRW
- b) die Erstellung und Fortschreibung des Maßnahmeplanes im Sinne des § 44 Abs. 2 des Landschaftsgesetzes NRW
- c) die Erholungsplanung für das gesamte Verbandsgebiet - mit Ausnahme der Planung der innerörtlichen Grün- und Erholungsanlagen - auf der Grundlage des Maßnahmeplanes
- d) die Koordinierung der Planung von Erholungsanlagen durch Gemeinden und sonstige Dritte im Interesse einer einheitlichen Naturpark- und Erholungsplanung im Verbandsgebiet
- e) die Maßnahmen- und Ausführungsplanung sowie die Errichtung der Erholungsanlagen, die der Verband im Einzelfall auf Dritte übertragen kann. Die Bauleitplanung der Gemeinden bleibt unberührt.
- f) die Unterhaltung und der Betrieb der Tageserholungsanlagen, die der Verband auf Dritte übertragen kann
- g) die Beratung und Betreuung für nicht zum Verbandsgebiet gehörende Erholungsanlagen aufgrund von besonderen Vereinbarungen
- h) Maßnahmen, die der Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung einer durch vielfältige Nutzung geprägten Landschaft und ihrer Arten- und Biotopvielfalt dienen und in denen zu diesem Zweck eine dauerhaft umweltgerechte Landnutzung angestrebt wird
- i) die Förderung eines breiten Umweltbewusstseins durch Umweltbildung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Der Finanzbedarf des Zweckverbandes wird gedeckt aus Zuwendungen, Spenden, sonstigen Einnahmen und Umlagen der kommunalen Mitglieder. Der Zweckverband erhebt von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einnahmen nicht ausreichen, um seinen Finanzbedarf zu decken. Die Umlage wird von den Mitgliedern nach einem prozentualen Schlüssel auf der Basis der eingebrachten Flächen und der Bevölkerungszahl erhoben. Die RWE Power AG ist von der Umlage freigestellt.

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsversammlung (insg. 18 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen, je Vertreter eine Stimme):

Vertreter des Kreis Euskirchen in der Verbandsversammlung:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Achim Blindert, GBL V	Frank Fritze, AbtL 60
2. Erwin Jakobs, CDU	Hans-Joachim Schäfer, FDP
3. Michael Höllmann, SPD	Georgios Moudouris, SPD

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Verbandsversammlung zu entnehmen.

Der Verbandsversammlung des ZV Naturpark Rheinland gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern 8 Frauen an (Frauenanteil: 44,44 %).

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen folgende Vertreter in die Verbandsversammlung zu entsenden:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Achim Blindert, GBL V	Frank Fritze, AbtL 60
2. Patrick Rothkopf, CDU	Karsten Stickeler, CDU
3. Christine Bär, SPD	Gianna Voißel, SPD

Verbandsausschuss (je Mitglied 1 Vertreter mit gleichem Stimmrecht):

Vertreter des Kreis Euskirchen im Verbandsausschuss:

Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Erwin Jakobs, CDU	Hans-Joachim Schäfer, FDP

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Mitglieder des Verbandsausschusses zu entnehmen.

Dem Verbandsausschuss des ZV Naturpark Rheinland gehören von den insgesamt 6 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 50 %).

Nachrichtlich:

In der konstituierenden Sitzung des Kreistages am 05. November 2025 wurde beschlossen Herr Patrick Rothkopf, CDU, als ordentliches Mitglied und Herr Karsten Stickeler, CDU, als stellvertretendes Mitglied für den Verbandsausschuss vorzuschlagen.

Gemäß § 8 Abs. 1 Buchstabe f) und § 10 Abs. 2 der Zweckverbandssatzung wählt die Verbandsversammlung die Mitglieder des Verbandsausschusses und der Planungsausschüsse. Die konstituierende Sitzung der Verbandsversammlung vom Zweckverband fand am 12. Dezember 2025 statt. Die Niederschrift zur Sitzung befindet sich noch in Bearbeitung.

Planungsausschüsse Nord und Süd (je ein Vertreter/eine Vertreterin pro Verbandsmitglied sowie die Hauptverwaltungsbeamten/Hauptverwaltungsbeamtinnen der jeweiligen kreisangehörigen Städte und Gemeinden):

Laut Auskunft des Zweckverbandes sind die Planungsausschüsse zurzeit nicht aktiv.

Nachrichtlich:

In der konstituierenden Sitzung des Kreistages am 05. November 2025 wurde beschlossen Herr Karsten Stickeler, CDU, als ordentliches Mitglied und Herr Patrick Rothkopf, CDU, als stellvertretendes Mitglied für den Planungsausschuss Nord und Herr Patrick Rothkopf, CDU, als ordentliches

Mitglied und Herr Karsten Stickeler, CDU, als stellvertretendes Mitglied für den Planungsausschuss Süd vorzuschlagen.

Gemäß § 8 Abs. 1 Buchstabe f) und § 10 Abs. 2 der Zweckverbandssatzung wählt die Verbandsversammlung die Mitglieder des Verbandsausschusses und der Planungsausschüsse. Die konstituierende Sitzung der Verbandsversammlung vom Zweckverband fand am 12. Dezember 2025 statt. Die Niederschrift zur Sitzung befindet sich noch in Bearbeitung.

Verbandsvorsteher:

Vorsteher: Landrat Frank Rock, Rhein-Erft-Kreis

Stellvertreter: Landrat Markus Ramers

Nachrichtlich:

Gemäß § 8 Abs. 1 Buchstabe a) und § 17 Abs. 1 der Zweckverbandssatzung wählt die Verbandsversammlung den Verbandsvorsteher und dessen Stellvertreter. Die konstituierende Sitzung der Verbandsversammlung vom Zweckverband fand am 12. Dezember 2025 statt. Die Niederschrift zur Sitzung befindet sich noch in Bearbeitung.

Geschäftsführer: Frank Scheer, Dipl.-Geogr.

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge des Verbandsvorstehers und des Geschäftsführers zu entnehmen.

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien des Zweckverbandes Naturpark Rheinland Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Verbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

3.4.3.5 Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE)

Basisdaten

Anschrift: Berufsbildungszentrum Euskirchen
In den Erken 7
53881 Euskirchen-Euenheim
Internet: <http://www.bze-euskirchen.de/>

Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbands sind der Kreis Euskirchen, die Industrie- und Handelskammer Aachen (IHK) und die Handwerkskammer Aachen (HWK).

Stammkapital und Anteile

Das Stammkapital beträgt 825.225,10 € und entfällt zu gleichen Teilen auf die Verbandsmitglieder.

In der Verbandsversammlung des BZE am 13. Mai 2024 wurde beschlossen, die Satzung des Zweckverbandes an das vom Landtag NRW am 28. Februar 2024 beschlossene 3. NKFVG anzupassen. Die Bekanntmachung der geänderten Satzung (2. Änderungssatzung) erfolgte im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln am 15. Juli 2024.

Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Aufgabe des Zweckverbands ist die Unterhaltung und der Betrieb eines Berufsbildungszentrums. Das Berufsbildungszentrum führt berufsbildende, berufsfördernde und berufsbegleitende Maßnahmen folgender Art durch:

- überbetriebliche Unterweisung von Auszubildenden im Bereich der Industrie und des Handwerks,
- berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche, Erwachsene und Menschen mit Behinderung,
- Maßnahmen zur beruflichen Umschulung,
- Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Fortbildung,
- sonstige der beruflichen Bildung dienende Maßnahmen.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Der Verband ist gemeinnützig i.S.d. Abgabenordnung. Etwaige Gewinne dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes; das gilt auch für den Fall ihres Ausscheidens.

Der Finanzbedarf wird vorrangig durch spezielle Entgelte für die durchgeführten Bildungsmaßnahmen gedeckt. Soweit diese nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband eine Umlage, von der auf den Kreis Euskirchen zwei Drittel, auf die IHK und die HWK jeweils ein Sechstel entfallen.

Am 16. Dezember 2015 hat der Kreistag einer Umlageerhebung des Zweckverbandes bis zu einem Gesamtbetrag von 100 T€ p.a. (Anteil des Kreises Euskirchen: max. 67 T€ p.a.) zugestimmt. Die Leistung einer höheren Verbandsumlage bedarf einer erneuten Beratung und Beschlussfassung (V 168/2015).

Entwicklung der Bilanzen

Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	35.963	26.728	9.571	9.235
Sachanlagen	3.063.429	3.295.935	3.079.365	-232.507
Finanzanlagen	1.000	1.000	1.000	0
	3.100.392	3.323.663	3.089.936	-223.272
B Umlaufvermögen				
Vorräte	116.076	127.329	97.590	-11.253
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	527.557	531.942	587.479	-4.385
Liquide Mittel	73.410	409.534	567.995	-336.124
	717.043	1.068.805	1.253.063	-351.762
C Rechnungsabgrenzungsposten	2.708	54.887	46.830	-52.179
Summe Aktiva	3.820.143	4.447.356	4.389.830	-627.213
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	825.225	825.225	825.225	0
Allgemeine Rücklage	3.239.305	3.177.554	2.826.764	61.751
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-859.042	61.751	350.790	-920.793
	3.205.488	4.064.530	4.002.779	-859.042
B Rückstellungen	79.643	138.032	168.297	-58.389
C Verbindlichkeiten	535.012	232.390	200.816	302.622
D Rechnungsabgrenzungsposten	0	12.404	17.937	-12.404
Summe Passiva	3.820.143	4.447.356	4.389.830	-627.213

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	3.592.227	3.818.093	4.576.068	-225.865
2	Andere aktivierte Eigenleistungen	58.993	35.336	42.229	23.657
3	Sonstige betriebliche Erträge	628.425	1.646.604	2.302.975	-1.018.178
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	295.115	286.987	447.368	8.129
	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	295.115	286.987	447.368	8.129
5	Personalaufwand, <u>davon:</u>	3.620.309	3.732.352	3.826.186	-112.043
a)	Löhne und Gehälter	2.776.547	2.903.441	2.921.012	-126.894
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	843.762	828.911	905.173	14.851
6	Abschreibungen	489.982	484.768	417.468	5.214
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	731.955	925.390	1.830.418	-193.435
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.718	2.012	588	5.706
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.248	5.574	47.201	-6.822
10	Ergebnis nach Steuern	-864.186	62.949	352.045	-927.136
11	Sonstige Steuern	-5.145	1.198	1.255	-6.343
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-859.042	61.751	350.790	-920.793

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	83,91	91,39	-7,48
Eigenkapitalrentabilität	-26,80	1,52	-28,32
Anlagendeckungsgrad	103,42	122,33	-18,90
Verschuldungsgrad 2	19,18	9,11	10,06
Umsatzrentabilität	-23,91	1,62	-25,53

Personalbestand

Geschäftsjahr	2024	2023	2022	Erläuterungen
Insgesamt	58 (19)	59 (17)	63 (20)	Ø davon in Klammern gewerbliche Mitarbeitende

Geschäftsentwicklung

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

Gemäß § 25 Eigenbetriebsverordnung über die Entwicklung des Berufsbildungszentrums Euskirchener BZE im Wirtschaftsjahr 2024:

1. Grundlagen des Unternehmens

a) Geschäftsmodell des Unternehmens

Das Berufsbildungszentrum Euskirchen BZE ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts in Form eines Zweckverbandes. Die Mitglieder des Zweckverbandes sind der Kreis Euskirchen, die Industrie- und Handelskammer Aachen und die Handwerkskammer Aachen.

Der Zweckverband hat die Aufgabe, ein Berufsbildungszentrum zu betreiben und zu unterhalten sowie die persönlichen und sachlichen Voraussetzungen für einen den Anforderungen der Praxis entsprechenden Berufsbildungsbetrieb zu schaffen. Das BZE ist durch die CERTQUA GmbH zertifiziert nach DIN EN ISO 9001:2015 und hat die Träger- und Maßnahmenzulassung nach der „Akreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung“ AZAV.

Organe sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsteher. Seit Geltung der Verbandsatzung (Neufassung vom 29.11.2017 in der Fassung der 1. Änderungssatzung, die am 04.01.2021 in Kraft getreten ist) erledigt der Verbandsvorsteher die Betriebsleitung allein.

Vom 15. Oktober 2022 bis zum 31.12.2023 verfügte das BZE über eine Außenstelle in Kall (Weiherbenden 6, 53925 Kall). Diese wurde Ende 2023 geschlossen, weil die dort ausschließlich durchgeführte Aktivierungsmaßnahme „Job aktiv“ seitens des Jobcenters Euskirchen nicht verlängert wurde.

b) Ziele und Strategien

Der Zweckverband verfolgt grundsätzlich ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Ziele im Sinne des § 52 der Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung. Der Verband ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Das BZE führt berufsbildende, berufsfördernde und berufsbegleitende Maßnahmen folgender Art durch:

- überbetriebliche Unterweisungen von Auszubildenden im Bereich der Industrie und des Handwerks
- berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche, Erwachsene und Menschen mit Behinderung
- Maßnahmen zur beruflichen Umschulung

- Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Fortbildung
- Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung von schwerbehinderten Menschen
- Maßnahmen zur beruflichen und sprachlichen Integration von Asylbewerbern
- sonstige der beruflichen Bildung dienende Maßnahmen

Der überwiegende Teil der Bildungsmaßnahmen im BZE wird unter Inanspruchnahme unterschiedlicher öffentlicher Fördergelder und Zuschüsse des Landes oder der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt. Des Weiteren bewirbt sich das BZE regelmäßig an ausgewählten Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit und des Jobcenters, die über das Regionale Einkaufszentrum NRW öffentlich ausgeschrieben werden.

Etwa 40% der erzielten Umsatzerlöse entfallen auf die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung (ÜLU) Industrie und Handwerk. Im Bereich Industrie werden die anfallenden Kosten direkt durch die Ausbildungsbetriebe getragen und sind aus diesem Grund durch das BZE in einem gewissen Rahmen verhandelbar.

Die Entgeltsätze pro Teilnehmenden zur Durchführung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU) im Bereich Handwerk sind hingegen festgelegt und werden je nach Kurs durch unterschiedliche Förderbeträge des Bundes und des Landes aufgestockt.

2. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Berufsbildungszentrum Euskirchen hat im Bereich der gewerblich-technischen (überbetrieblichen) Ausbildung ein Alleinstellungsmerkmal in einigen Berufsfeldern im Kreis Euskirchen. Die privatwirtschaftlichen Mitbewerber verfügen bisher noch nicht über entsprechende Werkstätten in den im Berufsbildungszentrum Euskirchen angebotenen Berufsfeldern.

Das Berufsbildungszentrum Euskirchen bietet in seinen Werkstätten berufsbildende Maßnahmen in folgenden Gewerken an:

- Metall
- Maler und Lackierer
- Holz
- Kraftfahrzeugtechnik
- Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik
- Schweißen
- Elektrik und Elektronik

Je nach konjunktureller Lage schwankt in diesen Berufen die Zahl der Auszubildenden. In den letzten Jahren ist die Anzahl der Auszubildenden in den o.a. Gewerken recht konstant.

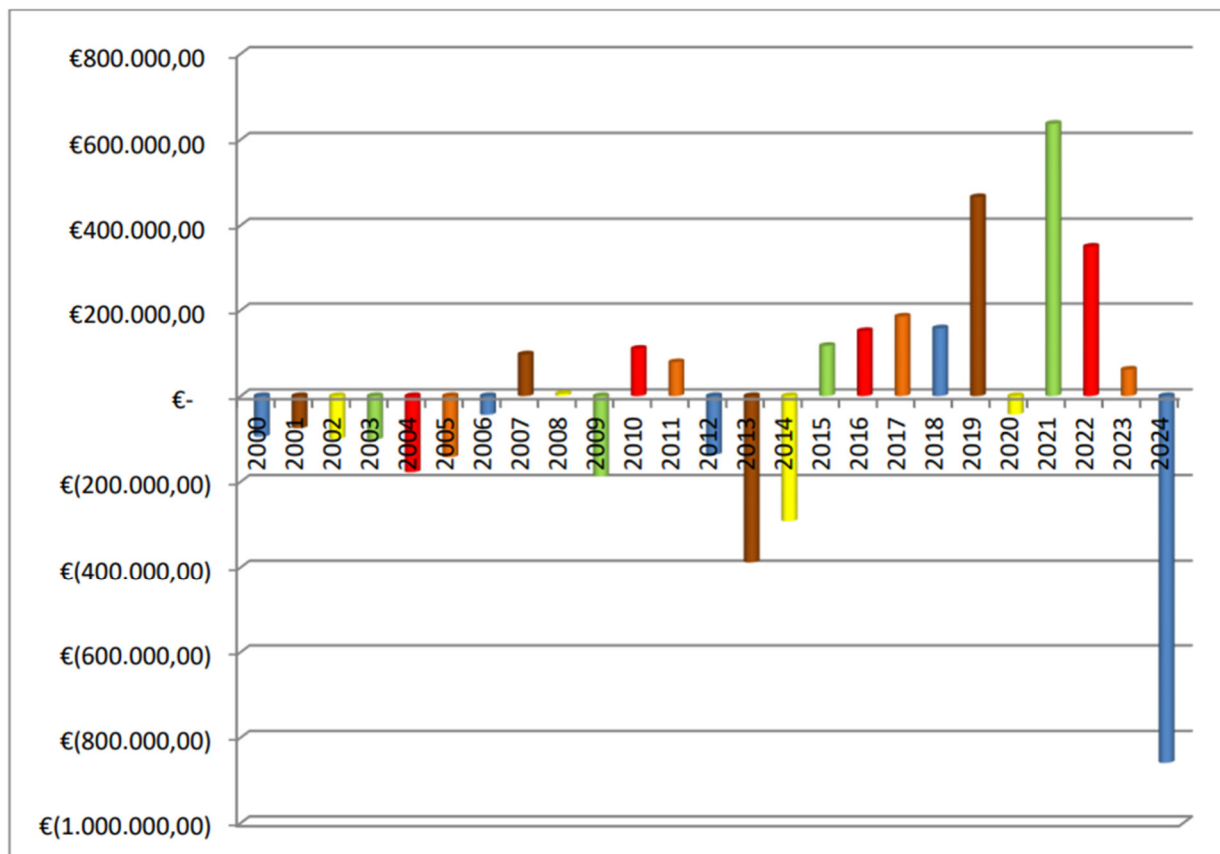
Insgesamt ist aufgrund des demografischen Wandels davon auszugehen, dass die Anzahl der Ausbildungsverträge im gewerblich-technischen Bereich in den kommenden Jahren weiter leicht sinken wird. Dies hat zur Folge, dass unsere Erträge in diesen Bereichen mittelfristig entsprechend sinken werden. Wir kompensieren dies durch neu entwickelte Kurse (z.B. Prüfungsvorbereitungen oder Firmenschulungen) und verstärkte Akquise (Schweißen, AU, Umschulung).

b) Geschäftsverlauf

Das Wirtschaftsjahr 2024 war für das BZE ein wirtschaftlich sehr schlechtes Jahr. Es wurden von Seiten der Agentur für Arbeit und vom Jobcenter Maßnahmen beendet und keine neuen entsprechenden Maßnahmen mehr ausgeschrieben. Die Umsätze sanken um über 20% - Parallel dazu war die signifikante Tarifsteigerung, die die Kosten deutlich erhöhte. Daraus ergibt sich das hohe Defizit von knapp 860 T€.

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	465,9	-42,9	637,0	350,8	61,8	-859,0

Wir haben ab Mitte 2024 ein Programm zur Kostenminimierung und Ertragssteigerung aufgelegt. Daraus hat sich ab September eine leichte Verbesserung ergeben, die sich in 2025 fortgeführt hat.



c) Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind im Jahr 2024 deutlich gesunken. Sondereffekte wie in den Vorjahren (Corona-Testzentrum / Versicherungsleistungen) ergaben sich für 2024 nicht mehr.

Umsatzerlöse

Bezeichnung	2019	2020	2021	2022	2023	2424
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen	78,4	214,3	313,2	256,9	147,6	71,1
Überbetriebliche Ausbildung - Industrie	737,1	606,7	673,1	868,3	939,6	922,7
Überbetriebliche Ausbildung - Handwerk	329,4	363,2	319,1	471,8	575,5	474,0
Fortbildungsmaßnahmen	312,7	40,7	126,4	137,2	193,9	160,6
Umschulung	278,3	479,9	152,1	111,1	121,6	322,3
Berufsvorbereitende Bildungsangebote	1198,6	1349,5	1502,8	1337,5	1182,4	1340,0
a) BvB - Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme	227,9	214,6	219,5	220,8	220,2	270,8
aa) BvB Reha	371,4	334,2	366,3	313,4	333,7	243,8
b) Produktionsschule Jobzeit pro	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
c) Jugend in Arbeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
d) BO - Berufsorientierung KAoA - BoP / Potentialanalyse	159,6	151,5	141,1	245,2	282,2	229,6
e) Vermittlungsprovisionen	26,8	22,5	13,8	13,5	2,0	2,0
f) BOGIVA	0,0	86,7	98,9	50,0	0,0	0,0
g) Kurse mit Asylbewerbern	92,0	0,0	70,8	0,0	0,0	0,0
h) AsA	0,0	131,2	139,9	100,3	40,3	71,3
i) Werkstattjahr	88,0	72,4	0,0	0,0	0,0	0,0
j) BerEb	170,0	264,8	324,4	288,4	276,4	321,5
k) ESB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
l) IndAC	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
m) Übergangslotsen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	78,5
n) Ausbildungsprogramm NRW	62,9	71,6	128,1	105,9	27,6	122,5
Aktivierungsmaßnahmen	2064,4	1772,9	1035,1	387,8	254,7	2,5
a) Move EU u. SLE	722,6	1044,4	430,0	0,0	0,0	0,0
b) Sprungbrett	732,2	381,1	373,1	282,0	0,0	0,0
c) Förderzentrum Jump!	609,6	347,4	232,0	0,0	0,0	0,0
d) Job Kompakt / Einzelaktivierung	0,0	0,0	0,0	62,4	5,0	2,5
e) Job aktive Euskichen + Kall	0,0	0,0	0,0	43,4	249,7	0,0
Kurse mit Flüchtlingen/Asylbewerbern	0,0	0,0	0,0	111,7	41,0	0,0
a) Integrationskurs	0,0	0,0	0,0	69,1	41,0	0,0
b) Durchstarten in Beruf und Arbeit	0,0	0,0	0,0	42,6	0,0	0,0
Sonstige Erlöse Maßnahmen (FK, Prüfungsvor., Beratungsl.)	261,3	181,2	50,1	244,7	124,1	114,9
Sonstiges (Ferienfreizeit/Ausbildungsbörse)	6,0	0,0	0,0	0,0	30,7	0,0
Sonstige Nebenerlöse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Photovoltaik)	16,1	4,3	3,3	3,5	3,1	3,1
Erlöse 19%/16% Ust. (Schweißen / Führungskräfte/Reiserückkehrer)	44,6	6,4	143,1	55,9	14,9	0,8
Einnahmen Kantine	88,9	55,5	51,3	82,5	80,6	81,2
Erlöse Corona Testzentrum			469,6	426,2	22,3	0,0
Mieterträge	129,9	127,3	116,3	81,0	86,1	99,0
Umsatzerlöse	5545,7	5201,9	4955,5	4576,1	3818,1	3592,2
aktivierte Eigenleistungen	12,5	8,1	82,3	42,2	35,3	59,0
Sonstige betriebliche Erträge	151,3	174,6	1353,2	2303,0	1646,6	650,4
Gesamtumsatz	5709,5	5384,6	6391,0	6921,3	5500,0	4301,6

3. Prognose, Risiko- und Chancenbericht

Prognose

Die Gesamtentwicklung des BZE war in den letzten 10 Jahren ist sehr erfreulich und lag deutlich über den Erwartungen in den entsprechenden Wirtschaftsplänen. Das Geschäftsjahr 2024 lag leider deutlich unter den Erwartungen und schloß mit einem Defizit in Höhe von 860 T€ ab. Dies hatte zur Folge, dass die Liquidität stark gesunken ist.

Das Jahr 2024 war für die Bildungszentren ein schwieriges Jahr. Von Seiten der Bundesregierung wurden die Haushaltsmittel für den Bereich FbW (Förderung beruflicher Weiterbildung) und REHA (Rehabilitationsmaßnahmen) um 900 Mio € gekürzt. Dies hat alle Bildungsanbieter vor Probleme gestellt.

Für unseren Bereich sind die fehlenden Maßnahmen für den Bereich des Jobcenters problematisch. Hier haben die letzten Jahre bereits starke Umsatzrückgänge ergeben und im Jahr 2024 ist die letzte Jobcentermaßnahme ausgelaufen. Diesen Umsatzrückgang konnten wir nicht durch andere Maßnahmen kompensieren (siehe Chancen). Das Jobcenter wird zukünftig keine längerfristigen Maßnahmen mehr ausschreiben und verlagert damit das Risiko auf die Bildungsträger. Hier wird verstärkt auf AVGS-Gutscheine (Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheine) gesetzt. Hierfür müssen wir weitere Maßnahmen zertifizieren lassen.

Insgesamt ist festzustellen, dass in unserer Region sehr wenige Maßnahmen für die Bildungsträger ausgeschrieben werden. Wir werden uns bei allen relevanten Maßnahmen bewerben, erwarten jedoch einen harten Wettbewerb mit sehr niedrigen Preisen.

Der am 5. Dezember 2024 durch die Verbandsversammlung genehmigte Wirtschaftsplan 2025 erwartet einen Jahresfehlbetrag für das Wirtschaftsjahr 2025 in Höhe von 317,6 T€. Der Fehlbetrag rührt aus einer Vielzahl an Unwägbarkeiten her, wie der finalen Abwicklung des Versicherungsschadens, aber vor allem durch weniger ausgeschriebene Maßnahmen und zu erwartende Steigerungen von Lohn- und Energiekosten.

Risikobericht

Die Risiken für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BZE und damit für seine zukünftige Entwicklung sind in erster Linie in einem Rückgang der Teilnehmendenzahlen zu sehen, der aufgrund der demographischen Entwicklung und in Folge konjunktureller Schwankungen eintreten könnte. Das BZE versucht schnell und kompetent auf die Marktbedingungen zu reagieren, so daß das Risiko minimiert werden kann.

Die Ausschreibungsseiten der Bundesagentur für Arbeit werden regelmäßig dahingehend untersucht, welche Maßnahmen im Wettbewerb neu vergeben werden sollen. Bei der Erstellung entsprechender Angebote wird in erster Linie darauf geachtet, daß die ausgeschriebenen Platzzahlen verwirklicht werden können und die vorhandene Infrastruktur der geforderten entspricht. Werden weniger Plätze ausgeschrieben, müssen alternative Angebote am Markt plziert werden, um vorhandene Ressourcen und Kapazitäten auszulasten. Hierzu sind dann verstärkte Akquisitionen mit der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter oder potentiellen Kunden notwendig.

Die Abhängigkeit von den beiden großen Auftraggebern – Jobcenter EU-Aktiv und Agentur für Arbeit - stellt ein recht hohes Risiko dar. Dieser Abhängigkeit wollen wir mit erweiterten Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen auf dem freien Markt entgegenstehen. Dies ist ein Kern-Argument für die Errichtung unserer Zukunftswerkstatt BZE. Gerade mit dieser Investition wollen wir neue Maßnahmen und Angebote für die Region schaffen.

Als wirkungsvolles Instrument der Risikoüberwachung dient die tägliche Kontrolle der Liquidität. Auch die Analyse der durchgeführten Maßnahmen erfolgt zeitnah. Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden vierteljährlich mit Soll-Ist-Vergleichen (anhand von Vergleichsrechnungen mit dem Wirtschaftsplan) informiert.

Die Kapitalstruktur hat sich aufgrund der letzten Wirtschaftsjahre gut entwickelt. Es besteht ein Kontokorrentkreditrahmen in Höhe von 1.000 T€, der in 2024 wieder in Anspruch genommen werden mußte. Die Liquidität war aber jederzeit gegeben. Wir erwarten für 2025 durch die drohenden Verluste, einen erhöhten Finanzbedarf. Diesen werden wir durch die bestehenden Kreditlinien decken können.

Ein weiteres Risiko sind die Tarifabschlüsse im TVöD. Ab dem 1. März 2025 steigen die Gehälter um ca. 4%. Leider können wir diese Erhöhung nur zu Teilen weitergeben. In den überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen sowie in den Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen ist dies möglich. In den Arbeitsmarktmaßnahmen nicht.

Die Personalfuktuation ist für uns ein nicht zu vernachlässigendes Risiko. Andere Behörden und Unternehmen können durchaus höhere Gehälter und Festverträge bieten. Aufgrund unserer Angebotsstruktur durch die Durchführung von zeitlich befristeten Maßnahmen ist uns dies nur schwer möglich. Ferner benötigen wir in den handwerklichen Ausbildungsberufen dringend weiteres Personal in den Bereichen Elektrotechnik und Heizung/Sanitär, um uns dort zukunftsgerecht aufzustellen. Leider ist eine Personalrekrutierung fast unmöglich.

Chancenbericht

Insbesondere die letzten Jahre zeigen, daß wir uns neu aufstellen müssen. Die Arbeitsmarktmaßnahmen sind stark rückläufig. Haben wir vor 5 Jahren noch knapp 2 Mio. Euro Umsatz mit Aktivierungsmaßnahmen gemacht, sind dies heute noch knapp 50 T€. Es gibt aber viele andere Geschäftsfelder, die wir bedienen könnten, wenn wir die Räumlichkeiten und Ausstattung dafür hätten. Durch den Investitionsstau der letzten 25 Jahre sind unsere Werkstätten nicht mehr auf dem neuesten Stand. Nur die von der Flut beschädigten Werkstätten konnten durch die Versicherungsleistungen neu aufgebaut werden und zumindest die Arbeitsmittel entsprechen jetzt langsam dem neuesten Stand.

Dennoch suchen wir permanent neue Auftraggeber und versuchen, neue Maßnahmen zu generieren. Zusätzlich planen wir nach wie vor unsere Zukunftswerkstatt als kompletten Neubau in Euskirchen. Hier haben wir die Konzepte der lokalen Politik, der Landespolitik, dem Arbeitsministerium, dem Wirtschaftsministerium, unseren Trägern und vielen anderen Institutionen vorgestellt. Die entsprechenden Beschlüsse der Träger sind in den Vollversammlungen bzw. im Kreistag bereits gefasst worden. Wir wurden von unseren Trägern aufgefordert mögliche Förderungen zu akquirieren und entsprechende Förderskizzen zu qualifizieren.

Dies wurde in enger Abstimmung mit dem MAGS (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW) und dem MWIKE (Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie NRW) durchgeführt. Die politisch zuständigen Behörden haben unserem Projekt im März 2024 zugestimmt und dies als Ankerprojekt klassifiziert. Ankerprojekte sind Projekte in NRW von herausragender Bedeutung im Strukturwandel des Rheinischen Reviers und sollen in den nächsten 3 bis 5 Jahren umgesetzt werden.

Die Zukunftswerkstatt ist wie folgt beschrieben:

Zukunftswerkstatt Berufsbildungszentrum Euskirchen, Kreis Euskirchen Es soll ein innovatives Bildungszentrum für die ergänzende Aus- und Weiterbildung im produzierenden Gewerbe, insbesondere im Handwerk, entstehen. Neue Bildungsschwerpunkte in Bereichen der ökologischen Transformation und moderne Lehrwerkstätten für einen praxisnahen Umgang mit zukunftsrelevanten Technologien leisten wichtige Beiträge zur Fachkräftestärkung

Durch die Zukunftswerkstatt sind wir zukünftig wettbewerbsfähig. Wir haben dann die Chance deutlich mehr Maßnahmen in den Bereichen Berufsorientierung und Qualifizierungsmaßnahmen durchzuführen. Hier sind exemplarisch Weiterbildungen in den Bereichen Heizung/Sanitär und KFZ genannt, aber auch Umschulungen in diesen Bereichen und im Tischler- und Malergewerk. Der Fachkräftemangel ist im kompletten Kreis Euskirchen angekommen und wir wollen dazu beitragen, diesen zu lindern. Dafür brauchen wir moderne Räumlichkeiten, die der Arbeitswelt für Qualifizierungen zur Verfügung stehen. Das Investitionsvolumen beträgt derzeit knapp 75 Mio €. Hiervon erwarten wir eine Förderung in Höhe von ca. 67 Mio € durch das Förderprogramm „Rahmenrichtlinie Zukunftsregion Rheinisches Revier NRW“. Den Eigenanteil würden wir durch den Verkauf unserer bestehenden Gebäude und Grundstücke sowie durch einen Kredit (3 Mio €) finanzieren.

Der erste Förderbescheid für die Zukunftswerkstatt wurde am 14. November 2025 durch den Minister für Arbeit-, Gesundheit und Soziales Herrn Karl-Josef Laumann überreicht.

Das BZE ist eng mit der Region verknüpft und genießt einen sehr guten Ruf über die Grenzen des Kreises Euskirchen hinaus. Engagierte und hochmotivierte Mitarbeiter sind unser größtes Kapital. Wir sind mit allen Akteuren des Bildungsgeschäftes und der Wirtschaft eng und aktiv verknüpft. Mit der Zukunftswerkstatt BZE können wir die Wettbewerbsfähigkeit langfristig sichern.

Euskirchen, den 16. Dezember 2025

Jochen Kupp

- Verbandsvorsteher -

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsversammlung (12 Mitglieder, davon je 4 Kreis Euskirchen/IHK/HWK):

Vertreter des Kreis Euskirchen in der Verbandsversammlung:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Markus Ramers, Landrat (stellv. Vorsitzender)	Iris Poth, Leiterin Stabstelle 80
2. Karsten Stickeler, CDU (Vorsitzender)	Dirk van Meenen, FDP
3. Manfred Manheller, CDU	George Tulbure, CDU
4. Georgios Moudouris, SPD	Josef Schleser, SPD

Im Berichtsjahr wurden folgende Aufwandsentschädigungen an die Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes geleistet:

Manfred Manheller 37,20 €

Der Verbandsversammlung des ZV BZE gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 1 Frau an (Frauenanteil: 8,3 %). Bei den Stellvertretern beträgt die Frauenquote 16,6% (12 Stellvertreter wovon 2 durch Frauen besetzt sind).

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen folgende Vertreter in die Verbandsversammlung zu entsenden:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Markus Ramers, Landrat	Achim Blindert, AV
2. Karsten Stickeler, CDU (Vorsitzender)	Gianna Voißel, SPD
3. Manfred Manheller, CDU	Kamila Gänsler-Thomas, SPD
4. Ralf Neunteufel, SPD	Harry Deutsch, AfD

In der konstituierenden Sitzung der Verbandsversammlung des BZE am 02. Dezember 2025 wurde Herr Karsten Stickeler zum Vorsitzenden der Verbandsversammlung gewählt.

Bauausschuss

In der konstituierenden Sitzung der Verbandsversammlung des BZE am 02. Dezember 2025 wurde die Bildung eines Bauausschusses „Zukunftswerstatt“ beschlossen. Der Bauausschuss wird aus 6 Vertretern bestehen, wovon 2 Vertreter durch den Kreis Euskirchen besetzt werden. Für den Kreis Euskirchen sind folgende Vertreter im Bauausschuss vertreten:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Achim Blindert, AV	Guido Schmitz, AbtL 66
2. Manfred Manheller, CDU	Karsten Stickeler, CDU

Verbandsvorsteher:

Jochen Kupp

Stellvertretende Verbandsvorsteherinnen:

Nadine Esser

Inken Cremer

Die Gesamtbezüge des Verbandsvorstehers und der Vertreterinnen betragen im Geschäftsjahr 319,3 T€.

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien des Zweckverbandes BZE Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

3.4.3.6 Zweckverband Region Aachen

Basisdaten

Anschrift: Rotter Bruch 6
52068 Aachen
Internet: <http://www.regionaaachen.de/>
Gründung: 03. Dezember 2012

Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind die StädteRegion Aachen, die Stadt Aachen und die Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg. Der Landschaftsverband Rheinland gehört dem Zweckverband als beratendes Mitglied an.

Der Zweckverband Region Aachen ist am Stammkapital (25.000 €) der Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH (ZRR GmbH) mit 2.000 € (8 %) beteiligt. Nähere Angaben hierzu sind unter Punkt 3.4.1.12 zu finden.

Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

Aufgaben und Ziele des Zweckverbandes

Der Zweckverband organisiert die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Er hat die Aufgabe, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas-Rhein.
3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Zukunftsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
 - a) nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),
 - b) der regionalen Arbeitspolitik, insbesondere der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
 - c) der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW), sowie die Beratung von Antragstellern.
5. Die Weiterentwicklung der Bildungs- und Wissens- und Gesundheitsregion.
6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung.
9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Der Zweckverband erhebt von den ihm angehörenden Gebietskörperschaften eine Umlage, soweit seine Erträge die entstehenden Aufwendungen nicht decken. Die Umlage ist nach der Einwohnerzahl der Verbandsmitglieder zu bemessen, wobei bei der Bemessung der städtereionalen Umlage die Einwohnerzahl der Stadt Aachen nicht zu berücksichtigen ist. Maßgeblich ist

die von IT NRW amtlich festgestellte Einwohnerzahl nach dem Stand des 30. Juni des Jahres, das dem Jahr vorausgeht, für das die Haushaltssatzung beschlossen wird.

Die vorstehende Regelung gilt nicht für den Landschaftsverband Rheinland. Dieser zahlt an den Zweckverband einen Beitrag gemäß gesonderter Vereinbarung.

Hinsichtlich des Umgangs mit den vom GrenzInfoPunkt seit 2012 erzielten Überschüssen im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 des Zweckverbandes stimmte der Kreistag dem Abschluss einer Forderungsvereinbarung über einen quotalen Anteil des Kreises Euskirchen in Höhe von 30.993,54 € zum Ausgleich des ansonsten entstehenden Jahresfehlbetrages des Zweckverbandes Region Aachen in Höhe von 203.815,86 € zu (V 453/2018). Vereinbarungsgemäß wird der Zweckverband die Mehrbelastung der Gebietskörperschaften über einen Zeitraum von 8 Jahren (beginnend ab dem Haushaltsjahr 2018) durch Einsparungen wieder kompensieren.

Entwicklung der Bilanzen

Zweckverband Region Aachen				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	2	2	2	0
Sachanlagen	43.186	54.013	29.689	-10.827
Finanzanlagen	2.000	2.000	2.000	0
	45.188	56.015	31.691	-10.827
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	275.047	362.647	903.007	-87.600
Liquide Mittel	709.418	584.581	820.580	124.837
Aktive Rechnungsabgrenzung	10.519	4.944	7.140	5.575
	994.984	952.172	1.730.727	42.812
Summe Aktiva	1.040.172	1.008.187	1.762.418	31.985
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Allgemeine Rücklage	123.867	144.660	97.653	-20.793
Ausgleichsrücklage	0	72.330	48.826	-72.330
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	92.227	-93.122	70.511	185.349
	216.094	123.867	216.990	92.227
B Sonderposten	18.702	24.313	0	-5.611
C Rückstellungen	17.500	17.000	16.500	500
D Verbindlichkeiten	785.376	823.873	1.493.987	-38.496
E Rechnungsabgrenzung	2.500	19.134	34.941	-16.634
Summe Passiva	1.040.172	1.008.187	1.762.418	31.985

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Zweckverband Region Aachen - Ergebnisrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.151.132	2.986.372	3.679.066	164.760
2	Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.686	4.741	4.223	5.945
3	Sonstige ordentliche Erträge	364.065	620.917	479.840	-256.852
4	Personalaufwand	2.230.708	2.287.668	2.264.788	-56.959
5	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	26.178	26.895	26.697	-718
6	Abschreibungen	116.033	99.099	102.619	16.934
7	Transferaufwendungen	0	0	5.952	0
8	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.041.229	1.267.116	1.686.577	-225.887
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	19.508	24.374	5.986	-4.866
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	92.227	-93.122	70.511	185.349

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	20,77	21,52	-0,75
Eigenkapitalrentabilität	42,68	-42,92	85,59
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	./.	./.	./.
Umsatzrentabilität	./.	./.	./.

Personalbestand

Im Jahr 2024 waren insgesamt 27,38 Mitarbeitende zuzüglich 3 studentischer Hilfskräfte beim Zweckverband beschäftigt.

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsversammlung (insg. 61 Mitglieder, davon 12 Kreis Euskirchen, je Vertreter eine Stimme):

Vertreter des Kreis Euskirchen in der Verbandsversammlung:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Markus Ramers, Landrat	Achim Blindert, AV
2. Leo Wolter, CDU	Stefan Guhlke, CDU
3. Bernd Kolvenbach, CDU	George Tulbure, CDU
4. Jochen Kupp, CDU	Birgit Braun-Näger, CDU
5. Manfred Manheller, CDU	Bernd Müller, CDU
6. Gerhard Meyer, SPD	Daniel Lüdke, SPD
7. Josef Schleser, SPD	Georgios Moudouris, SPD
8. Christine Bär, SPD	Kamila Gänslers-Thomas, SPD
9. Valérie Vivienne Nitsche, B90/Grüne	Wilfried Gierden, B90/Grüne
10. Petra Kanzler, FDP	Rudolf Huth, FDP
11. Frank Poll, AfD (bis 10. Dezember 2024)	Bernd Lübke
Armin Hofmann, AfD (ab 11. Dezember 2024)	Dr. Lothar Bleeker, AfD
12. Franz Troschke, UWV	Andy Bühl, UWV

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Verbandsversammlung zu entnehmen.

Der Verbandsversammlung des ZV Region Aachen gehören von den insgesamt 61 Mitgliedern 18 Frauen an (Frauenanteil: 29,50%).

Nachrichtlich:

In der Sitzung des Kreistages am 09. April 2025 (A 188/2025) wurde folgende Umbesetzung (AfD) in der Verbandsversammlung beschlossen:

*Bisheriges ordentliches Mitglied: Armin Hofmann
Neues ordentliches Mitglied: Philipp Baldus*

In der Verbandsversammlung am 06. Juni 2025 wurde die 4. Änderungssatzung des Zweckverbandes Region Aachen beschlossen. Diese sieht vor, die Anzahl der Mitglieder in der Verbandsversammlung von bislang 61 auf künftig 41 zu reduzieren. In diesem Zuge verringert sich die Anzahl der vom Kreis Euskirchen entsandten Mitglieder von 12 auf 8. Die 4. Änderungssatzung tritt zum 01. Dezember 2025 in Kraft. Die Bekanntmachung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln erfolgte am 24. November 2025

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen folgende Vertreter in die Verbandsversammlung zu entsenden:

<i>Ordentliche Mitglieder</i>	<i>Stellvertretende Mitglieder</i>
<i>1. Markus Ramers, Landrat</i>	<i>Achim Blindert, AV</i>
<i>2. Dr. Hans-Peter Schick, CDU</i>	<i>Bernd Müller, CDU</i>
<i>3. Stefan Guhlke, CDU</i>	<i>Bernhard Maus, CDU</i>
<i>4. Christine Bär, SPD</i>	<i>Gianna Voißel, SPD</i>
<i>5. Andreas Bühl, UWV</i>	<i>Uwe Wegner, UWV</i>
<i>6. Ioana-Ileana Sülzner, AfD</i>	<i>Jürgen Arhelger, AfD</i>
<i>7. Valerie Nitsche, B 90/ Grüne</i>	<i>Hans-Werner Ignatowitz, B 90/ Grüne</i>
<i>8. Frederik Schorn, FDP</i>	<i>Rudolf Huth, FDP</i>

Präsident des Zweckverbandes:

Kölner Regierungspräsident Dr. Thomas Wilk

Verbandsvorsteher:

Landrat Stephan Pusch, Kreis Heinsberg

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe des Bezuges des Verbandsvorstehers zu entnehmen.

Nachrichtlich:

Gemäß § 10 Abs. 1 der Zweckverbandssatzung wird der Verbandsvorsteher aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder von der Verbandsversammlung für die Dauer von drei Jahren, höchstens jedoch für die Dauer ihres Amtes, gewählt. Die konstituierende Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Region Aachen findet am 23. Januar 2026 statt.

Geschäftsführerin der Geschäftsstelle:

Frau Ulla Thönnissen

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Geschäftsführung zu entnehmen.

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien des Zweckverbandes Region Aachen Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

Nachrichtlich:

In der Sitzung des Kreistages des Kreises Euskirchen am 17. Dezember 2025 wurde der Austritt des Kreises Euskirchen als Mitglied aus dem Zweckverband Region Aachen zum 31. Dezember 2027 mit einer fristgerechten schriftlichen Kündigung zum 31. Dezember 2025 beschlossen (A 1/2025).

3.4.3.7 Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)

Basisdaten

Anschrift: Zum Hagelkreuz 24
52249 Eschweiler
Internet: <http://www.zew-entsorgung.de/>
Gründung: 28. Januar 2003

Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind die StädteRegion Aachen, die Stadt Aachen und die Kreise Düren und Euskirchen.

Der Kreistag des Kreis Euskirchen hat der Beteiligung in seiner Sitzung am 06. April 2022 (V 236/2022), unter dem Vorbehalt der Prüfung der Kommunalaufsicht und der steuerlichen Prüfung, zugestimmt. In der Verbandsversammlung des ZEW am 14. Juni 2022 haben die Mitglieder den Beitritt des Kreises Euskirchen beschlossen. Der Beitritt erfolgte nach Veröffentlichung im Amtsblatt am 08. November 2022. Am 17. November 2022 erfolgte die öffentliche Bekanntmachung der Neufassung der Verbandssatzung des ZEW auf der Internetseite des Kreises Euskirchen. Am 22. November 2022 wurde die Bekanntmachung in der regionalen Presse veröffentlicht.

Der ZEW ist zu 100% am Stammkapital (25.000 €) der Materis GmbH und zu 93,75% (600.000 €) am Stammkapital der AWA Entsorgung GmbH beteiligt. Der Kreis Euskirchen hat durch den Beitritt zum ZEW keine Gesellschaftsanteile an der AWA GmbH und der Materis GmbH erworben.

Stammkapital und Anteile

Das Stammkapital beträgt 34.000 € und entfällt zu gleichen Teilen auf die Verbandsmitglieder.

Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Zweckverband ist öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, soweit ihm Aufgaben von den Mitgliedern übertragen werden. Der ZEW nimmt insoweit im Entsorgungsgebiet die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers nach den Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und des Landesabfallgesetzes wahr. Es handelt sich somit um eine Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse.

Gemäß Einstandvereinbarung vom 14. November 2022 überträgt der Kreis Euskirchen die dem Kreis obliegenden Entsorgungsaufgaben in Bezug auf die Abfallfraktionen Spermüll (zum 01. Januar 2023) und Restmüll (zum 01. Januar 2025) auf den ZEW. Zusätzlich hat der Kreis Euskirchen dem ZEW die Satzungs- und Gebührenhoheit übertragen.

Der Zweckverband hat bei der Wahrnehmung der ihm übertragenden Aufgaben die Kreislaufwirtschaft (Vermeidung und Verwertung von Abfällen) zur Schonung der natürlichen Ressourcen zu fördern und den Schutz von Mensch, Klima und Umwelt bei der Erzeugung, Bewirtschaftung und Entsorgung von Abfällen sicherzustellen.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanz- und Leistungsbeziehungen sind in der Tabelle unter Punkt 3.3 dargestellt.

Für die Erledigung der übernommenen abfallrechtlichen Aufgaben werden entsprechende Gebühren nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) gegenüber den jeweiligen Verbandsmitgliedern erhoben. Die Kalkulation der Gebühren erfolgt auf Basis der tatsächlichen Ist-Kosten. Auf der Grundlage des Zahlenwerkes aus dem geprüften Jahresabschluss erfolgt die Nachkalkulation, mit der die tatsächlich angefallenden Kosten für den Kalkulationszeitraum ermittelt werden.

Da der ZEW seine Gebühren auf KAG-Basis kalkuliert, entstehen keine Gewinne aus dem operativen Geschäft. Umgekehrt kann es über mehrere Perioden gesehen nicht zu dauerhaften Verlusten kommen. In der Gebührenkalkulation dürfen Pensionen und Versorgungsleistungen für ehemals beim ZEW beschäftigte Beamte nicht angesetzt werden. Diese Aufwendungen sind durch Umlagen der Verbandsmitglieder an den ZEW zu erstatten.

Der ZEW kann von seinen Mitgliedern eine Umlage erheben, soweit seine sonstigen Einnahmen, insbesondere Gebühren und Beiträge gemäß § 3 Abs. 2 dieser Satzung, zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen.

Entwicklung der Bilanzen

Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	6.506	0	0	6.506
Finanzanlagen	49.000	49.000	49.000	0
	55.506	49.000	49.000	6.506
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	13.965.865	2.885.989	2.513.982	11.079.876
Liquide Mittel	2.745.224	2.454.638	3.038.492	290.586
	16.711.089	5.340.626	5.552.474	11.370.462
C Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	13.449	0
Summe Aktiva	16.766.595	5.389.626	5.614.923	11.376.969
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	34.000	34.000	34.000	0
Ausgleichsrücklage	192.020	0	0	192.020
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	4.678	8.560	-4.678
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	7.532	-3.882	-7.532
Bilanzgewinn	609.108	0	0	609.108
	835.128	46.210	38.678	788.917
B Rückstellungen	13.460.115	2.510.933	2.342.289	10.949.182
C Verbindlichkeiten	2.471.352	2.832.483	3.233.956	-361.131
Summe Passiva	16.766.595	5.389.626	5.614.923	11.376.969

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnungen

Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2024	2023	2022	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	33.562.485	36.419.636	39.992.616	-2.857.151
2	Sonstige betriebliche Erträge	4.623	366.320	2.064	-361.698
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	32.344.931	35.916.672	39.287.291	-3.571.741
	Aufwendungen für bezogene Leistungen	32.344.931	35.916.672	39.287.291	-3.571.741
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	550.719	559.990	342.549	-9.272
	a) Löhne und Gehälter	400.211	248.218	284.372	151.992
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	150.508	311.772	58.177	-161.264
5	Abschreibungen	8.412	0	0	8.412
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	388.338	249.869	308.578	138.469
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	597.826	21.131	9.126	576.695
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	83.617	73.024	69.269	10.593
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Ergebnis nach Steuern	788.917	7.532	-3.882	781.385
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	788.917	7.532	-3.882	781.385
11	Einstellung in die Ausgleichsrücklage	192.020	0	0	192.020
12	Vortrag auf neue Rechnung	12.210	0	0	12.210
13	Bilanzgewinn	609.108	0	0	609.108

Das höhere Jahresergebnis ist auf eine neue Abrechnungssystematik mit der AWA Entsorgungs GmbH zurückzuführen. Das Ergebnis aus dem Jahr 2024 ist aus diesem Grund nicht mit den Ergebnissen der Vorjahre vergleichbar.

Kennzahlen

Kennzahlen	2024	2023	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	4,98	0,86	4,12
Eigenkapitalrentabilität	94,47	16,30	78,17
Anlagendeckungsgrad	./.	./.	./.
Verschuldungsgrad 2	./.	./.	./.
Umsatzrentabilität	./.	./.	./.

Personalbestand

Im Jahr 2024 waren durchschnittlich 5,64 Mitarbeitende beim Zweckverband beschäftigt.

Geschäftsentwicklung

I. Grundlagen des Zweckverbandes

Die Verbandsmitglieder StädteRegion Aachen, Stadt Aachen sowie die Kreise Düren und Euskirchen bilden den Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW), der in seiner Rechtsform eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist. Der ZEW trägt die öffentlich-rechtliche Entsorgungsverantwortung in dem von seinen Mitgliedern ganz oder teilweise übertragenen Aufgabenumfang. Der Umfang der ihm übertragenen Aufgaben bestimmt sich nach den Anlagen 1- 4 der Verbandssatzung des ZEW.

Organe des ZEW sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsteher. Im Übrigen gibt es die Funktion des Vorsitzenden der Verbandsversammlung sowie die Leitung der Geschäftsstelle (Geschäftsleitung).

Das Verbandsgebiet umfasst die 36 Städte und Gemeinden der dem ZEW angehörigen vier Gebietskörperschaften. In diesem 2.897 km² großen Entsorgungsgebiet in der südwestlichsten Region Nordrhein-Westfalens garantiert der Zweckverband die Entsorgungssicherheit für über 1 Mio. Bürgerinnen und Bürger und steht für leistungsgerechte und stabile Abfallgebühren. Nach Maßgabe seiner Abfallsatzung gewährleistet der ZEW vorrangig Maßnahmen zur Vermeidung von Abfällen, zur Vorbereitung einer Wiederverwendung, zum Recycling sowie zur stofflichen und energetischen Verwertung aber auch letztendlich zur umweltgerechten Beseitigung von Abfällen.

Zur Durchführung seiner Aufgaben hat der ZEW hauptberuflich Bedienstete (Beamte, Angestellte) eingestellt, die die Geschäftsstelle bilden. Des Weiteren kann sich der ZEW ganz oder teilweise Dritter bedienen.

Mit der operativen Erledigung eines großen Teils seiner Entsorgungsaufgaben hat der ZEW seine Tochtergesellschaft AWA Entsorgung GmbH (AWA) über einen Rahmenvertrag und zugehörige Einzelverträge beauftragt. Darüber hinaus besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen ZEW und AWA. Die AWA als eine kommunale Entsorgungsgesellschaft mit den Tätigkeitsschwerpunkten Anlagenbetrieb und Anlagenplanung nimmt u.a. den Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen wie z.B. Biovergärungs- und Kompostierungsanlagen sowie Recyclinghöfen wahr.

Die Materis GmbH, 100 %ige Tochtergesellschaft des ZEW, übernimmt die Auslastung der für den ZEW errichteten und betriebenen Anlagen, soweit die für den ZEW vorgehaltenen Behandlungskapazitäten nicht für die Entsorgung der dem ZEW überlassenen Abfälle benötigt werden.

Für die Erledigung der übernommenen abfallrechtlichen Aufgaben werden entsprechende Gebühren nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) gegenüber den jeweiligen Verbandsmitgliedern erhoben.

Die Kalkulation der Gebühren erfolgt dabei auf Basis der tatsächlichen Ist-Kosten. Auf der Grundlage des Zahlenwerks aus dem geprüften Jahresabschluss, erfolgt die Nachkalkulation, mit der die tatsächlich angefallenen Kosten für den Kalkulationszeitraum ermittelt werden.

Gem. § 6 Abs. 2 des KAG NRW sind Kostenüberdeckungen am Ende eines Kalkulationszeitraums innerhalb von vier Jahren auszugleichen; Kostenunterdeckungen sollen innerhalb dieses Zeitraums ausgeglichen werden.

In die Gebührenkalkulation des ZEW fließen die von der AWA für deren Leistung berechneten Entgelte ein. Die Preise für diese Leistungen sind gemäß den zugrundeliegenden Verträgen nach der Verordnung PR-Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen zu berechnen.

Ab dem Geschäftsjahr 2024 werden die im Rahmen der Nachkalkulation ermittelten Kostenunter- oder Kostenüberdeckungen jährlich von der AWA Entsorgung GmbH gegenüber dem Zweckverband Entsorgungsregion West schlussabgerechnet. Die erste Spitzabrechnung der AWA Entsorgung GmbH betrifft daher die in 2024 erbrachten Leistungen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Bereits mit der Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes wurden die Ziele der Kreislaufwirtschaft, Abfallvermeidung, Wiederverwendung und damit die Ressourcenschonung nochmals in stärkerem Maße in den Fokus genommen. Nach Inkrafttreten des neuen Landes-Kreislaufwirtschaftsgesetz NRW (LKrWG NRW) im Februar 2022, in dem die fünfstufige Abfallhierarchie jetzt auch auf Landesebene festgeschrieben ist, wird die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand unterstrichen. Den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern sowie den Gesellschaften, an denen sie beteiligt

sind, werden verschiedene Pflichten auferlegt, die den Wandel von einer linearen Abfallwirtschaft zu einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft weiter vorantreiben sollen.

Aufgrund der Verwertungsvorgaben LKrWG NRW und der Klimaschutzziele des Landes NRW sind die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (örE) verpflichtet, weitere Abfallfraktionen aus den Siedlungsabfällen, die der thermischen Behandlung zugeführt werden, auszuschleusen und einer stofflichen Verwertung zuzuführen. Der ZEW ist bestrebt, über die bisher getrennt gesammelten Wertstofffraktionen wie z.B. Altmetall, Altglas, Altholz, Alttextilien hinaus weitere Fraktionen für eine stoffliche Verwertung an den Wertstoffhöfen getrennt zu erfassen bzw. die Sammelstrukturen in Richtung getrennte Sammlung/ schonende Sperrmüllsammlung zu beeinflussen. Neben der separaten Sammlung von Hartkunststoffen wurden rd. 776 t Matratzen aus den angelieferten kommunalen Sperrmüllanlieferungen aussortiert und der stofflichen Verwertung zugeführt.

Bei der Neuausschreibung der Altholzentsorgung Anfang 2024 wurde die stoffliche Verwertung des überwiegenden Teils des Stoffstroms verpflichtend vorgeschrieben. Außerdem wurden weitere Gebührenanreize für eine verstärkte Getrenntsammlung von Altholz der Kategorien AI-AllI geschaffen.

Da das LKrWG NRW vorgibt, dass bei der Gebührenbemessung wirksame Anreize zur Vermeidung, zur Getrennthaltung, zum Recycling und zur sonstigen Verwertung geschaffen werden sollen, wurde bereits im Jahr 2023 eine Lenkungsgebühr für Bio- und Grünabfälle eingeführt.

Die im Jahr 2023 vorgenommene deutliche Senkung der Leistungsgebühren für den Bioabfall und für kompostierbare Grünabfälle wurde auch im Jahr 2024 dem Grunde nach beibehalten, wenn auch mit den unten beschriebenen Anpassungen. Die nach wie vor niedrige Leistungsgebühr war geboten, um spürbare Anreize zu schaffen, einerseits die getrennt gesammelte Menge an Bioabfall für die Biovergärung/Kompostierung (und damit auch indirekt die Energiegewinnung) deutlich zu erhöhen. Andererseits sollte dadurch der relative hohe Nativ-Organik-Anteil im Restmüll, ca. 39 % (Literaturwert), der sich aufgrund seines Feuchtegehaltes merklich negativ auf den Verbrennungsprozess auswirkt, reduziert werden.

Gestiegene gesetzliche Anforderungen an Kompost und vermehrter Störstoffeintrag in den Bioabfall durch mangelhafte Abfalltrennung in den Haushalten werden künftig bei der Behandlung des Bioabfalls zu erheblichem Mehraufwand führen. Aussortierte Störstoffe vermischt mit erheblichen Anteilen Bioabfall wurden im Jahr 2024 der MVA zur thermischen Behandlung zugeführt.

Im Hinblick auf die schärferen Qualitätsvorgaben der BioAbfV werden weiterhin im Auftrag des ZEW alle kommunalen Bioabfallanlieferungen kontrolliert und bonitiert. Gemeinsam mit den Sammel-örE sind bis zum Jahr 2025 dringend weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Bioabfallqualität voranzutreiben.

Deutlich veränderte Lenkungsgebühren für Bio- und Grünabfälle sollten Anreize für die Kommunen bzw. die Sammel-örE schaffen, noch vor dem Jahr 2025 wirksame Maßnahmen zu treffen, um die Qualität der Biotonne spätestens bei der Einsammlung zu kontrollieren. Bisher haben erst wenige Kommunen Kontrollmechanismen wie z.B. sog. „WasteWatcher“ oder die Ausrüstung von Sammelfahrzeugen mit KI-basierten Detektorsystemen eingeführt.

Aufgrund der weiterhin hohen Verschmutzung der Bioabfallanlieferungen im Jahr 2023 und um die Ziele der novellierten BioAbfV einhalten zu können, wurde die Leistungsgebühr für Bio- und Grünabfälle zum 1.1.2024 erneut angepasst. Im Jahr 2024 wurde die Gebühren für Bio- und Grünabfälle entsprechend der Bonitierung gestaffelt, so dass nur noch die unverschmutzten und wenig verschmutzten Anlieferungen durch quersubventionierte Gebühren belohnt und die sehr stark verschmutzten Abfallanlieferungen entsprechend sanktioniert wurden.

2. Geschäftsverlauf

Der Zweckverband erstellt nach Maßgabe der satzungs- und kommunalrechtlichen Vorgaben einen Wirtschaftsplan (bestehend aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan, dem Stellenplan und dem Finanzplan) sowie eine detaillierte Gebührekalkulation.

Die Auslastung der MVA war zu jeder Zeit gewährleistet. Die thermische Behandlung der dem ZEW überlassenen Abfälle war zu jeder Zeit gewährleistet. Die im Wirtschaftsplan der MVA geplante Durchsatzmenge von 360.000 t wurde um 46.360 t überschritten, rd. 51 % davon (208.934 t) lieferten ZEW und AWA.

Die Gebühreneinnahmen stellen sich für das Jahr 2024 wie folgt dar:

Herkunft	Ist	Plan	ΔPL
StädteRegion (o. Stadt Aachen)	11.999.377 €	11.871.694 €	127.683 €
Stadt Aachen	9.199.368 €	8.903.800 €	295.568 €
Kreis Düren	7.350.422 €	7.443.985 €	-93.563 €
Kreis Euskirchen	1.914.852 €	2.036.559 €	-121.707 €
Summe	30.464.019 €	30.256.038 €	207.981 €

Die Gebühreneinnahmen basieren auf folgenden Mengen:

Herkunft	Ist	Plan	ΔPL
StädteRegion (o. Stadt Aachen)	103.463 t	98.535 t	4.928 t
Stadt Aachen	68.374 t	66.680 t	1.694 t
Kreis Düren	96.027 t	91.120 t	4.907 t
Kreis Euskirchen	11.282 t	12.000 t	-718 t
Summe	279.146 t	268.335 t	10.811 t

Im Verbandsgebiet blieben die Haus- und Sperrmüllmengen im Jahr 2024 im Vorjahresvergleich stabil.

Das Wirtschaftsjahr 2024 schließt vor Berücksichtigung von Rückerstattungsverpflichtungen/ Inanspruchnahmen aus Kostenüberdeckungen bzw. Kostenunterdeckungen mit einem Jahresüberschuss von T€ 11.952 ab.

3. Personalentwicklung

Im Berichtsjahr 2024 waren sieben hauptamtliche Mitarbeiter / Mitarbeiterinnen beim ZEW angestellt. Bezogen auf die Vollzeitstellen waren im Jahr 2024 insgesamt 5,64 Arbeitnehmer/ innen beschäftigt.

Darüber hinaus bedient sich der ZEW der AWA Entsorgung GmbH in der Funktion eines beauftragten Dritten zur Erfüllung von Aufgaben auf Basis des Geschäftsbesorgungsvertrages.

4. Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse im Jahr 2024 lagen mit insgesamt T€ 33.562 um 7,85 % unter dem Vorjahresniveau (T€ 36.420). Die Umsatzminderung erfolgt im Wesentlichen aus dem Herkunftsbereich der StädteRegion Aachen (T€ 12.256; Vj. T€ 12.469) und dem Kreis Düren (T€ 7.497; Vj. T€ 10.869), während die Umsatzerlöse aus dem Herkunftsbereich der Stadt Aachen (T€ 9.407; Vj. T€ 9.384) und dem Kreis Euskirchen (T€ 1.915 T€; Vj. T€ 1.524) gestiegen sind.

Bei der Betrachtung der Umsatzentwicklung sind allerdings die kalkulatorischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen (s.a. Ausführungen unter I.).

Da die Entsorgungsaufwendungen als wesentliche Kostenposition durch die mengenabhängige Abrechnung einen variablen Charakter haben und in der ZEW-Struktur mit dem Umsatz stark korrelieren, konnte es bisher i.d.R. beim Rohergebnis (T€ 1.217; Vj. T€ 503) nur zu geringen Planabweichungen und nicht zu großen Ausschlägen kommen.

Jedoch hat die Umstellung der Abrechnungssystematik ab dem Jahr 2024 mit der AWA Entsorgung GmbH nunmehr einen wesentlichen Einfluss auf die Planungen des ZEW. Die im Rahmen der Nachkalkulationen ermittelten Kostenunter- oder Kostenüberdeckungen der AWA Entsorgung GmbH werden mit dem ZEW schlussabgerechnet und fließen in die Nachkalkulation des ZEW ein.

Dadurch kann es nunmehr grundsätzlich zu Planabweichungen kommen, die im Rahmen der Nachkalkulation des ZEW und bei den Gebührenplanungen der Folgejahre nach den Vorschriften des KAG NRW zu berücksichtigen sind.

Da der ZEW seine Gebühren auf KAG-Basis kalkuliert, entstehen keine Gewinne aus dem operativen Geschäft. Umgekehrt kann es über mehrere Perioden gesehen nicht zu dauerhaften Verlusten kommen.

In der Gebührenkalkulation dürfen Pensionen und Versorgungsleistungen für ehemals beim ZEW beschäftigte Beamte nicht angesetzt werden. Diese Aufwendungen sind durch Umlagen der Verbandsmitglieder an den ZEW zu erstatten. Im Jahr 2024 wurden Umlagen i.H. von T€ 223 berücksichtigt. Die damit in Zusammenhang stehenden Aufwendungen in Höhe von T€ 31 lagen um T€ 192 unter den festgesetzten Umlagen. Gem. § 19a GkG NRW i.V. mit § 75 (3) GO NRW muss der hieraus entstehende Jahresüberschuss in der Bilanz in eine Ausgleichsrücklage als gesonderter Posten des Eigenkapitals eingestellt werden. Im Fall eines zukünftig entstehenden Jahresfehlbetrages aus diesem Bereich ist zur Deckung die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage möglich.

Vor Zuführung/ Inanspruchnahme der Rückstellung für Rückerstattungsverpflichtungen an die Bürger/-innen wies der ZEW damit ein Ergebnis in Höhe von T€ 11.952 aus.

Das außergewöhnlich hohe Jahresergebnis resultiert im Wesentlichen aus der Nachkalkulation der AWA Entsorgung GmbH, deren Überdeckung des Jahres 2024 erstmalig direkt mit dem ZEW abgerechnet wurde. Aus dieser Nachkalkulation ist eine Kostenüberdeckung in Höhe von insgesamt T€ 9.654 (zzgl. gesetzlicher Umsatzsteuer: 11.488 T€) für die Gebietskörperschaften ermittelt worden. Diese Überdeckung resultiert u.a. aus Beteiligungserträgen, Mehrerlösen aus der Deponierung, geringeren Instandhaltungsaufwendungen und Rechts- und Beratungskosten auf Ebene der AWA Entsorgung GmbH.

Auf Ebene des ZEW fielen geringeren Kosten im Bereich der Beratungskosten (T€ 163) an, da eine geplante Hausmüllanalyse nicht im Wirtschaftsjahr durchgeführt wurde. Weiterhin lagen die Personal- und Fortbildungskosten um T€ 116 unter Plan, da einerseits die im Stellenplan hinterlegten Besoldungen derzeit noch nicht den tatsächlichen Besoldungen entsprechen und andererseits Krankengeldanspruch im Jahr 2024 im Angestelltenbereich bestand.

b) Finanzlage

Die Finanzlage des ZEW ist weiterhin geordnet.

Da sich der ZEW zur Erfüllung von Aufgaben weitestgehend der AWA Entsorgung GmbH bedienen kann, ergeben sich für den Verband selbst keine nennenswerten Investitionen.

Im Wirtschaftsjahr 2024 wurden Investitionen in Höhe von T€ 15 getätigt.

Insgesamt ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung des Finanzmittelfonds um T€ 291 auf nunmehr T€ 2.745.

Die Aktivitäten des Wirtschaftsjahres 2024 konnten aus den vorhandenen liquiden Mitteln finanziert werden. Eine Aufnahme von Fremdmitteln war nicht erforderlich. Die Liquidität war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres gesichert.

Entsprechend den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes NRW (KAG) hat der ZEW das Recht, seine Aufwendungen in voller Höhe in die gegenüber den Abfallerzeugern / -besitzern zu erhebenden Gebühren einzubeziehen.

c) Vermögenslage

Das Anlagevermögen ist von untergeordneter Bedeutung. Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich der ZEW im Wesentlichen der AWA Entsorgung GmbH, an der er mehrheitlich beteiligt ist. Dort und in Tochtergesellschaften der AWA Entsorgung GmbH werden auch die Entsorgungsanlagen betrieben.

Die Forderungen beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (T€ 1.294; Vj. T€ 1.452), die aber aufgrund des strukturellen Umfelds des ZEW grundsätzlich überwiegend dem kommunalen Bereich zuzuordnen sind. Weitere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Gesellschaftern bestehen in Höhe von T€ 1.119 (Vj. 1.016 T€) sowie gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von T€ 11.526 (Vj. 86 T€).

Die Zunahme der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen ist im Wesentlichen auf die ab dem Jahr 2024 geänderte Abrechnungssystematik zurückzuführen. Die im Rahmen der Nachkalkulation der AWA Entsorgung GmbH ermittelten Kostenunterdeckungen oder Kostenüberdeckungen werden jährlich gegenüber dem ZEW schlussabgerechnet. Die daraus resultierenden gegenseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten werden ab 2024 als Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ausgewiesen (bei der AWA Entsorgung GmbH als Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern).

Den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stehen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen insgesamt in Höhe von T€ 2.452 T€ (Vj. T€ 2.819) gegenüber.

Die Rückstellungen (T€ 13.460; Vj. T€ 2.511) erhöhen sich um insgesamt T€ 10.949. Der Anstieg der Rückstellungen resultiert aus der Umstellung der Abrechnungssystematik ab dem Jahr 2024 mit der AWA Entsorgung GmbH. Die im Rahmen dieser Abrechnung ermittelten Kostenunter- oder Kostenüberdeckungen werden mit dem ZEW schlussabgerechnet und fließen in die Nachkalkulation des ZEW ein. Die im Rahmen der Nachkalkulation des ZEW entstehenden Kostenunter- oder Kostenüberdeckungen werden entsprechend der Vorschriften des KAG NRW in die Gebührenrechnung der Folgejahre einbezogen.

Erstmalig wird im Jahr 2024 in der Bilanz eine Ausgleichsrücklage als gesonderter Posten des Eigenkapitals gebildet. In der Gebührenkalkulation dürfen Pensionen und Versorgungsleistungen für ehemals beim ZEW beschäftigte Beamte nicht angesetzt werden, sondern werden über Umlagen finanziert. Ein aus den festgesetzten Umlagen nach Abzug der nicht gebührenansatzfähigen Aufwendungen aus diesem Bereich entstehender Jahresüberschuss ist gem. § 19a GkG NRW i.V. mit § 75 (3) GO NRW in der Bilanz in eine Ausgleichsrücklage als gesonderter Posten des Eigenkapitals einzustellen. Im Fall eines zukünftig entstehenden Jahresfehlbetrages aus diesem Bereich ist zur Deckung die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage möglich.

5. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

5.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Bilanzielle Kennzahlen sind aufgrund des besonderen Status des ZEW sowie durch das rechtliche und strukturelle Umfeld nur von geringer Aussagekraft und für eine betriebswirtschaftlich-analytische Bewertung nur eingeschränkt verwendbar.

Im monatlichen Berichtswesen werden finanzielle Leistungsindikatoren fortlaufend analysiert. Hervorzuheben sind hier die Tonnagen bzgl. der angenommenen und entsorgten Abfallmengen und die daraus resultierenden Umsatzerlösen.

5.2 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Umweltschutz

Die mit dem operativen Geschäft beauftragte AWA Entsorgung GmbH ist vertraglich verpflichtet, Entsorgungsanlagen gesetzes- und genehmigungskonform zu betreiben und erfüllt dies. Damit gewährleistet der ZEW eine ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung.

Als öffentlich-rechtlicher Entsorger ist der ZEW in der Pflicht, die 5-stufige Abfallhierarchie, insbesondere die Vermeidung, die Vorbereitung zur Wiederverwendung und das Recycling vorrangig vor einer energetischen Verwertung oder der Beseitigung von Abfällen gemäß den Zielen der EU-Abfallrahmenrichtlinie und des Kreislaufwirtschaftsgesetzes umzusetzen und voranzutreiben. Weiterhin muss der ZEW vor dem Hintergrund des Umwelt- und Klimaschutzes immer weitere Abfallfraktionen aus den Siedlungsabfällen, die in der MVA Weisweiler verbrannt werden, ausschleusen und einer stofflichen Verwertung zuführen. Darüber hinaus unterstützt die durch den ZEW beauftragte Abfallberatung der AWA, die Maßnahmen des ZEW durch Projekte und Kampagnen wie z.B. #wirfürBio – kein Plastik in die Tonne oder gegen Lebensmittelverschwendung sowie durch Bildungsprojekte in Kindergärten und Schulen.

III. Prognosebericht

Aufgrund der Verwertungsvorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, des LKrWG NRW und der Klimaschutzziele des Landes NRW ist der Zweckverband verpflichtet, stetig weitere Abfallfraktionen aus den Siedlungsabfällen auszuschleusen und einer stofflichen Verwertung zuzuführen. Um einerseits vorgegebene Recyclingquoten erfüllen zu können und andererseits der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand gerecht zu werden, sind nicht unerhebliche Abfallmengen der Verbrennung und damit der MVA Weisweiler zu entziehen.

Durch den Beitritt des Kreises Euskirchen zum ZEW und die Übertragung der Sperrmüllmengen (ca. 12.000 t/a) zum 01.01.2022 und der Hausmüllmengen (ca. 35.000 t/a) zum 01.01.2025 auf den ZEW entsteht keine Lücke im Verbrennungskontingent von ZEW und AWA. Im Gegenteil, der ZEW kann sich weiterhin vorrangig der Erfassung von Wertstoffen mit zielführenden Maßnahmen und neuen Ideen zur Wiederverwendung/-verwertung dieser Stoffe annehmen. Ziel ist eine verstärkte Förderung der Kreislaufwirtschaft. Beispielsweise sollen auf den Wertstoffhöfen/Entsorgungszentren im Verbandsgebiet zukünftig weitere Abfallfraktionen (z.B. Rigips, Matratzen) getrennt gesammelt werden. Außerdem ist der ZEW bemüht stoffliche Verwertungsmöglichkeiten für z.B. Mineralfaserabfälle und Altholz der Kategorie AIV zu finden.

Zur Gewährleistung der Entsorgungssicherheit im Verbandsgebiet ist es notwendig, das Auslastungskontingent der AWA gem. § 2 (3) der Zusammenarbeitsvereinbarung vom 07.04.2017 um weitere 17.500 t auf 203.500 t/a zu erhöhen. Entsprechend reduziert sich das Auslastungskontingent der EGN auf 156.500 t.

Durch die Novellierung der Kreislaufwirtschaftsgesetze ist die Überarbeitung der kommunalen Beratungsstrukturen im Allgemeinen und der Inhalte der Abfallberatung nun dringend geboten. Eine zielgruppengerechte Förderung des Wissens über Abfallvermeidung, Wiederverwendung und richtige Abfalltrennung ist wesentlich für eine nachhaltige Abfallwirtschaft. Deshalb soll beispielsweise im Bereich der Abfallpädagogik in den Kindergärten und Grundschulen weiterhin die Bewusstseinsbildung hin zu abfallvermeidenden Maßnahmen im Fokus stehen, mit dem Ziel der Veränderung des Konsumverhaltens. Schließlich bedeutet Abfallvermeidung gleichzeitig Klimaschutz. Jede Tonne Restmüll, die nicht entsteht, entlastet das Klima um ca. eine Tonne CO₂.

Die teils umgesetzten, teils geplanten Maßnahmen zur Intensivierung der Getrenntsammlung von Wertstoffen zur stofflichen Verwertung, die schärferen Qualitätsvorgaben der BioAbfV an die eingesammelten Bioabfälle ab dem Jahr 2025 sowie das Konzept zur Optimierung der Bio- und Grünabfallverwertung im gesamten Verbandsgebiet und auch der Beitritt des Kreises Euskirchen zum ZEW sollten im Abfallwirtschaftskonzept (AWK) dokumentiert, das AWK fortgeschrieben werden.

Auf Basis der rechtlichen und satzungsgemäßen Bestimmungen hat der ZEW einen Wirtschaftsplan und eine Gebührenkalkulation aufzustellen, die von der Verbandsversammlung beschlossen werden. Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres betragen T€ 33.562 (Vj. T€ 36.420). Aufgrund der kalkulatorischen Bedingungen (s.a. unter Nr. I) erhält der ZEW seine Selbstkosten erstattet, die somit auch ihren Niederschlag in den Gebühren (Umsatzerlösen) finden. Es besteht dadurch eine Korrelation und korrespondierende Entwicklung zwischen den Entsorgungskosten (T€ 32.345; Vj. T€ 35.917) und den Umsatzerlösen (T€ 33.562; Vj. T€ 36.420).

Der Wirtschaftsplan 2025 weist Entsorgungskosten von T€ 40.634 und Umsatzerlöse von T€ 43.670 aus.

Grundlage der Plankosten sind die Kosten, die die AWA, gemäß ihres Wirtschaftsplans, dem ZEW im Jahr 2025 in Rechnung stellen wird. Diese Kosten fallen für die Erbringung von Entsorgungsleistungen an, mit denen der ZEW die AWA beauftragt hat.

Den Kostenplanungen der AWA liegen Mengenplanungen zugrunde, die auf Basis der Erfahrungen aus den Vorjahren und unter Berücksichtigung eventueller gesetzlicher und struktureller (z.B. Änderung von Sammelsystemen) Einflüsse entwickelt worden sind.

Aufgrund der geänderten vertraglichen Regelungen zur Abrechnungssystematik zwischen ZEW und AWA erfolgt nunmehr wie oben beschrieben eine Schlussabrechnung der im Rahmen der Nachkalkulation bei der AWA ermittelten Kostenüberdeckungen bzw. -unterdeckungen gegenüber dem ZEW. Die Kostenüberdeckungen bzw. Kostenunterdeckungen werden als Forderungen bzw. Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Diese Forderungen oder Verbindlichkeiten müssen durch den ZEW neben seinen Über- oder Unterdeckungen in die Nachkalkulation des ZEW einbezogen werden. Die gesamte Kostenüberdeckung bzw. Kostenunterdeckung wird nach den Vorschriften des KAG NRW gegenüber dem Gebührenzahler in die künftigen Gebührenkalkulation einbezogen.

Die oben beschriebenen kreislaufwirtschaftlichen Ziele in den nächsten Jahren stellen den ZEW vor die Herausforderung eine hochwertige Verwertung und Beseitigung bei Beibehaltung stabiler Gebühren sicherstellen zu müssen.

Zudem stellt die Einführung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) auch ein Risiko für die Verbrennungsentgelte des ZEW dar (hierzu s. auch Risikobericht), das durch den Einsatz der Bürgerrückstellungen minimiert werden kann.

Bei den Planungen für die Gebühren der Jahre 2025 und 2026 wurden bereits die Herausforderungen, wie unter anderem eine verstärkte stoffliche Verwertung von Altholz und die Planungen zum Bau einer neuen Vergärungsanlage miteinbezogen. Hier hat der ZEW künftig mit weiter steigenden Entsorgungskosten zu rechnen.

Durch den Einsatz der aktuellen KAG-Rückstellungen können diese Kostensteigerungen aus jetziger Sicht abgemildert werden. Die KAG-Rückstellungen werden somit gebührenmindernd eingesetzt.

Aktuell wurde für die Jahre 2025 und 2026 eine zweijährige Gebührenplanung aufgestellt. Hierbei wurden die bisherigen Bürgerrückstellungen in einem Forecast bis zum Jahr 2029 in die Überlegungen miteinbezogen. Für die künftigen Gebührenplanungen ab dem Jahr 2027 müssen die nun neu entstanden KAG-Rückstellungen aus dem Jahr 2024 nach den Vorschriften des KAG NRW bis Ende des Jahres 2028 gebührenmindernd eingesetzt werden.

VI. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Der angelieferte kommunale Bioabfall weist weiterhin zum Teil sehr hohe Störstoffmengen auf. Der geforderte Kontrollwert von 1% Gesamtkunststoff bei Bioabfällen darf ab Mai 2025 nicht überschritten werden. Die Gefahr besteht, dass bei zu hoher Störstoffmenge eine Entfrachtung

nicht in ausreichendem Maße durch technische Hilfsmittel in der Kompostierungsanlage erreicht wird und Bioabfallanlieferungen abgewiesen und zur Verbrennung gelenkt werden müssen.

Die Menge Bioabfall, die aufgrund eines solchen Grenzwertes nicht mehr der Kompostierung zugeführt werden dürfte sondern verbrannt werden müsste, würde deutlich steigen und auch der Biogasproduktion entzogen.

Die Einführung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) stellt einerseits auch ein Risiko für die Verbrennungsentgelte des ZEW dar. Dies liegt in der Tatsache begründet, dass die Siedlungsabfälle einen höheren Anteil an organischem Kohlenstoff im Verhältnis zum fossilen Kohlenstoff haben, dies ist bei den Gewerbeabfällen umgekehrt. Die zu entrichtende Abgabe nach dem BEHG beläuft sich für das Jahr 2024 auf 45 €/t fossiles CO₂, in den Folgejahren ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Ab dem Jahr 2027 unterliegt die Abgabe keinem Höchstpreis im europäischen Zertifikathandel, hier wird aktuell vermutet, dass eine Tonne fossiles CO₂ über 100 € kosten wird.

Die Abgabe ist in die Gebühren mit einzubeziehen und verteuert zum Beispiel den Hausmüll im Jahr 2024 um 18,08 /t.

2. Chancenbericht

Im Hinblick auf sein strukturelles Umfeld befindet sich der ZEW nicht in einer klassischen Markt- oder Wettbewerbssituation, so dass er nur begrenzt auf seine Geschäftsentwicklung Einfluss nehmen kann. Daher können Chancen im inhaltlichen Sinne des Deutschen Rechnungslegungsstandards 20 (DRS 20) nur bedingt beschrieben werden.

Mit dem am 29.10.2020 in Kraft getretenen Gesetz zur Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie der Europäischen Union wird das Deutsche Kreislaufwirtschaftsgesetz an die neuen EU-Vorgaben aus dem Jahr 2018 angepasst. Die daraus resultierenden weitergehenden Anforderungen an Getrennterfassung von verwertbaren Stoffen, Wiederverwendung und Wiederverwertung werden als Chance betrachtet, die Abfallwirtschaft ökonomisch und ökologisch nachhaltiger zu gestalten. Durch das BEHG werden ökonomische Anreize zur CO₂ Verminderung in den betrieblichen Abläufen geschaffen. Auch diese Entwicklung ist als Chance für den ZEW zu bewerten.

Es ist als Chance im Rahmen der Novellierung der Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) zu betrachten, dass die Umsetzung der fünfstufigen Abfallhierarchie auch dort sehr fokussiert wurde, mit der Folge einer Stärkung des Recyclings und Intensivierung der Verwertung. Die Anforderungen an eine getrennte Erfassung und anschließende Wiederverwertung sind demnach strenger.

Die sog. „Pflichtrestmülltonne“ für überlassungspflichtige Abfälle und eine deutlich bessere Trennung von Abfallgemischen aus Gewerbebetrieben bleibt weiterhin Tatbestand der GewAbfV. Auch die Betreiber von Sortieranlagen werden stärker zu einer hochwertigen Sortierung und Erhöhung der Verwertungsmengen angehalten.

Sie sind seit 01.01.2019 verpflichtet, gegenüber den Abfallerzeugern/-besitzern Erklärungen abzugeben, dass ihre Anlagen technisch den Anforderungen der GewAbfV entsprechen und die geforderte Sortierquote erreicht wird. Allerdings fehlt nach wie vor eine konsequente Überwachung durch die unteren Abfallwirtschaftsbehörden.

Durch den Beitritt des Kreises Euskirchen zum ZEW und der Übertragung der Aufgabe, Sperrmüll und Restabfälle zu entsorgen, wird das Kontingent von AWA/ZEW in der MVA nahezu vollständig ausgelastet werden. Wertstoffe, die den Abfällen mit dem Ziel der Wiederverwendung oder des Recyclings künftig entzogen werden, führen nicht zu Lücken in der Auslastung der vorhandenen Verbrennungskapazität. Für den Fall, dass die Verbrennungskapazitäten nicht durch die ZEW-Mengen allein ausgelastet werden können, trägt die 100%ige Tochter des ZEW, die Materis, zur vollständigen Auslastung der Verbrennungskapazitäten bei.

Derzeit wird von ZEW/AWA die Möglichkeit geprüft, mit Unterstützung durch das Förderprogramm „Kommune Zirkulär“ weitere Konzepte und Maßnahmen zur Steigerung der Kreislaufwirtschaft zu entwickeln. Das Förderangebot unterstützt die Kommunen, kreislauforientierte und ressourcenschonende Maßnahmen zu identifizieren und zu realisieren. Ziel des Angebotes ist es u.a., über die bereits bestehenden Ansätze der Kreislaufführung im Abfallsektor hinaus den Fokus insbesondere auf Abfallvermeidungsmaßnahmen zu legen.

Beispielsweise soll eine sog. Circular Economy Manager für zunächst 48 Monate beantragt werden, der ein Circular Economy Konzept flächendeckend für das gesamte Verbandsgebiet erstellt. In dem Konzept sollen alle, auch in den einzelnen Kommunen auf unterschiedlichen Ebenen und Themenschwerpunkten laufende Maßnahmen vernetzt, und mit neuen Abfallvermeidungs- und Ressourcenschonung-Maßnahmen ergänzt werden. Weitere Fördertöpfe auch für die Disziplinen Klimaschutz und Grüne Energien sollen systematisch gesucht und ausgewertet werden.

3. Gesamtaussage

Das rechtliche und kalkulatorische Umfeld des ZEW bedingt, dass bestandsgefährdende Risiken nicht auftreten können. Das Kostendeckungsprinzip gewährleistet einerseits, dass dauerhaft keine Verluste auftreten, andererseits aber auch ein Gewinnstreben ausgeschlossen ist.

Es ist Interesse und Aufgabe des ZEW, Risiken zu vermeiden, die einen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des ZEW haben.

Eschweiler, den 31. März 2025

Heiko Thomas
Verbandsvorsteher

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsversammlung (insg. 28 Mitglieder, davon 7 Kreis Euskirchen, je Vertreter eine Stimme):

Vertreter des Kreis Euskirchen in der Verbandsversammlung:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
1. Markus Ramers, Landrat	Achim Blindert, AV
2. Leo Wolter, CDU	Bernd Kolvenbach, CDU
3. Manfred Manheller, CDU	Erwin Jakobs, CDU
4. Daniel Rudan, SPD	Daniel Lüdke, SPD
5. Hans Schmitz, SPD	Wolfgang Heller, SPD
6. Peter Schallenberg, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	Wilfried Gierden, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
7. Rudolf Huth, FDP	Frederik Schorn, FDP

Im Berichtsjahr wurden folgende Aufwandsentschädigungen an die Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes geleistet:

Achim Blindert	472 €
Leo Wolter	236 €
Daniel Rudan	236 €
Peter Schallenberg	472 €
Hans Schmitz	236 €
Wolfgang Heller	118 €
Manfred Manheller	472 €
Rudolf Huth	236 €
Frederik Schorn	118 €

Der Verbandsversammlung des ZEW gehören von den insgesamt 28 Mitgliedern 4 Frauen an (Frauenanteil: 14,28 %).

In der Verbandsversammlung vom 06. Dezember 2023 wurde Herr Wolfgang Spelthahn (Kreis Düren) mit Wirkung zum 01. Januar 2024 zum Vorsitzenden der Verbandsversammlung bestellt (bisher Herr Heiko Thomas, Beigeordneter der Stadt Aachen). Aufgrund der Suspendierung von Herrn Spelthahn als Landrat des Kreis Düren am 08. November 2024 leitet derzeit der stellvertretende Vorsitzende Herr Dr. Thomas Griese (StädteRegion Aachen) die Sitzungen der Verbandsversammlung.

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konstituierenden Sitzung am 05. November 2025 beschlossen folgende Vertreter in die Verbandsversammlung zu entsenden:

<i>Ordentliche Mitglieder</i>	<i>Stellvertretende Mitglieder</i>
<i>1. Achim Blindert, AV</i>	<i>Guido Schmitz, AbtL 66</i>
<i>2. Manfred Manheller, CDU</i>	<i>Erwin Jakobs, CDU</i>
<i>3. Bernd Müller, CDU</i>	<i>Heiko Kusserow, CDU</i>
<i>4. Bertram Wassong, SPD</i>	<i>Daniel Rudan, SPD</i>
<i>5. Uwe Wegner, UWV</i>	<i>Daniel Lüdke, SPD</i>
<i>6. Bernd Lübke, AfD</i>	<i>Ralf Neunteufel, AfD</i>
<i>7. Hans-Werner Ignatowitz, B 90/ DIE GRÜNEN</i>	<i>Valérie Nitsche, B 90/ DIE GRÜNEN</i>

In der Verbandsversammlung des ZEW am 11. Dezember 2025 wurde Herr Achim Blindert zum Vorsitzenden der Verbandsversammlung des ZEW mit Wirkung zum 01. Januar 2026 von den Mitgliedern gewählt.

Verbandsvorsteher:

Heiko Thomas, Beigeordneter der Stadt Aachen

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe des Bezuges des Verbandsvorstehers zu entnehmen.

Nachrichtlich:

In der Verbandsversammlung des ZEW am 11. Dezember 2025 wurde Herr Dr. Ralf Noltzen (Landrat des Kreises Düren) zum Verbandsvorsteher des ZEW und Herr Dr. Martin Stiller (Kreisdirektor des Kreises Düren) zum stellvertretenden Verbandsvorstehers des ZEW mit Wirkung zum 01. Januar 2026 von den Mitgliedern gewählt.

Leitung der Geschäftsstelle:

Diplom Verwaltungswirtin Maren Killewald

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Geschäftsleiterin zu entnehmen.

Nach § 12 Abs. 1 und 3 Landesgleichstellungsgesetz NRW (LGG NRW) müssen in wesentlichen Gremien des Zweckverbandes Entsorgungsregion West Frauen mit einem Mindestanteil von 40 % vertreten sein. Die Anwendung der Vorschrift ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW.

3.4.3.8 Erftverband

Basisdaten

Anschrift: Am Erftverband 6
50126 Bergheim

Internet: <http://www.erftverband.de/>

Mitgliedschaftsverhältnisse

Der Erftverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts für das Einzugsgebiet der Erft und angrenzende Gebiete. Er dient dem Wohl der Allgemeinheit und dem Nutzen seiner Mitglieder. Aus der Systematik des § 6 des Erftverbandgesetzes (ErftVG) ergeben sich sieben Mitgliedergruppen:

- Braunkohlenbergwerk
- Elektrizitätswirtschaft
- kreisfreie Städte, kreisangehörige Städte und Gemeinden
- Kreise
- Unternehmen, sonstige Träger der öffentlichen Wasserversorgung
- gewerbliche Unternehmen
- Erftfischereigenossenschaft Bergheim.

Stammkapital und Anteile

Der Erftverband besitzt kein Stammkapital.

Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Erftverband nimmt die folgenden Aufgaben wahr:

1. Die Erforschung und Beobachtung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse im Zusammenhang mit dem Braunkohlenabbau;
2. Regelung des Wasserabflusses einschließlich Ausgleich der Wasserführung und Sicherung des Hochwasserabflusses der oberirdischen Gewässer oder Gewässerabschnitte und in deren Einzugsgebieten;
3. Unterhaltung oberirdischer Gewässer oder Gewässerabschnitte und der mit ihnen in funktionellem Zusammenhang stehenden Anlagen;
4. Rückführung ausgebauter oberirdischer Gewässer in einen naturnahen Zustand;
5. Regelung des Grundwasserstandes;
6. Vermeidung, Minderung, Beseitigung und Ausgleich wasserwirtschaftlicher und damit in Zusammenhang stehender ökologischer, durch Einwirkungen auf den Grundwasserstand, insbesondere durch den Braunkohlenabbau hervorgerufener oder zu erwartender nachteiliger Veränderungen;
7. Beschaffung und Bereitstellung von Wasser zur Sicherung der gegenwärtigen und künftigen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft sowie Förderung von Maßnahmen zur Minderung des Wasserverbrauchs;
8. Abwasserbeseitigung nach Maßgabe des Landeswassergesetzes;
9. Entsorgung der bei der Durchführung der Verbandsaufgaben anfallenden Abfälle;
10. Vermeidung, Minderung, Beseitigung und Ausgleich eingetretener oder zu erwartender, auf Abwassereinleitungen oder sonstige Ursachen zurückzuführender nachteiliger Veränderungen des oberirdischen Wassers;
11. Ermittlung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse, soweit es die Verbandsaufgaben nach Nummern 2 bis 10 erfordern.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

Finanzbeziehung zu	Produkt/ Kostenträger	2024	2023	2022
<u>Kreis</u> Verbandsumlage	130 55201	171.502 €	165.319 €	150.425 €

Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Verbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet. Die Jahresberichte sind im Internet abrufbar.

Organe und deren Zusammensetzung

Delegiertenversammlung (insg. 102 Delegierte, davon 1 Kreis Euskirchen):

Ordentliches Mitglied: Leo Wolter, CDU
Stellvertretendes Mitglied: Hans Schmitz, SPD

Nachrichtlich:

Der Kreistag des Kreises Euskirchen hat in seiner konsituierenden Sitzung des Kreistages am 05. November 2025 beschlossen Herrn Dr. Hans-Peter Schick (CDU) für die Amtszeit bis zum 30. April 2028 als Vertreter des Kreises in die Delegiertenversammlung des Erftverbandes zu entsenden. Des Weiteren wurde Herr Manfred Manheller (CDU) als 2. Nachfolger/in für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens eines Delegierten der Delegiertenversammlung für die Amtszeit bis zum 30. April 2028 benannt.

Verbandsrat (insg. 15 Mitglieder):

Bis zum 30. April 2023 wurde der Kreis Euskirchen durch Erwin Jakobs als stellvertretendes Mitglied im Verbandsrat vertreten.

Der Verbandsrat wird im Rahmen eines vereinbarten Rotationsverfahrens besetzt. Hiernach stellen die drei beitragsstärksten Mitglieder Rhein-Erft-Kreis, Kreis Euskirchen und Rhein-Kreis-Neuss das Mitglied im Verbandsrat. In der Sitzung des Kreistages am 29. März 2023 wurde entschieden, dass für die kommende Legislaturperiode (01. Mai 2023 bis 30. April 2028) der Rhein-Erft-Kreis das ordentliche Mitglied und der Rhein-Kreis-Neuss das stellvertretende Mitglied stellt. Der Kreis Euskirchen verzichtet auf einen Wahlvorschlag zugunsten der beiden genannten Kreise (D 42/2023).

Vorstand:

Prof. Heinrich Schäfer

3.4.3.9 Wasserverband Eifel-Rur (WVER)

Basisdaten

Anschrift: Eisenbahnstraße 5
52353 Düren

Internet: <http://www.wver.de/>

Mitgliedschaftsverhältnisse

Das Verbandsgebiet des WVER umfasst das in Nordrhein-Westfalen gelegene oberirdische Einzugsgebiet der Rur. Die Grenzen des Verbandsgebietes ergeben sich aus einer Übersichtskarte, die dem Kartenwerk des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen „Stationierung und Gebietsbezeichnung der Gewässer in Nordrhein-Westfalen“ entspricht. Der WVER ist als sondergesetzlicher Verband eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Seine Mitglieder sind:

1. Kreisfreie Städte, kreisangehörige Städte, Gemeinden und
2. Kreise und die Städteregion Aachen, soweit sie ganz oder teilweise im Verbandsgebiet liegen;
3. Unternehmen und sonstige Träger der öffentlichen Wasserversorgung, die Wasser aus oberirdischen Gewässern im Verbandsgebiet entnehmen, und
4. gewerbliche Unternehmen und die jeweiligen Eigentümer von Bergwerken, Grundstücken, Verkehrsanlagen und sonstigen Anlagen, die Unternehmen des Verbandes verursachen, erschweren, zu erwarten haben oder von ihnen Vorteile haben oder zu erwarten haben; soweit ein Erbbaurecht bestellt ist, tritt der Erbbauberechtigte an die Stelle des Eigentümers; soweit für Verkehrsanlagen eine Baulast besteht, tritt deren Träger an die Stelle des Eigentümers oder des Erbbauberechtigten.

Stammkapital und Anteile

Der WVER besitzt kein Stammkapital.

Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Zu den gesetzlichen Aufgaben des WVER gehören nach der Vorgabe des Eifel-RurVG:

- Regelung des Wasserabflusses einschließlich Ausgleich der Wasserführung und Sicherung des Hochwasserabflusses der oberirdischen Gewässer oder Gewässerabschnitte und in deren Einzugsgebieten;
- Unterhaltung oberirdischer Gewässer oder Gewässerabschnitte und der mit ihnen in funktionellem Zusammenhang stehenden Anlagen;
- Rückführung ausgebauter oberirdischer Gewässer in einen naturnahen Zustand;
- Beschaffung und Bereitstellung von Wasser aus oberirdischen Gewässern zur Trink- und Betriebswasserversorgung sowie zur Ausnutzung der Wasserkraft;
- Bewässerung und Entwässerung von Grundstücken;
- Abwasserbeseitigung nach Maßgabe des Landeswassergesetzes;
- Entsorgung der bei der Durchführung der Verbandsaufgaben anfallenden Abfälle;
- Vermeidung, Minderung, Beseitigung und Ausgleich eingetretener oder zu erwartender, auf Abwassereinleitungen oder sonstige Ursachen zurückzuführender nachteiliger Veränderungen des oberirdischen Wassers;
- Ermittlung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse, soweit es die Verbandsaufgaben erfordern.

Grundlage des verbandlichen Handelns ist dabei die Idee des „Flussgebietsmanagements“, bei der alle wasserwirtschaftlichen Aufgaben in einer Hand gebündelt sind. Diese Vorstellung ist auch eine Leitidee der EU-Wasserrahmenrichtlinie, die sich zum Ziel gesetzt hat, europaweit einen „guten Zustand“ der Gewässer zu erreichen. Zur Erfüllung seiner Aufgaben betreibt der WVER ein miteinander verbundenes Talsperrensystem sowie leistungsfähige Kläranlagen und kümmert sich um den Erhalt von Fließgewässern.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und Pflichten, seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

Finanzbeziehungen zu	Produkt/ Kostenträger	2024	2023	2022
<u>Kreis</u>				
Verbandsumlage	130 55201	449.570 €	417.720 €	402.450 €

Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen Bedeutung des Verbandes für den Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet. Die Jahresberichte sind im Internet abrufbar.

Zusammensetzung der Organe

Verbandsversammlung (insg. bis zu 101 stimmberechtigte Delegierte):

Der Kreis Euskirchen ist nicht in der Verbandsversammlung vertreten.

Verbandsrat (insg. 15 Mitglieder, von der Delegiertenversammlung gewählt):

Der Kreis Euskirchen ist nicht im Verbandsrat vertreten.

Vorstand:

Dipl.-Ing. Joachim Reichert

Ständiger Vertreter des Vorstands: Stefan Ruchay

3.4.3.10 AAV – Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung

Basisdaten

Anschrift: Ruhrhang 2

45527 Hattingen

Internet: <http://www.aav-nrw.de/>

Mitgliedschaftsverhältnisse

Als AAV- Mitglieder sind im Gesetz aufgeführt:

- Freiwillige Mitglieder: alle natürlichen und juristischen Personen des Privatrechts und des öffentlichen Rechts sowie deren Zusammenschlüsse, die sich zu freiwilligen Beiträgen gegenüber dem Verband schriftlich oder elektronisch verpflichtet haben.
- Kreise und die kreisfreien Städte,
- das Land Nordrhein-Westfalen.

Natürliche und juristische Personen sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts, die nicht Mitglieder nach oben genannten Kriterien sind, können die Aufnahme in den Verband beantragen. Eine Aufnahmepflicht besteht jedoch nicht. Näheres ist in der Satzung geregelt.

Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der AAV ist ein sondergesetzlicher Verband und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der Verband erfüllt Aufgaben nach dem Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetz (AAV-Gesetz), dem Landeskreislaufwirtschaftsgesetz NRW, dem Landesbodenschutzgesetz NRW und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung. Das AAV-Gesetz sieht vor, dass der Verband im folgenden Fall zur Gefahrenabwehr tätig werden kann:

- Maßnahmen zur Sanierungsuntersuchung, -planung und Sanierung von Altlasten oder schädlichen Bodenveränderungen nach den Vorschriften des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG).

Wie bereits in der Vergangenheit liegt die Besonderheit darin, dass der Verband nicht nur finanzielle Mittel bereitstellt (bis zu 80 % der Sanierungskosten bei Maßnahmen zur Gefahrenabwehr), sondern auch altlastenspezifisches Know-How, das er bei seinen bisher durchgeführten Projekten gesammelt hat. Die technische und finanzielle Umsetzung der Projekte (Planung, Ausschreibung, Vergabe und Abwicklung der Sanierungsmaßnahmen) erfolgt in der Regel durch den AAV als Maßnahmenträger und Auftraggeber, jedoch grundsätzlich im Zusammenwirken mit den Kommunen, die die Projekte beim AAV anmelden. Projektmanagement und -controlling werden stets in enger Kooperation und Abstimmung mit den kommunalen Partnern durchgeführt. In der Regel werden hierzu öffentlich-rechtliche Verträge geschlossen, in denen die Aufgaben und Zuständigkeiten aller Beteiligten geregelt sind.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband erhält zur Erfüllung seiner Aufgaben

- Beiträge: Sie betragen pro Einwohner des jeweiligen Mitgliedes 0,06 Euro.
- Zweckgebundene Mittel: Sie sind in einer zwischen dem Umweltministerium und der NRW-Wirtschaft abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung festgelegt.

Finanzbeziehungen zu	Produkt/ Kostenträger	2024	2023	2022
<u>Kreis</u>				
Verbandsumlage	110 53701	11.961 €	11.831 €	11.687 €

Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen Bedeutung des Verbandes für den Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet. Die Jahresberichte sind im Internet abrufbar.

Organe und deren Zusammensetzung

Delegiertenversammlung:

Zahl der Delegierten richtet sich nach Stimmenanteilen. Je volle 25.000 € des in der Kooperationsvereinbarung garantierten und festgelegten Mitgliedsbeitrages bzw. der Mittel des Landes ergeben eine Stimme:

Der Kreis Euskirchen ist nicht in der Delegiertenversammlung vertreten.

Vorstand (bis zu 12 Mitglieder und 1 Vorsitzender):

Der Kreis Euskirchen ist nicht im Vorstand vertreten.

Geschäftsführung:

Dr. Roland Arnz

